

POLITIK IN BAYERN 1919–1933

SCHRIFTENREIHE
DER VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE
NUMMER 22/23

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte
herausgegeben von Hans Rothfels und Theodor Eschenburg
Redaktion: Martin Broszat

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT
STUTTGART

POLITIK IN BAYERN

1919 - 1933

Berichte des
württembergischen Gesandten
Carl Moser von Filseck

Herausgegeben und kommentiert von

WOLFGANG BENZ

DVA(1971)

00001

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT
STUTTGART

© 1971 Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart. Gesetzt aus der
Monotype Walbaum-Antiqua. Umschlagentwurf: Edgar Dambacher.
Gesamtherstellung: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart.
Printed in Germany. Titelnnummer 3 421 01570 8

INHALT

ABKÜRZUNGEN	7
EINLEITUNG	9
BERICHTE DES WÜRTTEMBERGISCHEN GESANDTEN 1919-1933	
1919 Eisners Regierungsstil · Chaos nach dem Eisnermord · Aufstieg und Fall der Räteherrschaft · Rückkehr der Regierung Hoffmann nach München · Kriegszustand und Volksgerichte · Katholikentag · Heimweh nach der Monarchie · Drohender Einheitsstaat?	27
1920 Prozeß gegen den Eisnermörder · Krise in der BVP · Separatistische Gefahr? · Antisemitismus in München · Kapp-Putsch und Regierungswechsel in Bayern · Erstes Verbot des „Völkischen Beobachters“ · Bayern will das „Erbe Bismarcks“ wahren · Private Außenpolitik Heims · Ordnungszelle wider den „Bolschewismus“ · Französische Gesandtschaft in München · Bamberger Programm der BVP · Geräuschvolle Einwohnerwehren · Widerstand gegen die Entwaffnung	48
1921 Hitlerrede im Zirkus Krone · Kahrs Popularität · Politischer Mord und Generalstreik · Auflösungsbefehl für die Einwohnerwehren · Kahrs Sturz · Der Vatikan und die BVP · Mißtrauen gegen Lerchenfeld · Staatsbegräbnis für Ludwig III.	74
1922 Krach bei den Monarchisten · Argwohn gegenüber Berlin · Lerchenfelds Regierungskurs · Unerwünschter Reichspräsidentenbesuch in München · Streit um das Republikschutzgesetz · Neue Regierungskoalition · Hitlers faszinierende Persönlichkeit · Drohender Rechtsputsch? · Lerchenfeld resigniert · Ministerpräsident Knilling · Bedrohlicher Aufstieg der NSDAP	92
1923 Ruhrbesetzung · Hitler bei Knilling · Parteitag der NSDAP · Knillings Urteil über Kahr · Kritischer 1. Mai · „Hitlers Stern im Verblassen“ · Bündnis der Rechtsradikalen · Bayern mißtraut Stresemann · Generalstaatskommissar Kahr soll Hitler bändigen · Der „Fall Lossow“ · Hoffnung auf einen Rechtsruck in Berlin · Kahrs Verhandlungen mit Hitler · Folgen des 9. November · Katzenjammer in München · Kahr wird unbeliebt	119
1924 Bayern fordert Revision der Reichsverfassung · Hitlerprozeß in München · Wahlsieg der Völkischen · Schwierige Regierungsbildung · Kahr läßt sich nicht entfernen · Ausweisung Hitlers? · Zentralismus der Reichsregierung · Hitler auf freiem Fuß · Reichsbanner Schwarz Rot Gold in Bayern	149
1925 Versöhnung bei den Völkischen · Held als Reichspräsidentenkandidat · BVP verhilft Hindenburg zur Wahl · Abschied des Nuntius Pacelli · Reichsrat und bayerische Volksgerichte · Wiederaufstieg der NSDAP · Monarchistische Bewegung	170

1926	Hitler gegen Drexler · Ermächtigungsgesetz zur Verwaltungsreform in Bayern · Reichstags-Femeausschuß · Problem des Finanzausgleichs zwischen Reich und Ländern · Helds Reisen nach Berlin	183
1927	Reichsinnenminister Keudells Lob für Bayern · Sozialminister Oswald droht mit einer katholischen Arbeiterpartei · Verbot des „Republikanischen Tags“ und Uniformverbot in München · Kunstausstellung im Glaspalast · Das Zentrum soll Wirth „abschütteln“ · „bayerisch-französische Verständigungsbereitschaft“ · Untersuchungsausschuß über den Hitlerputsch	190
1928	Reichsreform und Länderkonferenz · Vertretung der Reichsregierung in München · Lettow-Vorbeck bayerischer DNVP-Reichstagskandidat · Ergebnisse der Landtagswahlen · Unmöglichkeit sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung in Bayern · Besuch Helds in Wien · Kundgebung für Bayerns Selbständigkeit · Die Escherich-Bewegung als Sanierungsaktion der Vaterländischen Verbände · Hitler zum Föderalismus bekehrt? . . .	198
1929	Reichsgründungsfeiern · Sehnsucht nach einem Herrscher · Indiskretionen Helds · Verstimmung zwischen Bayern und Preußen · Helds Besuch beim Papst und bei Mussolini · Reichsfrontsoldatentag in München · Die Wittelsbacher und der „Stahlhelm“ · Hitler und der Kronprinz · Zusammenschluß von BVP und Zentrum?	214
1930	Helds Besuch bei Hindenburg · Protestkundgebung der Münchner Katholiken gegen die Sowjetregierung · NSDAP im Münchner Stadtrat · Wiederaufleben der Einwohnerwehr im „Bayerischen Heimatschutz“? · Regierungskrise durch den Bauernbund · Wahlerfolg der BVP	229
1931	Finanzielle Sorgen der Länder · Helds außenpolitische Ansichten · Streit um ein Denkmal · Fritz Schäffer übernimmt das bayerische Finanzministerium	245
1932	Weiß-blaue Monarchisten erneut aktiv · Frick wieder im bayerischen Staatsdienst · Koalitionsangebot der NSDAP im Wahlkampf · Schäffer als Konkurrent von Held · Trauer über Brünings Sturz · Gürtner wird Reichsjustizminister · Mißtrauen gegenüber Papen · Föderalistische Angebote aus Berlin · Papens Besuch in München	253
1933	Nervosität und Gerüchte in München · Letzter Versuch zur Regierungsbildung · Ausrufung der Monarchie als Ausweg?	269
	QUELLENNACHWEIS	274
	SACHREGISTER	275
	PERSONENREGISTER	279

ABKÜRZUNGEN

AA	Auswärtiges Amt
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
BBd.	Bayerischer Bauernbund
BVP	Bayerische Volkspartei
DAP	Deutsche Arbeiterpartei
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
EGK	Schulthess' Europäischer Geschichtskalender
GVOBl	Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt
GStA	Geheimes Staatsarchiv München
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
MdB	Mitglied des Bundestags
MdL	Mitglied des Landtags
MdR	Mitglied des Reichstags
MNN	Münchner Neueste Nachrichten
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSFP	Nationalsozialistische Freiheitspartei
RGBl	Reichsgesetzblatt
RV	Reichsverfassung
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Sten. Ber.	Stenographische Berichte
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VB	Völkischer Beobachter
VjZG	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
WHStA	Württembergisches Hauptstaatsarchiv Stuttgart
ZBLG	Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte
ZGO	Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins

EINLEITUNG

I

Die Revolution vom November 1918 drang ins Bewußtsein der „staatstragenden“ Bevölkerungsschichten Bayerns in erster Linie als ein durch nichts zu rechtfertigender Gewaltakt gegen das angestammte Herrscherhaus der Wittelsbacher. In Kurt Eisner, dem Chef der Revolutionsregierung, der am 7. November das Ende der Monarchie und den Beginn einer sozialen Umwälzung proklamiert hatte, sah man einen landfremden Literaten, auf den sich – ganz abgesehen von tatsächlichen Unzulänglichkeiten – alles projizieren ließ, was sich an Unzufriedenheit während des Weltkriegs, an Verzweiflung über dessen Ausgang und an Angst vor der Zukunft angestaut hatte. Im Zorn auf den Berliner Juden Eisner entlud sich alle Enttäuschung, die Beamte und Professoren, Unternehmer, Gewerbe- und Handeltreibende, Militärs, Adelige, Kleriker und Bauern im Vergleich der Gegenwart mit der plötzlich verklärten Vorkriegszeit empfanden¹. In noch höherem Grade galt dasselbe für die kurzlebige Räterepublik, die nach Eisners Ermordung im Frühjahr 1919 in München entstanden war. Sie wurde dem Bürgertum zum Trauma, das jahrzehntelang nachwirkte.

Die Reaktion setzte unmittelbar nach der Revolution ein. Sie war schon lange vor dem März 1920 etabliert, als im Anschluß an den Kapp-Lüttwitz-Putsch die Sozialdemokraten aus der Regierungskoalition ein für alle Mal entfernt wurden. In den Wirren des Jahres 1919 war der sozialdemokratische Ministerpräsident Hoffmann, der ohne Fortune regiert hatte, ganz brauchbar gewesen. Unter seinem Nachfolger Kahr wurde dann offizieller Regierungskurs, was Einwohnerwehren und Rechtsverbände, Traditionsvereine und Offiziersvereinigungen an nationalistischen Leidenschaften und antidemokratischen Emotionen längst aufgewühlt hatten. Nach Berlin blickte man von München aus mit größerem Argwohn als früher. 1920 kam das Schlagwort von der „Ordnungszelle Bayern“ in Umlauf und unermüdlich wurde betont, daß Bayern allezeit bereit sei, sich vom Norden zu trennen, wenn dort der „Bolschewismus“ siegen sollte. Das wurde bis zum Herbst 1923 eigentlich ständig erwartet. Wenn außerbayerische Kritiker antworteten, das sei Separatismus, argumentierten Politiker und Presse übereinstimmend, eine „Abkapselung Bayerns“ sei im Gegenteil nur eine Rettungsaktion für ein besseres Deutschland. Mangelnde Reichstreue wollte man sich absolut nicht nachsagen lassen, man fühlte und dachte ja nationaler als die „Linksregierungen“ – z. B. die des Zentrumskanzlers Wirth – in Berlin. Mindestens bis zur Katastrophe im November 1923

¹ Zur Kritikbedürftigkeit der Vorkriegsidylle vgl. K. Bosl, Gesellschaft und Politik in Bayern vor dem Ende der Monarchie, Beiträge zu einer sozialen und politischen Strukturanalyse, in: ZBLG 28 (1965), S. 1–31. – Sehr wichtig ist ferner W. Albrecht, Landtag und Regierung in Bayern am Vorabend der Revolution von 1918, Berlin 1968.

wurde Politik in Bayern als Kraftakt verstanden. Eine Folge davon war auch, daß Chauvinisten und Rechtsradikale aus ganz Deutschland nach Bayern strömten, daß in München die Zentrale der Fememörder eingerichtet werden konnte und daß Hitlers Aufstieg in München begann.

Das „Bayerische Problem in der Deutschen Geschichte“ ist nach 1918 aus gegebenem Anlaß oft gedeutet worden, aus der Vielzahl der Auguren kann man prominente Namen wie Michael Doeberl, Karl Alexander von Müller oder Erwein von Aretin herausgreifen. Oft genug versuchten sie, aus der Beschwörung der Vergangenheit Maximen für die Tagespolitik abzuleiten, die dadurch aber keineswegs realistischer verstanden wurde². Einer der besten Kenner der „bayerischen Frage“ in der Weimarer Zeit war Karl Schwend. Er hat das „bayerische Problem“ in einer vielbenützten Darstellung³ interpretiert, die, ganz aus dem Selbstverständnis und der Zeitgebundenheit des Mithandelnden heraus entstanden, gleichwohl als Standardwerk zur Geschichte Bayerns in der Weimarer Republik galt und weithin immer noch gilt. (Als Randfigur der politischen Bühne erscheint Schwend übrigens auch in der Berichterstattung des württembergischen Gesandten.)

Politisch fanden die in Bayern herrschenden Aggressionen und Sehnsüchte ihren Ausdruck in der Kritik und Ablehnung der Weimarer Reichsverfassung, die im Entwurfsstadium ebenso wie später in der Praxis bekämpft wurde. Die Verteidigung des föderalistischen Prinzips war immer das Leitmotiv der Münchner Politik. Mit staatsrechtlichen und verfassungsgeschichtlichen Definitionen ist der Föderalismus bayerischer Spielart allerdings schwer in den Griff zu bekommen. In Bayern, wo der bedeutendste Theoretiker des Föderalismus, Konstantin Frantz – bekanntlich ein entschiedener Gegner Bismarcks – kaum Beachtung gefunden hatte, verstand man nach 1870 ebenso wie nach 1918 kaum mehr darunter als das Bestreben, den jeweiligen status quo ante zu halten und gegen alle Unitarisierungstendenzen abzusichern. Eine über die eigenen Interessen hinausführende Föderalismuskonzeption hat man in Bayern nie zu entwickeln versucht. Das war nicht zuletzt eine Folge der Gesellschaftsstruktur Bayerns, die das Beharren an althergebrachten Ordnungen in hohem Maße begünstigte. Fast zwangsläufig wurde Föderalismus nur pragmatisch und egoistisch als Mittel der Politik zur Wahrung des Besitzstandes an Rechten und Freiheiten gegenüber anderen Staaten verstanden. Daß diese Politik außerhalb der weiß-blauen Grenzpfähle – wo man statt Föderalismus gern Partikularismus sagte und das gleiche meinte – Mißtrauen erregte, wurde in München ebenso schmerzlich empfunden wie die Isolation, in die Bayern dadurch immer wieder geriet.

Die Arbeit der Nationalversammlung in Weimar im Frühjahr und Sommer 1919 wurde von Bayern aus mit tiefstem Argwohn verfolgt. Erst jetzt, als sich eine

² Die in ihren Auswirkungen so verhängnisvolle Interpretation des Bismarckreiches als absoluter Höhepunkt der deutschen Geschichte zeigt neuerdings: Christoph Weisz, *Geschichtsauffassung und politisches Denken Münchener Historiker der Weimarer Zeit*, Berlin 1970.

³ K. Schwend, *Bayern zwischen Monarchie und Diktatur, Beiträge zur Bayerischen Frage in der Zeit von 1918 bis 1933*, München 1954.

eigene, von Berlin gelenkte Bürokratie des Reiches am Horizont abzuzeichnen begann, die künftig Hoheitsaufgaben auf dem Gebiet des Verkehrs, der Finanzen, womöglich auch der Justiz und der inneren Verwaltung, am Ende gar auf kulturellem Gebiet erfüllen sollte, lernte man in Bayern das Bismarcksche System richtig schätzen. Gern sah man 1919 zwar die Hegemonialstellung Preußens verschwinden, deren Korrelat aber, die süddeutschen Sonderrechte, die eigene Militärhoheit etwa oder das Biersteuerreservat, das als Rückgrat der bayerischen Finanzen galt, wollte man um keinen Preis opfern.

Die Referenten der bayerischen Ministerien äußerten sich im Februar 1919 in einem ausführlichen Gutachten zur neuen Reichsverfassung, wobei die „rechtspolitischen Irrgänge“ des Preußischen Entwurfs eingehend durchleuchtet wurden. Nach der Ansicht der Münchner Ministerialbürokratie „wäre es das direkte Gegenteil einer gesunden Reichspolitik und hieße das, was bisher an nationaler Einheit auf staatsrechtlichem Gebiet erreicht worden ist, in höchstem Maße gefährden, wenn man unter grundstürzender Niederreißung des bisherigen Reichsgebäudes und unter Mißachtung seiner geschichtlichen Struktur nunmehr einen vollständigen Neubau auf durchaus geänderter Grundlage errichten wollte“⁴. In Weimar hingegen entschied sich die Mehrheit der Volksvertreter doch für den Neubau des Verfassungsgebäudes, und zwar eben deshalb, weil die Voraussetzungen dafür vorhanden waren und den Neubau zwingend forderten, was man indessen in Bayern hartnäckig bestritt, weil man den Sturz der Monarchien und die Revolution vom November 1918 als Betriebsunfall der Deutschen Geschichte, nicht aber als zwangsläufiges Ende einer Entwicklung und eines Gesellschaftsprozesses anzusehen geneigt war.

Der Unitarisierungstrend der Parlamentarier in Weimar wurde im Laufe der Beratungen gebremst, und die Verfassung, die Friedrich Ebert am 11. August 1919 unterschrieb, unterschied sich erheblich vom Entwurf, den Hugo Preuß im Januar 1919 vorgelegt hatte. Schließlich unterschied sich die Weimarer Verfassung im Wortlaut in jenen Teilen, auf die es den Ländern, und Bayern zumal, ankam, gar nicht mehr so gravierend von der Bismarckschen Reichsverfassung von 1871. Der Verfassungstext enthielt zwar genug vom Föderalismus des Bismarckreichs, die Verfassungswirklichkeit aber bot genügend Spielraum für eine unitaristische Regierungspraxis. Die problematischste Bestimmung der Weimarer Verfassung war wohl der Artikel 48, der das Ausnahmerecht normierte und dem Reichspräsidenten diktatorische Vollmachten, auch den Ländern gegenüber, bei Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erteilte. Die Notverordnungen, die aufgrund des Artikels 48 nicht nur in der Schlußphase, sondern während der ganzen Weimarer Zeit erlassen wurden, hatten die meisten Konflikte zwischen München und Berlin zur Folge. Die Forderung nach einer Abänderung dieser Bestimmungen gehörte stets zu den Reformwünschen der bayerischen Regierung.

Die substantiell tiefgreifendste Änderung im Reich-Länder-Verhältnis gegenüber

⁴ Gutachten der Referenten der bayerischen Ministerien zur neuen Reichsverfassung, vom 8. 2. 1919, GStA, MA 103253.

dem Kaiserreich war aber nicht durch die Bestimmungen der Verfassung von 1919 eingetreten, sondern durch die Finanzreform Erzbergers. Den sachlichen Zwang, die Einnahmen des Reiches im Vergleich zur Vorkriegszeit für die Tilgung der Kriegslasten um 900 Prozent steigern zu müssen, hatte Erzberger dazu benützt, den Ländern die Finanzhoheit zu entwenden. Innerhalb kürzester Frist verabschiedete die Nationalversammlung im Herbst 1919 Erzbergers Vorlagen. Ab 1. Oktober war das Reich nicht nur für die Besteuerungsvorschriften zuständig, auch die ganze Finanzbürokratie der Länder ging an das Reich über. Damit verfügte Berlin über einen Instanzenzug bis zur untersten Ebene. Daß Bayern von allen Ländern am schmerzlichsten betroffen war und kräftig Protest erhob, versteht sich von selbst. Erzberger, der damit als erklärter Verfechter des Einheitsstaates die Weichen eindeutig in unitarischer Richtung gestellt hatte, kam in Bayern in Acht und Bann. Der Ausspruch des Ministerpräsidenten Kahr, Erzberger sei gefährlicher als Kurt Eisner, weil er der Zentrumsparterie angehöre, gab die allgemeine Ansicht noch verhältnismäßig schmeichelhaft wieder. Die Entfremdung zwischen Zentrum und Bayerischer Volkspartei, die bis 1927 andauerte, hatte in der Politik Erzbergers ihren äußeren Anlaß.

Die Bayerische Volkspartei leistete 1920 mit ihrem Bamberger Programm einen der ersten Diskussionsbeiträge zur Reichsreform. Es enthielt als Fernziel die Revision der Weimarer Verfassung auf der Grundlage der Wiedereinführung eines dem Reichstag gleichberechtigt gegenüberstehenden föderativen Organs, wie es der alte Bundesrat gewesen war. Außerdem wollte man die Verfassungsautonomie der Einzelstaaten zurückgewinnen, die Gesetzgebungskompetenz des Reiches einschränken, die volle Verwaltungs- und Steuerhoheit der Länder sowie das Recht wiedererhalten, mit auswärtigen Staaten Verträge wirtschaftlicher und kultureller Art abzuschließen und eigene Vertreter im Ausland zu bestellen.

Ob diese Forderungen auf eine Rekonstruktion des Bismarckreiches abzielten oder gar den Verfassungszustand des Deutschen Bundes wiederherzustellen suchten, ist letztlich eine Interpretationsfrage. Jedenfalls gingen die Wünsche der BVP weiter als die föderalistischen Bestrebungen in anderen Ländern. Auch die süddeutschen Nachbarländer, die die Nahziele des Bamberger Programms – zusammengefaßt in der Forderung, daß die bestehende Reichsverfassung in föderalistischem Sinn zur Anwendung kommen müsse – durchaus unterstützten, wollten so weit nicht mit Bayern zusammengehen.

Immerhin gelang es einige Male, den zentralistischen Expansionsdrang der Reichsregierung durch das Zusammenwirken der süddeutschen Länder zu bremsen. Die Pläne etwa, die man 1919 in Berlin ersonnen hatte, um die einzelnen Länderregierungen einer stärkeren Reichsaufsicht zu unterwerfen, wurden gemeinsam verhindert. Ebenso wehrte man erfolgreich die von der Reichsregierung betriebene Abschaffung der innerdeutschen Gesandtschaften ab.

Die bayerische Denkschrift zur Revision der Weimarer Reichsverfassung, die im Januar 1924 präsentiert wurde, zog aus fünfjähriger Erfahrung die Zwischenbilanz von Weimar: „Im Reiche hat sich ein Behördenapparat von unübersichtlicher

Größe und ein Bürokratismus entwickelt, der vielfach sich selbst, dem Volke und dem Staat zur Last geworden ist. In den Ländern hat der Zentralismus nicht nur keine Verminderung, sondern eine Vermehrung des Beamten- und Behördenapparates bewirkt. Was früher an einer Stelle in den Bundesstaaten bearbeitet wurde, wird jetzt vielfach gleichzeitig hier und an einer weiteren Stelle im Reiche bearbeitet. Die Kosten der Verwaltung haben sich daher ins Ungeheuerliche gesteigert.“⁵

Die bayerische Politik änderte sich in ihren Grundzügen während der ganzen Weimarer Zeit nicht. Wohl aber unterschieden sich Stil und Methoden in der zweiten Hälfte von den konfliktreichen Anfangsjahren. Die Bayerische Volkspartei, die vom 16. März 1920 bis zum 16. März 1933 den Ministerpräsidenten stellte, ging 1924 von ihrem Brauch ab, leicht auswechselbare Männer an die Spitze des Staates zu stellen.

Dreimal hatte die BVP Beamte auf den Ministerpräsidentenstuhl geschoben und sie – und einiges mehr – dabei zerschlagen. Zuerst Gustav von Kahr, der halb aus Unfähigkeit, halb aus reaktionärer Gesinnung den wilden Mann spielte und sich völlig von den militanten Rechtsverbänden abhängig machte. Ihm folgte Graf Lerchenfeld, dem die politische Situation in Bayern ganz fremd war, der es aber mit gutem Willen probierte, bis er, der Gängelei und der Intrigen in der eigenen Partei müde, resignierte und wieder in den diplomatischen Reichsdienst zurückkehrte – froh, eine Bürde, die ihm zu schwer war, abgeschüttelt zu haben. Auf Lerchenfeld folgte Knilling, ein Mann, der wankelmütig und unentschlossen die Ereignisse abwechselnd treiben ließ oder von ihnen getrieben wurde. Während seiner Ministerpräsidentschaft versuchte es die BVP mit einem neuen Rezept gegen die Krise, in die Bayern durch den Rechtskurs geraten war. Neben (oder über) der verfassungsmäßigen Regierung wurde ein „Generalstaatskommissar“ installiert. Herr von Kahr feierte in dieser Rolle sein politisches come back. Im Verein mit dem Reichswehrgeneral Lossow und dem Chef der bayerischen Landespolizei, Seißer, suchte und betrieb Kahr den Konflikt mit Berlin vorsätzlich. Nur der Putsch, den Hitler am 8./9. November 1923 inszenierte, kam den Plänen des Triumvirats zuvor. Kahr hätte die Reichsregierung selber gerne durch eine „nationale Diktatur“ ersetzen wollen.

Heinrich Held, der im Sommer 1924 Ministerpräsident wurde, war nicht nur der erste Parlamentarier, sondern auch der erste Politiker, der im Namen der BVP die bayerische Regierung verantwortlich leitete. Die „Ära Held“ war nicht mehr durch ständigen offenen Hader mit dem Reich gekennzeichnet. Die Verteidigung der bayerischen Interessen wurde von ihm weniger geräuschvoll, weniger aggressiv, aber nicht weniger zäh geführt. Allerdings gelang es auch Held nicht, als Konsequenz föderalistischer Politik eine Gesamtkonzeption zur Reichsreform zu entwickeln. Die Schwäche des bayerischen Revisionismus lag immer noch darin, daß die Vorstellungen, die man in München von einer gerechten Verfassungsordnung

⁵ GStA, MA 103253–103256 (Denkschriften der bayerischen Regierung zur Weimarer Reichsverfassung 1919–1932; Die Revision der Weimarer Verfassung).

hatte, zu sehr von der Erinnerung an das vergangene Bismarckreich bestimmt waren.

Das Memorandum, das die bayerische Regierung 1926 vorlegte, trug den bezeichnenden Titel „Über die fortschreitende Aushöhlung der Eigenstaatlichkeit der Länder unter der Weimarer Verfassung“⁶. Abgesehen davon, daß die Frage des Finanzausgleichs – also der Wunsch nach einer Revision der Erzbergerschen Steuerreform – mehr Raum einnahm als in der zwei Jahre zuvor erschienenen Denkschrift, war sachlich nichts Wesentliches dazugekommen. Anhand zahlreicher Beispiele aus der zum Unitarismus tendierenden Reichspolitik wurden jedoch die Konturen der 1924 erhobenen Forderungen und Beschwerden stärker herausgearbeitet. Durch die Einladung des Reichsministeriums des Innern zur Länderkonferenz sollte im Januar 1928 die Reichsreform⁷ endlich das Stadium der Reflexion verlassen. In Berlin gab man sich jedoch keinen Illusionen hin und rechnete nicht mit einer grundlegenden Änderung der staatlichen Struktur Deutschlands. Auch für das Problem Reich–Preußen erhoffte man sich keine Lösung, sondern bestenfalls einen Anstoß, der die Angelegenheit allmählich in Gang bringen würde.

Das eigentliche Programm der Länderkonferenz beschränkte sich auf die Besprechung von Einzelproblemen, etwa das der leistungsschwachen Länder, deren Zusammenschluß mit Preußen, die Bereinigung von Enklaven und die Klärung von Zuständigkeitsfragen zwischen Reich und Ländern. In der „auftragsweisen“ Übernahme von Länderaufgaben durch das Reich, wie sie die Reichsregierung anstrebte, sahen die Anhänger des Föderalismus mit gutem Grund Zentralisierungstendenzen, denen man Widerstand zu leisten hatte. Schließlich standen auf der Tagesordnung der Länderkonferenz Sparmaßnahmen – sowohl verfassungsändernde als auch bloße Verwaltungsmaßregeln – und eine Verwaltungsreform in Reich und Ländern. Die Länderkonferenz brachte keine Ergebnisse, die Diskussion über Möglichkeiten und Wege der Verfassungsreform versickerte im Sommer 1930 in Kommissionen und Unterausschüssen.

Reichskanzler Papen, der sich in bemerkenswertem Selbstgefühl als kongenialen Nachfolger Bismarcks einschätzte, fühlte sich dazu befähigt und berufen, das Dualismusproblem Reich–Preußen zu lösen. Sein Gewaltakt vom 20. Juli 1932 war rechtlich ein Verfassungsbruch, politisch ein Schlag gegen das Föderativsystem. Drei Tage nach der vollzogenen Exekution der Preußenregierung erging sich Papen vor den Regierungschefs der Länder in föderalistischen Lippenbekenntnissen: Er sei der erste föderalistische Kanzler seit Bismarck. Papen interpretierte die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen als Beginn der Reichsreform. Die Reaktion der bayerischen Regierung war eindeutig. Gleichzeitig mit der badischen und der abgesetzten preußischen Regierung erhob sie Klage gegen das Reich vor dem Staatsgerichtshof.

Das war nur konsequent. Bemerkenswert daran war allenfalls die Tatsache, daß

⁶ Ebenda.

⁷ Zum Gesamtkomplex Reichsreform vgl. G. Schulz, *Zwischen Demokratie und Diktatur, Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik*, Berlin 1963.

Bayern, wo man die Weimarer Verfassung die ganzen Jahre hindurch eher als drückende Last denn als gerechte Ordnung des Zusammenlebens von Reich und Ländern empfunden hatte, wo Parteien, Ministerialbürokratie und Regierung schon vor dem Inkrafttreten der Verfassung begonnen hatten, ihre Revision zu fordern, nun mit aller Entschiedenheit das geltende Recht verteidigte.

Dabei wäre Papen wohl geneigt gewesen, sich das Stillhalten der Bayern und der übrigen Süddeutschen durch Zugeständnisse zu erkaufen. Es gab auch in München genug Stimmen, z. B. im Umkreis der einflußreichen Münchner Neuesten Nachrichten, die den Ministerpräsidenten Held beschworen, die Gunst der Stunde zu nutzen und von der unsicheren Reichsregierung das zu verlangen, was Bayern an Selbständigkeit und geschmälerten Hoheitsrechten seit 1919 entbehrte. Die bayerische Regierung hielt aber lieber am status quo, der wenigstens rechtlich gesichert war, fest. Kurz vor Hitlers Ernennung zum Reichskanzler, die alle Erörterungen über hegemonialen oder Gleichgewichtsföderalismus, dezentralisierten Einheitsstaat oder Eigenstaatlichkeit der Länder zu akademisch-abstrakten Streitfragen erstarren ließ, machte der Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei dem Reichspräsidenten einen Besuch. Schäffer sollte in Erfahrung bringen, wie man in Berlin reagieren würde, wenn München den bayerischen Kronprinzen ins politische Spiel bringen würde. Es war daran gedacht, Kronprinz Rupprecht zum bayerischen Generalstaatskommissar zu ernennen. Notfalls, wenn Hitler den Main überschritte, sollte Rupprecht sogar zum König ausgerufen werden. Der Plan wurde noch im Februar 1933 verfolgt. Ministerpräsident Held scheute aber den ungewissen Ausgang des Abenteuers.

Am 24. Februar machte auch eine Rede von Hitlers Innenminister Frick der Illusion vom Widerstand entlang der Mainlinie ein Ende. Trotz der beruhigenden Worte, die Hitler am gleichen Tag an eine Münchner Versammlung richtete, war der nationalsozialistische Einheitsstaat mit Reichskommissaren in allen deutschen Ländern in unmittelbare Nähe gerückt. Mit bestürzender Schnelligkeit vollzog sich die Umwandlung der Länder in reichsabhängige Verwaltungseinheiten. Durch das Gleichstellungsgesetz vom 31. März 1933 wurden die Länderparlamente aufgelöst und ohne Neuwahl neu besetzt. Das Reichsstatthaltergesetz vom 7. April 1933 beseitigte die letzten Reste staatlicher Selbständigkeit auch in Bayern.

II

Die Verfassung des Bismarckreiches hatte das Gesandtschaftsrecht der deutschen Bundesstaaten nicht angetastet⁸. Nach der Reichsgründung verloren die innerdeutschen Gesandtschaften⁹ jedoch an Bedeutung, aus Sparsamkeitsgründen hoben

⁸ Vgl. dazu O. Esch, Das Gesandtschaftsrecht der Deutschen Einzelstaaten, Bonn 1911. – F. Stützel, Die völkerrechtliche Handlungsfähigkeit des Einzelstaates im Bundesstaate, Erlangen 1929. – K. H. Wahl, Die deutschen Länder in der Außenpolitik, Stuttgart 1930.

⁹ Ständige Gesandtschaften innerhalb Deutschlands sind seit dem Ende des 16. Jahrhunderts

viele Bundesstaaten ihre Vertretungen auf oder legten mehrere Missionen zusammen. Am Ende des Ersten Weltkriegs existierten aber immer noch ungefähr sechzig Gesandtschaften, die Zahl der Diplomaten war freilich weitaus geringer¹⁰.

Von politischem Wert waren nach der Reichsgründung nur noch die einzelstaatlichen Gesandtschaften in Berlin. Formal waren sie beim preußischen König akkreditiert, ihre wichtigste Aufgabe war jedoch die Wahrnehmung des Stimmrechts im Bundesrat und die Interessenvertretung des Heimatlandes bei den Reichsbehörden. Ihre Tätigkeit entsprach ziemlich der Funktion, die in der Bundesrepublik die Ländervertretungen in Bonn haben. Besonderes Gewicht hatten umgekehrt auch die preußischen Gesandten in den deutschen Bundesstaaten. Dank der engen Verzahnung der Exekutive des Reichs und Preußens waren sie bis 1918 de facto auch Organe der Reichsregierung.

Am Vorabend des Ersten Weltkriegs gab es in München noch ein ganz beachtliches Diplomatisches Corps. Doyen war nach dem Wiener Reglement, das auch bei den innerdeutschen Vertretungen peinlich genau beachtet wurde, der Apostolische Nuntius. Frankreich und England hatten eigene Ministerresidenten oder Geschäftsträger in München; Rußland, Italien, Österreich-Ungarn, Preußen, Sachsen und Baden waren außer Württemberg durch Gesandte vertreten. Daneben waren die in Berlin residierenden Missionen von Belgien, Griechenland, Spanien, Schweden, der Niederlande, der Schweiz und von Persien auch beim bayerischen König akkreditiert. In Dresden, Stuttgart und anderen Residenzen sah es ähnlich aus¹¹.

Nach dem Inkrafttreten der Weimarer Verfassung im August 1919 waren diplomatische Vertretungen der deutschen Länder im Ausland nicht mehr möglich – außer Sachsen und Bayern¹² hatte von dieser Möglichkeit seit den 90er Jahren kein Land mehr Gebrauch gemacht –, die Rechtsgrundlage für die innerdeutschen Gesandtschaften blieb aber unverändert. Schon im Laufe des Jahres 1919 wurde das von der Reichsregierung als Versäumnis empfunden. Die Versuche, die Länderregierungen zum grundsätzlichen Verzicht auf gegenseitige Vertretungen zu bewegen, blieben jedoch erfolglos¹³. Es wurden zwar zahlreiche Gesandtschaften aufgehoben, dafür aber andere neu errichtet. Bayern hatte im Frühjahr 1919 seine Vertretungen in Stuttgart und Dresden eingezogen, nach einigem Hin und Her feierten sie dann wieder fröhliche Urständ, die Dresdner Vertretung nur in Form

nachweisbar, rechtliche Schranken für die Entfaltung diplomatischer Beziehungen der deutschen Staaten untereinander oder mit ausländischen Staaten gab es seit dem Zusammenbruch des alten Reiches überhaupt nicht mehr.

¹⁰ Ein Gesandter versah mittels Nebenbeglaubigungen in der Regel drei Gesandtschaften. Die beste Übersicht bietet H. J. Schreckenbach, *Innerdeutsche Gesandtschaften 1867–1945*, in: *Archivar und Historiker, Festschrift H. O. Meissner*, Berlin 1956, S. 404–428.

¹¹ Vgl. *Hof- und Staatshandbuch des Königreichs Bayern für das Jahr 1914*, entsprechend auch: *Staatshandbuch für das Königreich Sachsen auf das Jahr 1914* und: *Hof- und Staatshandbuch des Königreichs Württemberg 1914*.

¹² Vgl. dazu W. Benz, *Bayerische Auslandsbeziehungen im 20. Jahrhundert*, in: *ZBLG* 32 (1969), S. 962–994.

¹³ Einzelheiten bei W. Benz, *Süddeutschland in der Weimarer Republik*, Berlin 1970, S. 198 ff.

einer Nebenbeglaubigung des Berliner Gesandten, in Stuttgart bestand seit Mai 1922 aber wieder eine eigene Gesandtschaft¹⁴.

Anstelle der ursprünglich vorgesehenen Reichskommissare, die Überwachungsfunktionen bei den Länderregierungen haben sollten, errichtete die Reichsregierung im Frühjahr 1920 in Darmstadt und ein Jahr darauf in München Vertretungen. Beide Reichsvertretungen – verfassungsgeschichtlich waren sie ein Unikum – gingen aus den preußischen Gesandtschaften hervor, die eingezogen wurden. In München errichtete die preußische Regierung jedoch im Mai 1924 wieder eine neue Gesandtschaft¹⁵, die neben der Reichsvertretung bis zum Frühjahr 1931 bestand. Beide Institutionen wurden fast gleichzeitig aus Ersparnisgründen aufgehoben.

Die württembergische Gesandtschaft in München existierte seit Anfang des 19. Jahrhunderts. Im „Churfürstlich-Württembergischen Adreß-Buch auf das Jahr 1803“ ist sie zum erstenmal erwähnt. Die diplomatischen Beziehungen zwischen Württemberg und Bayern waren zur Zeit des Deutschen Bundes von Mißtrauen und Eifersucht bestimmt¹⁶, von vertrauensvoller Zusammenarbeit der beiden süddeutschen Mittelstaaten konnte auch später kaum die Rede sein. Mehr oder weniger dienten die gesandtschaftlichen Beziehungen der Demonstration der Souveränität beider Staaten.

Der Nutzen dieser Diplomatie wollte auch den württembergischen Abgeordneten nie so recht einleuchten. Durch die Geschichte der Gesandtschaft zog sich ein fast alljährlich neu entbrennender Streit um ihre Kosten. Dabei waren die Bezüge der Gesandten recht bescheiden und mußten, wenn der Amtsinhaber nicht vermögend war, meist aus der königlichen Privatschatulle aufgebessert werden. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts betrugen die Ausgaben für die Münchner Gesandtschaft etwa 25000 Mark im Jahr¹⁷.

Carl Moser von Filseck, Ministerialassessor und Kanzleidirektor im Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten, Wirklicher Legationsrat und Königlich Württembergischer Kammerherr, wurde am 4. Juni 1906 zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister an den Höfen in München, Karlsruhe und Darmstadt ernannt. Der solcherart reich titulierte Beamte war am 12. September 1869 in Stuttgart geboren¹⁸. Einer schwäbischen Familie entstammend, in der Staats- und Königsdienst Tradition war – der Adelsbrief stammte aus dem Jahr 1573 –, hatte er Jura in Leipzig, Berlin und Tübingen studiert und war 1897, gleich nach dem 2. Staatsexamen, ins Stuttgarter Ministerium des Auswärtigen eingetreten. Im Sommer 1905 verwaltete er als Geschäftsträger einige Monate lang den wich-

¹⁴ Ebenda, S. 223 ff.

¹⁵ Auch in der Zwischenzeit von 1921 bis 1924 war Preußen in München durch einen „Bevollmächtigten“ vertreten.

¹⁶ Vgl. P. Hoffmann, Die diplomatischen Beziehungen zwischen Württemberg und Bayern im Krimkrieg und bis zum Beginn der Italienschen Krise (1853–1858), Stuttgart 1963.

¹⁷ WHStA, E 75, Büschel 78 (Der Württ. Gesandtenposten und der Landtag, 1901–1912).

¹⁸ Die biographischen Einzelheiten stellte freundlicherweise Herr Dr. Rudolf Moser von Filseck, Göppingen, zur Verfügung.

tigsten Posten der württembergischen Diplomatie, die Gesandtschaft in Berlin. Sein Vater hatte diesen Posten von 1890 bis 1894 innegehabt.

Mit der Bestellung zum Gesandten in München hatte Moser von Filseck im Alter von 37 Jahren den Höhepunkt seiner Karriere erreicht. 27 Jahre lang blieb er auf dem gleichen Posten, was freilich nicht besonders bemerkenswert ist. Revirements gab es im diplomatischen Dienst der deutschen Bundesstaaten kaum. Da gleichwertige Posten fehlten, wurde in aller Regel eine Gesandtschaft jahrzehntelang bis zur Pensionierung versehen. Graf Lerchenfeld, als bayerischer Vertreter in Berlin der prominenteste Kollege Mosers, faßte sein Schicksal in den Worten zusammen: „Am 12. November 1880 bin ich Gesandter in Berlin geworden, am 12. November 1918 habe ich den Posten verlassen und mich . . . zur Ruhe gesetzt. Das ist meine ganze Lebensgeschichte.“¹⁹ In Berlin ging es trotz allem noch etwas aufregender zu als in den übrigen deutschen Residenzen. Viel mehr als höfische Repräsentation wurde dort normalerweise von den Diplomaten nicht verlangt. Entsprechend war auch die Ausstattung der Gesandtschaften. Man muß jedoch hinzufügen, daß die Württemberger im Sparen auch bei ihrer Gesandtschaft alle Rekorde brachen.

Moser von Filseck übernahm 1906 von seinem Vorgänger, einem Baron Soden, der 38 Jahre lang in München ein beschauliches Leben geführt hatte, einige uralte Aktenschränke mit unleserlichen Konzepten zu Berichten und andere Akten. Die Gesandtschaft war von jeher ein Einmannbetrieb. Moser beschäftigte anfangs auf eigene Kosten eine Hilfskraft, um die übernommenen Papiere zu ordnen und Ordnung in die Geschäfte zu bringen. Bald hatte er sich auch mit dem Gebrauch der Schreibmaschine vertraut gemacht; die schriftlichen Arbeiten erledigte der Gesandte dann stets eigenhändig. Die Kanzlei bestand aus zwei Zimmern der gemieteten Privatwohnung (von 1912 bis 1933 war das der zweite Stock in der Friedrichstraße 18 in Schwabing), in der auch die Einladungen und Diners stattfanden, bei denen sich bis 1918 das diplomatische Korps, die königliche Familie und die Spitzen der Beamtenschaft, kurz alles was Rang und Namen in München hatte, zu treffen pflegte. Allzu häufig war das allerdings nicht der Fall und nach 1918 wurden solche Anlässe auf ein äußerstes Minimum reduziert. Die glanzvolle Zeit der Gesandtschaft hatte kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs ihren Höhepunkt im Besuch des württembergischen Königspaares in München, die wichtigste Aufgabe des Gesandten hatte damals darin bestanden, die Flut von Orden und Auszeichnungen richtig verteilen zu helfen. Der Inhalt der diplomatischen Depeschen, die zu jener Zeit nach Stuttgart gelangten, entsprach der Beschaulichkeit des Münchner Lebens.

Die Revolution von 1918 war mehr als ein äußerer Einschnitt für den württembergischen Gesandten. War schon sein Amt in hohem Maße von der monarchischen Staatsform geprägt, so fühlte sich Moser von Filseck aus Familientradition darüber hinaus noch besonders mit dem württembergischen Königshaus verbunden.

¹⁹ H. Graf Lerchenfeld-Koefering, *Erinnerungen und Denkwürdigkeiten*, Berlin 1935, S. 178.

Es konnte daher kaum erwartet werden, daß Moser seinen Dienst fortan als besonders freudiger Republikaner verrichtet hätte. Am 2. Dezember 1918 schrieb er in einem privaten Brief an den abgedankten König von Württemberg: „Ich glaube, im Sinne Eurer Majestät zu handeln, wenn ich, solange ich es mit meiner politischen Überzeugung vereinigen kann, mich in loyaler Weise der provisorischen Regierung zur Verfügung stellend zum Wohl des Vaterlandes weiterarbeite.“²⁰

Diese Loyalität erkannte der erste republikanische Staatspräsident, der Sozialdemokrat Blos, auch dankbar an, indem er die Gesandtschaft gegenüber allen Sparmaßnahmen verteidigte. In seinen Erinnerungen schrieb er: „Man wollte auch die Gesandtschaft in München abgeschafft wissen, was aber unterblieb, denn unser Gesandter in München, Legationsrat Moser von Filseck, hatte uns vortreffliche Dienste geleistet. Seine Berichte waren meisterhaft . . .“²¹

Die Objektivität der Moserschen Gesandtschaftsberichte aus der Weimarer Zeit ist bemerkenswert, wenn man sich sein Herkommen und seine vorherige politische Erlebniswelt vor Augen hält. Sein persönlicher Standort ist anhand der Berichte kaum zu bestimmen, nur selten (41) gestattete er sich wehmütige Erinnerungen an die „schönen Zeiten“ vor 1918. Obwohl sein Nationalgefühl durch den Versailler Vertrag zutiefst gekränkt war und obwohl die „Erniedrigung und Schmach Deutschlands“ nach dem verlorenen Weltkrieg auch sein Weltbild erschüttert hatte, bewahrte er genug kritische Distanz gegenüber jenem Nationalismus, der sich oft genug zur Raserei steigerte und über dessen bayerische Spielart er oft genug zu berichten hatte.

Freilich ersparten ihm die Regierungen, die zwischen November 1918 und März 1933 in Stuttgart amtierten, auch Gewissenskonflikte. Schon die provisorische Regierung unter Wilhelm Blos, die um die Jahreswende 1918/19 die USPD an die Wand spielte, gegen die Spartakisten mit größter Schärfe durchgriff und im Frühjahr 1919 bei der Niederschlagung der Münchner Räterepublik entscheidend mit half, bewegte sich nicht in revolutionären Bahnen. Auch die vom Sommer 1920 bis Frühjahr 1924 regierende, von der SPD tolerierte Koalition aus Demokraten und Zentrum orientierte sich unter Staatspräsident Hieber (DDP) am liberalen und konservativen Bürgertum. Bis zum Ende der Weimarer Republik teilten sich dann die Deutschnationalen (in Württemberg unter dem Namen Bürgerpartei) und das Zentrum die Regierungsgewalt, von 1924 bis 1928 unter Staatspräsident Bazille (DNVP), dann unter Bolz (Zentrum). Ein Anlaß, aus Protest gegen eine zu linksgerichtete Regierung zurückzutreten, bestand also für Moser zu keiner Zeit.

Diplomatische Vorrechte genoß der württembergische Gesandte in München bis zum Ende seiner Mission. Viel Staat konnte er damit allerdings nicht mehr machen. Die wichtigste Prerogative der Diplomaten, die Exterritorialität, konnte innerhalb des Deutschen Reiches schon seit 1871 nicht mehr in Anspruch genommen werden. Die Privilegien, derer Moser von Filseck sich noch erfreuen konnte, sind schnell

²⁰ Mitgeteilt von Dr. R. Moser von Filseck.

²¹ W. Blos, Von der Monarchie zum Volksstaat, Bd. 2, Stuttgart 1922, S. 146.

aufgezählt: Befreiung von der Münchner Bürgersteuer (bis 1931), kostenloser Eintritt in die Staatlichen Sammlungen, und die Vergünstigung, im Münchner Hauptbahnhof keine Bahnsteigkarte lösen zu müssen²². Ein Vorrecht hatte Moser als Gesandter allerdings, das für seine Berichterstattung unerlässlich war und von dem er häufig Gebrauch machte: Er konnte jederzeit alle Minister und Beamten um Unterredungen bitten.

Außer der Berichterstattung hatte der Gesandte noch einige Obliegenheiten, die kurz erwähnt werden sollen. Bis 1918 stellte er gelegentlich Pässe und Visa aus. Die finanzielle Unterstützung bedürftiger Württemberger wurde auch in den letzten Jahren der Gesandtschaft noch aufrechterhalten. Freilich ging es dabei nur um geringfügige Summen, zwischen April 1929 und April 1930 empfingen z. B. 38 Personen Unterstützungen, die den Gesamtbetrag von 250 Mark ausmachten²³. Gelegentlich mußte Moser auch spezielle Auskünfte für die Stuttgarter Regierung einziehen, im allgemeinen blieb der Gesandte jedoch ziemlich sich selbst überlassen. Instruktionen empfing er aus Stuttgart ebenso selten wie Informationen. Es kam sogar vor, daß er von Verhandlungen, die zwischen Bayern und Württemberg auf Ministerebene geführt wurden, erst nachträglich erfuhr.

Besonderes Geschick entfaltete Moser bei Demarchen, die immer dann notwendig waren, wenn im Stuttgarter Landtag bayerische Interna mit Lieblosigkeit und Unverständnis für die Eigenarten bayerischer Politik zur Sprache gekommen waren oder wenn die württembergische Presse Empfindlichkeiten des Nachbarlandes verletzt hatte. Ebenso gut, wie er bayerischen Groll zu besänftigen wußte, z. B. als die Regierungsparteien in Stuttgart die halsstarrige Einwohnerwehrpolitik Kahrs kritisiert hatten (46), verstand er es auch, in taktvoller Form gegen Bestrebungen zu protestieren, die Bayern zugunsten einer Sonderstellung gegenüber den anderen Ländern unternahm, etwa durch Entsendung von eigenen Delegierten auf internationale Konferenzen (35 und 53). An einer Vermittlungsaktion, die der württembergische Staatspräsident Hieber im Oktober 1923 unternahm, um im Konflikt zwischen Bayern und dem Reich eine Lösung anzubahnen, hatte Moser maßgeblichen Anteil²⁴.

In der mit Mißtrauen, Leidenschaften und Emotionen geladenen politischen Atmosphäre der zwanziger Jahre in München war es nicht ganz einfach, die gebotene diplomatische Neutralität zu wahren. Mehrere Kollegen Mosers bekamen es schmerzhaft zu spüren, als sie Einfluß auszuüben versucht hatten. Graf Zech, über den Moser im November 1919 noch geschrieben hatte, er genieße „in Regierungskreisen einen Einfluß und ein Ansehen, wie es die bisherigen preußischen Gesandten, die ich hier gekannt habe, bei der alten Regierung nie besessen haben“ (11), nahm so tätigen Anteil an der bayerischen Politik, daß er als verhaßter Mann

²² WHStA, E 75, Büschel 77 (Exterritorialitätsfragen 1885–1933).

²³ WHStA, E 75, Büschel 258 (Vorschriften für Behandlung der Armensachen 1868–1933).

²⁴ Hieber war am 23. Oktober nach München gereist und hatte, von Moser unterstützt, mit Knilling und Kahr konferiert; das Ergebnis bestand in einer Konferenz der Ministerpräsidenten in Berlin, über die Hieber den Gesandten in München am 26. Oktober ausführlich informierte. WHStA, E 75, 158.

im Sommer 1922 München verlassen mußte. Man nahm ihm seine reichliche Kritik an der Rechtsorientierung in Bayern übel und verargte ihm die Mitwirkung bei der Gründung des „Bayernbundes“ (13) und ähnliche Aktivitäten. Schon im Frühjahr 1921, als er das Amt des preußischen Geschäftsträgers mit dem des Vertreters der Reichsregierung in München vertauscht hatte, unkten die Regensburger Neuesten Nachrichten, der bayerische Ministerpräsident erhalte einen „Erzieher in staatsrechtlichen Fragen“²⁵. Auch Zechs Nachfolger Haniel wurde von der BVP-Korrespondenz ungnädig empfangen, weil er „ebenso links-demokratisch und unitaristisch“ sei wie Zech²⁶. Im Lauf der Zeit wurde Haniel in München dann freilich geschätzt. Der preußische Bevollmächtigte Schellen, der im Frühjahr 1921 nach München gekommen war, hatte ebenfalls einen schweren Stand. Er wurde, nicht ohne Nachhilfe Zechs, schon im Dezember 1921 wieder beurlaubt, weil seine Regierung in Berlin ihn als zu weit rechts stehend empfand; in München wäre man mit ihm schon zufrieden gewesen²⁷.

Ähnlich erging es dem sächsischen Geschäftsträger Dziembowski, der allerdings sein Amt selbst aufgab. Aus Protest gegen die Linkskoalition in Dresden stellte er im Oktober 1923 seine Tätigkeit ein und tat noch ein übriges, indem er sein Demissionsgesuch im Bayerischen Staatsanzeiger veröffentlichen ließ. Als er sich im August 1924 wieder um sein früheres Amt bewarb, zeigte man ihm in Dresden die kalte Schulter²⁸. Dziembowski, der sich mit Moser von Filseck sehr gut verstand, blieb als Privatmann in München, wo er es noch zum Schatzmeister der DNVP brachte.

Als korrekter Beamter geriet Moser nie in Versuchung, im politischen Geschäft selbst mitzuwirken. Er blieb als aufmerksamer Zuhörer und zurückhaltender Beobachter der Szenerie ein überall geschätzter Gesprächspartner, bei dem man auch einmal das Herz über Ministerkollegen oder Parteifreunde ausschütten konnte. So machte Ministerpräsident Knilling vor dem württembergischen Gesandten aus seinem Herzen keine Mördergrube, wenn es um die Aktivitäten des Generalstaatskommissars Kahr ging (118, 126), und ebenso freimütig hatte Knillings Vorgänger Lerchenfeld sich bei Moser über die Heckenschützen in der BVP Luft gemacht (81, 90). Der Berichterstattung Mosers kam das natürlich zugute.

Als Moser im Sommer 1931 sein 25jähriges Amtsjubiläum feierte, sah die Zukunft der Gesandtschaft nicht mehr sehr rosig aus. Im württembergischen Landtag war der Haushaltstitel schon 1928 nur noch mit dem Zusatz „künftig wegfallend“ bewilligt worden. Fortwährend wurde auch zur äußersten Sparsamkeit gemahnt, die Bezüge des Gesandten wurden gekürzt. Nur der Hinweis Mosers, daß wegen des langfristigen Mietvertrags für die Wohn- und Amtsräume in München durch eine sofortige Aufhebung der Gesandtschaft nichts gespart werde, rettete im Januar 1931 den Fortbestand noch einmal²⁹. Im Juni des gleichen Jahres setzte der Land-

²⁵ Bericht Mosers v. 10. 12. 1921, WHStA, E 130 II, 98.

²⁶ Bericht Mosers v. 18. 10. 1922, WHStA, E 130 II, 99.

²⁷ Berichte Mosers v. 30. 7. und 10. 12. 1921, WHStA, E 130 II, 98.

²⁸ Bericht Mosers v. 17. 10. 1923, WHStA, E 130 II, 99. – S. a. GStA, MA 100003 (Generalia die fremden Gesandtschaften betr., 1921–1931).

²⁹ Bericht Mosers v. 30. 1. 1931, E 130 II, 102.

tag die Aufhebung der Münchner Gesandtschaft endgültig auf den 1. April 1933 fest⁸⁰. Die Hoffnung des Staatspräsidenten Bolz, daß der Beschluß bei den Etatberatungen 1932 noch revidiert werden würde, war vergeblich. Als letzter Gesandter eines deutschen Staates in Bayern überreichte Moser Ende März 1933 sein Abberufungsschreiben dem kommissarischen bayerischen Ministerpräsidenten, dem Nationalsozialisten Ritter von Epp. Unterzeichnet war das Schriftstück von Wilhelm Murr, der als NS-Gauleiter die Nachfolge von Staatspräsident Bolz in Württemberg angetreten hatte. Die ehemals königliche Gesandtschaft hatte sogar das Ende der Weimarer Republik noch überdauert.

Die neuen Regierungschefs von Bayern und Württemberg versäumten es nicht, dem abschiednehmenden Gesandten die üblichen Artigkeiten über die treuen Dienste, die er den beiden Ländern in 27jähriger Tätigkeit geleistet hatte, auszusprechen. Am 18. April 1933 meldete sich auch Heinrich Held, der am 15. März aus dem Amt des bayerischen Ministerpräsidenten verjagt worden war, noch mit einem Abschiedsgruß. Er schrieb: „Heute muß ich es aussprechen: Die Stunden, die ich mich während meiner Amtszeit mit Ihnen zu unterhalten die Ehre hatte, gehören zu den schönsten und ertragreichsten Erinnerungen meiner ministeriellen Tätigkeit. Ich empfinde menschlich und amtlich das Bedürfnis . . . innigst zu danken für die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Württemberg und Bayern, für die wundervoll freundliche und erquickende Art der Erledigung Ihrer amtlichen Geschäfte und für die warme und rückhaltlose Freundschaft und Liebenswürdigkeit, die . . . Sie . . . uns allezeit erwiesen haben.“⁸¹

Moser von Filseck verbrachte, seinen musikalischen Neigungen nachgehend, den Ruhestand in Stuttgart. Er starb im September 1949, wenige Tage nach seinem 80. Geburtstag.

III

Der württembergische Gesandte versorgte von 1919 bis 1933 seine Regierung in Stuttgart in der Regel täglich, oft auch mehrmals an einem Tag, mit Informationen aus München. Er berichtete über alles, was auf politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ebene irgendwie wissenswert schien. Die Akten in Stuttgart füllten sich dadurch im Lauf der Jahre mit Berichten von recht unterschiedlicher Bedeutung und Qualität. Ungefähr 2700 Berichte aus der Weimarer Zeit sind in den Akten des württembergischen Staatsministeriums, der Behörde des Staatspräsidenten, nachweisbar⁸² und für die Edition ausgewertet worden; 253 wurden für die Veröffentlichung ausgewählt. Kein Thema war zu ausgefallen, um Gegenstand der Berichterstattung zu werden. Über Lokomotiven und Weichkäse, über

⁸⁰ Verhandlungen des Württ. Landtags, 144. Sitzung v. 12. 6. 1931, Sten. Ber. S. 3775f.

⁸¹ Mitgeteilt von Dr. R. Moser von Filseck.

⁸² Dabei sind die (völlig bedeutungslosen) Berichte nicht mitgezählt, die Moser in seiner Eigenschaft als württembergischer Gesandter bei Baden verfaßte.

den Ausbau der unteren Isar und über die Klage der bayerischen Eisenbahner wegen der Abwanderung der guten bayerischen Wagen nach Norddeutschland im Tausch gegen schlechte preußische Waggons wurde ebenso berichtet wie über die schikanöse fremdenpolizeiliche Behandlung, die sich Durchreisende in Münchner Hotels gefallen lassen mußten, oder über ministerielle Verfügungen gegen verunstaltende Reklame. Vom Existenzkampf der Landwirtschaft und von der gleichfalls ewigen Wohnungsnot in München war die Rede; über die Gewährung von Weihnachtsgratifikationen an Beamte („Notzuwendungen“ genannt) schrieb Moser mit der gleichen Akribie wie über die immer wiederkehrenden Aufrufe der bayerischen Regierung, dem Ernst der Zeit entsprechend auf Tanzveranstaltungen und rauschende Feste zu verzichten. Die Einführung gebührenpflichtiger Verwarnungen durch die Münchner Polizei im Sommer 1928 wurde nach Stuttgart gemeldet und auch die Klagen über die Versetzung norddeutscher Zöllner nach Bayern wurden nicht verschwiegen. Mit besonderer Ausführlichkeit berichtete Moser auch über die alljährlich wiederkehrenden akademischen Feiern der Universität und der Technischen Hochschule, denen er gerne beiwohnte. Am Jahresende wurde stets das umfängliche Verzeichnis der Ordens- und Titelverleihungen und sonstiger Ehrungen, die die bayerische Regierung vorzunehmen pflegte, nach Stuttgart gesandt.

Die Aufzählung, die einen Einblick in die Routinearbeit geben soll, ließe sich endlos weiterführen. Nicht wenige dieser Berichte Mosers waren nur Paraphrasen über Presseberichte. Ein großer Teil der Berichterstattung bestand auch lediglich aus Anschreiben zu Zeitungsartikeln und Parlamentsdrucksachen, die vom Gesandten teils erläutert, oft auch kommentarlos nach Stuttgart geschickt wurden. Uninteressant sind in den meisten Fällen die Berichte über wirtschaftliche Themen. Meist handelte es sich dabei um die Wiedergabe des Wortlauts von Verordnungen, z. B. über Schweinezählungen und Hausschlachtungen, den Zuzug von Fremden nach München oder den Preis des Bieres (der war allerdings ein Politikum).

Eine wesentlich interessantere Kategorie bilden die Berichte, in denen Moser Strömungen und Trends der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung aufzeichnete, wie sie bei Veranstaltungen der Verbände und Parteien, bei Revolutionsfeiern der Linken, bei Reichsgründungsfeiern der akademischen Institutionen, bei Gedenktagen, bei den schützenvereinseligen Kundgebungen der Einwohnerwehren und Vaterländischen Verbände deutlich wurden. Konservative Bestrebungen zur Restaurierung der Monarchie, reaktionäre und antidemokratische Affekte, antisemitische Tendenzen und Auswirkungen der deutsch-völkischen Ideologie spiegeln sich in den Berichten Mosers und lassen sich zu einem im großen und ganzen wohl zutreffenden Bild zusammenfügen.

Daß der Gesandte bei allem Bemühen um Objektivität und Distanz nicht *sine ira et studio* berichtete, kann ihm kaum angelastet werden. So kritisch er sich gegenüber Gerüchten und ungesicherten Informationen verhielt, persönliches Urteil und eigener Standort beeinflussten doch zwangsläufig die Berichterstattung. Im Bericht über den Arco-Prozeß (16) – um nur ein Beispiel anzuführen – war seine

Sympathie im Einklang mit der des Publikums und der öffentlichen Meinung auf Seiten des Eisermörders, dessen Haltung vor Gericht angeblich so „vorteilhaft abstach von demjenigen der Helden der Rätezeit“. Davon, daß die wegen ihrer Beteiligung an der Räterepublik angeklagten Linken schlechtere Figur machten als der „nationalgesinnte“ Publikumsliebbling Arco, konnte keine Rede sein, sie waren einfach wegen ihrer politischen Überzeugung von vornherein unsympathisch.

Am wertvollsten sind die Berichte Mosers, die auf Informationen beruhten, die nur ihm zugänglich waren. Der Gesandte gewann sie in Unterhaltungen mit den Ministerpräsidenten, mit Kabinettsmitgliedern und Parlamentariern und last not least in Gesprächen mit den leitenden Beamten der bayerischen Ressorts. Authentischer und unmittelbarer als durch die Wiedergabe der Anschauungen und Meinungen seiner Gesprächspartner sind Aufschlüsse über Absichten und Motive der bayerischen Politik in der Weimarer Zeit kaum zu gewinnen. Vom Inhalt des Berichts über die Unterhaltung zwischen dem bayerischen Ministerpräsidenten und dem württembergischen Gesandten am 31. Juli 1921, in der Kahr seine Geisteshaltung und seine Ansichten über die politische Entwicklung entlarvend offenbarte (61), hatte z. B. Reichskanzler Wirth irgendwie erfahren. Er bemühte sich daraufhin, den Wortlaut zu erhalten und um die Erlaubnis, den Bericht zu verwenden, was ihm allerdings vom württembergischen Staatsministerium aus Furcht vor unliebsamen Auseinandersetzungen mit Bayern verweigert wurde. Für den politischen Wert der Berichterstattung Mosers war der Wunsch des Reichskanzlers aber sicher kein schlechtes Zeugnis.

IV

Es bedarf wohl keiner weiteren Rechtfertigung, daß bei der Fülle und den Qualitätsunterschieden der Berichterstattung der Münchner württembergischen Gesandtschaft nur eine Auswahl veröffentlicht werden kann³³. Da oftmals innerhalb eines Berichtes mehrere Themen von unterschiedlicher Bedeutung behandelt werden, mußte auch hier gekürzt werden.

In den Anmerkungen werden Auslassungen nur dann referiert, wenn es für den Zusammenhang unerläßlich ist. Von der durchgängigen Verwendung von Regesten wurde abgesehen, da dies den Umfang ohne nennenswerten Gewinn an Erkenntnissen unverhältnismäßig vergrößert hätte. Die vielen Berichten beigelegten Zeitungsausschnitte wurden grundsätzlich nicht erwähnt, lediglich solche, auf die sich der Text direkt bezieht, sind in den Anmerkungen bibliographisch erfaßt.

³³ Ungleich bescheidener nimmt sich dagegen die vor kurzem edierte Berichterstattung des Reichsvertreters in Darmstadt aus. Eduard David sandte in fünfeinhalbjähriger Tätigkeit 170 Berichte über die hessische Innenpolitik nach Berlin. S. Friedrich P. Kahlenberg (Bearb.), Die Berichte Eduard Davids als Reichsvertreter in Hessen 1921–1927, Wiesbaden 1970.

Sämtliche Ergänzungen des Herausgebers im Text sind durch [] gekennzeichnet. Alle Kürzungen sind am Zeichen [. . .] kenntlich. Wenn [. . .] am Zeilenanfang allein steht, sind ein oder mehrere Absätze weggelassen worden.

Orthographie und Interpunktion wurden stillschweigend modernisiert. Unrichtigkeiten bei der Schreibung von Personennamen sind gleichfalls beseitigt worden. Die fast durchgängige Großschreibung der Adjektive bayerisch, preußisch, sächsisch usw. wurde dagegen beibehalten; sie war zeitüblich, ohne daß dafür verbindliche Regeln im behördlichen Sprachgebrauch galten. Uneinheitliche Schreibweisen von Partei- und Organisationsnamen (z. B. „national-sozialistische Arbeiterpartei“, „deutsch-nationale“ bzw. „deutschnationale Volkspartei“) wurden gleichfalls unverändert übernommen.

Zur Edition wurden nach Möglichkeit die Ausfertigungen der Gesandtschaftsberichte verwendet. Nur um Lücken zu schließen, wurde auf die Konzepte zurückgegriffen. Die Ausfertigungen sind mit ganz geringen Ausnahmen maschinenschriftlich, die Konzepte dagegen überwiegend handschriftlich. Für die Ausfertigungen wurde bis August 1920 der Briefkopf „Königl. Württembergische Gesandtschaft“ (links oben, darunter die Tagebuchnummer und fallweise die Angabe von Beilagen; in gleicher Höhe rechts die gedruckte Ortsangabe München und das Datum) verwendet. Das „Königl.“ war jeweils durchgestrichen. Nachdem die alten Papiervorräte aufgebraucht waren, fand der Briefkopf „Württembergische Gesandtschaft“ (gelegentlich nur als Stempel) Verwendung, die übrige Anordnung blieb unverändert. Anreden und Höflichkeitsformeln sind weder eingangs noch am Ende der Berichte gebraucht worden. Als Adresse stand immer links unten auf der ersten Berichtseite: „An den /Staatspräsidenten und Präsidenten des Staatsministeriums /Herrn . . . /Hochwohlgeboren /Stuttgart“. Ein Betreff wurde, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, nie angegeben; gelegentlich wurde auf einen früheren Bericht Bezug genommen.

Die wenigen Hervorhebungen von der Hand des Gesandten sind durch Kursivdruck kenntlich gemacht. Dagegen wurden alle Unterstreichungen, die im Staatsministerium in Stuttgart vorgenommen wurden, ebenso weggelassen wie Eingangs- und Registraturvermerke („Hat dem Herrn Staatspräsidenten vorgelegen“, „Umlauf“, „Z. d. A.“, Paraphen der Minister). Randbemerkungen finden sich so gut wie gar nicht, allenfalls Ausrufungszeichen oder Marginalien wie „bereits bekannt“ usw.

Da an vielen Tagen mehrmals berichtet wurde, ist im Druck zur Identifizierung der einzelnen Berichte die Tagebuchnummer jeweils in der Datumszeile angegeben worden. Rückschlüsse auf die Intensität der Berichterstattung lassen diese Nummern allerdings nur sehr bedingt zu, weil die gesamte Korrespondenz der Gesandtschaft jahrgangsweise fortlaufend numeriert wurde. Fehldatierungen und Fehlnumerierungen sind anhand der von Moser handschriftlich geführten Diarien³⁴ der Gesandtschaft berichtigt und durch * Anmerkungen gekennzeichnet worden.

³⁴ WHStA, E 75, Büschel 265–267.

Die Fundorte der einzelnen Berichte im Hauptstaatsarchiv Stuttgart werden im Quellennachweis angegeben. Es wird jeweils nur ein Fundort genannt. Der Archivsignatur ist auch zu entnehmen, ob die Ausfertigung aus den Akten des Staatsministeriums (Bestand E 130 II und E 130 IV) oder das Konzept aus den Akten der Gesandtschaft (Bestand E 75) als Druckvorlage diente.

Einige Berichte Mosers sind schon an anderer Stelle gedruckt oder ausführlich zitiert worden³⁵. Bei der vorliegenden Auswahledition wurde darauf keine Rücksicht genommen. Ausschlaggebend für die Veröffentlichung war die Wichtigkeit des einzelnen Berichts im Hinblick auf eine geschlossene Dokumentation, die ebenso die Vielfalt der Berichterstattung Mosers als Quelle wie die Gesamtheit des politischen Lebens in Bayern in der Weimarer Zeit im Längsschnitt zeigen soll.

Zu danken ist dem baden-württembergischen Staatsministerium und der Archivdirektion Stuttgart für die Genehmigung zur Akteneinsicht und Veröffentlichung der Berichte Moser von Filsecks. Dank gebührt auch den Damen und Herren des Hauptstaatsarchivs Stuttgart und des Geheimen Staatsarchivs München für die Unterstützung bei den Vorarbeiten zur vorliegenden Edition.

³⁵ Vor allem bei E. Deuerlein, *Der Hitlerputsch, Bayerische Dokumente zum 8./9. November 1923*, Stuttgart 1962. – Deuerlein bringt im Text der Einleitung (S. 44 ff.) zum Teil sehr ausführliche Auszüge aus den Berichten, die hier als Nummer 89, 90, 93, 98, 104, 107, 118, 119, 121 veröffentlicht sind, außerdem zitiert er Berichte vom 5. 5., 30. 8. und 23. 10. 1923, die hier nicht aufgenommen wurden. Bei G. Jasper, *Der Schutz der Republik*, Tübingen 1963, S. 300 f., ist der hier unter Nr. 82 veröffentlichte Bericht im Anhang abgedruckt. Der hier als Nr. 1 edierte Bericht ist im vollen Wortlaut zu finden bei W. Benz, *Süddeutschland in der Weimarer Republik*, S. 343–345.

28. Januar 1919 (Nr. 23)

Die Befürchtung, daß, solange die gegenwärtigen Zustände hier noch herrschen, die amtliche Korrespondenz der Gesandtschaften nicht als absolut unverletzlich betrachtet werden könnte, veranlaßt mich, diesen Bericht, der einiges enthält, was ich hier erfahren habe und dessen Bekanntwerden für meine Gewährsleute von nachteiligen Folgen sein könnte, an die private Adresse des Herrn Staatsrats Freiherrn von Gemmingen zu senden, der ihn Euer Hochwohlgeboren¹ vorlegen wird. Es ist ja zu hoffen, daß diese Zustände hier bald aufhören, denn sowie es gelungen sein wird, Herrn Eisner von seinem Posten zu entfernen und er durch ein Mitglied der Mehrheitssozialdemokratie ersetzt sein wird, läge zu solchen Befürchtungen wohl kein Anlaß mehr vor. Auf diesen Augenblick, da Eisner verschwindet, hofft hier alles. Wie ich bestimmt weiß, sind die übrigen Mitglieder des Ministeriums der Ansicht, daß Eisner und mit ihm Unterleitner und Jaffé so bald wie möglich weg müssen. Minister Auer spricht sich geradezu vernichtend über Eisner aus und hat einem mir bekannten Herrn versichert, daß derselbe in wenigen Tagen aus dem Ministerium entfernt sein werde. Es heißt, er solle als Gesandter nach Prag geschickt werden, wo der bisherige Vertreter Bayerns, Professor Weiss, bereits vollständig abgewirtschaftet hat. Eine gründlichere Entfernung wäre ja wünschenswerter, denn in Prag kann Herr Eisner auch Unheil anrichten, mindestens wird er nicht mehr Erfolg haben als Weiss, aber man scheint eine gewaltsame Entfernung bei dem Anhang, den Eisner immer noch unter den Elementen im Arbeiter- und Soldaten-Rat, die die Revolution gemacht haben, hat, nicht zu wagen. Eisner ist, was man so sagt, vollständig unten durch, was er unternommen hat, hat ihm Mißerfolg gebracht und Bayern kompromittiert. Aber er scheint nicht von selbst das Gefühl zu haben, daß er gehen muß. Es kümmert ihn wenig, daß er überall zum Gespött geworden ist, und die Konsequenzen aus dem Ergebnis der Wahlen² zu ziehen, liegt ihm fern. Neuestens ist durch eine Mitteilung des Bayerischen Kuriers³ bekannt geworden, und dies ist bis jetzt nicht dementiert worden, daß ihm die Franzosen die Einreise in die Pfalz zur Wahl-agitation⁴ verweigert haben, während sie Leuten wie Quidde und Heim gestattet wurde. Die fortgesetzten Abfuhrten, die er sich bei allem, was er getan, von Berlin aus geholt hat, hinderten ihn nicht, als Vertreter Bayerns zu der Konferenz über den Reichsverfassungsentwurf⁵ dorthin zu fahren und als einzigen anderen Minister den

¹ Gemeint ist Wilhelm Bloss, der Vorsitzende der Provisorischen Regierung des Volksstaats Württemberg. Die Berichte waren stets an die Person des Regierungschefs gerichtet.

² Bei den Landtagswahlen im rechtsrheinischen Bayern am 12. Januar 1919 hatte die USPD, die Partei des Ministerpräsidenten, lediglich 3 von 156 Mandaten errungen. Die BVP erhielt 58, die SPD 52, der Bay. Bauernbund 16, die Verbindung Nationalliberale/Mittelpartei 5, die Demokraten erhielten 22 Sitze.

³ Bayerischer Kurier Nr. 23 v. 23. 1. 1919. Die Zeitung war das wichtigste Organ der Bayerischen Volkspartei.

⁴ Infolge der französischen Besetzung waren die Wahlvorbereitungen in der Pfalz erschwert, die Wahlen zum bayerischen Landtag wurden deshalb erst am 2. Februar 1919 abgehalten. Die BVP erhielt 8, die SPD 9, die DVP 4 und die DDP 3 Mandate. Die USPD ging leer aus.

⁵ Die Veröffentlichung bayerischer Dokumente zur Kriegsschuldfrage am 24. November

Finanzminister Jaffé mitzunehmen, der hier auch gar keinen Kredit genießt. Ich weiß nun bestimmt, daß eine an oberster Stelle stehende hiesige Persönlichkeit anläßlich dieser Reise an Scheidemann eine Art Uriasbrief gerichtet hat, in dem davor gewarnt wird, die Äußerungen dieser beiden Vertreter als die wahren Anschauungen der bayerischen Regierung anzusehen.

Bei den im Ministerium des Äußern herrschenden Zuständen ist meine Tätigkeit nicht immer ganz leicht. Ich habe das Gefühl, daß ich mich auf das, was mir Herr Eisner über Politik sagt, nicht wohl verlassen kann und daß man durch ihn nicht erfährt, wie er in Wahrheit denkt. Ich gehe daher zu ihm nur, wenn ich einen entsprechenden Auftrag habe. Natürlich gehe ich trotzdem viel ins Ministerium des Äußern und halte mit den Referenten Fühlung, von denen man aber leider auch nicht sehr viel erfährt, da Herr Eisner fast gar nicht mit ihnen spricht, sondern sie, wo er kann, umgeht. Er macht die Politik mit ein paar jungen Leuten, die er ins Ministerium mitgebracht hat. Der bisherige Ministerialdirektor, Staatsrat von Loessl, hat ziemlich bald nach der Revolution seinen Abschied genommen. Staatsrat von Meinel, der eminent tüchtige Leiter der Abteilung II (für Handel und Industrie), war lange krank und ist erst seit Montag wieder im Amt. Er scheint etwas mehr Einfluß auf Eisner zu haben und findet an dem Minister Auer Rückhalt. Als ich kürzlich Herrn von Meinel aufsuchte, frug ich ihn, ob Eisner die Rede, mit der er die Sozialisierungskommission eröffnet hat⁶ und die Euer Hochwohlgeboren gewiß in der Zeitung gelesen haben werden, selbst oder mit seiner Mitwirkung gemacht habe, sie schiene mir so verständig. Er sagte mir, er sei auch angenehm überrascht dadurch gewesen, er habe allerdings am Tage vorher Eisner darüber gesprochen und ihm seine Ansicht gesagt, er habe ihn aber bereits in dieser Richtung vorbereitet und von anderer Seite schon bearbeitet gefunden. Herr von Meinel erzählte mir, er habe das Protokoll über die Besprechungen der süddeutschen Minister in Stuttgart⁷ gelesen und dürfe wohl annehmen, daß das, was gerade von württembergischer Seite auch über Sozialisierungsfragen geäußert worden sei, die Haltung Eisners in dieser Frage günstig beeinflusst habe. Sehr unangenehm sei es Eisner aber gewesen, als in der Kommission die Veröffentlichung der Rede verlangt worden sei, besonders von dem Mitglied Dr. Potthoff.

Ich erkundigte mich bei Herrn von Meinel auch nach der Persönlichkeit des Herrn von Preger, der, nachdem Dr. Muckle in Berlin unmöglich geworden, dorthin als

1918 hatte Eisner in Mißkredit gebracht. Bei der Reichskonferenz der einzelstaatlichen Regierungen in Berlin am 25. November 1918 übte er heftige Kritik an der Reichsregierung des Rats der Volksbeauftragten, außerdem polemisierte er gegen die Staatssekretäre Solf und Erzberger, die er als Gegenrevolutionäre bezeichnete. Am 26. November ließ Eisner in Berlin mitteilen, daß Bayern den Verkehr mit dem Auswärtigen Amt ablehne, weil dort die alten Methoden fortgesetzt würden, um das Volk zu betrügen. Die Länderkonferenz über den Reichsverfassungsentwurf fand am 25. Januar 1919 statt. Vgl. dazu W. Benz, Süddeutschland in der Weimarer Republik, Berlin 1970, S. 57f. und 94f.

⁶ Die erste Sitzung des „Sozialisierungsausschusses für Bayern“ fand am 22. Januar 1919 im Finanzministerium statt. Eisners Eröffnungsrede in: MNN, Nr. 37 v. 23. 1. 1919.

⁷ Am 27. u. 28. Dezember 1918 hatte eine Konferenz der süddeutschen Regierungen (Bayern, Württemberg, Baden, Hessen) in Stuttgart stattgefunden, bei der das verfassungsrechtliche Verhältnis zwischen Reich und Ländern besprochen wurde. Im Vordergrund stand die Idee eines Südbundes. Vgl. W. Benz, Bayern und seine süddeutschen Nachbarstaaten, Ansätze einer gemeinsamen Verfassungspolitik im November und Dezember 1918, in: K. Bosl (Hrsg.), Bayern im Umbruch, München 1969, S. 507ff.

bayerischer Gesandter gekommen ist. Er sagte, Preger sei von Geheimrat von Grassmann vorgeschlagen worden, der den Posten, den man ihm zuerst angeboten habe, ausgeschlagen habe. Preger sei ein sehr tüchtiger Mann, aber daß die Wahl auf ihn gefallen sei, der ein stark ausgeprägtes Autoritätsgefühl und ein entsprechendes Auftreten habe, zeige nur, wie wenig Personalkennntnis Herr Eisner habe; Geheimrat von Grassmann, ein langjähriger Beamter des Verkehrsministeriums, ist durch den Verkehrsminister Frauendorfer zur Mitarbeit in staatsrechtlichen Fragen und zur Beratung des Ministerrats auf diesem Gebiet herangezogen worden und muß sich deswegen ungerechterweise allerhand Anfeindungen der Zentrumspreste gefallen lassen.

Die Beamten im Ministerium des Äußern sind um ihr Dasein nicht zu beneiden. Das Gebäude gleicht einer Festung. Niemand darf ohne Passierschein hinein, der von Militär-, meist Matrosenposten geprüft wird. Jeder Beamte des Ministeriums selbst muß sich beim Betreten des Hauses ausweisen. Hinter dem Portal stehen Maschinengewehre mit eingesetzten Patronenstreifen. Über seine eigene Leibwache hat Herr Eisner dem badischen Gesandten mit einer gewissen Befriedigung folgendes erzählt. Fortwährend wollten zahllose Leute zu ihm, die zum Teil versuchten, durch Geld sich Zutritt zu verschaffen. So habe kürzlich ein Herr dem Posten 200 Mark geboten, wenn er ihn hereinlasse, dieser habe das Geld angenommen, aber den Herrn doch nicht hereingelassen.

Ganz anders sieht es im Ministerium des Innern aus. Dort ist alles wie sonst, Sicherheitswachen gibt es nicht, die Beamten haben jederzeit Zutritt zu ihrem Minister und Herr Auer bespricht alles mit seinen Referenten. Nun ist es mir leider noch immer nicht gelungen, Herrn Auer zu sprechen. Ich habe mich schon mehrmals bei ihm anmelden lassen, aber er ist immer beschäftigt und läßt mir sagen, daß er mir in den nächsten Tagen eine Stunde bestimmen werde, aber dann wird es wieder vergessen. Er war natürlich durch die Wahlagitation stark in Anspruch genommen und soll in der letzten Woche ganz erschöpft gewesen sein, so daß er sich ein paar Tage ganz ausruhen mußte. Ich bedauere umsomehr, ihn noch nicht gesprochen zu haben, als mir der sächsische Geschäftsträger, den ein besonderer Auftrag zu ihm führte, mir rühmte, wie freundlich er ihn empfangen und wie er sich offen mit ihm ausgesprochen habe.

Der bisherige sächsische Gesandte, Herr von Stieglitz, hat durch eine Äußerung des Ministers Lipinski veranlaßt, etwas voreilig seinen Abschied genommen. Rittmeister von Dziembowski war als Oberleutnant vor dem Krieg der sächsischen Gesandtschaft attachiert. Diese hatte früher immer einen Offizier als Attaché, es waren meist gesundheitlich schonungsbedürftige und pekuniär entsprechend gestellte Herrn, die alle Jahre wechselten. Dziembowski hat dann den Krieg mitgemacht, war zuletzt lange krank und wurde schließlich, da sich in der Garnison keine militärische Verwendung für ihn fand, im Ministerium des Äußern in Dresden beschäftigt. Von dort kam er, da der Legationssekretär der hiesigen Gesandtschaft erkrankte, hierher und ist, seitdem Stieglitz zurückgetreten ist, Geschäftsträger. Dabei entwickelt er ein großes Geschick und eine enorme Rührigkeit. Die sächsische Gesandtschaft war hier immer sehr tätig. Sie erhält fortwährend ungezählte Aufträge und ist immer über die Stellungnahme ihrer Regierung in den verschiedensten, eben aktuellen Fragen sehr gut informiert. Sie erhält Abschriften der Berichte der anderen sächsischen Gesandten – z. B. jetzt des Vertreters in Prag – und alle möglichen sonstigen Aktenstücke

zur Information. Diese Gepflogenheit ist unter dem neuen Regime beibehalten worden, und Minister Gradnauer scheint sich ganz besonders lebhaft der Gesandtschaft zu bedienen⁸.

[. . .]

15. Februar 1919 (Nr. 37)

2

Je näher der Termin für den Zusammentritt des Bayerischen Landtags heranrückt [21. Februar], umso mehr greift die Bewegung um sich, die darauf hinzielt, angeblich die Errungenschaften der Revolution gegenüber einem Hinübergleiten in eine bürgerliche Demokratie zu wahren, in Wirklichkeit die Diktatur des Proletariats aufzurichten. Unterstützt wird diese Bewegung durch die bedenkliche Schwäche, welche die Regierung ihr gegenüber an den Tag legt dadurch, daß sie die Entlassung der verhafteten Spartakusführer⁹ sich abtrotzen ließ und daß sie dem Landessoldatenrat, wenn auch zögernd, doch allmählich fast auf allen Gebieten nachgegeben hat, und zwar durch die neuen Bestimmungen über Offiziere, durch die Konzession bezüglich Beibehaltung von politischen Befugnissen der Soldatenräte und endlich dadurch, daß sie, nachdem sich der Landessoldatenrat gegen die Beteiligung von Freiwilligen aus Bayern an dem Grenzschutz Ost¹⁰ ausgesprochen hatte, entgegen den ursprünglichen Anordnungen bekanntgeben ließ, daß eine Beteiligung wegen der bei diesen Truppen zur Zeit herrschenden Verhältnisse untunlich sei. [. . .] Es haben sich nun allmählich aus dem ganzen Lande Stimmen der übrigen Soldatenräte erhoben, die sich gegen den Landessoldatenrat ausgesprochen haben, so besonders der Soldatenrat des II. Armeekorps in Würzburg, der sich vollständig hinter den Minister Roßhaupter stellt. [. . .]

[. . .]

Bedenklicher noch als die Vorgänge im Soldatenrat scheinen diejenigen im Arbeiterrat. Die Hoffnung, daß die von mir berichtete Scheidung der radikalen Elemente von den der sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften angehörenden Elementen eine glückliche Wendung herbeiführen könnte, wodurch die angesagte Demonstration vermieden würde, hat leider getrogen. Vielmehr hat eine Versammlung der letzteren, die gestern abend hier stattfand, gezeigt, wie stark die von den Radikalen propagierten Ideen auch schon in diese Massen eingedrungen sind, so daß

⁸ Der württ. Gesandte wollte damit in Stuttgart zu verstehen geben, daß er selbst mit Aufträgen und Informationen nicht gerade reichlich bedacht wurde.

⁹ Max Levien, einer der Führer der Münchner KPD, wurde am 7. Februar 1919 verhaftet, er mußte am 11. Februar wieder entlassen werden, da kein Belastungsmaterial gegen ihn vorlag. Levien war zusammen mit Erich Mühsam und anderen radikalen Führern bereits vor den Landtagswahlen im Januar wegen des Verdachts der Erregung öffentlicher Unruhen verhaftet worden. In beiden Fällen führten die Verhaftungen zu Demonstrationen. Vgl. A. Mitchell, *Revolution in Bayern 1918/1919*, München 1967, S. 180 u. 219.

¹⁰ Zur Abwehr der Angriffe polnischer Freischärler in Posen und Westpreußen wurde im November 1918 aus Freiwilligen ein „Heimatschutz Ost“ gebildet. Am 12. Februar 1919 wurde der Grenzschutz Ost der nach Kolberg verlegten Obersten Heeresleitung unterstellt. Die Freiwilligenwerbung, die nach der Einnahme Posens durch polnische Aufständische um die Jahreswende 1918/19 verstärkt wurde, zog namentlich nationalistische junge Kriegsteilnehmer an, deren politische Überzeugungen denen der Soldatenräte vielfach entgegengesetzt waren. In München war es zu Differenzen zwischen dem Landessoldatenrat und dem Militärminister Roßhaupter gekommen.

sie ihren Führern keine unbedingte Gefolgschaft mehr leisten. Trotzdem die Ausschüsse des sozialdemokratischen Vereins und des Gewerkschaftsvereins erklärten, die Verantwortung dafür nicht übernehmen zu können, wurde mit großer Mehrheit eine Beteiligung an der für den nächsten Sonntag geplanten Demonstration beschlossen. Ein Antrag auf Neuwahl des Münchner Arbeiterrats fand Ablehnung, dagegen wurde ein Antrag angenommen, der Bildung des Volksheimatschutzes¹¹ Mißtrauen entgegenzubringen, wenn für die zu bildende Wehr nicht ausschließlich organisierte Arbeiter verwendet werden. Die Demonstration soll den Zweck verfolgen, die Immunität der Arbeiterräte zu wahren und die Errungenschaften der Revolution zu sichern. Die organisierte Arbeiterschaft werde alles aufbieten, um unlauteren Elementen entgegenzutreten und Ausschreitungen zu vermeiden. Durch diese Beteiligungserklärung ist die große Gefahr nähergerückt, daß morgen die von den Radikalen schon längst geplante zweite Revolution einsetzt; und daß sie Erfolg hat, wenn sie ernstlich inszeniert wird und spartakistische Hetzer die Massen mit sich reißen, darüber besteht nach dem Vorgang des 7. November gar kein Zweifel. Eine wirklich zuverlässige Truppe ist kaum vorhanden, und ob der neugebildete Volksheimatschutz sich schon so weit konsolidiert hat, daß er in Tätigkeit treten kann und will, ist mindestens unsicher.

So ist die Möglichkeit leider nicht von der Hand zu weisen, daß statt dem erhofften Ausscheiden der Unabhängigen aus dem Ministerium vielmehr die Vertreter der Mehrheitssozialisten daraus verdrängt werden. Eisner spielt jedenfalls eine höchst zweideutige Rolle, indem er in Versammlungen sich gegen Beschlüsse des Ministerrats ausspricht, an denen er selbst teilgenommen hat. Maßlose Beschimpfungen der Presse, die sich Eisner in einer Versammlung geleistet hat wegen der Kritik an seiner Tätigkeit in Bern, haben ihm die Boykottierung durch dieselbe eingetragen¹². Ein Bericht über eine große Versammlung, die am Donnerstag stattfand und in der Eisner über den Kongreß in Bern sprach, erschien daher in den Zeitungen nicht. Wie ich von Augenzeugen gehört habe, erzielte Eisner einen durchschlagenden Erfolg, und alle Protestversuche wurden niedergebrüllt.

Man sieht daher hier der Entwicklung der Dinge mit der größten Besorgnis entgegen, und man hört viel die Befürchtung aussprechen, daß auch die zweite Revolution, die unausbleiblich sei, von München ihren Anfang nehmen und über ganz Deutschland sich ausbreiten werde.

[. . .]

¹¹ Der „Volksheimatschutz“ war als Freiwilligentruppe zur Abwehr der „bolschewistischen Gefahr“ im Innern gedacht. Vgl. den Aufruf des Militärministers Roßhaupter v. 12. Februar 1919, u. a. in: MNN, Nr. 76 v. 13. 2. 1919.

¹² Eisner hatte vom 3.–10. Februar 1919 am Internationalen Sozialistenkongreß in Bern teilgenommen und zusammen mit dem französischen Sozialistenführer Renaudel eine Resolution zugunsten der Kriegsgefangenen unterzeichnet. Eisner ließ eine Erklärung veröffentlichen, in der es hieß: „Fast die gesamte Presse bringt über die Berner Verhandlungen, in denen es mir gelungen war, das Vertrauen der Internationale in den guten Willen der deutschen Massen zurückzugewinnen, gefälschte und entstellte Berichte, nicht durchweg durch die Schuld der Berner Korrespondenten, die sich bemüht hatten, wahrheitsgemäß die Tätigkeit des bayerischen Ministerpräsidenten darzustellen, sondern durch redaktionelle Verblendung, die gegenwärtig in der ganzen Welt nichts mehr sieht, als den verächtlichen Kleinkram kapitalistisch-parlamentarischen Schiebertums, das einige Leute für den Inbegriff politischer staatsmännischer Weisheit halten.“ MNN, Nr. 76 v. 13. 2. 1919.

4. März 1919 (Nr. 59)

3

Meine Berichterstattung hat leider durch die Vorgänge vom 21. Februar und die hiesigen Zustände, die sich daraus entwickelt haben, eine unliebsame Unterbrechung erfahren¹³. [. . .] Die Verhältnisse hier sind noch ganz verworren, man weiß noch nicht, ob die Minister, die in der letzten Liste genannt waren, ihre Ämter angetreten oder überhaupt nur angenommen haben. Verschiebungen zwischen den einzelnen Ressorts waren als möglich oder sogar als wahrscheinlich bezeichnet worden. [. . .] Über die Persönlichkeit des Herrn Segitz hört man nur Gutes, nur soll er nicht sehr viel Energie haben. Das ist natürlich sehr bedauerlich, weil gerade der Mangel an Energie zur rechten Zeit es war, der den Vertretern der Mehrheitssozialdemokratie im bisherigen Ministerium ihre Stellung gekostet hat. Andererseits wird man sich fragen dürfen, ob unter den gegenwärtigen Verhältnissen und bei der absoluten Abhängigkeit der Minister von dem Rätekongreß Gewandtheit im Unterhandeln nicht wichtiger ist als Energie. Um letztere zu entwickeln, bedarf es eines Rückhaltes, und an dem fehlt es jetzt fast vollständig. Unter den hiesigen Truppenteilen befinden sich wohl noch manche gutgesinnte Elemente, die der Regierung ergeben sind, und auch solche anderer Garnisonen haben sich unbedingt für die Regierung ausgesprochen. Es fehlt ihnen aber vollständig an Führern, und deswegen werden sie zu einer eigentlichen Aktion nicht zu gebrauchen sein. Dazu kommt die absolute Abneigung gegen jedes Blutvergießen. Die Spartakisten und Kommunisten auf der anderen Seite haben die tatkräftigen Führer, die die Leute mit sich fortzureißen verstehen. Wie sich die neue Regierung entwickeln wird und ob sie dazu überhaupt Gelegenheit haben wird, läßt sich noch gar nicht übersehen. Jedenfalls wird es sich um nichts anderes handeln, als um eine verschleierte Räterepublik. Solange in dem Kongreß die besonnenen Elemente die Oberhand behalten, wird es noch leidlich gehen, aber bei der eifrigen Tätigkeit, die Leute wie Mühsam, Levien, Landauer u. a. an den Tag legen, wird sich der Kongreß immer mehr nach links orientieren, zumal manche anständigen Mitglieder von dem Treiben dieser Gruppe angeekelt und in dem Gefühl, daß die gemäßigten Redner doch nur von ihr niedergebrüllt werden, allmählich ausscheiden. Man wird nicht umhin können, die derzeitigen Zustände hier als sehr bedenklich zu bezeichnen. Erhoffte man sich früher vom Ausscheiden Eisners aus der Regierung eine Besserung, so muß man jetzt wünschen, daß Eisner noch da wäre. Die Sprengung des Landtags wäre auch ohne seine Ermordung erfolgt, vielleicht auf weniger blutigem Wege, aber er wäre der Mann gewesen, die dadurch entstandene Krise wieder in ruhigere Bahnen zu lenken. Die Wahnsinnstat, die an ihm verübt wurde, hat für Bayern das größte Unheil heraufbeschworen, weil dadurch die ganze Lage umgekehrt worden ist. Das Odium, das auf die Radikalen zurückgefallen wäre wegen der Gewaltakte im Landtag, richtet sich nun gegen die Klassen, denen der Mörder Eisners entstammt. Der Mann, der das Attentat auf Auer verübte und im Landtag Schüsse abgab, denen auch der Abgeordnete Osel und Major Jahreiß¹⁴ zum Opfer

¹³ In den vergangenen Tagen hatte sich in München vor allem das Folgende zugetragen: Am 21. Februar war Eisner auf dem Weg zur Eröffnungssitzung des Landtags, wo er seinen Rücktritt bekanntgeben wollte, von Anton Graf Arco ermordet worden. Während das Rumpfkabinett weiterbestand, war ein Aktionsausschuß aus Angehörigen der SPD, USPD, KPD und des Arbeiter-Bauern- u. Soldatenrats als „Zentralrat der Bayerischen Republik“ („2. Revolution“) entstanden. Am 1. März bildete der Rätekongreß ein Ministerium mit Martin Segitz (SPD) an der Spitze.

¹⁴ Als Innenminister Auer am 21. Februar, eine Stunde nach Eisners Ermordung, im Landtag

fielen, wird kaum genannt, wahrscheinlich befindet er sich noch in Freiheit. Ich persönlich glaube nicht, daß es sich bei der Tat des Grafen Arco um eine Verschwörung handelt, sondern daß derselbe auf eigene Faust vorgegangen ist, höchstens hat er noch den einen oder andern ebenso unreifen und kurzsichtigen Freund zum Mitwisser gehabt. [. . .] Aber das Schreckgespenst der Gegenrevolution konnte mit Erfolg an die Wand gemalt werden, um die wahre Gefahr, die von der äußersten Linken droht, zu verbergen. Die bürgerlichen Kreise verhalten sich vollständig passiv, irgendeine Aktion von ihrer Seite ist nicht zu erwarten, sie wären froh, wenn eine geordnete mehrheitssozialistische Regierung sich am Ruder erhalten könnte, sogar die Unabhängigen, die neuerdings eine schärfere Linie zwischen sich und den Spartakisten gezogen haben, werden noch als annehmbar bezeichnet, wenn es nur gelingt, die Diktatur des Proletariats und damit den Bolschewismus zu vermeiden. [. . .]

6. März 1919 (Nr. 64)

Der Rätekongreß hat in seiner gestrigen Sitzung sich mit den Nürnberger Beschlüssen¹⁵ befaßt, die von Dr. Süßheim vertreten wurden. Das Ergebnis der längeren, ziemlich erregten Debatte war die Annahme eines Antrages Löwenfeld dahingehend, daß die Vertreter der Mehrheitssozialisten und Unabhängigen einschließlich des Bauernbundes¹⁶ nochmals mit den gewählten Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktionen sich zusammenfinden sollen, um eine Einigung zu erstreben. Damit ist die Entscheidung wieder um einige Tage verschoben. Diese Verhandlungen dürften vor morgen nachmittag oder Samstag früh nicht beginnen können, und man wird ihre Dauer wohl auf einige Tage anschlagen dürfen, so daß Bayern auch weiterhin noch ohne geordnete Regierung bleibt. Der Kongreß hat beschlossen, daß die Mitglieder des bisherigen Zentralrates als Volksbeauftragte die Geschäfte während dieser Zeit führen sollen. Die Minister Jaffé, Unterleitner und Frauendorfer haben erklärt, daß sie die Geschäfte ihrer Ressorts, die sie seit dem 21. Februar weitergeführt haben, auch fernerhin leiten wollen, aber eine Verantwortlichkeit nur für die innerhalb ihres Verwaltungsbereiches getroffenen Maßnahmen übernehmen, dagegen für die allgemeine Führung der Regierungsgeschäfte und für die Maßnahmen des Zentralrates, besonders auch bezüglich der Festnahme und Festhaltung von Geiseln, alle Verantwortung ablehnen müssen.

4

einen Nachruf hielt, feuerte der Metzger Alois Lindner mehrere Pistolenschüsse auf Auer ab, die ihn lebensgefährlich verletzten. Paul von Jahreiß, ein Zuschauer, versuchte Lindner festzuhalten und wurde tödlich verwundet. Der Attentäter schoß bei seiner Flucht in die Abgeordnetenreihen, gleichzeitig wurde auch von der Zuschauergalerie geschossen. Dabei wurde der BVP-Abgeordnete Heinrich Osel tödlich verletzt.

¹⁵ SPD, USPD und Bauernbund hatten am 3. u. 4. März 1919 ein Aktionsprogramm aufgestellt, das die Bildung eines Ministeriums durch den Landtag vorsah. Gesetzgebende und vollziehende Gewalt sollten allein bei dieser Regierung liegen. Der Rätekongreß, dessen Aktionsausschuß und Zentralrat sollten lediglich beratende Funktion haben. Die Nürnberger Beschlüsse sind abgedruckt in: MNN, Nr. 103 v. 5. 3. 1919.

¹⁶ Die 1895 entstandene Partei unterstützte unter dem Einfluß ihres linken Flügels (K. Gandorfer) die Regierung Eisners. Die Bauernräte in ganz Bayern waren 1918/19 überwiegend mit Mitgliedern des Bauernbunds besetzt. Während sich Vertreter des linken Flügels noch an der 1. Räterepublik beteiligten, unterstützte die Parteileitung (G. Eisenberger) die Regierung Hoffmann in Bamberg. Die Partei (seit 1922 Bayer. Bauern- und Mittelstandsbund) gehörte bis 1930 den Regierungskoalitionen in Bayern an.

Die Reden und das Verhalten der einzelnen Parteien im Kongreß haben gezeigt, daß sowohl die Unabhängigen wie die Mehrheitssozialisten in der Frage, ob die Regierungsbildung durch den Rätekongreß oder durch den Landtag erfolgen soll, gespalten sind. Die Führer der beiden sozialistischen Parteien sind für die Tagung des Landtags mit sozialistischer Regierung, die zunächst Blankovollmacht erhalten soll. Die Landtagsberatungen hätten sich lediglich mit den dringlichsten Finanz-, Wirtschafts- und Notverfassungsfragen zu beschäftigen. Der äußerste linke Flügel wie die Mehrzahl der Rätemitglieder beider sozialistischen Richtungen wollen die Macht der Räte weder beschnitten noch angetastet wissen. Fest steht zunächst nur die Haltung der Kommunisten und Spartakisten und des linken Flügels der Unabhängigen. Diese Gruppe der Rätemitglieder anerkennt die Souveränität der Volksvertretung nicht, sondern betrachtet den Rätekongreß als die einzige souveräne Macht und Gewalt in Bayern.

[. . .]

9. März 1919 (Nr. 69)

5

Die Einigungsverhandlungen zwischen der sozialdemokratischen Landeskonferenz Bayerns, der Abordnung des Rätekongresses und den Vertretern des Bauernbundes haben gestern doch noch zu einem Ergebnis geführt, das auch vom Rätekongreß angenommen worden ist. Das in Nürnberg aufgestellte Programm mußte allerdings eine ganz wesentliche Modifizierung erfahren, ehe es sich als Grundlage für den Kompromiß eignen konnte¹⁷. [. . .]

Das Ergebnis bedeutet also eine wesentliche Stärkung des Räteystems und eine Zurückdämmung des Einflusses des Landtags, der dadurch fast zur Ohnmacht verurteilt wird. Wie er sich dazu stellt und ob er diese Beschneidung seiner Macht ruhig hinnimmt, wird sich zeigen. Ich möchte aber eher annehmen, daß der Landtag keine ernstlichen Schwierigkeiten machen wird. Der Wunsch, möglichst bald aus dieser Krise heraus und zu halbwegs geordneten Verhältnissen zu kommen, ist in allen Kreisen zu groß, daß dem nicht Opfer gebracht würden. Verlautbarungen der Bayerischen Volkspartei¹⁸, die sich jetzt unumwunden auf den Boden der Republik stellt, und der Deutschdemokratischen Partei München lassen diesen Wunsch deutlich durchblicken. Es war aber auch höchste Zeit, daß eine Lösung gefunden wurde, denn die Gefahr, daß der Landtag in Bamberg zusammengetreten wäre und daß sich eine Gegenregierung gebildet hätte, war größer, als man ahnte, und wurde nur durch die Verhandlungen der beiden sozialdemokratischen Parteien in Nürnberg verhindert. [. . .]

[. . .]

Der Rätekongreß soll sich schon gestern auch auf eine neue Ministerliste geeinigt haben, an deren Spitze als Präsident, Kultusminister und Minister des Äußern Hoff-

¹⁷ Der Kompromiß sah vor allem die beratende Mitwirkung des Aktionsausschusses des Rätekongresses bei der Regierungsbildung vor, außerdem wurde den im ganzen Land neu zu wählenden Räten ein Berufungsrecht gegen Beschlüsse des Landtags zugestanden. Abgedr. in: MNN, Nr. 109 v. 8. März 1919.

¹⁸ Aus dem bayerischen Teil des Zentrums war im November 1918 durch Neugründung (G. Heim) die BVP hervorgegangen, sie blieb bis Januar 1920 auf Reichsebene in parlamentarischer Arbeitsgemeinschaft mit dem Zentrum.

mann stehen soll. Die Namen werden aber nur gerüchtweise genannt, auch steht noch nicht fest, ob die Minister schon jetzt ihr Amt antreten sollen, um sich vom Landtag dann nur bestätigen zu lassen, oder ob der jetzige interimistische Zustand bis zum Zusammentritt des Landtags weitergeführt werden soll, der dann erst das vorgeschlagene Ministerium anzunehmen hätte¹⁹.

5. Mai 1919 (Nr. 92)

Da sich mir Gelegenheit bietet, durch Vermittlung der hier weilenden württembergischen Truppen einen Bericht nach Stuttgart gelangen zu lassen, will ich versuchen, wenigstens über mein eigenes Verhalten in den letzten Wochen, während deren ich keine Mitteilungen nach Stuttgart machen konnte, Euer Hochwohlgeboren Bericht zu erstatten²⁰. [. . .]

Als am 7. April in München die Räterepublik ausgerufen wurde, konnte man zuerst von hier aus nicht übersehen, inwieweit dieselbe ihren Machtbereich auch über das übrige Bayern ausdehnen würde. Erst nach einiger Zeit erfuhr man mit Sicherheit, daß die bisherige Regierung Hoffmann sich in Bamberg niedergelassen und das ganze Land mit Ausnahme von München und Umgebung sowie von Augsburg hinter sich habe.

[. . .]

Am Samstag vor Ostern hörte ich morgens in der Stadt mehrfach, daß Württembergische Truppen Augsburg gesäubert hätten und auf dem Anmarsch hierher seien und man machte mich auf die Gefahr, als Geisel festgenommen zu werden, aufmerksam, der ich unter diesen Umständen ausgesetzt sei. Als nun am Samstagmittag ein Flieger der Regierung Hoffmann Flugblätter abwarf, die das baldige Einschreiten Württembergischer Truppen ankündigten, schien es mir besonders in Anbetracht der Äußerung des Dr. Levien ratsam, zu verschwinden²¹. [. . .]

¹⁹ Das am 1. März vom Rätekongreß gebildete Ministerium Segitz war politisch nicht in Erscheinung getreten. Am 17. März trat der Landtag wieder zusammen und wählte einstimmig Johannes Hoffmann (SPD) zum Ministerpräsidenten. Sein Kabinett setzte sich aus Vertretern der SPD, USPD und des Bauernbundes zusammen. Der Machtkampf zwischen dem Rätekongreß und der auf parlamentarischem Boden stehenden Regierung Hoffmann dauerte bis zum 7. April, an dem die „Räterepublik des Zentralrats“ unter Toller und Niekisch ausgerufen wurde. Die Regierung Hoffmann floh nach Bamberg. Am 13. April versuchte die „Republikanische Schutztruppe“, die Regierung Hoffmann gewaltsam in München wieder zu proklamieren. Daraufhin wurde unter Führung Eugen Levinés und Max Leviens die „Kommunistische Räterepublik“ ausgerufen. Die Regierung Hoffmann entschloß sich von Bamberg aus zur militärischen Aktion gegen München. Am 16./17. April siegte die „Rote Armee“ bei Dachau über Regierungstruppen, unter dem Oberkommando des Reichswehrministers Noske schlossen jedoch preußische, württembergische und zum kleineren Teil auch bayerische Truppen bis zum 30. April München ein und eroberten es in den ersten Maitagen. Die „weißen“ Truppen rächten sich nicht nur an ihren politischen Gegnern, sondern richteten vor allem in den Münchner Arbeitervierteln ein grausames Blutbad an.

²⁰ Die undurchsichtigen Machtverhältnisse in München machten es dem Gesandten unmöglich, auf gewohnte Weise Informationen einzuziehen. Die Vertreter Württembergs, Badens, Preußens und Sachsens waren in München geblieben, um notfalls ihre Landsleute bzw. deren Vermögen durch das Ausstellen von Bescheinigungen dem Zugriff der Räteregierungen entziehen zu können.

²¹ Moser von Filseck hatte sich zunächst zusammen mit den anderen innerdeutschen Ge-

[. . .]

Die Truppen haben hier schwere Arbeit, da die Spartakisten sich hartnäckig verteidigen. Wegen des Einschreitens Preußischer Truppen macht sich schon wieder eine ganz bedenkliche Preußenhetze bemerkbar, wie überhaupt die hiesige Bevölkerung die Truppen, die ihnen doch die Freiheit brachten, in wenig entgegenkommender Weise aufnimmt. Die Lage hier ist noch in keiner Weise geklärt.

[. . .]

sandten bemüht, die Exterritorialität der Gesandtschaften bestätigt zu bekommen, ohne die Räteherrschaft anerkennen zu müssen. Am Karfreitag (18. April) hatte Levien die Exterritorialität garantiert und versprochen, Schutzscheine auszustellen. Diese Zusage machte er davon abhängig, daß die Gesandten sich keiner gegenrevolutionären Umtriebe verdächtig machten. Wenige Tage zuvor war der österreichische Generalkonsul unter dieser Beschuldigung verhaftet worden. Der Gesandte hatte sich am 19. April zu seinem Vetter, der in Solln, im Süden Münchens wohnte, begeben. Die folgenden Auszüge aus einer privaten Aufzeichnung des Gesandten schildern sein Verhalten in den folgenden Tagen. Mehr als im amtlichen Bericht und wohl auch weniger kritisch wurde hier subjektiven Eindrücken und Wertungen Raum gegeben. Die Aufzeichnung stellte Herr Dr. Rudolf Moser von Filseck (Göppingen) freundlicherweise zur Verfügung: „[. . .] Die Osterfeiertage verliefen ganz ruhig, in Solln war alles friedlich und in der Bevölkerung eine starke Mißstimmung gegen die Münchner Wirtschaft, doch kamen am Dienstag bereits Automobile mit Spartakisten angefahren, die auch in der Villenkolonie Solln unter dem Vorwand von Haussuchungen Plünderungen vornahmen. Am Nachmittag des 23. April kam mein Sohn aus der Stadt und erzählte, daß der württembergische General Freiherr von Brand, der eine Villa in dem Vorort Harlaching bewohnt, verhaftet worden sei, und zwar anscheinend in seiner Eigenschaft als württembergischer Offizier. Da nun mein Vetter auch württembergischer Offizier ist, hielt ich es in seinem und meinem Interesse für angezeigt, mich auch von hier zu entfernen, und ich fuhr mit meinem Sohn auf der Isartalbahn einige Stationen weit und ging noch am Nachmittag über die Höhen nach dem Starnberger See. Ich hatte gedacht, auf diese Weise langsam mich der Bahnlinie Weilheim-Augsburg nähern zu können und nach Augsburg zu fahren, wo ich württembergische Truppen und Ordnung zu finden hoffte. Ich erfuhr jedoch bei Bekannten, die ich in Berg besuchte, daß das Westufer des Starnberger Sees und auch Weilheim ganz in den Händen der Spartakisten sei, und daß die Bahnlinie Weilheim-Augsburg auch unterbrochen sei. Ich zog daher vor, mich in der Nähe der Isartalbahn zu halten, die noch in Betrieb war und auf der es jederzeit möglich war, auch ohne Ausweis nach München zu fahren. Als wir nach zweitägigem Aufenthalt auf der Höhe über dem Starnberger See wieder ins Isartal, und zwar nach Ebenhausen kamen, erfuhren wir, daß man in der ganzen Umgegend nie länger als eine Nacht an demselben Platz im Gasthof verbringen durfte. Am Freitag [25. April] fuhren wir noch einmal nach Solln, weil ich meinen Sohn von dort nach München schicken wollte, um zu erkunden, wie es dort stehe. Er teilte mir auch [mit], daß noch niemand nach mir gefragt habe, daß Baron Brand wieder freigelassen worden sei, und daß von Verhaftungen anderer Württemberger nichts bekannt geworden sei. Auch in Solln waren weitere Besuche von Spartakisten nicht vorgekommen. Ich entschloß mich daher, bei meinem Vetter zu bleiben und machte am Samstag [26. April] einen Besuch in der Stadt, wo ich mich mit Kollegen besprach und in der Wohnung einiges erledigen konnte.

In Solln erfuhr man von den Vorgängen in München wenig, zumal man auch durch zu häufiges Telefonieren nicht auffallen wollte. [. . .] Am Mittwoch, den 30. April, hörte man vielfach in der Umgegend schießen, und es hieß, württembergische Truppen kämen auf der Wolfratshauer Straße isarabwärts durch Solln auf München. Als ich am Abend bei Bekannten in einer andern Villa in Solln war, erzählte ein Student, der eben vom nördlichsten Ende der Stadt nach dem im äußersten Süden gelegenen Solln zu Fuß gekommen war, daß preußische Truppen die Vorstadt Freimann mit den Kruppwerken Münchens genommen hätten und bereits im Englischen Garten stünden. Am 1. Mai hieß es, die Württemberger seien schon ganz nahe, die ihnen entgegengerückten Rotgardisten hätten

23. Juli 1919 (Nr. 138)

Der 21. Juli²² ist hier in München vollständig ruhig verlaufen, es kam weder zu Streiks noch zu Demonstrationen. Dies war wohl vor allem dem Fortbestehen des Kriegszustandes und des Standrechts zu verdanken, das Gruppenkommando hatte alle Ansammlungen und Umzüge verboten und gedroht, solche nötigenfalls mit Waffengewalt zu verhindern. Das Militär war den ganzen Tag alarmbereit, auch die Bürgerwehr hielt sich in Bereitschaft. Aus dem übrigen Bayern hört man nur von Teilstreiks und Demonstrationen in Nürnberg und Fürth, die aber ohne Zwischenfälle vor sich gingen.

Das Oberkommando von Oven²³ hat München vor einigen Tagen verlassen, und es sind nunmehr auch die letzten der Reichstruppen, die bei der Befreiung mitgewirkt hatten, von hier abgezogen. An ihrer Stelle ist ein hessisch-thüringisches Freikorps eingetroffen, im übrigen befinden sich nur bayerische Truppen hier, die allmählich

7

sich verflüchtigt, man könne die Truppen in Solln stündlich erwarten. Nachmittags erfuhr man, daß Schwabing, der nördliche Teil Münchens, in dem meine Wohnung liegt, von den Regierungstruppen besetzt sei. Aus westlicher Richtung hörte man starken Kanonendonner, der von einem kleinen Gefecht herrührte, das bei Forstenried stattfand. Gegen 6 Uhr abends hieß es, die Württemberger seien bereits in Thalkirchen. Ich machte mich sofort mit meinem Vetter auf nach dem eine schwache halbe Stunde entfernten Ort und traf auch bald württembergische Truppen, die eben dort Ortsunterkunft bezogen. [. . .] Die Truppen bezogen in den an den Steilhängen des Isartales oberhalb Thalkirchen gelegenen Häusern Quartier, von wo aus sie ganz München vor sich liegen sehen konnten. Es war für die Leute ein merkwürdiges Gefühl, daß sie in diese schöne deutsche Stadt, die manchem von früher her als gastlich und gemütlich bekannt war, am andern Morgen unter Kämpfen sollten einziehen müssen.

[. . .]

Von den Kämpfen, die sich am 2. und 3. Mai in München abspielten, merkte man in Solln gar nichts, das Schießen war wegen des starken Westwindes nicht zu hören. [. . .] Meinen Plan, schon am Samstag [3. Mai] wieder in die Stadt und nach Hause zurückzukehren, mußte ich aufgeben, da, wie württembergische Offiziere, die meine Frau besuchten, ihr gesagt hatten, gerade in den Teilen der Stadt, die ich zu passieren hatte, noch stark gekämpft wurde. [. . .] Am Sonntag nachmittag ging ich in zwei Stunden durch die Stadt zu Fuß nach Hause, da keine Trambahnen fahren, und hatte unterwegs Gelegenheit, das militärische Treiben, die an allen Straßenecken aufgestellten Geschütze und Maschinengewehre usw. zu sehen. Auch die Zerstörungen durch Geschoßeinschläge an den Häusern machten sich da und dort bemerkbar, doch sind die Schäden an Gebäuden mit dem, was man von Abbildungen aus Berlin kennt, nicht vergleichbar. Die Stadt war an diesem ersten warmen und sonnigen Tage erfüllt von einem Gewoge von Menschen in froher Stimmung, die noch unter dem frischen Eindruck ihrer glücklichen Befreiung vom Bolschewismus standen. [. . .] Die Haltung der Münchner Bevölkerung, und zwar gerade auch des bürgerlichen Teils derselben, der doch den Befreiern am meisten zu danken hatte und durch seine Haltlosigkeit und Feigheit selbst zu der Verschlimmerung der Dinge beigetragen hatte, war geradezu schmachvoll. Bezeichnend ist das höchst betrübnliche Ergebnis der Aufrufe zur Bildung einer Einwohnerwehr. Bei dem Einzug der Truppen am 1. und 2. Mai soll allerdings die Stimmung in der Bevölkerung eine glänzende gewesen sein, und ich bedauerte, daß ich dieses Schauspiel nicht mit ansehen hatte können. Die Truppen kamen mit schwarz-weiß-roten Fahnen und mit Musik, die „Deutschland über alles“ spielte, einmarschiert und wurden von einer frohen Menge stürmisch begrüßt und freudig bewillkommnet. [. . .]“

²² Für diesen Tag hatte die internationale Sozialdemokratie einen „Weltstreik“ gegen den Entente-Imperialismus geplant, der auf Beschluß der örtlichen Parteileitung jedoch in München unterblieb.

²³ Generalleutnant Ernst von Oven war Oberbefehlshaber aller zur Niederwerfung der Räteregierung eingesetzten Truppen. Sein Stab verließ München am 14. Juli 1919.

einen etwas besseren Eindruck zu machen beginnen. Auch der Zugang zur Einwohnerwehr ist in letzter Zeit besser geworden, dieselbe soll jetzt über 16 000 Mann stark sein. Trotz alledem herrscht hier in der Bevölkerung noch stetige Furcht vor der Wiederkehr einer Umsturzbewegung, und das Vertrauen zu den Truppen hat sich noch wenig gehoben. Die Drahtverhaue, welche zum Schutz der einzelnen Kommandostellen an verschiedenen Plätzen der Stadt errichtet sind, wurden bis jetzt noch nicht entfernt, dagegen wurde unter Beibehaltung der Polizeistunde um 11 Uhr das Betreten der Straßen ohne Ausweis während der Nachtstunden wieder gestattet. Die Aufrechterhaltung des Kriegszustandes ist jedenfalls eine unbedingt erforderliche Maßregel, es scheint, daß man dies jetzt bei der Regierung vollkommen einsieht. [. . .]

Die Ministerien befinden sich alle wieder in München, und es hat hier am Samstag auch ein Ministerrat stattgefunden. Der Landtag ist noch in Bamberg, und die jeweils durch ihn in Anspruch genommenen Minister, vor allem der Ministerpräsident, halten sich noch fast ständig dort auf. Über den Zeitpunkt der Rückkehr des Landtags nach München gehen die Nachrichten noch sehr auseinander, und es scheint auch in den Kreisen der Abgeordneten noch keine große Neigung zur Rückkehr zu herrschen. Im Ministerrat sind es in erster Linie die demokratischen Mitglieder gewesen, die für die Übersiedlung nach München mit Erfolg eintraten, während gerade die sozialdemokratischen Mitglieder am wenigsten Lust dazu gezeigt haben. Ganz besonders eifrig trat für die Rückkehr der Regierung und des Landtags nach München die München-Augsburger Abendzeitung ein, die ganz offen von Mangel an Mut sprach und deswegen aus Landtagskreisen scharf angegriffen wurde, in Wirklichkeit aber eigentlich doch nur das aussprach, was so ziemlich die herrschende Auffassung war²⁴.

Daß die Unabhängigen und die noch weiter links stehenden Kreise das größte Interesse an einer Aufhebung des Kriegszustandes haben, ist klar. Über die unter ihnen herrschende Stimmung hört man wenig wegen des Verbots der öffentlichen Versammlungen, man kann sich aber ein Bild davon machen, wenn man die Haltung der Unabhängigen im Rathaus verfolgt. Hier verlangten sie stürmisch die Aufhebung des Kriegszustandes und des Standrechts, sofortige Entfernung der Drahtverhaue, Freilassung der politischen Gefangenen, Erteilung der Immunität an die Stadträte usw. Auch in einer vom Sozialministerium einberufenen Versammlung der Münchner Betriebsräte am 15. [Juli] herrschte eine äußerst erregte Stimmung, und es dauerte lange, bis der Redner des Abends, Dr. Potthoff, seinen Vortrag halten konnte über das Thema: Die Aufgaben und Rechte der Betriebsräte. Aus der vorhergehenden Debatte kristallisierte sich ein Antrag auf sofortige Aufhebung des Standrechts und Haftentlassung der nicht fluchtverdächtigen Betriebsräte. Die Versammlung soll mit allen Mitteln, wenn nötig durch das Mittel des Generalstreiks, auf die Regierung einwirken, um die Erfüllung dieser Forderungen durchzusetzen.

Die Regierung hat nun unter vorläufiger Aufrechterhaltung des Kriegszustandes das Standrecht mit Wirkung vom 1. August an aufgehoben²⁵, gleichzeitig aber die Ein-

²⁴ Regierung und Landtag übersiedelten erst am 17. August 1919 wieder nach München. Die letzte Ministerratssitzung in Bamberg fand am 12. August, die letzte Landtagssitzung am 16. August statt. Die Landtagsfraktionen hatten jedoch auch nach dem 21. Februar in München getagt, auch die Ministerien arbeiteten überwiegend in München.

²⁵ Das Standrecht war am 25. April von der Regierung Hoffmann über das rechtsrheinische Bayern verhängt worden.

setzung von Volksgerichten bei inneren Unruhen angeordnet. Diese durch Landtagsbeschluß gemäß einer Regierungsvorlage geschaffenen Volksgerichte treten also an die Stelle der bisher tätigen Standgerichte, so daß eine wesentliche Änderung des bisherigen Zustandes nicht eintritt. Inwieweit diese Volksgerichte vom Reichsgericht anerkannt werden, scheint fraglich, wie überhaupt ihre Existenz sich mit den reichsgesetzlichen Vorschriften wohl schwer vereinigen läßt. Immerhin ist es eine zweckmäßige Einrichtung, durch die einerseits Entgegenkommen den Wünschen des Volkes gegenüber gezeigt wird, ohne daß man andererseits auf die durch das standgerichtliche Verfahren gebotenen Vorteile ganz zu verzichten braucht²⁶.

[. . .]

5. August 1919 (Nr. 141)

Der Reichswehrminister Noske hat am Samstag und Sonntag [2./3. August] hier ge-
weilt. Er besichtigte einige Truppenteile und hatte Besprechungen. Es war auffallend,
wie der hiesige Militärminister dabei soviel wie möglich ausgeschaltet wurde. Um
ihn nicht zuziehen zu müssen, hatte man von einer zuerst geplanten Besichtigung
der sämtlichen Truppen abgesehen, und bei einer Fahrt, die Noske in die Umgegend
machte, um die Einwohnerwehren in den im Osten Münchens gelegenen Städten
sich anzusehen, beteiligte sich Schneppenhorst ebenfalls nicht.

[. . .]

3. November 1919 (Nr. 191)

[. . .]

Der Münchner Katholikentag hat Ende Oktober unter großer Beteiligung stattgefunden
[24.—27. Oktober]. Im Mittelpunkt desselben stand die Persönlichkeit des hiesigen
Erzbischofs Faulhaber, der, ein glänzender Redner, der Versammlung den Stempel
seiner Persönlichkeit aufzudrücken verstand. Leider war sein Auftreten nicht
ganz glücklich, weil er statt mit den inneren Fragen des Katholizismus, der Religion
und der Moral sich zu befassen, das Gebiet der Politik betrat und gewissermaßen ein
Signal für das katholische Deutschland zum Kampf gegen alles Konfessionsfeindliche
im neuen Deutschen Reich gab. Der Erzbischof behandelte besonders die neue
Reichsverfassung und den Verfassungseid. Er rief den deutschen Katholiken zu, daß
sie diesen Eid, wenn er in Steuerfragen von ihnen verlangt werden sollte, verweigern
könnten, da er wohl das katholische Volk zur Abgabe bis auf den letzten versteuer-
baren Pfennig verpflichten, aber die Freireligiösen im Gewissen unbehelligt lassen
solle, da diese den Eid unter Anrufung Gottes ablehnen. Dr. Faulhaber fand scharfe
Ausdrücke gegen die neue Reichsverfassung, die in merkwürdigem Kontrast standen
zu den Ausführungen eines anderen hervorragenden Redners des Katholikentages,
des Professors Beyerle, der als Mitglied der Nationalversammlung hervorhob, daß die
neue Verfassung der Religionsausübung Freiheiten gewähre, die zuvor nicht vor-
handen waren. [. . .]

²⁶ Die Volksgerichte hatten Hoch- und Landesverrat, Verbrechen wider die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte, Widerstand gegen die Staatsgewalt und bestimmte gemeine Verbrechen zu ahnden. Rechtsmittel gegen die Urteile und Wiederaufnahme des Verfahrens waren ausgeschlossen. (Gesetz v. 22. 7. 1919, GVOBl 1919, S. 365f.)

Der Parteitag der Bayerischen Demokraten in Nürnberg hat ein Ergebnis gehabt, das eine ziemlich starke Schwenkung nach rechts bedeutete. Die Rede, welche Dr. Lent in diesem Sinne hielt, hat großes Aufsehen hervorgerufen. Ihre Wirkung ist zwar inzwischen durch anderweitige Äußerungen wieder etwas abgeschwächt worden, aber daß ein derartiger Zug nach rechts sich in der Partei mehr und mehr geltend macht, kann nicht geleugnet werden²⁷.

11. November 1919 (Nr. 197)

10

Die Jahrestage der Revolution sind hier, wie zu erwarten war, ruhig verlaufen, aber die Tatsache, daß am Samstag trotz der Schwere der Zeiten, die unablässige Arbeit erfordert, gestreikt wurde, hat in der Bevölkerung eine starke Erbitterung hervorgerufen. Die Mehrheitssozialdemokratie hatte sich das Bestehen auf ihrem zuerst gefaßten Plane, nur am Sonntag Revolutionsfeiern abzuhalten, durch die eigene Hetze gegen den Erlaß des Reichswehrgruppenkommandos²⁸ selbst unmöglich gemacht. Sie mußte sich dem Verlangen der Unabhängigen, an einem Werktag die Feier zu begehen, fügen, und es kann ihr immerhin noch zum Verdienst angerechnet werden, daß durch ihr Eingreifen nicht der 7., sondern der 8. November gewählt wurde, also ein Samstag, so daß nur ein halber Arbeitstag verloren ging. Die Handwerker kümmerten sich nicht um den Streikbeschluß, sondern arbeiteten auch am Samstag, die Läden blieben geöffnet, in städtischen und staatlichen Schulen fand Unterricht statt, und es gelang auch in den städtischen Betrieben, die Arbeit aufrechtzuerhalten. Nur die Straßenbahnen stellten auf Beschluß der Betriebsräte den Verkehr am ganzen Tage ein, obgleich auf die schwere finanzielle Schädigung, die der Stadtgemeinde dadurch erwachse, hingewiesen wurde. Die Fraktionen der demokratischen Partei und der Bayerischen Volkspartei haben daher im Stadtrat Interpellationen und Anträge eingebracht, um eine solche Lahmlegung des Verkehrs durch eigenmächtigen Beschluß der Betriebsräte für die Zukunft vermieden zu sehen und um eine etwaige Schadensersatzpflicht festzulegen. Die Betriebsräte haben sich durch ihren Beschluß, die Straßenbahnen nicht verkehren zu lassen, in manchen ihnen bisher günstig gesinnten Kreisen die Sympathien verscherzt. Einen ausdrücklichen Protest hat ihr Vorgehen aus den Reihen der Ärzte, besonders der Kassenärzte, zur Folge gehabt.

Das Münchner Arbeitgeberkartell hatte an das Münchner Gewerkschaftskartell ein Schreiben gerichtet, in dem es gegen den Streik protestierte. Nach Darlegung der Gründe wird die Zustimmung versagt und angekündigt, daß in dem Fernbleiben von der Arbeitsstelle an dem in Betracht kommenden Tage eine Arbeitsverweigerung erblickt werden müsse. Daraus ergebe sich nicht nur, daß der betreffende Tag nicht bezahlt werde, sondern daß die Wiederaufnahme der Arbeit am nächsten Tag als

²⁷ Vgl. den Leitartikel „Die Richtung der Partei“ in: MNN, Nr. 438 v. 28. 10. 1919, in dem der Landesvorsitzende Hohmann die mittlere Linie der DDP „auf der Grundlage nationaler, demokratischer und sozialer Politik“ betonte und die Angriffe der sozialdemokratischen Presse gegen Lents Äußerungen zurückwies.

²⁸ Das Reichswehrgruppenkommando hatte am 28. Oktober 1919 angeordnet, daß Revolutionsfeiern nur am 9. November (einem Sonntag) stattfinden durften, und Demonstrationen verboten. Aufgrund scharfer Proteste der SPD und USPD gegen die „militärische Diktatur“ war der Erlaß teilweise zurückgenommen worden.

Beginn eines neuen Arbeitsverhältnisses betrachtet werden müsse, wobei alle durch die bisherige Arbeitsdauer erworbenen Rechte in Bezug auf Urlaub usw. verlustig gehen würden. Die Befugnis, in besonders gravierenden Fällen auf dem aus der Arbeitsverweigerung hervorgehenden Recht der Entlassung zu bestehen, werde vorbehalten.

Der Streik hat noch eine weitere unangenehme Folge gehabt. Die Belegschaft der oberbayerischen Kohlengrube Hausham hatte sich bereiterklärt, zur Linderung der Kohlennot in München am Sonntag, den 9. November, eine Überschicht einzulegen. Als die Haushamer Bergarbeiter davon Kenntnis erhielten, daß in München der Samstag als Feiertag gelte, erklärten sie, daß für sie dann kein Grund vorliege, für die Münchner Betriebe und die dortige Bevölkerung am Sonntag zu arbeiten. Die Kohlenförderung ist daher in Hausham am Sonntag unterblieben. Das dadurch nicht geförderte Quantum soll einem Bedarf der Münchner Gasanstalt für zwei Tage entsprechen.

14. November 1919 (Nr. 201)

[. . .]

Graf Zech hat sich hier eine ganz ausgezeichnete Stellung geschaffen und genießt in Regierungskreisen einen Einfluß und ein Ansehen, wie es die bisherigen preußischen Gesandten, die ich hier gekannt habe, bei der alten Regierung nie besessen haben. Auch scheint er sich in hohem Maße des Vertrauens der leitenden Männer in Berlin, besonders Eberts und Noskes, zu erfreuen. Die Wahrung der Interessen der Reichsregierung ist bei ihm in guten Händen, wie aber aus seinen Äußerungen hervorgeht, ist er auch der Ansicht, daß, um ein Überwuchern des Partikularismus zu vermeiden, die Empfindlichkeit Bayerns auf diesem Gebiete geschont werden muß. Es dürften daher Schritte, die eine Bevorzugung Bayerns darstellen, wie die Errichtung eigener Ämter für die Reichseisenbahnen und die Reichspost in München, in ihm einen eifrigen Verfechter finden. Er hat hier seine Hände in allem, und es erscheint mir eine besonders wichtige Aufgabe der hiesigen Vertreter anderer Landesregierungen, ihm auf die Finger zu sehen und etwaige Sonderabmachungen zwischen der Reichsregierung und Bayern, die sich auf die Ausführung der Bestimmungen der Reichsverfassung beziehen, gerade während der Übergangszeit aufmerksamst zu verfolgen.

Den Ausführungen des Grafen Zech über die Zunahme der partikularistisch-klerikalen Strömung hier, die sich ja zum Teil mit dem decken, was ich schon früher berichtet habe, kann ich aus eigener Anschauung nur beipflichten, und es ist auch meine Ansicht, daß diese Dinge im Interesse des Reichs nicht nur, sondern auch im Interesse der anderen Landesregierungen, insbesondere der benachbarten, eine sorgfältige Überwachung erheischen.

[. . .]

3. Dezember 1919 (Nr. 214)

Der Bayerische Kurier hat die Mitteilung gebracht, die Bayerische Regierung habe mit der apostolischen Nuntiatur eine Vereinbarung getroffen, wonach in provisorischer Weise und ohne Präjudiz für eine künftige Regelung der allgemeinen Beziehungen von Staat und Kirche das bisherige landesherrliche Präsentationsrecht

11

12

bezüglich der sogenannten königlichen Pfarreien auf die Regierung des Freistaates übergehen solle²⁹. [. . .] Der Artikel war so gefaßt, daß man annehmen konnte, es stammten die Informationen des Blattes direkt aus der Nuntiatur. [. . .]

Der Nuntius selbst sprach sich mir gegenüber etwas ärgerlich über den Bayerischen Kurier aus. Das Blatt hätte sich, so meinte er, ehe es einen derartigen Leitartikel bringe, doch in der Nuntiatur erst versichern können, ob derselbe auch den Tatsachen entspreche. Dies sei aber absolut nicht der Fall. Er stehe mit Minister Hoffmann in Verhandlungen, die einen ganz befriedigenden Verlauf nähmen, aber noch zu keinem Ergebnis von prinzipieller Bedeutung geführt hätten. Es handle sich lediglich um ganz provisorische Maßregeln, die getroffen würden, um einem flagranten Mißstand abzuhelpfen, der dadurch entstanden sei, daß seit der Revolution eine ganze Anzahl Pfarreien, die erledigt seien, nicht wieder hätten besetzt werden können. Die Verhandlungen würden natürlich mit der Zeit sich auch auf die großen Fragen von grundsätzlicher Bedeutung ausdehnen, deren Lösung durch die Eingriffe der Reichsverfassung und der Bayerischen Verfassung in die Bestimmungen des Konkordats erschwert würde. [. . .] Zur Führung der Verhandlungen hierüber wäre es aber notwendig, daß die am Vatikan beglaubigten Gesandten wieder persönlich in Rom anwesend seien. Der zum preußischen Gesandten bestimmte Herr von Bergen sei jedenfalls eine in hohem Maße geeignete Persönlichkeit, den er von dessen früherer Tätigkeit als Gesandtschaftssekretär in Rom gut kenne, und der Bayerische Gesandte Baron Ritter sei ja eine altbewährte Kraft; sie seien jedenfalls die richtigen Männer, um die Verhandlungen in Rom zu führen, wozu er allein von hier aus nicht imstande sei. Seitens der italienischen Regierung bestehe kein Grund, warum die Gesandten am päpstlichen Stuhle sich nicht wieder in Rom aufhalten sollten³⁰, aber Baron Ritter bleibe noch immer in Lugano und Herr von Bergen sei auch noch nicht in Rom eingetroffen. [. . .]

Der Nuntius sprach dann von dem Schritt des Papstes für die Freilassung der Kriegsgefangenen³¹ und verurteilte sehr den unerbittlichen Vernichtungswillen der Franzosen, gegen die auch in Italien ein großer Haß herrsche. Er machte sich über die Phrasen vom Kampf für Freiheit und Menschlichkeit sowie für die Selbstbestimmung der kleinen Völker und über die 14 Punkte Wilsons lustig, das sei doch alles nur Schwindel und Heuchelei gewesen. Die Ententemächte selbst kümmerten sich gar nicht darum.

Endlich erwähnte der Nuntius eine Zeitungsnotiz, wonach, wie aus Paris gemeldet werde, die Errichtung einer französischen Gesandtschaft in München beabsichtigt sei. Nach der neuen Reichsverfassung werde Bayern nicht mehr in der Lage sein, eine

²⁹ Das Recht der bayerischen Könige, Kandidaten für bestimmte Pfarrstellen zu präsentieren, leitete sich vom Patronatsrecht der Herzöge und Kurfürsten ab. Die entsprechenden Befugnisse der Krone waren im Konkordat von 1817 festgelegt.

³⁰ Nach Italiens Kriegseintritt im Mai 1915 waren die bayerische und die preußische Vatikan-gesandtschaften in die Schweiz nach Lugano verlegt worden, sie kehrten am 31. Dezember 1919 nach Rom zurück. Die bayerische Vertretung sollte im Frühjahr 1920 aufgehoben werden, auf Drängen der bayerischen Regierung und der Kurie fand sich die deutsche Reichsregierung mit dem Fortbestand jedoch ab. Vgl. G. Franz-Willing, Die Bayerische Vatikangesandtschaft 1803–1934, München 1965, S. 163 ff.

³¹ Papst Benedikt XV. hatte sich, wie am 25. November bekanntgegeben wurde, bei der französischen Regierung dafür eingesetzt, daß die deutschen Kriegsgefangenen bis Weihnachten heimbefördert werden sollten. EGK, 1919, II, S. 178.

außerdeutsche Gesandtschaft zu empfangen, dadurch werde sich Frankreich aber nicht abhalten lassen, seine Wühlarbeit zur Sprengung des Reiches zu betreiben.

3. Dezember 1919 (Nr. 215)

[. . .]

Die monarchistischen Kundgebungen haben sich am letzten Sonntag nicht wiederholt, das übliche Mittagskonzert der Militärmusik in der Feldherrnhalle war abgesagt worden und Militärpatrouillen gingen auf und ab. Dagegen hat am Sonntag [30. November] die Gründungsversammlung der früher schon von mir erwähnten „Bayerischen Königspartei“ stattgefunden. Als eigentlicher Urheber zeigt sich ein Herr Mayer-Koy, Verlagsbeamter bei der Münchner „Jugend“, er führte den Vorsitz. Die Anwesenden sollen sich hauptsächlich aus Vertretern des flachen Landes und Frauen zusammengesetzt haben, auch studentische Korporationen sollen erschienen gewesen sein. Als Endziel wurde in der Versammlung „ein freies selbständiges Bayerisches Königreich“ bezeichnet. Unter freiem Königtum wird ein Volks- oder Wahlkönigtum verstanden; zur Volkskammer habe anstelle der früheren Reichsratskammer eine Ständekammer zu treten, in der sich der Rätegedanke auswirken solle. Das Königtum soll christlich sein, die jüdische Vorherrschaft beseitigt werden usw. Auch hier also ausgesprochen antisemitische Richtung. Unter den Persönlichkeiten, die in dem Gründungsbericht genannt sind, findet sich kein einziger mir bekannter Name, ich habe auch noch nicht in Erfahrung bringen können, ob Persönlichkeiten von Bedeutung hinter der Person des ganz unbekanntem Herrn Mayer-Koy sich verbergen. Ich möchte dem ganzen Vorgang keine allzu große Bedeutung beimessen und betrachte ihn lediglich als Symptom für die immer mehr um sich greifende Stimmung im allgemeinen. Der Bayerische Kurier verwahrt sich dagegen, daß die sozialdemokratische Presse die Bayerische Volkspartei in Zusammenhang mit der Gründung der Bayerischen Königspartei bringt. Daß dies nicht zutrefte, ergebe sich schon daraus, daß in der Vorstandschaft der neuen Partei auch die Münchner Christlich-Sozialen (Antisemiten) figurierten. Auf dem Wege über eine parlamentarische Partei werde die Frage der Monarchie überhaupt nicht gelöst, die Idee der Restauration sei auch nicht breit und tief genug, um große Volkskreise auf die Dauer zu binden heute, da um die letzten höchsten Ideale von Weltanschauungen gekämpft werde, aus denen die Wahl der Staatsform nur einen kleinen Abschnitt darstelle.

Auch Dr. Heim hat seine Stimme ertönen lassen, um sich von dem Verdacht, als leiste er der Monarchie Vorschub, zu reinigen, den Herr Ackermann in einer sozialdemokratischen Versammlung gegen ihn erhoben hatte. Er sagt, jede aktive Politik zur Wiedereinführung der Monarchie halte er zur Zeit für verfrüht, ja für einen Unsinn. Er habe jederzeit betont, daß die Wiedereinstellung der Monarchie in Bayern nicht singulär gelöst werden könne, daß schon aus diesen Gründen bayerische Bestrebungen leerlaufen müßten. Er habe ferner betont, daß die monarchischen Regungen im Volke, die ja in letzter Zeit bedeutend stärker geworden seien, die besten Beförderer in den jetzigen „himmelschreiend unfähigen“ Regierungen hätten. Dort säßen die Beförderer des monarchischen Gedankens und die Feinde der Republik.

[. . .]

Die Verhandlung gegen den Grafen Arco, die für die ersten Tage des Dezember anberaumt war, ist plötzlich wieder abgesetzt worden mit der Begründung, daß der-

selbe von neuem nicht verhandlungsfähig sei. Eine Kugel, die im Kopf hinter dem Ohr sitze, habe ihre Lage verändert und beeinträchtige das Hörvermögen, ja zeitweise sogar auch das Denkvermögen. Es wurden diesbezügliche Gutachten des behandelnden Chirurgen³², eines Ohrenspezialisten und des Gerichtsarztes vorgelegt.
[. . .]

17. Dezember 1919 (Nr. 227)

14

Der Prozeß wegen der Attentate im Landtag hat mit der Verurteilung Lindners wegen eines versuchten Totschlags an Minister Auer und eines vollendeten erschweren Totschlags an Major Jahreiß zu einer Gesamtzuchthausstrafe von 14 Jahren und 5jährigem Ehrverlust geendet³³. [. . .]

Der Prozeß war äußerst interessant, nicht wegen der strafbaren Handlungen, die den Gegenstand desselben bildeten, diese waren bald festgestellt und von den Angeklagten eingestanden, sondern deswegen, weil darin ein Bild der ganzen politischen Lage in Bayern um die Zeit des 21. Februar entrollt wurde. Die Persönlichkeit Lindners bot weiter kein Problem, er erscheint durchaus als ein Produkt seiner Zeit, ein aufgeregter Mensch, durch die lange Kriegszeit verroht und durch gewissenlose Führer verhetzt. Lindner und seine Genossen traten daher bald in den Hintergrund, statt ihrer standen die Persönlichkeiten Auers und Eisners im Mittelpunkt des Interesses. Wie die beiden vor der Revolution sich als Kandidaten für die Reichstagsersatzwahl³⁴ gegenübergestellt hatten, so standen sie sich auch in der Zeit vom 7. November bis zum 21. Februar als Gegner gegenüber, denn das blieben sie, obgleich Eisner Auer in das Ministerium aufgenommen hatte. Das Motiv hierzu war wohl in erster Linie die Erwägung gewesen, daß Auer in der Opposition ihm gefährlicher werden könne, denn als Kollege. Auer war ein Gegner des gewalttätigen Umsturzes gewesen, was bei den Verhandlungen zur Neubildung des Ministeriums im Oktober 1918 zum offenen Ausdruck kam, während damals der jetzige Ministerpräsident Hoffmann die revolutionären Forderungen mit besonderem Nachdruck vertrat. Auer als Vertreter des demokratischen Gedankens, der die Einberufung der Nationalversammlung forderte, als einsichtiger Staatsmann, der das unheilvolle Walten des durchaus unpolitischen, phantastischen Literaten Eisner durchschaute, mußte in schärfstem Gegensatz zu diesem stehen. Das Bild Eisners, das unmittelbar nach seinem Tode nicht so ganz klar umrissen erschien, hat sich mit der Zeit immer deutlicher abgehoben, und der Prozeß hat es nun vollends grell beleuchtet. Einen wertvollen Beitrag zur Beurteilung der Persönlichkeit Eisners haben seine Ministerkollegen als Zeugen geliefert, unter denen wiederum der Verkehrsminister Frauendorfer mit besonders anerkennenswertem Freimut sich über Eisner als Dilettanten in der Politik und Menschen von maßloser Eitelkeit ausgesprochen hat.
[. . .]

³² Arco war nach dem Attentat auf Eisner schwerverletzt in die Klinik Sauerbruchs eingeliefert worden. Vgl. F. Sauerbruch, *Das war mein Leben*, München 1951, S. 319 ff.

³³ Von der Anklage des Mordes an dem Abgeordneten Osel wurde Lindner wegen mangelnder Beweise freigesprochen.

³⁴ Ende August 1918 hatte der langjährige Führer der bayerischen Sozialdemokratie, Georg von Vollmar, seine Mandate im Reichstag und Landtag niedergelegt. Für die Ersatzwahl, die am 17. November stattfinden sollte, rivalisierten Auer (SPD) und Eisner (USPD).

Die Persönlichkeit Auers und sein verdienstvolles Arbeiten, um die Wirkungen von Eisners unheilvoller Politik unschädlich zu machen, sein Bremsen gegen die radikale Tendenz in dieser Politik ist in diesem Prozeß deutlich hervorgetreten. Gegen ihn mußte sich der Haß aller richten, die eine Weiterentwicklung der Revolution in der Richtung des Bolschewismus anstrebten und in Auer einen Reaktionär sahen. Die urteilslosen Leute wurden von den Führern, die sich um Eisner scharten, immer mehr aufgehetzt. Der Putschversuch der Matrosen unter Lotters³⁵ Führung zwei Tage vor der Landtagseröffnung, der so kläglich scheiterte, wurde Auer zur Last gelegt. Ob er die Ausführung eines solchen Gewaltstreiches gewollt hat, ist fraglich, aber daß er die Matrosen als Gegengewicht gegen die „Garde“ Eisners nach München hat kommen lassen, das geht aus den Äußerungen hervor, die Auer damals selbst gemacht hat. [. . .]

[. . .]

20. Dezember 1919 (Nr. 233)

Heute empfing mich Ministerpräsident Hoffmann, um mit mir über die Frage des Einheitsstaates zu sprechen. Er sagte mir, seiner Ansicht nach komme es vor allem darauf an, genau zu wissen, wie man sich in Berlin die Sache denke. Solange man darüber nicht klar sei, könne man keine endgültige Stellung zu der Preußischen Anregung nehmen³⁶. Aus dieser Erwägung habe er das Telegramm an den Reichskanzler gerichtet³⁷. Die vorgeschlagene Besprechung solle darüber Klarheit schaffen, ob ein vollständiges Aufgehen Preußens auch wirklich beabsichtigt sei und ob den einzelnen Teilen des einheitlichen Reiches entsprechende Selbstverwaltung garantiert werden solle. Wenn dies wirklich zutrefte, habe man keinen Grund, sich gegen die Einheitsbestrebungen zu wehren. Die ganze politische Lage dränge auf größere Vereinheitlichung hin. Nachdem die einzelnen Länder schon eine Reihe der wichtigsten Hoheitsrechte hätten aufgeben müssen, sei der weitere Schritt nicht mehr allzu groß. Außerdem würden die finanziellen Nöte uns dazu zwingen, denn man könne sich bei der Verarmung, in der wir uns bald befinden werden, nicht noch den Luxus so vieler Ministerien und Landtage gestatten. Man könne allerdings darüber im Zweifel sein, ob die Anregung im jetzigen Zeitpunkt opportun sei; die Befürchtung, daß sie den separatistischen Tendenzen neue Nahrung zuführe, sei wohl nicht von der Hand zu weisen. Er müsse aber sagen, daß er in dieser Hinsicht nicht so schwarz sehen könne. Die Gefahr treffe noch am ehesten für Bayern zu, denn daß sich der

15

³⁵ Am 19. Februar 1919 hatten 600 bewaffnete Matrosen unter Führung Conrad Lotters versucht, das Landtagsgebäude, in dem der Rätekongreß tagte, zu besetzen. Das Vorgehen der Matrosen, die sich als „Ausschuß zum Schutze des Landtags“ bezeichneten, richtete sich gegen die Räte und gegen Eisner. Die Mehrheitssozialdemokraten wiesen den Vorwurf, die Matrosen aus Wilhelmshaven herbeigerufen zu haben, zurück. Lotter wurde verhaftet. Vgl. Mitchell, *Revolution in Bayern*, S. 232f.

³⁶ In der verfassungsgebenden preußischen Landesversammlung war am 17. Dezember 1919 ein Antrag der Mehrheitsparteien SPD, DDP und Zentrum auf Errichtung eines deutschen Einheitsstaates mit großer Mehrheit angenommen worden. Vgl. Verfassungsgebende Preuß. Landesversammlung, *Sten. Ber.*, S. 8285 ff.

³⁷ In dem Telegramm bat Hoffmann am 19. Dezember die Reichsregierung, die Regierungen der deutschen Länder baldigst zu einer Besprechung des preußischen Antrags zusammenzurufen. Vgl. EGK, 1919, I, S. 510–11.

ganze Süden vom Reiche loslöse und selbständig machen wolle, das halte er für unmöglich, dazu sei weder in Württemberg noch vollends in Baden irgendwelche Stimmung. Aber auch in Bayern seien die Loslösungsbestrebungen nur in Altbayern, d. h. in Ober- und Niederbayern vorhanden. Der Norden würde bei einer solchen Aktion nicht mitmachen, sondern jedenfalls dem Reiche treu bleiben wollen. Von den Franken könne er das sicher annehmen, aber auch Schwaben würde kaum mitmachen, sondern sich eher an Württemberg anlehnen. [. . .] Die Loslösung Altbayerns würde also zugleich ein Auseinanderfallen Bayerns bedeuten, und Altbayern allein könne doch unmöglich als selbständiger Staat ein eigenes Dasein führen, das wäre in wirtschaftlicher Beziehung eine Unmöglichkeit. Der Zusammenschluß mit Deutsch-Österreich würde in dieser Hinsicht kaum bessere Bedingungen bieten. So glaube er, daß die bayerischen Separatisten bald das Aussichtslose ihrer Pläne und Wünsche einsehen und sich zufrieden geben werden. Die Süddeutschen müßten sich aber auch sagen, daß es schon lange ihr Wunsch sei, die Übermacht Preußens gebrochen zu sehen und daß sie dies durch den bisherigen Gang der Dinge seit der Revolution nicht, wie sie es gehofft, erreicht hätten. Nun biete sich eine Gelegenheit dazu, wenn die Vereinheitlichung in richtiger Weise durchgeführt werde, deshalb dürfe man diese Gelegenheit sich nicht entgehen lassen. Der Wunsch Preußens nach dem Einheitsstaat sei aus den Schwierigkeiten geboren, die es wegen der Loslösungsbestrebungen eigener Gebietsteile wie Rheinlande, Hannover und Sachsen habe. Als Teile des Reiches müßten aber auch die süddeutschen Länder ein Interesse daran haben, daß diesen Bestrebungen entgegengetreten werde, und das geschehe durch Errichtung des Einheitsstaates. Die von Preußen losstrebenden Teile würden im Einheitsstaat sich anders gruppieren und es sei sicher anzunehmen, daß z. B. die Rheinlande dann sich viel mehr an die süddeutschen Teile des Reiches anlehnen und mit ihnen zusammengehen werden, als z. B. mit Ostpreußen. [. . .]

Ich brachte den Minister dann auch auf das Schreiben des Reichskanzlers wegen der innerdeutschen Gesandtschaften⁸⁸ zu sprechen. Er sagte, er habe das Schreiben selbst noch gar nicht vorgelegt bekommen, also auch noch nicht im Wortlaut gelesen, wenn er auch so ziemlich wisse, was darin stehe. Gegen die Auffassung wegen der etwaigen Gesandtschaften der Ententemächte bei einzelnen Ländern lasse sich nichts sagen. Man müsse alles tun, um die Errichtung solcher Missionen zu vermeiden. Für München bestehe allerdings eine solche Gefahr. Aber wenn man nicht darumherumkomme, so bleibe nichts übrig, als dem Gesandten gegenüber den Dummen zu spielen und sich auf gar nichts einzulassen. In der Frage der Vertretungen der einzelnen Länder in Berlin halte er eine Besprechung der süddeutschen Regierungen für wünschenswert, er werde daher einen entsprechenden Auftrag an Herrn von Preger ergehen lassen. Minister Hoffmann geht aufgrund der Besprechung, die seinerzeit in dieser Frage in Berlin stattgefunden hat, davon aus, daß es sich für die Vertretung der einzelnen Länder um richtige Minister handeln soll, die dem Kabinett ihres Heimatlandes angehören sollen, ob mit oder ohne Portefeuille, das könne fraglich sein. Man könnte sich eventuell auch denken, daß der in Berlin residierende Minister

⁸⁸ Im Anschluß an eine Sitzung der Reichsregierung mit Ländervertretern am 21. November 1919 hatte der Reichskanzler am 12. Dezember ein Rundschreiben an die Länderregierungen gerichtet. Es enthielt den Entwurf einer Vereinbarung, wie künftig die Beziehungen der Länder untereinander und gegenüber der Reichsregierung zu gestalten seien. Vgl. Benz, Süddeutschland, S. 209 ff.

das Portefeuille des Äußern übernehme. Herr Hoffmann meinte, diese Minister müßten dann auch Parteimänner sein und jeweils mit dem Ministerium wechseln. Das habe einen gewissen Nachteil schon deswegen, weil der Minister dann für die Politik seines Landes mitverantwortlich sei, infolge seiner Abwesenheit von zuhause sich aber nicht darum kümmern könne, z.B. nicht in der Lage sei, an allen Ministeratssitzungen teilzunehmen.

[. . .]

Minister Hoffmann sprach dann auch noch mit mir von der Möglichkeit der Entsendung von Reichskommissären³⁹. Er sagte, der Reichsminister des Auswärtigen Amts, Müller, habe ihm gegenüber sich gegen die Entsendung solcher Reichskommissäre ausgesprochen. Er glaube aber, daß, wenn auch das Reich darauf verzichte, eigene Vertreter zu diesem Zweck an die Regierungen der einzelnen Länder zu entsenden, es trotzdem die Überwachung erreichen könne. Die zahlreichen Reichsbeamten, die nach der Durchführung der Reichsverfassung ihren Sitz in den einzelnen Ländern haben werden, seien ja schon die berufenen Organe, um die Politik der Einzelregierungen zu überwachen. Er brauche bloß an die Landesfinanzämter zu denken. Da habe man schon die Kommissäre, einer eigentlichen Entsendung solcher bedürfe es dann gar nicht mehr.

[. . .]

³⁹ Die Absicht, durch Reichskommissare die Länder zu beaufsichtigen, wurde vor allem durch den Reichsinnenminister Koch-Weser verfolgt. Dabei sollte hauptsächlich München überwacht werden. Vgl. Benz, Süddeutschland, S. 215.

18. Januar 1920 (Nr. 7)

16

Der mit großer Spannung erwartete Prozeß Arco ist nun vorüber und hat einen Verlauf genommen und ein Ergebnis gehabt, mit dem man vom menschlichen wie vom politischen Standpunkt aus wohl zufrieden sein kann. Die Befürchtungen, daß es anlässlich des Prozesses zu Unruhen kommen könnte, haben sich als nicht ganz ungerechtfertigt erwiesen, und sie sind nur durch die geschickte Behandlung der Angelegenheit sowohl seitens der Gerichtsbehörden als seitens der Regierung vermieden worden. Allerdings hatte man sich insofern getäuscht, als man Unruhen und Störungen von radikaler¹ Seite erwartete, die dann ausblieben, während dagegen die Kreise, die für Arco eintraten, diesmal sich sehr tätig und entschlossen zeigten, so daß von ihnen der Regierung eine gewisse Gefahr drohte.

Für den Grafen Arco war es sehr vorteilhaft, daß seit der Verübung seiner Tat eine ziemliche Spanne Zeit verflossen ist, während der die öffentliche Meinung einen bedeutenden Umschwung erfahren hat, und daß der Prozeß gegen Lindner vorherging, der wesentlich dazu beigetragen hat, den Nimbus, der noch immer für manche Leute das Haupt von Arcos Opfer umschwebte, zu zerstören. So war eine günstige Stimmung für ihn vorbereitet, und er selbst hat es verstanden, dieselbe außerordentlich zu erhöhen durch sein unerschrockenes Auftreten und die Festigkeit, mit der er die Folgen seiner Handlung auf sich nahm, ein Benehmen, das sehr vorteilhaft abstach von demjenigen der Helden der Rätezeit, die bisher vor dem Volksgericht gestanden hatten. Die eigenen Aussagen sowie die Zeugenaussagen ließen den Angeklagten als einen jungen Mann von großer Vaterlandsliebe und hohem persönlichem Mut erscheinen, der im Krieg seinen Mann gestellt hat und sich besonders auch durch wohlwollende Behandlung seiner Untergebenen und Fürsorge für dieselben auszeichnet hat. [. . .]

Trotz alledem blieb natürlich die Tat des Angeklagten, der politische Mord, als strafwürdiges Verbrechen bestehen und mußte seine Sühne finden. So konnte der Vertreter der Anklage nur zur Beantragung der Todesstrafe gelangen, die dann auch das Gericht aussprach, obgleich der Verteidiger versucht hatte, Notwehr oder wenigstens Putativnotwehr für den Angeklagten geltend zu machen. Aber die Worte des Staatsanwalts wie die Urteilsbegründung ließen den Absichten, von denen Arco bei seiner Tat geleitet war, volle Gerechtigkeit widerfahren. Der Staatsanwalt sagte u. a.: „Wäre unsere Jugend insgesamt von so glühender Vaterlandsliebe beseelt, wir hätten die Hoffnung, mit froher Zuversicht der Zukunft unseres Vaterlandes entgegenzublicken!“ Bei der Begründung des Urteils sagte der Vorsitzende: „Von einer Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte konnte natürlich keine Rede sein, weil die Handlungsweise des jungen politisch unmündigen Mannes nicht niedriger Gesinnung, sondern der glühendsten Liebe zu seinem Volke und seinem Vaterland entsprang und ein Ausfluß seines Draufgängertums und der in weiten Volkskreisen herrschenden Empörung gegen Eisner war, weil ferner der Angeklagte die Tat in allen ihren Einzelheiten ohne jeden Versuch der Beschönigung oder Verschleierung mit offenem

¹ „Radikal“ wird stets im Sinne von „linksradikal“ gebraucht.

edlem Mute in achtungsgebietender Weise als aufrechte Persönlichkeit eingestand!“ Graf Arco nahm die Urteilsverkündung entgegen, ohne die geringste Erregung zu verraten, und sagte, er ziehe selbstverständlich die Konsequenzen aus seiner Handlungsweise und bitte seine Freunde, alle etwa geplanten Versuche zu seiner Befreiung zu unterlassen. Er schloß mit den Worten: „Helfen Sie mit am Aufbau im nationalen Sinn, dann helfen Sie mir am besten!“ Diese Worte lösten im Publikum einen stürmischen Beifall und eine tiefgehende Erregung aus. Vor dem Justizpalast hatte sich eine große Menschenmenge angesammelt und als Graf Arco im Auto ins Gefängnis zurückgeführt wurde, empfingen ihn brausende Hochrufe und er fuhr wie ein Triumphator durch die winkenden und Tücher schwenkenden Menschenmassen.

Der Prozeß hatte am Donnerstag morgen begonnen, am Freitag nachmittag erfolgte die Urteilsverkündung [15.–16. Januar]. Das Bekanntwerden des Urteils in der Stadt durch Anschlag rief große Bewegung hervor und ein fast einstimmiges Verlangen, daß dasselbe durch Begnadigung gemildert werden müsse. Die Studenten versammelten sich in der Universität, wo der Rektor und Professor Sauerbruch, der Arzt, der den Grafen Arco behandelt hatte, Ansprachen hielten. Trotz deren Aufforderung, ruhig nach Hause zu gehen, durchzogen sie am Abend die Hauptstraßen der Stadt und hatten bald eine unübersehbare Menge um sich gesammelt. Es fanden große patriotische Demonstrationen statt, wobei „Deutschland über alles“ gesungen und Ansprachen gehalten wurden. Die Menge wurde schließlich durch Sicherheitsorgane zum Auseinandergehen veranlaßt, und es wurde die Nachricht verbreitet, um die Gemüter zu beruhigen, einige Minister hätten gesagt, daß die Begnadigung Arcos sicher zu erwarten sei. Irgendwelche Demonstrationen von gegnerischer Seite fanden nicht statt. Am Samstag morgen versammelte sich die Studentenschaft wieder, um eine Abordnung an die Minister zu schicken und die Begnadigung zu fordern. Um 10 Uhr trat der Ministerrat zusammen, und in der Universität, die von einem starken Aufgebot Sicherheitstruppen besetzt war, versammelte sich eine Menge von mehreren tausend Menschen, um das Ergebnis des Ministerrats abzuwarten mit dem festen Entschluß, wenn das Urteil bestätigt werden oder in Zuchthausstrafe umgewandelt werden sollte, etwas zu unternehmen. Um $1\frac{1}{2}$ Uhr endlich kam die Nachricht, daß der Ministerrat die Begnadigung zu lebenslänglicher Festungshaft ausgesprochen habe, damit war die Spannung gelöst, die Menge gab ihrer Befriedigung darüber Ausdruck und zerstreute sich der wiederholten Anregung des Rektors folgend in Ruhe. Auch an diesem Tage erfolgte keine Kundgebung von links, sogar der „Kampf“, das Organ der U.S.P. hatte, allerdings vom Standpunkt der prinzipiellen Gegnerschaft gegen die Todesstrafe, sich für die Begnadigung ausgesprochen. Ja, in einer kommunistischen Versammlung, die am Freitag abend stattfand, fand der Vorsitzende Worte der Anerkennung für das unerschrockene Auftreten des Grafen Arco. [. . .] Tatsächlich scheinen im Volk und nicht zuletzt auch in Arbeiterkreisen die Sympathien für Arco sehr stark gewesen zu sein, so daß die Hetzer dem Rechnung tragen mußten. Ganz besonders soll dies aber bei den Truppen der Fall gewesen sein, die Mannschaften der Reichswehr seien fast noch mehr als ihre Offiziere für Arco eingetreten und von letzteren nur mit Mühe von unbedachten Schritten zurückgehalten worden.

Wie ich zuverlässig gehört habe, war ein genauer Plan für den Sturz der Regierung ausgearbeitet für den Fall, daß die Begnadigung nicht erfolgt wäre, und es ist als ein großes Glück anzusehen, daß dieses unbesonnene Vorgehen, das von Neuem großes

Unheil über Bayern hätte heraufbeschwören können, abgewendet wurde. Der Ministerrat sprach sich einstimmig für die Begnadigung zu lebenslänglicher Festungshaft aus. Herr Hoffmann hatte es vorgezogen, sich auch hier wieder der Verantwortung und der etwaigen Gefahr zu entziehen und in diesen kritischen Tagen nicht in München zu weilen.

20. Februar 1920 (Nr. 38)

17

Die Presse der Bayerischen Volkspartei, voran der Bayerische Kurier und die Augsburger Postzeitung, haben nun zu der Gründung des „Bayernbundes“² doch auch Worte gefunden. Daß sie nicht besonders freundlich ausfallen würden, konnte man sich denken. [. . .] Es ist ja kein Zweifel, daß die Gründung insofern keine ganz glückliche ist, als sie nur von Mitgliedern der deutsch-demokratischen Partei ausgeht, deren Namen auf die Bayerische Volkspartei schon wirken wie das rote Tuch auf den Stier, und dann mag man über die Zweckmäßigkeit des Namens „Bayernbund“ auch verschiedener Ansicht sein. Er hat zu Zweifeln Anlaß gegeben oder konnte wenigstens leicht dazu benützt werden, der Gründung falsche Absichten zu unterschieben, insbesondere wird den Gründern die Berechtigung abgesprochen, einen Bayernbund zu schaffen, weil sie in der Mehrzahl selbst gar keine Bayern seien.

Minister Hamm, den ich heute zu sprechen Gelegenheit hatte, mißt der Gründung große Bedeutung bei und hofft, daß sich mit der Zeit auch Mitglieder anderer Parteien zum Beitritt bereit finden lassen, insbesondere von der deutsch-nationalen Partei und von der Mehrheitssozialdemokratie. Auch in der Bayerischen Volkspartei gebe es Leute, die ohne Bedenken dem Bunde beitreten könnten. Leider spielten Partei-Eifersüchteleien eine zu große Rolle und es würden darüber die großen Zwecke, denen der Bund dienen sollte, aus den Augen verloren. Eine Gegenwirkung gegen die Loslösungsbestrebungen des Dr. Heim sei unbedingt erforderlich, denn die Gefahren derselben dürften ja nicht unterschätzt werden, wenn sie auch zur Zeit vielleicht in den Hintergrund träten. Er meine damit weniger eine Loslösung Bayerns allein vom Reich, die ja wohl keine Aussicht auf Erfolg hätte, als vielmehr die Gründung eines Rhein-Donau-Staates, der vom Reich wenigstens zeitweilig losgelöst werden sollte. Ein solcher Gedanke, wie er dem Dr. Heim tatsächlich vorschwebte, habe viel mehr werbende Kraft, und ein Zusammenschluß der süddeutschen Staaten mit den Rheinlanden und Westfalen einerseits und Österreich andererseits würde ein wirtschaftlich lebensfähiges Gebilde mit Kohlen, Schiffsstraßen und Wasserkraften bedeuten und würde die Kernlande des alten Deutschen Reiches umfassen, während die außerhalb bleibenden ostelbischen Gebiete nur die früheren Kolonisationsgebiete des alten Deutschen Reiches darstellen würden. Gegen diese Bestrebungen gelte es Front zu machen, und das sei die Aufgabe des Bayernbundes. Demnächst werde die erste größere Veranstaltung abgehalten werden, bei der Dr. Gessler sprechen sollte. Über die Vorgänge in der Bayerischen Volkspartei³ befragt und deren Rückwirkung

² Der am 15. Februar 1920 gegründete „Bayernbund für Deutschlands Neubau“ stellte sich als oberste Aufgabe die Bekämpfung aller Separationsbestrebungen in Bayern, aber auch den Kampf um die Revision des Versailler Vertrags. Die Gründungsversammlung stellte sich ganz auf den Boden der Weimarer Verfassung.

³ Auf dem Parteitag am 9. Januar 1920 war gegen den Widerstand der Abgeordneten zur Nationalversammlung die Arbeitsgemeinschaft zwischen Zentrum und BVP gekündigt wor-

auf die Pläne des Dr. Heim sagte Minister Hamm, für die Stellung der Bayerischen Volkspartei werde es vor allem darauf ankommen, wie die Krise, die sie zur Zeit zweifellos durchmache, gelöst werde, ob man sich in der Partei für die Bauern oder für die Arbeiter entscheide. Zur Zeit habe es den Anschein, daß man es als die Hauptaufgabe betrachte, die Bauern zu gewinnen. Diesem Ziele zuliebe sei die Trennung vom Zentrum des Reichs erfolgt, und die ablehnende Haltung des Bauernbundes gegen eine Einigung dürfe nicht zu ernst genommen werden; es sei zu erwarten, daß eine solche doch noch zustandekomme schon aus dem Grunde, weil der Bauernbund über keine bedeutenden Führer verfüge. Auf meine Frage, ob, wenn dies gelingen sollte, mit einer Abwanderung der christlichen Arbeiter zur Sozialdemokratie zu rechnen sei, sagte der Minister, das werde darauf ankommen, welche Haltung die katholische Kirche einnehme. Sie finde ja immer einen Ausweg und werde es immer wieder verstehen, es so einzurichten, daß sie ihre Anziehungskraft ausübe. Ein Zurückfinden der Bayerischen Volkspartei zur Zentrumsparlei hält Minister Hamm für sehr möglich oder sogar wahrscheinlich. Es werde hierfür vor allem darauf ankommen, welche Rolle Erzberger im Zentrum spiele.

[. . .]

28. Februar 1920 (Nr. 44)

Es erweist sich leider immer mehr, daß die Gründung des „Bayernbundes für Deutschlands Neubau“ unter keinem besonders glücklichen Stern erfolgt ist. Man hat die Sache entschieden übereilt und den Fehler begangen, daß man an die Öffentlichkeit getreten und zur Gründung geschritten ist, ehe man sich der Mitwirkung von Angehörigen anderer Parteien außer der Deutsch-demokratischen versichert hat. Versuche dazu haben nicht gefehlt, so habe ich gehört, daß man den früheren Zentrumsabgeordneten Dr. Pichler dafür interessiert, von ihm aber eine Ablehnung erhalten hat. Der Schriftführer des Bayernbundes, ein gewisser Osterkorn, ein früherer Lehrer, soll ziemlich gewalttätig vorgehen und daran schuld sein, daß man, ohne die Mitwirkung anderer Parteien abzuwarten, die Gründung vorgenommen hat. Für morgen ist eine große Versammlung, „eine Tagfahrt“, im hiesigen Münchner-Kindl-Keller angesagt, bei welcher Reichsminister Dr. Gessler sprechen wird. Die Bayerische Volkspartei, welche sich in heftiger Opposition gegen das Unternehmen befindet, hat nun diese Gelegenheit zu einem Vorstoß benützt, um die bevorstehende Versammlung zu stören und den Bayernbund in Mißkredit zu bringen. Der Bayerische Kurier hat nämlich gestern einen Artikel gebracht „der Preußische Bayernbund“, in dem vor diesem Bund, dessen Gründer ein Norddeutscher (Dr. Hohmann) sei, gewarnt wird, da er den Zweck habe, den Kampf gegen die Bestrebungen für Bayerns Selbständigkeit auf Umwegen und unter falscher Maske zu fördern. Er überschütte bereits kleine Provinzredaktionen mit seinen Erzeugnissen, und leider seien schon einige Provinzredakteure auf den Bauernfang hereingefallen. Die Sache sei von Berlin aus veranlaßt worden, und zwar durch den Münchner Preußischen Geschäfts-

18

den. Außerdem wurde über den Zusammenschluß des Bayer. Bauernbundes mit dem Christlichen Bauernverein verhandelt. Wegen der politischen Gegensätze (der Bauernbund verlangte den Austritt des Christl. Bauernvereins aus der BVP, die BVP wollte den Bauernbund seines Charakters als politischer Partei entkleiden) kam es nicht zur „Bauerneinigung“.

träger, auch sei Berliner Geld im Spiele, wahrscheinlich werde es unter dem Titel Heimatdienst⁴ verrechnet. Dieser Heimatdienst, der auf Reichskosten von den Steuerzahlern unterhalten werde, arbeite in allen deutschen Ländern mit Hochdruck für die Berliner Parteien und die Regierung. Wie ich bereits berichtet habe, hat tatsächlich der Preußische Geschäftsträger bei der Gründung des Bayernbundes eine wichtige Rolle gespielt, und es ist zu bedauern, daß es ihm nicht gelungen ist, dies in diskreterer Weise zu tun. Auch weiß ich von einem Herrn, der eine Unterredung des Grafen Zech mit Minister Hamm angehört hat, daß die Gewährung von Reichsmitteln für diese Gründung mindestens erhofft wurde. [. . .]

Innerhalb der Bayerischen Volkspartei soll es stark kriseln, und ein scharfer Gegensatz zwischen Speck und Heim scheint sich herauszubilden, der leicht zu einem Ausscheiden der Heimschen Gruppe aus der Volkspartei führen könnte. Die Arbeiterkreise der Volkspartei, namentlich im nördlichen Bayern, treten immer schärfer gegen die Trennung der Partei vom Reichszentrum auf, und diejenigen Parteimitglieder, die sich nicht alles Heil von den Vereinigungsplänen Heims mit dem Bauernbund erwarten, beginnen mehr Wert auf das Festhalten der Arbeiter in der Partei zu legen. Die Stimmen innerhalb des Bauernbundes über die Einigungspläne sind noch immer sehr geteilt, in der Hauptsache lauten sie ablehnend, doch sieht man noch nicht so recht klar. Die neuerlichen Versuche des Deutschen Bauernbundes⁵, in Bayern Fuß zu fassen, haben keinen rechten Erfolg gehabt.

[. . .]

4. März 1920 (Nr. 46)

19

[. . .]

Kronprinz Rupprecht ist nun zum dritten Male mit einer Äußerung in der Auslieferungsfrage hervorgetreten, und zwar mit einem Schreiben an die Heerführer und Generale, das auch in den württembergischen Zeitungen abgedruckt ist. Es ist nicht glücklicher verfaßt als die beiden früheren Kundgebungen des Prinzen zu dieser Angelegenheit⁶. Man bedauert hier besonders in den dem Prinzen wohlgesinnten Kreisen, daß er bei der Abfassung dieser Schreiben nicht besser beraten war. Im ersten Schreiben habe er dem Landtag eine Kompetenz zugeschrieben, die ihm gar nicht zukomme. Im zweiten Schreiben habe er die Auslieferungsfrage mit der Zurückhaltung der Gefangenen verquickt, während von der Entente damit noch gar nicht

⁴ Die im März 1918 vom Auswärtigen Amt als Instrument der inneren Kriegspropaganda gegründete „Reichszentrale für Heimatdienst“ wurde 1919 dem Pressechef der Reichsregierung unterstellt und hatte außer politischer Bildungsarbeit auch Aufgaben auf den Gebieten der Meinungsforschung und des Verfassungsschutzes. In Bayern wurde die Tätigkeit der Reichszentrale besonders beargwöhnt, weil man sich zu Recht überwacht fühlte.

⁵ Der Deutsche Bauernbund wurde 1909 als kleinbäuerliche Partei mit Frontstellung gegen die ostelbischen Gutsbesitzer gegründet. Nach 1918 lehnte er sich stark an die DDP an, von 1924 bis zum Zerfall 1927 stand er der DVP nahe.

⁶ Kronprinz Rupprecht hatte am 26. Juli 1919 an den bayer. Landtag, am 9. Dezember 1919 an das Rote Kreuz und am 25. Februar 1920 an die in Berlin versammelten Heerführer des Weltkriegs geschrieben. Unter Zurückweisung des Auslieferungsparagraphen des Versailler Vertrages wollte sich Rupprecht vor einem bayerischen Gericht für seine Handlungen im Weltkrieg verantworten bzw. an die Entente ausgeliefert werden. Wortlaut der Briefe im EGK, 1919, I, S. 374 ff., 501 ff. und EGK, 1920, S. 26 ff.

gedroht gewesen sei. Er habe also mit seiner Erklärung, daß er sich stellen werde, um die Rückgabe der Gefangenen nicht weiter zu verzögern, nur nach Popularität gehascht und damit den Feinden eigentlich erst den Gedanken nahegelegt, die Rückgabe der Gefangenen von der Erfüllung der Auslieferungsverpflichtung abhängig zu machen.

[. . .]

11. März 1920 (Nr. 53)

[. . .] Man hat hier den Eindruck, daß zur Zeit die separatistische Bewegung sich stark zurückhält, und dies mag nicht zuletzt auf einen Schritt des Nuntius zurückzuführen sein, der in gewissen Kreisen stark abgekühlt hat. Der Bayerische Kurier vom 4. März hat nämlich etwas verschämt auf einer der letzten Seiten des Blattes gemeldet, er erhalte von zuständiger Seite folgende Nachricht: „Rom: Kurz und bündig wollen sie dartun, daß es falsch sei, daß der Heilige Stuhl eine Vorliebe gezeigt habe für die Trennung Bayerns vom Deutschen Reich. Der Vatikan hat, da er als unverrückbaren Grundsatz festhält, sich frei zu halten von jeder rein politischen Frage, auch in diesem Falle nicht die geringste derartige Kundgebung an den Tag gelegt.“ Diese zuständige Seite ist Nuntius Pacelli, der wegen des Todes seiner Mutter seit einigen Wochen in Rom weilt. Diese Kundgebung des Nuntius, über dessen Haltung man sich überhaupt nur lobend aussprechen kann, ist jedenfalls nicht zu unterschätzen in ihrer Wirkung auf die streng katholisch gesinnten Kreise, die sich mit Loslösungsgedanken tragen. So wird man damit rechnen können, daß die separatistische Bewegung in nächster Zeit eher ruhen wird, um, je mehr sich die Zeit der Wahlen nähern wird, wieder aufzuleben.

[. . .]

20

12. März 1920 (Nr. 55)

[. . .]

Die Hetze gegen die Reichswehr, zu deren Sprachorgan sich der Abgeordnete Timm gemacht hat, wird natürlich in der Münchener Post⁷ sehr eifrig betrieben. In der Tat scheinen auch, wie es sich im Arco-Prozeß gezeigt hat, reaktionäre Elemente darin sich zu befinden, insbesondere ist der Antisemitismus, der hier eine immer größere Rolle spielt, darin vertreten. Zu einer großen antisemitischen Kundgebung kam es am letzten Sonntag, wobei hauptsächlich gegen die Zuteilung von weißem Mehl an die jüdische Bevölkerung zur Bereitung von Mazzen protestiert wurde. Diese Bewegung wird von allen besonnenen Elementen verurteilt, und es wird mit Recht darauf hingewiesen, daß man durch solche Demonstrationen es geradezu provoziere, daß die Elemente des Umsturzes in derselben Weise vorgehen. Das antisemitische Blatt, der „Völkische Beobachter“ hetzt aber nach wie vor ruhig darauf los und findet guten Absatz.

[. . .]

21

⁷ Tageszeitung der bayerischen SPD.

13. März 1920 (Nr. 60)

22

Sofort nachdem ich von den Vorgängen in Berlin⁸ Nachricht erhalten hatte, begab ich mich ins Ministerium des Äußern, konnte aber den Ministerpräsidenten nicht sprechen, da gerade Ministerratssitzung stattfand. Ich ging daher um 3 Uhr nochmals dahin, wo ich auch Herrn Hoffmann antraf, den ich um eine Äußerung über die Stellungnahme der Bayerischen Regierung zu den gewaltsamen Veränderungen, die in Berlin vor sich gegangen sind, bat. [. . .]

Über die Rückwirkung des Berliner Putsches auf die hiesigen Vorgänge könne man noch gar nichts sagen, [sagte Hoffmann]. Es komme dabei alles auf die Haltung der Reichswehr an. General Möhl habe sich zwar sehr loyal gezeigt, und er hoffe, daß man ihm trauen dürfe, allein es sei immerhin auch noch die Frage, ob er die Truppen genügend in der Hand habe. Der weitere Verlauf der Dinge müsse zeigen, ob es der bisherigen Reichsregierung gelinge, sich an einem andern Ort, z.B. in Weimar oder Dresden, zu sammeln und zu konstituieren, aber auch hierbei komme es auf die Zuverlässigkeit der dortigen Reichswehrtruppen an, wie denn überhaupt die Haltung der Reichswehr in ganz Deutschland für den Ausgang des wahnsinnigen Unternehmens in Berlin ausschlaggebend sein werde.

Er sei weit entfernt, Versuche zur Wiedereinführung der Monarchie als Verbrechen zu bezeichnen, denn er achte auch die gegnerischen Anschauungen, aber das vorliegende Unternehmen sei ein Verbrechen am deutschen Volke, weil es der Monarchie keinen Nutzen bringen könne und weil es die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland vollends gänzlich ruinieren müsse. Man sei gerade auf dem Wege gewesen, langsam wieder zu Ruhe und Ordnung zu kommen, jetzt platze dieser Putsch dazwischen und verderbe alles, einschließlich unseres Kredites im Ausland und unseres Verhältnisses zu unsern bisherigen Feinden.

[. . .] Habe der Berliner Putsch Erfolg und breite er sich über das ganze Reich aus, so werde in einigen Wochen oder Monaten die kommunistische Revolution folgen. Beschränke sich der Erfolg aber auf den Norden, so sei die unausbleibliche Folge ein Auseinanderfallen des Reiches. Man müsse jetzt abwarten, wie die Sache sich weiter entwickle, der neuen Berliner Regierung jede Anerkennung und jeden Verkehr mit ihr versagen und sorgen, daß in Bayern Ruhe bleibe.

Soviel ich in den Straßen sehen konnte, sind starke militärische Maßnahmen zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung getroffen. In der Stadt macht sich wenig Bewegung bemerkbar.

14. März 1920 (Nr. 60)*

23

Die Lage hat sich hier seit gestern ziemlich kritisch gestaltet. Ich habe darüber folgendes in Erfahrung gebracht:

Die Gewerkschaften haben in einer langen Sitzung heute nacht beschlossen, von einem Generalstreik abzusehen, solange die jetzige Regierung bleibt. General Möhl ist durch einstimmigen Beschluß des Ministerrats zum Staatskommissar für Ober-

⁸ In der Nacht vom 12. zum 13. März 1920 hatte in Berlin der Kapp-Lüttwitz-Putsch begonnen. Die süddeutschen Regierungen verurteilten in einer gemeinsamen Kundgebung die „verfassungswidrigen reaktionären Machenschaften“.

* Falsche Nummer im Original, richtig: 61.

bayern ernannt worden. Derselbe hat aber in einer Ministerratssitzung heute morgen um 5 Uhr erklärt, daß er für die Haltung der hiesigen Truppen nicht mehr einstehen könne. Es haben darauf heute vormittag die sozialdemokratischen Mitglieder des Ministerrats ihren Austritt aus der Regierung erklärt. Herr Unterleitner ist im Vorzimmer des Ministerpräsidenten gesehen worden. In Hof und Rosenheim soll die Räterepublik ausgerufen, in Nürnberg die Einwohnerwehr von Arbeitern entwaffnet worden sein. [. . .]

15. März 1920 (Nr. 62)

In Ergänzung dessen, was ich bereits heute morgen telephonisch mitgeteilt habe, möchte ich noch folgendes berichten:

Es war gelungen, die Arbeiter in München und Nürnberg zu bewegen, von einem Generalstreik abzusehen, als General Möhl unter der Ankündigung, daß er sonst für die Truppen nicht garantieren könne, vom Ministerrat die Übertragung der Funktionen eines Staatskommissars auf das Militär verlangte. Ich darf dabei daran erinnern, daß in Bayern bei der Aufhebung des Kriegszustandes⁹ für die einzelnen Kreise Staatskommissare bestellt wurden, und zwar die Regierungspräsidenten, für München Stadt und Land der Polizeipräsident. Es wurde nun dem Verlangen des Militärs zu dessen Beruhigung nachgegeben und General Möhl, wie ich bereits berichtet, zum Staatskommissar an Stelle des Polizeipräsidenten ernannt, als Zivilkommissar wurde ihm der Präsident der Regierung von Oberbayern, Herr von Kahr, zur Seite gestellt. Daraufhin haben die Arbeiter für heute den Generalstreik beschlossen, der auch heute morgen begonnen hat.

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Ministeriums haben, wie berichtet, gestern morgen ihren Austritt aus der Regierung erklärt, und im Laufe des Nachmittags ist das ganze Ministerium zurückgetreten. Ob es richtig ist, daß eine Offiziersabordnung im Ministerium erschienen ist und ausdrücklich den Rücktritt des Ministeriums oder wenigstens des Ministerpräsidenten Hoffmann verlangt hat, konnte ich nicht bestätigt erhalten, jedenfalls scheinen die Vorgänge auf einen Druck von Seiten des Militärs zurückzuführen zu sein¹⁰. Der Landtag soll morgen zusammentreten, um ein neues Ministerium zu bilden. Bis zur Bildung eines solchen führen die bisherigen Minister mit Ausnahme Hoffmanns, der sich als beurlaubt betrachtet, die Geschäfte weiter. [. . .]

Man hofft nun sehr, daß die Mehrheits-Sozialdemokraten sich bereit finden lassen, bei einem neuen Koalitionsministerium mitzuwirken. Innerhalb der Partei sind die Ansichten darüber sehr geteilt. Hoffmann soll sehr dagegen arbeiten, da er die Partei lieber in der Opposition sehen möchte, während andere Kreise, darunter Saenger, für die Beteiligung an der neuen Regierung eintreten sollen. Es heißt, daß die Nürnberger Sozialdemokraten ebenfalls für Mitwirkung sind. Die Nachrichten von der Entwaffnung der dortigen Einwohnerwehr scheinen sich übrigens nicht zu bestätigen. Über die Stellungnahme der Demokraten habe ich gestern berichtet¹¹, dagegen

⁹ Der Kriegszustand wurde in Bayern am 1. Dezember 1919 aufgehoben durch Verordnung vom 4. 11. 1919. (GVOBl 1919, S. 791 ff.)

¹⁰ Tatsächlich hatten bewaffnete Zeitfreiwillige durch ihre Anwesenheit im Ministerium des Äußern der Forderung nach dem Rücktritt des Kabinetts Hoffmann Nachdruck verliehen.

¹¹ Der Gesandte hatte am 14. 3. 1920 (Nr. 61) berichtet, daß die DDP den Rücktritt der

konnte ich darüber, wie sich die Bayerische Volkspartei, insbesondere Dr. Heim, zu den Vorgängen stellt, noch nichts in Erfahrung bringen. Er dürfte sich in einer heiklen Lage befinden, da einerseits der agrarische Einschlag der neuen Berliner Regierung ihn anziehen könnte, andererseits der ausgesprochen preußische Charakter derselben seine partikularistischen Gefühle verletzen wird. Die Nachricht, daß der Streik in Regensburg an der Haltung der Bauernschaft gescheitert ist, könnte immerhin einen Fingerzeig für die Haltung Heims¹² bieten. Trotzdem wird man nicht verkennen dürfen, daß der Partikularismus durch die jüngsten Vorgänge im Reiche eine starke Förderung findet.

Gestern und heute ist das Straßenbild vollständig ruhig. Der Straßenbahnverkehr ruht gänzlich. Trupps von Militär mit Maschinengewehren und teilweise auch mit Geschützen durchziehen die Straßen mit klingendem Spiel. Die Kaserne in der Türkenstraße ist mit zahlreichen schwarz-weiß-roten Fähnchen geschmückt. [. . .]

Wie ich bemerken zu können glaube, macht sich bereits wieder eine gewisse Eifersucht auf Württemberg geltend deswegen, weil Reichsregierung und Nationalversammlung in Stuttgart zusammentreten¹³. Man sagt sich, daß, wenn das Militär hier eine vernünftige Haltung bewahrt hätte, die Bewegung zur Bekämpfung der usurpatorischen Regierung in Berlin hätte von München ausgehen können, das sich damit einen Ehrentitel gesichert hätte, wenn es Reichsregierung und Nationalversammlung in seinen Mauern hätte beherbergen können.

[. . .]

22. März 1920 (Nr. 73)

[. . .]

25

Den neuen Ministerpräsidenten¹⁴ habe ich bis jetzt noch nicht aufgesucht, weil ich erst abwarten wollte, bis seine Stellung etwas mehr gefestigt wäre und weil ich ihn in dieser unruhigen Zeit nicht in Anspruch nehmen wollte. Gestern traf ich ihn aber zufällig auf der Straße. Er sagte zu mir, ich wolle ihm wohl kondolieren, worauf ich erwiderte, daß ich das zwar nicht beabsichtigte, daß ich aber auch in Anbetracht des dornenvollen Charakters des von ihm übernommenen Amtes ihm nicht im gewöhnlichen Sinne des Wortes gratulieren könne, daß er aber gute Wünsche gerade unter diesen Umständen doch besonders gut werde brauchen können. Er meinte, er habe das Amt sehr gegen seinen Willen übernommen und habe nur dem Rufe Folge geleistet, weil er es für seine Pflicht gehalten habe, sich dem Dienst für das Vaterland

Regierung Hoffmann, die Bildung einer geschäftsführenden Allparteien-Regierung und baldige Neuwahlen gefordert hatte.

¹² Heim wurde von Beauftragten der Einwohnerwehr in der Nacht des Kapp-Putsches nach München geholt, um die Regierung zu übernehmen. Er zog es aber vor, der BVP Gustav von Kahr als Ministerpräsidentenkandidaten vorzuschlagen. Vgl. H. Renner, Georg Heim, Der Bauerndoktor, München 1960, S. 184f.

¹³ Die Reichsregierung hielt sich vom 15.–20. März 1920 in Stuttgart auf. Die Nationalversammlung trat dort am 18. März zu einer Sitzung zusammen.

¹⁴ Am 16. März 1920 war Kahr zum Ministerpräsidenten gewählt worden. Die neue Regierung setzte sich aus Vertretern der BVP (Kahr: Ministerpräsident und Innenminister, Matt: Kultus, Kofler: Finanzen, Oswald: Soziale Fürsorge), der DDP (Müller-Meinigen: Justiz, Hamm: Handel), des Bauernbundes (Wutzelhofer: Landwirtschaft) zusammen. Verkehrsminister blieb Frauendorfer (parteilos).

nicht zu entziehen. Seine Tätigkeit sei übrigens eine durchaus provisorische, er habe nur die Pazifizierung des Landes übernommen, sobald diese erreicht sei, trete er zurück und mache einer andern Persönlichkeit Platz. [. . .]

Über die Vorgänge bei der Neubildung des Ministeriums habe ich nachträglich noch gehört, daß ursprünglich beabsichtigt gewesen sei, auch die Mittelpartei¹⁵, und zwar den Abgeordneten Hilpert, ins Ministerium aufzunehmen. Diese Partei habe aber damals gerade Flugblätter verteilen lassen, in denen ziemlich unverblümt die Sympathie mit dem Kappschen Unternehmen ausgedrückt gewesen sei, es hätten daher die Demokraten erklärt, daß sie sich an einer Regierung nicht beteiligen könnten, in welcher ein Mitglied der Mittelpartei sitze. Die Bayerische Volkspartei habe aber eingesehen, daß sie mit Bauernbund und Mittelpartei allein nicht über die genügende Majorität verfügen würde, und sich daher zum Zusammengehen mit den Demokraten ohne die Mittelpartei entschlossen.

Daran, daß es nicht gelungen ist, die Sozialdemokraten wieder zum Eintritt ins Ministerium zu bewegen, scheint die Bayerische Volkspartei weniger Schuld zu treffen, als ich zuerst anzunehmen geneigt war. Man hat ihnen das Ministerium für Soziale Fürsorge und das Finanzministerium angeboten. Es scheint aber die Richtung, die gegen jede Beteiligung an der Regierung unbedingt eintrat, die Oberhand in der Partei gewonnen zu haben. Der nachträglichen Behauptung, daß nur die Person des Herrn von Kahr das Hindernis gewesen sei, dürfte nicht zu viel Glauben beizumessen sein. Hoffmann war nicht mit Unrecht zu sehr verbittert über die Art und Weise, wie man ihn zum Rücktritt veranlaßt hatte, als daß er nicht allen Einfluß aufgebieten hätte, um seine Partei zum Fernbleiben von der neuen Regierung zu bewegen. [. . .]

30. März 1920 (Nr. 79)

[. . .] Die Verkünder des Gedankens einer Loslösung des deutschen Südens vom Reich wagen sich wieder offener hervor und finden keine so einmütige Ablehnung mehr auf der andern Seite, sondern vielmehr Unterstützung von Seiten solcher Kreise, die bisher ähnliche Gedanken weit von der Hand gewiesen haben. Waren die bisherigen Loslösungspläne das geistige Eigentum derjenigen Leute, die aus Mangel an deutschem Nationalgefühl sich von einer Loslösung Vorteile von Seiten der Entente versprochen oder die aus konfessionellen Gründen von dem protestantischen Reiche loswollten, um mit anderen katholischen Staaten sich zusammenzuschließen, oder endlich die sich lediglich von dem hier so beliebten Preußenhaß leiten ließen, so werden Gedanken an eine wenigstens zeitweilige Loslösung des Südens vom Norden jetzt auch bei durchaus nationalen und reichstreuen Leuten genährt für den Fall nämlich, daß im Norden der Bolschewismus den Sieg davontragen sollte. Da man aber in der nachgiebigen Haltung der Reichsregierung den radikalen Forderungen gegenüber ein unverkennbares Herannahen der bolschewistischen Gefahr erblickt, glaubt man es an der Zeit, solchen Gedanken näher zu treten. Dabei ist man weit entfernt, an eine

26

¹⁵ Die Bayerische Mittelpartei wurde im Dezember 1918 mit nationalliberaler und konservativer Zielsetzung gegründet, sie bildete seit Februar 1920 den bayerischen Landesverband der DNVP. 1920–1924 war die Partei mit der DVP in Listenverbindung und Fraktionsgemeinschaft, dann erschien sie im Landtag in der Verbindung „Vereinigte Nationale Rechte“. Seit 1924 trat sie in Bayern unter dem Namen DNVP (ab 1928 selbständig) auf.

Sonderaktion Bayerns zu denken, man hofft vielmehr, daß die andern süddeutschen Staaten sich zur Abwehr des Bolschewismus mit Bayern zusammenschließen. Ich habe in den letzten Tagen bemerkt, wie sehr sich solche Stimmen mehren, die ich allerdings bis jetzt noch nie aus Regierungskreisen gehört habe. Heute finde ich nun den Gedanken sogar in einer Zeitung ganz unumwunden ausgesprochen, und zwar in der München-Augsburger Abendzeitung, deren reichstreue Haltung sonst über jeden Zweifel erhaben ist, anlässlich der Besprechung eines Aufrufes zur Gründung eines Bayerischen Ordnungsblockes¹⁶. [. . .]

2. April 1920 (Nr. 82)

27

Die Bayerische Königspartei scheint jetzt endlich das nötige Geld aufgebracht zu haben, um ihr längst angekündigtes Parteiorgan erscheinen lassen zu können. Die erste Nummer dieser Zeitung, die sich „Bayerischer Königsbote“ nennt und nur einmal wöchentlich erscheinen soll, wurde heute hier in den Straßen verkauft. Nach dem, was man bisher über diese Partei gehört, bietet der Inhalt der Zeitung weiter keine Überraschung, er ist herzlich unbedeutend, die Namen der Mitarbeiter sind so gut wie unbekannt. Im großen und ganzen läuft die Sache wieder auf den hier so beliebten Antisemitismus hinaus.
[. . .]

3. April 1920 (Nr. 85)

28

Mit der Verwirklichung der „Bekämpfung der Überfremdung des Landes“, die das neue Ministerium als einen der Punkte seines Programmes bezeichnet hat, soll, wie es scheint, jetzt Ernst gemacht werden. [. . .] Der Hauptzweck des strengen Vorgehens ist die Entfernung politisch gefährlicher oder strafrechtlich nicht einwandfreier Personen. Wie ich vertraulich höre, soll in Ingolstadt eine Art Konzentrationslager eingerichtet werden, wohin die Personen verbracht werden sollen, die ausgewiesen werden, aber staatenlos sind oder einem Staate angehören, mit dem noch keine geordneten Beziehungen bestehen, so daß eine Übernahme von Seiten desselben nicht in Frage kommt. Am Donnerstag [1. April] hat der Ministerpräsident die ausländischen Konsuln zu sich gebeten, um ihnen über die beabsichtigten Maßnahmen Aufschluß zu geben, weil Befürchtungen wegen einer allgemeinen Ausweisung aller Fremden entstanden waren.
[. . .]

¹⁶ Die München-Augsburger Abendzeitung brachte am 30. 3. 1920 (Nr. 124) einen Aufruf des „Bayerischen Ordnungsblocks“, in dem der Zusammenschluß „aller vaterländisch gesinnten deutschen Elemente auf dem Grunde des föderalistischen Reichsgedankens und einer christlich-deutschvölkischen Weltanschauung“ gefordert wurde. Die übrigen Münchner Zeitungen kommentierten den Aufruf ablehnend; besonders zurückgewiesen wurde die Ankündigung, daß man nicht davor zurückschrecke, eine neue Mainlinie zu ziehen, falls es nicht gelinge, „auch Norddeutschland endlich auf- und zusammenzurufen zum Kampfe gegen den Bolschewismus“ (MNN, Nr. 127 v. 30. 3. 1920). Am 2. 4. 1920 (Nr. 132) berichtete die MNN, daß sich der Ordnungsblock mit dem „Bayerischen Bürgerblock“ und dem „Bürgerrat München“ zusammenschließe: „Einmütig wurde erkannt, daß in der jetzigen Zeit alles darauf ankommt, alle bürgerlichen Kräfte zum Kampf gegen den Bolschewismus und Radikalismus zur Erhaltung deutscher Sitte und deutscher Kultur straff zusammenzufassen.“

30. April 1920 (Nr. 102)

Die Äußerungen, welche der Reichswehrminister nach seiner Rückkehr aus Bayern einem Vertreter der Vossischen Zeitung gegenüber getan hat, erscheinen mir sehr wichtig und bedeutungsvoll, und es wäre gut, wenn sie in Berlin beherzigt würden. Dr. Gessler hat sich folgendermaßen geäußert: Die Lage in Bayern dürfe man nicht leicht nehmen. Man dürfe nicht vergessen, daß Berlin nicht Deutschland sei und daß jeder Fehler, der in Berlin gemacht werde, in Bayern sofort aufgegriffen und verwertet werde. Die Bewegung nach rechts sei dort ganz gewaltig, zumal man in der Berliner Regierung eine glatte „Arbeiterregierung“ sehe, der man sich nicht fügen wolle. Gewiß seien auch Gegenströmungen vorhanden, die aber doch nicht stark genug seien, um allzuviel ausrichten zu können. Zweifellos werde diese Stimmung auch bei den Wahlen zum Ausdruck kommen.

Der Minister dürfte mit dieser Auffassung der Lage in Bayern durchaus Recht haben. Das Gefühl, daß der Süden Deutschlands berufen ist, den Reichsgedanken oder wie man sich neuerdings hier gern ausdrückt „das Erbe Bismarcks“ zu wahren und daß er zu diesem Zwecke, wenn nötig, sich vom Norden trennen muß, breitet sich hier immer weiter aus, und man hört diese Idee immer häufiger und von Leuten aus den verschiedensten Kreisen aussprechen. [. .]

Die jetzige Regierung scheint entschlossen zu sein, etwaigen Versuchen der radikalen Elemente, in Bayern zur Herrschaft zu gelangen, den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen und eine solche Bewegung, ohne sich erst zu besinnen, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln niederzuschlagen. Der Polizeipräsident [Pöhner] dürfte in dieser Hinsicht nicht mit sich spaßen lassen, und er wird an Reichswehr wie Einwohnerwehr tatkräftige Unterstützung finden, da die Erbitterung gegen die radikalen Ruhestörer eine sehr große ist.

Pöhner hat nunmehr auch die „Neue Zeitung“¹⁷ verboten, nachdem die Stellung unter Vorzensur nicht den gewünschten Erfolg gehabt hat. Ferner hat er nun auch das antisemitische Organ, den „Völkischen Beobachter“, für 10 Tage verboten, weil dieser in einem Artikel anläßlich des Jahrestages des Geiselmordes diesen den Juden zur Last gelegt hat.

[. .]

12. Mai 1920 (Nr. 110)

[. .]

Der Sächsische Geschäftsträger hat den Ministerpräsidenten aufgesucht, um ihm auftragsgemäß den Wechsel in der sächsischen Regierung anzuzeigen¹⁸. Bei dieser Gelegenheit, erzählte mir Herr von Dziembowski, habe sich Herr von Kahr sehr entsetzt über die Zustände im Ruhrgebiet¹⁹ und deren Behandlung durch die Reichsregierung ausgesprochen. Er beabsichtige, wenn er nächstens einmal nach Berlin

¹⁷ Von Kurt Eisner am 20. 12. 1918 gegründetes Münchner Organ der USPD.

¹⁸ Am 4. Mai 1920 war Joh. Wilhelm Buck als Nachfolger Georg Gradnauers zum Ministerpräsidenten gewählt worden. An der Zusammensetzung des sächsischen Kabinetts (SPD und DDP) änderte sich wenig.

¹⁹ Im Zusammenhang mit dem Kapp-Lüttwitz-Putsch waren im Ruhrgebiet kommunistische Unruhen ausgebrochen, deren Niederschlagung durch die Reichswehr bis zum 10. Mai dauerte.

komme, dort schärfste Verwahrung dagegen einzulegen und zu erklären, daß die bayerischen Truppen dazu nicht mehr hergegeben würden. Herr von Kahr habe auch von den erwarteten Unruhen in Mitteldeutschland gesprochen und gebeten, daß die sächsische Regierung alle Wahrnehmungen, die sie in dieser Hinsicht mache, der bayerischen Regierung mitteilen möge. Bayern sei auch bereit, Truppen, soweit es solche abgeben könne, nach Sachsen zu schicken, wenn dies erwünscht sei, aber nur unter der Bedingung, daß dann auch wirklich ein angemessener Gebrauch von denselben gemacht werde und die Truppen nicht wieder durch allerhand faules Verhandeln hingehalten und maßleidend gemacht würden. [. . .]

12. Juni 1920 (Nr. 125)

31

Die Landesvorstandschafft und der Landesauschuß der Bayerischen Volkspartei haben gestern hier Beratungen abgehalten, über die ich gestern abend noch einiges erfahren habe.

Wie zu erwarten war, wurde das föderalistische Prinzip in den Vordergrund gestellt und verlangt, daß von Bayern aus eine Revision der Verfassung des Reiches im Sinne der Wiederherstellung eines ausgesprochen föderalistischen Charakters angestrebt werden soll, wenn man sich auch nicht gerade an die alten föderalistischen Formen zu binden brauche. Für Bayern wurde die Säuberung des Landes von ausländischen Trägern des Bolschewismus und die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und Stärkung der dazu nötigen Mittel, wie Einwohnerwehr, Polizeiwehr und Reichswehr, verlangt. Die Regierung müsse den Anstürmen des Radikalismus gegenüber festbleiben und sie mit unbeugsamer Energie bekämpfen. [. . .]

Wie ich ferner noch gehört habe, strebt die Bayerische Volkspartei für Bayern die Schaffung des Postens eines Staatspräsidenten an, ferner tritt sie dafür ein, daß der Ministerpräsident außer dem Ministerium des Äußern kein anderes Ressort übernimmt, weil er sonst nicht genügend Zeit habe, sich mit den Reichsangelegenheiten zu befassen. Das Ministerium des Äußern solle erhalten bleiben. Bezüglich der Gesandtschaften kümmere man sich um die Berliner Besprechungen und Abmachungen²⁰ gar nicht. Die Wiedererrichtung der Gesandtschaften in Dresden und Stuttgart sei zu wünschen, doch da sie sich nicht so bald verwirklichen lasse, solle wenigstens der Gesandte in Berlin möglichst bald in Dresden beglaubigt werden.

[. . .]

²⁰ Bei einer Besprechung der süddeutschen Regierungschefs in der Reichskanzlei war es am 11. Mai zu einem Kompromiß gekommen. Die Länder erklärten sich bereit, ihre Gesandtschaften bei Preußen in Vertretungen bei der Reichsregierung umzuwandeln (die allerdings zugleich auch bei Preußen akkreditiert werden konnten) und unterschrieben außerdem den Satz: „Die Länder sollen untereinander keine ‚Gesandtschaften‘ mehr unterhalten, dagegen bestehen keine Bedenken, daß sie zur Vertretung besonderer Interessen, namentlich auf wirtschaftlichem Gebiet, für Zeit oder Dauer, besondere ‚Bevollmächtigte‘ bestellen.“ Das Reich wollte dafür auf die Entsendung von Kommissaren in die Länder verzichten und allenfalls Vertreter des Auswärtigen Amtes mit diplomatischer Qualität in die Landeshauptstädte schicken. Vgl. Benz, Süddeutschland, S. 218f.

17. Juni 1920 (Nr. 127)

Die Frage der Schaffung eines Staatspräsidenten für Bayern entsprechend der Forderung, welche die Bayerische Volkspartei in ihrer Landesversammlung aufgestellt hat, beschäftigt die Öffentlichkeit sehr stark. Sie findet in allen partikularistisch gesinnten Kreisen Anklang, denn in dem Gedanken an einen Staatspräsidenten verkörpert sich der Wunsch nach möglicher Selbständigkeit Bayerns, deren Sinnbild er sein soll. Die Begründung dieses Verlangens damit, daß Württemberg und Baden auch Staatspräsidenten haben, ist natürlich insofern falsch, als die Stellung, die man hier für einen Staatspräsidenten anstrebt, durchaus nicht der Stellung entspricht, die der Staatspräsident in Württemberg und Baden einnimmt. Sie ist vielmehr analog derjenigen des Reichspräsidenten gedacht, so daß der Staatspräsident also außerhalb des Ministeriums stünde. [. . .]

Das Selbstbewußtsein der Bayern darüber, daß bei ihnen zur Zeit die am besten geordneten Zustände herrschen, und über die Vortrefflichkeit ihrer eigenen Regierung, das Gefühl der Wichtigkeit Bayerns für die ganze weitere Entwicklung im Reich und vor allem das Bestreben, nachdem man unter Eisner und Hoffmann sich von der unitarischen Welle hat mitreißen lassen, nunmehr in dieser Hinsicht kräftigst zu bremsen und für möglichste Selbständigkeit Bayerns einzutreten, stehen gegenwärtig in vollster Blüte. [. . .]

23. Juni 1920 (Nr. 130)

In der Mitglieder-Versammlung der Bayerischen Mittelpartei (Deutsch-nationale Volkspartei, Ortsgruppe München) hielt Universitätsprofessor Dr. Otto eine Rede, in der er sich zuerst über das Ergebnis der Wahlen äußerte und sodann die Stellung seiner Partei zu den übrigen Parteien näher beleuchtete, wobei er über die Mehrheitssozialdemokratie sowohl als über die Demokraten übel herzog. Aber auch die Bayerische Volkspartei kam nicht allzu gut weg. Er verbat sich, daß diese den Nationalismus der Mittelpartei als zu übertrieben bezeichne. Die Deutschnationalen seien nicht Einheitsstaatler, sondern Föderalisten und wollten Bundesstaaten. Die Bayerische Volkspartei habe die Weimarer Verfassung mit angenommen und ebenso die Finanzgesetze, die die Bundesstaaten zertrümmerten. Die Bayerische Volkspartei habe sich auf die Republik festgelegt, die Mittelpartei wolle die Wiederherstellung der Monarchie. Der Redner sprach die Hoffnung aus, daß, wenn auch eine Verschmelzung der Deutsch-Nationalen mit der Deutschen Volkspartei zur Zeit nicht möglich sei, doch die Abgeordneten dieser beiden Parteien im Bayerischen Landtag eine Fraktion bilden werden. Er führte dann weiter aus, der liberale Gedanke sei tot, das 20. Jahrhundert gehöre dem Sozialismus, der mit christlichem und nationalem Geiste erfüllt werden müsse. Der konservative, nicht der marxistische Sozialismus müsse gepflegt werden. Im deutsch-völkischen Gedanken begegne sich seine Partei mit der neuen national-sozialistischen Arbeiterpartei. Professor Otto entwickelte dann den Gedanken eingehend, der hier so weit verbreitet ist, daß es Bayerns Aufgabe sein müsse, im Reiche den Hort gegen die Umsturzgefahren zu bilden, die vom Norden desselben drohen.

[. . .]

32

33

26. Juni 1920 (Nr. 135)

34

Wie ich streng vertraulich erfahre, hat sich General von Seeckt bei seinem Besuche in München in einer Offiziersversammlung sehr offen über die separatistischen Bestrebungen in Bayern ausgesprochen. Er hat vor denselben dringend gewarnt und gesagt, der Norden rechne, wenn er vom Bolschewismus bedroht werde, auf die Hilfe aus Bayern. Mein Gewährsmann hat nach den Äußerungen des Generals den Eindruck, daß man in Berlin die bayerischen Loslösungsbestrebungen recht ernst nimmt und Befürchtungen in dieser Hinsicht hegt. Es ist wohl besser, wenn man in dieser Richtung in Berlin zu weit geht, als wenn man die Gefahr zu leicht nimmt, die in dem Maße wächst, als man durch zu eifrige Unitarisierung der bayerischen Selbständigkeit, soweit man von einer solchen überhaupt noch sprechen kann, zu nahe tritt.

[. . .]

[. . .] In einer Mittwochsgesellschaft, die sich Vereinigung geistiger Arbeiter nennt und in der sich Mitglieder der [Bayerischen] Volkspartei, ihr nahestehende Persönlichkeiten und auch Gäste anderer Parteirichtungen zwanglos zusammenfinden und wo Vorträge gehalten werden und Aussprachen stattfinden, ist schon mehrfach über das Loslösungsthema gesprochen worden, wie ich von einem Herrn weiß, der diese Abende regelmäßig besucht. [. . .]

3. Juli 1920 (Nr. 141)

35

[. . .] Als neuestes Beispiel für die Versuche Bayerns, sich eine Sonderstellung zu schaffen, kommt nun neuerdings das Analogon zu der so viel besprochenen und bestrittenen Sendung des Grafen Podewils nach Brest-Litowsk²¹, nämlich die Teilnahme des Staatsrats von Meinel als Vertreter Bayerns an den Verhandlungen in Spaa. Daß eine selbständige Beteiligung Bayerns an diesen Konferenzen stattfinden würde, wurde hier bis jetzt abgeleugnet, bis man heute aus der Zeitung davon erfährt, wo in der Liste der Teilnehmer Staatsrat von Meinel als Vertreter Bayerns ausdrücklich aufgeführt ist.

Daß man hier auf dem besten Wege ist, die Staatsautorität wieder zu heben und mit der Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung schon gute Erfolge erzielt hat, soll nicht geleugnet werden, und man wird sich damit ebenso einverstanden erklären können wie damit, daß Bayern in Berlin energisch zur Wahrung seiner Rechte gegen Übergriffe von Seiten der Reichsleitung eintritt. Aber es wird doch darauf ankommen, ob es sich um die Wahrung der allen Ländern gleichmäßig zustehenden Rechte handelt oder um bayerische Sonderbestrebungen. Die Neigung zu den bekannten bayerischen Extratouren ist wieder sehr stark aufgetreten. Im Zusammenhang mit diesen Erscheinungen steht auch der monarchische Gedanke, der hier immer mehr in den Köpfen spukt. Die verantwortlichen Politiker und alle einsichtsvollen Kreise sind sich ja wohl bewußt, daß sich eine Monarchie für Bayern innerhalb des derzeitigen Deutschen Reiches nicht verwirklichen läßt und verwahren sich im Interesse

²¹ Nach dem geheimen Zusatzprotokoll von 1870 hatte Bayern das Recht, bei Friedensverhandlungen einen eigenen Gesandten zu delegieren. Bei den Verhandlungen in Brest-Litowsk 1917/18 wurde von diesem Recht durch die Entsendung des Grafen Podewils Gebrauch gemacht.

des Bestandes des Reiches und im Interesse der Monarchie selbst dagegen. Aber der monarchische Gedanke hat solche Fortschritte gemacht, daß, falls es aus irgend einem Grunde zur Loslösung Bayerns vom Reiche kommen sollte, die Wiedereinführung der Monarchie nicht einen Augenblick auf sich warten ließe. [. . .]
[. . .]

7. Juli 1920 (Nr. 147)

[. . .] Der Ordnungsblock leistet sehr viel an Aufklärung und Aufrüttelung des Bürgertums, er hat seine Fäden auch über Bayern hinaus gesponnen, und zwar nicht nur nach Norddeutschland, sondern auch über die Grenzen des Reichs hinaus nach Tirol und Salzburg. Die Münchener Post hat mehrfach entrüstete Mitteilungen gebracht von Waffenlieferungen, die dorthin erfolgt seien. Wie ich streng vertraulich erfahren habe, beruhen diese Angaben auf Wahrheit, und es besteht in diesen Ländern bereits eine von Bayern ausgehende, schon ziemlich weit gediehene Organisation, die mit dem Bayerischen Ordnungsblock im engsten Zusammenhang steht. Es liegt ja zweifellos im Interesse Bayerns, daß die an dasselbe grenzenden Länder sich gegen den Bolschewismus schützen, zumal angesichts der höchst gefährlichen Lage in Wien, aber dieses Zusammenarbeiten mit den österreichischen Gebieten gibt doch auch noch in anderer Richtung zu denken. Kann man einer neuen Umsturzbewegung in Bayern nach dem bisher ausgeführten mit einiger Ruhe entgegensehen, so darf doch eine andere Gefahr nicht übersehen werden, nämlich die, daß die Folge einer Überwindung bolschewistischer Unruhen in Bayern leicht eine noch stärkere Entwicklung nach rechts zur Folge haben könnte, die unter Umständen für die Einheit des Reiches eine starke Belastungsprobe darstellen müßte. Der Zug nach rechts nimmt hier von Tag zu Tag stärkere Formen an, und der Bayer, der immer einen Grund für seine Abneigung gegen Berlin und den Norden haben muß, sieht denselben jetzt in der bolschewistischen Gefahr, die von dort her droht, und in der angeblichen Nachgiebigkeit der Reichsregierung gegen dieselbe. Hierin liegt meines Erachtens eine große Gefahr angesichts des Strebens Bayerns nach Selbständigkeit und dem hier so ausgeprägten Bewußtsein, auf eine feste energische Regierung rechnen zu können, die sich von Berlin nichts gefallen läßt und unter Umständen entschlossen ist, auch weitergehende Konsequenzen zu ziehen. Bezüglich der Erhaltung der Einwohnerwehr will man sich jedenfalls unter keinen Umständen etwas dreinreden lassen und man wird sich gegen die Auflösung derselben nötigen Falls mit Gewalt wehren²².

Die Entwicklung nach rechts tritt auch im Zeitungswesen zu Tage. Die beiden seitherigen Blätter der deutsch-demokratischen Partei haben die Eigentümer gewechselt und damit auch die politische Richtung, und zwar ist die München-Augsburger Abendzeitung ganz in das deutsch-nationale Fahrwasser geraten, während die Münch-

²² Die im Frühjahr 1919 als Organe bürgerlichen Selbstschutzes gegen lokale Unruhen gegründeten Einwohnerwehren fielen unter die Entwaffnungsbestimmungen. Ihre Auflösung wurde von den Alliierten seit Frühjahr 1920 immer dringlicher verlangt. Nach dem Inkrafttreten des Gesetzes über die Entwaffnung der Bevölkerung vom 7. August 1920 (RGBl 1920, S. 1553) wurde die bayerische Einwohnerwehr als „e. V.“ ins Münchner Vereinsregister eingetragen, man glaubte, die gesetzlichen Bestimmungen dadurch umgehen zu können.

ner Neuesten Nachrichten unter der Leitung des Dr. Gerlich zwar noch im demokratischen Sinne schreiben, aber immerhin eine ganz andere Haltung einnehmen als früher. Dies dürfte auch dem entsprechen, daß in der deutsch-demokratischen Partei die Richtung mehr die Oberhand zu gewinnen scheint, die sich mehr den bürgerlichen Rechtsparteien zuwendet. [. .]

[. .]

8. Juli 1920 (Nr. 149)

37

Gestern hatte ich Gelegenheit, den Polizeipräsidenten Pöhner zu sprechen. Als ich die Verhaftung der beiden Kommunistenführer²³ erwähnte, der inzwischen noch weitere gefolgt sind, meinte er, man müsse einmal tüchtig zugreifen und der Bewegung energisch entgegentreten. Er wisse wohl, daß er wegen seines scharfen Vorgehens der bestgehaßte Mann sei, und sogar über die Grenzen Bayerns hinaus werde er angefeindet, aber dadurch lasse er sich nicht irre machen. Für Ruhe, Ordnung, Sicherheit und Erhaltung der Staatsautorität müsse gesorgt werden, und darin habe er an dem Ministerium Kahr einen erfreulich festen Rückhalt. Er hoffe, daß die Verhältnisse in Bayern sich so festigten, daß von hier aus sich die Sanierung im übrigen Reich allmählich anbahnen könne. [. .]

[. .]

9. Juli 1920 (Nr. 151)

38

[. .]

Graf Zech beklagte sich über die Haltung Bayerns, dem der Stolz über seine gefestigten inneren Verhältnisse so zu Kopf gestiegen sei, daß es sich immer mehr bestrebe, größere Selbständigkeit zu erlangen. In Berlin sei man sehr verärgert darüber und auch in Württemberg scheine dies der Fall zu sein, wie er von Minister Groener gehört habe, den er kürzlich in Berlin gesprochen habe. Bayern tue sich so viel auf die Ordnung und Sicherheit, die hier herrschten, zu gut, daß es schon nahezu verächtlich sei, er möchte nicht garantieren, daß, wenn eine Umsturzbewegung komme, Bayern sich derselben so unbedingt widersetzen könnte, mit dem Maulaufreißen allein sei es noch nicht getan, dies würde allerdings hier zur Zeit gründlich besorgt. Der Geschäftsträger meinte dann, die Angriffe auf den Dr. Heim wegen seiner angeblichen separatistischen Umtriebe seien zu ungeschickt. Das Dementieren werde ihm leicht gemacht. So dumm sei Dr. Heim nicht, daß er, um Franzosen zu sprechen, nach San Remo²⁴ reise, das könne er auch hier haben. Daß man ihm in dieser Hinsicht nicht trauen dürfe, stehe außer allem Zweifel. Von der Bayerischen Regierung nehme er an, daß sie diesen Tendenzen fernstehe, aber die von ihr so gern betonte Absicht, sich zur Wahrung des Reichsgedankens vom Norden abzuschließen, wenn dort der Bolschewismus komme, berge auch eine gewisse Gefahr. Wie wolle man

²³ Nach einer Versammlung im Münchner Gewerkschaftshaus waren wegen angeblicher Generalstreiksdrohungen insgesamt 7 Personen verhaftet worden.

²⁴ Über Gerüchte, denen zufolge Heim in San Remo und Zürich mit Franzosen über die Trennung Bayerns vom Reich verhandelt haben sollte, hatte Moser am 26. 6. 1920 (Nr. 135) und am 3. 7. 1920 (Nr. 141) berichtet.

von hier aus beurteilen, wann der richtige Moment dazu gekommen sei, d. h. wann der Bolschewismus im Norden wirklich herrsche. Man habe hier kein richtiges Verständnis für die Verhältnisse im Norden und besonders in Berlin. Er brauche nur daran zu erinnern, wie man sich hier aufgeregt habe über die Verhandlungen mit den Gewerkschaften nach dem Kapp-Putsch und wie man von Nebenregierungen und Arbeiterherrschaft gesprochen habe. In Wirklichkeit sei es nicht halb so schlimm gewesen und nur ein taktisches Manöver zur Beruhigung der Arbeiter, die über den Kapp-Putsch außerordentlich erregt gewesen seien, und zur Vermeidung eines weiteren Generalstreiks. Tiefere Konsequenzen habe die Sache gar nicht gehabt. Berlin sei aber ein heißes Pflaster, wo sich alles mögliche ereignen könne, trotzdem seien die Zustände dort nie so schlimm gewesen, wie hier im vorigen Frühjahr. Er fürchte nun immer, daß, wenn wieder in Berlin eine ähnliche kritische Lage eintrete, die Bayerische Regierung nervös werde und in ihrer Absicht, das Reich gegen den Bolschewismus zu schützen, sich zu einem übereilten coup de tête hinreißen lasse, der sehr verhängnisvoll werden könnte.

[. . .]

19. Juli 1920 (Nr. 157)

Ministerialrat Freiherr von Lutz vom Ministerium des Äußern erzählte mir Näheres über die Vorgänge bei der Beglaubigung des französischen Gesandten, die sich nach seiner Ansicht als eine brutale Überrumpelung darstellt. Am 6. Juli habe der Gesandte von Preger ein Schreiben eingesandt, welches der Botschafter Laurent an ihn gerichtet und in dem er mitgeteilt habe, daß die französische Regierung beabsichtige, ihre Gesandtschaft in München wieder zu errichten und Herrn Dard daselbst als Gesandten zu beglaubigen. Man habe dies sofort dem Auswärtigen Amt in Berlin mitgeteilt und um weitere Behandlung der Angelegenheit gebeten. Gleichzeitig habe man dem französischen Botschafter durch Herrn von Preger den Empfang des Schreibens bestätigen lassen mit dem Bemerkung, daß die Bayerische Regierung nach den Bestimmungen der Reichsverfassung nicht mehr in der Lage sei, auswärtige Gesandte zu empfangen, und daß man ihn bitte, sich in dieser Angelegenheit an das Auswärtige Amt zu wenden, das in Fragen der auswärtigen Politik allein zuständig sei. Ehe man eine Antwort von Berlin erhalten habe, sei Herr Dard hier eingetroffen und habe den Ministerpräsidenten gebeten, ihn zu empfangen, „parce qu'il avait à faire une communication importante de la part de son gouvernement“. Diesen Empfang habe Herr von Kahr nicht abschlagen können, und der Gesandte habe ihm dabei ohne Weiteres sein Beglaubigungsschreiben überreicht. Es sei für den Ministerpräsidenten eine peinliche Situation gewesen, er habe jedoch die Annahme dieses Schreibens nicht verweigern können, weder überhaupt, noch auch nur für den Augenblick, bis die Antwort von Berlin eingetroffen wäre. Man werde es ihm vielleicht da und dort zum Vorwurf machen, er habe aber dabei im Einklang mit dem Ergebnis einer diesbezüglichen Unterredung gehandelt, die er seinerzeit in Berlin mit Dr. Simons gehabt habe. Ministerialrat von Lutz sagte, er habe dem Empfang angewohnt und als Dolmetscher fungiert, da Herr Dard das Deutsche anscheinend zwar wohl verstehe, aber natürlich nur französisch habe sprechen wollen. Er habe viel von den zwischen der Bayerischen und der Französischen Regierung bestehenden historischen Traditionen gesprochen, den Wunsch ausgedrückt, daß die Beziehungen bald wieder

normal würden, und habe gesagt, München sei diejenige Stadt Deutschlands, deren Namen für Frankreich den am wenigsten schmerzlichen Klang habe. Herr von Kahr habe ihm rundweg erklärt, daß es zwar auch sein Wunsch sei, daß wieder normale Beziehungen eintreten, daß er aber genötigt sei, alle Angelegenheiten der Politik, in denen der Gesandte sich an ihn wenden würde, dem Auswärtigen Amt in Berlin zur Entscheidung vorzulegen. Herr Dard habe dann erwähnt, daß Frankreich in München und in Nürnberg Konsulate errichten wolle und bitte, daß die Bayerische Regierung diesen Konsuln das Exequatur erteile, und als der Minister ihm erwidert habe, daß die Bayerische Regierung dazu nicht in der Lage sei, daß ein solches Exequatur vielmehr in Berlin eingeholt werden müsse, sei er offensichtlich unangenehm berührt gewesen. Auf seine Frage, ob er den andern Ministern Besuche machen könne und wer sonst dafür hier in Betracht komme, habe man ihm erwidert, seit der Neuordnung der Dinge kämen solche Besuche nicht mehr in Frage, der Minister des Äußern sei die einzige Person, an die er sich zu wenden habe. Die ziemlich dringlich ausgesprochene Frage „S'il n'avait rien à lui dire pour le gouvernement français“, habe Herr von Kahr verneint, und der Gesandte sei entschieden enttäuscht gewesen, da er wohl gehofft habe, derselbe werde der französischen Regierung den Dank für die Ernennung des Gesandten aussprechen.

Herr von Lutz meinte, man müsse jetzt strenge Maßregeln treffen, daß kein Minister eines andern Ressorts und kein Referent sich auf Verhandlungen mit dem Gesandten einlasse oder ihm Auskünfte erteile; so müsse man seine Tätigkeit lahmzulegen suchen. Er selbst werde jedenfalls bemüht sein, sie nach Kräften zu sabotieren. Es lasse sich ja nicht vermeiden, die Höflichkeit Herrn Dard gegenüber zu wahren, aber dieselbe müsse sich auf den geschäftlichen Verkehr beschränken, irgendwelche persönlichen Beziehungen zu ihm dürfe man ja nicht aufkommen lassen. Er fürchte, daß jetzt die Belgier auf ihr früher gestelltes und von der Bayerischen Regierung abgelehntes Ansinnen, ihren Berliner Gesandten in München zu beglaubigen²⁵, zurückkommen werden, auch sei es nicht unmöglich, daß Italien einen Gesandten hierher entsenden wolle, denn der Italienische Konsul habe schon vor einiger Zeit angefragt, wie sich die Bayerische Regierung zu dem Wunsche Frankreichs, einen Gesandten für München zu ernennen, stellen werde. Endlich suchte Herr von Lutz der Sache noch eine gute Seite abzugewinnen. Er meinte, es werde ernüchternd auf die französische Regierung wirken, wenn sie durch ihren hiesigen Vertreter erfahre, daß von den so viel besprochenen Loslösungsbestrebungen hier gar keine Rede sei und ihre darauf gegründeten Hoffnungen auf Sprengung des Reiches trügerisch seien. Außerdem sei doch vielleicht eine gewisse Möglichkeit vorhanden, durch den hiesigen Gesandten, der sicher bestrebt sein werde, gute Beziehungen zur Bayerischen Regierung zu begründen und daher Wünsche, die von ihr ausgesprochen werden, eher bei seiner Regierung zu befürworten, als dies der Botschafter in Berlin bei Wünschen, die die Reichsregierung äußere, tun werde, auch manchmal etwas zu erreichen, das dem Wohle des ganzen Reiches diene.

Daß man von der Beglaubigung des Gesandten hier nicht angenehm berührt ist, scheint außer Zweifel, inwieweit aber in manchen Kreisen doch auch wieder ein

²⁵ Anfang Februar 1920 hatte die bayerische Regierung den Wunsch Belgiens, den Berliner Geschäftsträger auch in München zu akkreditieren, abgewiesen. Moser berichtete darüber am 10. 2. 1920 (Nr. 27).

gewisses Gefühl des Stolzes sich regt, daß die Bedeutung Bayerns als selbständiger Staat durch diese Beglaubigung ihre Anerkennung findet, möchte ich dahingestellt sein lassen²⁶.

22. September 1920 (Nr. 180)

Die Landesversammlung der Bayerischen Volkspartei in Bamberg hat sich auf ein Programm geeinigt, das ich hier vorzulegen mich beehre²⁷. Dasselbe verfolgt den föderalistischen Aufbau des Reichs und geht darin außerordentlich weit. Damit entfernt es sich von dem bisherigen Programm der Bayerischen Regierung, die doch in erster Linie von der Bayerischen Volkspartei gestellt ist, und setzt sich in starken Widerspruch zur Verfassung von Weimar. [. . .] Das Ergebnis der Bamberger Tagung bedeutet einen glatten Sieg der Richtung des Dr. Heim innerhalb der Partei, und was besonders dabei auffällt ist, daß der Abgeordnete Professor Beyerle, der an der Weimarer Verfassung mitgearbeitet und dieselbe bisher durch dick und dünn verteidigt hat, wodurch er in Gegensatz zu der Mehrheit seiner Parteigenossen trat, nun auf einmal umgeschwenkt ist und sich der extrem föderalistischen Richtung angeschlossen hat.

Die Stellung Bayerns innerhalb des Reiches wird durch diese Beschlüsse nicht erleichtert, und es ist kein Wunder, wenn mir der Preußische Geschäftsträger gestern sagte, er sei gegenwärtig mit den Bayern gar nicht zufrieden, sie trieben eine gefährliche Politik, die dem Reiche leicht verderblich werden könne. Am schlimmsten sei ihre Halsstarrigkeit in der Entwaffnungsfrage. Von irgendwelchen Zusagen Frankreichs bezüglich einer Besserstellung Bayerns in dieser Frage sei gar keine Rede, und Bayern befinde sich doch auch nicht in einer andern Lage als das übrige Reich. [. . .]

27. September 1920 (Nr. 183)

Gestern vormittag fand hier anläßlich des Landesschießens der bayerischen Einwohnerwehren ein Festakt statt, dem ich beiwohnte, da die Gesandtschaften der deutschen Länder durch das Ministerium des Äußern Ehrenkarten dazu erhalten hatten. Die Feier, zu der sich 40000 Wehrmänner auf dem Königsplatz zwischen Propyläen, Glyptothek und Kunstgebäude versammelt hatten, nahm einen großartigen Verlauf und hinterließ einen erhebenden Eindruck. Man konnte sich zum ersten Male wieder in bessere Zeiten zurückversetzt glauben. Die Reden, welche von dem Ministerpräsidenten, dem Landeshauptmann Escherich, Bürgermeister Kufner und Stadthauptmann Kühner gehalten wurden, verfehlten ihre Wirkung nicht und zeichneten sich durch kluges Vermeiden von Wendungen aus, die Anstoß hätten erregen können. [. . .] Irgendwelche Störung von radikaler Seite erfolgte natürlich

²⁶ Die französische Gesandtschaft in München existierte bis zum 30. Juni 1934. Ihre Existenz wurde von französischer Seite mit der Präambel des Versailler Vertrags begründet, in der es hieß, daß „mit dem Ende des Kriegszustandes die amtlichen Beziehungen der alliierten und assoziierten Mächte mit Deutschland und mit dem einen oder anderen der deutschen Staaten wieder aufgenommen werden.“

²⁷ Das Bamberger Programm der BVP ist in seiner endgültigen Fassung vom 28. 10. 1922 abgedruckt in: W. Mommsen, Deutsche Parteiprogramme, München 1960, S. 506–507.

nicht, und es ist anzunehmen, daß die imposante Demonstration doch sehr einschüchternd auf die Umstürzler gewirkt hat. In dieser Hinsicht konnte man sich wohl freuen, aber die Gedanken an die Wirkung, welche diese Feier auf das uns feindliche Ausland ausüben würde, stiegen doch immer wieder auf und trübten etwas die reine Freude an diesem Schauspiel des Wiedererwachens vaterländischen Geistes. Der Offizier, welcher der Ententekommission beigegeben ist, war vor wenigen Tagen zu Ministerpräsident von Kahr gekommen, um ihn darauf aufmerksam zu machen, welche Aufregung in der Kommission wegen des bevorstehenden Landesschießens herrsche und ihm dringend zu raten, die Feier zu verbieten. Kahr habe das rundweg abgelehnt und gesagt, dazu sei es zu spät, und wenn Frankreich sich darüber ärgere, so sei ihm das gerade recht. In der Tat ist die Abhaltung dieser Feier gerade jetzt, wo die Waffenablieferung im Gange sein soll, ein gewagtes Unternehmen, das wohl als eine Herausforderung aufgefaßt werden kann. Man hat das Gefühl, daß die bayerische Regierung den Wunsch hat, der Reichsregierung zu zeigen, daß man energisch sein müsse und nicht immer gleich nachgeben müsse, wobei man natürlich nicht verkennen darf, daß Bayern in einer wesentlich günstigeren Lage ist. Der Verdacht, daß die bayerische Regierung bereits gewisse Zusicherungen von dem französischen Gesandten, der zur Zeit in Paris weilt, empfangen hat, liegt nahe. [. . .] Zur Ankunft der Wehrmänner waren viele Straßen der Stadt beflaggt, wobei mir auffiel, daß ich nirgends eine schwarz-rot-goldene Fahne, wohl aber unter den zahlreichen weiß-blauen Fahnen häufig die schwarz-weiß-roten Farben sah.

31. Oktober 1920 (Nr. 211)

42

Gestern morgen veröffentlichten die Münchner Neuesten Nachrichten die Note der Entente²⁸ wegen der Auflösung der Einwohnerwehren und in der Absicht, möglichst bald die Stellungnahme der Bayerischen Regierung zu dieser neuen Gestaltung der Lage zu erfahren, suchte ich in ziemlich dringlicher Weise um einen Empfang beim Ministerpräsidenten nach. Herr von Kahr bat mich auf heute morgen 9 Uhr in seine Wohnung, wo ich eine längere Unterredung mit ihm hatte.

Er beklagte sich zuerst über die Disziplinlosigkeit der Presse und meinte, so etwas wäre in England und Frankreich nicht möglich, ja kaum in Italien. Immerhin hätten die Münchner Neuesten Nachrichten den durch die Veröffentlichung begangenen Fehler bis zu einem gewissen Grade wieder gut gemacht, indem sie einen sehr guten Artikel für die Beibehaltung der Einwohnerwehr gebracht hätten, und solche Äußerungen seien auch in der übrigen Presse zu finden mit Ausnahme natürlich der linksstehenden.

Eine neue Situation sei durch die Ententenote nicht geschaffen, die Forderung bestehe ja schon lange und werde gewissermaßen nur wieder in Erinnerung gebracht. Die Stellung der Bayerischen Regierung dazu sei unverändert, sie erkläre nach wie vor die Auflösung der Einwohnerwehr für zur Zeit unmöglich und lehne sie ab. Dies sei gestern im Ministerrat beschlossen worden und es werde heute eine entsprechende Note nach Berlin abgehen. Die Bayerische Regierung stehe auf dem

²⁸ MNN, Nr. 453 v. 30. 10. 1920. — In der Note wurde ausdrücklich auf das bayerische Wett-schießen Bezug genommen, außerdem enthielt sie eine „in ernstem Ton gehaltene besondere englische Mahnung“ an die Adresse der bayerischen Regierung mit der Aufforderung, die Auflösung der Selbstschutzorganisationen zu beschleunigen.

Standpunkt, daß sie das Bestehen der Einwohnerwehr als einen anormalen Zustand ansehe, der mit der Zeit, d. h. sobald die allgemeinen Zustände wieder normal geworden seien, wieder aufhören müsse. Davon seien wir aber noch weit entfernt, die Zustände seien noch zu verworren, die bolschewistische Gefahr noch zu groß, die Reichswehr befinde sich im Stadium des Abbaues, die Polizeiwehr sei noch nicht genügend fest organisiert. Deswegen müsse die Einwohnerwehr vorerst noch beibehalten werden. Der jetzt bevorstehenden Aufforderung des Entwaffnungskommissars Peters zur Ablieferung der schweren Waffen werde sie nicht Folge leisten, vielmehr die wenigen Geschütze, Minenwerfer und Maschinengewehre, die sie noch habe, behalten. Einen Zwang auszuüben, sei unmöglich. Die Bayerische Regierung werde einen Befehl dazu nicht erteilen, Reichswehr und Polizeiwehr würden sich auch weigern, einen solchen auszuführen. Gelänge eine teilweise Entwaffnung, so wäre man allerhand Überraschungen ausgesetzt, es könnte kommen, daß die ländlichen Einwohnerwehren Oberbayerns sich der Waffenabgabe widersetzen, nach München marschieren und den Prinzen Rupprecht zum König ausrufen, dann habe man den Verfall des Reichs und den Krieg aller gegen alle. Es müsse also der Reichsregierung überlassen bleiben, wie sie die Sache durchführen wolle. Schließlich könne man ihn und Escherich in den Anklagezustand versetzen, aber dann würden sie von den Gerichten wegen Notstandes freigesprochen.

Als ich auf die Gefahr der Besetzung des Ruhrgebiets im Falle der Weigerung hinwies, sagte Herr von Kahr, das sei das Gespenst, mit dem immer gedroht werde. Er halte es für nicht so sehr gefährlich, weil die Engländer zur Zeit jedenfalls das größte Interesse hätten, daß die Besetzung nicht erfolge. Wenn Frankreich zu den eigenen und den Saarkohlen auch noch die Ruhrkohlen erhalte, werde es zu mächtig auf dem Kontinent und das könne England nicht dulden. Er wolle natürlich nicht verkennen, daß auch wieder der Fall eintreten könnte, daß England besondere Rücksicht auf Frankreich zu nehmen hätte und dann ein Auge zudrücken müsse, wenn dieses ins Ruhrgebiet einmarschiere, aber diese Gefahr werde bestehen bleiben, ob wir die Einwohnerwehr auflösen oder nicht. Erfolge der Einmarsch aber aus irgend einem anderen Grunde — und ein solcher werde sich jederzeit finden lassen — später, wenn wir die erste Gefahr durch Entwaffnung der Einwohnerwehr abgewendet hätten, so träfen uns die Folgen viel schlimmer, denn dann seien wir schutzlos dem Bolschewismus ausgeliefert, dann würde aber auch mit Recht eine Regierung, die die Entwaffnung durchgeföhrt, weggefegt werden.

[. . .]

1. November 1920 (Nr. 213)

Der Preußische Geschäftsträger sprach sich heute mir gegenüber sehr erregt über die Haltung der Bayerischen Regierung in der Frage der Einwohnerwehr aus. Was Clémenceau und Liebknecht nicht gelungen sei, das werde Bayern jetzt fertigbringen durch seine Halsstarrigkeit, nämlich die Vernichtung des Reiches. Die Besetzung des Ruhrgebiets sei die unabwendbare Folge der Weigerung Bayerns, die Einwohnerwehr zu entwaffnen und damit sei dann das Deutsche Reich vollends erledigt. Der Einwand, daß die Besetzung des Ruhrgebiets, wenn man jetzt nachgebe, später aus einem andern Grund erfolgen werde, sei nicht stichhaltig. Es gehe damit, wie mit dem verschärften Unterseebootskrieg. Man habe damals immer gesagt, Amerika

finde, wenn man ihm durch den Ubootskrieg keinen Grund zur Kriegserklärung gebe, später doch irgend einen andern. Das sei aber ganz unsicher, wahrscheinlich wäre Amerika ohne den verschärften Ubootskrieg gar nicht in den Krieg eingetreten. [. . .]

Wenn die bayerische Einwohnerwehr nur wenigstens irgend einen großen Wert hätte, sie diene aber in erster Linie der Befriedigung des Bedürfnisses der Bevölkerung nach „Gaudi“. Sonst wären doch die fortwährenden Umzüge mit Musik, Fest-schießen, ostentatives Umhergehen mit Waffen und die geselligen Vereinigungen nicht nötig. Damit aber habe man die Leute dazu herangekriegt und jetzt dürfe man ihnen dieses Vergnügen nicht mehr nehmen. [. . .]

[. . .]

9. November 1920 (Nr. 219)

44

Die Revolutionsfeier ist hier am Sonntag ohne Störung verlaufen. Die Arbeiter zogen nur in kleinen Gruppen auf, so daß die Polizei keinen Grund zum Einschreiten hatte. Die Stimmung soll eher flau gewesen sein, über die Beteiligung schwanken die Angaben der verschiedenen Zeitungen. Während die rechtsstehenden Blätter von 6–7000 Mann sprechen, schätzen die sozialdemokratischen Organe die Zahl der Teilnehmer auf 20000, doch scheinen auch sie mit der Beteiligung nicht ganz zufrieden zu sein.

Von einem Herrn, der den sozialdemokratischen Abgeordneten Auer sprach, habe ich gehört, daß dieser die Ansicht vertrat, die Polizei habe mit ihrem Verbot öffentlicher Aufzüge am 7. November eher das Gegenteil von dem erreicht, was sie beabsichtigt. Die Feier wäre, wenn man nicht dieses Verbot als Reklamemittel gehabt hätte, ziemlich sang- und klanglos verlaufen. Auer sieht die innerpolitische Lage zur Zeit für ziemlich bedenklich an wegen der Gefahr der Besetzung des Ruhrgebietes und der großen Arbeitslosigkeit. Er vergleicht dieselbe mit derjenigen vom November 1918. Die radikalen Elemente, die er als das „Gesindel“ bezeichnet, seien besser bewaffnet und vor allem besser mit Geld versehen als damals, aber allerdings auch weniger gut organisiert, und insbesondere fehle es ihnen ganz an Führern. In der Regierung sei der starke Mann zur Zeit Staatssekretär Schweyer, ihn hätten die Linksparteien am meisten zu fürchten. Er sei ein kluger, umsichtiger Mann von rücksichtslosester Energie und ganz auf der äußersten Rechten stehend. Er sei im Herbst 1918 der einzige im Ministerium des Innern gewesen, der die Gefahr richtig erkannt habe und bereit gewesen wäre, ihr entgegenzutreten. Er sei jetzt das treibende Element bei der Niederhaltung der Umsturz Bewegung und nicht, wie man annehme, der Polizeipräsident Pöhner. Dieser werde nur geschoben und habe keine ausgesprochene politische Richtung.

Auer sagte, er wisse die Bayerische Einwohnerwehr wohl zu würdigen, da er selbst unter dem Ministerium Eisner als erster den Gedanken einer solchen Einrichtung gehabt habe, aber unter den jetzigen Verhältnissen müsse dieselbe aufgelöst werden, da Bayern die Verantwortung für eine Besetzung des Ruhrgebiets nicht auf sich laden dürfe.

[. . .]

29. November 1920 (Nr. 243)

[. . .]

Herr von Kahr sagte mir, das Ergebnis seiner Berliner Reise²⁹ habe ihn nur im Festhalten an seinem bisherigen Standpunkt bestärkt. Man habe zwar in Berlin alles versucht, um ihn herumzukriegen und habe sich zu diesem Zweck eigens den Botschafter Mayer aus Paris verschrieben. Damit habe man aber einen Mißerfolg gehabt, denn derselbe habe erklären müssen, daß er mit dem besten Willen nichts vorbringen könne, was geeignet wäre, die Bayerische Regierung in ihrer Haltung wankend zu machen. An eine Besetzung des Ruhrgebiets werde zur Zeit nach Ansicht des Botschafters nicht gedacht und man suche auch nicht nach einem Vorwand dazu. Wenn die Strömungen wieder wechselten, könnte eine solche ja später vielleicht wieder in Frage kommen, aber gegenwärtig sei sie jedenfalls nicht geplant. Er habe in Berlin eine Menge Menschen gesprochen, u. a. auch die Generale Nollet und Malcolm sowie den Englischen Botschafter³⁰. Aus der Unterredung mit dem Letzteren habe er den bestimmten Eindruck gewonnen, daß England uns zur Zeit „freundlich gesinnt“ sei. Dem General Nollet gegenüber habe er seinen Standpunkt in der Einwohnerwehr-Frage dargelegt, derselbe habe sich weiter nicht darüber geäußert, sei höflich gewesen und habe weder von Versailles noch von Spa etwas erwähnt. Auf meine Frage, was Herr Dard mache, meinte der Ministerpräsident, er friste hier ein kümmerliches Dasein, und als ich die Möglichkeit erwähnte, daß derselbe irgend welche Äußerungen getan haben könnte, die geeignet gewesen wären, ihn zu seiner unerschütterlichen Haltung in der Einwohnerwehr-Frage zu veranlassen, erwiderte Herr von Kahr, derselbe habe ihm nie irgend welche Hoffnungen gemacht. Man wisse in Paris ganz genau, wessen man sich von ihm zu versehen habe und daß man bei ihm auf Granit beiße. Wenn er ein Entgegenkommen von Frankreich für Bayern hätte erlangen wollen, so wäre ihm das nicht schwer gefallen, an Gelegenheiten dazu habe es nicht gefehlt, aber man habe gemerkt, daß er sich in seiner Treue zum Reich nicht irre machen lasse.

[. . .]

45

6. Dezember 1920 (Nr. 250)

Der Preußische Geschäftsträger Graf Zech sprach sich heute mir gegenüber sehr erfreut über die Vorstöße der württembergischen Zentrums Presse gegen Bayern wegen seines eigensinnigen Festhaltens an der Einwohnerwehr und den Antrag im Württembergischen Landtag aus³¹. Es sei gut, wenn Bayern so etwas auch einmal von anderer Seite zu hören bekomme, als immer nur aus Berlin. [. . .]

Auf meine Frage, ob er wisse, welches Ergebnis die Reise des Herrn von Kahr nach

46

²⁹ Kahr hatte sich vom 25.–27. November in Berlin aufgehalten, um über den Fortbestand der bayerischen Einwohnerwehren zu verhandeln.

³⁰ Vgl. Viscount D'Abernon, Ein Botschafter der Zeitwende, Leipzig o.J. [1930], Bd. 1, S. 111f.

³¹ Mitte Oktober hatten württembergische Zentrumsblätter die bayerische Regierung davor gewarnt, die Ablehnung der Entente-Forderung zu weit zu treiben. Anfang November wollten Zentrum, DDP und SPD im württ. Landtag die bayerische Haltung in der Einwohnerwehr-Frage mißbilligen. Durch die Vermittlung Mosers gelang es Kahr, die Regierungsparteien (Zentrum und DDP) dazu zu bewegen, den Antrag zurückzuziehen.

Berlin gehabt habe, erwiderte Graf Zech, Herr von Kahr habe wohl gemerkt, daß er nicht auf seinem bisherigen absolut intransigenten Standpunkt verharren dürfe, und in Berlin habe man eingesehen, daß Herr von Kahr auf die bayerische Einwohnerwehr so festgelegt sei, daß deren Auflösung sein Ausscheiden aus der Regierung bedeuten müßte. Das wolle man aber nicht, weil man den großen Einfluß kenne und zu würdigen wisse, den Kahr hier habe. Graf Zech meinte allerdings, dieser Einfluß reiche nur so weit, als Kahr den Willen der Einwohnerwehr tue. Vielleicht lasse sich aber doch wohl irgend ein Kompromiß finden, wie man die Entente befriedige ohne die bayerische Einwohnerwehr ganz zu beseitigen. Die Hauptvoraussetzung wäre, daß dieselbe sich etwas zurückhaltender benehme. Mit Schützenfesten und Festreden bei Fahnenweihen fordere man die Entente ja geradezu heraus, das habe auch General Malcolm gesagt, den er kürzlich gesprochen habe und der im ganzen sehr vernünftige Anschauungen geäußert habe.

Die Reichsregierung müsse nun in der Antwortnote an General Nollet um eine Ausnahme bezüglich der Einwohnerwehr für Bayern bitten wegen der dort vorliegenden besonderen Verhältnisse. Das sei doch lächerlich! Als ob in Bayern die kommunistische Gefahr größer wäre, als anderswo im Reich. Er glaube im Gegenteil, daß die meisten anderen Gegenden mehr gefährdet seien als Bayern, vor allem z. B. Sachsen, und doch müsse man dort auch ohne Einwohnerwehr auskommen.

23. Dezember 1920 (Nr. 275)

47

Kultusminister Matt scheint im Ministerrat eine Rolle zu spielen, die weit über den Bereich seines Ressorts hinausgeht. Dies zeigte sich schon darin, daß ihn Herr von Kahr zu seinen Besprechungen über die Einwohnerwehr nach Berlin berufen hat. Auch soll er eine besonders einflußreiche Stellung in der Bayerischen Volkspartei haben und als energischer Mann sich überall durchzusetzen wissen. Ich hielt es daher für angezeigt, mit ihm in nähere Fühlung zu treten, auch ohne daß eine bestimmte sein Ressort berührende Frage den Anlaß gegeben hätte, und bat ihn um eine Unterredung, die er mir gerne gewährte. Ich hatte dabei den Eindruck, daß es ihm sehr erwünscht war, mit mir über allgemeine politische Fragen eingehend sich zu unterhalten.

Herr Matt sagte mir, der Grund seiner Berufung nach Berlin sei der gewesen, daß er schon von Jugend auf mit Herrn Fehrenbach bekannt und befreundet sei. Er habe daher alles getan, um den Reichskanzler im Sinne der bayerischen Wünsche bezüglich der Einwohnerwehr zu bearbeiten, und er wie Herr von Kahr hätten dann schließlich auch den erwünschten Erfolg gehabt. Er schätze den Reichskanzler als klugen, fleißigen und durchaus ehrenhaften Mann, er sei aber leider keine Persönlichkeit, die es verstehe, sich durchzusetzen. Zu seinem Bedauern habe er in Berlin gesehen, daß auch Herr Fehrenbach den großen, durch nichts gerechtfertigten Optimismus teile, der dort in Regierungskreisen allgemein herrsche. Der Reichskanzler habe ihm entgegengehalten, daß man in andern Teilen Deutschlands keine Einwohnerwehr habe und daß es auch so gehe. Aber da täusche er sich, er bilde sich ein, daß absolute Ordnung herrsche und das sei in Wirklichkeit nicht der Fall. Kleine vereinzelte Unruhen kämen ja immer vor und die könne man mit der Reichswehr oder Polizeiwehr unterdrücken, wenn aber einmal die Kommunisten an mehreren Orten zugleich losschlügen, so werde man bald nicht mehr genug Reichswehr haben, um überall die entstehenden Brände zu löschen. Man wiege sich wegen der Spaltung

und den Streitereien unter den radikalen Linksparteien in Sicherheit und sei in Anbetracht der verhältnismäßig niederen Zahl der Mitglieder der kommunistischen Parteien beruhigt. Man bedenke aber nicht, daß, wenn es irgendwo losgehe, es dann nicht bei diesen Zahlen bleibe, sondern daß Hunderttausende sich anschließen werden. Solange die bolschewistische Gefahr, die von Rußland drohe, nicht behoben sei, solange bleibe auch die Gefahr einer bolschewistischen Erhebung in Deutschland bestehen, und eine solche werde unfehlbar erfolgen, wenn die roten Armeen Polen niedergeworfen hätten und an unsern Grenzen stünden³². Leider huldige die Reichsregierung diesem Optimismus auch bei der Behandlung der russischen Emmissäre und der russischen Gefangenen. In Bayern würden russische Agitatoren unweigerlich verhaftet und ausgewiesen.

Wie es nun mit der Einwohnerwehr weitergehe, das wisse man nicht, aber jede Spanne Zeit, die man gewinne, könne von Vorteil sein. Gelingen es, die Entscheidung noch ein paar Wochen oder gar Monate hinauszuschieben, so könnte bis dahin leicht der Fall eintreten, wo man uns bitte, die Einwohnerwehr zu erhalten, und zwar nicht nur von Berlin aus, sondern auch von der Entente aus.

Er wisse wohl, daß man der bayerischen Einwohnerwehr vorwerfe, daß sie sich nicht ruhig genug verhalte, und nicht mit Unrecht, aber das liege nun einmal in der Bevölkerung, sie wolle Unterhaltung haben, und die geselligen Veranstaltungen hätten auch einen nicht zu unterschätzenden Wert, weil sie zur Nivellierung der sozialen Gegensätze beitragen. Manche Auswüchse müßten abgeschafft werden, und man sei damit auch schon vorgegangen. Leider könnten die Offiziere, die in der Einwohnerwehr natürlich wegen ihrer Fachkenntnisse unentbehrlich seien, es oft nicht lassen, in ihren alten Ton zurückzufallen, und dadurch komme die Einwohnerwehr vielleicht in den Ruf reaktionärer Gesinnung, den sie aber im Allgemeinen durchaus nicht verdiene. Viele Behauptungen, die vom Norden aus über die bayerische Einwohnerwehr verbreitet worden seien, beruhten auf absichtlicher Verdrehung der Tatsachen, zum Teil seien sie auch auf Mißverständnisse zurückzuführen. Da sei vor allem die Verwechslung mit der Orgesch³³ schuldig, und es sei ein entschiedener Mißstand, daß der Landeshauptmann Escherich zugleich an der Spitze der Orgesch stehe. Man habe ihn deshalb schon veranlassen wollen, dieser Doppeltätigkeit zu entsagen, aber das gehe nicht, weil sein Name zu eng mit der Einwohnerwehr sowohl als mit der Orgesch verknüpft sei und er die Seele beider Organisationen sei. Die Leitung der Orgesch niederzulegen, dazu könne ihn die Bayerische Regierung nicht wohl veranlassen, weil die Orgesch eben eine ganz außerbayerische Sache sei. In Bayern gebe es eine solche deswegen nicht, weil man die Einwohnerwehr habe. Die Regierung achte aber streng darauf, daß die Einwohnerwehr sich genau in ihren Grenzen halte und stehe der Tätigkeit Escherichs als Haupt der Orgesch vollständig fern. Dies gelte besonders auch für seine Bemühungen, solche Organisationen auch in Österreich zu errichten. [. . .]

[. . .]

³² Nach dem polnischen Sieg vor Warschau am 14. August 1920 begann der Rückzug der Roten Armee. Der russisch-polnische Krieg endete mit dem Frieden von Riga (18. 3. 1921) zugunsten Polens.

³³ Die Orgesch (Organisation Escherich) wurde im Mai 1920 als Dach- bzw. Ersatzorganisation der Einwohnerwehren in ganz Deutschland gegründet. In Preußen wurde sie im August 1920 verboten.

5. Januar 1921 (Nr. 3)

48

[. . .]

Von einem Bekannten, der kürzlich Gelegenheit hatte, den englischen Generalkonsul [Seeds] zu sprechen, habe ich gehört, daß dieser über die Haltung der Entente in der Entwaffnungsfrage beunruhigt sei und den Eindruck gemacht habe, als sei er über den Gang der Dinge sichtlich enttäuscht. Allerdings war, als er ihn sprach, die Haltung seiner Regierung zu dieser Frage, in der sie gegen die französische Hetze etwas Front macht, noch nicht bekannt. Herr Seeds habe gesagt, er stehe selbst auf dem Standpunkt, daß die Bayerische Einwohnerwehr erhalten werden müsse, um ein Gegengewicht gegen den Bolschewismus zu haben. Leider scheine Herr Dard die hiesigen Verhältnisse etwas anders zu beurteilen. Er sehe in der Einwohnerwehr den Hort der Reaktion und fürchte, daß von Bayern der nationale Gedanke zu einer Revanche ausgehen könnte. Bestärkt werde er in dieser Ansicht durch die Tatsache, daß General Ludendorff seinen Wohnsitz in Bayern genommen habe. Frankreich habe vor dem Bolschewismus Angst und ebenso vor einer Rache seitens Deutschlands, merkwürdigerweise betrachte es die letztere Gefahr als die näherliegende. Herr Seeds habe durchblicken lassen, daß ihm die Tätigkeit des Herrn Dard hier sehr verdächtig sei. [. . .]

[. . .]

1. Februar 1921 (Nr. 36)

49

Nachdem die neuen Forderungen der Entente¹ bekannt geworden waren, suchte ich heute morgen Herrn von Kahr auf und fand Gelegenheit, ihn – allerdings nur ganz kurz – zu sprechen.

Er vertritt den Standpunkt, daß diese Forderungen unbedingt abgelehnt werden müßten. Daß man in Versailles unterschrieben habe, das sei falsch gewesen, doch könne man darüber verschiedener Ansicht sein; daß man in Spa unterschrieben habe, sei ein großer Fehler gewesen; wenn man jetzt unterschriebe, so wäre es ein Verbrechen. Daß England und Frankreich sich geeinigt hätten, das sei ein Schwindel. England befinde sich in einer ganz schwierigen Lage und habe gegen Frankreich nichts machen wollen, deswegen habe es den Franzosen ihren Willen gelassen, damit aber auch seine maßgebende Stellung in der Entente aufgegeben. Jedenfalls sei es eher günstig für uns, daß diese Forderungen, nachdem sie einmal unerfüllbar seien, gar so exorbitant gestellt seien, damit würden doch endlich einmal dem übrigen Ausland die Augen geöffnet und unsere Feinde ins Unrecht gesetzt. Er wage kaum zu hoffen und wünsche doch dringend, daß sich endlich einmal die Reichsregierung und der Reichstag zu einem entschiedenen „Nein“ aufraffen, darauf warte man im Ausland. Der Eroberungswille der Franzosen sei nun einmal da, und der werde sich

¹ Auf der Pariser Konferenz (24.–29. 1. 1921) waren die deutschen Reparationszahlungen in Höhe von 269 Milliarden Goldmark (in 42 Jahresraten) und außerdem eine 42jährige Exportabgabe von 12 % festgesetzt worden.

immer wieder durchsetzen, wenn man noch so oft zu allem, was sie forderten, „Ja“ sage. Wir würden durch eine Weigerung wohl schweren Zeiten entgegengehen, aber es könne dadurch auch soweit kommen, daß England, das mit seinem Gewährenlassen Frankreichs seinen Einfluß in der Entente aufgegeben habe, selbst einmal in die Lage kommen könnte, uns mit Waffen zu versehen, damit wir gegen Frankreich marschieren könnten. Inzwischen müßten wir die Zeiten, die uns bevorstehen, ertragen, wie die Preußen die Folgen des Jahres 1806 ertragen hätten. Seien wir dazu nicht imstande, so seien wir auch nicht wert, weiter als Nation zu existieren. Auf meinen Einwand, daß wir solche Zeiten eher ertragen könnten, wenn wir nicht den Linksradikalismus im Lande hätten, meinte der Minister, diese Leute müßten eben an die Wand gedrückt werden. Man müsse endlich mit dem Lavieren aufhören, damit habe die Demokratie schlechte Erfahrungen gemacht, und dem verdanke sie ihren Mißerfolg bei den Wahlen. Es gebe nur rechts oder links, heiß oder kalt, was lau sei, werde ausgespien.

[. . .]

Die neuen Forderungen brächten für Bayern insofern einen gewissen Vorteil, als die Entwaffnungsfrage mit der Reparationsfrage verbunden worden sei. Wegen der Entwaffnungsfrage allein wäre ein „Nein“ nicht [zu] erreichen gewesen. Von englischer Seite sei ihm eine Frist von einem Jahr für die Auflösung der Einwohnerwehr in Aussicht gestellt gewesen, aber Lloyd George sei auch hierin umgefallen. Über diesen gänzlichen Umfall der englischen Regierung sei er schon vorher aus England unterrichtet gewesen, das Auswärtige Amt dagegen sei vollständig überrascht worden, da es ganz ohne Informationen gewesen sei. Dieser schlechte Nachrichtendienst des Auswärtigen Amtes sei ein Skandal, auch sei es geradezu ungeheuerlich, daß der Botschafter Mayer in einem solchen Augenblick nicht auf seinem Posten gewesen sei. Abwesenheit in Privatangelegenheiten, selbst wenn sie noch so dringlich seien, könne es in solchem Fall einfach nicht geben. Darüber habe er seine Meinung auch dem Grafen Zech gesagt.

Herr von Kahr sagte dann noch, man habe von Berlin aus eine Zusammenkunft der Ministerpräsidenten angeregt, er habe aber dafür gedankt nach den Erfahrungen, die man früher mit solchen Besprechungen gemacht habe. Es werde viel unnützes dabei geredet und schließlich tue die Reichsregierung doch, was sie wolle. Dazu habe er keine übrige Zeit.

5. Februar 1921 (Nr. 41)

[. . .]

Gestern abend fand eine Versammlung der Kommunisten im Zirkus statt mit der Tagesordnung „das Todesurteil von Versailles“. Den Rednern der Unabhängigen, die sich auch eingefunden hatten und sich für Verhandlungen mit den Westmächten aussprachen, wurde das Wort entzogen. Die Kommunisten verlangten ein Schutz- und Trutzbündnis vom Ural bis zum Rhein. Mit dem westlichen Kapitalismus dürfe nicht verhandelt werden. Deutsche Waffen dürften nicht ausgeliefert werden, sondern müßten zur Bewaffnung der Roten Armee dienen, die man hochleben ließ.

Am Tage zuvor hatte ebenfalls im Zirkus eine große Versammlung der nationalsozialistischen Arbeiterpartei stattgefunden, zu der große rote in den schärfsten Ausdrücken abgefaßte Plakate einluden, ebenso wie Flugblätter, die von einem Lastauto

herab von Arbeitern in der Stadt verteilt wurden. Das Auto trug eine Fahne mit rotem Rand, weißem Feld und schwarzem Hakenkreuz. In der Versammlung sprach der Führer der Partei, Hitler. Es wurde ein unbedingtes „Nein“ gegen die Forderungen der Entente verlangt und die Erwartung ausgesprochen, daß die Bayerische Regierung gegen jeden weiteren Versuch der Annahme solcher Raubverträge schärfsten Einspruch in Berlin erhebe. Ferner wurde die Abhaltung eines Volksreferendums verlangt und erforderlichenfalls mit einem nationalen Generalstreik gedroht. Nach Beendigung der Versammlung bildete sich ein großer Zug von Teilnehmern, die dann vor dem Hotel, wo die Mitglieder der Ententekommission untergebracht sind, mit Absingung patriotischer Lieder demonstrierten. Dann zog man zu verschiedenen Lokalen, wo an diesem Abend – denn das Verbot war erst für den nächsten Tag gültig² – noch Karnevalsveranstaltungen stattfanden, und störte dieselben. Insbesondere kam es vor und in dem Deutschen Theater, wo ein großes Presseballfest abgehalten wurde, durch die Teilnahme von Straßenpöbel, der sich den Demonstranten angeschlossen hatte, zu peinlichen Auftritten, so daß die Polizeiwehr alarmiert werden mußte.

Im Rathaus hielt in der heutigen außerordentlichen Vollsitzung der sozialdemokratische Oberbürgermeister Schmid eine längere Ansprache, die stehend angehört wurde und in der er schärfsten Einspruch gegen die Phantastereien der feindlichen Forderungen erhob und erklärte, auch die Städte müßten ihr „Unannehmbar“ hinausrufen. Als nach Schluß der Ansprache ein Unabhängiger das Wort zu einer Erklärung ergriff, verließen die bürgerlichen Vertreter den Saal, und als der Redner von den Kriegsverbrechern und -Verlängerern sprach, die die Frieden von Brest-Litowsk und Bukarest auf dem Gewissen hätten, entfernten sich auch sämtliche Rechtsräte und mehrere Mitglieder der mehrheitssozialistischen Partei. Der Oberbürgermeister harpte aus und schloß nach diesen Ergüssen des Unabhängigen die Sitzung, obgleich auch noch ein Kommunist das Wort ergreifen wollte.

Weitere Protestversammlungen finden noch fortwährend statt, so wird die gesamte Künstlerschaft am nächsten Sonntag im Glaspalast sich zu einer großen Kundgebung zusammenfinden. Ferner wird eine große öffentliche Protestversammlung der ganzen Einwohnerschaft veranstaltet, bei welcher der Historiker Karl Alexander von Müller die Rede halten wird.

[. . .]

31. März 1921 (Nr. 72)

51

Staatssekretär Dr. Schweyer hat sich einem Bekannten von mir gegenüber dahin ausgesprochen, daß die Bayerische Regierung und vor allem der Ministerpräsident den Ausbruch der kommunistischen Unruhen³ vorausgesehen habe und daß aus diesem Grunde vor allem der Widerstand gegen die Auflösung der Einwohnerwehr hier ein so starker gewesen sei. Jetzt wolle man erst recht die Einwohnerwehr nicht aufgeben.

² Wegen der Pariser Beschlüsse hatte die bayerische Regierung ab 4. Februar alle Vergnü- gungsveranstaltungen verboten. Vgl. MNN, Nr. 48 vom 3. 2. 1921.

³ Die Streik- und Aufstandsbewegungen, die Mitte März im sächsischen Industriegebiet begonnen hatten, erreichten nach dem Einsatz von Polizei- und Reichswehrtruppen zwischen 24. und 30. März ihren Höhepunkt. Gleichzeitig kam es zu Unruhen in Hamburg und im Ruhrgebiet. Der kommunistische Aufruf zum Generalstreik in ganz Deutschland wurde am 2. April zurückgenommen.

Wenn die Ereignisse nicht so bedauernswert wären, so könnte die Bayerische Regierung beinahe Genugtuung darüber empfinden, daß sie weitblickender und energischer gewesen sei als die Reichsregierung und die Regierungen der übrigen deutschen Länder. Wenn Bayern jetzt in der Lage sei, Reichswehr zur Unterstützung Mitteldeutschlands zu entsenden, so sei dies nur möglich, weil man in Bayern eine Einwohnerwehr besitze, die solange für Ruhe und Ordnung Sorge. Geradezu grotesk habe es daher gewirkt, als am Gründonnerstag im Auftrage der Reichsregierung der Vizekanzler Dr. Heinze und der Entwaffnungskommissar Dr. Peters in München erschienen seien, um erneut in der Entwaffnungsfrage einen Druck auf Bayern auszuüben in einem Augenblick, wo nach hiesiger Ansicht die Einwohnerwehr nötiger sei als je. Daran dürfe auch die Befürchtung nichts ändern, daß die Entente wieder eine neue Entwaffnungsnote überreichen werde. [. .]

Über den oben erwähnten Besuch der beiden Vertreter der Reichsregierung in München habe ich noch erzählen hören, Dr. Heinze habe im Bayerischen Ministerrat gleichsam als Volksredner auftreten wollen, um Stimmung für seinen Auftrag zu machen, man habe ihn aber darauf hingewiesen, daß er sich in dieser Frage lediglich mit dem Ministerpräsidenten ins Benehmen setzen dürfe und daß eine „Agitation“ im Ministerrat eines der Länder eine Ungeheuerlichkeit bedeute⁴. Man habe diesen Vorgang der Öffentlichkeit vorenthalten wollen, aber es beginnt bereits einiges darüber in der Presse durchzusickern. Eine gewisse Schadenfreude herrscht darüber, daß die beiden Herrn auf ihrer Heimreise in Halle beinahe in das Feuer der Aufständischen geraten seien. [. .]

[. .]

2. April 1921 (Nr. 74)

Gestern sprach ich den Preußischen Geschäftsträger, der sehr geladen auf die Bayerische Regierung ist wegen ihrer Halsstarrigkeit in der Entwaffnungsfrage. Er machte sich sehr darüber lustig, daß man hier immer von der kommunistischen Gefahr spreche, hier sei dieselbe doch weniger groß als irgendwo sonst. Er behauptete auch, die Unruhen in Mitteldeutschland seien nicht so schlimm, als sie in hiesigen Zeitungen dargestellt würden. Als ich sagte, es sei wohl zu bedauern, daß man von Berlin aus mit dem Entwaffnungsgesetz⁵ nicht etwas vorsichtiger vorgegangen sei, erwiderte Graf Zech, es seien wohl auf beiden Seiten Fehler gemacht worden. Man habe zur Ausarbeitung des Gesetzes nur sehr kurze Zeit gehabt, da sich erst nach der Rückkehr des Dr. Simons von London aus außerpolitischen Gründen die Notwendigkeit dafür ergeben habe. Der Entwurf sei in Eile gemacht worden, und man habe bei

52

⁴ Vizekanzler Heinze war am 24. März mit dem Auftrag nach München gekommen, dem bayerischen Kabinett den Standpunkt der Reichsregierung in der Entwaffnungsfrage mündlich darzulegen. Weil weitere Sanktionen der Entente drohten, sollte der Besuch des Vizekanzlers dem Appell zur Ablieferung der Waffen besonderes Gewicht verleihen. Die Brückierung des Vizekanzlers bildete den Höhepunkt des Konflikts zwischen München und Berlin über die Einwohnerwehrrpolitik Kahrs.

⁵ Das „Gesetz zur Durchführung der Artikel 177, 178 des Friedensvertrages“ (RGBl 1921, S. 235f.) war wegen der ultimativen Pariser Beschlüsse unter Zeitdruck entstanden. Der Entwurf wurde am 12. März dem Reichsrat vorgelegt, am 14. 3. fand die erste Lesung im Reichstag statt, am 19. 3. wurde es in 3. Lesung angenommen, am 22. 3. 1921 trat es in Kraft.

dessen Mitteilung an die Regierungen gleich wissen lassen, daß derselbe im Laufe der Beratungen in den Ausschüssen von Reichsrat und Reichstag noch allerhand Modifikationen erfahren könne. Mehr könne doch Bayern nicht verlangen. Man werfe der Reichsregierung hier immer vor, daß sie die Bayerische Regierung von solchen Schritten nicht vorher in Kenntnis setze. Aber wenn man das tue, dann stehe es sofort in der Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz, und jetzt, seit dem Bestehen der amtlichen Pressestelle, komme erst recht alles gleich in die Zeitung. So habe man auch seinerzeit den Entwurf des Entwaffnungsgesetzes nicht vertraulich behandelt, sondern gleich an die Öffentlichkeit gebracht und dadurch Schaden angerichtet, indem man die öffentliche Meinung unnötig aufgereizt habe. Man wolle ja den Bayern ihre Einwohnerwehren selbst gar nicht nehmen, in anderen Ländern, wie z. B. in seinem Heimatland Sachsen, gebe es auch solche Einwohnerwehren, aber man dürfe keinen solchen Lärm damit machen, und vor allem dürften die Einwohnerwehren nicht militärisch zentral organisiert sein. Die hiesige Einwohnerwehr habe einen großen Stab von früheren Offizieren, meist Generalstäblern, mit einer Organisation, wie sie früher der große Generalstab gehabt habe, einer Presseabteilung, einer kartographischen Abteilung u. s. w. Mit den Büroräumen sei ein ganzes großes Hotel belegt und die Kosten seien auf 15 Millionen veranschlagt, würden sich aber wohl auf mindestens 25 Millionen im Jahr belaufen. Diese Organisation sei es, die der Entente auf die Nerven gehe, und darin habe sie nicht so ganz unrecht. Von den Offizieren dieses Stabes sei die Regierung Kahr abhängig, und das sei das Schlimme. Sie wollten natürlich ihre Stellungen nicht verlieren, und daher komme der scharfe Widerstand gegen alle Maßnahmen der Reichsregierung und die Aufpeitschung der öffentlichen Meinung in diesem Sinne. Man erkläre immer, der Versailler Vertrag sei unerfüllbar, und das sei er auch, das müßten wir den Feinden und den Neutralen beweisen. Wir erreichten dies aber nur dadurch, daß wir unsern guten Willen zeigten, indem wir die Bestimmungen, die erfüllbar seien, auch wirklich erfüllten, und dazu gehöre die Entwaffnung.

[. . .]

6. April 1921 (Nr. 78)

53

Ministerpräsident von Kahr bat mich heute um eine Unterredung und zeigte mir die ihm vom Staatssekretär der Reichskanzlei zugegangene Abschrift eines Schreibens des Württembergischen Gesandten in Berlin an den Reichskanzler, in dem gegen die Zuziehung eines bayerischen „Sondervertreters“ zu den Verhandlungen in London⁶ Einspruch erhoben wird. Herr von Kahr sagte, die Württembergische Regierung scheine da von einer falschen Voraussetzung auszugehen, die durch einen unglücklich gewählten Ausdruck in einer Veröffentlichung des Auswärtigen Amtes veranlaßt sein könne. Die Bayerische Regierung habe sich gleich dagegen gewandt und die Sache richtig gestellt, was aber anscheinend nicht zur Kenntnis der Württembergischen Regierung gelangt sei. Tatsächlich sei Staatsrat von Meinel in London ebensowenig wie in Spa Vertreter Bayerns gewesen, vielmehr sei er ebenso wie die

⁶ Auf der Londoner Konferenz (21. 2.–14. 3. 1921) waren die deutschen Gegenanschläge zu den Pariser Beschlüssen in der Reparationsfrage abgelehnt worden. Am 8. März wurden als Sanktionen Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort besetzt.

andern nur Mitglied der Delegation des Reiches gewesen. Er sei von der Reichsregierung nur zur Teilnahme eingeladen worden, weil man den Wunsch gehabt habe, die besonderen süddeutschen Interessen durch eine mit diesen vertraute Persönlichkeit gewahrt zu sehen. Die Württembergische Regierung hätte ebensogut, wenn sie besondere Wünsche gehabt hätte, mit der Vertretung derselben Herrn von Meinel betrauen können, und es sei vielleicht ein Fehler, daß man versäumt habe, ein ausdrückliches Anerbieten in dieser Richtung nach Stuttgart ergehen zu lassen. Eine gesonderte Vertretung Bayerns dem Ausland gegenüber sei vollständig ferngelegen, er bitte mich, meine Regierung hiervon in Kenntnis zu setzen⁷.

[. . .]

7. April 1921 (Nr. 79)

Die „Münchener Zeitung“ bringt heute mittag eine Notiz, wonach Herr von Kahr gestern mit dem französischen Gesandten und einem englischen Offizier in der Frage der Einwohnerwehr unterhandelt haben solle. Tatsächlich wurde Herr Dard gestern nach mir beim Ministerpräsidenten erwartet, und es ist mir gelungen, aus guter Quelle in Erfahrung zu bringen, daß derselbe erklärt habe, seine Regierung sei nicht in der Lage, von ihrer bisherigen Stellungnahme in der Einwohnerwehr-Frage abzugehen. Ferner ist ein englischer Oberst im Auftrag seiner Regierung bei Herrn von Kahr gewesen und hat demselben gesagt, seine Regierung sei zu ihrem Bedauern wegen der schwierigen Lage, in der sie sich infolge des Bergarbeiterstreikes befinde, außerstande, die französische Regierung von einem Vorgehen gegen Deutschland abzuhalten. Er habe zwar Vorschläge zu Kompromissen gemacht, darunter einen, der dahin gehe, die Waffen der Einwohnerwehr sollten in Depots gesammelt und diese der Aufsicht der Entente unterstellt werden, diese Vorschläge seien jedoch sämtlich unannehmbar gewesen.

Von einem Mitglied der Bayerischen Volkspartei habe ich über die Stellungnahme dieser Partei zu der Einwohnerwehr-Frage folgendes gehört. Die Ansichten innerhalb der Partei gingen weit auseinander. Ein Teil sei für Nachgeben, ehe es zu neuen Sanktionen komme, dieser sei aber in der Minderheit und habe kaum Aussicht, sich durchzusetzen. Der andere Teil sei dafür, daß man es zu Sanktionen kommen lassen solle und erst unter dem Druck derselben nachgeben, wobei man darauf hinweisen müsse, daß es durch die Schuld der Reichsregierung soweit gekommen sei, weil sie die Entwaffnungsfrage von der Reparationsfrage getrennt habe. Über die Folgen dieses Schrittes gingen aber die Ansichten auch innerhalb dieser Gruppe auseinander. Auf einer Seite bestehe die Ansicht, daß dann die Bayerische Volkspartei aus der Regierung ausscheiden und in die Opposition treten müsse. Dann müsse es unfehlbar zu Unruhen, womöglich zum Bürgerkrieg kommen, da mindestens die ländliche Bevölkerung ihre Waffen um keinen Preis hergeben werde, und es sei nicht unmöglich,

54

⁷ Die Einladung, einen „Vertreter Bayerns“ an der Londoner Konferenz teilnehmen zu lassen, war tatsächlich von Berlin ergangen. Bei der Konferenz über Entwaffnungs- und Reparationsfragen in Spa im Juli 1920 hatte Kahr jedoch die Teilnahme eines Delegierten zur Wahrung bayerischer Sonderinteressen ausdrücklich gefordert. Das Kahrsche Dementi gegenüber dem württembergischen Gesandten entsprach insofern nicht dem wirklichen Sachverhalt, als Meinel in München in erster Linie als Vertreter Bayerns und nicht als Mitglied der Reichsdelegation angesehen wurde. Vgl. Benz, Süddeutschland, S. 290 f.

daß dann Kronprinz Rupprecht gerufen werde. Auf der andern Seite ist man dafür, daß die Partei in der Koalition bleiben solle, aber daß Herr von Kahr dann abtreten müsse. Man fürchtet nur, daß sich niemand findet, der bereit ist, an Kahrs Stelle zu treten und das Odium des Nachgebens auf sich zu nehmen. Herr von Kahr selbst ist ganz extrem und will mindestens, daß man es auf Sanktionen ankommen lassen solle. In der demokratischen Partei sind die Ansichten ebenfalls sehr geteilt, wenn man dort auch eher für ein Einlenken ist, so sind doch auch nicht wenige für ein Festbleiben. So ist die Lage recht verworren. Sollte es zu Neuwahlen mit der Parole „für oder gegen die Einwohnerwehr“ kommen, so erwartet man einen noch stärkeren Zug nach rechts. Man nimmt an, daß die Bayerische Volkspartei ihren Besitzstand wahren und daß die Mittelpartei (Deutsch-Nationale und Deutsche Volkspartei) einen bedeutenden Zuwachs erfahren würde auf Kosten der Demokraten und der Mehrheitssozialdemokraten.

6. Mai 1921 (Nr. 103)

55

Als ich heute morgen bei Herrn von Kahr war, stand derselbe ganz unter dem Eindruck der Nachrichten vom Ultimatum und dem Rücktritt der Reichsregierung⁸. Er beurteilte die Lage durchaus pessimistisch und zeigte keinerlei Vertrauen auf irgend eine Regierung, die in Berlin zustandekommen könnte. Herr von Kahr ist der Ansicht, daß man die Unterzeichnung unbedingt verweigern sollte, die Bedingungen seien absolut unerfüllbar, und deswegen wendeten wir den Vollzug von Zwangsmaßnahmen durch die Annahme nicht ab, denn dieselben würden doch angewendet werden, sobald wir die Bedingungen nicht erfüllen könnten. Man gewinne dadurch gar nichts. Er habe aber keinerlei Hoffnung, daß man sich in Berlin auf diesen Standpunkt stelle, es werde sicher wieder zum Nachgeben kommen. Die Sozialdemokraten lehnten eine Beteiligung an der Regierung ab, und das verstehe er gut, sie wollten nicht das Odium auf sich laden, das auf die Reichsregierung unbedingt falle, die in dieser Lage eine Entscheidung zu treffen habe, in welcher Richtung sie auch ausfalle. Die Sozialdemokratie wolle dann davon profitieren, weil sie hoffe, daß die derzeitige Koalition das Vertrauen des Volkes auf alle Fälle verlieren werde. Außerdem habe er auch Nachrichten, daß neue kommunistische Unruhen bevorstünden. Die Regierung in Berlin habe die Lage immer falsch beurteilt, und alle ihre Prophezeiungen hätten sich als unrichtig erwiesen. So habe man im Februar in Berlin auf das Wunder aus Amerika gewartet, dasselbe sei aber ausgeblieben. Die Amerikaner hätten ja wohl ein Interesse daran, daß das Wirtschaftsleben in Deutschland und damit in Europa nicht zerrüttet werde, denn sie erstickten in ihren Rohstoffen, für die sie unbedingt einen Absatz haben müßten. Aber dieser Gedanke müsse sich erst langsam auswirken, der Haß gegen Deutschland sei in Amerika noch zu groß, und die Regierung könne mit den andern Entente-Regierungen noch nicht brechen. Deswegen sei die Hoffnung auf einen durchgreifenden Schritt Hardings, durch den sich unsere Lage mit einem Schlage ändere, so verfehlt gewesen. Ferner habe Reichskanzler Fehrenbach in Berlin erklärt, und zwar mit einer unverkennbaren Spitze

⁸ Im Londoner Ultimatum vom 5. Mai forderten die Alliierten unter Androhung der Besetzung des Ruhrgebiets die Reparationssumme von 132 Milliarden Goldmark. Die Regierung Fehrenbach war aus Protest gegen das Ultimatum zurückgetreten.

gegen ihn, daß in Mitteldeutschland alle Waffen eingesammelt seien und eine Bewegung der Kommunisten nicht zu fürchten sei. Der Aufstand der Kommunisten habe dann gezeigt, wie er sich verrechnet habe. Hätte man einen Selbstschutz gehabt, so wäre es nie so weit gekommen, und in Bayern wäre es den Kommunisten viel übler ergangen, wenn sie sich erhoben hätten, als in Mitteldeutschland, wo man sie viel zu glimpflich behandelt habe. Leider habe man die bayerischen Truppen der Reichswehr nicht in Aktion treten lassen, die wären schärfer vorgegangen. Er fürchte aber, daß es doch noch einmal nötig sein werde, hoffentlich sei es dann nicht zu spät. Ferner habe Fehrenbach bezüglich der Entwaffnung Bayerns gesagt, an der Ostgrenze Deutschlands bestehe ja keinerlei Gefahr, und jetzt stehe der Einmarsch der Tschecho-Slowaken vor der Tür. Auch in Oberschlesien sehe man die Folgen des Nichtvorhandenseins einer Selbstschutzorganisation, wodurch die polnischen Auführer so leichtes Spiel gehabt hätten⁹. Hier in Bayern käme so etwas nicht vor, denn hier gebe das Volk die Waffen nicht aus der Hand. Darüber solle man sich in Berlin nicht täuschen. Man könne Gesetze erlassen und verfügen, soviel man wolle, den Tatsachen gegenüber blieben dies doch nur Papierfetzen. Im November 1918 habe man gesehen, was aus beschworenen Verträgen und Verfassungen werden könne, und die neuesten Verfassungen, hinter denen nicht einmal die Mehrheit des Volkswillens stehe, seien auch dem ausgesetzt, daß die Macht der Tatsachen über sie hinwegschreite.

Als ich Herrn von Kahr nach dem französischen Gesandten fragte, der kürzlich von Paris wieder hierher zurückgekehrt ist, sagte er, er habe ihn bis jetzt noch nicht gesehen, und fügte dann bei, die Franzosen hätten eigentlich Süddeutschland gegenüber eine von ihrem Standpunkt aus recht dumme Politik getrieben. Wenn sie eine Sprengung hätten herbeiführen wollen, so wäre viel wirksamer als die Besetzung von Aschaffenburg und Würzburg gewesen, wenn sie den süddeutschen Staaten die Waffen gelassen hätten und sie dadurch anders behandelt hätten als Preußen. Damit hätten sie schnell die Sympathien der hiesigen Bevölkerung gewonnen. So aber sei der Haß gegen Frankreich ins Ungemessene gestiegen, und wenn man heute damit rechnen könnte, daß England und Amerika neutral blieben, so wäre eine große Armee gegen Frankreich im Handumdrehen beisammen. Er sei sehr froh, daß Frankreich eine seinen eigenen Interessen widersprechende Politik verfolgt habe, denn dadurch sei die Einheit des Reiches gewahrt geblieben, die sonst ernstlich gefährdet gewesen wäre.

12. Mai 1921 (Nr. 109)

Die Tatsache, daß Herr von Kahr und mit ihm die ganze Bayerische Regierung gegen die Annahme des Ultimatums sich ausgesprochen hatte, war hier von ausschlaggebender Wirkung auf die öffentliche Meinung in fast allen bürgerlichen Kreisen. Die Leiter der Einwohnerwehr taten das Ihrige dazu, um diese Stimmung zu fördern, und bei der allgemeinen Verbreitung und Beliebtheit dieses Instituts haben sie mit

56

⁹ Nach vorangegangenen Unruhen war am 2. Mai in Oberschlesien ein polnischer Aufstand unter Korfanty ausgebrochen, der gegenüber der Abstimmung vom 20. März vollendete Tatsachen zugunsten Polens schaffen sollte. Deutsche Selbstschutzverbände leisteten enrgischen Widerstand und eroberten am 21. Mai den Annaberg.

ihrer Hetze gegen alles, was in die Zweckmäßigkeit eines glatten Nein Zweifel setzte, viel Erfolg gehabt. Die vielgelesenen Zeitungen Münchner Neueste Nachrichten und München-Augsburger Abendzeitung führten auch einen lebhaften Feldzug zugunsten der Ablehnung der Feindesforderungen, und man sah sich fast überall dem Verdacht des mangelnden Patriotismus ausgesetzt, wenn man Gründe aufzählte, die immerhin auch für eine Annahme der Forderungen sprechen könnten. Trotzdem fand ich bei einigen Leuten, die etwas mehr Sinn für auswärtige Politik hatten, die Anschauung, daß es in diesem Fall doch richtiger sei nachzugeben. Dazu gehörten insbesondere verschiedene Beamte des Ministeriums des Äußern, denen man gewiß nicht den Vorwurf mangelnden Patriotismus' machen kann und die vermöge ihrer ganzen Vergangenheit und jetzigen politischen Haltung ganz auf der rechten Seite stehen. Sie äußerten mir gegenüber diese ihre rein persönliche Ansicht, wobei auch manches harte Wort gegen den überlauten Einwohnerwehr-Rummel fiel.

Nachdem nun die Vorgänge in Berlin zur Annahme des Ultimatums und zur Neubildung des Reichskabinetts geführt haben, wird dies alles hier als eine Mache Erzbergers bezeichnet, der hinter den Kulissen die ganze Sache geleitet habe und der in Dr. Wirth nur einen Statthalter auf einen Posten gesetzt habe, den er demnächst selbst einnehmen werde.

[. . .]

[. . .] Das Ansehen, das Herr von Kahr in der öffentlichen Meinung außerhalb der Sozialdemokratie und der noch weiter links stehenden Parteien genießt, ist größer als je, und bei seiner unbedingten Reichstreue wäre sein Rücktritt sehr zu beklagen, da man nicht weiß, ob ein etwaiger Nachfolger aus den Kreisen der Bayerischen Volkspartei die gleiche Gesinnung und denselben Einfluß auf die öffentliche Meinung hätte. Dagegen wäre es gut, wenn mit der Auflösung der Einwohnerwehr der große Einfluß, den die leitenden Männer derselben auf Herrn von Kahr ausüben, verschwinden würde.

[. . .]

10. Juni 1921 (Nr. 139)

57

Soeben wird mir mitgeteilt, daß heute nacht hier der Unabhängige Abgeordnete Gareis ermordet worden ist. Von einem Vortrag heimkehrend verabschiedete er sich vor seiner Haustüre gegen 1 Uhr nachts von einem Begleiter, als vier Schüsse krachten, von denen zwei ihn in Kopf und Oberkörper trafen, während die beiden andern im Haustor stecken blieben. [. . .]

In Arbeiterkreisen herrscht natürlich große Aufregung, weil man dort mit Sicherheit annimmt, daß der Mord von einem nationalistischen Studenten ausgeführt worden sei. [. . .]

[. . .]

Man hat ja natürlich noch keinen Anhaltspunkt über die Person des Mörders und seine Beweggründe¹⁰, und es ist auch möglich, daß es sich um private oder Parteistreitigkeiten handelt, aber der Gedanke liegt doch sehr nahe, daß man es mit der

¹⁰ Gareis war besonders gegen die geheimen Waffenlager der Einwohnerwehr aufgetreten und hatte sich dadurch in Rechtskreisen verhaßt gemacht. Anfang Juni hatte der „Miesbacher Anzeiger“ aufgefordert, Gareis totzuschlagen wie einen tollen Hund. Vgl. W. Hoegner, Die Verratene Republik, München 1958, S. 88.

Tat eines Menschen zu tun hat, der durch die ganze gereizte Stimmung, die infolge des Streites um die Einwohnerwehr hier entstanden ist, und durch die zum Teil maßlosen Hetzereien einiger Zeitungen, dazu getrieben worden ist, wobei es gar nicht ausgeschlossen erscheint, daß ein geistig defekter Mensch diesen äußeren Einflüssen leichter zum Opfer fällt. Auf der Seite der Parteien der Linken besteht ja schon lange eine heftige Gegnerschaft gegen die Polizeidirektion und deren Leiter, besonders weil dieser die Plakate und das Organ der nationalsozialistischen Arbeiterpartei, den Völkischen Beobachter, so glimpflich behandelt und ihre Hetzereien gegen Juden und Bolschewisten nicht unterbindet. Hinzu kommt noch das Zusammenreffen dieser Tat mit dem wenige Tage zuvor erfolgten Überfall auf den sozialdemokratischen Abgeordneten Saenger.

Der Abgeordnete Gareis war ein an und für sich wenig gefährlicher Mann, der meist nicht recht ernst genommen wurde. Er stammt aus einer Förstersfamilie und war als Soldat durchaus patriotisch und national gesinnt, bis er sich durch irgendeine ihm widerfahrene Behandlung verletzt fühlte, politisch ganz umschwenkte und nach der Revolution der U.S.P. beitrug, in der er sich, da sie nicht gerade Überfluß an bedeutenden Köpfen hat, alsbald zum Führer aufschwang.

In den Ministerien herrscht Sorge wegen der Folgen, die dieser Fall noch haben kann, der namentlich wieder seine Rückwirkung auf die im Gang befindliche Entwaffnung der Einwohnerwehr haben wird, denn wenn linksradikale Streiks und Demonstrationen bevorstehen, wollen die Einwohnerwehrleute ihre Waffen natürlich erst recht nicht hergeben.

11. Juni 1921 (Nr. 143)

Als heute morgen die Zeitungen ausblieben, konnte man sich schon denken, daß infolge der Ermordung des Abgeordneten Gareis der Streik ausgebrochen sei. Tatsächlich wurde noch gestern nachmittag von den Arbeiterorganisationen ein dreitägiger Generalstreik als Demonstration beschlossen, der im allgemeinen nachts 12 Uhr beginnen sollte, für die Buchdrucker jedoch schon früher, so daß die Fertigstellung der Morgennummern der bürgerlichen Blätter verhindert wurde. Die Blätter der Linken erschienen trotzdem bis auf den „Kampf“¹¹, der auf Grund seiner gestrigen Nummer verboten worden war. [. . .]

Im Straßenbild war von dem Streik gar nichts zu bemerken, der sich, wie es scheint, auf die Arbeiter der größeren Industrieunternehmen beschränkte. Die Straßenbahnen verkehrten, allerdings eine Stunde später als gewöhnlich.

Heute nachmittag habe ich durch einen Journalisten gehört, daß der Streik sich bereits als ein Fehlschlag erweise. Man habe der ausgegebenen Parole der Führer lediglich in den größeren Betrieben gefolgt und auch da zum Teil nur wider Willen und auf Grund der Terrorisierung durch eine Minderheit. In allen kleineren Betrieben und ebenso in den städtischen Betrieben werde gearbeitet. Unter der Arbeiterschaft mache sich eine starke Mißstimmung gegen die Führer bemerkbar und der Wunsch, die Arbeit schon am Montag wieder aufzunehmen. Die Straßenbahner hätten den Streik beschlossen, seien aber von Arbeitern, die zu ihren Arbeitsstellen fahren wollten, gezwungen worden, den Betrieb aufzunehmen. Die Streikleitung habe sich nach Augsburg und Nürnberg gewandt, um den Anschluß an den Streik zu verlangen,

¹¹ Im Frühjahr 1919 gegründete Tageszeitung der USPD.

in Augsburg sei man darauf eingegangen und auch in den Streik getreten, in Nürnberg dagegen habe man es abgelehnt. Die bürgerlichen Zeitungen beabsichtigten, außerhalb Münchens gemeinschaftlich ein Blatt zu drucken.

Das Eisenbahnpersonal wurde unter Androhung der Entlassung vor der Teilnahme am Streik gewarnt.

17. Juni 1921 (Nr. 144)

59

[. . .]

Die bürgerlichen Parteien und deren Presseorgane haben sich im Falle Gareis recht korrekt benommen und die Strömungen, die zu solchen Gewaltakten führen könnten, scharf verurteilt. Die national-sozialistische Arbeiterpartei des Herrn Hitler, von der böse Zungen sagen, daß sie mit Ausnahme von 4 bis 5 Renommierarbeitern nur aus Studenten bestehe, wurde ziemlich deutlich abgelehnt, auch der Oberst von Xylander hat von allen Seiten eine ziemlich scharfe Ablehnung erfahren¹², zumal er sich eine Äußerung über den Reichswehrminister geleistet hat, wobei er es mit der Wahrheit mindestens in fahrlässiger Weise nicht ganz genau genommen hat. [. . .]

[. . .]

24. Juni 1921 (Nr. 154)

60

Wie ich heute im Staatsministerium des Äußern gehört habe, wird morgen der Auflösungsbefehl für die Einwohnerwehr von der Reichsregierung hier eintreffen. Derselbe erfolgt auf Grund einer mündlichen Besprechung, die ein führendes Mitglied der Einwohnerwehr in Berlin mit dem Reichskanzler hatte. Man hat daher allen Grund zur Annahme, daß seiner Ausführung keine Schwierigkeiten mehr bereitet werden. [. . .]

Die Preußische Regierung beabsichtigt nun doch, hier wieder eine Vertretung zu errichten, und zwar ist dafür eine Persönlichkeit in Aussicht genommen, für die bei der Bayerischen Regierung bereits um Erteilung des agréments nachgesucht worden ist. Es handelt sich um einen unpolitischen, keiner Partei angehörigen Beamten, einen früheren Landrat, der vorerst in der Eigenschaft eines Bevollmächtigten der preußischen Regierung seinen Sitz hier nehmen soll, bis die Einrichtung wieder zur Gesandtschaft ausgebaut wird.

[. . .]

[. . .] Nachdem der bisherige preußische Geschäftsträger als Vertreter der Reichsregierung mit dem Titel Gesandter hier geblieben ist, wird es nun in Zukunft einen eigenen Vertreter der Reichsregierung und einen solchen der Preußischen Regierung nebeneinander hier geben¹³. Bayern dürfte durch diesen Entschluß der Preußischen Regierung in seiner Absicht, in Stuttgart wieder eine Gesandtschaft zu errichten, jedenfalls nur bestärkt werden.

[. . .]

¹² Oberst von Xylander, der in den Rechtskreisen eine große Rolle spielte, hatte die Regierung Kahr als zu schlapp bezeichnet und eine Militärdiktatur gefordert.

¹³ Die preußische Gesandtschaft war am 31. März aufgehoben worden, als Ersatz amtierte jedoch ein „Bevollmächtigter Preußens“ in München. Am 1. Mai 1924 wurde wieder eine förmliche Gesandtschaft Preußens errichtet, die bis zum 21. Mai 1931 existierte.

31. Juli 1921 (Nr. 210)

Um Herrn von Kahr vor den Sommerferien noch einmal selbst zu sprechen, ließ ich mich bei ihm anmelden und wurde gestern von ihm empfangen. Der Ministerpräsident meinte, von dem Streit zwischen England und Frankreich wegen Oberschlesien¹⁴ würden wir keinen Vorteil haben, wir würden vielmehr nur wieder die Leidtragenden sein. Es gehe wie mit dem Kranken, über den sich die Ärzte streiten, bis er gestorben sei. Die ganze äußere und innere Lage, in der wir uns befänden, sei derartig verzweifelt, daß er nicht sehe, wie wir auf normalem Wege uns allmählich wieder herausarbeiten sollen, er glaube, daß diese Lage nur durch eine gewaltsame Lösung eine Änderung werde erfahren können. Es müsse noch einmal Kämpfe im Innern und Krieg nach außen geben. Diejenigen, die dann noch am Leben seien, könnten dann das neue Deutschland aufbauen. Er sehe in dieser Hinsicht sehr schwarz und glaube, daß es schon in diesem Winter zu einer Entladung kommen müsse. Die Preise der Lebensmittel würden steigen, und die Wirkungen der neuen Steuern würden sich fühlbar machen, dann gebe es eine allgemeine Unzufriedenheit, die sich leicht auch auf dem Lande ausdehnen könne, wenn infolge der Anpassung an die Weltmarktpreise die Produktionskosten sich noch erhöhten. Diese Unzufriedenheit würde in geschickter Weise von den Kommunisten ausgenützt, die jetzt schon wieder stark am Werke seien, und ihren Versprechungen werde das törichte Volk Glauben schenken, wenn es noch so deutlich an der Katastrophe, die sich gegenwärtig in Rußland abspiele, sehen könne, wohin solche Beglückungsexperimente führen. Ganz so leichtes Spiel wie in Rußland würden die Kommunisten allerdings bei uns nicht haben, aber zu inneren Kämpfen werde es kommen, und dabei sei die Gefahr groß, daß das Reich auseinanderfalle und die einzelnen Länder sehen müßten, wie sie sich auf eigene Faust retteten. Die Machthaber Rußlands würden, wenn sie ihr Spiel dort verloren sehen, versuchen, hier dasselbe von neuem anzufangen, um sich auch auf Kosten Deutschlands zu bereichern und dieses zu Grunde zu richten. Wie lange die Dinge in Rußland noch weitergingen, das hänge lediglich davon ab, wie lange die Rote Armee noch ernährt werden könne, gelinge dies nicht mehr, dann sei es aus, und man müsse dann nur hoffen, daß die Führer von den Truppen totgeschlagen würden, ehe sie sich nach Deutschland flüchteten. Diese Truppen würden aber dann als Räuberbanden Europa durchziehen und suchen, wo sie sich etwas zum Essen verschafften, damit entstehe eine Völkerwanderung, die eine neue große Gefahr für uns bedeute.

[. . .]

5. August 1921 (Nr. 213)

[. . .]

Auch eine andere Partei¹⁵, die viel von sich reden macht, die national-sozialistische Arbeiterpartei, ist stark kompromittiert durch ein Flugblatt, das die Münchener Post ebenfalls veröffentlicht. Dieses Flugblatt, das aus der Partei selbst stammt, wendet sich gegen Hitler, den Mann, der das treibende Element der Partei ist und der nun

¹⁴ England vertrat im Gegensatz zu Frankreich den Standpunkt, daß es Deutschland gestattet sein müsse, Oberschlesien gegenüber den polnischen Aufständischen zu verteidigen.

¹⁵ Zuvor war die Rede von unlauteren Werbemethoden der Bayerischen Königspartei, die von der Münchener Post angeprangert worden waren.

zum Verräter an der eigenen Partei gestempelt werden soll¹⁶. Diese Partei weiß sich immer wieder in Erinnerung zu bringen durch Plakate, auf denen mit den schärfsten Worten gegen das Judentum und den internationalen Kapitalismus losgezogen und zu Versammlungen eingeladen wird, die meist starken Zulauf haben. Sie ist aber, wie ich schon früher erwähnt habe, weit entfernt, als Arbeiterpartei gelten zu können. Hitler wird als pathologische Persönlichkeit betrachtet, der allerdings eine zündende Rednergabe eigen ist. Inwieweit man in Regierungskreisen auf diese Partei eine gewisse Hoffnung gesetzt hat, mag dahingestellt bleiben, immerhin ist es auffallend, wie mild die Zensur der Polizei den marktschreierischen Plakaten dieser Partei gegenüber ist.

[. . .]

22. September 1921 (Nr. 251)

63

Wie ich gestern abend noch telephonisch mitteilen konnte, hat der Bayerische Landtag gestern nachmittag den Grafen Lerchenfeld zum Ministerpräsidenten gewählt¹⁷.

[. . .]

Während man noch am Mittag damit rechnen mußte, daß eine endgültige Entscheidung noch nicht werde erfolgen können, da Graf Lerchenfeld erst am Nachmittag hier eintraf, hat die Krise nun doch noch eine überraschend schnelle und glatte Lösung erfahren. [. . .]

In der Mittelpartei ist man nicht gut auf den Grafen Lerchenfeld zu sprechen, und man behauptet, er sei von der Reichsregierung als Kandidat präsentiert worden. Er sei mit dem Grafen Bernstorff und anderen Demokraten befreundet, habe in Polen¹⁸ eine nicht genügend nationale Politik getrieben und werde daher stark zur Linken hinneigen und gegen Berlin zu gefügig sein. Man könnte geneigt sein, eine Bestätigung dieses Urteils darin zu finden, daß, wie ich gehört habe, der Abgeordnete Auer sich über die Wahl sehr befriedigt ausgesprochen hat. Ich selbst möchte die Wahl unter den gegebenen Verhältnissen als eine nicht ungeeignete ansehen. Man wird bei dem neuen Ministerpräsidenten etwas mehr politische Einsicht voraussetzen dürfen, als sie seinem Vorgänger zu eigen war, und wenn auch die Haltung Herrn von Kahrs in mancher Hinsicht anerkannt werden muß, so ist doch zu hoffen, daß unter einem neuen Mann, der nicht unter dem traurigen Zustand der gegenseitigen Verhetzung zu leiden hat, der Verkehr mit Berlin sich reibungsloser vollziehen wird, wobei eine besondere Nachgiebigkeit noch gar nicht vorausgesetzt zu werden braucht.

Der gestrige Tag ist ruhig verlaufen. Herr von Kahr hat eine Bekanntmachung

¹⁶ In dem Flugblatt, das die Münchener Post am 3. 8. 1921 veröffentlichte, wurde Hitler beschuldigt, „die Geschäfte des Judentums und seiner Helfer zu besorgen“ und mit den österreichischen Monarchisten in Verbindung zu stehen. Über den Streit innerhalb der NSDAP vgl. W. Maser, *Die Frühgeschichte der NSDAP*, Frankfurt 1965, S. 266 ff.

¹⁷ Wegen der nach dem Erzbergermord am 29. August erlassenen Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten war es zum Konflikt zwischen München und Berlin gekommen. Kahr weigerte sich, den bayerischen Ausnahmezustand aufzuheben und die Geltung der Reichsverordnung für Bayern anzuerkennen. Die starrsinnige Haltung Kahrs stand im Gegensatz zur Koalitionsmehrheit und zum Landtag. Zur Erleichterung auch der BVP trat er am 11. September zurück.

¹⁸ Lerchenfeld war im Ersten Weltkrieg in Lodz und Warschau als Reichsbeamter gewesen. 1920/21 war er Vertreter der Reichsregierung in Darmstadt.

erlassen, in der vor unüberlegten Schritten und gewaltsamen Eingriffen in den verfassungsmäßigen Gang der Dinge gewarnt wurde. Der Führer der National-Sozialisten Hitler wurde verhaftet unter dem Verdacht, die Verteilung aufhetzender Flugblätter betrieben zu haben. Wenn auch hier mit einer Störung der Ruhe nicht zu rechnen ist, so darf man nicht aus dem Auge verlieren, daß auf dem Lande, besonders bei den etwas kriegerischen Anhängern Herrn von Kahrs im Chiemgau und anderen Gegenden Oberbayerns, das Ergebnis des gestrigen Tages große Aufregung hervorrufen wird.

[. . .]

29. September 1921 (Nr. 264)

Daß nach dem Ausscheiden Herrn von Kahrs aus der Regierung auch die Tage des Polizeipräsidenten Pöhner gezählt sein würden, konnte man sich denken. Es war sogar zu erwarten, daß er selbst auf eine weitere Tätigkeit auf diesem Posten verzichten würde, denn wie ich vor einiger Zeit gehört habe, ist es schon länger sein Wunsch, wieder in den Justizdienst, dem er entstammt, zurückzutreten. Er habe sich nur halten lassen, weil er Herrn von Kahr das Versprechen gegeben habe, auf dem Posten auszuharren, so lange dieser an leitender Stelle stehe. Man war daher, als gestern bekannt wurde, daß Pöhner sein Entlassungsgesuch eingereicht habe, über diese Tatsache nicht überrascht, wohl aber über die Form, in der sie erfolgte. Herr Pöhner hat sich mit einer Begründung seines Gesuches an die Öffentlichkeit gewandt, die gestern in der Stadt plakatiert war und folgenden Wortlaut hatte:

„Die Bayerische Regierung hat dem Verlangen der Reichsregierung nachgegeben und in die Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes eingewilligt. Der Verfassungsausschuß des Landtages hat hierzu gestern seine Zustimmung erteilt. Damit ist erschwert das Verbot von Straßenkundgebungen und von Versammlungen unter freiem Himmel, ist Verzicht geleistet auf Schutzhaft, Ausweisung und Aufenthaltsbeschränkungen sicherheitsgefährlicher Elemente und besonders landfremder Agitatoren, wie sie uns seinerzeit die Räterepublik beschert hat. Der Reichsausnahmezustand sieht diese Schutzmaßnahmen nicht oder nur unter gewissen Bedingungen vor. Die Verhältnisse hätten es noch nicht gestattet, die bewährten Bestimmungen des bayerischen Rechts preiszugeben, um so weniger, als die schwersten Erschütterungen des wirtschaftlichen und politischen Lebens für die nächsten Monate bevorstehen. Unter diesen Umständen sehe ich mich außerstande, die Verantwortung für Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung weiterhin zu übernehmen. Ich habe daher heute um Enthebung von meinem Amte gebeten.“

Eine amtliche Auslassung in der Korrespondenz Hoffmann¹⁹ bezeichnet die Ankündigung des Rücktritts Pöhners durch Anschlag als eine bisher im Beamtendienst nicht übliche Form.

[. . .]

Das, was über die Persönlichkeit Pöhners und die Art und Weise seiner Amtsführung zu sagen wäre, dürfte aus meinen bisherigen Berichten zur Genüge hervorgehen. Es ist keine Frage, daß sein Rücktritt eine Entlastung für die neue Regierung bildet, aber man wird auch nicht übersehen dürfen, daß dadurch eine gewisse Beunruhi-

¹⁹ Offizielle bayerische Zeitungskorrespondenz.

gung in die Bevölkerung getragen wird. Die mustergültige Ordnung und Ruhe, die hier herrschen und die auch den meisten Besuchern aus andern Teilen Deutschlands, namentlich den aus dem Norden kommenden, allgemein wohltuend auffällt, ebenso wie die Niederhaltung der bolschewistischen Elemente, wird in erster Linie als das Verdienst des Mannes angesehen, der seit dem Sturz der Räterepublik in ebenso energischer wie umsichtiger Weise das Amt des Polizeipräsidenten und zugleich das des Staatskommissars für München Stadt und Land geführt hat. Auflösung der Einwohnerwehr, Aufhebung des Ausnahmezustandes, Rücktritt von Kahr und Pöhner sind Ereignisse, die der durch die Erlebnisse der Rätezeit verängstigten Bevölkerung einen tiefen Eindruck machen und in ihr lebhaft Besorgnisse für die Zukunft wachrufen, besonders angesichts der für den Winter drohenden schweren Wirtschaftskrise. Es ist auf das Tiefste zu bedauern, daß Pöhner durch seine einseitige politische Einstellung sich unmöglich gemacht hat und daß er vollends noch durch die Form, unter der sein Rücktritt erfolgt, dazu selbst beigetragen hat, dieses Gefühl der Unsicherheit in der Bevölkerung zu verstärken. Es wäre sehr zu wünschen, daß er bald einen geeigneten, nicht minder energischen, aber politisch etwas vorsichtigeren Nachfolger erhielte.

[. . .]

11. Oktober 1921 (Nr. 277)

65

Am letzten Sonntag fand hier eine große Trauerfeier für die ungefähr 13 000 im Weltkrieg gefallenen Münchner statt, verbunden mit einer Straßensammlung für ein zu Ehren derselben hier zu errichtendes Denkmal. Auf dem Königsplatz vor den Propyläen war ein Feldaltar und ein mit Blumen und Fahnen geschmückter Katafalk errichtet. Der Kardinal-Erzbischof hielt eine große Ansprache, worauf ein Hochamt zelebriert wurde. [. . .] Nach der Feier marschierte eine Abteilung Reichswehr an den Generalfeldmarschällen Prinz Rupprecht und Prinz Leopold vorbei, wobei das Publikum diesen lebhaften Ovationen bereitete. [. . .]

In diesem Zusammenhang ist interessant, was ich heute von einem Herrn gehört habe, der gestern den früheren Kronprinzen gesprochen hat. Der Prinz hat sich dahin ausgesprochen, daß die monarchische Bewegung in Bayern große Fortschritte gemacht habe, so daß bei einer Volksabstimmung wohl eine Mehrheit für die Wiedererrichtung der Monarchie sich ergeben würde. Er sehe darin aber vorerst noch eine große Gefahr, weil dieses Ziel zur Zeit nur auf Kosten der Reichseinheit erreicht werden könnte und weil, solange die Zustände sich nicht gebessert hätten, ein Herrscher schnell in Mißkredit kommen würde, so daß durch eine verfrühte Verwirklichung dem monarchischen Gedanken nur Schaden zugefügt werden könnte. Er brems daher wo er könne bei den Leuten, die eine solche Verwirklichung anstreben. Er werde sich nie dazu hergeben, wenn eine Thronbesteigung nicht auf legalem Wege durch Volksentscheid erfolgen könne und solange dadurch die Reichseinheit gefährdet würde. Eine gewisse Gefahr schein ihm in der Bewegung in Ungarn zu liegen, von wo er ziemlich alarmierende Nachrichten erhalte. Wenn die Ungarn auf Wien marschierten und dort die Monarchie errichten wollten, so könnten für Bayern kritische Tage kommen. Ich halte den Prinzen Rupprecht für loyal und einsichtig genug, um anzunehmen, daß diese Ausführungen durchaus ernst gemeint sind. Es muß aber dabei berücksichtigt werden, daß König Ludwig den Gedanken, selbst den

Thron wieder zu besteigen, noch lange nicht aufgegeben hat. Nur ist anzunehmen, daß, wenn das Volk eine Wiederherstellung der Monarchie verlangen sollte, König Ludwig nicht mehr gewünscht würde, der so gründlich unbeliebt war, sondern nur Prinz Rupprecht. Daher besteht großes Mißtrauen beim Vater gegen den Sohn, und dieser muß wünschen, daß, solange der Vater noch lebt, die Frage nicht akut wird.
[. . .]

18. Oktober 1921 (Nr. 279)

[. . .]

Wie ich aus zuverlässiger Quelle gehört habe, ist die Römische Kurie mit dem Kurs der Reichszentrumspolitik äußerst unzufrieden und hat daher den hiesigen Kardinal-Erzbischof Faulhaber beauftragt, wenigstens auf die Bayerische Volkspartei in konservativem Sinne einzuwirken. Hierin dürfte zum Teil die Erklärung dafür zu finden sein, daß gerade der südbayerische Flügel dieser Partei sich so ausdrücklich zu einer rechts gerichteten Politik bekennt, von einem Abweichen von dieser Linie starke Verluste an die Mittelpartei befürchtet, mit der er, um diese zu vermeiden, ein erneutes Zusammengehen wünscht. Die Benediktiner sollen von Rom direkt beauftragt sein, die Mittelpartei zu unterstützen. Dies erscheint ziemlich plausibel, da der bekannte schwer reiche Freiherr von Cramer-Klett, den man wohl als den „Schutzherrn“ der Benediktiner bezeichnen kann, trotz seiner ausgesprochen klerikalen Gesinnung gerade in letzter Zeit die Mittelpartei finanziell mehr unterstützt hat als die Bayerische Volkspartei.

Wie ich von dem Preußischen Bevollmächtigten gehört habe, hat Ministerpräsident Stegerwald ähnlich lautende Informationen von anderer Seite erhalten und ist daher der Ansicht, daß diese Angaben über die Haltung des Päpstlichen Stuhls vollständig zutreffen. [. . .]

[. . .]

22. Oktober 1921 (Nr. 284)

Die Beisetzung des auf seinem Gute Sarvar in Ungarn am 18. [Oktober] verstorbenen früheren Königs Ludwig III. von Bayern wird hier in München in der Frauenkirche stattfinden, gleichzeitig werden die seinerzeit provisorisch in Schloß Wildenwarth, dem Wohnsitz des Königspaares seit der Revolution, beigesetzten Überreste der zu Beginn des Jahres 1919 verstorbenen Königin Marie Therese hierher überführt werden. [. . .] Die Staatsregierung hat sich sofort die Aufsicht über die sämtlichen Veranstaltungen anlässlich der Beisetzung und den ausschlaggebenden Einfluß auf dieselben gesichert, ohne nach außen hin die Leitung in die Hand zu nehmen. Sie hat nämlich für die Bildung eines Bürgerausschusses Sorge getragen, in dessen Händen die sämtlichen Anordnungen liegen. An der Spitze desselben steht der Präsident der Regierung von Oberbayern, Herr von Kahr, und das Ministerium des Äußern hat den Ministerialdirektor Freiherrn von Lutz in diesen Ausschuß abgeordnet. Sofern es sich um finanzielle Fragen handelt, wird ein Beamter des Finanzministeriums beigezogen. Der der Mehrheitssozialdemokratie angehörige erste Bürgermeister Schmid ist, wie ich höre, ebenfalls dem Ausschuß beigetreten.

[. . .]

66

67

26. Oktober 1921 (Nr. 289)

68

Daß von den dem Ministerpräsidenten nicht günstig gesinnten Seiten Gerüchte ausgestreut werden, daß er sich auf früheren amtlichen Stellen nicht bewährt habe, läßt sich denken. Insbesondere wird behauptet, er habe in Warschau sowohl als im Auswärtigen Amt in Berlin sich als unfähig erwiesen. Der hiesige Preußische Bevollmächtigte Ministerialrat Schellen, der kürzlich in Berlin war, sagte mir, er habe sich Mühe gegeben, dort festzustellen, was an diesen Gerüchten Wahres sei. Bezüglich der Warschauer Tätigkeit Lerchenfelds habe er nichts in Erfahrung bringen können, da die Persönlichkeiten, bei denen er Erkundigungen hätte einziehen können, nicht anwesend gewesen seien, dagegen sei ihm leider bestätigt worden, daß Graf Lerchenfeld bei seiner Tätigkeit im Auswärtigen Amt so ziemlich versagt habe, was auch der Grund zu seiner Versetzung nach Darmstadt gewesen sei. [. . .]

1. November 1921 (Nr. 297)

69

Infolge der durch den Putsch König Karls in Ungarn²⁰ entstandenen Unruhen war die Verbindung mit Sarvar hier vollständig unterbrochen, und es war nicht möglich, einen Tag für die Beisetzung König Ludwigs festzusetzen, da man nicht wußte, bis wann die Leiche hier eintreffen könnte. Dies war umso mißlicher, als die folgenden Tage sich als ungeeignet erwiesen wegen Allerheiligen, wegen der Reise des Ministerpräsidenten zur Hafeneröffnung in Aschaffenburg und wegen der bevorstehenden Wiederkehr der Jahrestage der Revolution. So gedachte man erst die Beisetzung bis Mitte November zu verschieben, doch wurde am letzten Samstag der Beschluß gefaßt, auf alle Fälle am nächsten Samstag, den 5. November, die Trauerfeier abzuhalten, und zwar, wenn die Leiche des Königs bis dahin nicht eingetroffen sein sollte, ein feierliches Requiem mit der Maßgabe, daß dann die Leiche nach ihrem Eintreffen in aller Stille in die Gruft verbracht werden sollte. Am Samstag abend traf dann überraschend die Nachricht ein, daß der Zug mit der Leiche des Königs schon am Sonntag morgen in Salzburg eintreffen werde. [. . .] Wenn man weiß, wie wenig der verstorbene König die Liebe und Anhänglichkeit des Volkes genossen hat, und zwar bis in die Kreise seiner nächsten Umgebung, so wirkt es direkt unsympathisch, welcher Kultus jetzt mit seiner Leiche getrieben wird. Gegen die Beisetzung in München ist ja gar nichts zu sagen, aber sie hätte auch in etwas stillerer und dadurch vornehmerer Weise erfolgen können. Ein gut Teil von dieser Übertreibung mag ja auf Rechnung des schlechten Gewissens zu setzen sein, das man dem König gegenüber hat, zu dessen Schutz sich damals keine Hand rührte, allein die Hauptsache erscheint mir, und ich stehe mit dieser Anschauung nicht allein, doch in dem Bedürfnis nach festlichen Veranstaltungen zu liegen und in der echt bayerischen Sucht, sich besonders hervorzutun und ähnliche Vorgänge in anderen Ländern, wenn sie auch auf ganz anderen psychologischen Momenten beruhten, zu übertrumpfen. Daß das Verlangen nach Wiederkehr der Monarchie dabei auch eine große Rolle spielt, soll nicht außer acht gelassen werden. Der monarchische Gedanke ist jedenfalls in Südbayern sehr rege, und es hat sich dies auch auf dem Transport der Leiche von

²⁰ Trotz eines im März 1921 mißglückten Putsches hatte der ehemalige österreichische Kaiser Karl zwischen 21. und 25. Oktober abermals versucht, durch einen Staatsstreich in Ungarn als König an die Macht zu kommen.

Salzburg nach Wildenwarth gezeigt, wo die Teilnahme der Landbevölkerung eine ungeheure gewesen sein soll, umso eindrucksvoller und rührender, als sie durchaus spontan war. In Nordbayern und der Pfalz dürfte die Stimmung zur Zeit noch eine wesentlich andere sein, doch werden auch von dort viele Abordnungen zur Beisetzungsfest erwartet, und man ist bestrebt, diesen besonders gute Plätze im Zug und in der Kirche zu sichern. Störungen von linker Seite dürften wohl kaum zu erwarten sein, da man in diesen Kreisen zu gut weiß, wie unbeliebt man sich dadurch machen würde. Gegen Überraschungen von rechts glaubt man auch gesichert zu sein, wenn man auch wohl nicht wird verhindern können, daß Rufe wie: „Es lebe König Rupprecht“ da und dort ertönen werden. Prinz Rupprecht hat sich übrigens den Herrn seiner Umgebung gegenüber die Anrede als König sehr energisch verboten.

[. . .]

7. November 1921 (Nr. 306)

Die Beisetzung des Königs-paares ist gemäß dem dafür aufgestellten umfangreichen Programm am Samstag vor sich gegangen. Die Beteiligung sowohl am Zuge als seitens des zuschauenden Publikums war eine ungeheure. Störungen sind nirgends vorgekommen. Beim Verlassen der Kirche wurden dem Prinzen Rupprecht lebhafte Ovationen zuteil, ebenso wurde bei der Zurückbringung der Fahnen der alten Regimenter in das Armee-Museum vom Publikum eine Demonstration veranstaltet durch Rufe: „Es lebe die alte Armee, es lebe König Rupprecht!“ Dabei blieb es aber auch, und die Leute der extremen Rechten ließen sich glücklicherweise zu keinen unbedachten Handlungen hinreißen. Trotzdem hatte man den Eindruck, daß das Ganze ein machtvolles Bekenntnis zur Monarchie war, deren Verwirklichung eben nur zur Zeit inopportun erscheint. Prinz Rupprecht hat sofort nach der Beisetzung München verlassen. Eine Dankeskundgebung desselben, die in den Zeitungen veröffentlicht ist und die ich hier beifüge²¹, scheint mir nicht sehr glücklich abgefaßt; sie trägt doch zu sehr den Charakter einer Proklamation, und da man weiß, daß weder König Ludwig noch Prinz Rupprecht auf ihre Rechte verzichtet hatten, erscheint eine so scharfe Betonung des Eintritts in die Rechte des Vaters überflüssig und kann somit leicht als eine Herausforderung ausgelegt werden. [. . .]

[. . .]

Heute am Jahrestage der Revolution finden große Versammlungen der Sozialdemokraten, der Unabhängigen und der Kommunisten statt mit der Parole „die Republik in Gefahr“, wobei natürlich die Vorgänge der letzten Tage genügend Material liefern werden.

²¹ Die Kundgebung Rupprechts betonte das Legitimitätsprinzip durch die Formulierung „Eingetreten in die Rechte meines Herrn Vaters . . .“ Vgl. die sehr unkritische Biographie: K. Sendtner, Rupprecht von Wittelsbach, Kronprinz von Bayern, München 1954, S. 461 f.

3. März 1922 (Nr. 85)

71

[. . .]

Es hat sich nun ein bayerischer Heimat- und Königsbund „In Treue fest“ gebildet, der keine politische Partei sein, besonders nicht als selbständige Partei bei Parlamentswahlen auftreten will. Dieser Bund ladet für Sonntag den 12. März zu einer Gründungsversammlung des Stammverbandes Oberpfalz in Regensburg ein. Von den im vorbereitenden Ausschuß vertretenen Namen fällt besonders derjenige Dr. Heims auf. In dem Aufruf ist sein Stil unverkennbar, es heißt darin: „Alle Wohlgesinnten, die nicht nur für den Tag und den Bauch leben, erblicken in der alten bayerischen Volksgemeinschaft unter einem König das Wesen der Gesundheit. Der Selbstzerfleischung, der Riesendummheit muß ein Ende bereitet werden. Der einzige Weg zur Volksgemeinschaft geht von der Heimat aus und vollzieht auf dem Boden der Heimat seine Richtung. Richten wir unsere Heimat auf, so bringen wir auch das Vaterland im Sinne der überlieferten Staatsform wieder hoch. Nicht Inder, nicht Amerikaner, nicht die Internationale, nicht irgend ein Fremdes wird ein Stäubchen Besserung bringen, nur die Heimat wird uns zur Rettung und zum Heil, wenn sich alle föderalistisch und monarchistisch gesinnten Bayern im Heimatbund zusammenfinden. Die unerquicklichen Vorgänge in der Bayerischen Königspartei haben die bisherige Vertretung der Königstreuen der Oberpfalz veranlaßt, in den Heimatbund überzutreten. Eine Zusammenfassung der Oberpfälzer Gesinnungsfreunde im Erkennen und echt bayerischen Handeln tut uns bitter not. Helfen Sie deshalb mit, sie zu schaffen, denn wir müssen dem wahren Bayerntum dienen mit allen Kräften. Unsere Heimat muß das erste Ziel der deutschen Gesundheit sein.“

[. . .]

Die Amtshandlungen, welche die badische Staatsanwaltschaft in der Untersuchungssache wegen der Ermordung Erzbergers hier vorgenommen hat, werden noch sehr viel besprochen und wenn man auch deren rechtliche Zulässigkeit zugibt, so wiegt doch das Gefühl vor, daß man von Berlin aus überwacht wird, d. h. daß unter dem Vorwand dieser Untersuchung nach reaktionären und separatistischen Organisationen gefahndet wird, wobei man als intellektuellen Urheber auf Herrn Weismann hinweist¹. [. . .] Was die Gefahr separatistischer Wünsche, besonders unter dem Schutze Frankreichs betrifft, so glaube ich, daß man lediglich Gespenster sieht. Die Stimmung gegen Frankreich ist hier in allen Bevölkerungsschichten eine durchaus haßerfüllte, vielleicht sogar in noch höherem Maße, als dies etwa im Norden der Fall sein mag. [. . .]

¹ Die Offenburger Staatsanwaltschaft verfolgte die Spur der Erzberger-Mörder nach München, wo ihre Ermittlungen durch die bayerischen Behörden boykottiert wurden. Als daraufhin die Nachforschungen mit größter Diskretion betrieben wurden, weckte dies wiederum Mißtrauen in Bayern. Öffentliche Bemerkungen des badischen Justizministers über Geheimorganisationen in München, die mit Duldung der Polizei die Hintermänner des Erzbergermordes schützten, führten zu erheblichen Spannungen zwischen Karlsruhe und München. Vgl. G. Jasper, Aus den Akten der Prozesse gegen die Erzberger-Mörder, in: VjZG 10 (1962), S. 430ff. – Der preußische Staatskommissar für öffentliche Ordnung, Weismann, hatte in Bayern nach den Führern des Kapp-Lüttwitz-Putsches gefahndet, was in München als „Bespitzelung“ empfunden wurde.

4. März 1922 (Nr. 90)

Nach einer Mitteilung der München-Augsburger Abendzeitung hat die Mittelpartei nunmehr als Kandidaten für den von ihr zu besetzenden Posten des Justizministers Oberregierungsrat Gürtner in Vorschlag gebracht. Derselbe ist Referent für das Begnadigungswesen im Justizministerium, steht im 41. Lebensjahr und ist, wie es heißt, parteipolitisch ein unbeschriebenes Blatt.

Während man auf Seiten der Bayerischen Volkspartei und der Mittelpartei die Koalition als so gut wie fertig ansieht, scheint man auf Seiten der deutsch-demokratischen Partei dessen noch nicht so ganz sicher. Ich hatte heute Gelegenheit, zwei dieser Partei angehörige Herrn zu sprechen, die sich in diesem Sinne äußerten. Der eine davon, Minister Hamm, sagte mir, es falle seinen Parteifreunden nicht leicht, in diese Koalition zu willigen und sie müßten sich die Sache noch sehr genau ansehen. Sollte wirklich Gürtner vorgeschlagen werden, so bestünden gegen seine Person durchaus keine Bedenken, es sei auch nicht die Personenfrage, die Sorge bereite. Er sei mit seinen Parteifreunden der Ansicht, daß die bisherige Koalition eine durchaus tragfähige gewesen sei, die, auch wenn sie zahlenmäßig nicht so stark sei, doch ihre Stärke in der Stellung zwischen der Rechten und der Linken gehabt habe. Graf Lerchenfeld selbst habe auch kein Verlangen nach dieser Erweiterung gehabt und sei mit der bisherigen Koalition vollständig zufrieden gewesen. Dies stimmt mit den Äußerungen überein, die derselbe mir gegenüber zu dieser Frage getan hat. Herr Hamm ist auch der Ansicht, daß die Bayerische Volkspartei diese Heranziehung der Mittelpartei deswegen so besonders angestrebt habe, weil sie dem von ihr selbst gestellten Ministerpräsidenten nicht recht traut und ihm ein etwaiges von ihr gefürchtetes Abrutschen mehr nach links im voraus dadurch unmöglich machen will. Graf Lerchenfeld habe mit seinem Bestreben, Berlin gegenüber eine versöhnlichere Haltung einzunehmen als sein Vorgänger, einen sehr schweren Stand in seiner Partei, und da sei es besonders zu bedauern, daß man in Berlin nicht eine glücklichere Hand habe, um ihm dieses lobenswerte Vorhaben zu erleichtern. [. .]

Die Verhandlungen wegen Erweiterung der Koalition seien auch in einer Weise geführt worden, die man nicht gutheißen könne. Es gehe doch nicht an, daß man den Ministerpräsidenten erst in letzter Stunde zuziehe und ihn so vor eine fast vollendete Tatsache stelle. In solchen Fällen müßte dem Ministerpräsidenten die Leitung der Verhandlungen gebühren. Das seien aber alles Vorgänge, die zeigten, daß der Parlamentarismus noch in den Kinderschuhen stecke.

20. März 1922 (Nr. 102)

Am 12. [März] hat in Regensburg die Gründung des oberpfälzischen Provinzialverbandes des Bayerischen Heimat- und Königsbundes „In Treue fest“ stattgefunden, den ich in einem früheren Bericht erwähnt habe. [. .] Aus Kreisen der Bayerischen Volkspartei habe ich über diesen Heimatbund folgendes gehört. Die Königspartei habe ursprünglich sich insofern nicht als politische Partei betrachtet, als sie mit eigenen Kandidaten bei den Landtagwahlen nicht habe hervortreten wollen. Mit der Zeit habe sie diesen Standpunkt geändert und sich in eine rein politische Partei mit eigener Vertretung im Landtag umwandeln wollen, außerdem seien die ganz unglücklichen internen Verhältnisse dazugekommen, die die Partei vollends um jedes Ansehen gebracht hätten. Da man nun vermeiden wolle, daß die Bayerische

Volkspartei eine Schwächung erfahre, indem sich Angehörige derselben einer eigenen monarchistischen Partei anschließen, andererseits doch den überaus zahlreichen Anhängern des monarchischen Gedankens einen Mittelpunkt habe geben wollen, so habe man sich zur Gründung des Heimatbundes entschlossen, dessen wichtigster Grundsatz sei, daß er sich nicht parteipolitisch betätige, sondern über den Parteien stehe. Man schaffe dadurch ein Gegengewicht gegen die Königspartei, die durch ihr Verhalten den Königsgedanken schwer geschädigt habe und erhalte der Bayerischen Volkspartei den monarchisch gesinnten Teil ihrer Wähler. Außerdem wolle man, indem man die Monarchisten in diesem Heimatbund sammle, vermeiden, daß dieselben da und dort sich zu Einzelverbänden zusammenschließen, die schwer zu überwachen seien und bei denen man nie wisse, ob nicht infolge des Ehrgeizes oder der Ungeschicklichkeit einzelner Führer ein unvorsichtiges Hervortreten dem monarchischen Gedanken Schaden zufüge. Als ich meinem Gewährsmann gegenüber durchblicken ließ, daß mir die Person des Dr. Heim immer noch ein Rätsel sei, dem ich skeptisch gegenüberstünde, und daß ich auch den Eindruck hätte, als würde man Bayern und der Bayerischen Volkspartei auch außerhalb Bayerns mehr Vertrauen entgegenbringen, wenn man nicht ein ausgesprochenes Mißtrauen gegen den Dr. Heim hätte, meinte er, das sei doch nicht ganz gerechtfertigt, denn einmal sei Dr. Heim eben auch nur ein Mitglied der Bayerischen Volkspartei und nicht ihr eigentlicher Führer. An der Spitze stünden doch noch andere Personen, die seine Kenntnisse und seinen Einfluß auf gewisse Kreise sehr zu schätzen wüßten, sich aber durch ihn nie die Führung entwenden lassen würden. Zum ändern wisse er bestimmt, daß Dr. Heim vollständig überzeugt sei, daß er dem monarchischen Gedanken nur schaden würde, wenn er versuchen wollte, in absehbarer Zeit die monarchischen Wünsche in die Tat umzusetzen, und daß dies jedenfalls nicht geschehen dürfe, solange die wirtschaftlichen Verhältnisse sich nicht gebessert hätten. Man dürfe daher in dem Heimatbund anstatt einer monarchistischen Gefahr ein Bollwerk gegen dieselbe sehen.

[. . .]

22. März 1922 (Nr. 106)

74

Gestern sprach ich den Grafen Lerchenfeld, der über das klägliche Ende der Koalitionsverhandlungen recht ungehalten war. Er sagte, weder die Person Gürtners, noch irgend ein bestimmter Punkt des Programms seien an dem Scheitern derselben schuld gewesen, die Schuld liege vielmehr an der inneren Unwahrhaftigkeit der Mittelpartei. Die Deutsch-Nationalen hätten in derselben unbedingt die Oberhand und ihr Führer, Dr. Hilpert, gehöre einer sehr extremen Richtung an.

[. . .]

Ferner meinte Graf Lerchenfeld, die Auseinandersetzungen mit Berlin hätten zwar ergeben, daß der Verdacht einer direkten Überwachung Bayerns durch Herrn Weismann diesmal unbegründet gewesen sei, daß aber ein durchaus unzulässiges Verfahren desselben trotzdem vorgelegen habe. Es gehe doch nicht an, daß ein Beamter einen Bericht über Zustände in einem andern Lande, der ihm von Seiten einer Partei oder einer Zeitung zugegangen sei, dienstlich verwerte, ohne vorher der Regierung des betreffenden Landes Gelegenheit gegeben zu haben, sich dazu zu äußern und sich zu rechtfertigen. Das habe aber Herr Weismann getan und man habe sich in

Berlin dringend eine Wiederholung eines derartigen Vorgehens verboten und auch die Zusage erhalten, daß es nicht wieder vorkommen solle. Allerdings habe Herr Weismann sich darauf berufen können, daß er nur nach berühmten Mustern gehandelt habe, nachdem der Reichskanzler selbst seinerzeit mit der Bekanntgabe des berüchtigten Weismannschen Berichts im Reichstage ebenso vorgegangen sei².

Man bekomme oft zu hören, daß Bayern wegen seiner geordneten Zustände andern Teilen Deutschlands gegenüber beneidet werde. In der Tat wären ja auch die Verhältnisse hier noch günstig und es könnte wohl Ruhe herrschen, wenn dieselbe nicht immer wieder von zwei Seiten gestört würde. Die Leute der extremen Rechten machten sich immer wieder unliebsam bemerkbar und brächten dadurch Bayern in Mißkredit und in den Ruf, daß daselbst der Hort der Reaktion sei, von wo Putschversuche zu befürchten sein könnten. Das veranlasse aber wiederum die Parteien der Linken, als Denunzianten denjenigen außerbayerischen Kreisen gegenüber aufzutreten, die solchen Verdächtigungen Glauben schenkten. [. . .]

[. . .]

8. April 1922 (Nr. 125)

Als ich heute ins Ministerium des Äußern kam, hatte eben eine Ministerratsitzung ihr Ende gefunden und Graf Lerchenfeld bat mich in sein Zimmer, um ein wenig mit mir zu plaudern. [. . .] Mit seiner Landtagsrede³ habe er einige Erfolge erzielt, die ihm gar nicht so sehr erwünscht seien. So sei gestern eine Deputation von Juden bei ihm gewesen, die sich bei ihm für seine Abwehr des Antisemitismus bedanken hätten wollen. Ferner werde die Anerkennung, die er in der Frankfurter Zeitung gefunden habe, seine Stellung der Mittelpartei gegenüber nicht erleichtern. In der äußersten Rechten werde er wieder sehr angefeindet, besonders auch durch die böswilligsten Verleumdungen seiner Person. Der Minister zeigte mir einen Bericht über eine Versammlung in Rosenheim, wo nach einer Rede des Vertreters der Bayerischen Volkspartei ein früherer Offizier in der Diskussion auftrat, der die unverschämtesten Lügen über den Grafen Lerchenfeld vortrug: Seine Frau sei eine Engländerin und Deutschenhasserin, er selbst sei ganz unnational gesinnt, in Warschau habe er die Polen vor den Deutschen begünstigt u.s.w.

[. . .]

75

² Wirth hatte am 15. September 1921 im Überwachungsausschuß des Reichstags einen Bericht des preußischen Staatskommissars Weismann verlesen, in dem abenteuerliche und im einzelnen stark übertriebene Details über das Zusammenwirken von bayerischer Polizei und Rädelsführern des Kapp-Lüttwitz-Putsches standen. Der Weismann-Bericht aus dem Jahr 1920 hatte in München ungeheure Entrüstung hervorgerufen. Das Schlagwort von der bayerischen „Mörderzentrale“ war durch die Besprechung im Reichstag in Umlauf gekommen; in München sah man in der Folgezeit das Vorgehen Weismanns stets als Beweis an für die „Überwachung“ Bayerns durch preußische und Reichsbehörden. Vgl. EGK, 1921, S. 265–267.

³ In einer großen Landtagsrede am 5. April hatte Lerchenfeld für ein realistischeres und weniger emotionales Verhältnis zur Reichsregierung plädiert und die bisherige Politik des „Auftrumpfens“ gegenüber Berlin verurteilt. Lerchenfeld hatte sich auch gegen die Verwilderung der politischen Sitten in rechtsradikalen Kreisen und gegen den Antisemitismus gewandt. Die Frankfurter Zeitung äußerte sich daraufhin anerkennend über Lerchenfeld. Vgl. Verhandlungen des Bayer. Landtags, Sten. Ber. S. 435–450.

18. Mai 1922 (Nr. 168)

76

[. . .]

Der Besuch des Reichskanzlers, der auf der Rückreise von Genua⁴ zum Besuch der Gewerbeschau hierherkommen sollte, ist verschoben. Auch über den Besuch des Reichspräsidenten ist noch nichts bestimmt. Man sieht diesen beiden Besuchen mit einiger Besorgnis entgegen angesichts der geringen Beliebtheit, deren sich die Reichsregierung bei der hiesigen Bevölkerung erfreut. Von den Blättern der Rechten ist die Behauptung ausgestreut worden, der Reichspräsident habe sein Erscheinen bei der Gewerbeschau davon abhängig gemacht, daß keine schwarz-weiß-roten Fahnen gezeigt würden, was, wie mir Graf Lerchenfeld selbst sagte, absolut unrichtig ist. Der stark „fascistisch“ veranlagte Teil der Münchner Jugend könnte leicht Demonstrationen gegen die Herren Ebert und Wirth in Szene setzen. Diese Kreise haben sich in der letzten Zeit wieder äußerst unliebsam bemerkbar gemacht. In der Nacht vom 13. auf den 14. [Mai] wurde die große schwarz-rot-goldene Fahne, welche die Stadt vor dem Bahnhof aus Anlaß der Gewerbeschau gehißt hatte, heruntergerissen, mit Petroleum übergossen und verbrannt, ehe die Polizei einschreiten konnte. Dieser Vorgang hat zu heftigen Auseinandersetzungen im Stadtrat geführt. Es wurde beschlossen, diese Fahne während der Nacht jeweils einzuziehen. Die jungen nationalistischen Radaubröder fanden denn auch in der Nacht vom Montag zum Dienstag, als sie wieder zum Bahnhofplatz zogen, nachdem sie vorher einen Vortrag Rudolf Steiners durch Stinkbomben und anderen Unfug gestört hatten, die Fahnenstange leer. Dieses Treiben ist im höchsten Grade bedauerlich, zumal auch das Lied „Deutschland über alles“ von dieser Gesellschaft entweiht wird, indem es in Lokalen herausfordernd angestimmt wird, worauf Leute, die sich nicht von ihren Plätzen erheben, angerempelt werden. Auch eine Schweizer Musikkapelle, die hier mehrere Konzerte zu wohlthätigen Zwecken gab, wurde in taktloser Weise bestürmt, das Lied zu spielen.

14. Juni 1922 (Nr. 194)

77

Der Besuch des Herrn Reichspräsidenten in München ist ohne nennenswerte Störung verlaufen und es ist abgesehen davon, daß da und dort auf der Straße bei seinem Erscheinen gepfiffen wurde, nicht zu Demonstrationen gekommen. Darüber herrscht ein Gefühl der Befriedigung und die Polizei, die massenhaft aufgeboten war und überall durch rücksichtslose Festnahme der Störenfriede ihre Pflicht getan hat, findet unumschränkte Anerkennung.

[. . .]

Die Gerüchte, als ob die Stellung des Grafen Lerchenfeld durch die Einladung des Reichspräsidenten nach München erschüttert sei, verdienen keine Beachtung, sie mögen von den Kreisen ausgehen, die ihn je eher je lieber von der Bildfläche verschwinden sehen möchten, um ihren geliebten Herrn von Kahr wieder an seine Stelle setzen zu können. Dieser hat sich durch eine Urlaubsreise der Notwendigkeit entzogen, als Präsident der Regierung von Oberbayern bei dem Empfang des Reichspräsidenten mitwirken zu müssen. Er dürfte auch sowieso das Bedürfnis fühlen, sich für einige Zeit zurückzuziehen, nachdem er sich kürzlich durch eine äußerst

⁴ Auf der Konferenz von Genua (10. 4.–19. 5. 1922) waren Wirtschafts- und Reparationsprobleme erörtert worden. Am 17. April wurde in Rapallo der deutsch-sowjetische Sondervertrag geschlossen.

törichte monarchistische Rede kompromittiert hat, die er allerdings in geschlossenem Kreise gehalten hat, die aber bald in der Öffentlichkeit bekannt wurde. Sie klang in die Worte aus, daß man bald möge rufen können: „Vivat Rupertus rex“!

In den Münchner Neuesten Nachrichten tritt der Abgeordnete Held dem Gerücht entgegen, er sei absichtlich dem Empfang des Reichspräsidenten ferngeblieben⁵ und dies sei ein Zeichen, daß seine Partei mit dem Vorgehen des Grafen Lerchenfeld nicht einverstanden sei. Er sei vielmehr durch anderweitige Inanspruchnahme verhindert gewesen, sonst wäre er auch der Einladung gefolgt, seine Partei stehe geschlossen hinter dem Ministerpräsidenten. Das Gerücht sei nur dazu da, wieder Unfrieden zwischen Reichsregierung und Bayerischer Regierung zu säen.

26. Juni 1922 (Nr. 204)

Graf Lerchenfeld bat mich gestern abend noch zu sich in seine Wohnung, wo er eben mit dem Staatsrat und einem Ministerialreferenten des Justizministeriums eine Besprechung über die am Samstag [24. Juni] im Reichstag verkündigten und sofort in Kraft gesetzten Verordnungen hatte, deren Wortlaut ihm bereits durch den Gesandten in Berlin zugegangen war⁶.

Er sagte mir, es wäre ihm erwünscht, wenn ich gleich darüber informiert würde, gegen welche Teile dieser Verordnungen die Bayerische Regierung die schwersten Bedenken habe, denn er beabsichtige ein Zusammengehen mit Württemberg und womöglich auch mit Baden und Hessen herbeizuführen. Allerdings solle gegen die Maßnahmen, die von der Reichsregierung entschieden ab irato erlassen seien, nicht auch ab irato vorgegangen werden, vielmehr nur nach gründlicher Überlegung und Prüfung, was annehmbar sei und was nicht. Er schlage daher eine Zusammenkunft der Justizminister an irgend einem zentral gelegenen Platze, vielleicht Ulm, vor, und zwar womöglich an einem der allernächsten Tage.

[. . .]

Er meinte, es sehe so aus, als ob diese Verordnungen schon länger vorbereitet gewesen wären und man nur auf einen Anlaß gewartet habe, sie in Wirkung setzen zu können. Die größten Bedenken bestünden wegen der ausgesprochen zentralistischen Tendenzen, insbesondere der Eingriffe in die Justizhoheit. Er sei einfach nicht in der Lage,

⁵ S. MNN, Nr. 248 v. 14./15. 6. 1922.

⁶ Am 24. Juni 1922, dem Tag der Ermordung Rathenaus, wurde vom Reichspräsidenten aufgrund § 48 RV eine Verordnung zum Schutz der Republik erlassen, die vom Reichskanzler Wirth in einer turbulenten Reichstagsitzung verlesen wurde. Die Verordnung ermöglichte das Verbot von Versammlungen und Vereinigungen, in denen zur Beseitigung der republikanischen Staatsform und zu Gewalttaten gegen Regierungsmitglieder aufgereizt wurde. Die Verordnung sah außerdem Strafbestimmungen vor und regelte die Errichtung eines Staatsgerichtshofs zum Schutze der Republik. Eine weitere Verordnung ermächtigte die Landesbehörden, die für den 28. Juni (Jahrestag der Unterzeichnung des Versailler Vertrags) geplanten Veranstaltungen zu verbieten (RGBI 1922, I, S. 521). Die Verordnungen bildeten die materielle Grundlage für das Republikenschutzgesetz, das in den folgenden Tagen vorbereitet wurde. Die Opposition der bayerischen Regierung gegen die Republikenschutzmaßnahmen, die zu einem neuen Konflikt zwischen München und Berlin führten, waren als Verteidigung der Justizhoheit gegenüber den Zentralisierungstendenzen der Reichsregierung motiviert. Dazu kam aber die Abhängigkeit der bayerischen Regierung von den Rechtsverbänden, die lautstark gegen die Reichsverordnungen protestierten. Zum Gesamtkomplex s. G. Jasper, *Der Schutz der Republik*, Tübingen 1963.

die Verordnungen unabgeändert hier durchzuführen, und wenn eine Abänderung sich nicht erreichen ließe, so würde er sich ungeachtet der Gefahr einer Reichsexekution gegen Bayern vor die Notwendigkeit gestellt sehen, zu erklären, daß die Verordnungen in Bayern nur durchgeführt werden könnten, insoweit das Rechtsempfinden und die Verfassung nicht beeinträchtigt würden. Nehme er die Verordnungen unbesehen hin, so wäre er bei der hier herrschenden Stimmung in wenigen Tagen weggefegt und dann könnte es zu den schlimmsten Unruhen, ja zum Bürgerkrieg kommen.

[. . .]

2. Juli 1922 (Nr. 214)

79

[. . .]

Ich konnte über die Stellungnahme der Bayerischen Regierung bis jetzt nur Staatsrat Schmelzle sprechen, der mir sagte, sowohl der Ministerrat als die Vertreter der Koalitionsparteien hätten den Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der Republik in der vorliegenden Form als für Bayern unannehmbar bezeichnet. Es würden daher im Reichsrat eine Reihe von Anträgen zur Abänderung desselben von bayerischer Seite gestellt werden, von deren Annahme es abhängen werde, ob dem Entwurf die Zustimmung erteilt werden könne. Neben verschiedenen anderen Anträgen solle verlangt werden, daß an Stelle des Staatsgerichtshofes ein Senat des Reichsgerichts in seiner normalen Besetzung trete, was umsomehr gerechtfertigt erscheine, als das Reichsgericht sowieso schon für Hochverrat in einziger Instanz zuständig sei. Daß man damit durchdringe, sei kaum anzunehmen und deswegen werde in zweiter Linie gefordert, daß die vom Reichspräsidenten zu ernennenden Mitglieder des Staatsgerichtshofes wenigstens im Einvernehmen mit dem Reichsrat ernannt werden sollen.

Die Lage sei äußerst kritisch, denn für Annahme der bayerischen Anträge bestehe nur geringe Aussicht; was dann die Folge sein werde, das könne noch kein Mensch sagen. Er habe das Gefühl, daß wir am Vorabend einer zweiten Revolution stünden, und was Herr von Preger von Berlin zu berichten wisse, bestärke ihn in dieser seiner Ansicht. Die Straße habe wieder die Herrschaft an sich gerissen, die Gewerkschaften seien der Hand ihrer Führer entglitten, Streiks und Demonstrationen seien an der Tagesordnung und könnten leicht zu einem gewaltsamen Umsturz führen. Die Mehrheitssozialdemokraten hätten sich mit den Unabhängigen zusammengetan und verlangten einen weiteren Ministerposten in der Reichsregierung, und zwar denjenigen des Reichswehrministers. Damit würde die Reichswehr untergraben, wie man es auch durch das bevorstehende Beamtengesetz mit der Beamtenschaft machen wolle. Der Reichsminister des Innern habe die sofortige Inangriffnahme des schon länger beim Reichsrat ruhenden Entwurfs eines Reichskriminalpolizeigesetzes in wenig höflicher Weise vom Reichsrat verlangt. Das alles seien Zeichen, daß man von Seiten der Linksparteien jetzt aufs Ganze gehen wolle.

7. Juli 1922 (Nr. 222)

80

Von Graf Lerchenfeld, den ich in den letzten Tagen nicht gesehen hatte, hatte ich sagen hören, daß er sehr deprimiert sei und es als besonders tragisches Schicksal

empfinde, daß er, der seine Aufgabe darin erblickt habe, vertrauensvolle Beziehungen zur Reichsregierung zu schaffen und aus der Konfliktpolitik, die sein Vorgänger betrieben habe, herauszukommen, nun durch den Gang der Verhältnisse sich vor die ernste Möglichkeit eines schweren Konfliktes mit der Reichsregierung selbst gestellt sehe. Als ich daher heute im Ministerium Gelegenheit hatte, ihn zu sprechen, war ich sehr erfreut, denselben in verhältnismäßig heiterer Stimmung zu treffen. [. . .]

Er sehe seine Aufgabe darin, die Fahne der Demokratie zu entfalten im Kampf gegen die Angriffe auf die demokratischen Prinzipien, die man von Berlin aus unternehme, und hoffe nur, daß er auch in den anderen deutschen Ländern Unterstützung finde. Seine eigenen politischen Anschauungen, die mir ja bekannt seien, gäben die volle Gewähr, daß es ihm um nichts anderes zu tun sei. Er sei ein ausgesprochener Feind der rechtsradikalen Bewegung und gehe darin so weit, daß er, wenn es möglich wäre, lieber heute als morgen Ludendorff aus Bayern ausweisen würde. Er verurteile die Haltung der Deutsch-Nationalen auf das schärfste und betrachte sie als eine direkte Gefahr. Er sei auch durchdrungen von der Anschauung, daß man auf die Ermordung Rathenaus hin scharfe Maßregeln habe ergreifen müssen. In Berlin hätten sich aber zu den Beweggründen, die aus der Mordtat erwachsen und durch sie zu erklären seien, noch andere Momente gesellt, nämlich das Streben der Linken, die Herrschaft an sich zu reißen, und das Streben der Unitarier, den Augenblick zu einem längst geplanten Vorstoß gegen die letzten Reste der Selbständigkeit der einzelnen Länder zu benützen. Aus diesen drei verschiedenen Beweggründen seien die Bestimmungen entstanden, welche die Verordnung des Reichspräsidenten gebildet hätten und die nun die Form eines Gesetzes erhalten sollten. Er halte dieselben für durchaus ungeeignet, das zu erreichen, was eigentlich ihr Zweck hätte sein sollen, dagegen enthielten sie schwere Eingriffe in die Justiz- und Polizeihochheit der Einzelländer, vor allem aber verletzten sie eine große Anzahl der wichtigsten, und vom demokratischen Standpunkt aus bedeutungsvollsten, durch die Weimarer Verfassung gewährleisteten Rechte und Freiheiten. Gerade weil er sich selbst auf den Boden der Weimarer Verfassung stelle, deswegen könne er diesen Eingriffen in dieselben nicht zustimmen. Es liege ihm jede Eigenbrötelei fern oder der Wunsch, für Bayern etwas besonderes herauszuschlagen, aber er wolle Bayern als selbständiges Land erhalten wissen und nicht zur Provinz degradieren lassen. Bayern werde an dem Gesetz mitarbeiten, dieses werde aber nur dann annehmbar werden, wenn es gelinge, ihm die Giftzähne auszuberechen. Daß sich dazu die nötigen Männer im Reichstag fänden, um zur Rettung der wahren Demokratie mitzuhelfen, darauf stütze er seine Hoffnung. Sollten die Demokraten dabei versagen, so werde das Volk dies nicht verstehen und die Folgen würden sich in dem Ergebnis etwaiger künftiger Wahlen zeigen.

Wie allerdings die Dinge sich gestalten würden, wenn das Gesetz ohne wesentliche Änderung vom Reichstag angenommen werde, darüber vermöge er noch nichts zu sagen. Vorläufig aber wolle er die Hoffnung noch nicht aufgeben, daß es doch noch gelingen möge, einen schweren Konflikt zu vermeiden.

12. Juli 1922 (Nr. 227)

Der Anregung des Grafen Lerchenfeld, ihn in diesen Tagen öfters aufzusuchen, folgend hatte ich heute eine Unterredung mit demselben im Ministerium. Er meinte, es bestehe wohl kein Zweifel, daß das Gesetz zum Schutze der Republik heute im

Reichstag angenommen werde, und zwar in einer Form, die, wenn sie auch einige unwesentliche Änderungen bringe, doch besonders wegen des Staatsgerichtshofes die größten Bedenken erwecken müsse. Was aber viel schlimmer sei, auch das Reichskriminalpolizeigesetz solle jetzt noch vor dem Auseinandergehen des Reichstages erledigt werden, dieses bedeute aber für Bayern eine reine Unmöglichkeit. Bis zu einem gewissen Grade werde dadurch allerdings für ihn die Lage wieder günstiger, denn gegen den Staatsgerichtshof allein Front zu machen, wäre viel schwerer gewesen. Man könne darin eine direkte Verletzung der Justizhoheit nicht sehen, da auch bisher schon das Reichsgericht für bestimmte Delikte in einziger Instanz zuständig gewesen sei. Wenn man aber den Staatsgerichtshof in Bayern nicht anerkennen wollte, so müßte man etwas anderes an seine Stelle setzen, denn man denke nicht daran, diese Delikte unverfolgt zu lassen, im Gegenteil, Bayern setze eine besondere Ehre darein, auch hier für Ordnung und Gerechtigkeit zu sorgen. Wie wolle man das aber machen? Deswegen werde es schwer sein, sich der Anerkennung des Staatsgerichtshofes zu entziehen, wenn man auch davon besonders eine Durchbrechung des Grundsatzes der beruflichen Vorbildung der Richter befürchten müsse. Etwas anderes sei es mit dem Reichskriminalpolizeigesetz, damit würde die Polizeihöheit der Länder zerstört und die Anerkennung desselben für Bayern würde bei der hier herrschenden Stimmung ihm unfehlbar seine Stellung kosten. Wenn in München ein Reichspolizeiamt errichtet würde, so gäbe das Mord und Totschlag. Dabei könne also Bayern unmöglich mitmachen, und wie man das durchführen könne, ohne es zu einem Bruch mit der Reichsregierung kommen zu lassen, das sei seine größte Sorge. Die Stimmung habe hier insofern eine Verschärfung erfahren, als die Separationsgelüste, die seit seiner Amtsübernahme in den letzten ruhigen Zeiten ziemlich eingeschlafen seien, sich neuerdings wieder mehr regten. Dem müsse er Rechnung tragen und sehr vorsichtig zu Werke gehen, denn wenn er über dieser Sache falle, so sei sicher anzunehmen, daß eine Konfliktregierung komme, womöglich Herr von Kahr, und wenn derselbe auch noch so reichstreu sei (vielleicht als evangelisch noch reichstreuher als er), so werde derselbe schließlich den separatistischen Einflüssen erliegen. Diese höchst bemerkenswerte in Parenthese angeführte Äußerung ergänzte Graf Lerchenfeld noch durch ein Bekenntnis, das ihm bei der Fortsetzung unserer Unterhaltung über Unitarismus und Föderalismus und deren geschichtliche Grundlagen entfuhr, daß er eben in erster Linie Bayer und dann erst Angehöriger des Deutschen Reiches sei.

[. . .]

Da Graf Lerchenfeld entschieden das Bedürfnis hat, sich auszusprechen, werde ich dies ausnützen und ihn bald wieder aufsuchen.

13. Juli 1922 (Nr. 228)⁷

82

Der Preußische Bevollmächtigte Dr. Denk sagte mir, als ich ihn gestern traf, er habe aus Berlin gehört, daß man dort wütend über Bayern sei, das immer eine besondere Berücksichtigung verlange und dabei sich nicht darum kümmere, wie enorm schwierig die Stellung der Reichsregierung sei. Bei seiner geringen Arbeiterzahl

⁷ Dieser Bericht ist, weniger stark gekürzt, auch abgedruckt bei G. Jasper, Der Schutz der Republik, S. 300f.

könne Bayern die Gefahren, die von den Arbeitermassen drohten, nicht richtig beurteilen. Man habe ihm am Telephon gesagt, die Preußische Regierung wisse die Bedenken Bayerns vollauf zu würdigen, aber die Lage sei eben derart, daß man dem Ausbruch einer zweiten Revolution und dem Bürgerkrieg, der daraus entstehen müßte, um jeden Preis vorbeugen müsse. Die Massen seien bereits derartig radikalisiert, daß sie nicht nur nicht mehr den Sozialdemokraten, sondern auch bereits nicht mehr den Unabhängigen folgten, sondern nur noch auf die Kommunisten und die russischen Agitatoren hörten. Eine Ablehnung des Gesetzes zum Schutze der Republik würde unfehlbar eine Erhebung der Arbeitermassen bedeuten.
[. . .]

20. Juli 1922 (Nr. 237)

[. . .]

Als ich nach dem Ministerpräsidenten frug, war eben der sächsische Geschäftsträger bei ihm. Er ließ mich trotzdem zu sich bitten und empfing mich zugleich mit Herrn von Dziembowski, der mir dann auch noch das erzählte, was Graf Lerchenfeld vor meinem Hinzukommen mit ihm gesprochen hatte.

Dieser erklärte, es könne keine Rede davon sein, daß man in Bayern an einen Bruch mit dem Reich oder an eine Sabotage der Reichsgesetze denke, vielmehr stehe die Regierung nach wie vor auf dem Standpunkt, daß man dem Reiche geben müsse, was des Reiches sei und was letzteres zur Aufrechterhaltung der staatlichen Autorität benötige, auf der andern Seite sei man aber auch gezwungen, den hiesigen Verhältnissen so Rechnung zu tragen, daß Bayern nicht zum Schauplatz bürgerlicher Unruhen werde. Diese Gefahr bestünde in der Tat, wenn die Bayerische Regierung sich restlos mit dem Vorgehen des Reiches einverstanden erklären würde. Dann würden die nationalbayerischen Kreise, die — wie Graf Lerchenfeld ausdrücklich erklärte — durchaus nicht in ihrer Mehrheit für die Einführung der Monarchie sein, zur Tat schreiten, es würde sich also in diesem Falle nicht um einen monarchistischen Putsch handeln, sondern um eine Willensäußerung weitester Kreise des bayerischen Volkes. Unter Wahrung der staatlichen Hoheitsrechte Bayerns dem Reiche zu geben, was es benötige, das sei der fundamentale Grundsatz, ohne den keine Regierung in Bayern sich halten könnte. Dies sei im Wesentlichen auch der Standpunkt derjenigen bayerischen Sozialdemokraten, die den realen Verhältnissen Rechnung trügen und nicht persönlich verärgert seien, wie dies z. B. bei dem Abgeordneten Hoffmann der Fall sei.

Jetzt komme es auf das Reich selbst an, wie es die Gesetze handhaben werde, ob in objektiver Weise nach rechts und nach links und ob der Staatsgerichtshof sich parteipolitisch einstellen werde, oder nicht. In Bayern würde man wahrscheinlich gezwungen sein, noch einige Ergänzungen, besonders solche, die sich gegen das Spitzelwesen wenden und die Wahlsicherheit gewährleisten, zu schaffen. Diese Absicht dürfte zu dem von mir berichteten Gerücht von einer Notverordnung Anlaß gegeben haben. Graf Lerchenfeld meinte, die Regierung werde im Prinzip auch weiterhin den Staatsgerichtshof energisch bekämpfen und darauf hinzuwirken versuchen, daß er bald durch ein ordentliches Gericht ersetzt werde.

Noch vor der Beratung des Reichskriminalpolizeigesetzes habe man bayerischerseits zur Ermittlung der Rathenau-Mörder der Berliner Polizei freie Hand gelassen, auch

habe man die Akten über die Organisation C⁸ dem Reichsanwalt übersandt. Es sei übrigens in den Besprechungen mit dem Badischen Justizminister Trunk ausdrücklich festgestellt worden, daß der Sitz der Geheimorganisation sich nicht in Bayern befinde, sondern lediglich eine Nachrichtenstelle dieser Organisation, was durchaus erklärlich sei, da sich Bayern an der Peripherie des Reiches befinde. Der Ministerpräsident betonte, daß man derartige Organisationen an maßgebender Stelle in Bayern gar nicht wünsche und daß diese hier auch keine Wurzel hätten. Man werde demzufolge seitens der Bayerischen Regierung gegen ungesetzliche Organisationen und geheime Waffenlager genau so energisch vorgehen, wie im übrigen Reich.

Graf Lerchenfeld machte einen sehr ruhigen und entschlossenen Eindruck und sprach die Ansicht aus, daß er bestimmt darauf rechne, daß der morgen zusammentretende Landesausschuß der Bayerischen Volkspartei seine Politik billigen und unterstützen werde. Er stand darin im Gegensatz zu Herrn von Preger, den ich beim Weggehen im Vorzimmer traf und der die Situation hier für wesentlich ernster hält.

Auch die übrigen Parteien mit Ausnahme der Mittelpartei dürften wohl die Lerchenfeldsche Politik billigen, wenn die stärkste Partei, wenn auch schweren Herzens, den politischen Notwendigkeiten Rechnung tragen wird.

22. Juli 1922 (Nr. 241)

84

Über die Vorgänge, die zu dem vom Landesausschuß der Bayerischen Volkspartei gefaßten Beschluß geführt haben, habe ich heute morgen aus zuverlässiger Quelle streng vertraulich noch einiges erfahren, das ich nachstehend ebenfalls mit der Bitte um vertrauliche Behandlung berichten möchte.

[. . .]

Graf Lerchenfeld hatte gehofft, ohne Ergreifung besonderer Maßregeln durchzukommen, die Angelegenheit mehr dilatorisch zu behandeln und erst abzuwarten, wie das Schutzgesetz vom Reich gehandhabt würde. Dazu glaubte er sich der Zustimmung der Bayerischen Volkspartei ziemlich sicher, besonders nachdem der einflußreiche Dr. Heim auch in diesem Sinne zu arbeiten schien. Dieser hat aber auf Grund seiner hier gemachten Erfahrungen nicht nur, sondern auch auf Grund dessen, was er aus dem Lande, besonders auch aus Nürnberg, gehört hatte, seine Ansicht geändert. Er kam am Donnerstag abend [20. Juli] zum Grafen Lerchenfeld, setzte sich über dessen Ansichten hinweg und soll ihn ziemlich hochfahrend behandelt haben. Er erschien nun gegen seine ursprüngliche Absicht selbst im Landesausschuß und gab dort die Parole für die schärfere Richtung aus, mit der er bei den stark rechts gerichteten Kreisen der Partei, zu denen besonders die Minister Matt und Schweyer sowie Staatsrat Meyer vom Justizministerium gehören, leicht durchdrang. Merkwürdigerweise sind auch gerade die fränkischen Kreise der Bayerischen Volkspartei – wie mir versichert wurde – noch mehr als die Altbayern für die scharfe Richtung eingetreten. Den zu ruhigerer Auffassung mahnenden Worten des Ministerpräsidenten wurde

⁸ Die Organisation Consul (O. C.) war die geheime Zentrale der nach dem Kapp-Lüttwitz-Putsch aufgelösten Marinebrigade Erhardt. Die O. C. hatte, als Holzverwertungsgesellschaft getarnt, ihren Sitz in München. Die Morde an Erzberger und Rathenau und das Attentat gegen Scheidemann wurden von Mitgliedern der O. C. ausgeführt. Die Satzung der O. C. ist abgedruckt bei G. Jasper, Aus den Akten, S. 439 f. Vgl. auch H. Fenske, Konservatismus und Rechtsradikalismus in Bayern nach 1918, Bad Homburg 1969, S. 148 ff.

kein Gehör geschenkt und derselbe gab schließlich nach. Ob unter diesen Umständen dem Vertrauensvotum so große Bedeutung beizumessen ist, wird erst der weitere Gang der Dinge lehren. Zur Zeit ist er jedenfalls der „Geschobene“ und es muß sich erst zeigen, ob er durch gewandte Behandlung der Sache die Führung wiederzugewinnen versteht. Der Entwurf einer Notverordnung nach § 64 der Bayerischen Verfassung und unter Bezugnahme auf Artikel 48 RV wurde noch gestern im Landtag fertiggestellt und vom Landesausschuß gebilligt. Dieselbe soll am Montag veröffentlicht werden. Daß Ministerialrat Gürtner vom Justizministerium, der schon früher als Kandidat der Mittelpartei für den Justizministerposten genannt wurde, daran mitgearbeitet und sich zu diesem Zweck im Landtag aufgehalten hat, ist sehr bemerkenswert.

Ich hatte Gelegenheit, einen ganz flüchtigen Blick in diesen Entwurf zu tun. Danach werden verschiedene Bestimmungen des Schutzgesetzes ohne weiteres angenommen. Die wichtigste Bestimmung ist, daß an Stelle des Staatsgerichtshofes die bayerischen Volksgerichte treten sollen. Die Verordnung soll nur für das rechtsrheinische Bayern gelten. Am interessantesten ist die Einleitung, die eine meiner Ansicht nach unmögliche staatsrechtliche Begründung enthält. Man will für Bayern eine Art territoriales Reichsrecht schaffen⁹.

Ein Konflikt um die Reichsregierung muß eintreten, wenn, was doch ziemlich sicher zu erwarten ist, diese die Aufhebung der Verordnung fordert. Dann wäre wieder eine ähnliche Lage geschaffen, wie bei der Aufhebung des Ausnahmezustandes, so daß Graf Lerchenfeld vor die gleiche Frage gestellt würde, wie seinerzeit Herr von Kahr.

Man rechnet ziemlich stark damit, daß die Demokraten aus der Koalition ausscheiden, die dann durch Eintritt der Mittelpartei nach rechts erweitert werden müßte. Einem etwa ausbrechenden Generalstreik soll durch sofortige Verhängung des Belagerungszustandes begegnet werden.

[. . .]

29. Juli 1922 (Nr. 250)

Gestern abend konnte ich noch den Grafen Lerchenfeld sprechen, der mir von dem Brief, den er vom Reichspräsidenten erhalten hatte, recht befriedigt schien¹⁰. Er

85

⁹ Die bayerische „Verordnung zum Schutze der Verfassung der Republik“ vom 24. Juli 1922 (GVBl 1922, S. 374–375) übernahm materiell im wesentlichen die Bestimmungen des Reichsgesetzes, übertrug jedoch die Durchführung den Landesbehörden. In der Einleitung der Verordnung wurde festgestellt, daß die Errichtung des Staatsgerichtshofes zum Schutz der Republik verfassungswidrig sei: „der Inhalt des Gesetzes und die Art seines Zustandekommens haben in Bayern eine derartige Erregung hervorgerufen, daß . . . unmittelbar mit einer erheblichen Störung oder Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu rechnen ist, wenn das Gesetz ohne jeden Vorbehalt vollzogen wird . . .“ Vgl. R. Piloty, Der Streit zwischen Bayern und dem Reich über die Republikschutzgesetze und seine Lösung, in: AöR 43/NF 4 (1922), S. 308–348.

¹⁰ Am 28. Juli hatte Reichspräsident Ebert den bayerischen Ministerpräsidenten auf die Verfassungswidrigkeit der bayerischen Republikschutzverordnung hingewiesen und in sehr schonender Form die Notwendigkeit der Reichsexekution gegen Bayern angedeutet. Ebert hatte jedoch den Verhandlungsweg offen gelassen: „Ich möchte mich zu diesem mir durch die Verfassung gewiesenen Schritte erst dann entschließen, wenn ich die Überzeugung

meinte, es sei ein großer Gewinn, daß man sich in Berlin nicht wieder zu einer Antwort ab irato auf das Vorgehen Bayerns habe hinreißen lassen und man müsse die großen Verdienste des Reichspräsidenten, die er sich durch Geltendmachung seines mächtigenden Einflusses erworben habe, dankbarst anerkennen. Man könne nur bedauern, daß derselbe zur Zeit der Hinausgabe der Verordnung nach Rathenaus Ermordung nicht in Berlin gewesen sei, die ganze Angelegenheit hätte sonst vielleicht eine ganz andere Wendung genommen.

Ein glatter Befehl zur Zurücknahme der bayerischen Notverordnung hätte hier den heftigsten Widerstand hervorrufen müssen, während die konziliante Abfassung des Schreibens des Reichspräsidenten weiteren Verhandlungen die Wege öffne, die sicher zu einer gütlichen Beilegung des Konflikts führen würden. Dabei dürfe man aber nicht stehen bleiben, er beabsichtige vielmehr, jetzt aufs Ganze zu gehen. Auch die Gefahr der Wiederkehr solcher Konflikte müsse aus der Welt geschafft werden. Es gehe nicht an, wenn die Länder sich ständig in der Gefahr befänden, daß die ihnen verbliebenen Hoheitsrechte jederzeit durch Reichstagsbeschluß mit Zweidrittelmehrheit geraubt werden könnten. Um dies zu verhindern, müsse ein Beschluß geschaffen werden, der den Ländern ihre Hoheitsrechte unversehrt garantiere und das könnte durch eine authentische Interpretation der Reichsverfassung wohl am besten geschehen. Eine solche herbeizuführen, das sei jetzt der Plan, den er mit Beharrlichkeit verfolgen werde und wozu er auch auf die Unterstützung der anderen Länderregierungen sicher glaube rechnen zu können. [. .]

Graf Lerchenfeld sagte mir dann, der Brief des Reichspräsidenten sei ihm vom Grafen Zech überreicht worden, den zu empfangen er unter diesen Umständen nicht habe ablehnen können¹¹. Es habe sich dadurch aber auch eine ihm ganz erwünschte Gelegenheit geboten, sich mit diesem wegen des Vorwurfes auszusprechen, den Graf Zech gegen ihn persönlich erhoben habe, daß das Schreiben, in dem seine Abberufung angeregt worden sei, in Berlin eingetroffen sei, ohne daß er ihm, wie er doch sicher hätte erwarten können, vorher eine Mitteilung gemacht habe. Er habe dem Grafen Zech darlegen können, daß es seine Absicht gewesen sei, ihm mündlich davon noch Kenntnis zu geben, daß dies aber durch ein unglückliches Zusammentreffen der Umstände vereitelt worden sei. Graf Zech habe dies eingesehen und so seien wenigstens die persönlichen Beziehungen wieder hergestellt. Das hindere aber natürlich nicht, daß die Stellung Zechs hier unmöglich sei und daß er weg müsse.

[. .]

gewinne, daß auch die letzten Mittel zu einer Verständigung über eine schnelle Beilegung dieses Konflikts erschöpft sind.“ Ebert versicherte auch, daß das Republikschutzgesetz nicht die Einleitung zur systematischen Beseitigung der bayerischen Hoheitsrechte bilden sollte. EGK, 1922, S. 99 f.

¹¹ Die bayerische Regierung hatte die Abberufung des Grafen Zech von seinem Posten als Vertreter der Reichsregierung gefordert, weil ihm Verbindungen mit dem Freiherrn Leoprechting zur Last gelegt wurden. Leoprechting stand im Juli 1922 wegen hochverräterischer Beziehungen zu separatistischen Kreisen und wegen Zusammenarbeit mit dem französischen Gesandten Dard in München vor Gericht. Es wurden ihm darüber hinaus Kontakte zur Reichsregierung zwecks politischer Überwachung Bayerns zur Last gelegt. Die Affäre wurde in Bayern hochgespielt, nicht zuletzt auch, um den Grafen Zech loszuwerden, dem man übelgenommen hatte, daß er für den Rechtskurs der bayerischen Regierung seit 1920 wenig Verständnis aufbrachte. Vgl. Benz, Süddeutschland, S. 311 f.

3. August 1922 (Nr. 254)

Das Antwortschreiben des Grafen Lerchenfeld ist noch gestern abend an den Reichspräsidenten abgegangen und wird nach Eintreffen heute durch den Gesandten in Berlin überreicht werden. Die Veröffentlichung seines Wortlauts soll erst erfolgen, wenn es sich in den Händen des Reichspräsidenten befindet¹². Der Inhalt dürfte dem mir vom Ministerpräsidenten selbst entwickelten Gedankengang entsprechen. Der Entwurf wurde den Führern der Koalitionsparteien nicht nur, sondern auch denjenigen der Mittelpartei zur Genehmigung vorgelegt, und zwar in der Weise, daß sie auf dessen Gestaltung ihren Einfluß ausüben konnten.

Nach dem Ausscheiden der Demokraten hielt die Regierung ihre Basis für zu schwach, um die Verantwortung für die weiteren Verhandlungen mit dem Reich zu tragen, und zog daher die Mittelpartei dazu heran, während gleichzeitig Verhandlungen über die Erweiterung der Koalition durch Eintritt der Mittelpartei in die Regierung geführt wurden. Der Bauernbund, der, wie es heißt, das Ausscheiden der Demokraten noch nicht recht verwinden konnte, machte anfänglich Schwierigkeiten und wollte die Lösung der Frage bis zum Herbst vertagen. Nachdem man ihm aber gestern begreiflich machte, daß es nicht angehe, die Mittelpartei, wenn sie jetzt schon die Verantwortung mitübernehme, wegen ihres formellen Eintritts in die Koalition bis zum Herbst zu vertrösten, änderte sich die Anschauung in dieser Partei und sie stimmte einer sofortigen Koalitionserweiterung durch Aufnahme der Mittelpartei zu. [. . .]

Die Münchner Neuesten Nachrichten schreiben, es müsse von der umgestalteten Koalition unbedingt gefordert werden, daß der von Graf Lerchenfeld eingeschlagene Kurs der Mäßigung und Verständigung in den Beziehungen zwischen Bayern und dem Reich ebenso wie auch innerhalb Bayerns auch künftig streng eingehalten werde¹³. Diesem Wunsche wird man nur von ganzem Herzen zustimmen können, weil man sich nicht verhehlen darf, daß die Stellung des Grafen Lerchenfeld durch die Koalitionsumgestaltung keine leichtere wird. Nach dem, was er mir selbst früher über die Mitwirkung der Demokraten in der Regierung und über die Persönlichkeit des Ministers Hamm sagte, muß ich annehmen, daß er die Ausschaltung dieses Einflusses in seinem Kabinett, der ihn bei seinem Bestreben nach Mäßigung und Verständigung unterstützte, sehr bedauert¹⁴. Auch wird es ihm nicht leicht fallen, seinen Wunsch, die Koalitionsfrage durch Aufnahme eines Mitglieds der Deutschen Volkspartei zu lösen, scheitern zu sehen und statt dessen einen deutschnationalen Ministerkollegen zu erhalten. Zur Zeit ist er aber ganz abhängig von dem rechten Flügel der Bayerischen Volkspartei, der schon lange eine Änderung in der Zusammensetzung der Koalition angestrebt hat und die Demokraten durch die Mittelpartei ersetzt sehen wollte, und muß erst allmählich versuchen, die Freiheit der Entschließung wieder zu gewinnen. [. . .]

¹² Der Brief Lerchenfelds wurde in den MNN, Nr. 323 v. 3. August 1922, veröffentlicht.

¹³ S. MNN, Nr. 322 v. 3. 8. 1922 („Die bayerische Antwort“).

¹⁴ Handelsminister Hamm hatte als Vertreter der DDP am 27. Juli seinen Rücktritt erklärt, weil er die bayerische Verordnung zum Schutz der Republik nicht mit unterzeichnen wollte. Damit schieden die Demokraten endgültig aus der Regierungskoalition in Bayern aus.

5. August 1922 (Nr. 258)

87

Die Besetzung der Ministerposten in der neuen Koalition hat nun doch eine andere Wendung genommen als man erwartet hat, insofern nicht Staatsrat Meyer das Justizministerium erhielt, sondern der schon öfters genannte Ministerialrat Gürtner in diesem Ministerium, der auch schon im Frühjahr bei den nachher gescheiterten Koalitionsverhandlungen als Kandidat der Mittelpartei aufgestellt war. Gegen die Person Gürtners wird nichts einzuwenden sein, er ist jedenfalls nicht politisch vorbelastet wie sein Vorgänger Roth es war, ist vielmehr politisch noch gar nicht hervorgetreten und gehört der Deutschen Volkspartei und nicht den Deutsch-Nationalen an. Seine Fähigkeiten in seinem Amte und sein ruhiges Urteil in politischen Dingen wurden mir von verschiedenen Seiten gerühmt. [. . .]
[. . .]

12. August 1922 (Nr. 264)

88

[. . .]
Heute vormittag hat der Ministerrat zu dem Ergebnis [der Verhandlungen der bayerischen Kommission in Berlin]¹⁵ Stellung genommen und heute nachmittag gelang es mir, den Ministerpräsidenten zu sprechen. Derselbe war sehr verärgert, weil einige Fraktionsführer, die bei ihm gewesen waren, wieder nicht zufrieden gewesen seien. Dieselben hätten allerdings kein Mandat gehabt und es sollen erst die Fraktionen der Koalitionsparteien gehört werden, er habe sie aber nicht im Zweifel darüber gelassen, wie entrüstet er über diese Haltung sei. Die Zusagen der Reichsregierung seien ihnen zu vage und sie wollten auf der gänzlichen Ausschaltung des Staatsgerichtshofes für Bayern beharren. Seiner Ansicht nach sei in Berlin erreicht worden, was man vernünftiger Weise zu erreichen habe erwarten können. Daß die Reichsregierung das Schutzgesetz aufhebe oder daß sie auf die Zurückziehung der bayerischen Notverordnung verzichten werde, das habe doch niemand ernstlich annehmen können. Es sei doch vor allem ein großer Gewinn, daß die Reichsregierung sich nicht einfach auf die Hinterbeine gestellt habe, sondern daß sie in durchaus anerkannter Weise geneigt gewesen sei, Bayern Zugeständnisse zu machen. Das sei in erster Linie das große Verdienst des Reichspräsidenten, dem man dafür gar nicht dankbar genug sein könne. Übrigens seien auch die Zugeständnisse selbst recht erhebliche und derart, daß sie den von Bayern beanstandeten Reichsgesetzen ihre Schärfe zu nehmen geeignet seien. Sie kämen außerdem auch den anderen Ländern zugute. Der Termin für die Aufhebung der bayerischen Verordnung sei erst für den 18. [August] festgesetzt. Am 16. [August] sollen die Fraktionen der Koalitionsparteien zusammentreten. Wenn sich dieselben mit dem, was die Kommission in Berlin erreicht habe, nicht zufrieden geben, so erkläre er unweigerlich seinen Rücktritt. Er

¹⁵ Vom 9.-11. August hatte unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten eine bayerische Kommission, bestehend aus Lerchenfeld und den Ministern Gürtner und Schweyer, mit der Reichsregierung über die Beilegung des Konflikts zwischen Bayern und dem Reich verhandelt. Im Berliner Protokoll vom 11. August war vereinbart worden, daß die bayerische Verordnung zum Schutz der Verfassung der Republik spätestens am 18. August aufgehoben werden sollte. Die Reichsregierung hatte sich bereit erklärt, Ausführungsbestimmungen zur Republiksschutzgesetzgebung zu erlassen, die eine größere Berücksichtigung der Landesbehörden bei gerichtlichen und polizeilichen Ermittlungen gewährleisten sollten.

glaube aber annehmen zu dürfen, daß die Fraktionen sich des Ernstes der Lage bewußt würden. Der Bauernbund sei sicher dafür zu haben und von der Mittelpartei habe ihm Dr. Roth, der doch einer der schärfsten sei, gesagt, er glaube, daß seine Fraktion bei näherer Überlegung sich einverstanden erklären werde. Wenn aber die Mittelpartei eine solche Haltung einnehme, dann könne die Bayerische Volkspartei nicht noch weiter gehen wollen. Er müsse übrigens sagen, daß, obgleich er anfangs für den Eintritt der Mittelpartei in die Koalition nicht sehr eingenommen gewesen sei, er jetzt einsehe, wie wichtig diese Koalitionserweiterung sei. Was man erreicht habe, das verdanke man zum guten Teil der Mitwirkung dieser Partei. Insbesondere sei Dr. Gürtner ein ganz hervorragender Mann, der sich in Berlin durch klare Sachlichkeit und konziliantes Wesen beim Verhandeln ausgezeichnet habe, so daß der Herr Reichspräsident sich darüber ganz besonders anerkennend ausgesprochen habe. Minister Gürtner werde demnächst auch einmal nach Stuttgart kommen, um sich dort vorzustellen und mit dem Herrn Justizminister Fühlung zu nehmen. Das sei besonders wichtig wegen der Neuregelung des Staatsgerichtshofes, bei dem verschiedene Senate nach örtlichen Gesichtspunkten gebildet würden. Es sei nämlich dabei ein eigener Senat für Süddeutschland in Aussicht genommen, zu dem Bayern, Württemberg, Baden und Hessen die Mitglieder nach dem ungefähren Verhältnis ihrer Bevölkerungszahl stellen sollen. Es wäre nun sehr wünschenswert, wenn die württembergische Regierung sich bald mit der Frage befassen wollte, welche Persönlichkeiten dafür in Betracht kämen. Seiner Ansicht nach komme es vor allem darauf an, den Staatsgerichtshof zu entpolitisieren und Männer dafür zu wählen, die vermöge ihres Charakters und ihrer Kenntnisse dafür geeignet erschienen. Auf ihre politische Richtung komme es nicht an, sie könnten auch den Parteien der Linken entnommen sein, nur dürfe die Parteizugehörigkeit nicht den Ausschlag geben, sondern ihre sonstigen persönlichen Eigenschaften, die eine Gewähr dafür bieten müßten, daß sie ihr Amt nicht vom parteipolitischen Gesichtspunkt aus versehen.

Wie ich aus Kreisen der Bayerischen Volkspartei gehört habe, besteht allerdings wieder Unzufriedenheit mit dem, was die Kommission erreicht hat. Ich habe aber den Eindruck erhalten, daß man nicht gleich ohne weiteres auf alles eingehen will, sondern das Gesicht wahren, daß aber die Vernunft zur rechten Zeit einkehren wird und daß die drohende Aufrollung der Kabinettsfrage das Nötige dazu beitragen wird¹⁶.

31. August 1922 (Nr. 273)

Staatsrat Schmelzle, den ich im Ministerium des Äußern sprach, sieht die Lage hier für durchaus noch nicht geklärt an. Die Haltung der extrem rechtsgerichteten Kreise macht ihm Sorge und er befürchtet für die nächste Zeit eine Aktion derselben. Die Protestversammlung gegen das Abkommen mit Berlin habe die Regierung verboten und es seien die Versuche, trotz des Verbotes sich zu versammeln, ohne Schwierigkeiten unterdrückt worden, aber es bestehe eine große Erregtheit in weiten Kreisen

89

¹⁶ Entgegen der Vermutung des Gesandten lehnten die bayerischen Koalitionsparteien am 17. August das Berliner Protokoll ab. Am 19. und 20. August wurden deshalb in Berlin abermals Verhandlungen geführt. Bayern erreichte dabei u. a. die Errichtung eines eigenen süddeutschen Senats beim Staatsgerichtshof und gewisse Mitspracherechte. Am 25. August 1922 wurde daraufhin die bayerische Verordnung aufgehoben. Damit war der Streit zwischen Bayern und dem Reich einstweilen beigelegt. Vgl. EGK, 1922, S. 104ff.

der Bevölkerung, die durch das Versammlungsverbot noch verstärkt worden sei. Insbesondere hätten die National-Sozialisten einen enormen Zulauf und ihnen sei alles zuzutrauen. Die Sozialdemokratie habe viele ihrer Angehörigen an die National-Sozialisten verloren und der Führer Hitler müsse eine ganz faszinierende Persönlichkeit sein. So sei es gar nicht unmöglich, daß dieselben in der nächsten Zeit hier einen Putsch versuchen werden, wobei sie die steigende Teuerung als Vorwand benützen würden.

Diese Auffassung wurde mir auch von anderer Seite bestätigt. Es liegt etwas in der Luft, und wenn in anderen Teilen des Reiches die Teuerung zu Unruhen von Seiten der Linken führen sollte, so wird sie hier jedenfalls die entgegengesetzte Wirkung auslösen. Zur Zeit ist es vor allem die Unzufriedenheit mit der Regierung Lerchenfeld, gegen die wegen des Versammlungsverbotes ein flammender Protest erlassen und plakatiert worden ist. Unterzeichnet ist derselbe von folgenden Verbänden: Bayerischer Ordnungsblock. – Bund Bayern und Reich. – Vaterländische Vereine. – Bayerischer Heimat- und Königsbund. – Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter. – Alldeutscher Verband. – Schutz- und Trutzbund. – Nationalverband deutscher Offiziere. – Verband nationalgesinnter Soldaten. – Verband der Bayerischen Offiziers-Regimentsvereine. – Deutscher Offiziersbund, Landesverband Bayern. – Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. – Reichsbund der Kriegsteilnehmer Deutscher Hochschulen. – Reichsflagge. – Interessengemeinschaft deutscher Heeres- und Marine-Angehöriger. – Deutsch-völkische Arbeitsgemeinschaft.

Von Seiten der in der Regierung vertretenen Mittelpartei, besonders der gemäßigten Elemente derselben, wird versucht, beruhigend einzuwirken, und es gibt Leute, die der Ansicht sind, daß die Hauptgefahr eines solchen Putsches bereits vorbei sei. Andere wieder sagen, sie bestehe noch solange als Graf Lerchenfeld Ministerpräsident sei, verschwinde er, so sei die Gefahr endgültig gebannt. Er sei gegenwärtig besonders verhaßt und es wird ihm Schlappeit Berlin gegenüber vorgeworfen. Zudem werden Gerüchte über Eheirungen seiner Frau in die Welt gesetzt, womit man auch die streng kirchlich denkenden Kreise der Bayerischen Volkspartei zu gewinnen hofft. Es scheint mir danach kein Zweifel mehr zu bestehen, daß über kurz oder lang Graf Lerchenfeld wird zurücktreten müssen, aber wer ihn ersetzen soll, das ist die große Frage. Man hört Minister Schweyer und Staatsrat Meyer als Nachfolger nennen, doch dürften Überraschungen nicht ausgeschlossen sein. Jedenfalls ist es den Kreisen, die über den Abgang Herrn von Kahrs verärgert waren, mit der Zeit gründlich gelungen, den Grafen Lerchenfeld vollständig in Mißkredit zu bringen, und man darf sich darüber keinen Illusionen hingeben, daß Reichswehr und Polizeiwehr sowie die Kreise der früheren Einwohnerwehr gegen einen Putsch von rechts nichts unternehmen, sich vielmehr höchst wahrscheinlich demselben anschließen werden. Über ein Endziel dürfte bei diesen Leuten vollständige Unklarheit herrschen, sicher kann man aber annehmen, daß eine Loslösung Bayerns vom Reich gerade von diesen Kreisen mindestens nicht beabsichtigt wird.

Daß die nationalistische Richtung hier bis weit in die Reihen der Arbeiter hinein anziehend wirkt, das hat auch die Tatsache bestätigt, daß bei dem Besuch Hindenburgs in München eine ganz elementare Begeisterung geherrscht habe und daß sich ganz besonders Arbeiter in großen Mengen zu den Ovationen gedrängt hätten, die dem Feldmarschall bereitet wurden.

6. September 1922 (Nr. 275)

Gestern sprach ich den Grafen Lerchenfeld, der sehr verstimmt war und sich bitter darüber beklagte, wie schwer ihm seine Amtsführung gemacht werde. Er würde diese Bürde lieber heute als morgen abschütteln, aber zur Zeit wolle er den Leuten, die seinen Rücktritt verlangten, diesen Gefallen nicht tun. Lange allerdings werde er nicht mehr auf seinem Posten bleiben, aber dann werde er auch für einen Abgang sorgen, der sich sehen lassen könne.

Die Gefahr eines Rechtsputsches sei in der Tat sehr groß gewesen und sei auch jetzt noch nicht ganz behoben, wenn sie auch längst nicht mehr so drohend sei. Die verschiedenen Ermahnungen zur Ruhe, die veröffentlicht worden seien und die auf seine Anregung zurückzuführen seien, hätten doch schon einige Früchte getragen. In dieser Hinsicht müsse er ganz besonders das Verhalten des Dr. Heim rühmen, der ihm bezüglich der Beruhigung der Gemüter große Dienste geleistet habe. Ziemlich undurchsichtig sei die Haltung Herrn von Kahrs, dem er gar nicht recht traue, weil er ein reines Werkzeug in den Händen der Rechtsradikalen sei. Er könnte eine solche Haltung mit seinem Gewissen als Staatsbeamter nicht für vereinbar und nicht für loyal halten.

Was für Ansichten und Absichten diese Leute hätten, das könne man aus folgendem ersehen. Ein Bekannter von ihm habe kürzlich den Staatsrat Meyer und den früheren Polizeidirektor Pöhner begegnet und letzterer habe geäußert, die einzigen Männer in ganz Europa, die eine richtige und konsequente Politik trieben, seien Lenin und Trotzki, die Diktatur sei für uns die einzige Rettung. Dieser Nationalbolschewismus spuke in den Köpfen. Man wolle in Bayern eine Militärdiktatur errichten, die sich dann allmählich über das ganze Reich ausbreiten solle. Man versteige sich zu der größtenwahnsinnigen Idee, daß von Bayern aus die Gesundung nicht nur des Deutschen Reiches, sondern ganz Europas kommen müsse. Aber abgesehen von der Unsinnigkeit dieses Gedankens geben sich die Leute mit ihrem Plan einer Militärdiktatur auch nur für das Deutsche Reich großen Illusionen hin. Die Bevölkerungsschicht, die für so etwas zu haben wäre, sei eine nur ganz dünne, und wenn es auch hier in Bayern gelingen sollte, so sei doch in Norddeutschland und Mitteldeutschland dafür gar kein Boden. Dazu käme noch, daß ein solches Vorgehen uns sofort die Entente auf den Hals bringen würde. Aber selbst wenn alle diese Bedenken wegfielen, würde er eine Militärdiktatur für das größte Unglück halten. Er stehe nicht an zu bekennen, daß ihm ein verfassungsmäßig regiertes Reich selbst unter den jetzigen wirtschaftlichen Nöten lieber sei, als eine Militärdiktatur unter besseren wirtschaftlichen Zuständen.

Graf Lerchenfeld meinte u. a., er selbst würde gern bessere Beziehungen auch zu den Parteien der Linken unterhalten, er würde sich aber dadurch seine Stellung den Koalitionsparteien gegenüber ganz verderben. Der Vertreter der Mittelpartei in der Regierung, Justizminister Gürtner, sei ein ganz vortrefflicher Mann, mit dem er sich sehr gut verstehe. Die Partei müßte sich aber auch mit dieser Vertretung zufrieden geben und dann nicht noch gegen die Regierung hetzen. Die Politik der Deutsch-Nationalen sei ein Unglück, sie könnten nie eine nützliche und ersprießliche Politik treiben, solange sie die bestehende Staatsform negierten.

[. . .]

5. November 1922 (Nr. 315)

91

Wie ich bereits telegraphisch berichtet habe, hat sich die Fraktion der Bayerischen Volkspartei auf den Staatsminister a.D. Dr. von Knilling als Kandidaten für das Ministerpräsidentenamt geeinigt. Der Vorsitzende hat hiervon den Vorsitzenden der beiden andern Koalitionsparteien Mitteilung gemacht, die noch in Fraktionssitzungen darüber Beschluß zu fassen haben. Herr von Knilling hat sich zur Übernahme des Amtes bereit erklärt.

Diese Lösung der Krise¹⁷ ist insofern als eine günstige anzusehen, als sie keinen Kurswechsel in der Richtung der Politik des Herrn von Kahr bedeutet, die von Knilling seinerzeit scharf verurteilt worden ist. [. . .] Die Anhänger Kahrs werden auch diesem neuen Mann mit Mißtrauen gegenüberstehen. Auch kann man wohl sagen, was früher abhielt, ihn auf diese Stelle zu berufen, war, daß man ihm im allgemeinen nicht recht traut. Er gilt als ein nicht ganz einwandfreier Charakter. Auch ist er von seiner früheren Tätigkeit als Kultminister der streng katholischen Richtung der Bayerischen Volkspartei etwas suspekt. Der frühere Minister des Innern, Graf Soden-Fraunhofen, sagte mir einmal in bezug auf Kahr, ein gläubiger Protestant sei ihm lieber als ein ungläubiger Katholik, indem er unter letzterem Herrn von Knilling, seinen früheren Kollegen, meinte.

Ich selbst kann die Wahl Knillings nur begrüßen, da ich denselben von früher her gut kenne und auch bisher schon immer angenehme Beziehungen zu ihm unterhalten habe, was mir meinen künftigen amtlichen Verkehr mit ihm wesentlich erleichtern wird. Auch glaube ich, daß man sowohl vom württembergischen Standpunkt aus, als im Interesse des Reiches, mit der Wahl zufrieden sein kann.

[. . .]

7. November 1922 (Nr. 316)

[. . .]

92

Die Regierung hat es wieder einmal für nötig befunden, der systematischen Hetze, die in außerbayerischen Blättern gegen Bayern betrieben und von den hiesigen Blättern der Linken mit Wonne weitergeführt wird, mit einer Erklärung in der Korrespondenz Hoffmann entgegenzutreten, die ich hier vorzulegen mich beehre¹⁸. Trotz dieser beruhigenden Erklärung, die an und für sich jedenfalls der Wahrheit entspricht, bilden die National-Sozialisten hier eine immer größere Gefahr, die man nicht verkennen darf. Sie haben einen rapid wachsenden Zulauf und halten häufiger als je Versammlungen ab, die von ungeheuren Massen besucht werden. Die Unzufriedenheit mit den bestehenden Zuständen und mit der angeblichen Untätigkeit der Reichsregierung diesen gegenüber treibt immer mehr Leute in ihr Lager und führt ihnen die Sympathie zahlreicher Kreise zu, die ihre wahre Eigenschaft verkennen

¹⁷ Graf Lerchenfeld war am 2. November 1922 zurückgetreten, nachdem seine Stellung gegenüber den Koalitionsparteien immer unsicherer geworden war. In den Rechtskreisen wurde ihm der beliebte Vorwurf der „Schlappheit“ gegenüber Berlin gemacht. An der Hetze gegen den Ministerpräsidenten, die auch vor seinem Privatleben nicht haltmachte, hatten sich auch maßgebliche Männer der BVP eifrig beteiligt.

¹⁸ Vgl. MNN Nr. 447 v. 5. 11. 1922. Der offiziöse Artikel („Neue Schauer-meldungen“) richtete sich vor allem gegen die Vossische Zeitung und dementierte Putschpläne, an denen Ehrhardt und Kahr beteiligt sein sollten.

und sich nur an den nationalen Phrasen berauschen. Die Vorgänge in Italien haben hier sehr gefährlich gewirkt, man vergleicht die National-Sozialisten mit den Fascisten und sieht in Hitler einen deutschen Mussolini¹⁹. Wo man geht und steht, kann man die Ansicht hören, daß es so nicht weitergehen kann, daß ein zweiter Umsturz kommen müsse und daß dieser – und zwar in Bälde – von den National-Sozialisten ausgehen werde.

[. . .]

8. November 1922 (Nr. 317)

Graf Lerchenfeld empfing mich gestern zugleich mit dem Preußischen Bevollmächtigten Dr. Denk, um sich von uns zu verabschieden. Der Sächsische Geschäftsträger, der auch gebeten war, konnte wegen Krankheit nicht erscheinen.

Graf Lerchenfeld meinte, durch seinen freiwilligen Rücktritt werde die ruhige Weiterentwicklung der bayerischen Politik gesichert. Er habe auf diese Weise einen guten Abgang. Wäre er geblieben, so hätte doch über kurz oder lang irgend ein Zwischenfall ihn gezwungen, zurückzutreten und dann wäre es nicht ohne Störung abgegangen.

Die Regierung habe jetzt eine eminent wichtige Aufgabe, der sie sich mit allem Nachdruck widmen müsse, und das sei die Stellungnahme zu den National-Sozialisten. Diese hätten in der letzten Zeit einen gefährdenden Aufschwung genommen, dem man auf irgend eine Weise begegnen müsse. Dazu seien zwei Möglichkeiten vorhanden, entweder, indem man die Bewegung durch Verbote zu unterdrücken suche oder, indem man sie zur Bildung einer richtigen politischen Partei veranlasse, die dann auch die Verantwortung zu tragen habe. Die Regierung verkenne diese große Gefahr durchaus nicht. Die vaterländischen Verbände seien unter sich zerfallen und ihre Führer Escherich, Ludendorff und Pittinger lägen sich in den Haaren. Da blühe der Weizen der National-Sozialisten. Dazu komme nun das gefährlich ansteckende Beispiel der italienischen Fascisten. Aber was in Italien möglich sei, das sei nicht ebenso auch in Deutschland möglich. Als Mussolini in Neapel den Mobilmachungsbefehl erlassen habe, hätten die Fascisten gleichzeitig in Mailand, Brescia, Rom etc. losgeschlagen. Die national-sozialistische Bewegung dehne sich nicht viel weiter als über München und Südbayern aus. Wenn nun hier ein national-sozialistischer Umsturz erfolgen sollte, so würde es nicht gehen wie bei dem Umsturz im Jahre 1918, wo sich die Aktion von hier aus über das ganze Reich ausgedehnt habe, vielmehr würde wohl schon in Nordbayern nicht mitgemacht werden, geschweige denn im übrigen Reich, und so würde eine national-sozialistische Aktion die Zertrümmerung Bayerns und die Absprengung vom Reiche bedeuten. Dr. Denk fragte den Grafen Lerchenfeld, ob er dessen so sicher sei, daß sich die Bewegung nur auf Südbayern beschränke, er habe doch Nachrichten, daß sie in manchen andern Teilen Deutschlands sehr stark sei, auch sei sie überall recht gut finanziert. Ich bemerkte dazu, daß auch in Württemberg eine solche Gruppe zu bestehen scheine, denn ich hätte der Zeitung entnommen, daß der Minister des Innern eine Fahnenweihe derselben, zu welcher Hitler hätte nach Württemberg kommen sollen, verboten habe. Graf Lerchenfeld erwiderte, das

93

¹⁹ Nach dem „Marsch auf Rom“ war Mussolini am 29. Oktober 1922 vom italienischen König mit der Regierungsbildung beauftragt worden.

möge wohl der Fall sein, aber so entwickelt, wie in Bayern, wo sogar ein großer Teil der Reichswehr ihr zuneige und bei einem aktiven Vorgehen sich ihr zweifellos anschließen würde, sei sie doch wohl nirgends, auch fehle eine straffe gemeinschaftliche Organisation über das Reich. Dazu komme, daß, wenn vielleicht auch hier eine etwaige Gegenwirkung von links leicht überwunden werden könnte, doch in andern Teilen Deutschlands mit einer sehr starken Gegenwirkung gerechnet werden müßte, der die National-Sozialisten kaum gewachsen wären. Es sei eben auch dabei wieder das Unglück, daß der politische Horizont hier ein so entsetzlich enger sei, man könne sich hier gar nicht recht vorstellen, daß anderswo die Verhältnisse anders gelagert seien. Da spreche man immer vom Niedergang der Sozialdemokratie, aber die Wahlen in Sachsen²⁰ hätten bewiesen, daß davon keine Rede sein könne. Auch in den Parteien bedenke man hier nie genügend die Rückwirkung auf andere Teile des Reiches, wo andere Gesinnungen herrschten. [. . .]

[. . .]

[. . .] Dr. Denk sagte, bei seinem letzten Aufenthalt in Berlin habe er gehört, wie man sich die politische Weiterentwicklung denke. Die Sozialdemokraten würden aus der Regierung ausscheiden wollen, weil sie sonst zuviel Stimmen an die Kommunisten zu verlieren befürchten müßten, wenn sie für die derzeitige Politik mitverantwortlich gemacht werden könnten. Dafür würden sie eine wohlwollende Opposition treiben. In die Regierung müßten aber führende Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens aufgenommen werden. Graf Lerchenfeld sagte darauf, das schiene ihm sehr plausibel. Wenn er auch, wie schon erwähnt, eine eigentliche Diktatur verabscheue, so könnte doch eine Art modifizierter Diktatur unter Umständen nützlich sein, die namentlich in wirtschaftlichen Fragen von dem schwerfälligen parlamentarischen Apparat befreit wäre. Er denke sich das so, daß eine Körperschaft von 25 bis 30 Personen, Parlamentarier, führende Männer des Wirtschaftslebens und sonstige hervorragende Persönlichkeiten, gebildet würde, die eine Art von Diktatur zu führen hätte. Die Zahl der Reichsminister könne dann vermindert werden, wodurch gespart werde, und endlich müßte die Landesverteidigung unmittelbar dem Reichspräsidenten unterstellt werden, so daß der Reichstag nichts mehr mit der Reichswehr zu tun hätte. Er dächte sich einen solchen Zustand nur als Provisorium auf ungefähr 6 Monate. Einen entsprechenden Vorschlag habe er dem Reichspräsidenten gemacht.

[. . .]

14. November 1922 (Nr. 326)

94

Gestern empfing mich Ministerpräsident von Knilling. Als ich ihm meine Freude ausdrückte, ihn an dieser Stelle zu sehen, sagte er mir, er habe sich nur sehr schweren Herzens entschlossen, dem Ruf Folge zu leisten. Die Verhältnisse, unter denen er sein Amt übernommen habe, seien die denkbar ungünstigsten und er habe sich von vorneherein sagen müssen, daß er das, was das Volk von ihm verlange, niemals werde leisten können. Eine Besserung der wirtschaftlichen Lage herbeizuführen, dazu sei die Bayerische Regierung außer stande, das sei Sache der Reichsregierung und auch

²⁰ Bei den sächsischen Landtagswahlen am 5. November 1922 erhielt die SPD 41, die KPD 10, die DNVP 19, die DVP 18 und die DDP 8 Sitze. Die bürgerlichen Parteien hatten schwere Verluste hinnehmen müssen.

dieser sei dies unmöglich, solange unsere Feinde kein Einsehen hätten. Er sei sich daher vollständig bewußt, daß er die auf ihn gesetzten Hoffnungen nicht werde erfüllen können. Trotzdem habe er geglaubt, das Opfer bringen zu sollen, da sich sonst absolut niemand gefunden habe und er seiner Partei das klägliche Schauspiel habe ersparen wollen, das sie bei ihren vergeblichen Versuchen, einen Ministerpräsidenten zu finden, geboten habe. Ich sagte Herrn von Knilling, man werde ihm dafür jedenfalls Dank wissen und außerhalb Bayerns werde ohne Zweifel Befriedigung herrschen, daß die Regierungsübernahme durch ihn keine Rückkehr in die Kahrsche Regierungsmethode bedeute. Er erwiderte, aus letzterem Grunde habe man seine Wahl in der Mittelpartei nicht gerne gesehen und stehe ihm mit Mißtrauen gegenüber. Dort hätte man lieber Staatsrat Meyer als Ministerpräsidenten gehabt und dieser hätte sich mit der Mittelpartei sicher sehr gut gestellt, während derselbe andererseits im Bauernbund nicht dasselbe Vertrauen genieße, wie er. Der Vertreter der Mittelpartei in der Regierung, Justizminister Gürtner, werde ihm keine Schwierigkeiten machen, er sei ein gemäßigter, außerordentlich tüchtiger Mann, der sich schon sehr bewährt habe und auch bei den Verhandlungen mit Berlin im Sommer ein so großes Geschick und einen so feinen Takt bewiesen habe, daß er in Berlin den besten Eindruck gemacht habe. Dagegen sei sein Hauptgegner in der Mittelpartei der frühere Justizminister Dr. Roth, der um jeden Preis wieder Minister werden möchte [. .]

Herr von Knilling sprach weiter von der großen Unzufriedenheit und Erregung, die im Volk herrsche wegen der unaufhaltsam steigenden Teuerung und daß Ausbrüche des Volksunwillens nicht in den Bereich des Unmöglichen gehörten. Für hier seien solche allerdings nicht von der linken Seite zu befürchten, denn die Linke sei sehr kleinmütig geworden und habe große Angst vor den National-Sozialisten, die immer mehr erstarkten. Von dieser Seite seien Unruhen also eher zu befürchten, denn diese Bewegung bilde eine unbestreitbare Gefahr, mit der die Regierung ernstlich rechnen müsse. Hitler behaupte, seine Partei habe 35 000 eingeschriebene Mitglieder und Sturmtrupps von 4000 Mann. Dem könne die Regierung nicht tatenlos zusehen, sie dürfe es nicht dulden, daß sich unter ihren Augen Kampfformationen bilden, lasse sie es zu, so könne sie dasselbe den Parteien der Linken nicht verwehren. Man erlasse jetzt vor allem einmal ein Verbot des Führens von Gummiknütteln. Er glaube ja, daß die Gefahr eines national-sozialistischen Putsches etwas übertrieben werde, woran das Angstgeschrei der Sozialdemokraten nicht zum mindesten die Schuld trage. Hitler selbst habe auch verschiedenen Parteiführern des Landtags in dieser Hinsicht beruhigende Versicherungen gegeben. Aber derselbe habe auch allerhand Unterführer, die weniger zuverlässig seien und unter denen sich manche Desperados befänden, da könne man nie wissen, ob diese nicht eines Tages auf eigene Faust losschlugen. Die nationale Gesinnung möge gewiß bei vielen Teilnehmern ausschlaggebend sein, aber dabei sei eine große Menge, die sich der Bewegung nur angeschlossen habe, weil dort einmal wieder etwas los sei. Dazu gehörten viele früher sozialdemokratische Arbeiter, außerdem aber auch die früher unter dem Namen „Rucksack-Spartakisten“ bekannten Leute, die nur auf Gelegenheit zum Plündern hofften. Der kommunistische Abgeordnete Aenderl habe sich bitter beklagt, daß diese Leute, die ehemals die Reihen der Kommunisten gefüllt hätten, jetzt zu den National-Sozialisten abwanderten. Unbegreiflich sei es ihm, wie die Partei zu dem vielen Geld komme, denn sie sei glänzend finanziert. Hitler fahre im Auto im ganzen Land umher und habe sich schon mehrfach Sonderzüge stellen lassen. Das Bedauerliche sei, daß die National-Sozialisten in

weiten Kreisen der Bürgerschaft die größten Sympathien genossen und daß diese von ihnen das Heil erwarteten. Sie ließen sich durch die nationalen Sprüche und Gesten blenden. Das Programm der National-Sozialisten sei eigentlich doch nur ein negatives. Bekämpfung der Sozialisten und Kommunisten, der Juden, der Wucherer und Schieber sei ihr Ziel, aber damit allein könne man noch nicht regieren, positive Ziele und Programmpunkte fehlten ihnen vollständig.

[. . .]

21. November 1922 (Nr. 340)

95

Schon öfters haben sich die National-Sozialisten zu Ausflügen Sonderzüge stellen lassen, wozu sie bei der glänzenden Finanzierung ihrer Partei in der Lage sind. So war am letzten Samstag ein Sonderzug bestellt worden, der sie nach Regensburg bringen sollte, wo eine Versammlung in Aussicht genommen war. Polizeilicherseits war ein Verbot dieser Versammlung nicht erfolgt, da Gewähr dafür geboten wurde, daß dieselbe ohne Störung der öffentlichen Ruhe verlaufen werde. Infolgedessen hatte die hiesige Eisenbahnbehörde die Stellung des Sonderzuges zugesagt. Diese Zusage wurde jedoch im Laufe des Samstags zurückgezogen, da angeblich seitens der gegnerischen Arbeiterschaft mit Sabotageakten gedroht worden war. Die National-Sozialisten, die bereits am Bahnhof aufmarschiert waren, beschlossen daher, eine Abordnung zum Ministerpräsidenten zu entsenden, der dieselbe auch am Nachmittag empfing. Bei der Aussprache, der auch der Minister des Innern anwohnte, wurde darauf hingewiesen, daß der Bayerischen Staatsregierung ein unmittelbarer Einfluß auf die Entschließungen der Reichseisenbahnverwaltung nicht zustehe. Die Abordnung stellte in Aussicht, daß sie die Angelegenheit im Wege der Beschwerde weiterverfolgen und dadurch der Staatsregierung Gelegenheit geben werde, die grundsätzlichen Fragen mit den zuständigen Reichsstellen zu erörtern.

Der Völkische Beobachter, das Organ der National-Sozialisten, hat eine Sondernummer ausgegeben, in der er die Vereitelung des Sonderzuges nach Regensburg in der schärfsten Weise kritisiert. Er spricht von einer unverantwortlichen Nebenregierung und hebt hervor, daß die eigene bayerische Regierung zur Ohnmacht verurteilt sei. Der Grund liege in der Verreichlichung der Bayerischen Bahnen und es zeige sich wieder, wie berechtigt der Widerstand dagegen in Bayern gewesen sei. Die National-Sozialisten würden nach Regensburg gehen, und wenn sie 30 bis 40 Lastautos nehmen müßten.

Die Organisation „Oberland“²¹, die vor Jahren besonders anlässlich ihres Eingreifens in Oberschlesien hier viele Sympathien genossen hat, ist, wie man hörte, in der letzten Zeit in ein übles Fahrwasser geraten. Man munkelte immer davon, konnte aber nichts bestimmtes als Auskunft erhalten. Im Oktober sprach man von Verhaftungen von Mitgliedern dieser Organisation. Die Polizei hat nunmehr eine Mitteilung darüber gemacht, die höchst merkwürdige Dinge enthüllt. Es heißt darin von den seinerzeit

²¹ Das Freikorps Oberland war 1919 im geistigen Umkreis der deutsch-völkischen Thulegesellschaft entstanden, hatte die Kämpfe um München und im Ruhrgebiet mitgemacht und war 1921 in Oberschlesien berühmt geworden. Um der Auflösung der Freikorps zu entgehen, wurde der Wehrverband im Herbst 1921 als „Bund Oberland“ neugegründet. Zur Stellung des Bundes innerhalb der bayerischen Rechtsverbände und zu den internen Streitigkeiten s. Fenske, Konservativismus, S. 53 f. und 159 ff.

festgenommenen Führern von „Oberland“ befinde sich nur noch der Hauptmann a. D. Joseph Römer, der eigentliche Leiter des Bundes, in Haft. Gegen ihn sei ein Verfahren wegen Aufforderung zum Mord anhängig. Es handelt sich um die Aufforderung zum Mord des Freikorpsführers Kapitänleutnant Ehrhardt und des Majors Siebringhaus, des militärischen Führers des Korps „Oberland“ während der Kämpfe in Oberschlesien. Gegen die übrigen seinerzeit verhafteten Mitglieder des Korps sind noch mehrere Verfahren in Schweben.

[. . .]

1. Dezember 1922 (Nr. 373)

Die Nationalsozialisten hatten für gestern abend zu fünf gleichzeitigen großen Versammlungen in den größten Bierlokalen Münchens eingeladen, teils durch die üblichen roten Plakate, um die sich die Neugierigen drängten, teils durch Flugblätter, die von einem die Straßen durchfahrenden Auto abgeworfen wurden. Die Versammlungslokale waren überfüllt, einige mußten schon eine halbe Stunde vor Beginn der Versammlung für weiteren Besuch gesperrt werden, in anderen wurden Parallelversammlungen veranstaltet. In jeder Versammlung sprach ein anderer Redner. Dazu hatte man neben den hiesigen Rednern solche von auswärts, aus Hannover, aus Österreich, sogar aus der Tschecho-Slowakei kommen lassen. Hitler selbst sprach in jeder Versammlung nur kurze Zeit. Wie die Zeitungen berichten, führte er unter tosendem Beifalle aus, daß das System des Parlamentarismus gänzlich versagt und das Volk ins Unglück gestürzt habe. Nationale Würdelosigkeit und Selbstentmannung seien die Kennzeichen der Nachrevolutionspolitik. Zusammenschluß zu nationaler Einheitsfront sei nötig zur Rettung. Die Deutsche Regierung erhalte jetzt die Quittung für ihre Erfüllungspolitik. Dr. Wirth aber habe es verstanden, sich rechtzeitig zu drücken²². Hitler habe auch ein vertrauliches Schreiben der Reichsregierung an Frankreich verlesen, worin angeregt werde, die Französische Regierung solle die sofortige Auflösung aller nationalen Verbände in Deutschland fordern, da ein Aufblühen der nationalen Bewegung zu einem Regierungswechsel führen könne, der die Reparationsleistungen in Frage stelle. Soweit sei die Gesinnungslosigkeit von oben schon gediehen, habe Hitler gesagt und er habe angekündigt, daß man den andauernden Verrätereien einer gewissen Presse ein Ende machen werde, wenn die Regierung nicht einschreite.

Wie ich eben noch erfahre, ist gestern der berüchtigte frühere Kapitänleutnant Ehrhardt von einem zur Führung einer Untersuchung hier weilenden Reichsgerichtsrat hier verhaftet und nach Leipzig geschafft worden²³.

²² Nach vergeblichen Versuchen, eine neue Regierung (zunächst überparteilich, dann als große Koalition) zu bilden, war Reichskanzler Wirth am 14. November zurückgetreten. Am 22. November kam das aus bürgerlichen Fachministern bestehende Kabinett Cuno zustande.

²³ Korvettenkapitän Ehrhardt war als Kommandeur der 2. Marinebrigade maßgeblich am Kapp-Lüttwitz-Putsch beteiligt gewesen.

3. Dezember 1922 (Nr. 378)

97

Gestern hatte ich zum ersten Male Gelegenheit zu einer längeren Unterredung mit Justizminister Dr. Gürtner. Der Eindruck, den ich dabei erhielt, hat mir das günstige Urteil über ihn, dem ich bis jetzt überall begegnet war, vollauf bestätigt. Besonders wohltuend berührte mich die große Mäßigung in seinen Anschauungen, die sich weit von dem entfernte, was man sonst von Deutsch-Nationalen zu hören bekommt. Wenn es ihm gelingt, auch dem Drängen seiner weniger einsichtigen Auftraggeber in der Partei gegenüber diesen Anschauungen gemäß zu handeln, so wird man seine Mitarbeit im Ministerrat nur begrüßen können.

Dr. Gürtner sagte mir u. a., die national-sozialistische und überhaupt die ganze rechtsradikale Bewegung sei eine Erscheinung, die er psychologisch vollkommen verstehe. Unsere ganze Notlage und die Erfolglosigkeit in der Bekämpfung derselben, für die man die bisher regierenden Parteien der Mitte verantwortlich mache, treibe die Enttäuschten nach den beiden extremen Seiten. Da spiele der Gedanke, daß man es früher doch besser gehabt habe, eine große Rolle und darin beruhe die Anziehungskraft der Richtung, die eine nationale Erneuerung und Rückkehr zu den früheren Zuständen predige. Daß sich eine solche nicht ohne weiteres erreichen lasse, das sehe die Menge nicht ein. Es sei ja ein gewisses Verdienst der national-sozialistischen Bewegung, daß sie viele Leute zu nationalen Anschauungen bekehre, die sonst vielleicht der extremen Linken zufielen. Trotzdem stehe er nicht an, die ganze Bewegung als eine wirkliche Gefahr zu erklären und zwar deswegen, weil sie einen lediglich negativen Charakter trage, sie wolle nur bekämpfen und beseitigen, habe aber nichts an die Stelle zu setzen und kein positives Aufbau-Programm. Alle innerpolitischen Umwälzungen aber seien zwecklos und gefährlich solange erstens Bayern dem Reichsverband angehöre und solange zweitens wir uns in der Zwangslage befinden, die durch die außenpolitischen Verhältnisse bedingt sei. Die letztere zu ändern seien wir nicht in der Lage und ein Ausscheiden Bayerns oder irgend eines Landes aus dem Reichsverband dürfe unter keinen Umständen erfolgen. Das würde das Ende des Reiches nicht nur, sondern auch dasjenige der einzelnen Länder bedeuten. Das sei die große Gefahr, die er in einem rechtsradikalen Umsturz sehe. Trotzdem man höre, daß die national-sozialistische Bewegung auch außerhalb Bayerns im Reich verbreitet und stärker sei, als man gemeinhin annehme, dürfe man den Blick dafür nicht verlieren, daß es allein schon in Bayern weite Gebiete gebe, wo man von solchen Experimenten nichts wissen wolle. Man dürfe nicht immer nur an München und an den Chiemgau denken. In Franken sei eine ganz vortreffliche, durchaus loyale und staats-erhaltend gesinnte Bevölkerung, bei der vor allem der kleinbäuerliche Besitz eine große Rolle spiele. Dort wolle man Ruhe haben, um seinen Acker bestellen zu können, und keinen Umsturz, auch nicht im Sinne einer Restauration. Er habe schon oft denken müssen, daß doch bei den Südbayern ein gewisser romanischer Einschlag im Blut sein müsse, der das starke Hervortreten des Gefühlsmomentes in der Politik, eine gewisse Romantik und endlich die Freude an prunkvollen Schauspielen und an Vergnügungen verursache. Sonst wäre die beispiellose Beliebtheit eines Ludwig II., der sie doch gewiß in keiner Weise verdient habe, kaum möglich. Derselbe werde hier noch jetzt wie ein irdischer Heiliger verehrt, während die Bevölkerung in Nordbayern ihn kaum dem Namen nach mehr kenne. Daher komme es auch, daß die Bewegung die meiste Anziehungskraft habe, die dem Volke etwas biete, wo es etwas zu sehen gebe, Aufzüge mit Musik u. s. w. Bei den National-Sozialisten sei eben jetzt

am meisten los, deswegen laufe das Volk ihnen zu und dadurch entstehe leider die weitere Gefahr, daß sich auch das Gesindel ihnen anschließe, für dessen Haltung niemand einstehen könne, wenn es einmal zu einer Aktion käme.

Ich brachte Dr. Gürtner dann auf die Verhaftung Ehrhardts zu sprechen, über die er sich recht befriedigt äußerte. Vielleicht werde das dazu beitragen, daß die Vorwürfe, als ob man in Bayern den Gegnern der Republik und den Reaktionären Unterschlupf gewähre, endlich verstummen. Wenn man sich in einem Unternehmen, wie dem Kapp-Putsch, das, weil es mißglückt sei, sich als Hochverrat darstelle, kompromittiert habe, so könne man entweder sich stellen oder verschwinden, wenn man glaube, seine Kraft dem Vaterland bei günstigerer Gelegenheit wieder widmen zu müssen, aber man dürfe es nicht machen wie Ehrhardt und die Gastfreundschaft eines Landes mißbrauchen. Darunter habe Bayern zu leiden, daß so viele Persönlichkeiten, denen der Boden unter den Füßen in andern Teilen des Reiches zu heiß geworden sei, hierhergekommen seien. Alle die Leute, die in den sogenannten nationalen Verbänden und den Freikorps ihr Unwesen trieben, seien Nichtbayern. Den Bayern selbst liege so etwas gar nicht, am allerwenigsten eine Militärdiktatur, vollends wenn sie von Norddeutschen ausgeübt werde. Außerdem führten diese Leute beständig den gefährdeten Föderalismus im Munde, den es zu schützen gelte, während sie selbst, einmal zur Macht gelangt, auf den Föderalismus und die bayerische Eigenart pfeifen würden. Zu den unwillkommenen Elementen zähle er auch Ludendorff, dessen Anwesenheit für Bayern entschieden eine Belastung bedeute. Er möchte mindestens wünschen, daß derselbe sich etwas mehr zurückhielte und weniger in der Öffentlichkeit zeigte. Besonders aber bedauere er, daß Leute vom Schlage Ehrhardts Bayern in Mißkredit bringen, die alle keine rechten Führernaturen, sondern durch den Krieg hervorgebrachte Abenteurer seien. Meist handle es sich nicht einmal um Leute, die den Krieg an der Front mitgemacht hätten, sondern solche, die erst später eingetreten seien und in den Tagen der Revolution, der Baltikum- und Oberschlesienkämpfe das berauschte Machtgefühl, das der Besitz eines Gewehres verleihe, kennen gelernt hätten. Wie wenig sie zu ernstem Handeln fähig seien, das zeigten die überaus traurigen Zustände in den Selbstschutzorganisationen und nationalen Verbänden. Bei dem Gespräch über diese Punkte fühlte ich durch, daß er mit der Politik des Herrn von Kahr gar nicht so ganz einverstanden ist und ihn nicht frei von der Schuld an dem Zuströmen der unerwünschten rechtsradikalen Elemente hält. Auch bei der Beurteilung Herrn von Knillings und der Bedeutung des Wechsels im Ministerpräsidium schien Dr. Gürtner selbst darüber beruhigt, daß nicht eine Rückkehr zum System Kahr erfolgt sei.

Daß die Aussichten für die neue Reichsregierung so wenig günstig sind, bedauerte der Justizminister sehr. Als wir von den neuen Drohungen Poincarés sprachen²⁴ und ich erwähnte, man könne sich fragen, ob diejenigen nicht doch Recht gehabt hätten, die gemeint hätten, man hätte es lieber zu einer Besetzung des Ruhrgebietes kommen lassen sollen, ehe man das Reich durch die Erfüllungspolitik wirtschaftlich ruiniert habe, weil man damals noch eher die Kraft gehabt hätte, auch dies zu überwinden, sagte Dr. Gürtner, das hätte man nur dann tun können, wenn man mit

²⁴ Poincaré hatte am 17. November 1922 in der französischen Kammer die Wirtschaftspolitik Deutschlands angegriffen und den Vorwurf erhoben, die Mark werde absichtlich entwertet. Vgl. EGK, 1922, S. 221.

einem in sich geschlossenen Volksganzen, das zu allen Opfern fähig gewesen wäre, zu rechnen gehabt hätte, aber nicht angesichts der Zerrissenheit der Parteien und der moralischen Verkommenheit eines großen Teiles unseres Volkes.

Von den Republikschutzgesetzen sprechend, meinte Dr. Gürtner, schon jetzt bereue man in den Kreisen der Deutschen Volkspartei nicht nur, sondern auch in manchen demokratischen Kreisen, daß man denselben die Zustimmung erteilt habe. Insbesondere aber werde der Staatsgerichtshof seiner Tätigkeit nicht recht froh. Er sei nur mehr ein Gerichtshof für Denunziationen und dafür sei er zu gut, dies Gefühl herrsche bei den Berufs- wie bei den Laienrichtern an demselben.

[. . .]

10. Januar 1923 (Nr. 11)

Ministerpräsident von Knilling, den ich gestern aufsuchte, sagte mir anläßlich des bevorstehenden Einmarsches der Franzosen in das Ruhrgebiet¹, er könne nur dringend wünschen, daß die Reichsregierung absolut festbleibe, den Versailler Vertrag als gebrochen betrachte und sich auf keinerlei Verhandlungen mehr einlasse. Nach den Nachrichten, die er aus Berlin habe, könne man annehmen, daß die Regierung Cuno eine solche Haltung einnehmen werde, es komme nur darauf an, ob sie die dazu nötige Unterstützung im Volke finde. Wenn sich im Reichstag eine Mehrheit zur Annahme eines an uns gerichteten Ultimatus fände und eine solche durch eine neugebildete Regierung erfolgen würde, so wäre alles verloren, denn dann hätten wir es bei den Staaten, die allenfalls noch etwas für uns tun könnten, verscherzt. Außerdem würde aber dadurch die Gefahr innerer Unruhen entstehen, er möchte insbesondere dann hier für die Haltung der rechtsradikalen Kreise nicht eintreten. Es werde hier viel über einen in Bälde bevorstehenden Putsch der National-Sozialisten geunkelt, er selbst könne nicht recht daran glauben, aber allerdings nur, solange nicht die Reichsregierung durch würdeloses Verhalten einen Anlaß dazu gebe. Immerhin mache die national-sozialistische Bewegung der Regierung ernste Sorge und werde von ihr mit größter Aufmerksamkeit verfolgt. Durch gewaltsames Einschreiten und Verbote lasse sich hier nichts erreichen, die Verhaftung von Führern könnte nur das Signal zum Losschlagen geben. [. . .]

Der Ministerpräsident sprach dann von einer Versammlung, die vom Verband der vaterländischen Bezirksvereine veranstaltet am Freitag [5. Januar] hier stattgefunden hat und der er mit den Ministern Schweyer, Matt und Meinel selbst angewohnt hat. Er habe geglaubt, derselben nicht fern bleiben zu sollen, obgleich ihm sein Herz nicht hingezogen habe, weil er es für richtiger halte, mit diesen Kreisen in Fühlung zu bleiben, um sie sich nicht aus der Hand gleiten zu lassen und den Einfluß auf sie nicht zu verlieren. Nach Ansprachen des Vorsitzenden, Kaufmann Zeller, und des Ehrenvorsitzenden, Herrn von Kahr, habe er selbst eine Rede gehalten, und endlich habe auch noch der unvermeidliche Ludendorff gesprochen. Während der Versammlung, die von Tausenden besucht gewesen sei, während Tausende wieder hätten abziehen müssen, weil sie keinen Platz mehr bekommen hätten, seien auf einmal „Heil“-Rufe erklingen und Adolf Hitler sei mit einer Hundertschaft seiner Hakenkreuzler erschienen. Er und seine Ministerkollegen hätten sich sofort bei dem Versammlungsleiter darüber beschwert, der gesagt habe, Hitler sei nur allein eingeladen gewesen und habe versprochen, keine Rede zu halten. Er selbst habe darauf mit Hitler gesprochen, der ihm persönlich keinen schlechten Eindruck gemacht habe und anscheinend nicht die Absicht gehabt habe, vor der Versammlung zu sprechen. Diese habe aber solange getobt, bis er doch das Wort ergriffen habe, um eine kurze und sehr gemäßigte, jedenfalls durchaus nicht zu beanstandende Rede zu halten. Das Publikum

¹ Am 10. Januar 1923 wurde von Frankreich und Belgien die Entsendung einer „Kontrollkommission“ ins Ruhrgebiet angekündigt, am 11. Januar begann die Besetzung durch französische und belgische Truppen.

habe sich im übrigen anständig benommen und ihm selbst beim Verlassen des Saales ebenso lebhaftere Ovationen bereitet, wie Kahr, Ludendorff und Hitler. Herr von Knilling beklagte sich dann noch sehr über die Anwesenheit Ludendorffs in Bayern, die eine schwere Belastung darstelle. Derselbe sei ihm gründlich unsympathisch, und er traue ihm nichts Gutes zu.

[. . .]

Um 12 Uhr erwartete der Ministerpräsident den Antrittsbesuch des neuen Gesandten der Reichsregierung, Herrn von Haniel, der erst am Morgen von Berlin hier eingetroffen war. Er meinte, so viel er gehört habe, werde man keinen Grund haben, ähnliche Schwierigkeiten mit demselben zu befürchten, wie man sie mit dem Grafen Zech gehabt habe. Er solle eher ruhebedürftig sein und habe deswegen den hiesigen Posten einer Botschaft vorgezogen, zumal das ihm gehörige Gut Haimhausen in der Nähe Münchens gelegen sei.

29. Januar 1923 (Nr. 35)

99

Der national-sozialistische Parteitag ist ohne Störung der öffentlichen Ordnung verlaufen, insofern nirgends Zusammenstöße weder mit Sozialdemokraten und Kommunisten, noch auch mit der Polizei stattgefunden haben. Die sämtlichen Veranstaltungen haben sich schließlich doch in dem ursprünglich geplanten Umfang abgespielt, denn der Staatskommissar hatte allmählich allerhand Genehmigungen erteilt, so daß von der Wirkung des Ausnahmezustandes nicht mehr viel zu merken war². Für Samstag abend [27. Januar] waren anstatt der 12 angekündigten Massenversammlungen nur 6 genehmigt worden, aber es wurden wegen großen Andranges überall Parallelversammlungen eingelegt, so daß es schließlich doch auf die geplanten 12 Versammlungen herauskam. Die Fahnenweihe, die im Zirkus-Gebäude stattfinden sollte, fand wegen der großen Menge, die dazu erschienen war, vor dem Zirkus auf dem Marsfeld statt, wozu im letzten Augenblick die Genehmigung einlief. Endlich zogen die National-Sozialisten mit Musik und Fahnen von diesem Platz nach dem Münchner-Kindl-Keller durch die Stadt, was ebenfalls erlaubt worden war, und die Lastwagen mit grüner Polizei, die dem Zuge folgten, forderten zu der Frage heraus, ob sie Ausschreitungen der National-Sozialisten verhindern oder ob sie etwa diese gegen Angriffe von anderer Seite schützen sollten.

Es herrscht hier nun mit Recht allgemein das Gefühl, daß die Regierung sich gründlich blamiert habe, und es kursierte heute morgen schon das Gerücht vom Rücktritt des Ministers des Innern, der die Eigenschaft eines Generalkommissars für das rechtsrheinische Bayern während der Dauer des Ausnahmezustandes hat. Die Abendblätter bringen ein Dementi, aber es besteht zweifelsohne eine Krise, deren Verlauf sich

² Vom 27.–29. Januar fand in München der erste „Reichsparteitag“ der NSDAP statt. Die bayerische Regierung hatte am 26. Januar den Ausnahmezustand über München verhängt und alle Versammlungen der NSDAP verboten. Daraufhin intervenierte Ernst Röhm im Auftrag Hitlers beim bayerischen Landeskommandanten, General von Lossow, beim Regierungspräsidenten von Oberbayern, Kahr, und beim Münchner Polizeipräsidenten, Nortz, der während des Ausnahmezustands als Staatskommissar fungierte. Die Stellungnahmen von Kahr, Lossow und Nortz sowie die von ihnen zugestandenen Lockerungen des Verbots bedeuteten einen beträchtlichen Prestigegewinn für Hitler. Vgl. Maser, Frühgeschichte, S. 374ff.

noch nicht voraussagen läßt. Man scheint einzusehen, daß ein Sündenbock in die Wüste geschickt werden muß, und es wird angenommen, daß Polizeipräsident Nortz geopfert werden soll, um Herrn Schweyer im Amte halten zu können. Ein besonderer Vorwurf wird demselben mit Recht kaum gemacht werden können, vielmehr scheint ein solcher die Regierung zu treffen, die sich zu der Verhängung des Ausnahmezustandes in der zuversichtlichen Annahme entschlossen hat, die nötige Macht zu dessen Durchführung gegen die National-Sozialisten zu besitzen. Erst am Samstag nachmittag scheint sie dann zu der Einsicht gekommen zu sein, daß sie sich getäuscht habe und sich auf Reichswehr und Polizeiwehr nicht verlassen könne, wenn es sich um ein gewaltsames Vorgehen gegen die National-Sozialisten handeln müßte. Das Ansehen der Regierung hat dadurch einen sehr bedauerlichen Stoß erlitten, und zwar sowohl auf der rechten ebenso wie auf der linken Seite. Die nationalistischen Kreise, die hier eine sehr bedeutende Macht besitzen, haben ihr die Verhängung des Ausnahmezustandes verübelt, die Sozialdemokraten die Durchbrechung desselben durch allerhand nachträglich den National-Sozialisten erteilte Genehmigungen. Tatsächlich waren auch die Sozialdemokraten die Hauptleidtragenden, denn sie mußten infolge der Verfügung des Ausnahmezustandes eine für Freitag angesetzte Versammlung, in welcher Unterleitner sprechen sollte, absagen, während die National-Sozialisten am Samstag ihre Versammlungen abhalten durften.

[. . .]

23. Februar 1923 (Nr. 64)

Ministerpräsident von Knilling ist am letzten Sonntag abend nach Berlin gefahren und im Laufe des Dienstag [20. Februar] von dort wieder zurückgekehrt. Ich habe denselben um eine Unterredung gebeten und wurde gestern von ihm empfangen. Er sagte mir gleich, wie er es zuvor auch schon meinem sächsischen Kollegen erklärt hatte, daß er mir über den eigentlichen Grund, der die Veranlassung zu seiner Reise nach Berlin gegeben habe, leider keinen Aufschluß geben könne, da darüber absolutes Geheimnis gewahrt bleiben müsse³. Ich erwiderte, daß ich das wohl einsehe, daß er mir aber doch vielleicht einiges sagen könne über die Wahrnehmungen, die er in Berlin gemacht habe.

Herr von Knilling erzählte mir daraufhin, die Stimmung, die er in Berlin in Regierungskreisen angetroffen habe, sei nicht schlecht. Dr. Cuno und seine Mitarbeiter seien unerschütterlich im Festhalten am passiven Widerstand, sie seien sogar der Ansicht, daß eine Intervention von Seiten Englands für uns jetzt noch gar nicht erwünscht wäre, da sie nicht vorteilhaft für uns ausfallen könnte. Die Front an der Ruhr stehe fest, die Haltung aller dortigen Kreise, besonders auch der Arbeiter, sei über alles Lob erhaben. Leider sei der gleiche Geist im übrigen Reich nicht überall zu finden, die sozialdemokratischen Führer seien wieder am Werk, die Stimmung zu verderben und auf Verhandlungen zu drängen. Dr. Cuno habe die Absicht geäußert, demnächst einmal diese Führer zu sich kommen zu lassen, mit ihnen sehr ernst zu sprechen und ihnen gewissermaßen ein Ultimatum zu stellen. Herr von Knilling

³ Der Gegenstand der Besprechungen Knillings in Berlin am 19. Februar ist unbekannt, möglicherweise ging es um eine Verstärkung der Reichswehr in Bayern. Vgl. Akten der Reichskanzlei, Das Kabinett Cuno, bearb. v. K. H. Harbeck, Boppard 1968, S. 199.

sagte, er habe den Reichskanzler in dieser Absicht eifrigst bestärkt und ihn beschworen, um jeden Preis festzubleiben und nicht von seinem Posten zu weichen. Eher solle er es auf eine Reichstagsauflösung und auf Neuwahlen ankommen lassen, die Parole dafür wäre nicht schlecht, und er sei überzeugt, daß viele Arbeiter anders denken als ihre Führer und dem bei der Stimmabgabe Ausdruck verleihen würden. Dr. Cuno habe sich nicht abgeneigt gezeigt, einen solchen Versuch zu riskieren, ehe er einem linksgerichteten Kabinett weiche. Er habe dem Reichskanzler geschildert, daß eine Reichsregierung, der ein Breitscheid angehören würde, in Bayern einfach nicht ertragen würde und daß damit eine für den Bestand des Reiches äußerst gefährliche Lage geschaffen würde. Herr von Knilling appellierte an meine Kenntnis der hiesigen Verhältnisse und frug mich, ob ich diese Ansicht nicht teilte, was ich nur bejahen konnte.

In diesem Zusammenhang sprach der Ministerpräsident auch davon, daß er jetzt sehr bestrebt sei, mit den vaterländischen Verbänden möglichst Fühlung zu unterhalten, zu diesem Zweck besuche er ihre Versammlungen und spreche in denselben, was ihm von Blättern demokratischer und sozialdemokratischer Richtung verargt werde. Es mache ihm auch keine Freude, er halte es aber für wichtig, daß diese Leute, deren Bedeutung nicht unterschätzt werden dürfe, ihn kennen lernten und Vertrauen zu ihm faßten, nur auf diese Weise könne es gelingen, sich einen Einfluß auf sie zu sichern, nicht wenn man sie einfach ignoriere. Kürzlich habe er in einer Versammlung des berüchtigten Verbandes „Stahlhelm“ gesprochen und großen Beifall gefunden; man habe ihm versichert, daß der Verband unbedingt sich hinter die Regierung stellen werde, gleichviel gegen wen.

[. . .]

16. März 1923 (Nr. 105)

Streng vertraulich!

101

In einer Unterredung, die ich mit Herrn von Knilling hatte, kamen wir auch auf die Staatspräsidentenfrage⁴ zu sprechen, und der Ministerpräsident äußerte sich mir gegenüber dahin, daß, wenn er mir seine rein private Ansicht sagen dürfe, er nur hoffen könne, daß die Versuche, einen Staatspräsidenten zu schaffen, keinen Erfolg hätten, da er eine solche Einrichtung für etwas Überflüssiges und ihre Einführung nicht als ein Glück für Bayern ansehe. Leider habe er seinerzeit der Fraktionssitzung der Bayerischen Volkspartei, in welcher dieser Plan gefaßt worden sei, nicht angewohnt, sonst hätte er seine Stimme sehr energisch dagegen erhoben. Nachdem aber einmal der Parteibesluß gefaßt und der Gedanke in die Öffentlichkeit gebracht worden sei, bleibe ihm nichts anderes übrig, als mitzumachen. Herr von Knilling bestätigte die von mir schon immer vertretene Anschauung, daß der Beweggrund für den Beginn der Aktion der Bayerischen Volkspartei zur Schaffung eines Staatspräsidenten der Wunsch war, die durch den Rücktritt Kahrs enttäuschten Parteimitglieder durch die Hoffnung zu trösten, daß sie ihn als Staatspräsidenten wiedersehen würden, und daß die weitere Fortführung der Aktion durch das inzwischen erfolgte Vorgehen der Mittelpartei in der gleichen Richtung veranlaßt worden ist, durch die man sich nicht überflügeln lassen wollte. Die Idee des Staatspräsidenten sei

⁴ Ein entsprechender Antrag der BVP und der Mittelpartei hatte am 28. Februar im Landtag die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht erreicht.

hier außerordentlich populär, in ihr verkörpere sich das Verlangen nach dem starken Mann, den man angeblich brauche, um das Volk aus dieser schlimmen Zeit herauszuführen, und der Wunsch, der eigenen Staatspersönlichkeit Bayerns einen erhöhten Ausdruck zu verleihen. Wenn daher, was bei den derzeitigen Mehrheitsverhältnissen im Landtag mit Sicherheit anzunehmen sei, ein diesbezüglicher Gesetzentwurf abgelehnt werde, so müsse man damit rechnen, daß die Aktion damit nicht zu Ende sei, sondern daß man versuchen werde, das Ziel auf dem Wege einer Volksabstimmung zu erreichen, wofür die Aussichten nicht ungünstig wären. Er selbst könne sich, wie gesagt, nichts Gutes davon versprechen, dazu seien hier in Bayern die Verhältnisse nicht groß genug und der Aufgabenkreis eines einzelnen Landes ein zu engbegrenzter. Entweder der Staatspräsident oder der Ministerpräsident hätte dann kein genügend großes Feld der Tätigkeit, und zwei wirkliche Persönlichkeiten in diesen Stellungen nebeneinander seien nicht zu denken, eine von beiden müßte eine Null sein. Ein rein dekorativer Staatspräsident habe keinen Wert, und wenn er eine ausgesprochene Persönlichkeit sei, so sei es für einen Ministerpräsidenten von einiger Initiative schwer, sich unter ihn zu stellen. Er selbst würde keinen Augenblick auf seinem Posten bleiben, wenn Herr von Kahr Staatspräsident würde. Herr von Knilling sprach dann über denselben, wobei sein Urteil recht ungünstig ausfiel. Er kenne ihn schon seit 38 Jahren und sei befreundet mit ihm, er habe ihn immer für einen zuverlässigen Charakter und bescheidenen, einfach denkenden Mann gehalten. Leider habe sich das geändert, der viele Weihrauch, der ihm gestreut worden sei, habe ihm den Kopf verdreht. Er habe es verhältnismäßig leicht gehabt als erster bürgerlicher Ministerpräsident nach der Revolution, erreicht habe er aber eigentlich nichts, als daß er durch seine Halsstarrigkeit die von ihm selbst geschaffene Einwohnerwehr zu Grunde gerichtet habe. Seine Schwäche den rechtsradikalen Einflüssen gegenüber sei zu groß, und wenn er Staatspräsident werden sollte, wäre er nur eine Puppe in der Hand solcher Kreise. Obgleich nun viele Leute sich unter einem Staatspräsidenten niemand anders als Kahr vorstellen könnten, sei doch die Möglichkeit, daß er gewählt werde, keine große. Außer der Mittelpartei würde niemand für ihn eintreten, denn in der Bayerischen Volkspartei habe die Stimmung vollständig umgeschlagen. Wenn man aber davon ausgehen müsse, daß Kahr nicht in Frage komme, so sei man auf einmal sehr verlegen, wenn es sich um die Wahl einer geeigneten Persönlichkeit als Staatspräsident handle. Als ich einwarf, daß ich bis jetzt außer Kahr nur den Kronprinzen und Kardinal Faulhaber als Kandidaten hätte nennen hören, lachte der Ministerpräsident und sagte, an diesen absurden Plänen könne man deutlich sehen, daß der ganze Gedanke ein unglücklicher sei. Herr von Knilling hat mich sehr, diese Äußerungen als seine rein privaten Anschauungen zu betrachten und streng vertraulich zu behandeln.

[. . .]

16. März 1923 (Nr. 107)

Der Regensburger Anzeiger, das Organ des Abgeordneten Held, bringt einen längeren Artikel „Ludendorff und Bayern“, der deswegen Interesse verdient, weil er zeigt, wie die Sympathien für Ludendorff in den Kreisen der Bayerischen Volkspartei in der letzten Zeit geschwunden sind. [. . .]

[. . .]

Dieser Artikel hat zum Verfasser den Schriftleiter der Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz, einen früheren Hauptmann Schwend, der als Schützling Helds anfängt, in der Partei eine ziemliche Rolle zu spielen. Zur Beurteilung seiner Ausführungen ist es vielleicht von Interesse, daß Schwend, der Protestant war, in der letzten Zeit zum Katholizismus übergetreten ist.

Was die hiesige Stellung Ludendorffs betrifft, so habe ich gehört, daß seine Beziehungen zu Herrn von Kahr erkaltet seien. Dieser habe sich bei Hindenburg anlässlich dessen hiesigen Besuches über Ludendorff beklagt, wobei der Feldmarschall den Oberst Bauer als den bösen Genius Ludendorffs bezeichnet habe. Ludendorff soll überhaupt jetzt hier ziemlich isoliert sein und fast nur noch die National-Sozialisten unbedingt hinter sich haben, während die vaterländischen Verbände immer mehr von ihm abrückten.

16. April 1923 (Nr. 131)

103

Die Nachricht, daß gegen Redakteure des Völkischen Beobachters und des Miesbacher Anzeigers Haftbefehl ergangen sei, weil sie zu den gegen sie angesetzten Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik nicht erschienen waren, hat hier in den rechtsradikalen Kreisen große Unruhe hervorgerufen⁵. Führer der nationalen „Kampforganisationen“⁶ erschienen [am 13. April] beim Ministerpräsidenten, um in ultimativer Form zu verlangen, daß die Bayerische Regierung einem Ersuchen um Verhaftung der beiden Redakteure nicht stattgeben solle, außerdem wurde verlangt, daß die Regierung Schritte zur sofortigen Aufhebung des Gesetzes zum Schutze der Republik tun solle. Der Ministerpräsident suchte die Erschienenen, unter denen sich auch Hitler befand, zu beruhigen, jedoch ohne Erfolg. Der geforderte und für Samstag [14. April] befristete Bescheid wurde von der Regierung nicht erteilt, trotzdem ist von Seiten der Organisationen noch nichts erfolgt. Man nimmt auch an, daß weiter nichts erfolgen wird, da die Wortführer gemerkt haben werden, daß sie zu einer Aktion aus einem solchen Grunde ihre Leute nicht hinter sich haben werden. Die Regierung denkt nicht daran, sich der Vollziehung des Haftbefehls durch bayerische Organe zu widersetzen, da die strafrechtliche Verfolgung der Redakteure wegen der durch Pamphlete begangenen Beleidigungen von Mit-

⁵ Der Staatsgerichtshof hatte die Redakteure Dietrich Eckart (Völkischer Beobachter) und Martin Weger (Miesbacher Anzeiger) zur Verhandlung am 12. April nach Leipzig vorgeladen. Weitere Verfahren waren gegen Hitler und Hermann Esser anhängig. Moser berichtete am 17. 4. 1923 (Nr. 133), daß die Abordnung der Kampfverbände am 16. April abermals beim Ministerpräsidenten erschienen war und die Antwort erhalten hatte, daß die Regierung den Vollzug der Haftbefehle nicht ablehnen könne.

⁶ Gemeint ist die im Februar 1923 gegründete „Arbeitsgemeinschaft der vaterländischen Kampfverbände“. Darin waren die aktivistischen Verbände, u. a. Bund Oberland, Reichsflagge, NSDAP (SA) zusammengeschlossen. Hitler, Röhm und Kriebel hatten beherrschenden Einfluß in der Arbeitsgemeinschaft. Die übrigen, in Dutzende von Gruppen und Vereinen aufgesplitterten Rechtsverbände waren unter dem Ehrenvorsitz Kahrs und der Führung Hermann Bauers organisiert als „Vereinigte Vaterländische Verbände Bayerns“. Neben Nachfolgeorganisationen der Einwohnerwehr waren es politische und wirtschaftliche Vereinigungen, Traditionsverbände und Offiziersvereine. Vgl. die Übersicht in der Münchener Augsburger Abendzeitung Nr. 132 u. 133 v. 16. u. 17. 5. 1923, abgedr. bei E. Deuerlein, Der Hitlerputsch, Bayerische Dokumente zum 9. November 1923, Stuttgart 1962, S. 58 ff.

gliedern der Reichsregierung durchaus gerechtfertigt erscheine. Ein etwaiges Verlangen nach Aufhebung des Gesetzes zum Schutz der Republik wird als zur Zeit gänzlich aussichtslos angesehen.

[. . .]

Hitler hat gestern trotz strömenden Regens eine große Truppenschau über seine Getreuen abgehalten, die uniformiert mit Musik und Fahnen, Radfahrkompanien, Sanitätspersonal und anderen militärischen Ausrüstungen ausgerückt waren.

3. Mai 1923 (Nr. 149)

Die hiesigen maßgebenden Stellen haben mit ihrer etwas ostentativ zur Schau getragenen Zuversicht, daß der 1. Mai ohne ernstliche Störungen verlaufen würde, recht behalten. In Wirklichkeit scheint diese Zuversicht aber keine so sehr feste gewesen zu sein, und die große Nervosität, die sich am Vorabend der Bevölkerung bemächtigt hatte, hat sich auch auf die Regierung übertragen, so daß am Abend um 10 Uhr noch ein Ministerrat zusammentrat und daß der Polizeipräsident noch die Notpolizei aufrief, eine Einrichtung, von deren Existenz man bei dieser Gelegenheit zum ersten Male etwas hörte⁷. Diese Maßregel wurde als entschieden übereilt bald wieder rückgängig gemacht. Dagegen hatte die Regierung schon vorher gründliche Vorsorge getroffen, indem sie Reichswehr und Polizeiwehr von außerhalb Münchens herangezogen hatte. Wie die erwähnte unglaubliche Nervosität sich bilden konnte, scheint noch nicht ganz aufgeklärt zu sein, man hat den Eindruck, als ob hinter den Kulissen Kräfte am Werke gewesen seien, denen am Ausbruch innerer Unruhen etwas gelegen gewesen sein mußte. Es wurden Gerüchte ausgesprengt, wonach von kommunistischer Seite ein Umsturz ähnlich dem vom 7. November 1918 geplant sei, ferner hieß es, in Sachsen sei die Räterepublik errichtet und die Rote Armee sei im Anmarsch auf Bayern. Jeder mit den Verhältnissen einigermaßen Vertraute mußte sich sagen, daß den Kommunisten ein Umsturzversuch hier jetzt schlecht bekommen müßte, da sie Reichswehr, Polizeiwehr, vaterländische Verbände und National-Sozialisten zu Gegnern hätten, die auf eine Gelegenheit, an ihnen ihr Mütchen zu kühlen, nur warten. Nun wurden am Montag abend [30. April] aber auch Flugblätter verbreitet, die entschieden von den National-Sozialisten ausgingen und deren eines fälschlicherweise die Unterschrift „die vaterländischen Kampfverbände“ trug. Der Inhalt mußte den Anschein erwecken, als ob von rechtsradikaler Seite ein Angriff auf die feiernden Arbeiter geplant sei, und Frauen und Kinder wurden ernstlich gewarnt, die Straße zu betreten. Endlich haben die leider oft so ungeschickten Münchner Neuesten Nachrichten zur Erregung beigetragen, indem sie an der Spitze ihrer Ausgabe die auffallende Überschrift mit großen Lettern setzten „Hochspannung in München, Ministerrat, Warnung“⁸. An Warnungen hat es die Regierung allerdings nicht fehlen lassen, und am 1. Mai waren solche an allen Straßenecken angeschlagen. Am kritischen Tage selbst war im Straßenbild keinerlei Aufregung zu bemerken, und

104

⁷ Nach einer Berichtigung Mosers vom 8. Mai (Nr. 154) handelte es sich dabei um eine von den Rechtsverbänden mißverständene Äußerung des Polizeipräsidenten Nortz am Vorabend des 1. Mai. In Wirklichkeit war die „Notpolizei“ jedoch ein (wahrscheinlich von Röhm inszenierter) Trick, um Waffen aus Reichswehrbeständen für die Rechtsverbände zu organisieren. Vgl. Maser, Frühgeschichte, S. 389f.

⁸ S. MNN Nr. 117 v. 1. 5. 1923.

außer einigen kleinen Zusammenstößen heimkehrender Trupps beider Parteien, die ohne ernstliche Folgen blieben, kam es zu keinen Ausschreitungen. Die ganze Situation entbehrte nicht einer gewissen Komik. Die National-Sozialisten und die ihnen nahestehenden Teile der sogenannten vaterländischen Verbände hatten sich schon vor Tagesanbruch auf dem Exerzierplatz Oberwiesenfeld versammelt und Vorposten aufgestellt, dort blieben sie bis nachmittags 2 Uhr „in Bereitschaft“. Die Maifeier fand auf der Theresienwiese, also fast eine Stunde davon entfernt, um 11 Uhr vormittags statt. Die Gruppen marschierten einzeln an, die Kommunisten hatten ihre Sowjetsterne auf dem Weg durch die Stadt verhüllt, entfalteten sie aber auf der Wiese, ohne daß die Polizei dem erlassenen Verbot gemäß eingeschritten wäre. Von der Versammlung ist nicht viel zu sagen, sie verlief normal ohne Zwischenfall, sozialdemokratische und kommunistische Redner sprachen zum Teil gleichzeitig. Der Versammlungsort wurde in Ruhe verlassen, am Nachmittag konnte man noch einzelne Gruppen durch die Straßen ziehen sehen, wobei auch auf dieser Seite das Bestreben zutage trat, es in militärischer Aufmachung den National-Sozialisten gleichzutun. Man sah Uniformen, zum Teil mit Stahlhelmen, hörte militärische Kommandos und wunderte sich, an dem Arm dieser Leute die rote Binde, im Knopfloch die rote Blume zu sehen.

Auch die von den National-Sozialisten im Zirkus abends 8 Uhr veranstaltete Maifeier verlief ohne Störung. [. . .]⁹

[. . .]

15. Mai 1923 (Nr. 162)

[. . .]

105

Eine eigenartige, ausschließlich kirchliche Feier hatte am Sonntag abend [13. Mai] stattgefunden. Der alte Brauch der Bittprozession gegen die Pest wurde erneuert. Zum letzten Mal hatte ein solcher Umgang zur Bitte um Befreiung von der Cholera im Jahre 1858 stattgefunden. Man kam nun auf den Einfall, diesen Brauch wieder aufleben zu lassen und eine große Bittprozession zur Befreiung vom Einbruch der Franzosen in deutsches Land zu veranstalten. In der Frauenkirche fand abends ein feierlicher Gottesdienst statt, und bei Einbruch der Dunkelheit bewegte sich ein endloser Zug von ungefähr 10000 Lichter tragenden Männern unter Vortritt der Geistlichkeit nach der Mariensäule auf dem Rathausplatz. Der Eindruck soll ein außerordentlich tiefer gewesen sein.

2. September 1923 (Nr. 246)

106

Als ich gestern den Minister des Innern Dr. Schweyer aufsuchte, brachte ich ihn auf die national-sozialistische Bewegung zu sprechen. Er meinte, dieselbe habe entschieden an Zugkraft verloren seitdem die National-Sozialisten sich bei verschiedenen

⁹ Obwohl Hitlers Drohung, die gewerkschaftliche Maifeier zu verhindern, Bluff blieb, verlief der 1. Mai nicht ganz so friedlich, wie es nach Mosers Bericht den Anschein hatte. Bei mehreren Überfällen der schwer bewaffneten Rechtsradikalen auf Sozialdemokraten und Kommunisten gab es Verletzte. Die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen gegen Hitler wegen seines Verhaltens am 30. April und 1. Mai wurden ergebnislos eingestellt. Vgl. Maser, Frühgeschichte, S. 388 ff.

Gelegenheiten, so bei der Fahnenweihe¹⁰ und am 1. Mai ziemlich blamiert hätten, zudem flössen die Geldmittel weniger reichlich, was sich besonders auch in der national-sozialistischen Presse bemerkbar mache trotz der Vergrößerung des Formats des Völkischen Beobachters¹¹. Endlich aber scheine innerhalb der Partei selbst ein starker Zersetzungsprozeß vor sich zu gehen. Hitler gerate immer mehr unter den Einfluß des früheren Kommunisten Esser¹², der die ganz extreme Richtung verkörpere, während die gemäßigeren Elemente dabei nicht mitmachen wollten. Aus diesen Gründen stelle die Bewegung zur Zeit keine ernste Gefahr dar, zumal auch die Zahl derjenigen Leute, die sich an den Sturmtrupps beteiligten und zu einer Aktion zu haben wären, eine weit geringere sei, als gemeinhin angenommen werde.

Diese Wahrnehmung, daß die extreme Richtung immer wieder die größere Anziehungskraft habe und daß dadurch eine Kluft zwischen ihr und den besonnenen Elementen entstehe, könne man auch in den vaterländischen Verbänden machen. Von ihnen sollte man erwarten, daß sie keine eigene Politik treiben, sondern sich der verfassungsmäßigen Regierung als Stützen zur Seite stellen, mindestens solange es sich um eine bürgerliche Regierung handle. Herr von Knilling habe geglaubt, durch Einflußnahme auf die Verbände das zu erreichen, während er selbst skeptisch gewesen sei und dieselben mehr sich selbst überlassen habe. Darüber sei zwischen ihm und Herrn von Knilling eine Kontroverse entstanden, und er selbst sei bei den Verbänden der bestgehaßte Mann geworden. Aber Herr von Knilling habe auch keinen Erfolg mit seiner Taktik gehabt, vielmehr versuchten die Verbände immer mehr [eine Art] Nebenregierung zu errichten und der Ministerpräsident habe den Dank für seine Bemühungen geerntet in Gestalt eines unverschämten Briefes von Seiten der Verbände, die ihm Vorwürfe gemacht hätten, daß er die Gesetzentwürfe betreffend Staatspräsident und Volksentscheid beim Landtag nicht durchgebracht habe, und von ihm verlangt hätten, daß er sofort ihn (Schweyer) entlassen müsse. Diese Angelegenheit sei nun zwar wieder für einige Zeit beigelegt, allein diese Verbände bildeten einen unsicheren Faktor, mit dem man jederzeit rechnen müsse. Eine Gefahr, daß sie einmal aktiv gegen die Regierung vorgehen, bestehe aber deswegen vorerst nicht, weil sie viel zu uneinig untereinander seien. Der heute in Nürnberg stattfindende „Deutsche Tag“¹³, der natürlich von den Verbänden und von den National-Sozialisten stark besucht werde, mache ihm eine größere Sorge deswegen, weil die Sozialdemokraten die Gelegenheit benützt hätten, um die gar nicht bestehende Gefahr eines Putsches von rechts an die Wand zu malen, ihre Leute zu alarmieren und nach Nürnberg zum Schutz der Republik zu senden. Beide Teile hätten

¹⁰ Im Januar 1923 beim Parteitag.

¹¹ Die Nationalsozialisten hatten den Völkischen Beobachter im Dezember 1920 erworben. Das Blatt erschien ab 8. Februar 1923 als Tageszeitung (vorher zweimal wöchentlich), ab 29. August 1923 im Großformat.

¹² Hermann Esser, seit Anfang 1920 Mitglied der DAP und bald zur engsten Umgebung Hitlers gehörend, hatte sich nach der Novemberrevolution der SPD angeschlossen und kurze Zeit bei der sozialdemokratischen „Allgäuer Volkswacht“ volontiert. Kommunist war er nie gewesen. Vgl. Maser, Frühgeschichte, S. 199.

¹³ Die „Deutschen Tage“ waren beliebte Veranstaltungen der Rechtsverbände, bei denen Uniformen und Waffen zur Schau gestellt, nationalistische Reden gehalten und paradiert wurde. In Nürnberg trafen sich am 1./2. September 1923 etwa 100 000 „Nationalgesinnte“. Die Veranstaltung war nicht nur wegen der hohen Teilnehmerzahl von besonderer Bedeutung, sie galt auch als „Test der Machtverhältnisse“. Vgl. Maser, Frühgeschichte, S. 419.

zwar die Versicherung gegeben, daß sie sich ruhig verhalten wollten, und die National-Sozialisten seien unbewaffnet nach Nürnberg gefahren. Allerdings hätten sie eine Ladung Knüppel hingeschickt, um sich im Notfall verteidigen zu können. Er glaube nicht, daß etwas vorkomme, aber eine gewisse Gefahr sei immerhin vorhanden.

Die Sozialdemokraten nützten die [Haltung] der National-Sozialisten und der Verbände besonders aus, um vor einer großen monarchistischen Gefahr zu warnen, und um unter dem Vorwand, die Republik dagegen schützen zu müssen, sich selbst Stoßtrupps zu schaffen, wie die sogenannte Auer-Garde sie darstelle. An eine Ausrufung der Monarchie denke kein Mensch, dazu müßte doch auch ein Monarch sich bereit erklären. Der Kronprinz sei aber viel zu klug, um sich zu so etwas herzugeben. Die Errichtung einer Monarchie unter den gegenwärtig herrschenden Verhältnissen wäre ja der endgültige Tod des monarchistischen Gedankens. Die Formationen der Sozialdemokraten könne man nicht auflösen, ohne zugleich auch die Formationen der National-Sozialisten aufzulösen, und dabei würde man in der öffentlichen Meinung zu sehr auf Widerstand stoßen. Man müsse daher abwarten, ob sie sich gegen die bestehenden Vorschriften vergehen, dann erst habe man eine Handhabe dazu, bis jetzt hätten sie aber noch keinen Anlaß gegeben.

[. . .]

9. September 1923 (Nr. 251)

107

Kürzlich hatte ich Gelegenheit, den Schriftleiter der Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz zu sprechen, der über die Stimmung innerhalb der Partei immer besonders gut informiert ist und dem Abgeordneten Held nahesteht. Derselbe sagte, man habe den Eindruck, daß es mit dem passiven Widerstand zu Ende gehe, ja daß derselbe eigentlich jetzt schon aufgegeben sei. Er sehe nicht ein, warum man es nicht eingestehe. Man habe eben damit den erhofften Erfolg nicht erreichen können und müsse nun die Folgen auf sich nehmen, es sei wie ein zweiter verlorener Krieg. Damit solle nicht gesagt sein, daß es falsch gewesen sei, es mit dem passiven Widerstand zu versuchen, er habe immerhin einen moralischen Erfolg bedeutet, aber man habe damals nicht wissen können, daß England sich Frankreich gegenüber so schwach zeigen werde. Schließlich sei eine Verständigung mit Frankreich, wenn sie noch so nachteilig für uns ausfalle, doch besser, als wenn man es einfach bei uns zum Chaos kommen lasse. Es sei aber eine große Frage, ob es nicht schon zu spät sei. Trotz der manchen Fehler, die vom Kabinett Cuno begangen worden seien und an denen besonders Hermes schuld sei, habe doch kein zureichender Grund für einen Kabinettswechsel in diesem Augenblick bestanden¹⁴. Man begegne hier dem Ministerium Stresemann mit großem Mißtrauen, vor allem wegen des starken sozialistischen Einschlags. Wenn der Reichstag einem Hermes so große diktatorische Vollmacht auf dem Steuergebiet eingeräumt habe, so sei damit noch nicht gesagt, daß er dasselbe auch einem Hilferding bewilligt hätte. Man sehe die Wirkung jetzt schon, die Eingriffe in unsere Vermögenssubstanz, die für die ganze Wirtschaft einen großen Schaden bedeuteten, hätten doch keinen Wert, weil nichts damit erreicht werde, es würde nur wieder in

¹⁴ Nach einem Mißtrauensvotum der SPD war die Regierung Cuno am 11. August zurückgetreten. Am 12./13. August kam unter Stresemann eine Regierung der Großen Koalition zustande.

ein Faß ohne Boden geschöpft. Die Bestrebungen, eine neue Währung zu schaffen, seien nichts anderes als Experimente, die keinen Erfolg haben könnten, solange nicht unser Auslandskredit wieder gehoben werde, vermehrte Arbeit wäre das einzige, was uns wieder hochbringen könnte. Er vermöge dem Ministerium Stresemann kein langes Leben zu prophezeien und was dann komme, das werde noch schlimmer sein. Der Reichswagen rolle immer mehr dem Abgrund zu, man sei aber in Bayern nicht gesonnen, diese Fahrt bis ans Ende mitzumachen. Wenn man diesen Entschluß gefaßt habe, so sei das noch lange kein Separatismus. Bayern wolle nicht vom Reich los, aber wenn in Berlin das Chaos komme, dann müsse Bayern bemüht sein, vom Reich zu retten, was noch davon zu retten sei, und man hoffe hier sehr, daß der ganze Süden sich zusammentue, um sich gegen einen bolschewistischen Norden abzuschließen und so einen Rest des Deutschen Reichs aufrechtzuerhalten. Um diese äußersten Maßnahmen, die niemand herbeisehne, die aber unter Umständen ganz von selbst eintreten müßten, mit Erfolg durchführen zu können, sei es vor allem nötig, daß man Putschen von rechts und besonders der Gefahr, die von Ludendorff drohe, bei Zeiten entgegenarbeite. Er sei der Ansicht, daß dies nur gelingen werde, wenn es gelinge, an der Bayerischen Verfassung Änderungen vorzunehmen, wie sie zum Teil schon von der Mittelpartei und der Bayerischen Volkspartei angeregt worden seien und die auf eine Beschneidung der Befugnisse des Parlaments hinauslaufen würden. Es sei allerdings sehr fraglich, ob sich der Landtag dazu bereit finden lassen werde, niemand verzichte gern auf die Macht, die er in Händen habe. Es sei ferner nötig, auf eine Stärkung des Wittelsbachschen Gedankens hinzuwirken, wobei im entferntesten nicht an die Wiedereinführung der Monarchie gedacht werden solle, sondern nur als Gegengewicht gegen die Ludendorffschen Bestrebungen. So leicht in Altbayern die Zustimmung der Bevölkerung zur Wiedererrichtung der Monarchie zu erlangen wäre, so denke doch kein ernstzunehmender Mensch daran, dies jetzt durchführen zu wollen. [. . .]

[. . .]

13. September 1923 (Nr. 255)

Als ich gestern von Ministerpräsident von Knilling empfangen wurde, sagte mir derselbe, er habe in das Ministerium Stresemann gar kein Vertrauen, daß es irgendwie von längerer Dauer sein könnte. Er habe Cuno mit großem Bedauern scheiden sehen, denn er habe sehr viel auf ihn gehalten, leider habe ihm die nötige robuste Energie gefehlt, und er habe entschieden in der letzten Zeit nicht die erforderliche Aktivität gezeigt. Stresemann sei ja selbst ein kluger und gewandter Mann, aber die Belastung seines Ministeriums durch den starken sozialistischen Einschlag werde hier sehr schwer ertragen. Gerade die wichtigsten Reichsämtner seien mit Sozialdemokraten besetzt, und zwar mit solchen, deren Namen gerade hier in Bayern keinen guten Klang hätten. [. . .] Wenn nun Stresemann scheitere und zurücktreten müsse, so könne man sich nichts anderes denken, als daß ein ganz aus Sozialdemokraten, womöglich unter Teilnahme von Kommunisten gebildetes Ministerium komme. Das sei dann der kritische Moment, wo es sich frage, ob man diese Politik weiter mitmachen solle, die ein Ende der Reichsverfassung bedeuten würde, oder ob man nicht versuchen solle, hier im Süden das Deutsche Reich zu erhalten. Wenn dieser Fall eintrete, so sei es besonders wichtig, daß es nicht von Seiten der Rechtsaktivisten zu einem Gewaltakt komme.

[. . .] Er könne gar nicht sagen, wie oft ihm Putsche von rechts von irgend einer Seite angekündigt würden, er sei natürlich vorsichtig und lasse jedesmal der Sache nachgehen, aber er lasse sich auch nicht so leicht ins Bockshorn jagen, bis jetzt habe es sich noch immer als Schwindel herausgestellt. Er sei sehr bestrebt, die Verbindungsdrähte mit den Verbänden nicht abreißen zu lassen und habe dadurch schon manches erreicht, leider befolge der Minister des Innern diese Maxime nicht und sei deswegen ganz ohne Grund bei den Verbänden verhaßt, während man ihm doch eher den Vorwurf machen sollte, daß er die National-Sozialisten habe zu groß werden lassen.
[. . .]

18. September 1923 (Nr. 263)

109

Wie ich gehört habe, hat der Abgeordnete Held kürzlich zwei Tage in Schloß Hohenburg bei Tölz, dem Sitz der Großherzogin-Mutter von Luxemburg, geweiht behufs einer Besprechung mit deren Schwiegersohn, dem Kronprinzen Rupprecht. Es heißt, daß es sich dabei keineswegs um eine baldige Wiedererrichtung der Monarchie gehandelt habe, sondern um eine Vermittlerrolle, die der Kronprinz übernehmen solle, um Herrn von Kahr an eine einflußreiche Stelle in der Regierung zu bringen, ohne daß dadurch ein Regierungswechsel nötig wäre. Man kann sich das nur so denken, daß Herr von Kahr Staatspräsident oder eine Art Diktator werden soll, und zwar ohne daß das Ministerium Knilling zurückzutreten hätte. Ob dies durch einen Staatsstreich mit Übergangung des Landtags gemacht werden soll oder mit dessen Zustimmung, wird nicht gesagt, letzteres scheint aber der Mehrheitsverhältnisse wegen ausgeschlossen. Wenn man diese Gerüchte mit den Äußerungen des Schriftleiters der Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz vergleicht, über die ich unter dem 9. [September] Nr. 251 berichtet habe, so gewinnen dieselben bedeutend an Wahrscheinlichkeit. Die erforderlichen Verfassungsänderungen zur Vermeidung eines Putsches von rechts und die mysteriöse Stärkung des Wittelsbachschen Gedankens fänden hier ihre Erklärung.

Ich habe schon seit einiger Zeit das Gefühl, ohne gerade bestimmte Anhaltspunkte dafür zu haben, daß Herrn von Kahrs Stern wieder im Steigen ist und daß man bei den maßgebenden Stellen in der Bayerischen Volkspartei gesonnen ist, sich seiner zu bedienen, weil man hofft, in Anbetracht des großen Einflusses, den er auf die Rechtsaktivisten ausübt, dieselben eher im Zaume halten zu können und ein Gegengewicht gegen Ludendorff zu gewinnen. Bei dem bisher von der Bayerischen Volkspartei beliebten Verfahren, die Ministerpräsidenten wegzuwurfen, wie die ausgesogenen Orangenschalen, wenn man sie genug hat, konnte ich beinahe annehmen, daß jetzt, nachdem bald ein Jahr verflossen ist, auch Herrn von Knillings Stündlein geschlagen habe, weil man jetzt wieder glaubt, mit Kahr bessere Geschäfte zu machen und die Wähler dadurch vom Abströmen nach rechts abhalten zu können. Es scheint aber, daß ich in diesem Falle der Partei unrecht getan habe und daß man gesonnen ist, Herrn von Knilling auch weiterhin zu halten, wobei es sich nur fragt, ob er sich der erwähnten Vermittlung fügt und mit Kahr in der gedachten Weise zusammenarbeiten wird, was mir immerhin zweifelhaft ist.

[. . .]

Man hat hier das Gefühl, daß eine große Spannung herrscht, besonders infolge des Ausbleibens eines Erfolges Stresemanns und infolge der katastrophalen Geldentwer-

wird sie nach hinten beschönigt und als patriotische Tat im Interesse des Reiches hingestellt. [. . .]

[. . .]

27. September 1923 (Nr. 269)

Ministerpräsident von Knilling ist gestern morgen von Berlin zurückgekehrt¹⁵, und es fand am Nachmittag ein Ministerrat statt, der bis in den späten Abend fort dauerte. Ich hatte erfahren, daß in demselben die in meinem früheren Berichte bereits ange-deutete Betrauung des Herrn von Kahr mit besonderen Vollmachten beraten werde. Hitler hatte für heute abend 14 große Versammlungen anberaumt, in denen über das Thema „der vollständige Zusammenbruch Deutschlands“ gesprochen werden sollte. Es herrschte daher in der Stadt gestern eine ziemliche Aufregung, weil man fürchtete, daß es heute abend nach den Versammlungen zum Losschlagen kommen werde. Heute morgen brachten nun die Zeitungen die hier beigefügten Kundgebun-gen, die auch in den Straßen angeschlagen sind: einen Aufruf des Gesamtministe-riums an das Volk, eine Verordnung über die Verhängung außerordentlicher Maß-nahmen mit der Bestellung des Herrn von Kahr zum Generalstaatskommissar und eine Kundgebung des Letzteren. Diese Maßnahmen haben entschieden günstig ge-wirkt und sofort eine Entspannung und Beruhigung herbeigeführt. Nachdem ich heute morgen die Tatsache telephonisch mitgeteilt hatte, ist es mir gegen Mittag gelungen, den Ministerpräsidenten selbst zu sprechen.

Dieser sagte mir, er habe sich schon länger mit der Absicht getragen, die Popularität, die Herr von Kahr bei den rechtsstehenden Kreisen genieße, in irgend einer Weise nutzbringend zu verwerten, habe aber nicht gedacht, daß er so schnell davon Ge-brauch machen müsse. Von Berlin zurückgekehrt, habe er hier eine recht kritische Situation vorgefunden, die sämtlichen vaterländischen Verbände seien im Begriff gewesen, in das Lager Hitlers überzugehen, und wenn man nicht rechtzeitig etwas dagegen getan hätte, so wäre die Gefahr eines Sturzes der Regierung in der Nacht von heute auf morgen eine sehr große gewesen. Die Ernennung Kahrs habe auch schon sehr günstig gewirkt, die sämtlichen Verbände mit Ausnahme der sogenannten Kampfverbände, Reichsflagge und Oberland, die sich zu Hitler hielten, hätten sich bereits heute morgen unbedingt für Kahr ausgesprochen, und dieser habe auch schon die 14 Versammlungen, welche die National-Sozialisten heute abend halten wollten, verboten. Es sei ihm, wie man verstehen werde, nicht ganz leicht geworden, Herrn von Kahr diese Machtfülle zu übertragen, aber die Umstände hätten es erfordert. Kahr sei der Beauftragte des Gesamtministeriums und habe nach dessen Weisungen die ganze vollziehende Gewalt. Eine Frage werde es sein, für wie lange man diesen Ausnahmezustand beibehalten müsse, und ihn wieder aufzuheben werde viel schwie-riger sein, als ihn anzuordnen. Er bewundere den Mut, mit dem Herr von Kahr das Amt übernommen habe, er habe gleich gefragt, ob sich dasselbe auch auf das wirt-

110

¹⁵ Am 26. September hatte die Reichsregierung (nach einer Besprechung mit den Regierungschefs der Länder am 25. September, an der Knilling teilgenommen hatte), offiziell das Ende des passiven Widerstands im Rheinland verkündet.

schaftliche Gebiet, besonders die Lebensmittelversorgung erstrecken solle, was er bejaht habe, obgleich er eigentlich seine Tätigkeit mehr auf das polizeiliche Gebiet beschränkt sich gedacht habe. Er solle es nur einmal versuchen und er werde schnell sehen, daß es nicht so leicht sei. [. . .]

Auf meine Frage, ob er sich wegen der Ernennung Herrn von Kahrs vorher mit der Reichsregierung ins Benehmen gesetzt habe, erwiderte Herr von Knilling, vorher nicht, aber heute morgen habe er es dem Reichskanzler telephonisch mitgeteilt. Unglaublicherweise habe man in Berlin schon davon gewußt, worauf ich einwarf, daß es auch heute morgen schon in Stuttgarter Zeitungen gestanden habe. Die Reichsregierung habe nun dem Reichswehrminister besondere Vollmachten übertragen, die dieser wieder an die Wehrkreiskommandanten weiterübertragen könne, diesen sollen nach der diesbezüglichen Verordnung Zivilkommissare beigegeben werden, die im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern ernannt werden sollten. Der Reichskanzler habe nun veranlaßt, daß es in der Verordnung heißen solle, daß Zivilkommissare beigegeben werden *können* und daß Bayern dafür nicht in Betracht komme, weil es bereits selbst einen Zivilkommissar ernannt habe¹⁶. [. . .]

Nach dem, was ich von anderer Seite gehört habe, dürfte die Äußerung Herrn von Knillings, daß er sich mit dem Gedanken einer Verwendung Herrn von Kahrs schon länger trage, nicht der Wahrheit entsprechen. Dieselbe ist vielmehr von gewissen Kreisen der Bayerischen Volkspartei bündig verlangt und von ihm nur sehr zögernd ausgeführt worden. Man fragt sich auch, wie die Verhältnisse sich gestalten werden, wenn Kahr einmal nicht den Weisungen des Gesamtministeriums zu folgen gesonnen sei. Man hält ihn zwar für loyal genug, um hier von sich aus keine Schwierigkeiten zu machen, fürchtet aber, daß er wieder dem treibenden Einfluß gewisser Leute unterliegen und in eine schiefe Stellung zum Ministerium gebracht werden könnte. Von sozialdemokratischer Seite wird die Ernennung Kahrs natürlich heftig getadelt werden, obgleich man in dieser Partei alle Ursache hätte, sich darüber zu freuen, denn bei einem Losschlagen der National-Sozialisten und der Verbände wären die sozialdemokratischen Führer die Hauptleidtragenden.

[. . .]

1. Oktober 1923 (Nr. 278)

111

Aus durchaus zuverlässiger Quelle habe ich gehört, daß am Freitag [28. September] bei General von Lossow hier ein vom Reichswehrministerium entsandter Offizier sich eingefunden hat, der demselben den Befehl überbrachte, er solle Herrn von Kahr als Generalstaatskommissar absetzen. Herr von Lossow war sich der Gefahren vollkommen bewußt, welche die Ausführung dieses Befehls mit sich gebracht hätten, und es wurde die Vermittlung des Herrn von Haniel angerufen, der sich mit dem Reichskanzler in Verbindung setzte, worauf dieser die Sache, von der er selbst keine Kenntnis hatte, wieder rückgängig machte. Dies ist die Tatsache, die dem als unzutreffend

¹⁶ Der Ausnahmezustand im Reich wurde unmittelbar nach dem bayerischen verhängt. Die Konfliktsituation ergab sich daraus, daß dem Befehlshaber im (Bay.) Wehrkreis VII, von Lossow, die vollziehende Gewalt in Bayern vom Reichswehrminister übertragen wurde, er aber nach dem Reichswehrgesetz als „Landeskommandant“ in Bayern auch der bayerischen Regierung bei öffentlichem Notstand oder bei Bedrohung der öffentlichen Ordnung Hilfe zu leisten hatte.

bezeichneten Gerücht zu Grunde lag, die Reichsregierung wolle von Bayern die Aufhebung des dort verfügbaren Ausnahmezustandes fordern¹⁷. Was sich hier ereignet hätte, wenn Lossow versucht hätte, den Befehl des Reichswehrministers auszuführen, läßt sich gar nicht ausmalen, und man ist sprachlos über die gänzliche Verkennung der hiesigen Lage, die in Berlin herrscht, wenn ein Mann wie Gessler, der doch mit den bayerischen Verhältnissen etwas vertraut sein sollte, einen solchen Befehl für ausführbar halten konnte.

Wenn man danach der weiteren Entwicklung der Dinge angesichts des Nebeneinanderbestehens der vom Reich und von Bayern verhängten Ausnahmezustände mit einiger Besorgnis entgegensehen muß, so wird diese Besorgnis noch gesteigert, wenn man sieht, wie andererseits Herr von Kahr sein Amt ohne Sinn für die im übrigen Reich herrschenden Verhältnisse ganz in der Weise führt, die man von früher an ihm gewohnt ist.

So hat er die sozialdemokratischen Selbstschutzorganisationen, die sogenannte Auergarde¹⁸, aufgelöst, ohne aber gleichzeitig einen ähnlichen Schritt den Nationalsozialisten gegenüber zu tun. Den Anlaß zu dieser Maßregel hat ihm das Ergebnis von Haussuchungen geliefert, die in den Räumen der Münchener Post und an anderen Plätzen vorgenommen wurden und wobei geheime Waffenlager der Sozialdemokratie gefunden wurden. In der Partei herrscht darüber große Aufregung, und es war heute die Rede von einem Generalstreik als Protest gegen dieses einseitige Vorgehen. Noch weit bedenklicher erscheint aber die Nachricht, daß die Vollzugsverordnungen für das Republik-Schutzgesetz für Bayern außer Kraft gesetzt worden seien. Nach den von mir angestellten Erhebungen handelt es sich nur um die von Bayern erlassenen Vollzugsverordnungen, und zwar eigentlich nur um eine Weisung an die betreffenden Behörden, die gar nicht für die Öffentlichkeit bestimmt war. Anlaß dazu hat die vom Staatsgerichtshof geforderte Verhaftung des Führers der Reichsflagge, Hauptmann Heiß, gegeben, bei deren Durchführung man mit ernstest Unruhen in Franken rechnen mußte.

Dem Völkischen Beobachter hat Herr von Kahr eine ernste Warnung erteilt und ein Verbot in Aussicht gestellt, noch ehe das von Berlin aus angeordnete Verbot hier eingetroffen war¹⁹.

[. . .]

¹⁷ Vgl. das amtliche Dementi in: MNN, Nr. 265 v. 30. 9. 1923. Für eine angeblich geplante „Absetzung Kahrs“ gibt es keine Belege.

¹⁸ Die „Auergarde“ war im November 1921 als „Sicherheitsabteilung der sozialdemokratischen Partei (S. A.)“ gegründet worden. Ins öffentliche Bewußtsein trat sie erst am 1. Mai 1923, am 30. September wurde sie durch Kahr verboten. Vgl. K. Rohe, Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold, Düsseldorf 1966, S. 32.

¹⁹ Der Reichswehrminister hatte am 28. September Lossow befohlen, das Verbot des Völkischen Beobachters (aufgrund des Artikels in Nr. 199 v. 27. 9. 1923 „Die Diktatoren Stresemann-Seeckt“) zu vollziehen. Lossow gab den Befehl an den Generalstaatskommissar weiter, Kahr verweigerte das Verbot. Durch die Weigerung Lossows gegenüber dem Reichswehrminister kam der Konflikt zwischen Bayern und dem Reich offen zum Ausbruch.

2. Oktober 1923 (Nr. 281)

112

Daß Herr von Kahr sein neues Amt als Sinekure auffaßt, kann man wirklich nicht sagen, er geht vielmehr mit Feuereifer an die Arbeit, wobei es ihm weiter keine Sorge macht, wo er damit anstößt. Man hat das Gefühl, als habe er nur auf die Stunde gewartet, wo er in die erforderliche Machtvollkommenheit eingesetzt ist, um seine schon längst gehegten Absichten zu verwirklichen. Darüber sieht man schon einige seiner sonst so eifrigen Verehrer bedenklich die Köpfe schütteln, und in der Bayerischen Volkspartei scheint ein gelindes Grauen sich einzustellen über die Tätigkeit der „Geister, die man rief“. In einem Artikel des Regensburger Anzeigers, der ohne Zweifel den Abgeordneten Held selbst zum Verfasser hat, wird ziemlich eindringlich dargelegt, welches die eigentlichen Aufgaben des Staatskommissars seien und als solche besonders die Bekämpfung der Hitler-Bewegung bezeichnet. Gerade auf diesem Gebiet hat Herr von Kahr bis jetzt noch am wenigsten getan, mindestens ist noch nichts davon an die Öffentlichkeit gelangt, als daß es heißt, er verhandle mit Hitler und seinen Leuten, die sich aber, wie es scheint, bis jetzt noch ziemlich intransigent verhalten haben. Umso schärfer wird nach links vorgegangen. [. . .]

4. Oktober 1923 (Nr. 282)

113

Das Interesse für die durch den bayerischen Ausnahmezustand geschaffene Lage ist gegenüber den Vorgängen der Umbildung der Reichsregierung²⁰ etwas in den Hintergrund getreten und die Bayern können von Glück sagen, daß man in Berlin wenig Zeit hat, sich mit ihnen zu beschäftigen. Anlaß dazu wäre schon vorhanden. Ich brauche in dieser Hinsicht nur den Völkischen Beobachter zu erwähnen, der in Bayern ruhig weiter erscheint, während er doch für das ganze Reich verboten ist. Man hat mir im Ministerium des Äußern zur Erklärung dafür gesagt, daß wegen desselben Artikels, wegen dessen der Völkische Beobachter vom Reichswehrminister verboten worden sei, er von Herrn von Kahr verwarnet worden sei, und zwar ehe das Berliner Verbot hier bekannt geworden sei. Herr von Kahr könne daher, ehe ein neuer Artikel zu Beanstandung Anlaß gebe, das Blatt nicht verbieten. Von anderer Seite habe ich gehört, daß es verschiedene Artikel waren, die zum Einschreiten hier und in Berlin Anlaß gaben, und daß man das Blatt nur deswegen hier nicht verbieten wolle, weil das Verbot von Berlin ausgehe. Ein Standpunkt, der Herrn von Kahr ganz gleich sehen würde.

[. . .]

Interessant ist die Nachricht, daß Dr. Roth, der frühere Justizminister, aus der Mittelpartei ausgeschieden ist. Man darf sicher annehmen, daß er sich der deutschvölkischen Bewegung anschließt, der sich der frühere Polizeipräsident Pöhner bereits mit Haut und Haar verschrieben hat. Diese beiden haben während der Ministerpräsidentschaft Kahrs sich als seine treuesten Anhänger gebärdet, sie waren es aber auch, die ihn in die Situation gedrängt haben, die seinen Sturz herbeiführte.

[. . .]

²⁰ Wegen des geplanten Ermächtigungsgesetzes zur Sanierung der Währung und des Etats war am 1. Oktober eine Regierungskrise in Berlin ausgebrochen. Am 6. Oktober bildete Stresemann ohne größere Veränderungen sein zweites Kabinett, am 13. Oktober nahm der Reichstag das Ermächtigungsgesetz an.

7. Oktober 1923 (Nr. 286)

Die Hoffnungen, die man hier hegte, daß die Regierungskrise im Reich einen starken Ruck nach rechts bringen werde, daß die sozialdemokratischen Vertreter aus dem Kabinett ausscheiden würden oder daß ein überparteiliches Ministerium gebildet würde, sind durch die Nachricht von der Wiederkehr der großen Koalition aufs bitterste enttäuscht worden. Man befürchtet von dieser Lösung der Krise eine sehr ungünstige Wirkung auf die hiesige Lage und glaubt, daß die Versuche, den Einfluß Hitlers allmählich immer mehr zu paralisieren, dadurch sehr erschwert, wenn nicht illusorisch gemacht werden. Man kann wohl sagen, daß die bisherige abwartende Haltung Stresemann gegenüber sich in eine absolut ablehnende verwandelt hat. Im Ministerium des Äußern fand ich daher gestern eine ziemlich allgemeine Bestürzung. Staatsrat Schmelzle meinte, die ganze Krise sei umsonst gewesen, mit dem Wiedereintritt der Sozialdemokraten sei das Ermächtigungsgesetz entwertet, denn sein sozialpolitischer Teil würde vollständig verwässert werden. Die Lösung der Kabinettsfrage werde nicht von langer Dauer sein, die Entwicklung nach rechts müsse kommen und lasse sich nicht mehr aufhalten, er hoffe nur, daß sie nicht auf gewaltsamem Wege erfolge. Beim Verlassen des Ministeriums traf ich den Ministerpräsidenten, der über die Nachrichten, die er soeben aus Berlin über die Kabinettsbildung erhalten hatte, ganz außer sich war und sagte, er gebe dem neuen Ministerium höchstens 8 Tage Lebensdauer, wenn es nicht schon vorher „losgehe“.

[. . .]

114

13. Oktober 1923 (Nr. 290)

Die aus dem Echo de Paris stammende Nachricht, daß General von Lossow wegen seines Verhaltens in der Frage des Ausnahmezustandes vom Reichswehrminister gemäßregelt werden solle, hat hier wie eine Bombe eingeschlagen²¹. Der General ist eine sehr beliebte Persönlichkeit und genießt das volle Vertrauen nicht nur der Regierung, sondern besonders auch der vaterländischen Verbände und des größten Teils der Bevölkerung. Man ist in diesem Punkte hier besonders empfindlich, da die Stimmung schon durch die vor einiger Zeit durch die Blätter verbreitete Nachricht erregt ist, daß General von Epp, der Infanterieführer des bayerischen Wehrkreises, am 1. Dezember verabschiedet werden solle²². Es fand dies zwar seine natürliche Erklärung darin, daß Epp das Dienstalter erreicht hat, das seine Pensionierung erfordert, wenn er nicht in eine höhere Stellung befördert werden kann, was bei ihm nicht zutrifft, da er keine Generalstabsausbildung hat. Epp ist von der Zeit der Befreiung Münchens von der Räteherrschaft hier eine besonders populäre Persönlichkeit. In ihm sehen die Münchner ihren eigentlichen Befreier. Zweifellos hat er große Verdienste, da er trotz des Verbotes der Regierung Hoffmann außerhalb der bayerischen Grenze bayerische Freiwillige sammelte, mit denen er sich dann an der Einnahme Münchens beteiligte. Es liegt nun einmal in der ganzen Art der Bayern, daß sie in ihren eigenen Landsleuten die Haupthelden sehen und die ausschlaggebende

115

²¹ Am 9. Oktober hatte der Chef der Heeresleitung, Seeckt, Lossow aufgefordert, aus seiner Befehlsverweigerung die Konsequenzen zu ziehen.

²² Die Verabschiedung Epps im Range eines Generalleutnants wurde am 24. 10. 1923 vollzogen.

Mitwirkung der württembergischen und preußischen Truppen darüber ganz vergessen. Jedenfalls ist Epp, der außerdem noch ein sehr einnehmendes und energisches Äußeres hat, sich aber persönlich bescheiden zurückhält, für die hiesige Bevölkerung das Symbol der Sicherheit gegen die Wiederkehr der Zustände vom Frühjahr 1919. Ministerpräsident von Knilling sagte mir gestern, er habe die Nachricht, daß Herr von Lossow von seinem Posten entfernt werden solle, indirekt durch die französische Zeitung erhalten und auf Erkundigungen in Berlin erfahren, daß eine solche Absicht bestehe. Er habe gleich einen Brief an den Reichswehrminister und an den Reichskanzler geschrieben und ihnen die verhängnisvollen Folgen, die ein solcher Schritt haben müßte, dringend vor Augen geführt. Man sei doch in Berlin geradezu mit Blindheit geschlagen, daß man absolut kein Verständnis für die hiesige Lage aufbringen könne. Die Reichsregierung habe allen Grund, Herrn von Lossow dankbar zu sein für sein taktvolles Verhalten. Eine Entfernung desselben würde allen guten Erfolg, den man bis jetzt erzielt habe, in Frage stellen und die Verbände wieder in die Arme Hitlers treiben. Der bayerische General, der seine Nachfolge übernehmen müßte, wäre vom ersten Tag an mit dem größten Odium belastet. Wisse er sich mit dem Generalstaatskommissar zu stellen, so sei die Lage die gleiche, wie bei Lossow, trete er aber gegen Kahr auf, so verliere er das Vertrauen seiner Truppen, denn die ganze Reichswehr halte zu Kahr und den vaterländischen Verbänden. Daß man in Berlin gar nicht einsehen wolle, wie sehr die Ernennung Kahrs zum Generalstaatskommissar gerade im Interesse des Reichs gelegen gewesen sei. Man habe durch dieselbe einem zweiten von Bayern ausgehenden Kapp-Putsch vorgebeugt, der nicht nur Bayern, sondern das ganze Reich in die größten Unruhen gestürzt hätte. Kahr sei der einzige Mann dazu gewesen, um das drohende Zusammengehen der Verbände mit Hitler zu verhindern. Er habe auf diesem Gebiet auch die besten Erfolge gehabt. Nachdem nun auch die Reichsflagge und Oberland von Hitler abgeschwenkt seien, stehe dieser mit seinen National-Sozialisten allein da²³. So stelle er aber keine Gefahr mehr dar, sondern nur, wenn er sich auf die Verbände stützen könnte, und daß diese die Neigung verspürten, sich ihm anzuschließen, das zu verhindern sei das Hauptziel, das verfolgt werden müsse. Dazu sei aber niemand anderes in der Lage als Kahr, jedenfalls nicht ein vom Reichswehrministerium oktroyierter General oder ein von Berlin aus ohne Sach- und Personenkenntnis ernannter Zivilkommissar. Herr von Knilling sagte, man habe allen Grund, mit Herrn von Kahrs Tätigkeit auf diesem Gebiete zufrieden zu sein, sein Verhalten sei auch durchaus loyal, er bespreche sich jeden Tag mit ihm und stehe im besten Einvernehmen mit ihm. Etwas anderes sei das wirtschaftliche Gebiet, auf diesem müsse auch Herr von Kahr versagen.

[. . .]

²³ Im September war das Bündnis der aktivistischen Rechtsverbände mit der Gründung des „Deutschen Kampfbunds“ (Bund Oberland, Reichsflagge, NSDAP) gefestigt worden. Als Nahziel wurde in dem Aufruf des Kampfbunds (veröffentlicht im VB Nr. 188 v. 14. 9. 1923, datiert vom Deutschen Tag in Nürnberg am 2. September) der Sturz der „Novemberrepublik“ propagiert. Nach der Übernahme der politischen Führung des Kampfbunds durch Hitler am 25. September war Heiß mit der „Reichsflagge“ am 7. Oktober abgesprungen, große Teile der bayerischen Ortsgruppen lösten sich jedoch von Heiß und wurden von Röhm als „Reichskriegsflagge“ am 11./12. Oktober neugegründet. Vgl. E. Röhm, Die Geschichte eines Hochverrätters, München 1930, S. 201.

19. Oktober 1923 (Nr. 294)

[. . .]

Wie ich gehört habe, ist Herr von Haniel kürzlich vom Reichskanzler antelephoniert und gefragt worden, ob ihm etwas davon bekannt sei, daß zwischen Herrn von Kahr und dem Abgeordneten Held beschlossen worden sei, demnächst in ultimativer Form vom Reich die Wiederherstellung der Selbständigkeit Bayerns auf dem Gebiete des Finanzwesens nicht nur, sondern auch auf demjenigen des Verkehrs- und Heereswesens zu fordern. Herr von Haniel mußte diese Frage verneinen und hat dann im Ministerium des Äußern den Staatsrat Schmelzle direkt gefragt, was daran Wahres sei. Dieser hat natürlich alles in Abrede gestellt. Es soll nun in der Regierung und in der Bayerischen Volkspartei eine ziemliche Bestürzung herrschen, wie eine solche Nachricht an den Reichskanzler gelangen konnte. Dieselbe ist tatsächlich, soweit es sich um eine diesbezügliche Abmachung zwischen Kahr und Held und soweit es sich um baldige Schritte in ultimativer Form handelt, unrichtig, aber es ist keine Frage, daß die Forderungen auf Wiederherstellung der Selbständigkeit Bayerns auf den erwähnten Gebieten zur Zeit in der Bayerischen Volkspartei mehr als je in den Vordergrund des Interesses treten und daß Erwägungen stattfinden, wie man am erfolgreichsten mit denselben hervortreten kann²⁴.

[. . .]

20. Oktober 1923 (Nr. 295)

Die von der Vossischen Zeitung verbreitete Nachricht, daß General von Lossow nun doch abberufen werden solle, hat hier große Erregung hervorgerufen, und man kann ruhig sagen, daß das Verhältnis Bayerns zum Reich sich noch nie in einem solch kritischen Stadium befunden hat. Ich sehe daher die Lage für außerordentlich ernst an und befürchte das Schlimmste, wenn nicht in letzter Stunde noch ein Ausweg gefunden wird. Die Regierung scheint fest entschlossen, Lossow nicht fallenzulassen, welche Konsequenzen dies auch haben möge, und man kann wohl sagen, daß sie sich selbst in einer Zwangslage befindet, denn ein Nachgeben Berlin gegenüber in dieser Frage könnte ihr leicht die Existenz kosten.

Ich konnte heute bis jetzt nur Herrn von Haniel sprechen, denn im Ministerium fand ein Ministerrat statt, dem auch Herr von Lossow anwohnte²⁵. Herr von Haniel zeigte mir das Konzept eines Berichtes, den er soeben telephonisch nach Berlin gegeben hatte und in welchem er die Reichsregierung über den Ernst der hiesigen Lage nicht im Zweifel ließ. Er warnte insbesondere vor Zwangsmaßnahmen, durch die die Reichsregierung Bayern zur Vernunft zu bringen beabsichtige, wie Abschneidung der Geld-, Kohlen- und sonstiger Zufuhren. [. . .]

Herr von Haniel meinte, er habe wenig Hoffnung, daß diese Mahnungen in Berlin

²⁴ Da man die Situation im Herbst 1923 für besonders günstig hielt, wurde im bayerischen Ministerium des Äußern Material zusammengetragen und zu einer Denkschrift verarbeitet, mit der die Forderung nach einer Revision der Weimarer Verfassung untermauert werden sollte. Vgl. Benz, Süddeutschland, S. 321 ff.

²⁵ In der Ministerratssitzung wurde beschlossen, rückhaltlos an Lossow festzuhalten und die in Bayern stehende Reichswehr auf die bayerische Staatsregierung „als Treuhänderin des deutschen Volkes“ zu verpflichten. (Vgl. Deuerlein, Hitlerputsch, S. 240 ff.) Die Verpflichtung fand am 22. Oktober statt.

noch Erfolg hätten, die Reichsregierung befinde sich zweifellos auch in einer schwierigen Lage, sie könne Gessler und Seeckt nicht preisgeben, und diese wiederum könnten nicht nachgeben. Lossow habe anscheinend auch nicht geschickt gehandelt. Er wäre am besten nach Empfang des Befehls, den Völkischen Beobachter zu verbieten, den er nicht ausführen zu können geglaubt habe, im Flugzeug nach Berlin gefahren und hätte bei Seeckt persönlich entsprechende Vorstellungen erhoben, allein er scheine mit diesem schon von Konstantinopel her persönlich nicht gut zu stehen, so daß er eine direkte Aussprache vermieden habe. Statt dessen habe er nach Berlin telegraphiert, daß er nicht nur diesen Befehl nicht ausführen werde, sondern auch sonstige ähnliche ihm von Berlin künftig zugehende Befehle. Das habe sich natürlich Seeckt schon vom militärischen Standpunkt aus nicht gefallen lassen können. [. . .]
[. . .]

30. Oktober 1923 (Nr. 306)

118

Als ich meinen gestrigen Bericht geschrieben hatte²⁶, ließ mir Herr von Knilling, der erfahren hatte, daß ich am Morgen nach ihm gefragt hatte, sagen, er stünde noch am Abend zu meiner Verfügung, worauf ich mich sofort zu ihm begab. Ich fand den Ministerpräsidenten ganz ungewöhnlich ernst und abgesspannt. In seiner ganzen Haltung lag etwas Resigniertes, und ich vermisse die Äußerungen bissigen Humors, die man sonst von ihm zu hören gewohnt ist.

Er sagte, durch das Verlangen der Reichsregierung sei die Lage ganz außerordentlich verschärft worden, und zwar in einer Weise, daß er vorerst keine Lösung sehe. Wenn sich Herr von Haniel noch so sehr bemühe, der Sache die Schärfe zu nehmen, so bleibe doch die Tatsache bestehen, daß die Reichsregierung als Vorbedingung für alles Weitere das Haupt Lossows dargebracht haben wolle. Auf die Forderung nach Entfernung Lossows könne die Reichsregierung nicht verzichten, und von Bayern könne dieser Forderung nicht nachgegeben werden. In diesem circulus vitiosus drehe sich die ganze Angelegenheit, und wie man aus demselben herauskommen könne, darüber zermartere er sich Tag und Nacht den Kopf. Er sehe keinen Ausweg, und doch müsse ein solcher gefunden werden, wenn nicht die schlimmsten Konsequenzen eintreten sollten. Wenn er wüßte, daß seine Person ein Hindernis für eine Verständigung mit der Reichsregierung bilde, so würde er lieber heute als morgen zurücktreten, aber er halte es für seine Pflicht auszuharren, denn wenn er gehe, so würden sich die Verhältnisse für die Reichsregierung nur noch viel schwieriger gestalten, denn dann würde Herr von Kahr die Regierung übernehmen, aber auch eine solche Regierung wäre nur noch ein Durchgangsstadium zur Herrschaft Hitlers. Er habe schon das schwere Opfer gebracht, Herrn von Kahr zum Generalstaatskommissar zu machen und damit gewissermaßen sich selbst zu entmannen, aber es habe sein

²⁶ Moser hatte am 29. 10. 1923 (Nr. 305) über das Ultimatum der Reichsregierung vom 27. Oktober berichtet, in dem die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Befehlsgewalt im bayerischen Teil der Reichswehr gefordert wurde. Moser hatte eine Unterredung mit Staatsrat Schmelzle, der die von Hitler drohende Gefahr als neuerdings wieder besonders groß bezeichnete und fürchtete, daß Kahr an Ansehen verlieren würde, wodurch seine Anhänger bei Hitler Anschluß suchen würden. Hitlers Marsch nach Berlin sei dann nicht mehr aufzuhalten. Deshalb sei jeder „unbedachte Schritt“ der Reichsregierung Wasser auf die Mühlen Hitlers.

müssen, um die von der äußersten Rechten drohende Gefahr zu bannen. Dies sei zwar gelungen, aber die Reichsregierung habe durch ihr Verhalten diesen Erfolg wieder in Frage gestellt, und die Gefahr von rechts sei wieder größer als je. In diesen Kreisen mache man ihm jetzt schon seine Geneigtheit, den Konflikt durch Verhandeln aus der Welt zu schaffen, zum Vorwurf, man bezeichne ihn als schlapp und als Verräter. Wenn er einer Entlassung Lossows zustimmen wollte, bliebe ihm nichts übrig, als noch in der gleichen Stunde München im Auto zu verlassen und sich in Sicherheit zu bringen. Es sei ein niederdrückendes Gefühl, die Verantwortung tragen zu müssen, ohne die nötige Macht zu haben, während die, welche die Macht hätten, ohne jede Verantwortung handelten. Er habe auch die Möglichkeit erwogen, dem Landtag die Entscheidung zu überlassen, aber auch der könne mit einer Entfernung Lossows sich nicht einverstanden erklären, schon deswegen nicht, weil der Landtag eine freie EntschlieÙung darüber unter dem Druck Hitlers und der Verbände gar nicht fassen könne. In den ganz rechtsgerichteten Kreisen gebe man sich der Hoffnung hin, daß die Regierung Stresemann schon in den nächsten Tagen verschwinden und einer Regierung der Rechten Platz machen werde, wodurch der Konflikt mit Bayern sich in Wohlgefallen auflösen werde. Da täusche man sich aber sehr, denn erstens werde Stresemann noch nicht so bald erledigt sein, höchstens würden die Sozialdemokraten aus der Koalition ausscheiden, er selbst werde kleben, solange es irgendwie möglich sei. Zweitens aber sei es eine große Frage, ob eine Regierung der Rechten die Wünsche Bayerns mehr berücksichtigen würde, ob nicht gerade dann erst recht die Fragen vom rein militärischen Gesichtspunkt aus behandelt würden.

Wenn es nur in Bayern zur Zeit einen wirklich populären General gäbe, den man mit dem Rücktritt Lossows Zug um Zug dem Publikum als Nachfolger präsentieren könnte, so lieÙe sich, wenn Lossow selbst um seine Entlassung nachsuchen würde, die Gefahr umgehen. Er selbst hätte an Lossows Stelle ja längst den Abschied genommen, ohne vorher die Bayerische Regierung um ihre Zustimmung zu fragen, die diese zu erteilen nicht in der Lage sei, damit hätte er die Regierung aus einer schwierigen Lage befreit. Wenn General Epp nicht verabschiedet wäre, so wäre das der richtige Mann, dessen Name einen noch viel besseren Klang habe als derjenige Lossows. Herr von Kress sei hier wenig bekannt und gelte als weich, General Ruith, der Nachfolger Epps, sei hier bereits als „schwarz-rot-golden“ verschrien. Morgen werde der Ministerrat sich mit der Angelegenheit befassen, aber er fürchte sehr, daß auch da niemand auf einen Ausweg ver falle. Ganz deprimierend sei ihm das Gefühl, von dem er sich nicht freimachen könne, daß das Vorgehen gegen Bayern der Preis sei, den man den sozialdemokratischen Mitgliedern des Reichskabinetts gezahlt habe, um ihre Zustimmung zu dem Vorgehen gegen Sachsen zu erlangen.

Als ich den Ministerpräsidenten verließ, konnte ich mich des bedrückenden Eindrucks nicht erwehren, daß ich ihn, wenn nicht gerade ein Wunder geschieht, nicht mehr lange an dieser Stelle werde sehen können, sondern daß die Ereignisse weiter-schreiten und immer mehr dem Ausbruch zutreiben, den hintanzuhalten die Bayerische Regierung bisher bemüht war, den aber die Hitler und Genossen nicht allein, sondern viele andere Leute, denen man mehr Urteil zutrauen sollte, herbeisehnen und der für Bayern wie für das Reich gleich verhängnisvoll sein wird.

31. Oktober 1923 (Nr. 309)

[. . .]

119

Das Vorgehen der Reichsregierung in Sachsen²⁷ weckt hier gemischte Gefühle, einerseits freut man sich über das energische Einschreiten gegen die äußerste Linke, andererseits stimmt die Betrachtung bedenklich, daß die Reichsregierung mit der Absetzung einer Landesregierung einen höchst folgenschweren Schritt getan und einen Vorgang geschaffen hat, der für das Verhältnis des Reiches zu den Ländern gefährliche Aussichten eröffnet.

Daß die Macht Hitlers wieder im Wachsen sei, habe ich nun auch von anderer Seite bestätigt gehört. Die Verbände sind von der Haltung der Regierung nicht befriedigt, weil sie nicht scharf genug vorgehe, und neigen daher wieder mehr Hitler zu. Außerdem fange man bereits an, über Herrn von Kahr's Tätigkeit Enttäuschung zu empfinden. Es bestehe daher die Gefahr, daß dieser, wenn er das Gefühl habe, an Boden zu verlieren, im Wunsch seine Macht zu erhalten, immer mehr Anschluß nach rechts suche und schließlich bei Hitler und Ludendorff lande. Diese letztere Auffassung scheint mir deswegen nicht recht plausibel, weil Kahr sich zweifellos als den Beauftragten des Kronprinzen betrachtet, dessen Hauptaufgabe es ist, den diesem feindlichen Einfluß Ludendorffs zurückzudämmen. Wenn ich nun auch Kahr eine genügende Dosis Ehrgeiz zutraue, so halte ich ihn doch für absolut loyal seinem „König“ gegenüber, den auf den Thron zurückzuführen zweifellos sein Hauptbestreben ist. Jedenfalls befindet sich die Regierung in einer gewissen Zwangslage und ist durch den Druck der Verbände in ihren Entschließungen unfrei.

[. . .]

2. November 1923 (Nr. 311)

[. . .]

120

Zwischen den Mitgliedern der Regierung und Herrn von Kahr sollen bezüglich der Behandlung Hitlers Meinungsverschiedenheiten bestehen. Ein mir gut bekannter Beamter des Ministeriums des Innern, der dem Generalstaatskommissariat zugeteilt ist, bezeichnete mir das Verhältnis zwischen Kahr und Hitler als sehr gespannt. Wenn trotzdem Herr von Kahr gegen die National-Sozialisten nicht schärfer einschreite und die Partei auflöse, so habe er dazu seine ganz bestimmten Gründe. In Hitlers Partei befinde sich nämlich eine große Anzahl früherer Offiziere, auf die sich Herr von Kahr absolut verlassen könne. Mit ihnen bestehe vollständiges Einvernehmen, dadurch sei Hitler unschädlich gemacht. Mit ihm selbst könne man sich nicht auf Verhandlungen einlassen, dazu sei er zu unzuverlässig.

[. . .]

7. November 1923 (Nr. 314)

121

Als ich heute morgen in das Ministerium des Äußern ging, traf ich den Ministerpräsidenten und konnte mich länger mit ihm unterhalten. Er sagte, Herr Stresemann

²⁷ Nachdem die sächsische Regierung Zeigner (SPD/KPD-Koalition) dem Rücktrittsultimatum der Reichsregierung nicht nachgekommen war, wurde am 29. Oktober die Reichsexekution durchgeführt.

suche auf jede Weise sich auf seinem Reichskanzlerposten zu halten²⁸, er habe schon zweimal auf Umwegen über inoffizielle Persönlichkeiten sich bei ihm anzubiedern versucht und ihm die weitgehendsten Versprechungen gemacht auf dem Gebiet der Wiederherstellung der Hoheitsrechte der Länder und daß der Fall Lossow ganz mit Stillschweigen übergangen werden solle. In derselben Richtung bewegten sich auch die Bestrebungen des Reichskanzlers, Mitglieder der Bayerischen Volkspartei zum Eintritt in sein Kabinett zu bewegen. So habe er dem Professor Beyerle den Posten des Reichsjustizministers angeboten, der sich nicht so ganz abgeneigt gezeigt habe. Die Partei werde sich damit befassen und ihn vielleicht ausschließen, man stehe auf dem Standpunkt, daß man das sinkende Schiff der Reichsregierung nicht besteigen dürfe. Herr von Knilling erzählte dann auch von der telephonischen Anfrage des Reichskanzlers [am 3. November] bei ihm, über die ich gestern bereits berichtet habe²⁹. Er habe ihn gefragt, ob es wahr sei, erstens daß die Bayerische Regierung gestürzt sei, zweitens daß Herr von Kahr in einem an die Reichsregierung gerichteten Ultimatum eine Diktatur der Rechten verlange, drittens daß die Mittelpartei in einem Beschluß sein weiteres Verbleiben als Reichskanzler für ausgeschlossen erklärt habe und daß er (Knilling) sich mit diesem Beschluß einverstanden erklärt habe. Die beiden ersten Fragen habe er natürlich glatt verneinen können, auf die dritte habe er der Wahrheit gemäß erwidert, daß ihm von einem solchen Beschluß der Mittelpartei nichts bekannt sei³⁰. Daß er selbst Herrn Stresemann weiterhin für unmöglich als Reichskanzler halte, darüber habe er schon vorher auf anderen Wegen denselben nicht im Unklaren gelassen. Tatsächlich sei er unmöglich und habe nirgends mehr eine kräftige Stütze, besonders nicht mehr in der Reichswehr. Es sei also kein Zweifel, daß eine andere Regierung kommen müsse und es sei nur zu hoffen, daß eine solche auf legalem Wege komme und daß ihr nicht Persönlichkeiten angehörten, die wie Ludendorff auf das Ausland wie das rote Tuch auf den Stier wirkten. Die Aussichten auf eine Konferenz seien in der Tat zur Zeit stärker als je und England sei entschieden bestrebt, Frankreich zu isolieren und seinen Widerstand gegen die Konferenz zu brechen. Ein Anzeichen dafür sei die veränderte Haltung Belgiens den Aachener Separatisten³¹ gegenüber. Da dürfe man nun ja nicht Poincaré Argumente für die von ihm behauptete Gefährlichkeit und Revanchelust Deutschlands liefern. Herr von Knilling gab dann seiner Genugtuung Ausdruck, daß endlich auch in Thüringen eingeschritten werde³². Die bayerische Grenze werde nicht von Reichs-

²⁸ Am 2. November waren die SPD-Reichsminister zurückgetreten, nachdem Stresemann die Forderungen der SPD-Reichstagsfraktion vom 31. Oktober auf Aufhebung des militärischen Ausnahmezustands, Durchführung der Reichsexekution gegen Bayern und Zurückziehung der Reichswehr aus Sachsen abgelehnt hatte.

²⁹ Moser hatte am 6. 11. 1923 (Nr. 315) über eine Unterredung mit Gürtner berichtet. Der Tenor dieses Gesprächs war derselbe wie bei der Unterhaltung mit Knilling. Die Anschauungen des bayerischen Justizministers deckten sich ziemlich mit denen des Ministerpräsidenten.

³⁰ Die Bayerische Mittelpartei hatte am 23. Oktober einen Aufruf veröffentlicht, in dem die Reichsregierung aufgefordert wurde, unverzüglich einer „nationalen Regierung“ Platz zu machen. S. MNN, Nr. 289 v. 24. 10. 1923 („Stellungnahme der Deutschnationalen“).

³¹ Unter französischem Schutz war am 21. Oktober in Aachen von Adam Dorten die „Rheinische Republik“ ausgerufen worden.

³² Der thüringischen Regierung gehörten seit 16. Oktober zwei Kommunisten an. Am 5. November rückte Reichswehr in Mittel- und Ostthüringen ein.

wehr, sondern von einer kleinen Abteilung Polizeiwehr geschützt, die durch ungefähr 500 Mann Notpolizei verstärkt sei. Auf eigene Faust befänden sich ungefähr 1200 Mann der Organisationen Wiking und Blücher dort, ob unter Führung von Ehrhardt selbst, das wisse er nicht. Derselbe sei ein ausgesprochener Gegner von Hitler und den Nationalsozialisten, von denen jedenfalls keine eigentlichen Abteilungen an der Grenze stünden. [. . .]

Herr von Knilling erinnerte dann daran, daß morgen sich der Tag jähre, an dem er Ministerpräsident geworden sei, er hätte damals nicht gedacht, daß die Herrlichkeit so lange währen würde. Er wäre froh, wenn er sobald als möglich zurücktreten könnte, besonders nach der Selbstentäußerung, die er sich durch die Ernennung Kahrs zum Generalstaatskommissar auferlegt habe, die sich nicht habe umgehen lassen. [. . .] Ich sagte darauf dem Ministerpräsidenten, daß ich im Interesse Bayerns und des Reichs sowie aus rein persönlichen Gründen nur wünschen könne, ihn möglichst lange auf diesem Posten zu sehen, ich glaubte nur, daß die schwierigste Aufgabe, die ihm bevorstehe, die Wiederaufhebung des Generalstaatskommissariats sein werde, worauf er meinte, das glaube er auch, vielleicht werde die Frage, fügte er maliziös hinzu, dadurch gelöst, daß Herr von Kahr zu größeren Würden nach Berlin geholt werde.

10. November 1923 (Nr. 319)

122

Bezüglich der Ereignisse des gestrigen Tages beehre ich mich auf die beifolgenden Zeitungsberichte Bezug zu nehmen. Außer den darin aufgeführten vermag ich weitere Tatsachen nicht zu berichten. Ich wollte Herrn von Knilling mit meinem Besuche heute nicht belästigen, ließ ihm aber den Ausdruck meiner Freude und Genugtuung über seine Befreiung³³ übermitteln.

Im Innern der Stadt war es heute mittag wieder recht unruhig, und ich sah Panzerwagen und berittene Polizeiwehr mit Lanzen anrücken in der Richtung auf den Odeonsplatz, wo eine große Ansammlung war. Das ganze von den Jahren 1918/19 einem so wohlbekannte Straßengesindel ist wieder an die Oberfläche gekommen und ergreift überall Gelegenheit, um gegen Regierung, Polizei und Reichswehr zu demonstrieren unter Parteinahme für die National-Sozialisten. Auch bei dem besseren Ständen angehörigen Straßenpublikum ist überall Parteinahme für Hitler und Ludendorff zu bemerken und Herr von Kahr hat in diesen Kreisen mit einem Schlag seine ganze Beliebtheit eingebüßt, er gilt als Verräter der guten Sache.

[. . .]

Unbegreiflich erscheint es einem, daß Hitler dieser Streich gelingen konnte, ohne daß er auf Gegenwehr stieß. An Warnungen an die Teilnehmer der Versammlung soll es nicht gefehlt haben, aber Herr von Kahr hat sich auf das ihm von Hitler gegebene Ehrenwort, daß er nichts unternehmen werde, verlassen und so wurde für

³³ Knilling und mehrere Minister hatten am Abend des 8. November die Veranstaltung im Bürgerbräukeller anlässlich des 5. Jahrestages der Revolution besucht, während der Hitler und Ludendorff ihren Putsch inszenierten. Knilling und seine Begleiter waren von Hitler „verhaftet“ und bis zum folgenden Tag festgehalten worden. Die Minister Matt, Meinel, Krausneck und Oswald waren in der Nacht zum 9. November nach Regensburg ausgewichen. Im Namen der verfassungsmäßigen bayerischen Regierung hatten sie eine Kundgebung gegen den Hitlerputsch erlassen, die am 9. November veröffentlicht wurde.

einen Schutz der Versammlung nicht gesorgt. Bezeichnend ist, daß unter den von Hitler Verhafteten sich auch der deutsch-nationale Justizminister Gürtner und der „Kabinettschef“ des Kronprinzen, Graf Soden, befanden.

[. . .]

Ganz unbegreiflich möchte dem weniger Eingeweihten das Verhalten Ludendorffs erscheinen, es bestätigt aber nur die Richtigkeit der Befürchtungen, die man in der Bayerischen Volkspartei und anderen Kreisen bezüglich seiner Gefährlichkeit hegte. Man scheint noch sehr in Verlegenheit zu sein, welche Maßnahmen man ihm gegenüber ergreifen soll, wobei man auf seine beispiellose Beliebtheit im Publikum wird Rücksicht nehmen müssen. Daß dieser Mann, dessen ganze Natur und Eigenschaften doch dem Wesen der Bayern bei ihrem Preußenhaß direkt zuwider sein müßten, den Münchnern als Idol aufgeschwätzt worden ist, ist nicht allein die Folge seiner unleugbaren großen Verdienste, sondern vor allem ein neues Zeichen für die Urteilslosigkeit und leichte Beeinflußbarkeit der altbayerischen Bevölkerung.

[. . .]

12. November 1923 (Nr. 321)

Die Psychose, welche die ganze Bevölkerung ergriffen hat, mußte sich am Samstag [10. November] und gestern noch gründlich austoben, es ging in der Stadt ziemlich wild zu, und an die Polizei und ihre Geduld wurden große Anforderungen gestellt, immerhin konnten ernstere Zusammenstöße vermieden werden. Am irrsinnigsten gebärdeten sich die Studenten, die gestern tüchtige Prügel von den Gummiknütteln der Polizei bezogen. Natürlich sind es in der Mehrzahl wieder außerbayerische Bürger der Münchner Alma mater. Heute ist die Bewegung etwas abgeflaut, nachdem es gelungen ist, Hitler zu verhaften, wodurch die Hoffnung auf Hilfe von außen unter seiner Führung geschwunden ist.

Die Psychose ist auch in die Reihen der Bayerischen Volkspartei eingedrungen, so daß bei einigen Mitgliedern die Ansicht aufkam, daß Kahr von seinem Posten enthoben werden müsse, auch im Ministerrat scheint man sich die Frage vorgelegt zu haben, ob man ihm die Vollmachten belassen könne, wobei namentlich auch Zweifel maßgebend waren, ob er noch die erforderliche Autorität besitze und ob er und Lossow sich noch auf die nötigen Machtmittel stützen können³⁴. Die Reichswehr der hiesigen Garnison soll nämlich etwas schwankend geworden und durch die Haltung der Bevölkerung mit dem Haß gegen Kahr infiziert worden sein. Da aber die Reichswehr der andern Garnisonen ganz zuverlässig sei, ebenso Polizeiwehr und blaue Polizei, die eine Berserkerwut auf die sie beschimpfenden Demonstranten haben, ist man in den weiteren Kreisen der Bayerischen Volkspartei und im Ministerrat der Ansicht, daß Kahr bleiben muß, bis der ganze Vorfall seine Erledigung gefunden hat, da man keinem andern die Verantwortung dafür übertragen könne.

[. . .]

123

³⁴ Mit Ausnahme Gürtners hatte sich das ganze Kabinett bei der Ministerratssitzung vom 10. November gegen die Fortdauer des Generalstaatskommissariats Kahr ausgesprochen. Vgl. Deuerlein, Hitlerputsch, S. 318 ff.

14. November 1923 (Nr. 322)

124

[. . .] Heute gelang es mir endlich, den Ministerpräsidenten zu sprechen, nachdem er in den letzten Tagen fast immer durch Ministerrat in Anspruch genommen war, und fand ihn in einer geradezu verzweifelten Stimmung. Er sagte, er möchte um jeden Preis den ganzen Krempel hinwerfen, das sei doch keine eines Ministerpräsidenten würdige Amtstätigkeit mehr. Man wolle ihn aber durchaus nicht gehen lassen und er sehe selbst ein, daß er vorerst bleiben müsse, da seine Regierung die letzte verfassungsmäßige in Bayern sein werde. Die Mittelpartei habe bereits beschlossen, bei einer Änderung in der Regierung sich an keiner parlamentarischen Regierung mehr beteiligen zu wollen. Der Landtag sei sowieso ausgeschaltet und könne es nicht wagen zusammenzutreten. Nun halte er sein Kabinett durch den Verbleib gewisser Mitglieder in demselben für zu sehr belastet und habe im Ministerrat auch unumwunden seine Meinung darüber ausgesprochen, aber die betreffenden Minister wollten um jeden Preis auf ihren Posten bleiben und seine Drohung, dann selbst zu gehen, könne er aus den obenerwähnten Gründen nicht verwirklichen. Trotzdem warte er nur auf die nächste schickliche Gelegenheit, um zurückzutreten.

[. . .]

Herr von Knilling erzählte mir weiter, Hitler habe ihm sein Bedauern ausgesprochen, daß er ihn in Schutzhaft nehmen müsse mit dem Bemerkten, er habe eben versäumt, zur rechten Zeit „abzuspringen“. Seine Frage, ob er denn auf die Kenntnis hin handle, daß auch in anderen Gegenden des Reichs losgeschlagen werde, habe Hitler verneint und gesagt, das sei auch gar nicht nötig, das mache man alles von hier aus. Über die Behandlung während seiner Gefangenschaft könne er sich eigentlich nicht beklagen, erst am Nachmittag sei es ungemütlich geworden, als die Nachricht von der Schießerei gekommen sei und als in der ganzen Gegend das Licht ausgegangen sei, so daß sie fast zwei Stunden hätten im Dunkeln sitzen müssen, ohne zu wissen, daß ihre ganze Wachmannschaft sich bereits entfernt habe. Auch seien sie über das Schicksal von Schweyer und Wutzelhofer besorgt gewesen, die man um Mittag im Auto fortgeschafft und 6 bis 7 Stunden im offenen Wagen bis über Lenggries hinaus herumgefahren habe. Dabei habe man mehrfach mitten im Wald angehalten, um ihnen Angst zu machen, daß man sie dort umbringen wolle. Allmählich hätten sich die Begleitmannschaften aus dem Auto entfernt, der letzte sei vor den Toren der Stadt abgesprungen und habe ihnen nur noch zugerufen, sie brauchten nur dem Chauffeur zu sagen, wo sie abgesetzt zu werden wünschten, der sie dann auch unversehrt in ihren Wohnungen abgeliefert habe.

[. . .]

Einer Sache sehe er noch mit großer Besorgnis entgegen. Es scheine, daß der Oberreichsanwalt beabsichtige, die an dem Putsche Schuldigen vor den Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik in Leipzig zu zitieren. Das wäre ein furchtbarer Mißgriff. Es sei für Kahr ebenso wie für die Regierung ganz unmöglich, diese Leute an einen politischen Gerichtshof, der zum Teil mit Sozialdemokraten besetzt sei, auszuliefern. Wenn er so etwas zuließe, so könnte er nicht in seiner Wohnung schlafen, sondern müßte sich wie Herr von Kahr in einer Kaserne verschanzen. Die Aburteilung müsse vor dem hiesigen Volkgericht erfolgen, und es würde dafür gesorgt werden, daß die Missetäter nicht zu milde davonkämen. Bei Hitler hält Herr von Knilling ein Todesurteil für wahrscheinlich, wenn man ihn auch werde begnadigen müssen.

Als ich bei Herrn von Haniel war, sprach er gerade in meiner Anwesenheit mit

Berlin, und ich hörte, wie er dringend riet, daß man den Oberreichsanwalt von der Verfolgung abhalten möge, Bayern würde die Schuldigen nie an den Staatsgerichtshof ausliefern, und die Reichsregierung würde sich nur wieder einer Weigerung aussetzen wie im Falle Lossow, der gegenüber sie ohnmächtig wäre. Ein guter Vorgang sei der Küstriner Putsch³⁵, denn die daran Beteiligten seien auch nicht vor den Staatsgerichtshof gekommen.

[. . .]

16. November 1923 (Nr. 324)

Seit Dienstag [13. November] ist im Straßenbild wieder Ruhe eingekehrt, und es haben sich in den letzten Tagen auch die Gemüter sehr wesentlich beruhigt. Herr von Kahr hat die Kaserne, wo er Schutz suchte, verlassen und sich wieder in das Regierungsgebäude begeben, wo er allerdings unter starker Bewachung durch Polizeiwehr und hinter Stacheldraht haust. Seine Nerven sollen sich im Gegensatz zu denjenigen Herrn von Knillings schnell beruhigt haben, und er soll den Kopf bereits wieder sehr hoch tragen. Verschiedene namhafte Persönlichkeiten, unter denen besonders General von Epp zu nennen ist, haben teils durch Zeitungsartikel, teils, wie gerade auch Epp, durch persönliche Einwirkung auf die jungen Leute sich um die Rückkehr der Vernunft große Verdienste erworben. Es ist ein ganz bedeutender Katzenjammer zu konstatieren, und es wagen sich immer mehr Stimmen hervor, die die Mahnung aussprechen, sich hinter Herrn von Kahr zu stellen. Die Universität ist seit heute wieder geöffnet. An Hetze und Verbreitung von unsinnigen Lügen ist in den letzten Tagen das Menschenmögliche geleistet worden. Jesuiten, Juden und Freimaurer sollen an allem schuld sein und sich womöglich verbündet haben, um Deutschland zu ruinieren. Kahr sei ein Jude, oder wenigstens von Juden bezahlt. Er sei aber auch ein verkappter Jesuit, der Kardinal habe ihn in der Nacht herumgeschwätzt, und dieser wieder sei von den Juden bestochen, die ihm das Geld zu dem neuen Dach für die Frauenkirche bezahlt hätten. Der Kardinal beherberge in seinem Palais die Kaiserin Zita und den Prinzen Sixtus von Parma³⁶. Die konfessionelle Verhetzung ist besonders traurig, da natürlich infolge derselben eine starke Gereiztheit auf katholischer Seite zu spüren ist.

[. . .]

Neuerdings soll sich Ehrhardt hier herumtreiben, der als Gegner Hitlers gilt, so daß manche sagen, wenn er damals nicht an der thüringischen Grenze gewesen wäre, sondern in München, so hätte er Hitler in Schach gehalten. Nun fürchtet man aber, wie es scheint, Ehrhardt könnte die durch den Hitler-Putsch hervorgerufene Erregung auf seine Mühle leiten und selbst etwas unternehmen. Da wäre es nun das Natürlichste, wenn man sich seiner Person zu versichern suchte, aber dann setzt man sich dem Verdacht aus, für den ihn verfolgenden Staatsgerichtshof in Leipzig zu handeln, und das glaubt man wegen der Volksstimmung unbedingt vermeiden zu müssen.

³⁵ Zur Aburteilung des Majors Buchrucker, der am 1. Oktober 1923 in Küstrin mit der „Schwarzen Reichswehr“ einen Putschversuch unternommen hatte, war ein außerordentliches Gericht in Cottbus gebildet worden. Vgl. EGK 1923, S. 184.

³⁶ Wegen des unglücklichen Friedensversuchs im Frühjahr 1917 geisterten die letzte österreichische Kaiserin und ihr Bruder Sixtus als ausgesprochene Negativfiguren durch die öffentliche Meinung.

23. November 1923 (Nr. 328)

126

Als ich heute den Ministerpräsidenten aufsuchte, fand ich ihn wieder wesentlich frischer als das letzte Mal, nicht als ob er die Lage im Reiche oder in Bayern irgendwie optimistisch aufgefaßt hätte, aber er schien wieder Herr seiner Nerven geworden zu sein und die alte Spannkraft wiedererlangt zu haben.

Er sprach zuerst von der Entscheidung über das Schicksal Stresemanns, die heute in Berlin fallen werde³⁷. Derselbe suche sich um jeden Preis im Sattel zu halten, und es scheine, daß er sogar wieder mit den Sozialdemokraten paktiere, so daß die Wiederkehr der großen Koalition noch nicht außer allen Bereich der Möglichkeit gerückt erscheine. Wenn er dies, wie in einer Zeitungsmeldung angedeutet sei, unter Opferung des Generals von Seeckt tun wolle, so könnte ihm das doch vielleicht schlecht bekommen. Aber auch wenn Stresemanns Stern trotzdem erlöschen sollte, so würde er eine Wiederkehr der aus Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten bestehenden Koalition, von der da und dort gesprochen werde, für ein Unglück und für Bayern kaum erträglich halten. Dann könnte es hier leicht zu einer neuen, viel gefährlicheren Explosion kommen. Ein Zeichen für die Nachgiebigkeit Stresemanns den Sozialdemokraten gegenüber glaube er auch in dem Kabinettsbeschuß über den Gerichtsstand für den Hitlerputsch erblicken zu dürfen. Darauf könne man sich hier nicht einlassen, die Haftbefehle des Reichsanwalts würden nicht ausgeführt werden, wobei man sich darauf berufen werde, daß die bayerischen Ausführungsbestimmungen für das Republikschutzgesetz vom Generalstaatskommissar außer Kraft gesetzt worden seien und daß die Verfolgung hier bereits in die Wege geleitet sei.

[. . .] Herr von Knilling schüttete mir dann sein Herz über Herrn von Kahr wieder recht gründlich aus, wobei er sagte, Kahr betrachte es als einen Fehler seiner Stellung, daß er von einer parlamentarischen Regierung als Generalstaatskommissar aufgestellt sei, er wolle immer so tun, als ob er diese Stellung aus eigener Machtvollkommenheit innehabe. Deswegen spreche er auch nie von der Regierung und deren Schutz, sondern immer nur von der Erhaltung der Staatsautorität, unter der er nur sich selbst verstehe. Er könne sich noch gar nicht recht vorstellen, wie man ihn einmal wieder „anbringen“ könnte, vorläufig sei ein Aufhören seiner Sonderstellung noch gar nicht möglich, denn dann könnte er sich nicht mehr in seiner Stacheldrahtburg bewachen lassen, damit aber käme sein Leben entschieden in Gefahr. Er müsse auch die ganze Sache erst noch ausfressen, aber dann sei es höchste Zeit, daß das Generalstaatskommissariat aufhöre. [. . .]

In den Vernehmungen, die bis jetzt stattgefunden hätten, habe sich Hitler in sehr wenig günstigem Lichte gezeigt, teils sei er frech gewesen, teils breche er in Heulkrämpfe aus. Auch Ludendorff trete recht brutal auf. Hochachtung dagegen müsse man vor Pöhner haben, der sich unumwunden des vollendeten Hochverrats schuldig bekannt habe und sich mannhaft weigere, über seine Mittäter auszusagen.

Die sämtlichen vaterländischen Verbände müßten auf eine andere Basis gestellt und die politisierenden Führer daraus entfernt werden, es sei bereits Einleitung getroffen, daß sie alle unter die Führung Epps kommen, der ganz der geeignete Mann sei, weil

³⁷ Am 20. November hatte die SPD im Reichstag ein Mißtrauensvotum gegen die Reichsregierung wegen des unterschiedlichen Vorgehens gegen Sachsen und Thüringen bzw. Bayern eingebracht. Am 23. November wurde ein Vertrauensantrag Stresemanns mit großer Mehrheit abgelehnt. Am 30. November kam unter Wilhelm Marx eine neue Reichsregierung zustande.

er sich großer Beliebtheit erfreue und durchaus loyal und von gesundem politischem Urteil sei. Es dürften sich aber auch keine Waffen mehr in den Händen der Verbände befinden, dieselben müßten gesammelt und bei der Reichswehr aufbewahrt werden, wo sie nur zu Übungszwecken vorübergehend oder im wirklichen Bedarfsfall zur Verteilung kämen.

Die Anwesenheit Ehrhardts mache einige Sorge, und man habe ihm den Rat erteilen lassen, sich unsichtbar zu machen. Bei einer Studentenversammlung, die gestern hier stattgefunden habe und bei der Ehrhardt hätte sprechen sollen, sei er auf diese Warnung hin nicht erschienen. Ein Offizier seiner Gruppe habe statt seiner gesprochen, aber wenig Anklang gefunden.

[. . .]

Herr von Knilling beklagte dann auch sehr die Zustände in der Pfalz und sagte mir, die Regierung sei durchaus gegen den Plan der Bildung eines Rheinstaates, wie er von Herrn Adenauer u. a. angestrebt werde, wie man sage, als das geringere Übel³⁸.

[. . .] Eine Befreiung der Rheinlande vom Franzosenjoch könne nur mit bewaffneter Hand erfolgen, wenn einmal eine andere politische Konstellation in Europa eingetreten sei, aber darüber könnten noch viele Jahre hingehen, und dann werde es Preußen, Hessen und Bayern sehr schwerfallen, ihre zu einem Rheinstaat zusammengeschlossenen Gebietsteile wieder für sich zu erhalten. Außerdem werde es für einen selbständigen Rheinstaat auf die Dauer nicht möglich sein, den Zusammenhang mit dem Reiche zu bewahren, und endlich lade man die Franzosen durch Bildung eines solchen Staates direkt zur Annexion desselben ein. Leider gebe es auch in der Pfalz Anhänger dieses Gedankens³⁹.

[. . .]

10. Dezember 1923 (Nr. 353)

Heute nachmittag empfang mich Herr von Knilling, und als ich ihn zur glücklichen Beendigung der politischen Aussprache im Landtagsausschuß beglückwünschte, sagte er, als Ministerialreferent, als Königlicher Minister, als Abgeordneter und jetzt als parlamentarischer Minister habe er schon viel mit dem Landtag zu tun gehabt, und es habe ihm selten Freude gemacht, aber noch nie habe er sich von dem ganzen Betrieb so angeekelt gefühlt wie diesmal. Es werde geschwätzt und geschwätzt, ohne daß dabei etwas herauskomme, und zwecklos Zeit und Geld vergeudet. Wenn es in Berlin zu einer Auflösung des Reichstags nicht gekommen sei, so sei daran nur die Furcht der Abgeordneten schuld, ihre Diäten und Freikarten zu verlieren. Die Exi-

127

³⁸ Im Herbst 1923 vertrat Adenauer in Übereinstimmung mit der Reichsregierung, aber im Gegensatz zu den Länderregierungen, den Standpunkt, daß mit den Franzosen verhandelt werden müsse, um das besetzte Rheinland vor dem wirtschaftlichen und finanziellen Ruin zu bewahren. Eine staatliche Umgestaltung (Schaffung einer Rheinischen Republik als deutscher Bundesstaat, aber nicht die französische Vorstellung eines vom Reich gelösten Pufferstaates) sollte in Kauf genommen werden. Näheres bei K. D. Erdmann, Adenauer in der Rheinlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg, Stuttgart 1966.

³⁹ Unter maßgeblicher Beteiligung des ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten Hoffmann hatten führende Pfälzer Sozialdemokraten am 23. Oktober aus Protest gegen den Rechtskurs Kahrs die Pfalz als „selbständigen Staat im Rahmen des Deutschen Reiches“ zu proklamieren versucht. Das Unternehmen, das mit dem von Frankreich protegierten Separatismus nichts zu tun hatte, wurde am 26. Oktober aufgegeben.

stanz des Kabinetts Marx sei damit für einige Zeit gesichert. Ein Urteil über dasselbe wolle er sich nicht erlauben, er betrachte es als ein Verlegenheitsprodukt. Mit der Beteiligung des Abgeordneten Emminger [als Justizminister] sei er nicht ganz einverstanden. Wenn die Partei ihn auch als Fachminister angesehen wissen wolle, so sei das eine Konstruktion, die kaum etwas an der Tatsache ändere, daß die Bayerische Volkspartei dadurch in der Reichsregierung vertreten sei. Jedenfalls sei Emminger ihm lieber als Beyerle, der ganz unmöglich gewesen wäre und in der Partei so wenig Boden habe, daß er auf eine Wiederwahl nicht hoffen könne. Auf meine Frage, ob er von dem Eintritt Emmingers in das Reichskabinett nicht eine Erleichterung der Beziehungen zur Reichsregierung erwarte, meinte Herr von Knilling, man sollte es denken, aber er wolle nicht zu fest damit rechnen. [. .]

In der Frage des Gerichtsstandes für den Hitlerputsch werde man dagegen wohl keine Schwierigkeiten mehr mit Berlin haben. Nach einer Mitteilung des Justizministers sollen die Verhandlungen vor dem Volksgericht hier in München stattfinden. Das halte er für unklug, man sollte lieber eine kleinere Stadt, etwa Landsberg oder Straubing, wählen. Hier werde es unfehlbar zu Befreiungsversuchen, mindestens zu Demonstrationen kommen, die unbedingt vermieden werden müßten. Auch werde bei diesen Verhandlungen viel schmutzige Wäsche gewaschen werden. Ludendorff und Pöhner würden sich gewiß nicht scheuen, tüchtig auszupacken, und da könnte leicht manches ans Tageslicht kommen, was für Herrn von Kahr unangenehm sei. Vielleicht erledige sich dann die Frage der Aufhebung des Generalstaatskommissariats von selbst. Er komme immer noch nicht über die Frage hinweg, wie die Haltung Herrn von Kahrs in der kritischen Nacht in Wirklichkeit gewesen sei, ob er nicht doch vielleicht eine Zeitlang geglaubt habe, ernstlich mitmachen zu sollen. Auch wenn er wirklich von Anfang an nur Komödie gespielt habe, so habe er mindestens nicht mannhaft gehandelt und es selbst verschuldet, daß sich seine Beliebtheit beim Volk in Verhaßtsein verwandelt habe. Hätte er offen erklärt, daß er nicht mitmachen könne, so wäre der Putsch wahrscheinlich gleich zusammengebrochen und vielleicht das Blutvergießen am andern Tag vermieden worden. Man müsse doch bedenken, daß all die Tausende von Menschen im Saal glauben mußten, Kahr mache ernstlich mit, und deswegen sich für das Unternehmen begeisterten, während sie es in großer Mehrzahl gleich verurteilt hätten, wenn Kahr sich offen dagegen ausgesprochen hätte. [. .] Der Kronprinz sei neuerdings auch gänzlich von Kahr abgerückt, wie er ihm (Knilling) in einer längeren Unterredung, die er gestern mit ihm gehabt habe, gesagt habe, wobei er sich ziemlich scharf über denselben ausgesprochen habe, namentlich deswegen, weil er durch seine Äußerung im Bürgerbräukeller seinen Namen mit der Angelegenheit in Verbindung gebracht habe⁴⁰.

[. .]

⁴⁰ Kahr hatte am 8. November im Bürgerbräukeller die ihm von Hitler zuge dachte Rolle eines bayerischen „Landesverwesers“ angenommen und sich als „Statthalter der Monarchie“ bezeichnet.

10. Januar 1924 (Nr. 13)

Als ich heute zu Ministerpräsident von Knilling kam, sprach derselbe zuerst von der Denkschrift zur Revision der Weimarer Verfassung¹ und sagte, er verstehe die Äußerungen des Württembergischen Herrn Ministerpräsidenten auf der Landesversammlung der deutsch-demokratischen Partei über diese Denkschrift nicht recht, Bayern verlange darin doch keine Rechte, wie sie es vor dem Jahr 1870 besessen habe. In der Denkschrift seien alle Punkte besprochen, die vom föderalistischen Standpunkt aus zu beanstanden seien, damit sei noch lange nicht gesagt, daß man alles das zu erreichen erwarte, diese Fragen müßten aber in ihrer Gesamtheit einmal besprochen werden, dann werde mit der Zeit doch etwas dabei herauskommen. Der Landtag sei verschnupft, daß man ihm nicht vorher Gelegenheit gegeben habe, die Denkschrift zu besprechen, aber dadurch wäre nur ihre unmittelbare Wirkung abgeschwächt worden. Um einer Besprechung aus dem Wege zu gehen, zeige er sich auch jetzt nicht im Landtagsausschuß, obgleich man ihn habe wissen lassen, daß seine Anwesenheit erwünscht wäre. Dieselbe würde aber nur das Signal zu politischen Auseinandersetzungen geben, die er mit diesem moribunden Landtag nicht mehr führen wolle. [. . .]

Von den Verhandlungen über den Hitlerputsch meinte Herr von Knilling, daß sie womöglich noch Ende dieses Monats stattfinden würden, und zwar vor dem Münchner Volksgericht. Dieses habe selbst zu beschließen, wo es die Verhandlungen abhalten wolle, aber man werde stark darauf dringen, daß ein anderer Ort als München gewählt werde, wo das Großstadtpublikum für einen ruhigen Verlauf des Prozesses und für die Freiheit der Entscheidung der Richter zu gefährlich werden könnte. Diese Tage könnten noch eine kritische Zeit werden. Immerhin sei die Gefahr jetzt weniger groß, seit mit der durch die Einführung der Rentenmark erzielten Stabilisierung die Nerven sich etwas beruhigt hätten. Jetzt fände ein Unternehmen wie der Hitler-Putsch auch hier nicht so leicht mehr einen Boden, und im übrigen Deutschland sei dadurch ebenfalls die Gefahr verringert, zumal das Mißlingen des Hitler-Unternehmens stark abkühlend gewirkt habe. Sehr lebhaft bewege ihn die Frage, was man mit Herrn von Kahr machen solle. Derselbe habe vollständig abgewirtschaftet und genieße nirgends mehr irgendwelche Sympathie, auch nicht in den Kreisen, die das Vorgehen Hitlers und Ludendorffs unumwunden verurteilten. Damit seien die Gründe, aus denen man ihn zum Generalstaatskommissar gemacht habe,

¹ Die Denkschrift war am 4. Januar durch den Gesandten Preger in Berlin überreicht worden. Im ersten Teil wurden die Vorzüge des Bismarckschen Bundesstaats gepriesen und mit Hinweis auf den „Persönlichkeitscharakter des bayerischen Staates“ und die Eigenart des bayerischen Volkes durchgreifende Verfassungsreformen gefordert. Im zweiten Teil der Denkschrift wurden die materiellen Wünsche wie z.B. neue Kompetenzabgrenzung zwischen Reich und Ländern, Verfassungsautonomie der Länder, generelle Nichtgeltung des Reichsausnahmestands in Bayern, Wiederherstellung der Finanzverwaltung der Länder und größere Länderrechte u.a. im Justiz-, Polizei-, Verkehrs- und Militärbereich begründet. Die bayerischen Forderungen blieben bis zum Ende der Weimarer Republik auf dem Tisch. Vgl. Die Länderkonferenz (Januar 1928), hrsg. v. Reichsministerium des Innern, Berlin 1928.

weggefallen, und man könnte ruhig das Generalstaatskommissariat aufheben, wobei aber natürlich der Ausnahmezustand vorerst noch bestehen bleiben müßte. Es sei nur die Frage, ob man dies noch vor den Gerichtsverhandlungen tun solle oder erst nachher. Herr von Kahr selbst sei recht klein geworden, aber man müsse doch eine Form ausfindig machen, die möglichst schonend für ihn sei, und dann müsse man auch in Rechnung ziehen, daß Kahr, wenn er nicht mehr Generalstaatskommissar sei, sich nicht mehr in der Weise bewachen lassen könne, wie es zur Zeit noch geschehe und für seine persönliche Sicherheit tatsächlich auch nötig sei.

Auf meine Frage nach dem Fall Lossow sagte Herr von Knilling, in Berlin sei man immer noch unversöhnlich und beharre nach wie vor auf der Opferung Lossows, Seeckt scheine in dieser Richtung durch Gessler in letzter Zeit noch bestärkt worden zu sein. Lossow sei nun bereit zu gehen, aber nicht vor der Beendigung des Hitler-Prozesses, damit es nicht so aussehe, als ob er das Ergebnis desselben zu fürchten habe. Man habe nun die Reichsregierung durch Vermittlung Herrn von Haniels wissen lassen, daß man sich mit der Wiederherstellung der normalen Verhältnisse für die bayerische Reichswehr gedulden möge, bis Lossow nach Beendigung des Hitler-Prozesses seinen Abschied genommen haben werde.

Der Ministerpräsident erzählte mir dann, daß der Separatistenführer Heinz-Orbis mit einigen anderen Persönlichkeiten in Speyer [am 9. Januar] erschossen worden sei². Seine Beseitigung sei ja an sich kein Unglück, aber die arme Bevölkerung werde dadurch wieder furchtbar von den Franzosen zu leiden haben. Er begreife nicht, wie man in den gegenwärtigen Zeiten in Berlin auf den Gedanken habe kommen können, eine Feier für den mißglückten passiven Widerstand an der Ruhr zu veranstalten. Bayern habe ebenso wie Württemberg dringend davon abgeraten und Preußen, wie es scheine, auch.

[. . .]

24. Januar 1924 (Nr. 30)

129

Herr von Knilling empfing mich gestern, und wir sprachen natürlich zuerst über seine Begegnung mit dem Reichskanzler in Homburg, wobei er sich über die Wahl des Orts beklagte, da in Homburg zur Zeit tote Saison und die Unterkunft besonders wegen mangelhafter Heizverhältnisse wenig erfreulich gewesen sei. [. . .] Der Reichskanzler habe ihm persönlich einen guten Eindruck gemacht als ehrenwerter frommer Mann, er traue ihm aber keine Energie und Entschlußfähigkeit zu, besonders scheine er das Überwinden von Schwierigkeiten zu scheuen und es vorzuziehen, solche zu umgehen. Das sei heutzutage eine schlechte Eigenschaft für einen Reichskanzler. Er habe in siebenstündigem Zusammensein mit ihm den ganzen Komplex der Fragen durchgesprochen, die zur Zeit schwebten, und habe viel Verständnis bei ihm gefunden, wenn es auch, wie zu erwarten, zu einem greifbaren Resultat nicht gekommen sei. Das Publikum bilde sich immer ein, daß bei solchen Zusammenkünften bindende Vereinbarungen erzielt werden müßten, davon könne natürlich keine Rede sein. In seiner Unterredung mit Dr. Marx habe er von einer Einstellung desselben, als ob er die Politik des Dr. Wirth billige, wie dies einige Tage später durch die Zeitungen bekannt geworden sei, nichts bemerkt. Eifrig beteiligt an den Besprechungen habe sich

² Franz Josef Heinz aus Orbis war Präsident der am 5. November 1923 in Kaiserslautern proklamierten „autonomen Pfalz im Verband der Rheinischen Republik“.

auch der Chef der Reichskanzlei [Bracht], der fast mehr geredet habe als der Reichskanzler und ihm einen recht günstigen Eindruck gemacht habe.

Als Beweis dafür, daß Dr. Marx vor Schwierigkeiten zurückschrecke, erzählte mir Herr von Knilling, bei der Erwähnung der Forderung, daß der Reichsrat neben dem Reichstag zum gesetzgebenden Faktor auszugestalten sei, eine Forderung, die von Bayern nur des Prinzips wegen erhoben werde, obgleich es ihm keinen Vorteil bringe, weil bei den derzeitigen Mehrheitsverhältnissen im Reichsrat es immer damit rechnen müsse, überstimmt zu werden, habe der Reichskanzler gemeint, dadurch bekomme man nur zu den Schwierigkeiten im Reichstag auch noch solche im Reichsrat, eine solche Komplikation müsse vermieden werden.

[. . .]

Im Falle Lossow, der den Ausgangspunkt für die ganze Aufrollung der föderalistischen Fragen bilde, habe er den Reichskanzler ziemlich unter dem Einfluß Gesslers und des Reichspräsidenten gefunden. Immerhin scheine man sich in Berlin damit abzufinden, daß man sich gedulde, bis Lossow nach dem Hitlerprozeß seinen Abschied nehme. Wenn aber die bayerische Reichswehr wieder in ihr normales Verhältnis zum Reich treten solle, so müsse Bayern mindestens verlangen, daß der Landeskommandant nicht ohne das Einverständnis der Bayerischen Regierung abgesetzt werden könne.

[. . .]

Daß der Hitlerprozeß am 18. Februar beginnen solle, das stehe jetzt fest, noch nicht aber, wo er stattfinden werde. Die Verteidiger, die befürchteten, wenn sie lange an einem kleinen Orte fern von München festgehalten würden, in ihrem hiesigen Betrieb Einbußen zu erleiden, die durch die Einnahmen aus dieser Verteidigung, die sie mehr als Reklame für sich übernommen hätten, nicht aufgewogen würden, glaubten sich verbürgen zu können, daß es hier nicht zu Unruhen kommen werde. Das möge allenfalls bezüglich der National-Sozialisten selbst eine gewisse Garantie darstellen, aber die Hauptgefahr drohe von dem Straßenpöbel, und wer könne für diesen garantieren. Es bestehe nun die Gefahr, daß die Verhandlungen, wenn sie außerhalb Münchens stattfänden, von den Verteidigern sabotiert und dadurch lange hinausgezögert würden. Der ganze Prozeß müsse aber unbedingt vor dem 1. April zu Ende sein, denn mit diesem Tage würden die Volksgerichte verschwinden. Mit der Vereinfachung der Strafrechtspflege fielen die Gründe, nämlich das Bedürfnis nach einem abgekürzten Verfahren, die für ihre Errichtung maßgebend gewesen seien, weg. Eigentlich müßte dann auch der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik aufgehoben werden. Es widerspreche doch allen Grundsätzen der Vereinfachung, ein neunköpfiges Kollegium über Delikte urteilen zu lassen, die oft nur Übertretungen darstellten und mit Strafbefehlen geahndet werden könnten.

[. . .]

25. Februar 1924 (Nr. 63)

[. . .]

Ich habe bis jetzt erst Staatsrat Schmelzle und Minister Matt gesprochen, welcher letzterer in Abwesenheit Herr von Knilling den Vorsitz im Ministerrat führt⁹. Er

⁹ Knilling befand sich in Garmisch, wo er sich von einer langwierigen Grippe erholte, die Anlaß zu dem Gerücht gegeben hatte, er wolle damit seinen Rücktritt einleiten.

war es auch, der kürzlich bei einem Besuch in Berlin das durch den Rücktritt Lossows möglich gewordene Abkommen über die bayerische Reichswehr zustandegebracht hat. Von dem dabei Erreichten ist man, wie er mir sagte, nur teilweise befriedigt und man hofft, daß es nur ein Anfang ist, um die in der Denkschrift in dieser Beziehung aufgestellten Forderungen allmählich noch durchzusetzen⁴.

Daß Lossows Rücktritt schon jetzt erfolgt ist und nicht, wie man annahm, am 1. April, soll darauf zurückzuführen sein, daß er sich mit Kahr absolut solidarisch fühlte und nach dessen Ausscheiden als Generalstaatskommissar auch nicht mehr im Amte bleiben wollte. Herr Matt ließ mir gegenüber durchblicken, daß auch die Stimmung innerhalb des Offizierskorps der bayerischen Reichswehr allmählich eine Beilegung des Konflikts mit der Reichsregierung als dringend wünschenswert erscheinen ließ, da alle Beförderungen unterblieben. Diese werden jetzt mit rückwirkender Kraft vorgenommen.

Herr von Kahr habe die Verordnung zur Sicherung der Wahlfreiheit zum Anlaß für seinen Rücktritt genommen. Er habe sich sagen müssen, daß er selbst, nachdem er Kommunisten und National-Sozialisten verboten habe, doch nicht jetzt deren Wahlvorbereitungen schützen könne. Die Herrn von Kahr seinerzeit erteilten Vollmachten seien damit in die Hände des Gesamtministeriums zurückgelegt, das wiederum die Regierungspräsidenten und die Polizeipräsidenten von München und Nürnberg zu Staatskommissaren bestellt habe. Durch die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes im Reich [am 1. März] und der Übertragung der Handhabung desselben an die Zivilbehörden drohe wieder eine Konfliktgefahr. Der Reichsminister des Innern habe als solcher keine Vollzugsorgane und müsse sich zu diesem Zweck der Länderregierungen bedienen. Es sei aber doch unwürdig, wenn die Bayerische Regierung dann Befehle des Reichsministers des Innern vollziehen müsse.

Minister Matt sprach dann noch ziemlich ausführlich über Herrn von Kahr und bezeichnete die von ihm verfügte Außerkraftsetzung der Ausführungsbestimmungen für das Republiksschutzgesetz als einen Fehlgriff. Es werde die Aufgabe der Regierung sein, diese Maßnahme des Generalstaatskommissars wieder aufzuheben, nicht weil man irgendwie sich für den Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik erwärme, sondern weil unleidliche Verhältnisse entstanden seien. Eine ganze Reihe von Leuten, die vor diesen Staatsgerichtshof gehörten, trieben sich in Bayern herum und bildeten eine Gefahr, indem sie dieses Asyl mißbrauchten. Dazu gehöre auch Erhardt, der doch nicht nur wegen seiner Teilnahme am Kapp-Putsch, sondern auch wegen Meineids, also wegen eines gemeinen Deliktes verfolgt werde. [. . .]

[. . .]

Der mit Spannung erwartete Prozeß gegen die 10 in erster Linie angeklagten Teil-

⁴ Die Verhandlungen zwischen Matt und Reichskanzler Marx über die Beilegung des „Falles Lossow“ führten am 14. Februar zu einer Punktation, wonach künftig die Abberufung des Landeskommandanten nur im Benehmen mit der Landesregierung erfolgen sollte, die Heeresleitung bzw. die Reichsregierung bei Inanspruchnahme des bayerischen Teils der Reichswehr außerhalb Bayerns die „bayerischen Belange“ möglichst zu berücksichtigen versprach und die Eidesformel für die Reichswehr eine neue Fassung erhielt. Das bedeutete eine geringfügige Verbesserung des Reichswehrgesetzes im föderalistischen Sinn. Die Vereinbarung wurde am 17. Februar von Matt, am 20. Februar von Marx unterzeichnet. Daraufhin – nicht vorher, wie Moser annahm – erbat Lossow am 17. Februar seine Entlassung, Kahr reichte sein Rücktrittsgesuch am gleichen Tag ein. Es wurde am 18. Februar vom Ministerrat genehmigt. Vgl. Deuerlein, Hitlerputsch, S. 679ff.

nehmer am Hitler-Putsch beginnt morgen hier vor dem Volksgericht, und zwar hat man den großen Gebäudekomplex der ehemaligen Kriegsschule als Verhandlungsort gewählt, dessen Saal genügend Raum für die zahlreichen angemeldeten Pressevertreter bietet und der auch die sonst erforderlichen Gelasse zur Unterbringung der in Haft befindlichen Persönlichkeiten enthält. Sicherheitsmaßnahmen sind in umfassendster Weise getroffen. Reichswehr und Polizeiwehr haben Verstärkung aus anderen Garnisonen erhalten, und die zum Gerichtsorte führenden Straßen sind in weitem Umfang abgesperrt. Das Gerücht, wonach ein stillschweigendes Abkommen zwischen Kahr und Ludendorff einen ruhigen und sensationslosen Verlauf des Prozesses garantieren soll, dürfte nicht den Tatsachen entsprechen. Im Wesentlichen wird es auf die Haltung der Verteidiger ankommen, und man hat eine gewisse Befürchtung, daß dieselben auf die Gefahr hin, Landesverrat zu begehen, von schwarzen Reichswehrorganisationen und Waffenlagern ausplaudern könnten, wenn sie sich davon Erfolg für ihre Klienten versprechen. Minister Matt meinte, Kahr habe, um seiner Aufgabe bezüglich der gefährlichen Rechtsaktivisten gerecht zu werden, natürlich mit diesen verhandeln müssen. Dabei könnten wohl Worte gefallen sein, auf die sich die Angeklagten berufen werden, indem sie daraus den Schluß ziehen, Kahr habe im Grunde dasselbe gewollt wie sie. Das sei aber nicht richtig, was Kahr angestrebt habe, das sei die Errichtung eines Direktoriums im Reiche gewesen zu der Zeit, als unter Stresemann eine geordnete Reichsregierung nicht mehr recht habe zustandekommen wollen. Von einem gewaltsamen Umsturz oder von einem Marsch nach Berlin habe Kahr nie etwas wissen wollen.

[. . .]

2. März 1924 (Nr. 75)

Die ersten fünf Verhandlungstage im Hitler-Prozeß waren ganz mit der Vernehmung der Angeklagten ausgefüllt. [. . .]

Daß die Angeklagten sich selbst möglichst zu entlasten und die Herren Kahr, Lossow und Seißer zu belasten suchten, ist natürlich, die Wirkung wurde nur dadurch erhöht, daß infolge des Verhaltens des Vorsitzenden [Landgerichtsdirektor Neithardt] sich die Vernehmung der Angeklagten zu wahren Verteidigungsreden derselben gestaltete. Diese machten großen Eindruck auf die sowieso für die Angeklagten eingenommene Bevölkerung und wirken jetzt, wo das Interesse noch frisch ist, noch besonders, während bis es zur Vernehmung der Zeugen kommen wird, das Interesse abgeflaut sein wird. Man kann daher auch jetzt schon Urteile hören, die dahin gehen, daß Kahr, Lossow und Seißer so gut wie gerichtet seien.

[. . .] Trotzdem wird aber auch der nüchterne nicht gegen Kahr, Lossow und Seißer voreingenommene Beurteiler zu der Ansicht kommen, daß, selbst wenn es denselben gelingen sollte, die gegen sie erhobenen Behauptungen in der Hauptsache zu entkräften, man sich doch schwer an den Gedanken wird gewöhnen können, Kahr und Seißer noch weiterhin als Beamte des Freistaats Bayern in ihren Stellungen zu sehen. [. . .]

Im allgemeinen hat man den Eindruck, daß die Sympathien des Vorsitzenden auf Seiten der Angeklagten sind. Staatsrat Schmelzle ist auch über das Verhalten desselben entrüstet. Er gestatte den Angeklagten lange vorbereitete Volks- und Propagandareden zu halten, anstatt sie durch Fragen zu den für die Beurteilung der Straf-

tat wesentlichen Äußerungen zu veranlassen. Ludendorffs sogenannte Vernehmung sei geradezu ein Skandal gewesen, er habe in seiner Rede, die er als Manuskript von 42 Maschinenschrift-Seiten an die Presse verteilt habe, vollends so ziemlich überall angestoßen, wo er es nicht schon vorher getan habe. [. . .]

6. März 1924 (Nr. 76)

[. . .]

132

Heute morgen ereignete sich zu Beginn der Verhandlung [im Hitler-Prozeß] ein Zwischenfall, der eine Vertagung der Sitzung erforderlich machte. Ich habe darüber von Augenzeugen folgendes gehört: Einer der Verteidiger, Dr. Kohl, der sich schon bisher als besonders aggressiv erwiesen hatte, was bei den übrigen Verteidigern nicht immer Beifall gefunden hatte, pöbelte den Staatsanwalt in unglaublicher Weise an, indem er ihm u. a. „Verhaftungsfimmel“ vorwarf. Staatsanwalt Stenglein, der von Seiten des Vorsitzenden keinerlei Schutz gegen diese Anwürfe fand, erklärte darauf, unter diesen Verhältnissen die Anklage nicht weiter vertreten zu können, und verließ den Gerichtssaal, indem er seinem Gehilfen, dem Staatsanwalt Ehard, seine Stellvertretung überließ. Dieser erklärte, zuerst das Einverständnis seiner vorgesetzten Behörde einholen zu müssen und stellte Vertagungsantrag. Über diese Wendung der Dinge sei man allgemein ziemlich betreten gewesen, und von Seiten der Verteidiger sei eine Erklärung abgegeben worden, die das Vorgehen des Dr. Kohl verurteilt habe. Auch habe dieser selbst sich gewissermaßen entschuldigt. [. . .]

[. . .]

7. März 1924 (Nr. 78)

133

Als ich heute morgen von Herrn von Knilling empfangen wurde, sprachen wir zuerst von seiner Erkrankung, und er meinte, die recht anstrengende Reise nach Mannheim und Leipzig sei ihm ein guter Prüfstein für seine Gesundheit gewesen. Er habe gefühlt, daß er die alte Widerstandsfähigkeit wiedererlangt habe, während er sich in Garmisch noch recht elend gefühlt habe. Über die Eröffnung der Leipziger Messe sprach sich der Ministerpräsident sehr begeistert aus, der Besuch sei ein so starker gewesen, wie schon lange nicht mehr, so daß der wirtschaftliche Aufschwung unverkennbar gewesen sei.

Während seiner Krankheit sei nun Kahr von seinem Amt als Generalstaatskommissar zurückgetreten. Das habe ziemlich starker Nachhilfe bedurft, und man habe schweres Geschütz auffahren lassen müssen, denn er sei entsetzlich dickfellig gewesen. Aber man sei entschlossen gewesen, ihm die Vollmachten zu entziehen, wenn er sie nicht schließlich doch selbst niedergelegt hätte. Auch der Fall Lossow sei während seiner Krankheit aus der Welt geschafft worden. Man habe in der Presse das diesbezügliche Abkommen mit der Reichsregierung als das „Homburger Abkommen“ bezeichnet. Das sei Unsinn! Bei seiner Begegnung mit dem Reichskanzler in Homburg, die übrigens schon im Januar stattgefunden habe, während die Regelung des Falles erst einen Monat später erfolgt sei, habe nur über alle schwebenden Fragen ein Meinungsaustausch stattgefunden, wobei zum Teil übereinstimmende, zum Teil divergierende Ansichten sich ergeben hätten. Irgendeine Abmachung sei nicht erfolgt. Eine solche Abmachung bezüglich der Reichswehr habe vielmehr erst Minister Matt als Ver-

treter des Ministerpräsidenten in Berlin abgeschlossen. Warum dies auf einmal dringend erforderlich geworden sei, darüber könne er mir mit der Bitte um streng vertrauliche Behandlung Aufschluß geben. Die Unzufriedenheit über das Ausbleiben der Beförderungen habe in der bayerischen Reichswehr immer mehr um sich gegriffen und Oberst Etzel in Regensburg, der übergangen worden sei, habe gedroht, sich an die Inpflichtnahme der Reichswehr durch die Bayerische Regierung nicht mehr gebunden zu betrachten. Glücklicherweise sei das in der hiesigen Garnison nicht bekannt geworden, sonst hätten sich gewiß noch andere Offiziere ihm angeschlossen, und das habe unter allen Umständen vermieden werden müssen. Dagegen habe man natürlich in Berlin davon erfahren eben durch den betreffenden Oberst selbst und dadurch habe sich die Bayerische Regierung bei dem Abschluß des Abkommens in einer gewissen Zwangslage befunden, so daß man sich mit dem Erreichten habe zufrieden geben müssen, wenn es auch nicht alles gewesen sei, was man angestrebt habe.

[. . .]

Auf der Reise von Mannheim nach Leipzig sei er zufällig mit Helfferich zusammengetroffen, der die Bereitwilligkeit der Deutsch-Nationalen zur Teilnahme an der Regierungsbildung nach den Neuwahlen unzweideutig ihm zu erkennen gegeben habe.

[. . .]

Vom Hitlerprozeß sprechend äußerte sich der Ministerpräsident sehr ungehalten über den bisherigen Verlauf desselben und über das Verhalten des Vorsitzenden. Man lasse Ludendorff und Genossen geradezu als Ankläger auftreten. Das Ganze sei eine Propaganda für die Deutsch-Völkische Bewegung. [. . .] Justizminister Gürtner habe ihn bezüglich des Vorsitzenden zu beruhigen versucht und gemeint, sein bisheriges Verhalten sei eine gewisse Taktik, durch die er gleich zu Anfang jeden Verdacht von sich habe lenken wollen, als ob er gegen die Angeklagten voreingenommen sei. Wenn es zur Vernehmung der Zeugen, insbesondere von Kahr, Lossow und Seißer, komme, werde die Sache ein anderes Ansehen gewinnen. Daran könne er [Knilling] nur noch nicht recht glauben. [. . .]

[. . .]

13. März 1924 (Nr. 86)

Im Hitler-Prozeß ist seit der Vernehmung der Herren Lossow, Kahr und Seißer als Zeugen eine gewisse Wendung eingetreten, die einem von dem seither vorherrschenden bedrückenden Gefühl einige Erleichterung gebracht hat. Trotzdem ist man noch entfernt nicht in der Lage, die Prozeßführung zu billigen, man wird auch den Eindruck nicht los, daß, nachdem die bayerische Politik kläglichen Schiffbruch gelitten hat, nun auch die bayerische Rechtspflege versagt und sich ihrer Aufgabe keineswegs gewachsen zeigt. Trotzdem gibt es noch viele Leute, die daran festhalten, daß das bisherige Verhalten des Vorsitzenden auf einer gewissen Taktik beruhe. [. . .]

Ich habe selbst einem Verhandlungstage angewohnt und war unangenehm berührt davon, wie die Angeklagten lachend und plaudernd hereinkamen und sich begrüßten, wie das Publikum, dem man deutlich ansah, daß es zum größten Teil den Hitler nahestehenden Kreisen angehörte, bei jeder Gelegenheit Zeichen seiner Sympathie für die Angeklagten gab, ohne daß dies vom Vorsitzenden mit dem nötigen Nachdruck

gerügt wurde. Auch die Tatsache, daß die Entlastungszeugen vereidigt, die Belastungszeugen dagegen unbeeidigt vernommen wurden, muß auffallen. [. . .]

Ein ganz merkwürdiges Licht auf die ganzen Vorgänge wirft die Äußerung des Abgeordneten Schäffer von der Bayerischen Volkspartei, ein Verteidiger habe den Vorschlag gemacht, die Regierung solle den Angeklagten die volle Begnadigung nach dem Urteilspruch zusichern, dann sei die Verteidigung bereit, den Prozeß so zu führen, daß das Vaterland nicht geschädigt werde. [. . .]

[. . .]

26. März 1924 (Nr. 101)

135

Herr von Knilling, den ich gestern sprach, meinte, er nehme die Rüge, die ihm Herr Stresemann wegen seiner Äußerungen zur Kriegsschuldfrage erteilt habe, nicht zu tragisch⁵. [. . .]

[. . .]

Der Hitlerprozeß näherte sich nun seinem Ende und je näher der Tag des Urteilspruches heranrücke, je dicker werde die Luft draußen bei der Infanterieschule. Es zeigten sich Zusammenrottungen und verdächtige Personen, die während des seitherigen Verlaufs des Prozesses nicht zu bemerken gewesen seien. Dies werde sich bis zur Urteilsverkündung noch steigern, aber die Polizei werde, wenn erforderlich, rücksichtslos einschreiten, so daß man keine Befürchtungen zu hegen brauche. Vorteilhaft sei es auch, daß wegen der Universitätsferien die außerbayerischen Studenten nicht hier seien. Wenn auch die Plädoyers noch in dieser Woche ihr Ende erreichten, so würde doch das Urteil nicht mehr am Samstag [29. März] verkündet werden, sondern erst am Montag. Diese Anordnung habe man getroffen, da der freie Samstag-Nachmittag und der Sonntag zu Demonstrationen und Straßenunruhen als Kundgebung gegen die Verurteilung zu günstige Gelegenheit bieten würden.

Daß es bei der Mehrzahl der Angeklagten zu einer Verurteilung kommen werde, daran zweifle er nicht, wenn auch natürlich die Anträge des Staatsanwalts in der Höhe des Strafmaßes nicht erreicht würden. Ob Bewährungsfrist erteilt werde, das sei Sache des Gerichts, aber es würden jedenfalls auch bald die Begnadigungsgesuche kommen, deren Entscheidung nicht ganz leicht sein werde. Es sei ja bereits von der Verteidigung versucht worden, ein generelles Begnadigungsversprechen zu erlangen, unter welcher Bedingung sie bereit gewesen wäre, keine Einwände gegen die Verurteilung ihrer Mandanten zu erheben und so dem Prozeß einen glatten Verlauf zu sichern. Die Plädoyers der Verteidiger seien im höchsten Maße bedenklich und in ihrer Wirkung auf die Menge berechnet, sie erklärten unbekümmert ganz einseitige Behauptungen als Feststellungen und stellten staatsrechtliche Theorien auf, mit denen sie im Staatsexamen unfehlbar durchfallen würden. Merkwürdigerweise hatte Herr

⁵ Auf einer Veranstaltung des Stahlhelm zum „Kampf gegen die Kriegsschuldfrage“ hatte Knilling am 21. März im Münchner Bürgerbräukeller im Anschluß an Freiherrn von Lersner gegen die Reichsregierung gewettert und dem Auswärtigen Amt Ohnmacht und Versagen in der Kriegsschuldfrage vorgeworfen (vgl. MNN, Nr. 81 v. 22. 3. 1924). Stresemann verwarnte sich zwei Tage später auf einer DVP-Tagung in Darmstadt gegen Knillings Äußerungen, wobei er der bayerischen Regierung empfahl, sich an den Auswärtigen Ausschuß des Reichsrats zu wenden, wenn sie den Wunsch habe, sich über die Außenpolitik zu informieren oder sie zu beeinflussen. Vgl. MNN, Nr. 83 u. 87 v. 24. u. 28. 3. 1924.

von Knilling an den Ausführungen des Staatsanwalts, die doch auch zu manchen Bedenken Anlaß geben könnten, nichts auszusetzen und bezeichnete sie als würdig. Dagegen sprach er sehr verächtlich von dem Verhalten Ludendorffs, der nun vollständig krebse, von nichts etwas gewußt und an einen Marsch nach Berlin nicht gedacht haben wolle; das sei unwürdig und feig.

Kahr, Lossow und Seißer hätten jetzt eine gemeinschaftliche Erholungsreise nach Italien und Griechenland angetreten. Das sei zum Lachen. Wenn man früher Lossow einen solchen Vorschlag gemacht hätte, so hätte er sicher gesagt, daß er mit einem solchen „Spieß“ wie Kahr nicht zusammen reisen werde. Aber jetzt seien die drei eben ganz zusammengeschiedet. Kahr und Seißer könnten unmöglich im Staatsdienst bleiben. Das sei ja bei Seißer leicht durchzuführen, aber bei Kahr mache es Schwierigkeiten, da es eine Entlassung auf administrativem Wege nicht mehr gebe. Es werde eines starken Druckes bedürfen, um ihn zu einem sogenannten freiwilligen Rücktritt von seinem Amt als Regierungspräsident zu veranlassen. Endlich werde man in der Polizeidirektion eine gründliche Säuberung vornehmen müssen. Persönlichkeiten wie Frick, wenn auch bei diesem am ehesten eine Freisprechung zu erwarten sei, seien unmöglich.

Als sehr bedenklich bezeichnete Herr von Knilling die Tatsache, daß von Seiten der Deutsch-Völkischen ein fortgesetzter Versammlungsterror ausgeübt werde, indem fast jede Wahlversammlung, besonders diejenigen der Mittelpartei, durch nationalsozialistische Banden gesprengt würden, an deren Spitze meist norddeutsche frühere Offiziere ständen.

Endlich brachte ich den Ministerpräsidenten noch auf das Konkordat zu sprechen. Er sagte, dasselbe sei nun fertig, werde aber erst dem neuen Landtag vorgelegt werden, vorher werde es nicht veröffentlicht. Damit scheidet dann leider Nuntius Pacelli von hier und werde ganz nach Berlin übersiedeln, aber er glaube, daß seines Bleibens dort nicht lange sein werde, da er wohl bald den Kardinalspurpur erhalten werde.

31. März 1924 (Nr. 110)

Anläßlich der morgen erwarteten Verkündung des Urteils im Hitler-Prozeß sind umfassende Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Reichswehr und Polizeiwehr befinden sich in Bereitschaft. Die Polizeidirektion warnt ausdrücklich vor Unbesonnenheiten mit dem Hinweis darauf, daß umlaufenden Gerüchten zufolge Demonstrationen in größerem Umfange beabsichtigt seien. [. . .]

Für den morgigen Tag sind sämtliche Versammlungen, politische und nichtpolitische, verboten, ferner ist die Bekanntgabe des Urteilsspruches durch Anschlag oder Aushängen an öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen, an Telegrammtafeln oder in Schaufenstern verboten. Über das Verbot der völkischen Zeitungen habe ich bereits berichtet⁶.

⁶ Das Urteil im Hitlerprozeß wurde am 1. April verkündet. Hitler, Weber, Kriebel und Pöhner wurden zu 5 Jahren Festungshaft und 200 Mark Geldstrafe verurteilt, Brückner, Röhm, Pernet, Wagner und Frick erhielten ein Jahr und 3 Monate Festungshaft und 100 Mark Geldstrafe, Ludendorff wurde freigesprochen. Die vier Hauptschuldigen bekamen Bewährungsfrist nach Ablauf von 6 Monaten in Aussicht gestellt, alle übrigen erhielten sofort Bewährungsfrist.

6. Mai 1924 (Nr. 141)

137

Die Reichstagswahlen sind hier ruhig verlaufen. Die Propaganda war fast noch stärker als bei den Landtagswahlen, trotzdem hat sich eine Wahlmüdigkeit bemerkbar gemacht, so daß in manchen Gegenden die Beteiligung nur 50 % betrug⁷. Die Kandidatur Tirpitz hat sich als ein sehr geschickter Schachzug der Deutsch-Nationalen erwiesen, die dadurch den Völkischen einen großen Teil ihrer Mitläufer entzogen haben. 53600 Stimmen, davon in München allein über 20000, haben die Völkischen gegenüber den Landtagswahlen bei den Reichstagswahlen verloren und in der Hauptsache an die Deutsch-Nationalen abgeben müssen. Sonst haben die Reichstagswahlen hier keine Überraschungen gebracht.

[. . .]

3. Juni 1924 (Nr. 158)

138

Die Hoffnung, daß in der ersten Sitzung des Landtags die Regierung gebildet werden könnte, hat sich als trügerisch erwiesen, und es ist die Lösung dieser Frage, die noch viele Schwierigkeiten bietet, nicht vor Pfingsten zu erwarten. Der Landtag hat daher in seiner heutigen Sitzung nur sein Präsidium gewählt, wobei der bisherige Präsident Königbauer, der der Bayerischen Volkspartei angehört, wiedergewählt wurde, während zum ersten Vizepräsidenten der Völkische Abgeordnete Dörfler, zum zweiten Vizepräsidenten der Deutsch-Nationale Abgeordnete Prieger gewählt wurden, welcher letzterer diesen Posten schon bisher bekleidet hatte. [. . .]

[. . .]

Herr von Knilling sagte mir heute morgen, in der Bayerischen Volkspartei herrsche die größte Ratlosigkeit, weil man absolut keinen Kandidaten für den Ministerpräsidentenposten finde. Teils hätten sich die vorgeschlagenen Herrn als ungeeignet erwiesen, wie Dr. Pflieger und General Möhl, teils hätten sie glatt abgelehnt, wie Graf Törring und Freiherr von Franckenstein. Der Abgeordnete Held sei bei ihm gewesen und habe ihn händeringend gebeten, ihm doch eine geeignete Persönlichkeit zu nennen. Er sei aber dazu nicht im Stande gewesen, und Held habe ihm gesagt, er würde am liebsten ihn selbst fragen, ob er den Posten nicht wieder übernehmen wolle, er scheue sich aber, es zu tun, nachdem man ihn in der Partei so angerempelt habe. Er habe ihm erwidert, daß er auch ohnehin nicht daran gedacht hätte, sich einer Wiederwahl zu unterziehen. So sei alles noch gänzlich ungeklärt, und es könne noch lange dauern, bis man ein Ministerium zustandebringe, denn es kämen dann noch die Schwierigkeiten mit den andern Koalitionsparteien, von denen die Mittelpartei durch die Angriffe der Bayerischen Volkspartei gegen Minister Gürtner sehr verärgert sei. Es sei sehr töricht von der Bayerischen Volkspartei, daß sie diesen nicht mehr als Minister haben wolle, er sei ganz besonders fähig, und er habe ihn stets als ein hervorragend nützliches und angenehmes Mitglied des Ministerrats geschätzt. Diesem Urteil kann ich von meinem Standpunkt aus nur beipflichten. Gürtner ist bei weitem die sympathischste Persönlichkeit des bisherigen Kabinetts gewesen, und

⁷ Die Reichstagswahlen hatten am 4. Mai, die Landtagswahlen am 6. April (in der Pfalz ebenfalls am 4. Mai) stattgefunden. Die Mandate im bayerischen Landtag verteilten sich wie folgt (in Klammern die Ergebnisse von 1920): BVP 46 (65), SPD 23 (42), Völk. Block 23 (2), Vereinigte Nationale Rechte (DNVP bzw. Mittelpartei) 11 (16), Bauernbund 10 (13), Deutscher Block (DDP) 3 (13), KPD 9 (6), Sonstige 4.

wenn ich mit ihm eine Unterredung hatte, so konnte ich mich immer über die Klarheit seiner Gedankengänge und das Interesse, das seine Ausführungen boten, freuen. [. . .]

Bezüglich des Generals Möhl äußerte sich Herr von Knilling dahin, daß diese Kandidatur vom Kronprinzen befürwortet werde. Er sei aber als Ministerpräsident unmöglich. Seine Eigenschaften als kluger und tüchtiger Offizier und als ehrenwerter Mann genüßten denn doch nicht, außerdem fehle ihm jede Rednergabe. Daß man an einen Mann wie Möhl oder wie General von Epp, der auch schon genannt wurde, für eine derartige Stellung denken konnte, ist nur ein neuer Beweis dafür, wie gering die Urteilsfähigkeit der hiesigen Leute ist. Die Männer, die nach der Niederschlagung der Räteherrschaft und nach dem Sturz von Johannes Hoffmann ihre Pflicht getan haben und wieder den Beamten und den Offizier der früheren Zeit verkörpert haben, werden um jeden Preis zu bedeutenden Persönlichkeiten gestempelt. So ist es mit Kahr gegangen, und das war sein Unglück.

[. . .]

Man kann danach gespannt sein, wie die Bildung der Regierung schließlich gelingt. An der Bayerischen Volkspartei rächen sich die Sünden, die sie begangen hat. Nachdem sie nun innerhalb weniger Jahre drei Ministerpräsidenten, die sie selbst aufgestellt hat, wieder hat fallenlassen, wird sie schwer einen Kandidaten finden, der sich bereit erklärt, unter solchen wenig verlockenden Aussichten das dornenvolle Amt zu übernehmen.

15. Juni 1924 (Nr. 169)

Heute wurde hier mit einem feierlichen Akt ein „Mahnmal“ eingeweiht, das in der Feldherrnhalle angebracht worden ist zum Gedächtnis an die Gebiete, welche durch den Versailler Frieden vom Deutschen Reiche losgelöst, von den Feinden besetzt oder dem Deutschtum entfremdet worden sind. Eingeleitet wurde die Feier durch eine Vorstellung von Kleists „Hermannsschlacht“, die am Vorabend im Prinzregententheater stattfand. Heute morgen versammelten sich die geladenen Teilnehmer, zu denen ich auch gehörte, in der Feldherrnhalle, während auf dem davor sich ausdehnenden Odeonsplatz die Regimentsvereinigungen und vaterländischen Verbände mit ihren Fahnen Aufstellung genommen hatten. An der inneren Wand der Feldherrnhalle standen Offiziere und Soldaten in den Uniformen der alten Armee mit deren alten Feldzeichen, rechts und links davon die Chargierten der studentischen Verbindungen. Der Kronprinz erschien in Uniform mit dem Marschallstab, von begeisterten Hochrufen empfangen, und schritt die Front der vor der Halle aufgestellten Reichswehrkompagnie ab. Professor Herold aus Hof hielt die Weiherede, die in die Worte ausklang: „Herr, mach' uns frei!“, worauf das Niederländische Dankgebet gesungen wurde. Dann ergriff der Kronprinz das Wort zu einer kurzen Ansprache, die mit der Aufforderung, die Hülle fallenzulassen, endete. Die verhängte obere Rückwand der Feldherrnhalle wurde enthüllt und zeigte in großen Bronz Buchstaben die Inschrift: „Herr, mach' uns frei!“. Weiter unten befanden sich zu beiden Seiten je 5 große goldene Nägel, an welchen nun Kränze mit Schleifen gehängt wurden, die die Namen der verlorenen Gebiete trugen, und zwar meist durch Angehörige dieser Gebiete. Danzig, Westpreußen, Memelland, Pfalz, Rhein, Ruhr, Saar, Elsaß-Lothringen, Schleswig, Posen, Schlesien, die Kolonien, ferner Deutschböhmen und Südtirol

waren vertreten. Das feierliche Aufhängen der Kränze machte einen tiefergreifenden Eindruck und wurde von der Musik mit dem Feuerzauber aus der Walküre begleitet, die verlorenen Gebietsteile wurden in Schlummer versenkt, bis der Siegfried ersteht, der sie erlösen wird. Im Namen der Angehörigen dieser Gebiete ergriff nun Professor Spahn, der eigens hierhergekommen war und den Kranz für Elsaß-Lothringen aufgehängt hatte, das Wort, um den Dank auszusprechen. Seine ernste Mahnung zu Einigkeit über allen Stämmen, Ständen und Parteien schloß mit den Worten „Deutschland über alles“, die von Musik und allgemeinem Gesang aufgenommen wurden, womit die Feier zu Ende war. Der Kronprinz nahm dann den Vorbeimarsch der Truppen und Verbände ab, wobei ihm wieder lebhaftere Ovationen bereitet wurden.

So tiefen Eindruck dieser Weiheakt hinterlassen hat, und so sehr man sich über die patriotische Gesinnung freuen darf, die hier zum Ausdruck kam, so darf man doch ernste Bedenken gegen die zu häufige Wiederholung einer gewissen Zurschaustellung des Patriotismus erheben. Es vergeht kein Sonntag, an dem man nicht sieht, wie morgens schon Musikkapellen die Straßen durchziehen, wie die Fahnen aus dem Armeemuseum geholt werden und wie überall Leute in den alten Uniformen oder wenigstens mit Orden und Ehrenzeichen umherlaufen. Frägt man dann, was los ist, so handelt es sich um ein Regimentsfest, eine Kriegerbundsfeier, eine Grundsteinlegung zu einem Denkmal oder einer Gedenktafel oder um die Enthüllung von solchen. Es besteht bei der Vergnügungssucht des hiesigen Publikums die Gefahr, daß der tiefere Gedanke dieser Veranstaltungen über der äußeren „Gaudi“ vergessen wird und die häufige Wiederholung abstumpft.

Dazu kommt noch, daß diese Veranstaltungen vielfach dem Ehrgeiz und der Eitelkeit einzelner Führer von Gruppen und Verbänden ihre Entstehung verdanken, so wie auch jetzt wieder gesagt wird, die heutige Feier sei eine Mache des Dr. Pittinger, des Vorstands des Verbandes „Bayern und Reich“, der von sich und seinem Verbands wieder einmal habe reden machen wollen. Bei näherer Kenntnis der Altbayern tut man gut, sich nicht durch die zahlreichen patriotischen Kundgebungen blenden zu lassen und deswegen noch nicht zu viel von ihnen in Bezug auf Zucht und Opferwilligkeit, die der wahre Patriotismus erfordert, zu erwarten. Endlich darf man sich aber auch nicht zu leicht darüber hinwegsetzen, welchen Eindruck solche Feiern im Auslande machen, wenn man auch eine zu große Rücksichtnahme als unwürdig und feig verwerfen muß. Man kann sagen, daß mindestens der Zeitpunkt für diese Veranstaltung unglücklich gewählt war und daß sie nicht gerade jetzt hätte stattfinden dürfen, wo die Reichsregierung die schwere Aufgabe hat, die Note wegen der Militärkontrolle⁸ zu beantworten. Staatsrat Schmelzle meinte denn auch, man werde die Rechnung für dieses Fest schon noch von der Entente präsentiert erhalten.

25. Juni 1924 (Nr. 175)

140

Gestern ist in der Frage der Regierungsbildung eine unerwartete Wendung eingetreten, die nun deren Lösung in kürzester Zeit mit Bestimmtheit erwarten läßt. In der Bayerischen Volkspartei hat man endlich eingesehen, daß man mit dem seit-

⁸ Eine alliierte Note vom 28. Mai hatte die von Deutschland gewünschte Intervention des Völkerbunds abgelehnt und das Recht betont, bis zur vollständigen Abrüstung Deutschlands die alliierte Kontrollkommission aufrechtzuerhalten. Vgl. EGK, 1924, S. 410f.

her beliebten Verfahren, wonach die Führer der Partei im Hintergrunde blieben und andere Persönlichkeiten als Ministerpräsidenten aufgestellt wurden, gründlich Schiffbruch erlitten hat, weil sich niemand mehr zu dem undankbaren Geschäft hergeben will. Es hat daher der Vorsitzende der Landtagsfraktion der Bayerischen Volkspartei, der Abgeordnete Dr. Held, sich selbst bereiterklärt, den Posten des Ministerpräsidenten zu übernehmen, was ja an und für sich die natürlichste Lösung ist und am meisten dem Prinzip des Parlamentarismus entspricht⁹.

[. . .]

17. Juli 1924 (Nr. 211)

Oberstlandesgerichtsrat Pöhner, der frühere Polizeipräsident während der Regierung Kahr, der im Hitler-Putsch eine hervorragende Rolle gespielt hat und zur Zeit als Abgeordneter des Völkischen Blocks im Bayerischen Landtag sitzt, wurde von der Disziplinarkammer München zur Dienstentlassung verurteilt. Eine Kürzung seiner Bezüge ist entgegen einem anderslautenden Gerücht nicht erfolgt. Eine Mitteilung der Staatsanwaltschaft, wann Pöhner auf Grund der vom Landtag genehmigten Strafverfolgung seine fünfjährige Festungshaft antreten soll, ist noch nicht erfolgt.

Von einem Rücktritt Herrn von Kahrs ist es wieder ganz still geworden, er hat sich um alle an ihn ergangenen Winke nicht gekümmert und erklärt, daß er keinen Grund einzusehen vermöge, warum er sein Amt als Regierungspräsident von Oberbayern niederlegen sollte. Da ihm also auf diese Weise nicht beizukommen ist und ein Disziplinarverfahren nicht in Frage kommt, beabsichtigt die Regierung, wie ich gestern gehört habe, ihn bei geeigneter Gelegenheit auf eine andere Stelle zu versetzen, die weniger politisch exponiert ist als diejenige eines Regierungspräsidenten. Doch ist es nicht leicht, eine solche Stelle zu finden. [. . .]

141

19. Juli 1924 (Nr. 215)

[. . .]

In der Völkischen Partei machen sich die Zersetzungserscheinungen immer mehr bemerkbar, indem nicht etwa nur zwei Richtungen sich bekämpfen. Es wird mir bestimmt versichert, daß Hitler den Vorsitz nur niedergelegt habe, weil er die Verantwortung für die Vorgänge in der Partei nicht tragen wolle, solange er nicht die Freiheit habe, selbst einzugreifen. Seine Gegner sind nun nicht etwa nur die mehr für das Mitarbeiten im Landtag und, wenn nötig, auch in einer Regierung eintretenden Abgeordneten Buttmann, Roth, Pöhner etc., es finden sich solche auch unter den sich als Hitleranhänger und Gegner der parlamentarischen Mitarbeit besonders gebärdenden Mitgliedern der Partei. Hier sind es besonders die Esser, Streicher etc., die von dem wahren Geiste, der bei aller Unklarheit Hitler doch beseelt, wenig haben und mehr den Kommunisten zuneigen¹⁰. Die Abgeordneten Streicher und Wiesenbacher

142

⁹ Held wurde am 28. Juni zum Ministerpräsidenten gewählt. Er bildete sein Kabinett aus Vertretern der bisherigen Koalitionsparteien BVP, Bauernbund und DNVP, nachdem der Versuch der DNVP, auch den Völkischen Block in die Regierung aufzunehmen, gescheitert war. Mit der SPD war nicht verhandelt worden.

¹⁰ Nach dem Verbot der NSDAP im November 1923 gründete Rosenberg als Platzhalter Hitlers die „Großdeutsche Volksgemeinschaft“, die seit Juli 1924 von Esser und Streicher

sollten sogar aus der Fraktion ausgeschlossen werden, es scheint aber dieser Streit wieder beigelegt worden zu sein. Esser tritt in öffentlichen Versammlungen, die er laut Ankündigung jetzt wieder öfters abhalten wird, ganz revolutionär auf. Über die Stellungnahme Ludendorffs, dem es in dieser Umgebung kaum recht wohl sein kann, hat man in letzter Zeit nichts mehr gehört.

Dem Verlangen nach Einsetzung eines parlamentarischen Ausschusses zur Untersuchung der Vorgänge und Folgen des Hitler-Putsches hat, nachdem es von einem Fünftel der gesetzlichen Mitgliederzahl des Landtags gestellt worden ist, stattgegeben werden müssen. Die Koalitionsparteien sind sich aber darüber einig, daß dieser Ausschuß nicht in Tätigkeit treten darf und werden jeglichen Versuch einer solchen mit allen Kräften zu sabotieren suchen. Man wird daher, wie mir gesagt wurde, mit Sicherheit damit rechnen können, daß einem dieses traurige Schauspiel erspart bleibt. [...]

5. September 1924 (Nr. 234)

143

Gestern empfing mich Ministerpräsident Dr. Held, der am Samstag nach Coburg zu den dortigen Feierlichkeiten fährt¹¹ und daran anschließend einen längeren Erholungsurlaub antritt. Wir sprachen natürlich zuerst von den Londoner Beschlüssen¹², wobei Dr. Held meinte, er habe im Zwischenausschuß des Landtags keine ganz leichte Stellung gehabt, als er für diese Beschlüsse habe eintreten müssen, obgleich er selbst die größten Bedenken dagegen gehabt habe. Er sei aber fest überzeugt gewesen, daß man diese Beschlüsse nicht ablehnen könne, ohne das Reich in das größte Unglück zu stürzen. [...]

Dr. Held äußerte sich dann in sehr scharfer Weise gegen die Völkischen und ihr Zusammengehen mit den Kommunisten, das sei doch vollends eines Ludendorff unwürdig. Es sei auch ein Verbrechen von ihm, die Leute in dem Glauben zu bestärken, daß ein erfolgreiches kriegerisches Vorgehen gegen die Franzosen möglich sei. Das wäre doch ein Wahnsinn, solange die ganze politische Konstellation in Europa sich nicht von Grund aus geändert habe. Solange müsse man eben Geduld bewahren und mit kleinen Verbesserungen unserer Lage zufrieden sein. Es müsse doch schon anerkannt werden, daß in London ein ganz anderer Ton geherrscht habe als bei den früheren Konferenzen und daß man zum ersten Male wirklich mit uns verhandelt habe. Die dort getroffenen Vereinbarungen würden auch nicht für die ganze vorgesehene Zeit ihre Geltung behalten, veränderte Situationen könnten auch hier mit der Zeit Abänderungen und Erleichterungen bringen. Vorläufig müsse man sich mit dem Erreichten begnügen.

[...]

geführt wurde. Die anderen Gruppen schlossen sich mit dem am 7. Januar 1924 gegründeten, vielfach zersplitterten „Völkischen Block in Bayern“ zusammen, aus dem auf Reichsebene die „Nationalsozialistische Freiheitsbewegung“ unter Graefe, Ludendorff und Strasser hervorging. Am 8. Juli trat Hitler offiziell von der Leitung der NSDAP bzw. deren Nachfolgeorganisationen zurück.

¹¹ Vom 6.—8. September fanden in Coburg Feierlichkeiten wegen des Abschlusses der Restaurierungsarbeiten an der Coburger Veste statt.

¹² Auf der Londoner Konferenz (16. 7.—16. 8. 1924) war der Dawes-Plan angenommen worden. Der Reichstag stimmte nach langem Sträuben der DNVP am 29. August dem Londoner Abkommen zu, am 1. September trat es in Kraft.

Ich brachte den Ministerpräsidenten dann auf innerbayerische Fragen zu sprechen, wobei der die Verlegenheiten erwähnte, welche der Regierung erwachsen würden, wenn, woran nicht zu zweifeln sei, Hitler demnächst mit Bewährungsfrist aus der Haft entlassen werde. Man könne ihn leider nicht nach Österreich abschieben, weil er nach einem österreichischen Gesetz dadurch, daß er ohne Erlaubnis seiner Regierung in die Kriegsdienste einer befreundeten Macht getreten sei, seine österreichische Staatsangehörigkeit verloren habe und staatenlos geworden sei. Man müsse natürlich auch alles vermeiden, um aus ihm einen Märtyrer zu machen. Es werde nichts übrigbleiben, als ihn streng zu überwachen und ihm beim geringsten Verstoß die Bewährungsfrist zu entziehen, die ihm nur unter der Bedingung erteilt werden dürfe, daß er sich jeder politischen Agitation enthalte. [. . .]

[. . .]

Ich suchte auch Staatsrat Schmelzle auf, der mit der deutschen Delegation in London gewesen ist. Er sagte mir, er sei sehr ungern hingegangen, müsse aber gestehen, daß die Enttäuschungen nicht so groß gewesen seien, als er gefürchtet habe. Er habe ja den früheren Konferenzen nicht angewohnt, aber die andern Herrn hätten ihm gesagt, daß ein Unterschied wie Tag und Nacht gewesen sei. Die ganze Atmosphäre sei eine durchaus andere gewesen, man sei absolut korrekt, da und dort sogar zuvorkommend behandelt worden. Das Wichtigste aber sei, daß man wirklich habe verhandeln dürfen, anstatt daß wie früher nur diktiert worden sei. Er sei der Ansicht, daß bei gewandterer Taktik sich mehr hätte erreichen lassen, daß insbesondere die sofortige Räumung des Ruhrgebiets hätte erlangt werden können. [. . .]

[. . .]

Sehr anerkennend sprach sich Staatsrat Schmelzle über das Auftreten des Reichskanzlers in London aus, es sei wirklich eine Genugtuung gewesen, zu sehen, welches Ansehen derselbe bei den übrigen Verhandlungsteilnehmern genossen habe.

22. September 1924 (Nr. 241)

Am 16. September wurden auf Grund gerichtlicher Anordnung bei einer Reihe von Mitgliedern der Organisation „Frontring“ wegen Verdachtes der Fortsetzung verbotener Organisationen polizeiliche Durchsuchungen vorgenommen und eine Reihe Persönlichkeiten verhaftet. Dieser Frontring oder Frontbann stellt nichts anderes dar als einen Ersatz für die Kampfverbände, die infolge des Hitler-Putsches verboten wurden¹³. Die verhafteten Führer gehören zum Teil zu den Personen, welche im Hitler-Prozeß wegen Beihilfe zum Hochverrat verurteilt wurden, denen aber Bewährungsfrist zugebilligt wurde. [. . .] Es heißt, daß der Staatsanwalt gegen die in diese Angelegenheit verwickelten Personen wegen Verletzung des Gesetzes zum Schutze der Republik Klage erheben wolle, und es scheint diesmal die Bayerische Regierung gegen eine Befassung des Staatsgerichtshofes mit dieser Angelegenheit keine Einwände zu erheben, vielmehr nach den im Hitler-Prozeß gemachten Er-

144

¹³ Ludendorff und Röhm hatten im Sommer 1924 einen Teil der verbotenen aktivistischen Wehrverbände (SA, Reichskriegsflagge, Teile des Bundes Oberland u. a.) zum „Frontbann“ zusammengeschlossen. Er sollte, zunächst als Tarnorganisation, zusammen mit dem schon bestehenden „Frontkriegerbund“ und einer noch zu gründenden „Frontjugend“ als „Frontring“ die zentrale Dachorganisation aller militaristischen Verbände bilden, zerfiel aber 1925, nachdem das NSDAP-Verbot aufgehoben war.

fahrungen mit den Gerichten ganz froh zu sein, die Angelegenheit abschieben zu können.

Gerade mit Rücksicht auf diese Einstellung der hiesigen Gerichte sieht man dem 1. Oktober mit einiger Besorgnis entgegen, da man sicher damit rechnet, daß Hitler die schon im Urteil in Aussicht gestellte Bewährungsfrist zu diesem Termin erteilt wird. Staatsrat Schmelzle sagte mir, man fürchte, daß es Hitler gelingen könne, die Zersetzungserscheinungen in Völkischen Kreisen, die ein Auseinanderfallen nach vier bis fünf verschiedenen Richtungen erwarten ließen, mit einem Mal zum Stillstand zu bringen und die Auseinanderstrebenden wieder zusammenzuschließen. Die Frage seiner Ausweisung werde daher stark erwogen. Ich erwähnte demgegenüber, nach dem, was mir der Ministerpräsident das letzte Mal gesagt habe, sei eine Abschiebung Hitlers nach Österreich nicht möglich, weil ein österreichisches Gesetz dem entgegenstehe, wonach er gar nicht mehr die österreichische Staatsangehörigkeit habe. Staatsrat Schmelzle erwiderte mir, Dr. Held müsse da von anderer Seite unrichtig informiert worden sein, tatsächlich sei eine solche Abschiebung mit den österreichischen Gesetzen, wie man im Ministerium des Innern festgestellt habe, wohl vereinbar.

Wie ich anderweitig gehört habe, liegt bereits eine Erklärung der österreichischen Regierung vor, wonach sie bereit ist, Hitler zu übernehmen, wozu sie nach einem Vertrag zwischen Bayern und Österreich vom Jahre 1875 verpflichtet sei. Bei seinem Zusammentreffen mit Dr. Seipel habe, wie es scheine, Dr. Held mit diesem auch wegen der Ausweisung Hitlers gesprochen, wobei dieser, der wenig Wert darauf lege, daß Hitler nach Österreich komme, gesagt habe, soviel er wisse stünde dem ein österreichisches Gesetz entgegen. Dr. Held, der ungern an die Ausweisung Hitlers herangehe, habe dies gleich aufgegriffen und hier erzählt. Inwieweit diese Darstellung auf Wahrheit beruht, vermag ich nicht zu sagen, es gibt auch böse Zungen, die behaupten, Dr. Held werde erst aus dem Urlaub zurückkehren, wenn diese Frage erledigt sei. Der Minister des Innern, Dr. Stützel, sei für eine sofortige Ausweisung Hitlers, sobald ihm die Bewährungsfrist erteilt werde, es frage sich nur noch, ob er im Ministerium damit durchdringe. Nach dem, wie Staatsrat Schmelzle sich äußerte, habe ich Anlaß anzunehmen, daß eine Ausweisung Hitlers wohl erwartet werden kann¹⁴.

14. Oktober 1924 (Nr. 266)

145

Die schon längst erwartete Ernennung Herrn von Kahrs zum Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofs ist [mit Wirkung vom 16. Oktober] nunmehr erfolgt. Der bisherige Inhaber dieser Stelle, Staatsrat von Knözinger, wurde an Kahrs Stelle zum Präsidenten der Regierung von Oberbayern ernannt. Derselbe ist in keiner Weise politisch hervorgetreten, und es sind von ihm daher auch keine Schwierigkeiten, wie sie Herr von Kahr durch seine Tätigkeit bereitet hat, zu befürchten. Andererseits wird auch Herr von Kahr in seiner neuen Stellung, die übrigens auch schon sein Vater innehatte, weniger Gelegenheit finden, sich politisch zu exponieren. [. . .]
Die von der Bayerischen Volkspartei so eifrig geforderte Liquidation der Vorgänge

¹⁴ Bemühungen zur Ausweisung Hitlers hatte die bayerische Polizei bereits im März 1924 unternommen. Vgl. D. C. Watt, Die bayerischen Bemühungen um Ausweisung Hitlers 1924, in: VJZG 6 (1958), S. 270–280.

vom vorigen November ist nun zwar erfolgt, aber nicht in der gründlichen Weise, wie sie gedacht war. Herr von Lossow allein ist gänzlich von der Bildfläche verschwunden, die Entfernung Herrn von Kahrs ist nur halb gelungen und Oberst von Seißer, den man beseitigt zu haben glaubte, ist nach wie vor Polizei-Oberst. Er befindet sich zur Zeit zwar noch im Urlaub, dieser geht aber bald zu Ende und man muß sich schlüssig werden, was mit ihm geschehen soll¹⁵. [. . .]

Für Herrn von Knilling ist nun eine Versorgung geschaffen worden, indem er zum Präsidenten der Staatsschuldenverwaltung ernannt wurde, so daß nur noch Herr Schweyer auf eine solche wartet. [. . .]

[. . .]

3. November 1924 (Nr. 284)

Ministerpräsident Dr. Held, den ich heute aufsuchte, sagte mir, er werde seinen Besuch in Stuttgart vielleicht noch in dieser Woche ausführen. [. . .] Es liege ihm sehr viel daran, mit dem Württembergischen Herrn Staatspräsidenten bald mündlich sich aussprechen zu können, denn es lägen zur Zeit wieder eine Reihe wichtiger, die beiderseitigen Interessen gleichmäßig berührende Fragen vor, bei deren Behandlung ein möglichst einheitliches Vorgehen wünschenswert erscheine. Da sei besonders eine Sache, die ihm sehr am Herzen liege und in der auch bereits Dr. Tischer¹⁶ mit einem Auftrag versehen worden sei, nämlich die Verordnung des Reichspräsidenten, wonach Länder und Gemeinden keine Kredite im Ausland aufnehmen dürften ohne Zustimmung des Reiches. Damit hänge eng zusammen die Rentenbankkreditanstalt, an die man sich wenden müsse, wenn man landwirtschaftliche Kredite erhalten wolle, ferner ein zentrales Kultur-Institut in Berlin, durch das den Ländern die Selbständigkeit in allen Kulturaufgaben entzogen werde, endlich die Reichspostsparkasse, die den Sparkassen der Länder und damit dem finanziellen Rückgrat der Länder schweren Eintrag tun werde. Dies alles ziele systematisch auf die Vernichtung der Selbständigkeit der Länder hin, und mit der erwähnten Verordnung des Reichspräsidenten werde derselben vollends der Todesstoß versetzt. [. . .]

Dr. Held sprach dann von den bevorstehenden Wahlen¹⁷ und meinte, das hervorstechendste Merkmal derselben werde eine starke Wahlmüdigkeit sein, die nur wieder den Sozialdemokraten zugute komme. Hier in München werde sich dies vielleicht weniger stark fühlbar machen, weil die Gemeindewahlen, die gleichzeitig stattfänden, das Interesse der Bürgerschaft wachrufen werden, die schon längst auf den Augenblick warte, die Scharte von vor vier Jahren auszuwetzen und die rote Majorität im Rathaus zu brechen. Daß aus den Wahlen ein Reichstag hervorgehe, dessen Parteizusammensetzung die Bildung einer Regierung ermögliche, die eine starke Mehrheit hinter sich habe, das bezweifle er lebhaft. Die Gefahr, daß dann das Zentrum mit Demokraten und Sozialdemokraten zusammen eine Koalition bilde, sei wohl ziemlich groß. Wie man doch England um den Ausfall seiner Wahlen beneiden müsse!¹⁸ Ob

146

¹⁵ Seißer hatte seine Suspendierung vor dem Verwaltungsgericht erfolgreich angefochten; er blieb bis 1930 Chef des Landespolizeiamtes.

¹⁶ Emil Tischer war bayerischer Gesandter in Stuttgart.

¹⁷ Am 7. Dezember fanden Reichstagswahlen, außerdem Landtagswahlen in Preußen, Hessen, Braunschweig und Bremen und Gemeindewahlen in Bayern statt.

¹⁸ Bei den Unterhauswahlen am 29. Oktober hatten die Konservativen einen überwältigenden

dieser als direkt günstig für uns bezeichnet werden könne, das lasse sich schwer sagen, aber es sei schon wichtig, daß die Frage, ob Europa unter dem Einfluß Rußlands ganz sozialistisch werden wolle, von England mit erfreulicher Deutlichkeit in negativem Sinne beantwortet worden sei. MacDonald sei über die russische Frage gestürzt, und Herriot werde es wohl bald ebenso ergehen. Eine scharfe Stellungnahme gegen die sozialistischen und bolschewistischen Bestrebungen auch bei uns sei ein Ziel, das nur mit Hilfe der Deutsch-Nationalen erreicht werden könne, und aus diesem Grunde hauptsächlich wünsche er dringend deren Eintritt in die Reichsregierung. Mit der Unterdrückung dieser gefährlichen Tendenzen würden von selbst auch die Streitigkeiten zwischen Bayern und dem Reich wegen der zentralistischen Übergriffe aufhören. Er sei sich wohl bewußt, daß es unter den Deutsch-Nationalen, namentlich den alten preußischen Konservativen, auch Unitarier gebe, allein deren diesbezügliche Bestrebungen seien doch ganz anderer Art als bei den Sozialdemokraten und den diesen Gleichgesinnten, mit ihnen werde man sich viel leichter einigen.

Die Völkischen würden sehr geschwächt aus den Wahlen hervorgehen, ganz besonders in Bayern, wo Ludendorff durch seine Angriffe auf den Kronprinzen und die katholische Kirche seiner Partei großen Schaden zugefügt habe. Ferner sei die Zersetzung in der Partei sehr stark vorgeschritten, und endlich fehle es ihnen jetzt bedenklich an Geld. Es seien in der letzten Zeit Vorgänge, die sich in der Völkischen Bewegung abgespielt hätten, bekannt geworden, die das übelste Licht auf die Teilnehmer werfen. Diese Zersetzung gehe immer weiter, und aus diesem Grunde schon sei es gut, daß Hitler noch einige Zeit gefangen bleibe, jetzt würde es ihm vielleicht noch gelingen, Ordnung zu schaffen, in kurzer Zeit nicht mehr. Er verliere in der Partei immer mehr an Boden, sein Namen werde fast gar nicht mehr genannt, und das komme besonders davon her, daß Ludendorff niemanden neben sich dulden könne. Mit der Ausschließung von Streicher und Esser¹⁹ werde indirekt Hitler selbst getroffen, denn diese beiden hätten zu seinen Getreuesten gehört und mit ihm den Grundsatz vertreten, daß die Völkischen sich nicht parlamentarisch betätigen sollten, während Buttman und Strasser, die zur Zeit mit Ludendorff gingen, durch Arbeit im Parlament Einfluß zu gewinnen hofften. So werde eine Zeit kommen, wo die Frage, was man mit Hitler tun solle, wenn er frei werde, nicht mehr so schwer zu entscheiden sein werde. Er beabsichtige nicht mehr, ihn auszuweisen, aber Hitler werde froh sein, begnadigt zu werden unter der Bedingung, daß er seinen Wohnsitz außerhalb Bayerns nehme.

Mehr Sorge als das Schicksal Hitlers habe ihm in der letzten Zeit die monarchische Frage gemacht, die sich durch das törichte Verhalten einiger an und für sich wohlmeinender Leute in bedenklicher Weise zugespitzt habe. Es gebe leider zu viele Leute, die glaubten, dem Hause Wittelsbach einen Dienst zu leisten, wenn sie das-

Sieg errungen. Baldwin löste das Labour-Kabinett MacDonald (Januar–Oktober 1924) wieder ab.

¹⁹ Trotz des „Einigungsparteitags“ der Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung am 16./17. August 1924 in Weimar war die völkisch-nationalsozialistische Bewegung heillos zerstritten. In Bayern wurden Esser und Streicher bei der Landeskonzferenz des Völkischen Blocks von Strasser ausgeschlossen. Sie beriefen ihrerseits zum 2. November einen Reichsparteitag der Großdeutschen Volksgemeinschaft ein, um mit ihren Gegnern abzurechnen. Vgl. A. Tyrell (Hrsg.), Führer Befehl . . ., Selbstzeugnisse aus der Kampfzeit der NSDAP, Düsseldorf 1969, S. 70 u. 86 f.

selbe möglichst bald auf den Thron zurückführten, zum Teil auch mit der egoistischen Nebenabsicht, dann als Retter des Vaterlandes zu gelten und Belohnung dafür erwarten zu können. Dazu komme die ganz falsche, aber leider weit verbreitete Anschauung, daß, wenn die Monarchie wiederkomme, alles wieder wie früher werde, wobei man besonders auch an die wirtschaftlichen Verhältnisse denke. Diese zu ändern sei natürlich kein Monarch in der Lage, deswegen wäre das Volk, das ihn jubelnd begrüßt, schnell enttäuscht und würde ihm die Schuld zuschreiben. Er sei überzeugter Monarchist, deswegen möchte er der Monarchie eine unzeitige Rückkehr, die ihr nur noch größeren Schaden bringen könnte, erspart wissen. Man spiele mit dem Gedanken, daß eines Tages einige Tausend monarchistisch gesinnte Leute vom Land in der Ludwigstraße den Kronprinzen Rupprecht zum König ausrufen sollten, dann würden Reichswehr und Polizeiwahl sofort geschlossen mitmachen. Der Kommandeur der Reichswehr habe ihm aber versichert, daß bei ihnen alles monarchisch gesinnt sei, daß aber weder er noch irgend einer seiner Offiziere daran denken würden, bei einem solchen Streich mitzumachen, und dasselbe sei ihm bezüglich der Polizeiwahl bestätigt worden. Er habe mit dem Kronprinzen selbst darüber gesprochen und bei ihm eine durchaus erfreuliche Einsicht gefunden über den schlechten Dienst, der dem monarchischen Gedanken geleistet würde, wenn er unter den derzeitigen Verhältnissen hervortreten wollte. [. . .]

6. November 1924 (Nr. 290)

Heute habe ich einen längeren Besuch des Justizministers, Herrn Gürtner, der sich mit mir eingehend über die Aussichten der Wahlen, die Parteiverhältnisse und über die politische Lage im Reich sowohl wie in Bayern und Württemberg unterhielt. [. . .] [. . .]

Minister Gürtner sprach ferner von dem Streit zwischen Ludendorff und dem Kronprinzen. Ludendorff werde mit seiner Androhung, daß er Material beischaffen werde, um zu beweisen, daß eine Proklamation des Kronprinzen beabsichtigt gewesen sei, der man durch den vorjährigen Putsch habe zuvorkommen müssen, wenig Glück haben und sich nur noch mehr blamieren. [. . .] In der Völkischen Bewegung herrsche hier die denkbar größte Zerrissenheit, die besonders darauf zurückzuführen sei, daß kein Geld mehr für ihre Zwecke fließe. Auch Hitler wäre wohl nicht mehr imstande, die Sache einzurenken, wenn er frei würde. Wann dies der Fall sei, lasse sich noch gar nicht sagen. Wenn er etwas dazu tun könnte, so würde er dafür sorgen, daß der Prozeß gegen den Frontbann nicht vor dem 7. Dezember zur Verhandlung käme, daß Hitler wenigstens noch über die Wahlen in Haft bleiben müßte. Er glaube übrigens nicht, daß bei dem Prozeß etwas Wesentliches herauskomme. [. . .]

Nicht ohne lebhaftige Sorge betrachte er die Organisation des Reichsbanners „schwarz-rot-gold“, die zwar in Südbayern keinen rechten Fuß fassen könne, dafür aber in Nordbayern einen starken Anhang habe²⁰. Auf einer Reise nach Nürnberg habe er kürzlich eine Schar von Leuten getroffen, die ausgerüstet gewesen seien wie die

²⁰ Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold war als politischer Kampfbund der republikanischen Parteien auf sozialdemokratische Initiative unter Beteiligung von DDP und Zentrum im Februar 1924 gegründet worden. In Bayern entstanden im Laufe des Sommers 1924 Ortsgruppen. In München hatte die Gründungsversammlung des Gaues Südbayern am 7. Juli im Bürgerbräukeller stattgefunden.

National-Sozialisten, aber mit schwarz-rot-goldenen Abzeichen. Sie hätten äußerlich einen strammen Eindruck gemacht, und es seien vorzüglich aussehende junge Männer darunter gewesen. Betätigt hätten sie sich allerdings nur, indem sie ein Hoch nach dem andern ausgebracht hätten, auf den Reichspräsidenten, auf Bürgermeister Luppe von Nürnberg, auf die Republik etc. Die Aufstellung dieses Reichsbanners sei ja nur die Folge des Vorgehens der National-Sozialisten und eine Äußerung des unterdrückten Dranges nach militärischer Betätigung, die von den sozialdemokratischen Führern klug ausgenutzt werde. [. . .]

8. November 1924 (Nr. 291)

148

In meinem Bericht vom 19. Juli [1924] Nr. 215 habe ich mitgeteilt, daß der Bayerische Landtag einem sozialdemokratischen Antrage stattgegeben habe, der die Einsetzung eines parlamentarischen Ausschusses verlangte zur Untersuchung der Vorgeschichte des 9. November [1923]. Von diesem Antrag, der nur zum Beschluß erhoben werden konnte, weil die Völkischen ihn unterstützten, hatte ich damals gesagt, man rechne damit, daß die Koalitionsparteien ein Zusammenreten des Untersuchungsausschusses sabotieren würden, weil diese Parteien von der revolutionären Errungenschaft der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse nichts wissen wollten.

Man ist daher erstaunt, zu hören, daß der Untersuchungsausschuß gebildet ist und in der nächsten Woche zu seiner ersten Sitzung zusammentreten soll. Die Bayerische Volkspartei stellt den Vorsitzenden und zwei weitere Vertreter, während die andern Parteien je einen Abgeordneten in den Ausschuß entsenden mit Ausnahme der Kommunisten, die nicht darin vertreten sind. Das größte Interesse am Zustandekommen dieser Untersuchung haben nach wie vor die Sozialdemokraten, wogegen es bei den Völkischen selbst etwas geschwunden sein dürfte, da ihre Position längst nicht mehr so stark und sicher ist als im Sommer. Dagegen wird man nicht fehlgehen in der Annahme, daß auch die Bayerische Volkspartei, die sich früher ablehnend verhalten hat, ihre Ansicht gewechselt und neuerdings ein nicht unerhebliches Interesse daran hat, daß die Vorgeschichte des Hitler-Putsches aufgedeckt und der Öffentlichkeit bekannt gemacht werde. Der Bayerische Kurier hat nämlich eine Artikelserie gebracht, die auf Grund von ihm zugegangenem Material Enthüllungen über Vorgänge enthält, die sich im Völkischen Lager in der Zeit zwischen dem 1. April und dem 9. November 1923 abgespielt haben und die geeignet sind, die Völkische Bewegung stark zu kompromittieren²¹. Wenn diese Vorgänge nun vor dem Untersuchungsausschuß ihre Bestätigung finden würden, so wäre das eine glänzende Wahlpropaganda gegen die Völkischen, die sich die Bayerische Volkspartei nicht entgehen lassen will. Hierin dürfte die Erklärung zu suchen sein, warum sie nicht mehr daran denkt, zu verhindern, daß der Ausschuß in Aktion tritt.

[. . .]

²¹ Vgl. Bayerischer Kurier, Nr. 299–301 v. 29.–31. 10. 1924 („Aus der Völkischen Bewegung“).

20. Dezember 1924 (Nr. 334)

Das Oberste Landesgericht hat die staatsanwaltschaftliche Beschwerde gegen den Beschluß des Landgerichts, durch den Hitler und Kriebel Bewährungsfrist erteilt worden ist, nunmehr verworfen, so daß dieselben für den Rest ihrer Strafen Bewährungsfrist erhalten. Dagegen wurde der Beschwerde betreffend Dr. Weber stattgegeben. Die Frage der Bewährungsfrist für ihn soll erst entschieden werden können, wenn nach Abschluß der Voruntersuchung wegen Fortführung des Bundes Oberland das Landgericht Beschluß darüber gefaßt hat, ob gegen Dr. Weber das Hauptverfahren zu eröffnen oder ob er außer Verfolgung zu setzen ist. Die Untersuchung in der Sache des Frontbannes scheint demnach eine wesentliche Belastung Hitlers und Kriebels nicht ergeben zu haben, und auch bei Weber handelt es sich nicht darum, sondern um das Oberland. Die Freude, mit der diese Mitteilung im Völkischen Lager aufgenommen werden wird, dürfte etwas gedämpft sein dadurch, daß gleichzeitig die Veröffentlichung von Gnadenakten zu Gunsten der linksstehenden Kreise erfolgt. Das Justizministerium hat nämlich unter Minderung der Strafen die Strafvollstreckung gegen Mühsam, Sauber, Karpf und Olschewski unterbrochen und ihnen für den Rest der Strafen Bewährungsfrist bewilligt. Damit haben die letzten Teilnehmer an der Räterepublik, soweit sie zu Festungshaft verurteilt waren, die Freiheit erlangt. [. . .]

2. März 1925 (Nr. 58)

Seit der Milderung des Ausnahmezustandes und der damit verbundenen Aufhebung der bezüglichen Verbote haben sich die national-sozialistische Arbeiterpartei und die Organisation Oberland wieder konstituiert¹. Hitler hatte sich seit seiner Haftentlassung durchaus ruhig verhalten, man sagte, er wolle die Gründe der Zerfahrenheit innerhalb der völkischen Kreise erst genau studieren, ehe er wieder an die Öffentlichkeit trete. Es erregte daher Aufsehen, als in der vorigen Woche die von früher her so wohl bekannten roten Plakate wieder erschienen, die das Auftreten Hitlers in einer Versammlung am Freitag [27. Februar] ankündigten. Der Andrang zu dem Bürgerbräukeller war ein ungeheurer; obgleich der Beginn der Versammlung erst für 8 Uhr abends festgesetzt war, verlangten die Menschen schon von 2 Uhr an Einlaß, und um 5 Uhr standen lange Schlangen an. Die Polizei mußte schließlich, da der Saal schon weit überfüllt war, die ganze Umgebung absperren. Hitler wurde stürmisch begrüßt. Er hielt eine Rede, in der er sich mit den früheren Vorgängen des Putsches, des Prozesses und seiner Haft in keiner Weise auseinandersetzte, sondern nur die Geschichte und die weiteren Ziele der von ihm ins Leben gerufenen Bewegung darlegte. Er sprach mit großer Mäßigung, warnte vor unbesonnenen Schritten und machte den Eindruck, als ob die bei den Ereignissen vom Herbst 1923 und in der Gefangenschaft gesammelten Erfahrungen sein Urteil reifer und abgeklärter, seine Haltung besonnener gemacht hätten. Das große Ereignis des Abends war die Aussöhnung Hitlers und seiner Anhänger mit den Kreisen der Völkischen, die im Gegensatz zu ihnen die parlamentarische Betätigung wünschen. Hitler, Esser, Streicher, Dinter, Frick, Feder führten eine große Versöhnungsszene auf dem Podium auf, zu welcher sich schließlich zu aller Erstaunen auch Buttman herandrängte, um sich daran zu beteiligen. Zu große Hoffnungen darf man an diese theatralische Vorstellung nicht knüpfen, der Völkische Kurier², das Organ der Kreise um Buttman, äußert sich auch ziemlich sauersüß darüber. Ludendorff war nicht erschienen. Hitler gedachte seiner zwar mit ehrenden Worten, doch war von einem näheren Verhältnis zu ihm keine Rede. Durchaus unerwähnt blieb die national-sozialistische Freiheitspartei im Norden, gegen die nach wie vor ein starker Gegensatz besteht. Vom Oberland soll auch niemand anwesend gewesen sein.

Es muß sich nun zeigen, ob es Hitler gelingen wird, die widerstrebenden Richtungen, die nun durch die Macht seiner Persönlichkeit gewonnen angeblich sich ihm unterordnen, auf die Dauer unter seiner Botmäßigkeit zu erhalten. Wenn er sein Hauptbestreben darauf richtet, wie er es in seiner Rede betonte, die Arbeiterkreise für seine Sache zu gewinnen, so ist dies jedenfalls ein begrüßenswertes Ziel. Immerhin wird

¹ Im Völkischen Beobachter, der am 26. Februar erstmals wieder erschien (als Tageszeitung wieder ab 4. April), hatte Hitler zur Neugründung der Partei aufgerufen. Am 12. Februar hatten Ludendorff, Strasser und Graefe die „Reichsführerschaft“ der Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung niedergelegt, wodurch der rapide Zerfall der völkischen Bewegung zugunsten von Hitlers NSDAP eingeleitet wurde. – Der Bund Oberland wurde offiziell am 13. März neu gegründet, spaltete sich jedoch bald und ging teilweise im Stahlhelm auf.

² Der Völkische Kurier stand als Organ des Völkischen Blocks Ludendorff nahe.

er es nicht mehr so leicht haben wie früher, besonders weil die Gelder nicht mehr so reichlich fließen werden, dann aber auch, weil der Partei zu viele Personen angehören, die sich während Hitlers Gefangenschaft daran gewöhnt haben, eine eigenmächtige Rolle zu spielen.

Es ist nur zu hoffen, daß es der Regierung gelingt, das Wirken Hitlers, das jedenfalls auch Nutzen bringen kann, in die richtigen Bahnen zu lenken und jedes Überschreiten derselben energisch und zielbewußt zurückzuweisen.

11. März 1925 (Nr. 67)

Als ich heute morgen den Ministerpräsidenten aufsuchte, bot natürlich die bevorstehende Reichspräsidentenwahl einen wichtigen Gesprächsstoff³. Dr. Held ist der Ansicht, daß alles auf die Entscheidung des Zentrums ankomme; davon werde es abhängen, ob es gelinge, einen Kandidaten aufzustellen, der die Stimmen der sämtlichen bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Demokraten erhalte. Dies könnte der Fall sein, wenn das Zentrum sich zu einer Kandidatur Stegerwald entschließen könnte. Beharre es aber auf Marx, so sei keine Aussicht vorhanden. Es komme dann eine Zersplitterung, und bei der riesigen Zahl der sozialdemokratischen Stimmen werde der sozialdemokratische Kandidat in den zweiten Wahlgang kommen, und dann trete das ein, was um jeden Preis vermieden werden sollte, daß zwei Kandidaten in der Stichwahl sich gegenüberstehen unter der Parole: Hie Bürger – Hie Arbeiter! Die Bayerische Volkspartei halte sich sehr zurück, aber sie werde unter Umständen vor eine sehr schwierige Entscheidung gestellt werden. Stegerwald würde sie unbedingt ihre Stimme geben, aber für Marx würden allerhöchstens 20 % der Partei stimmen. Er erfreue sich in der Bayerischen Volkspartei keiner Beliebtheit, weil er sich nicht von den Sozialdemokraten freimachen könne und weil er antiföderalistisch gesinnt sei, überhaupt wegen seiner Stellungnahme zur Bayerischen Volkspartei im allgemeinen in den Differenzen mit dem Zentrum. Die Einstellung, die Marx zeige, sei eigentlich nur in seinen durch große Frömmigkeit beeinflussten idealistischen Anschauungen begründet. Er wolle für das arme arbeitende und notleidende Volk sich einsetzen, das führe ihn zum Zusammengehen mit den Sozialdemokraten. Daß die sozialdemokratischen Führer gerade die wahren Interessen der Arbeiterschaft gar nicht wahrnehmen, das sehe er nicht ein. Stegerwald sei doch auch Arbeiterführer und habe viele Arbeiter hinter sich, trotzdem lehne er ein Zusammengehen mit den Sozialdemokraten ab. Vielleicht sei das Zentrum eher für eine Kandidatur Stegerwald zu haben, nachdem Marx jetzt wieder zum Preußischen Ministerpräsidenten gewählt worden sei⁴.

Dr. Held sagte mir, man habe ihm nahegelegt, doch in Berlin zu bleiben und an den Verhandlungen wegen der Aufstellung eines Kandidaten für das Reichspräsidium mitzuarbeiten. Er habe es aber für richtiger gehalten, vorerst nicht einzugreifen und

³ Am 28. Februar war Friedrich Ebert gestorben. Die Reichspräsidentenwahl wurde für den 29. März bzw. 26. April (2. Wahlgang) anberaumt.

⁴ Das Kabinett Marx blieb Episode in der von Januar bis April dauernden preußischen Regierungskrise. Marx war am 10. Februar zum Ministerpräsidenten gewählt worden, hatte am 18. Februar ein Kabinett gebildet, das bereits nach zwei Tagen eine parlamentarische Niederlage erlitt. Am 10. März wurde Marx wieder gewählt, am 19./20. März gab er den Versuch der Regierungsbildung auf.

habe nur wissen lassen, daß er mit jeder Kandidatur einverstanden sei, vorausgesetzt, daß folgende drei Bedingungen erfüllt seien. Der Kandidat müsse zuverlässig national gesinnt sein, er müsse sich persönlich als absolut integer erwiesen haben und dürfe endlich nach keiner Richtung kulturkämpferisch sein, welcher Konfession er angehöre, das sei dann vollständig gleichgültig. Irgend ein gegenseitiges Auspielen der Konfessionen müsse bei der Reichspräsidentenwahl unter allen Umständen vermieden werden, sonst trügen nur die Sozialdemokraten den Vorteil davon. Da sei es recht bedauerlich, daß Herr Traub eine Denkschrift über das bayerische Konkordat ausgearbeitet habe, die von falschen Auffassungen und Gehässigkeiten strotze. Diese Denkschrift sei für den Reichstag bestimmt, und dieser solle dadurch angeregt werden, das bayerische Konkordat aufzuheben⁵. Das wäre für die innere wie für die äußere Politik gleich unheilvoll. Welchen Eindruck müßte es namentlich auf die Kurie machen gerade in dem Augenblick, wo man die Mißstimmung derselben gegen die französische Regierung schlau ausnützen müßte.

Der Ministerpräsident sprach dann von der in den Zeitungen soviel prophezeiten Spaltung in der Zentrumsparlei anlässlich der Maßregelung der Abgeordneten Papen und Loenartz⁶. Gewiß seien viele Kreise im Zentrum mit der derzeitigen Leitung nicht einverstanden, aber man sehe ein, daß eine Trennung nur eine noch größere Parteizersplitterung herbeiführen würde, denn zu einem Anschluß an die Nachbarparteien könnten sich die Dissidierenden doch nicht entschließen. So sei es gerade das Gewicht auf der einen Seite der Deutsch-Nationalen, auf der andern der Sozialdemokraten, das den Druck ausübe, durch den das Zentrum immer wieder zusammengehalten werde. Auf meine Frage, ob nicht die Bayerische Volkspartei die rechtsgesinnten Elemente des Zentrums zu sich herüberziehen könnte, wie doch auch in den Zeitungen schon angedeutet gewesen sei, meinte Dr. Held, er halte das für eine Utopie. Die Bayerische Volkspartei könne ihre Organisation nicht auch auf die außerhalb Bayerns gelegenen Zentrumsdomänen ausdehnen. Sich eine eigene solche Organisation zu schaffen, wie dies nötig wäre, dazu seien die Teile des Zentrums, die mit der Leitung nicht einverstanden seien, weil sie sich nicht von dem Zusammengehen mit den Sozialdemokraten losreißen könne, zu schwach.

Ich brachte dann den Ministerpräsidenten auf die inzwischen dementierte Zeitungsnachricht zu sprechen, wonach Hitler wegen seines Auftretens in der ersten großen Versammlung im Bürgerbräukeller vom Ministerium des Innern verwarnt worden sei. Dr. Held sagte, Hitler sei von ihm selbst schon früher auf das ausdrücklichste verwarnt und darauf hingewiesen worden, daß man ihm genau auf die Finger sehen werde und nicht mit sich spaßen lasse⁷. Eine Verwarnung nach der Versammlung sei

⁵ Das bayerische Konkordat war am 24. Januar ratifiziert worden. — Traub, Mitglied des Alldeutschen Verbands, war vor dem Ersten Weltkrieg evangelischer Pfarrer in Dortmund. S. G. Traub, Das bayerische Konkordat und was es für Volk und Staat bedeutet, München 1925.

⁶ Die preußische Zentrumsfraktion hatte von Papen und Loenartz die Niederlegung ihrer Mandate gefordert, weil die beiden Abgeordneten durch Fernbleiben bei der Abstimmung wesentlich zum Sturz des Kabinetts Marx am 20. Februar beigetragen hatten. Vgl. EGK, 1925, S. 35.

⁷ Aufgrund seines ersten öffentlichen Auftretens am 27. Februar hatte die bayerische Regierung ein Redeverbot gegen Hitler verhängt. Es war vom 9. 3. 1925—5. 3. 1927 in Kraft. (Eine Zusammenstellung von Redebeschränkungen Hitlers durch andere Länderregierungen bei Tyrell, Führer Befehl, S. 107 f.) Bei einer Unterredung am 4. Januar 1925 hatte Held eine milde Ermahnung an Hitler gerichtet: „Als Hitler bei mir war, habe ich mich ein-

nicht erfolgt, dagegen habe man mit Rücksicht auf die in der ersten Versammlung gefallenen Äußerungen die vorige Woche angesagten fünf gleichzeitigen Massenversammlungen verboten. Außer diesen Äußerungen im Bürgerbräukeller habe Hitler in Sektionsversammlungen, die man überwacht habe, sich Äußerungen geleistet, die fast schon genügen würden, um ihm die Bewährungsfrist wieder zu entziehen. Diese Äußerungen würden protokolliert und gesammelt. Auf meinen Einwand, daß ein Einschreiten gegen Hitler wohl nicht zu spät erfolgen dürfe, weil er sonst die Bewegung wieder unter einen Hut bringe, erwiderte Dr. Held, diese Gefahr sei nicht vorhanden. Die Aussöhnung im Bürgerbräukeller sei eine lächerliche Komödie gewesen, der Völkische Block sei ganz auseinandergefallen, die Zerrissenheit und Verwirrung größer als je. Buttman habe sich glücklich zwischen zwei Stühle gesetzt. Deswegen sei man auch recht kleinlaut und habe in der völkischen Presse wie in der Landtagsfraktion das Verbot der Versammlungen merkwürdig ruhig hingenommen. Die mit Hitler verkrachten völkischen Abgeordneten hätten bei ihm das Versammlungsverbot angeregt. Es zeige sich immer mehr, daß Hitler eben doch nur ein Revolutionär und Demagog sei. Sein günstiger Einfluß auf die Arbeiter sei Schwindel, so weit sie sich ihm anschlossen, täten sie es doch nur, weil sie hofften, daß „etwas aufgehe“. Hitler habe seit vier Jahren nichts mehr gearbeitet, aber mit den für die völkische Bewegung fließenden Geldern ein Herrenleben geführt. Schon jetzt habe er wieder zwei Kraftwagen zu seiner Verfügung. Er sei fest entschlossen, nicht in den Fehler des Herrn von Knilling zu verfallen und sich die Bewegung nicht über den Kopf wachsen zu lassen. Sobald sich eine Handhabe dazu biete, müsse die Bewährungsfrist aufgehoben werden.

[. . .]

14. März 1925 (Nr. 68)

Kürzlich sprach ich mit Justizminister Gürtner über die neue Tätigkeit Hitlers. Derselbe äußerte sich auch erstaunt darüber, wie wenig Lärm in der völkischen Presse über das Verbot der Versammlungen geschlagen werde. Hitler habe Beschwerde dagegen eingelegt, dieselbe aber lediglich damit begründet, daß er die ihm zur Last gelegten Äußerungen in der ersten Versammlung gar nicht getan habe. Es sei vielleicht nicht ganz richtig gewesen, alle fünf Versammlungen zu verbieten, anstatt ihm wenigstens eine zu erlauben. Hätte Hitler die fünf Versammlungen besuchen können, so wäre er überall stürmisch begrüßt worden und hätte jeweils nur ein paar Worte [zu] sprechen brauchen, bei einer Versammlung dagegen hätte er den ganzen Abend sprechen müssen, und da wäre es ihm schwerer gefallen, einen so großen Eindruck zu machen, da er doch nur über eine beschränkte Anzahl Phrasen verfüge. Hitler verbiete jedes Nachstenographieren bei seinen Reden, er werde es sich aber doch gefallen lassen müssen, wenn er weiterhin Versammlungen halten wolle, da er sonst ihm zur Last gelegte Äußerungen nicht einfach ableugnen könne. Hitler habe kürzlich eine Bettelfahrt durchs ganze Land gemacht, habe aber keinen Erfolg gehabt,

152

gehend mit ihm unterhalten und ihm erklärt, daß ich ihn bei einer ordnungsgemäßen Agitation nicht behindere, daß ich selbst das allergrößte Interesse habe, daß unsere Jugend vaterländisch erzogen wird. Ich habe ihm aber auch keinen Zweifel gelassen, was ich tun werde, wenn er zu den alten Methoden zurückkehrt.“ (Held im Landtag am 15. 12. 1925, zit. nach Tyrell, S. 88).

deswegen müsse er jetzt bei seinen Versammlungen ein Eintrittsgeld von 1 Mark pro Person erheben. Durch Versammlungsverbote könnte man ihn also lahmlegen, aber nachdem einmal das Verbot seiner Partei aufgehoben sei, werde es nicht angehen, daß man ihm alle Versammlungen verbiete, den Kommunisten müsse man jetzt doch auch Versammlungen gestatten. Herr Gürtner meinte, er sei sehr froh, daß die Entscheidung über eine Entziehung der Bewährungsfrist das Gericht zu treffen habe und daß die Regierung die Verantwortung dafür nicht zu übernehmen brauche. Sie könne nur den Staatsanwalt veranlassen, einen entsprechenden Antrag zu stellen. Eine Gefahr, daß es Hitler gelingen werde, die Völkischen wieder zusammenzuschweißen, sieht Herr Gürtner nicht, die einzelnen Richtungen seien zu hoffnungslos gespalten und beschimpften sich gegenseitig als Verräter auf die gräßlichste Weise. Es bestehe nur eine Gefahr, daß Hitler, wenn er wieder in der alten Weise arbeite, die Bevölkerung wieder verhetze, es gebe immer noch genug hysterische Menschen, die ihm nachliefen und durch ihn sich aufreizen ließen. Andererseits seien aber auch die Vorbedingungen nicht mehr vorhanden wie im Herbst 1923, solange unsere Währung festbleibe, und dann habe Hitler es auch nicht mehr so leicht, weil er die Wirkung von der Gegenseite zu fürchten habe. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold sei jetzt besser organisiert als alles, was Hitler zur Verfügung stehe. Wenn man sich frage, ob Hitler irgend einen Nutzen bringe oder gebracht habe, so müsse man das rundweg in Abrede stellen. Den marxistischen Parteien habe er keinen ernsthaften Abbruch getan, sie dagegen gelehrt, wie man es machen müsse. Wenn heute das Reichsbanner bestehe, so sei das nur indirekt Hitlers Werk. Außerdem habe er nicht nur die Entwicklung in Bayern gestört, sondern dasselbe auch d. m. Ausland gegenüber in Mißkredit gebracht und verdächtig gemacht. Er wolle nicht davon reden, daß tatsächlich wegen Hitlers Wiederauftreten eine Anzahl Fremde Bayern verlassen hätten, aber tief beschämend sei es, daß von den Kontraventionen, die die Kontrollkommission festgestellt habe, 75 % auf Bayern entfielen, und dabei habe man den Eindruck gehabt, als ob die Besuche durchaus zufriedenstellend verlaufen seien⁸. Er wollte dies noch hinnehmen, wenn man sich sagen könnte, daß man in die verschiedenen Organisationen und Kampfverbände wirklich Hoffnungen setzen könne, aber das sei nicht der Fall, sie hätten militärisch gar keinen Wert, auch die Taten des „Oberland“ in Oberschlesien seien keine eigentlichen militärischen Leistungen gewesen. Dazu seien die Leute in diesen Verbänden schon zu alt und jeder wolle eine Führerrolle spielen. Das einzige was man tun müßte, wäre eine systematische Erziehung der Jugend zu körperlicher Tüchtigkeit und zu militärischer Beweglichkeit, natürlich ohne Waffen. Seien die jungen Leute gut vorgebildet, so werden sie den Gebrauch der Waffen vollends schnell lernen. Man müsse eben, so wie die Verhältnisse liegen, auf lange Sicht hinaus arbeiten. Mit den Knaben, die jetzt 6 Jahre alt seien, müsse man anfangen, denn ehe diese erwachsen seien, könne man doch nicht mit der Möglichkeit einer kriegerischen Erhebung rechnen.

⁸ Die Interalliierte Militärkontrollkommission hatte am 15. Februar einen Bericht über die seit September 1924 in Deutschland durchgeführte Generalinspektion veröffentlicht. S. EGK, 1925, S. 404ff. Einzelheiten bei M. Salewski, Entwaffnung und Militärkontrolle in Deutschland 1919–1927, München 1966.

16. März 1925 (Nr. 70)

Wie ich bereits telegraphisch berichtet habe, hat der Landesausschuß der Bayerischen Volkspartei, der am Samstag [14. März] hier zusammengetreten ist, um sich schlüssig zu machen darüber, wen er den Wählern der Partei als Kandidaten für die Wahl des Reichspräsidenten vorschlagen solle, einen eigenen Kandidaten aufgestellt in Gestalt des Ministerpräsidenten Dr. Held. Daß derselbe auch nicht die geringste Aussicht hat, im ersten Wahlgang gewählt zu werden, dessen ist man sich in der Partei völlig bewußt. Man erwartet überhaupt nicht seine Wahl, denn man wäre doch in großer Verlegenheit, wen man an seiner Stelle als Ministerpräsidenten berufen sollte. Immerhin hält man es nicht als außer dem Bereich aller Möglichkeit liegend, daß je nach dem Ausfall des ersten Wahlgangs eine derartige Verwirrung eintritt, daß man unter Umständen auf den Gedanken kommen könnte, sich dann auf Dr. Held als Sammelkandidaten zu einigen.

Über die Beweggründe, die zur Aufstellung eines eigenen Kandidaten geführt haben, habe ich aus bester Quelle folgendes gehört: Man wäre bereit gewesen, wenn Gessler als Sammelkandidat aufgestellt worden wäre, diesen den Wählern aufs wärmste zu empfehlen, und man nimmt an, daß er trotz mannigfacher Bedenken gegen seine Person und namentlich seine Parteirichtung in Bayern zahlreiche Stimmen bekommen hätte. Auch eine Kandidatur Jarres wäre, wenn sie als Sammelkandidatur hätte betrachtet werden können, angenommen worden und hätte hier Aussicht gehabt. Man ist hier aber der Anschauung, daß die Schuld dafür, daß es nicht gelungen ist, einen Sammelkandidaten aufzustellen, nicht in erster Linie das Zentrum trifft, sondern die Deutsche Volkspartei und vor allem Stresemann, der die Kandidatur Gessler zu Fall gebracht habe. Dadurch habe die Kandidatur Jarres einen andern Charakter bekommen. Er sei jetzt als Exponent der Deutschen Volkspartei und damit der Schwerindustrie zu betrachten und dadurch beständen gegen ihn schwerwiegende Bedenken für die Bayerische Volkspartei. Man habe hier kein rechtes Zutrauen zu Jarres, außerdem habe sein Namen hier gar keine Zugkraft. So wäre zu befürchten, daß, auch wenn die Parteileitung sich für ihn aussprechen würde, doch eine große Anzahl der Wähler der Bayerischen Volkspartei die Stimme dem Zentrums kandidaten Marx geben würde, der als gut katholischer und frommer Mann doch immerhin bekannt sei. Eine derartige Unterstützung der Kandidatur Marx müsse man aber um jeden Preis vermeiden, und um dem vorzubeugen, habe man geglaubt, einen eigenen Kandidaten in der Person des Dr. Held aufstellen zu sollen.

28. April 1925 (Nr. 106)

In den letzten Tagen vor der Reichspräsidentenwahl⁹ haben sich in der Presse der Bayerischen Volkspartei die Stimmen derer, die mit der Parteiparole „für Hindenburg“ nicht einverstanden waren, immer offener hervorgewagt. Der Bayerische Kurier, der zwar noch immer für die Kandidatur des Feldmarschalls eintrat, ließ doch durchblicken, daß er es eben nur tue, weil der Landesausschuß sich so entschieden habe, er hob die Momente, die es einem guten Katholiken angeblich zur Pflicht

⁹ Im zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl am 26. April standen sich Marx als republikanischer Sammelkandidat (Zentrum, SPD, DDP) und Hindenburg als Kandidat der Rechten, von der DNVP propagiert und der BVP wärmstens empfohlen, gegenüber (für die KPD kandidierte wieder Thälmann).

machen sollten, für Marx zu stimmen, immer deutlicher hervor, und bezeichnete es als durchaus verständlich und nicht tadelnswert, wenn einer in dieser Hinsicht seinem eigenen Gewissen folgend der Parteiparole untreu werde. Die Augsburger Postzeitung sprach sich noch offener hierüber aus. Unter diesen Umständen ist es zu verstehen, daß man bezüglich der Haltung der Bayerischen Volkspartei die schwersten Bedenken haben mußte, die sich jedoch trotzdem glücklicherweise als nicht ganz gerechtfertigt erwiesen haben.

[. . .]

Man ist hier mächtig stolz und bezeichnet es in erster Linie als das Verdienst Bayerns, wenn Hindenburg gewählt worden ist. Von den 900000 Stimmen, mit denen er gesiegt habe, seien allein 700000 von Bayern aufgebracht worden, damit habe es die Scharte des Hitler-Putsches ausgewetzt, auch für immer den Verdacht zerstreut, daß es nicht durchaus reichstreu gesinnt sei.

Ein ganz besonderes Verdienst um die Wahl Hindenburgs soll, wie mir von verschiedenen Seiten übereinstimmend versichert wurde, Dr. Heim haben, der leider durch seine schwere Erkrankung im kritischen Augenblick verhindert war, noch weiterhin mit Erfolg in der Bayerischen Volkspartei die hauptsächlich auf seine Initiative hin aufgestellte Kandidatur Hindenburgs zu propagieren. Die Münchner Neuesten Nachrichten konnten einen leider infolge Erkrankung Dr. Heims nicht vollendeten Artikel veröffentlichen, in dem derselbe mit Eifer und Geschick für Hindenburg eintrat¹⁰.

Dr. Held sprach sich mir gegenüber sehr befriedigt über den Sieg Hindenburgs aus, wenn er sich auch die mancherlei Schwierigkeiten nicht verhehlte, die die Wahl dieses Mannes zum Reichspräsidenten noch mit sich bringen könne. Er sagte, er hoffe vor allem, daß man auf der Rechten jetzt vernünftig bleiben und nicht Hindenburg in schwierige Lagen bringen werde, die Gefahren von dieser Seite halte er für größer als die von der Opposition der Linken.

Der Wahlsonntag ist hier durchaus ruhig verlaufen, auf den Straßen machte sich der Wahlkampf in keiner Weise bemerkbar.

23. Juni 1925 (Nr. 132)

155

Gestern sprach ich Ministerpräsident Dr. Held zum ersten Male, seit ich mich in Stuttgart von ihm verabschiedet hatte¹¹. Er sagte mir, seine Besuche in Karlsruhe und Darmstadt seien ganz befriedigend verlaufen. Besonders interessant jedoch sei sein Besuch in Bern gewesen, wo er Gelegenheit gehabt habe, die Bundesräte kennenzulernen und zu sprechen. Dieselben hätten offiziell mit ihm von dem bevorstehenden Eintritt Deutschlands in den Völkerbund als von einer selbstverständlichen Notwendigkeit gesprochen, hätten sich aber alle in vertraulicher Unterhaltung darüber in einer Weise geäußert, die ungefähr den Sinn gehabt habe: „Ihr werdet doch nicht so dumm sein, in diesen Völkerbund einzutreten, solange derselbe ohne Amerika und Rußland doch nur ein Torso ist und solange Eure Feinde darin die Mehrheit haben, so daß Ihr ihnen vollends ganz ausgeliefert seid!“

¹⁰ S. MINN, Nr. 110 v. 22. 4. 1925 („Warum wählen wir Hindenburg?“). Heim griff in dem Artikel Marx heftig an.

¹¹ Held hatte sich vom 20.–23. Mai in Stuttgart und Karlsruhe zu Höflichkeitsbesuchen bei der württembergischen und badischen Regierung aufgehalten. Anschließend war er nach Bern gefahren.

Dr. Held sagte dann, inzwischen habe man sich in Berlin wieder mehrfach in unerfreulicher Weise mit Bayern beschäftigt und habe damit die Beziehungen nicht gerade gefördert. Man habe sich mit dem Konkordat und dem Ausnahmezustand befaßt¹² und schließlich mit den Urteilen der Volksgerichte. Die beiden ersten Angelegenheiten seien ja glimpflich abgelaufen, aber die Vorgänge im Reichsrat anlässlich der beantragten Revision gegen die Urteile der Bayerischen Volksgerichte seien ein Skandal ersten Ranges. Der Umfall der Preußischen Regierung sei etwas noch nie Dagewesenes, dabei wolle sie denselben auch noch ableugnen und es sei nur gut, daß es im Protokoll festgelegt sei, und zwar durch den Hessischen Bevollmächtigten¹³. Jedenfalls müsse die Angelegenheit das Ansehen des Reichsrats stark herabwürdigen. Wenn das Zentrum eine Annäherung an die Bayerische Volkspartei wünsche, so sei es dazu auf dem besten Wege, wenn es mit den Sozialdemokraten und den Demokraten zusammen einem kommunistischen Antrag zustimme. Ihm könne das nur recht sein, denn solange das Zentrum sich nicht von Grund aus neu orientiere, halte er eine solche Wiederannäherung für nicht wünschenswert und auch nicht für möglich. [. . .]

[. . .]

Dr. Held beklagte sich dann heftig darüber, wie die Reichsregierung immer mehr bestrebt sei, die Selbständigkeit der Länder auszuhöhlen. Die Steueraufkommen würden nicht vollständig dem Finanzausgleich gemäß ausgeschüttet, vielmehr Beträge zurückbehalten, die für Kulturaufgaben verwendet würden, die an und für sich gar nicht Sache des Reiches seien. Wenn nun wenigstens diese Beträge den Länderregierungen zur Verteilung gegeben würden, zu deren Zuständigkeit diese Kulturaufgaben gehören, oder wenn sie wenigstens nur mit deren Wissen und Einverständnis verteilt würden, so könnte man es noch hinnehmen. Die Verteilung erfolge aber über die Köpfe der Regierungen hinweg auf Grund von Rücksprachen mit den Spitzenorganisationen in Berlin. Das untergrabe die Bedeutung und das Ansehen der Länder, denn die Empfänger gewöhnten sich dann daran, solche Zuwendungen von der Reichsregierung zu erhalten und seien schon zufrieden, wenn sie nur das Geld von irgendwo her bekommen, so daß die eigene Regierung schließlich ganz ausgeschaltet werde. Das dürfe man sich nicht gefallen lassen und er beabsichtige, dagegen in Berlin ganz energisch Einspruch zu erheben. Ganz ähnlich verhalte es sich mit den Fonds, die zur Stärkung des Deutschtums an den Grenzen bestimmt seien und woran Bayern bezüglich der Tschecho-Slowakei ein lebhaftes Interesse habe. Man habe kürzlich um Mittel aus diesen Fonds gebeten und zur Antwort erhalten, diese Fonds seien erschöpft, die zur Verfügung stehenden Mittel seien an zwei Organisationen gegeben worden. Und das alles wieder, ohne daß der Bayerischen Regierung,

¹² Am 17. Juni hatte sich der Reichstag mit einer Interpellation der SPD („Schutz der Reichsverfassung gegen Verletzungen durch das bayerische Konkordat“) beschäftigt (Sten. Ber. S. 2367–2404). Am 18. Juni war ein SPD-Antrag auf Aufhebung des Ausnahmezustands in Bayern besprochen worden (Sten. Ber. S. 2405–2435).

¹³ Der Reichstag hatte am 25. Mai einen Gesetzentwurf über die Wiederaufnahme des Verfahrens gegenüber Urteilen der bayerischen Volksgerichte angenommen (Sten. Ber. S. 1998 bis 2011). Am 28. Mai hatte der Reichsrat dagegen Einspruch erhoben. Der Einspruch wurde auf preußische Initiative am 18. Juni zurückgezogen. Das Reichsgesetz vom 4. Juli (RGBl 1925, I, S. 95) brachte nachträglich noch Revisionsmöglichkeiten gegen die meist eilig gefällten und von unangemessen drakonischen Strafen begleiteten Urteile der bayerischen Volksgerichte.

die doch das größte Interesse daran habe, wie sich die Verhältnisse an ihren Grenzen gegen die Tschecho-Slowakei gestalten, auch nur die geringste Mitteilung gemacht worden wäre.

[. . .]

16. Juli 1925 (Nr. 172)

156

Der Zentralverein der Münchner Katholiken veranstaltete am 14. [Juli] im Saale des Odeons eine große Abschiedsfeier für den Päpstlichen Nuntius Monsignore Dr. Pacelli. Derselbe wird zwar erst im nächsten Monat München endgültig verlassen, allein die Feier wurde schon jetzt angesetzt mit Rücksicht auf die bald beginnenden Universitätsferien, denn die katholischen Verbindungen beteiligten sich daran. [. . .]

[. . .]

Die erste Rede hielt der Ministerpräsident, der gleich nachher die Versammlung verließ, da er noch am selben Abend nach Berlin abreiste. Zu einem besonderen Ereignis gestaltete sich das Auftreten des Kardinals Faulhaber, der von einem stürmischen, nicht endenwollenden Beifall begrüßt wurde, als er das Rednerpodium betrat, womit in eindrucksvoller Weise gegen das bekannte Hamburger Urteil demonstriert wurde¹⁴. Nachdem dieses ziemlich allgemeine Ablehnung auch auf nichtkatholischer Seite gefunden hat, empfand man es als überflüssig und nicht recht in den Rahmen einer Abschiedsfeier für den Nuntius passend, daß der Kardinal noch in seiner Rede auf das Urteil zu sprechen kam, wobei einzelne Ausdrücke, wie der von der Dornenkrone auch von guten Katholiken und Verehrern des Kardinals als übertrieben empfunden wurden. Ein Herr sagte mir, er habe statt pro nuntio pro domo gesprochen. Eine Anspielung darauf mag wohl auch darin gesehen werden, daß der Nuntius in seiner Dankesrede den Kardinal als den Vertreter der ecclesia militans bezeichnete. Den Höhepunkt des Abends bildete die formvollendete und würdevoll vorgetragene Rede des Nuntius selbst, eine großartige Leistung für einen Nichtdeutschen, zumal der Redner ganz frei und ohne Manuskript sprach.

Die Ehrungen, die dem Nuntius zuteil geworden sind, wird man als durchaus verdient bezeichnen können, und man hat allen Grund, sein Scheiden von hier aufs tiefste zu bedauern, wobei man sich als Trost wenigstens sagen kann, daß er ja auf seinem Posten in Berlin auch weiterhin für Deutschland wird wirken können. [. . .]

[. . .]

29. September 1925 (Nr. 217)

157

Die Zwistigkeiten innerhalb des Völkischen Blocks, die sich schon lange hinziehen und neuerdings wieder in mehreren Versammlungen zu stürmischen Auseinandersetzungen geführt haben, sind nunmehr in eine neue Phase getreten. Die Esser-

¹⁴ Anfang Juli hatte in Hamburg ein von Faulhaber angestrebter Beleidigungsprozeß gegen den Herausgeber der völkischen Wochenschrift „Vaterland“, Rainer Hupperz, mit einem Freispruch des Beklagten geendet. (Erst in der Revisionsverhandlung im November 1926 wurde er zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.) Hupperz hatte im Herbst 1924 Faulhaber in einem Artikel als Intriganten, Separatisten und „Verräter der nationalen Bewegung“ bezeichnet, weil er Kahr in der Nacht zum 9. November 1923 gegen Hitler umgestimmt habe. Vgl. MNN, Nr. 188, v. 9. 7. 1925 und Nr. 312 v. 11. 11. 1926.

Hitler-Gruppe hat die Gründung einer eigenen nationalsozialistischen Landtagspartei beschlossen und sich damit von der Fraktion des Völkischen Blocks gelöst. Dieselbe besteht aus den sechs Abgeordneten Wagner, Holzwarth, Dr. Buttman, Zipfel, Löw und Streicher¹⁵. [. . .]

[. . .]

[. . .] Die Völkische Fraktion verringert sich auf 13 Mann. Ihr gehören an die Abgeordneten: Dörfner, Drexler, Fichtner, Frühauf, Dr. Glaser, Johnsen, Pfaffensteller, Rambacher, Dr. Roth, Sesselmann, Graf von Seyboldsdorff, Stelzner und Zitzlsperger. Nach der Geschäftsordnung des Landtags hat bei Änderungen in den Fraktionsstärken auch ein Wechsel in der Zusammensetzung des Präsidiums einzutreten. Da nunmehr die deutsch-nationale Fraktion mit 14 Abgeordneten die drittstärkste Fraktion ist, würde sie künftig an Stelle der Völkischen den zweiten Vizepräsidenten zu stellen haben. Es scheint aber nicht ausgeschlossen, daß noch sonstige Veränderungen vor sich gehen. Verschiedene Völkische Abgeordnete sollen stark nach den Deutsch-Nationalen schielen.

Man wird im Allgemeinen sagen können, daß die Regierung Hield mit dem Redeverbot für Hitler das Richtige getroffen hat. Wenn man ihm den Mund verbindet, vernichtet man seine Zugkraft, denn nur mit seinem Phrasenschwall vermag er sich Anhänger zu schaffen. Seine Anhängerschaft ist stark zurückgegangen, der „Völkische Beobachter“ kämpft um seine Existenz, und es ist zu verwundern, woher er immer noch so viel Geld bekommt, um sich so halten zu können, wie er es tut. Nach dem, was mir gesagt wurde, sind die Quellen für die pekuniäre Unterstützung Hitlers hauptsächlich in der Schweiz zu suchen.

Mag man eine gewisse Genugtuung empfinden, daß die von Hitler wachgerufene Bewegung sich allmählich verläuft und daß die Persönlichkeiten, die in derselben eine Rolle spielen, immer mehr abwirtschaften, so muß man doch aufs tiefste bedauern, daß ein Mann wie Ludendorff sich dieser Gesellschaft verschrieben hat und sich in Kreisen bewegt und mit ihnen rivalisiert, die gewiß kein Umgang für einen Mann von welthistorischer Bedeutung sind. Wie er dadurch auch jedes Augenmaß und Taktgefühl verloren hat, zeigt sich in der Angelegenheit des Hindenburg-Besuches. Der Feldmarschall hatte beabsichtigt, während seines Erholungsaufenthaltes in Dietramszell seinem einstigen Mitarbeiter einen Besuch zu machen. Die Nachricht hiervon erschien in großer Aufmachung im Völkischen Kurier, weil Ludendorff diesen Besuch zu seinen Gunsten ausschlichten wollte. Der Erfolg war, daß der geplante Besuch unterbleiben mußte, was der Völkische Kurier wiederum mit höchst gehässigen Ausfällen gegen den Reichspräsidenten quittierte.

[. . .]

6. November 1925 (Nr. 254)

Die Münchener Post bringt unter der Überschrift: „Bayern vor neuen Erschütterungen“ unter Fettdruck folgende Nachricht. „Vor zwei Jahren ist der Hitlerputsch abgelaufen. Was Bayern an politischem Ansehen noch hatte, wurde im November 1923 völlig verwirtschaftet. Nun steigen neue Gewitterwolken auf. Neue Gefahren drohen dem bayerischen Volke. Im Kampfbund der Bayerntreuen werden dunkle Pläne be-

¹⁵ Die sechsköpfige Landtagsfraktion war am 24. September gebildet worden.

raten. Wir unterlassen heute jede weitere Erörterung, wir begnügen uns lediglich, auf die zur Tat drängende Aktivität dieser monarchistischen Bewegung aufmerksam zu machen. Die Republikaner werden aufgefordert, nach jeder Richtung wachsam zu sein.“

Von diesem Bund der Bayerntreuen habe ich schon seit einiger Zeit gehört, wollte aber darüber nicht berichten, ehe ich nicht Gelegenheit hatte, mich genau darüber zu informieren. Nach dem, was ich nun darüber gehört habe, sollen in diesem Bund der Bayerntreuen sämtliche monarchistischen Kreise Bayerns zusammengefaßt werden, einschließlich aller Parteien und Verbände, die den monarchistischen Gedanken nicht a limine ablehnen. An der Spitze dieser Gründung ist ein Präsidium gedacht, das die Führer der in Betracht kommenden Organisationen umfassen soll. Es sind in Aussicht genommen als die Führer der drei größten vaterländischen Verbände – „Heimat- und Königbund“, „Reichsflagge“ und „Bayern und Reich“ – Freiherr von Aretin, Dr. Heiß und Sanitätsrat Pittinger. Die übrigen vaterländischen Verbände sollen durch den Deutsch-Nationalen Abgeordneten Professor Bauer vertreten sein. Auch versucht man auf die Bauernschaft durch Dr. Heim Einfluß zu gewinnen. Die Bayerische Volkspartei soll durch Letztgenannten und durch Freiherrn von Franckenstein vertreten sein, die Deutsch-Nationalen durch Freiherrn von Pechmann und Professor Bauer. Dies wäre das Präsidium, das man als Aufsichtsrat der Dachgesellschaft bezeichnen könnte. Als eigentlich handelndes Direktorium wären General von Möhl und Oberst von Xylander anzusehen, denen die politische und die Ausbildungsabteilung anvertraut sein sollen. Als Programm wird bezeichnet, auf föderalistischem Boden stehend in legaler Weise die Wiedereinsetzung der Monarchie in Bayern vorzubereiten. Das Wehrkreiskommando, mit dem man Fühlung nehmen wollte, soll glatt abgelehnt haben, auch die Landespolizei habe erklärt, daß sie nur Interesse an dieser Sache nehmen könne, wenn sich die Absichten der Bayerntreuen mit den Bestimmungen der Verfassung in Einklang bringen ließen. Es ist wohl anzunehmen, daß der weitaus größte Teil der Mitglieder im guten Glauben ist und die Förderung des monarchischen Gedankens nur in legalem Wege erstrebt. Es wird aber von sehr ernsten Leuten dieser Gründung mit großer Besorgnis deswegen entgegengesehen, weil die Befürchtung nicht von der Hand zu weisen ist, daß ähnlich wie beim Hitlerputsch die Vernünftigen durch ein paar unvernünftige Drahtzieher über den Haufen geworfen werden.

Bei einer Einladung bei Herrn von Haniel sprach ich den Generalleutnant von Kress, der sich sehr besorgt über diese Neugründung äußerte. Er meinte, er werde alles versuchen, um dieselbe zu vereiteln. Die Reichswehr dürfe nicht wieder in eine ähnliche Lage versetzt werden, wie zur Zeit des Hitlerputsches, und das Gewissen der Mannschaften und Offiziere wieder auf eine so harte Probe gestellt werden. Er bekannte unumwunden seine eigene monarchische Gesinnung, lehnte aber alle Versuche zur Wiedereinführung derselben in absehbarer Zeit ab, gerade weil er dadurch die Wiederkehr der Monarchie mit Aussicht auf Dauer für immer erledigt sehen würde. [. . .] Ferner sagte er, ganz abgesehen von allen diesen Gedankengängen dürfe man nicht übersehen, daß das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold zur Zeit auf seinem Höhepunkt sei. Es sei sehr stark, gut ausgebildet und glänzend militärisch geführt. Diese Leute würden nicht davonlaufen, wenn geschossen werde, wie die Hitlerbuben. Daß es sich auf dieser Höhe halte, sei, wenn es nicht durch eine Unvorsichtigkeit von rechts einen neuen Antrieb erhalte, ausgeschlossen. In ein bis zwei Jahren werde es

bei ruhiger Entwicklung weit weniger gefährlich sein, weil sich auch hier ein Zeretzungsprozeß abspiele. Herr von Kress sieht eine Hauptgefahr des Bundes der Bayerntreuen darin, daß ihm Oberst von Xylander als militärischer Leiter beigegeben sei. Wozu brauche denn eine solche Organisation einen militärischen Charakter, wenn sie nicht Umsturzpläne verfolge. Besonders bedenklich sei aber gerade die Person des Herrn von Xylander, der von einem rastlosen Ehrgeiz besetzt sei und eine Rolle spielen wolle. Nachdem ihm dies auf schwarz-weiß-rottem Gebiet mißlungen, wolle er es auf weiß-blauem versuchen.

Da Ministerpräsident Dr. Held die letzten Tage Reisen im Lande machte, hatte ich noch keine Gelegenheit, ihn über diese Neugründung zu sprechen. Staatsrat Schmelzle dagegen äußerte sich auch ziemlich bedenklich darüber.

[. . .]

Bei denjenigen Leuten, die den Versuch zur Wiederherstellung der Monarchie in der gegenwärtigen Zeit als ein Unglück ansehen, begegnet man viel Mißtrauen gegen die Herrn, welche die Umgebung des Kronprinzen bilden. Unter denselben herrsche große Unzufriedenheit, weil es sich herausgestellt habe, daß [die] Auseinandersetzung zwischen Staat und Königshaus längst nicht so gut ausgefallen sei, wie man habe erwarten dürfen. Es scheint, daß die dem Kronprinzen zugewiesenen Vermögensteile längst nicht so ertragreich sind, als man angenommen hatte, so daß sich der Haushalt desselben in einiger Verlegenheit befindet. [. . .]

[. . .]

Meiner persönlichen Ansicht nach wird die Entwicklung der Dinge im Reiche auch auf die hiesige Entwicklung von großem Einfluß sein. Mit der Wiederkehr einer linksgerichteten Reichsregierung werden wieder Konflikte zwischen Reich und Bayern auftauchen, die den Boden für Putschversuche in partikularistischer Hinsicht bereiten. Fürchtet man also in Berlin einen monarchistischen Putsch in Bayern und die damit drohende Gefahr einer Abspaltung, so wird man gut tun, Bayern möglichst in Ruhe zu lassen. Dies ist auch die Ansicht Herrn von Haniels, der entsprechend nach Berlin aufklärend zu wirken nicht versäumen wird.

17. November 1925 (Nr. 265)

In der Textil-Industrie Nordbayerns sind die Verhältnisse wesentlich andere als in derjenigen Südbayerns. Diese Industrie ist dort noch längst nicht so entwickelt, als dies z. B. in Augsburg oder auch bei uns in Württemberg der Fall ist. Die Arbeiter waren demgemäß dort auch bisher anspruchsloser und haben eine neunte Stunde ohne Zuschlag gearbeitet, während im Süden ein solcher von 10 % bezahlt wurde. Die Not der Zeit hat nun auch in Nordbayern die Arbeiter veranlaßt, eine solche Zuschlagsbezahlung für die Überstunden zu fordern. Die Arbeitgeber gingen darauf nicht ein und drohten mit Aussperrung und Schließung der Betriebe. Diese mißlichen Verhältnisse wurden anläßlich der Reise des Ministerpräsidenten durch Oberfranken zu dessen Kenntnis gebracht und dieser erklärte sich zu einer Vermittlung bereit. Es wurden daher Vertretungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer hierher gebeten und die Verhandlungen fanden am 13. und 14. [November] im Staatsministerium des Äußern unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten und unter Mitwirkung des Handelsministers von Meinel und des Ministers für soziale Fürsorge, Oswald, statt. Die Verhandlungen zogen sich lange hin und wurden namentlich von Seiten

der Industriellen mit großer Hartnäckigkeit geführt. Schließlich unterwarfen sich beide Parteien einem rechtsverbindlichen Vorschlag des Ministerpräsidenten, der dahin geht, daß die Mehrstunden, die wöchentlich über 48 bis zu 54 Stunden geleistet werden, vom 1. April 1926 an mit einem Zuschlag von 5 % entlohnt werden. Wie mir Herr von Meinel sagte, waren die Arbeitgeber über diesen Entscheid, obgleich er die Forderungen der Arbeitnehmer nur zum Teil erfüllt, sehr niedergeschlagen, weil sie darin eine Durchbrechung des seither bei ihnen geltenden Prinzips sehen, wonach für Überstunden keine erhöhte Entlohnung gewährt wird.

1. März 1926 (Nr. 82)

Der nationalsoziale deutsche Volksbund¹ hat am Mittwoch der vorigen Woche [24. Februar] hier eine Versammlung veranstaltet. Zu derselben waren Graf Reventlow und Herr von Graefe von der deutsch-völkischen Freiheitspartei als Redner gewonnen, von denen ersterer über „Locarno und Genf“, letzterer über „den deutschen Freiheitskampf“ sprechen sollte. Daß diese Versammlung nicht ruhig verlaufen würde, das konnte man schon nach den Äußerungen des Völkischen Beobachters, des Organs von Hitlers national-sozialistischer deutscher Arbeiterpartei, vermuten, die ankündigten, daß diese Versammlung zu einem großen Sieg Hitlers werden müsse. Die Polizei hatte alle Sicherungsmaßnahmen getroffen und die Teilnehmer wurden beim Betreten des Versammlungsraums auf Waffen untersucht. Obgleich die Versammlung erst um 8 Uhr beginnen sollte, erschienen die Anhänger Hitlers schon um 7 Uhr in hellen Haufen und verteilten sich im ganzen Saal. Schon lange vor 8 Uhr war der große Hofbräuhaussaal übervoll, wobei die Hitlerleute in der Mehrzahl waren. Hitler selbst, gefolgt von seinem „Stab“, trat in der üblichen theatralischen Weise auf, von stürmischen Heilrufen begrüßt. Als der Landtagsabgeordnete Frühauf die Versammlung eröffnet und dem Grafen Reventlow als dem ersten Redner das Wort erteilt hatte, wurde dieser mit Pfuirufen empfangen und, da Hitler wegen des Redeverbotes nicht selbst eingreifen konnte, verlangte an seiner Stelle sein getreuer Esser das Wort zur Geschäftsordnung in sehr stürmischer Weise. Dagegen verwahrte sich Frühauf, aber seine Worte gingen im allgemeinen Spektakel unter. Nun entstand ein wüstes Geschimpfe und Geraufe, dem nur dadurch ein Ende bereitet werden konnte, daß der Versammlungsleiter schon 20 Minuten nach 8 Uhr die Versammlung schloß und die Polizei mit Gewehren und Gummiknütteln den Saal räumte. Die Redner des Abends waren überhaupt nicht zum Wort gekommen, sie mußten von der Polizei gegen tätliche Angriffe in Schutz genommen und heimlich über Hintertreppen aus dem Saal geführt werden. Die Keilereien setzten sich zum Teil auf der Straße, zum Teil in anderen Lokalen fort, wobei es vorkam, daß die Leute auf Mitglieder der Gruppe, der sie selbst angehörten, einhieben.

Der Völkische Beobachter tut sich auf diesen Sieg Hitlers sehr viel zu gut, es sei eine Abrechnung mit den Feinden des National-Sozialismus gewesen, eine machtvolle Kundgebung, die einzig der Wahrung der Ehre der Partei und des Ansehens der Führer gegolten habe².

[. . .]

¹ Ein Teil der früheren NSDAP-Mitglieder, darunter Anton Drexler, hatte sich im Mai 1925 zum Nationalsozialen Volksbund zusammengeschlossen.

² Der Völkische Beobachter (Nr. 45 v. 24. 2. 1926) hatte zur Sprengung der Versammlung des „Verrätergesindels“ aufgefordert und zwei Tage später (Nr. 47 v. 26. 2. 1926) über die „Abrechnung mit den Feinden des Nationalsozialismus“ triumphiert. Im Juli trafen sich Hitler und Drexler wieder vor Gericht, weil die Nationalsozialen zusammen mit dem Völkischen Block einen Beleidigungsprozeß angestrengt hatten. Moser berichtete am 17. 7. 1926 (Nr. 231) darüber.

23. Juni 1926 (Nr. 197)

161

Nach längeren Beratungen hat der Ministerrat gestern den Entwurf eines Gesetzes gutgeheißen, das die Regierung ermächtigen soll, im Benehmen mit einem Ausschuß des Landtags an eine Reform der gesamten inneren Verwaltung heranzutreten. Dieser Entwurf des schon längst erwarteten Ermächtigungsgesetzes soll noch in dieser Woche dem Landtag zugehen, dessen Verfassungsausschuß dann gleich in die Beratung der Vorlage eintreten soll. Man nimmt an, daß das am 30. [Juni] wieder zusammentretende Plenum dann das Gesetz noch vor Beginn der Ferien verabschieden wird. Die Koalitionsparteien haben sich auf die Einbringung dieses Entwurfes geeinigt, nachdem man sich klar geworden war, daß eine Inangriffnahme der Vereinfachung der Staatsverwaltung durch Verminderung der Zahl der Ministerien zur Zeit ausgeschlossen erscheint. Man will sich also mit einer Reform der inneren Verwaltung begnügen, die während der Landtagsferien durch die eingesetzte Regierungskommission unter beratender Mitarbeit eines Landtagsausschusses ausgearbeitet und auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom Ministerrat zur Ausführung gebracht werden soll. [. .]

Das Ergebnis des Volksentscheides über die Fürstenenteignung [am 20. Juni] ist in Bayern im Vergleich mit anderen Ländern verhältnismäßig günstig ausgefallen, es haben z. B. im Wahlkreis Oberbayern-Schwaben 20,74 % der Stimmberechtigten, im Wahlkreis Niederbayern-Oberpfalz sogar nur 12,5 % mit Ja gestimmt. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß in diesen letzteren Wahlkreis besonders die von Gandorfer verhetzten bäuerlichen Kreise gehören. Der äußere Verlauf des Abstimmungstages war ein durchaus ruhiger, und es kam nirgends zu Störungen.

5. Juli 1926 (Nr. 213)

162

Als ich vorgestern Ministerpräsident Dr. Held besuchte, fand ich ihn in sehr zuversichtlicher Stimmung wegen des Ermächtigungsgesetzes. Er meinte, es bestehe gar kein Zweifel, daß dasselbe im Plenum angenommen werde, und zwar nicht nur mit den Stimmen der Koalitionsparteien. Der Völkische Block werde auch dafür stimmen. Derselbe habe den Wunsch gehabt, daß die Ermächtigung nicht der Regierung, sondern der von ihr eingesetzten Kommission erteilt werde, womit er eine Art Direktorium habe schaffen wollen, das von der Regierung und damit auch von den in derselben vertretenen Parteien unabhängig gewesen wäre. Darauf hätte aber die Regierung nicht eingehen können, weil das zu Unzuträglichkeiten geführt und ein ähnliches Verhältnis, wie seinerzeit beim Staatskommissariat herbeigeführt hätte. Außerdem hätte man dazu eine qualifizierte Mehrheit gebraucht, weil das unzweifelhaft eine Verfassungsänderung bedeutet hätte. Eine solche wäre aber nicht zu erreichen gewesen. Nachdem man im Völkischen Block das eingesehen, habe man sich zwar im Ausschuß der Stimme enthalten, die Fraktion werde aber im Plenum ihre Stimmen für das Ermächtigungsgesetz abgeben³. [. .]

Dr. Held sprach dann von den Vorgängen in Berlin und meinte, er sei eigentlich nicht unglücklich, daß die Dinge diesen Lauf genommen hätten, wenn es auch für

³ Das Gesetz über Vereinfachung der Staatsverwaltung und über Änderung des Finanzausgleichs zwischen Land und Gemeinden v. 9. Juli (GVOBl 1926, S. 383) ermächtigte die Regierung zu umfassenden Rationalisierungs- und Sparmaßnahmen bei allen staatlichen Behörden.

Reichstag und Reichsregierung nicht gerade einen Gewinn an Ansehen gebracht habe⁴. Er sehe in dieser Wendung einen Vorgang, der eine künftige Erweiterung der Reichsregierung nach rechts einleite. Die Haltung der Deutsch-Nationalen in der Zollfrage und in derjenigen des Knappschaftsgesetzes deute darauf hin. Er hoffe nur, daß dieselben jetzt geschickter manövrieren als bisher. Die Fürstenabfindungsfrage könne bis zum Herbst aus der Welt geschafft sein, wenn ein Vergleich zwischen Preußen und dem Hohenzollernhaus zustandekomme, dem eine Regelung in Thüringen sicher folgen würde. Dafür, daß nunmehr für einen solchen Vergleich eifrig gearbeitet werde, bestünden die besten Aussichten. Besonders sei es der Preußische Ministerpräsident selbst, der darauf dringe. Braun und die preußischen Sozialdemokraten hätten überhaupt in dieser Hinsicht eine etwas andere Haltung eingenommen, als die übrige ganz von den Radikalen abhängige Partei. Es habe sogar die sozialdemokratische Fraktion des Preußischen Landtags an die Reichstagsfraktion in dieser Angelegenheit ein Schreiben gerichtet, dem aber keine Folge gegeben worden sei. Einer der Haupttether sei der bayerische Sozialdemokrat Saenger, dieser „parfümierte Salonsozialist“, der sich immer übler auswachse.

[. . .]

30. September 1926 (Nr. 278)

Ebenso wie seinerzeit die Nachricht, daß der Femeausschuß des Reichstags von einer Tagung in München abzusehen⁵ bereits beschlossen habe, sich als falsch erwiesen hatte, haben auch die hier gehegten Erwartungen, daß es doch noch so weit kommen werde, getrogen. Der Beschluß des Ausschusses, am 5. Oktober seine Tagung in München zu beginnen, hat daher hier Aufsehen erregt. Wie ich gehört habe, hat sich Justizminister Gürtner auf den Standpunkt gestellt, daß die Tagung hier stattfinden solle, vor allem weil er zeigen wollte, daß man hier nichts zu verbergen habe, ferner aber auch mit der Absicht, daß man hier die Wertlosigkeit dieser parlamentarischen Untersuchungsausschüsse aus eigener Anschauung kennen lernen solle. Diesem Wunsche Gürtners habe sich der Ministerpräsident und namentlich auch der Minister des Innern widersetzt in der Besorgnis, daß eine Tagung des Femeausschusses hier in München leicht zu Störungen der öffentlichen Ruhe Anlaß geben könnte. Die Reichstagsabgeordneten der Bayerischen Volkspartei hätten sich aber auf den Standpunkt des Justizministers gestellt und ebenso diejenigen des Bayerischen Bauernbundes. Schließlich habe der Ministerpräsident nachgegeben. Ein Besuch, den Justizminister Gürtner dem damals auf Urlaub in Kissingen befindlichen Dr. Held vor einigen

163

⁴ Nach dem Scheitern des Volksentscheids am 20. Juni über den vom Reichstag abgelehnten SPD/KPD-Gesetzesentwurf zur Fürstenenteignung stand die Regierungsvorlage zur Fürstenabfindung wieder zur Debatte. Am 2. Juli wurde die Vorlage infolge der ablehnenden Haltung der SPD zurückgezogen. Die angekündigte Auflösung des Reichstags unterblieb jedoch, ebenso der Rücktritt des Kabinetts Marx.

⁵ Der „Reichstagsausschuß für Feme-Organisationen und Feme-Morde in München“, der sich mit der Untersuchung z. B. des Gareis-Mordes u. ä. Vorfälle beschäftigte, tagte vom 5.–13. Oktober in München, um Zeugen zu vernehmen. Der Ausschuß hatte nicht nur eine sehr schlechte Presse, die Mitglieder wurden auch von den Zeugen angepöbelt, das ganze Unternehmen wurde in Bayern als Eingriff in die Justizhoheit gewertet. Moser hatte schon am 9. 7. 1926 (Nr. 218) berichtet, daß in „weiten Kreisen lebhaftere Aufregung und Enttäuschung“ über den Beschluß des Ausschusses, in München zu tagen, herrsche.

Tagen gemacht hat, dürfte durch eine Besprechung über diese Frage veranlaßt gewesen sein. Man bedauert hier, daß es in dem Ausschuß an bedeutenden Persönlichkeiten fehle, so daß es dem Abgeordneten Levi leicht falle, eine führende Rolle zu spielen. Für die an und für sich hier schwer verständlich erscheinende Tatsache, daß gerade die den bürgerlichen Parteien angehörenden Ausschußmitglieder für die Tagung des Ausschusses in München eingetreten sind, will man die Erklärung in dem Wunsch nach einer Reise und einem Aufenthalt in München auf Reichskosten finden.

16. November 1926 (Nr. 318)

[. . .]

164

Mein sächsischer Kollege [Schmidt] hatte Ende voriger Woche Gelegenheit, den Ministerpräsidenten zu sprechen und hat mir darüber folgendes erzählt. Dr. Held, der vor kurzem mehrere Tage in Berlin war, habe dort allem Anschein nach die Möglichkeit wahrgenommen, mit dem Reichskabinet und den führenden Mitgliedern des Zentrums wie auch anderer Parteien Fühlung aufzunehmen. Der Ministerpräsident schein in Berlin den Eindruck gewonnen zu haben, daß das Problem einer neuen Staatsentwicklung im Deutschen Reiche, da einmal angeschnitten, auch gelöst werden müßte⁶. Es müsse zugegeben werden, daß die Existenzberechtigung der kleinen und kleinsten Staaten stark anzuzweifeln sei, selbst wenn man der Überzeugung sei, daß allein die föderalistische Staatsform Zukunftsmöglichkeiten für Deutschland in sich berge. Die endgültige Festlegung des Finanzausgleichs sei nun aller Wahrscheinlichkeit nach von der vorherigen Bereinigung des Problems der Staatsgestaltung abhängig. Wie jedoch eine Lösung dieses Problems herbeigeführt werden könne, darüber vermöge er sich noch kein Bild zu machen, umsoweniger, als allem Anschein nach von der Preußischen Regierung und insbesondere dem Preußischen Landtag außerordentlich starke preußische Ansprüche gestellt würden. Preußen betrachte die durch den Finanzausgleich abgedrosselten und nicht mehr lebensfähigen Staaten als sein Gebiet, dessen Angliederung an Preußen eine rein preußische Sache sei. Es lehne daher auch den Gedanken einer Verwandlung dieser abgedrosselten Staaten in Reichsgebiet als undurchführbar und gegen seine Interessen stehend ab. Ebenso widerspreche es dem von Sachsen zum Ausdruck gebrachten Vorschlag einer Vereinigung der mitteldeutschen Staaten von Sachsen bis nach Hessen. Der Gedanke einer völligen oder teilweisen Personalunion des Reichs und Preußens scheitere auch an dem Widerstande Preußens. Jedenfalls schein Preußen bis jetzt alle Verständigungsvorschläge ablehnen zu wollen. Man habe in Berlin in manchen Kreisen überhaupt die Wahrnehmung gemacht, als ob seit dem Austritt Severings aus dem Kabinet die Preußische Regierung sich in einem schärferen Gegensatz zur Reichsregierung stelle und als ob Minister Severing seinen Posten niedergelegt habe, weil

⁶ Die Diskussion über eine Territorial- und Verfassungsreform kam im Laufe des Jahres 1926 allmählich in Fluß. Im Januar war die bayerische Regierung im Kampf um den Föderalismus mit einer neuen Denkschrift („Die Eigenstaatlichkeit der Länder unter der Weimarer Verfassung“) hervorgetreten. Auf entgegengesetzter Position hatte der Republikanische Reichsbund im Herbst den Einheitsstaat propagiert, der nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten in Provinzen eingeteilt werden sollte.

er der Kämpfe mit seiner Partei, mit dem Landtag und mit der Berliner Polizei müde geworden sei⁷.

Das Reichskabinetts und auch der überwiegende Teil der Reichstagsfraktion des Zentrums würden für eine Staatsgestaltung auf föderalistischer Grundlage unter möglichst gleichmäßiger Berücksichtigung der jetzt vorhandenen Kräfte wohl zu haben sein. Für die im preußischen Gebiet gewählten Reichstagsabgeordneten des Zentrums werde aber eine Haltung, die Preußen nicht alles zubillige, sehr schwer gemacht, da man nach bereits gemachten Erfahrungen befürchten müsse, daß sie von den preußischen Landtagsabgeordneten in den gemeinsamen Kreisen der Felonie am Mutterlande Preußen beächtigt würden. Was eine übergewaltige Hegemonie Preußens für das Reich und die übrigen Länder bedeuten würde, das könne sich ein jeder selbst ausmalen.

Der Ministerpräsident habe dann auch kurz die Stellungnahme der Deutsch-Nationalen im Reichstag anlässlich der Erwerbslosenfrage gestreift, die er durchaus verurteilt habe. Er habe den Eindruck, als ob es zu einer Verständigung des Reichskabinetts mit den Deutsch-Nationalen hätte kommen können, wenn Graf Westarp diesen neuen Fehler nicht gemacht hätte⁸.

Gestern abend ist Dr. Held zu neuen Verhandlungen nach Berlin gefahren.

10. Dezember 1926 (Nr. 341)

Am 7. [Dezember] hat die sozialdemokratische Partei hier im Bürgerbräukeller eine Versammlung veranstaltet, zu welcher sie den Reichstagsabgeordneten Scheidemann als Redner gewonnen hatte. Derselbe sprach über das Thema: „der alte und der neue Staat“. Dabei erklärte er, der neue Staat sei das Werk der Sozialdemokratie. Daß dieser Staat heute wieder von anderen Leuten im reaktionären Sinne regiert werde, daran seien nicht zuletzt die Fehler, die die Sozialdemokratie gemacht habe, mit schuld. Jetzt müsse aber diese in die Regierung des Reiches, wie in die Regierungen der Länder hineinbrechen. [. . .]

Die Versammlung war mäßig besucht und es wollte dem Redner nicht recht gelingen, die Anwesenden zu einer lebhafteren Anteilnahme an seinen Ausführungen hinzuweisen. Etwas mehr Stimmung stellte sich erst ein, als, durch eine höhnische Bemerkung Scheidemanns über Ludendorff veranlaßt, aus dem Zuhörerraum der Ruf: „Heil Ludendorff“ erscholl. Dadurch entstand ein Zwischenfall, der eine längere Störung der Versammlung zur Folge hatte. Als während dieser unfreiwilligen Unterbrechung seiner Rede Scheidemann sich die Glatze wischte und sich ein Glas Bier reichen ließ, rief dies allgemeine Heiterkeit hervor.

Hatte der Redner nicht vermocht, die bayerische Volksseele zum Kochen zu bringen, so glaubte der Abgeordnete Auer sich verpflichtet, dies nachzuholen. Er benützte die Tatsache, daß die zum Saalschutz aufgebotenen Reichsbannerleute zuvor von der Polizei auf Waffen untersucht worden waren, zu einem heftigen Angriff gegen die letztere. Solche Untersuchungen müssen sich aber nicht nur die Angehörigen des

⁷ Severing war am 6. Oktober aus Gesundheitsgründen als preußischer Innenminister zurückgetreten.

⁸ Am 8. November hatte die DNVP aus taktischen Gründen einem Antrag der SPD auf Erhöhung der Erwerbslosenfürsorge zugestimmt. Vgl. Sten. Ber., S. 7939ff.

Reichsbanners gefallenlassen, sondern auch alle Mitglieder vaterländischer Verbände oder die Nationalsozialisten, wenn sie zum Schutz von Versammlungen aufgeboten sind. Daß diese Maßregel nicht überflüssig war, zeigt das Ergebnis der Untersuchung, bei welcher feststehende Messer und Totschläger in großer Zahl zu Tage gefördert wurden. Nach Schluß der Versammlung gab es noch einen Zusammenstoß zwischen Reichsbannerleuten und Nationalsozialisten, der ein Einschreiten der Polizei nötig machte.

15. Dezember 1926 (Nr. 345)

166

Obgleich ich schon vor längerer Zeit gebeten hatte, einmal wieder vom Ministerpräsidenten empfangen zu werden, konnte ich wegen der starken Inanspruchnahme desselben erst gestern ihn aufsuchen. Dr. Held sprach zuerst von seinem Besuch in Stuttgart⁹, wobei er bedauerte, daß er den Herrn Staatspräsidenten [Bazille] nicht habe sehen können. Über die Besprechungen, die er dort gehabt, äußerte er sich sehr befriedigt. Wider Erwarten hätten auch die badischen Herrn den Standpunkt der Bayerischen Regierung zum Finanzausgleich geteilt. Staatspräsident Köhler habe dabei in Tönen geredet, die er selbst anzuschlagen Bedenken tragen würde. Ob derselbe auch der Reichsregierung gegenüber ebenso fest auftreten werde, sei ihm etwas fraglich gewesen, er habe aber inzwischen gehört, daß bei der Zusammenkunft der Vertreter der Landtagsfraktionen des Zentrums gerade die Badener eine erfreulich energische Haltung eingenommen hätten. Leider sei die bei dieser Tagung gefaßte Resolution etwas unklar ausgefallen. Erfreulich sei auch das Bekenntnis des Staatspräsidenten Dr. Köhler zum Föderalismus in seiner Regierungs-Erklärung im Badischen Landtag. Überhaupt nehme das Zentrum in Baden jetzt eine andere Haltung ein als früher. Der Abgeordnete Schofer habe sogar mit der Gründung einer Badischen Volkspartei gedroht, wenn das Zentrum im Reichstag die Rechte der Länder nicht achte. Auch der Landtagspräsident Baumgartner trete sehr eifrig für den Föderalismus ein und für einen gerechten Finanzausgleich, dabei könne er sich auf eine große Sachkenntnis und eingehende Durchdringung der Materie stützen.

[. . .]

Ich wollte dann den Ministerpräsidenten auf seinen Besuch in Berlin zu sprechen bringen, seitdem inzwischen allerdings wieder längere Zeit vergangen ist, er meinte aber nur, es seien damals die Grundlagen für die derzeitigen Verhandlungen über den Finanzausgleich geschaffen worden. Mit dem Reichsfinanzminister selbst wäre schon zu reden, aber Staatssekretär Popitz sei sein böser Genius, der etwaige Zusagen

⁹ Der Finanzausgleich zwischen Reich und Ländern stand im Herbst 1926 zur Neuregelung an. Ein Gesetzentwurf des Reichsfinanzministeriums, der die bestehende, für die Länder ungünstige Regelung noch verschlechtern sollte, rief Protest hervor. Am 2. November fand daher in Berlin eine Konferenz der Finanzminister statt. Held war zur gleichen Zeit in Berlin und hatte Besprechungen mit Reichskanzler Marx und Hindenburg. Nachdem der bayerische Ministerpräsident am 9. und 10. November im Landtag mit Konsequenzen (Austritt der BVP aus der Reichsregierung und Anrufung des Staatsgerichtshofes) gedroht hatte, begab er sich am 15. November in Begleitung des Finanzministers Krausneck wieder nach Berlin, um die Verhandlungen über eine für Bayern erträgliche Regelung fortzuführen. Obwohl er sich der Unterstützung der süddeutschen Nachbarstaaten versichert hatte, lehnte der Reichsrat am 9. Dezember die bayerischen Forderungen ab. Einzelheiten bei H. Thierauf, Der Finanzausgleich in der Weimarer Republik, Phil. Diss. Würzburg 1961.

Reinholds hintertreibe. Ihm stehe dabei eine ganz enorme Sachkenntnis zu Gebote, so daß ein Verhandeln mit ihm nicht leicht sei, weil er immer wieder Einwürfe zu machen verstehe, wobei er eine genaue Kenntnis der bayerischen Steuergesetzgebung an den Tag lege. Leider fehle ihm nur die Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse, die zum Verständnis dieser Gesetzgebung unerlässlich sei.

Dr. Held beklagte dann die derzeitigen innerpolitischen Verhältnisse im Reich. Der Reichskanzler Marx sei ein sehr ehrenwerter Mann, aber schwach und ungewandt. Man habe die Rückkehr Stresemanns heiß ersehnt, weil man von seiner Gewandtheit eine Hilfe zur Lösung dieser schwierigen Frage erhofft habe. Die Sozialdemokraten nützten die Lage der Regierung aus, die, um sich eine Mehrheit zu sichern, auf sie angewiesen sei. Die ganze Misere komme von dem unglückseligen Austritt der Deutsch-Nationalen aus der Reichsregierung im Herbst vorigen Jahres. Wäre dieser nicht erfolgt, so hätten wir seither geordnete Verhältnisse, und Luther könnte noch jetzt Reichskanzler sein. Aber es gebe auch noch jetzt unter den Deutsch-Nationalen Leute, die das nicht einsehen. So wie die Dinge liegen, sehe er zur Zeit keine Möglichkeit zu einer Regierungsbildung mit den Deutsch-Nationalen, und so werde nichts anderes übrig bleiben, als daß wir noch einmal durch das „Schlamassel“ einer Regierung der Sozialdemokraten hindurch müßten, nachdem man das letzte Mal auch gar nichts daraus gelernt habe.

Er fürchte sehr, daß die Tage Gesslers gezählt seien¹⁰, und er bedauere das aufs tiefste. Käme Külz an seine Stelle, so wäre das auch nur ein Übergang, die Sozialdemokraten würden nicht ruhen, bis sie diesen Posten besetzten, und er habe gehört, daß Scheidemann dafür ausersehen sein solle. Dann sei es aus mit der Reichswehr und dann habe man kein zuverlässiges Instrument mehr zur Bekämpfung innerer Unruhen, dann bekämen wir dieselben Verhältnisse, wie sie in Österreich herrschten und so unheilvoll wirken.

Das Ergebnis der Genfer Tagung¹¹ betrachte er als einen faulen Kompromiß. Er habe aber auch nicht erwartet, daß mehr dabei hätte erreicht werden können. Freiwillig geben unsere früheren Feinde die Errungenschaften des Versailler Friedens nicht auf. An die Gefährlichkeit Deutschlands glaubten sie im Ernst schon längst nicht mehr, aber sie benützten diesen Vorwand, um möglichst stark zu rüsten, nicht gegen uns, sondern gegen ihre eigenen derzeitigen Verbündeten. Die außenpolitische Lage enthalte so viel Zündstoff, besonders bei dem Expansionsdrang Italiens, daß ein neuer Weltbrand leicht entstehen könnte. Dann komme die Schicksalsfrage für Deutschland, ob es die Lage so ausnützen könne, daß es sich von den Versailler Fesseln befreie.

[. . .]

¹⁰ Gegen den Reichswehrminister hatte sich im Herbst 1926 verschiedentlich Kritik erhoben, u. a. wegen der Verabschiedung Seeckts im Oktober. Eine Resolution des Reichsausschusses der DDP am 28. November, die die Sicherung des republikanischen Charakters der Reichswehr forderte, war gegen Gessler gerichtet (vgl. Voss. Zeitung Nr. 286 v. 30. 11. 1926). Den massivsten Vorstoß unternahm Scheidemann im Reichstag am 16. Dezember, als er das Verhältnis der Reichswehr zu den Rechtsverbänden und zur Großindustrie sowie die Verbindungen zur UdSSR kritisierte. Vgl. Sten. Ber., S. 8577 ff.

¹¹ Das Ergebnis der Genfer Verhandlungen war das Protokoll vom 12. Dezember, das die Abberufung der Interalliierten Militärkontrollkommission am 31. Januar 1927 regelte. Die Kontrolle der deutschen Rüstung ging auf den Völkerbund über, in dem Deutschland seit September 1926 Mitglied war.

27. April 1927 (Nr. 102)

167

Der Reichsminister des Innern, Herr von Keudell, hat der Bayerischen Regierung einen Besuch abgestattet und ist zu diesem Zweck, begleitet von Regierungsrat Wallraff, der früher der hiesigen Reichsvertretung zugeteilt war, am letzten Samstag vormittag [23. April] hier eingetroffen. [. . .]

[. . .]

Der Besuch wird in den Blättern der Rechten sehr beifällig besprochen und es werden Äußerungen mit großer Befriedigung wiedergegeben, die Herr von Keudell einem Pressevertreter gegenüber gemacht hat. Er sei der Überzeugung, daß die Interessen des Reichs nirgendwo besser aufgehoben seien als in Bayern; das Wort „reichstreu“ sei in Bezug auf Bayern für ihn eine undiskutierbare Selbstverständlichkeit und jeden Zweifel daran halte er für eine Beleidigung. Die Geschichte werde einmal hervorheben, was in den Zeiten der schwersten Erniedrigung Deutschlands Bayern als Kraftzentrum geleistet habe. Auch jetzt werde er München mit besonderen Hoffnungen für die Zukunft unseres deutschen Vaterlandes verlassen.

[. . .]

15. Mai 1927 (Nr. 131)

168

Bei einem Stiftungsfest des katholischen Arbeitervereins in Würzburg hielt vor einigen Tagen der Staatsminister für Soziale Fürsorge Oswald eine Rede, die wegen ihres ziemlich radikalen Charakters Aufsehen erregt hat. Er sprach von jenen Kreisen, die auch durch die Revolution noch nichts gelernt hätten. Die christlichen Arbeiter lehnten es ab, daß die Arbeiter als Ware betrachtet und zu willenlosen Werkzeugen des mammonistischen Kapitalismus degradiert werden. Um den Geist und die Seele des Menschen habe sich der moderne Kapitalismus in den letzten Jahrzehnten wenig gekümmert und kümmere sich auch heute noch wenig darum. Der Klassenkampf von oben habe jenen von unten erst ausgelöst. Er bezeichnete den früheren Staat als Klassenstaat, der es nicht verstanden habe, den Massen Staatsbegriff beizubringen. Aber auch heute wurstle man in diesem System noch vielfach fort, wie aus den Bestrebungen gewisser Kreise beim Kapitel „Staatsvereinfachung“ zu erkennen sei. Die Schaffung einer eigenen katholischen Arbeiterpartei sei bisher abgelehnt worden. Daraus dürfe aber nicht der Schluß gezogen werden, daß die christlichen Arbeiter auf Grund des christlichen Sittengesetzes an den Namen einer einzigen Partei gebunden seien. Der Minister stellte dann einem Scheinkatholizismus den sogenannten Katholizismus der Tat entgegen und bemerkte endlich noch, daß sich unter der Phrase von der Konsolidierung des Staates die dunkelste Reaktion verstecke, für die aber die Abrechnung noch kommen werde.

An diesen Äußerungen hat die sozialdemokratische Münchener Post natürlich ihre helle Freude. Sie bezeichnet es nur als charakterlos von Minister Oswald, daß er kurz darauf an dem Jubiläum des bayerischen Industriellenverbandes teilgenommen habe und ohne ein Wort zu schnaufen gerade mit denjenigen Leuten an einem Tisch

zusammengesessen sei, die den Arbeiter zum willenlosen Werkzeug des mammonistischen Kapitalismus degradiert hätten¹.

Gerade bei den Industriellen hat aber die Rede Oswalds einen sehr schlechten Eindruck gemacht und es hat sich der Arbeitsausschuß Deutschnationaler Industrieller in Bayern zu folgender Entschließung veranlaßt gesehen:

„In seiner Würzburger Rede hat der Sozialminister Oswald erneut seine Kritik an der Staatsvereinfachung und an der Ministerienverminderung geübt. Daß der Minister Oswald der vom Landtag geforderten Ministerienverminderung seit langem die stärksten Widerstände entgegengesetzt, ist bekannt. Diesmal ist es aber in einer Form geschehen, die auf die entschiedene Ablehnung bei allen stoßen muß, denen ein sachlicher Ausgleich der Klassengegensätze am Herzen liegt und die glauben, von dem Minister einer nichtsozialistischen Regierung erwarten zu dürfen, daß er seine Aufgabe nicht in einseitig gewerkschaftlicher Agitation, sondern in verantwortungsbewußter Staatspolitik erblickt. Wenn der Sozialminister, der nach der Verfassung das Wohl der Allgemeinheit im Auge haben soll, schon mit der Absicht spielt, seinen Widerstand gegen die Ministerienverminderung selbst bis zum Bruch mit seiner eigenen Partei zu treiben und demgemäß mit der Schaffung einer neuen katholischen Arbeiterpartei droht, so möge er diese Angelegenheit als Gewerkschaftssekretär im Schoße seiner Partei austragen und nicht als Minister die Öffentlichkeit damit in Anspruch nehmen. Durch solche Methoden wird das Ansehen und die Würde der Staatsregierung und die öffentliche Zuversicht zu ihrer Objektivität in unverantwortungsvoller Weise geschädigt.“

Die Blätter der Bayerischen Volkspartei haben sich über diese Entgleisung des ihr angehörigen Sozialministers bisher ausgeschwiegen. Natürlich wirkt dieselbe auch innerhalb der Partei sehr peinlich. Weite Kreise derselben, namentlich diejenigen um den Ministerpräsidenten, sehen ein, daß die Abschaffung des Sozialministeriums sich nicht vermeiden läßt. [. . .] Die Angelegenheit ist natürlich kitzlich, denn Oswald hat immerhin unter der christlichen Arbeiterschaft einen starken Anhang. Er selbst ist dickfellig und wehrt sich mit Händen und Füßen gegen seinen Abbau. Daraus ist auch seine Würzburger Rede zu erklären, er will der Partei zeigen, daß er in der Lage wäre, ihr die Arbeiter abspenstig zu machen. Komisch berührt bei dieser Haltung Oswalds, daß er als einziger der Minister am Freitag [13. Mai] der feierlichen Beisetzung des verstorbenen Prinzen Karl von Bayern beigewohnt hat.

28. Mai 1927 (Nr. 159)

Morgen sollte hier ein vom Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold veranstalteter Süddeutscher Republikanischer Tag stattfinden, zu dem auch Hörsing, Wirth und Haas als Redner erwartet wurden und der als Gegendemonstration gegen den Berliner Stahlhelmtag gedacht war. Am Mittwoch abend [25. Mai] wurden nun hier 8 Nationalsozialisten, die sich zu einer Versammlung begeben wollten, von ungefähr 200 Kommunisten und Reichsbannerleuten überfallen und derartig mißhandelt, daß sie schwere Verletzungen davontrugen, denen einer derselben erlag². Die Polizeidirek-

169

¹ Münchener Post, Nr. 105 v. 7./8. 5. 1927 („Eine radikale Rede des Sozialministers“).

² Die Schlägerei, an deren Folgen der Schuster Georg Hirschmann starb, stellte sich nach den polizeilichen Untersuchungen keineswegs als Überfall von 200 Kommunisten und Reichsbannerleuten dar; es handelte sich vielmehr um den spontanen Racheakt eines

tion hat diesen Vorfall zum Anlaß genommen, die ganze Veranstaltung des Reichsbanners, ebenso wie Protestversammlungen der Nationalsozialisten und der Vaterländischen Verbände aus Gründen der öffentlichen Sicherheit zu verbieten. [. . .] Der Erlaß erschien erst gestern abend, so daß die Besucher der nationalsozialistischen Versammlung erst vor der Türe des Versammlungslokales von dem Verbote Kenntnis erhielten. Sie leisteten demselben aber ruhig Folge.

Man zweifelt nicht, daß dieses Verbot der großen Veranstaltung des Reichsbanners viel Entrüstung auf der linken Seite hervorrufen wird und noch zu allerhand Weiterungen führen kann. [. . .]

[. . .]

30. Mai 1927 (Nr. 162)

170

Ministerpräsident Dr. Held, der in der Nacht nach dem Besuche des Badischen Staatspräsidenten [Trunk]³ und des Herrn Minister Bolz von einem leichten Unwohlsein befallen war, das seine Reise nach Berlin immerhin in Frage stellte, hat sich im Laufe des Tages wieder so erholt, daß er am Samstag [28. Mai] an einem Essen beim Justizminister teilnehmen konnte, wo ich ihn traf und wo er mir sagte, daß er am andern Morgen nach Berlin fahren werde. Er ist dann gestern auch tatsächlich abgereist, und Finanzminister Dr. Krausneck, der auf der Rückreise von Amerika in Paris angelangt war, ist von dort, anstatt hierher zurückzukehren, gleich ebenfalls nach Berlin gefahren⁴.

Minister Stützel, den ich auch bei Herrn Gürtner traf, äußerte sich mir gegenüber sehr zuversichtlich bezüglich der im Landtag zu erwartenden Angriffe wegen des Verbotes des Süddeutschen Republikanischen Tages. Man habe die Interpellation darüber mit der bevorstehenden allgemeinen politischen Debatte verbinden wollen. Er habe aber verlangt, daß dieselbe vor der allgemeinen Debatte gesondert zur Verhandlung kommen müsse. Er habe ein gutes Gewissen, denn nach dem blutigen Vorfall habe er gar nicht anders können, als die Veranstaltung [zu] verbieten. Welchen Vorwurf hätte man ihm erst machen müssen, wenn bei dieser Gelegenheit noch mehr Blut geflossen wäre, und dies absolut zu verhindern, dazu habe man nicht die Macht gehabt.

Heute nachmittag wird nun in der Vollsitzung des Landtags eine deutsch-nationale Interpellation wegen des Überfalles auf die Nationalsozialisten zur Verhandlung kommen, bei welcher Gelegenheit natürlich die ganze Frage des Verbotes der Veranstaltung des Reichsbanners von den Parteien der Linken aufgerollt werden wird. Minister Stützel dürfte dabei keinen so leichten Stand haben, denn selbst innerhalb seiner eigenen Partei ist man mit dem Verbot nicht überall einverstanden. Ich sprach heute

Hilfsarbeiters, der kurz zuvor von anderen Nationalsozialisten angegriffen worden war. Die fliehenden Nationalsozialisten wurden von einer ständig anwachsenden Menge, zu der auch Reichsbannerleute kamen, verfolgt und angegriffen. Vgl. die Antwort des bayerischen Innenministers auf die Interpellation der DNVP im Landtag am 30. Mai, Sten. Ber. S. 660 bis 662.

³ Trunk hatte am 27. Mai auf Einladung Helds die Ausstellung „Das Bayerische Handwerk“ in München besucht.

⁴ Held und Krausneck reisten nach Berlin, um mit dem Reichskanzler und dem Reichsfinanzminister über das Steuerrahmengesetz zu konferieren. Krausneck war im Mai 1927 in den USA gewesen, um eine bayerische Anleihe in New York zu unterzeichnen.

morgen einen ziemlich maßgebenden Herrn der Partei, der mir sagte, er halte das Verbot für einen schweren Fehlgriff. Gerade die für reaktionär verschrieene Bayerische Regierung hätte eine solche Maßregel nicht ergreifen dürfen, nachdem in Berlin die sozialdemokratisch geleitete Polizei erst kürzlich den Stahlhelmtag in geradezu vorbildlicher Weise geschützt habe. Außerdem wirke das Verbot eher günstig für das Reichsbanner, dem man gar keinen größeren Gefallen habe tun können, als daß man ihm diesen Agitationsstoff an die Hand gegeben habe. Die hiesige Versammlung wäre nämlich ein Fiasko geworden, vor dem die kurzsichtige Maßnahme der Regierung das Reichsbanner nun bewahrt habe. Endlich hätte man erst nicht nachgeben dürfen, nachdem das Verbot von dem Fraktionsführer der Deutschnationalen, dem Vorsitzenden der Vaterländischen Verbände und von dem Nationalsozialisten Esser verlangt worden sei. In Wirklichkeit sei das Verbot nur aus polizeilich-technischen Gründen erfolgt ohne irgendwelche politische Rücksichten, aber nun sehe es so aus, als ob man es den Rechtsparteien zulieb erlassen hätte.

[. . .]

1. Juni 1927 (Nr. 167)

Das Verbot des Reichsbannertages machte sich in München ziemlich fühlbar. Der erwartete Andrang der Reichsbannerleute blieb aus, da die Sonderzüge von Nürnberg und Stuttgart noch rechtzeitig hatten abgesagt werden können. Um Überraschungen vorzubeugen, hatte die Polizei im ganzen Stadtbezirk und auch auf den Bahnhöfen Wacheverstärkungen eingerichtet. Am Hauptbahnhof sammelten sich größere Scharen von Münchner Reichsbannerleuten, um ihre Genossen, die mit den fahrplanmäßigen Zügen ankamen, abzuholen. Nationalsozialisten versuchten daselbst Störungen, wurden aber von der Polizei aus dem Bereich des Bahnhofs verwiesen. Auch wurde der Aufenthalt innerhalb des Bahnhofs allgemein verboten. Im Stadtbild war so gut wie nichts zu sehen. Schwarz-rot-goldene Fahnen sah man nur in den von Arbeitern bewohnten Stadtteilen. Es kam wohl da und dort zu Ansammlungen, aber nirgends zu Ausschreitungen. Zum Ersatz für die verbotenen Kundgebungen fanden geschlossene Versammlungen statt, in welchen die Redner sprachen. [. . .]

Die Verhandlungen im Landtag über die deutsch-nationale Interpellation wegen der Bluttat sind für die Regierung sehr glimpflich verlaufen und es haben sich insbesondere die Sozialdemokraten einer auffallenden Zurückhaltung befleißigt. Es steht aber zu erwarten, daß die sozialdemokratischen Redner zur allgemeinen politischen Debatte sich diese Gelegenheit nicht entgehen lassen werden, die Regierung wegen des Verbotes des Reichsbannertages anzugreifen. Die Besprechung der Interpellation hatte am Montag nachmittag [30. Mai] begonnen und konnte schon am Dienstag morgen geschlossen werden, so daß man an diesem Tage bereits in die allgemeine politische Aussprache zum Staatshaushalt eintreten konnte⁵.

[. . .]

Im Zusammenhang mit dem Vorfall, der zum Verbot des Reichsbannertages geführt hat, hat die Polizeidirektion mit sofortiger Wirksamkeit folgende vorübergehende ortspolizeiliche Vorschrift erlassen:

⁵ Verhandlungen des bayerischen Landtags, Sitzung v. 30. und 31. Mai 1927, Sten. Ber. S. 657–686.

„Das Tragen einheitlicher Kleidung, durch welche die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei, Organisation oder zu einer Schutzeinrichtung von solchen dargetan wird, ist auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen verboten. Zuwiderhandlungen unterliegen der gesetzlichen Strafe.“

Die Polizeidirektion bemerkt erläuternd zu dieser Vorschrift, in letzter Zeit habe das Auftreten von Trägern solcher Kleidung in der Öffentlichkeit derart zugenommen, daß es nicht nur die Quelle häufiger Reibereien und Schlägereien bilde, sondern daß dadurch auch die Allgemeinheit beunruhigt, die Ruhe, Sicherheit und Bequemlichkeit des Publikums und der glatte Verkehr auf der Straße gestört werden.

3. Juni 1927 (Nr. 171)

172

Die Vorgänge, die sich im letzten Winter in der hiesigen Künstlergenossenschaft abgespielt haben⁶ und zu der Wahl des Bildhauers Behn zum Vorsitzenden geführt haben, waren geeignet, die Erwartungen auf die diesjährige Kunstaussstellung im Glaspalast zu spannen. Hörte man doch, daß der neue Vorsitzende mit geradezu diktatorischen Vollmachten ausgerüstet sei, so daß ihm der Scherzname „Behnolini“ beigelegt wurde. Was die Sensation betrifft, so sind die hochgespannten Erwartungen nicht getäuscht worden. Der Glaspalast bietet, wenigstens soweit der östliche, der Künstlergenossenschaft vorbehaltene Teil in Frage kommt, einen ganz neuen ungewohnten Anblick. Dem an die moderne Kunst noch nicht gewöhnten Auge erscheinen besonders die Räume, welche durch originelle Einbauten und durch Wandmalereien ein ganz anderes Gepräge erhalten haben, wohl auf den ersten Blick etwas revolutionär, aber man wird der Aufmachung das Verdienst der Originalität nicht absprechen können. Ob der Zweck, den Ruf Münchens als Kunststadt zu retten, damit erreicht wird, mag dahingestellt bleiben. [. . .]

[. . .]

10. August 1927 (Nr. 217)

173

[. . .]

[Staatsrat Dr. Bleyer]⁷ äußerte sich mir gegenüber ziemlich besorgt über die politische Lage, und zwar sowohl vom außenpolitischen Standpunkt aus wegen der konzentrischen Angriffe der Ententeregierungen auf uns⁸, als auch vom innenpolitischen

⁶ Aus Protest gegen Stagnation und Mittelmäßigkeit war eine Gruppe von Künstlern aus der traditionsreichen „Münchener Künstlergenossenschaft“ ausgeschieden und hatte sich im Januar 1927 als „Neue Münchener Künstler-Genossenschaft“ konstituiert. Erstere reagierte darauf mit der Wahl Behns zum Präsidenten. Behn hatte folgende Bedingungen gestellt, die ihm bewilligt worden waren: Rücktritt des gesamten Vorstands, Übertragung sämtlicher Rechte, besonders in Ausstellungsangelegenheiten, auf Behn, Suspendierung der Mitgliederversammlung auf zwei Jahre, Berufung eines neuen Vorstands durch Behn. Vgl. MNN, Nr. 19 und Nr. 20 v. 20. u. 21. 1. 1927. Den Ereignissen waren lange Diskussionen über den bedrohten Ruf Münchens als Kunststadt vorausgegangen.

⁷ Bleyer war Staatsrat im Ministerium des Äußern geworden, nachdem Schmelzle am 28. Juni die Nachfolge des tödlich verunglückten Finanzministers Krausneck angetreten hatte. Die Besetzung des Staatsratspostens im Ministerium des Äußern war für den Gesandten besonders wichtig, da es die Stelle war, mit der er am meisten Kontakt in allen amtlichen Fragen hatte.

⁸ Poincaré hatte am 19. Juni in einer Rede in Lunéville Deutschland mangelnden Versöhnungswillen vorgeworfen, vgl. EGK, 1927, S. 295; am 24. Juli beschuldigte er Deutschland,

Standpunkt. Die Angriffe des Preußischen Ministerpräsidenten gegen die Reichsregierung hätten nur den Zweck, die Koalition zu sprengen. Leider habe sich Herr von Keudell in dem Fall Badt nicht ganz geschickt benommen und sich Blößen gegeben, die die Gefahr einer wenigstens teilweisen Regierungskrise nicht ausgeschlossen erscheinen ließen⁹. Dazu kämen die fortwährenden Vorstöße Dr. Wirths, der auch um jeden Preis die Deutsch-Nationalen aus der Reichsregierung hinausdrücken möchte. Staatsrat Bleyer meinte, solange das Zentrum den Dr. Wirth nicht deutlicher abschüttle, sei an eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Bayerischer Volkspartei und Zentrum nicht zu denken. In seiner Stellungnahme zum Schulgesetzentwurf verstoße allerdings Dr. Wirth in einer Weise gegen die Grundprinzipien des Zentrums, daß diesem doch endlich die Augen darüber aufgehen müßten¹⁰.

Dr. Bleyer ist der Ansicht, daß in Bayern die Politik des kommenden Winters ganz unter dem Zeichen der bevorstehenden Landtagswahlen sein werde. Die Frage, ob die Dauer des Landtags verlängert werden solle, damit die Wahlen zugleich mit den Reichstagswahlen stattfinden könnten, sei noch vollständig unentschieden, die Ansichten darüber seien sehr geteilt. Er selbst sei dafür, weil dadurch Kosten erspart würden und weil dann die innerbayerische Wahlparole hinter der Reichstagswahlparole zurücktrete.

Für den 11. August, als Verfassungstag, hat die Bayerische Regierung die Beflaggung der öffentlichen Gebäude mit bayerischen Farben angeordnet. Die Beamten sollen behufs Teilnahme an etwaigen Feiern vom Dienst befreit werden. Die Reichsbehörden veranstalten eine Feier, zu der aber wie ich höre die Landesbehörden nicht eingeladen werden. Die Regierung veranstaltet keine Feier.

In den letzten Tagen hat der Badische Finanzminister Dr. Schmitt hier gewelt und die Großwasserkraftwerke besichtigt, auch Minister Remmele soll vor einiger Zeit hier gewesen [sein] und die Ausstellung besichtigt haben, aber nur in privater Eigenschaft, irgendwelche Föhlung mit der Regierung hat er nicht genommen.

17. September 1927 (Nr. 225)

Die Zeitungen haben über eine Unterredung zu berichten gewußt, die zwischen dem französischen Oberkommissar für das Rheinland, Tirard, und dem Ministerpräsidenten-

174

daß es die Verantwortlichkeit der Mittelmächte am Kriegausbruch immer noch abzustreiten suche. Vgl. EGK, S. 299. S. a. den Bericht Stresemanns über die außenpolitische Lage am 25. Juni im Reichstag, EGK, S. 113 ff.

⁹ Im Reichsrat war es am 7. Juli wegen eines preußischen Antrags, durch Reichsgesetz den 11. August als Verfassungstag zum Nationalfeiertag zu erklären, zu Differenzen zwischen dem preußischen und dem bayerischen Vertreter gekommen. Am 14. Juli hatte es einen Zusammenstoß zwischen dem preußischen Ministerialdirektor Badt und Reichsinnenminister Keudell gegeben. Badt hatte im Rechtsausschuß des Reichstags erklärt, es habe starken preußischen Drucks auf die Reichsregierung bedurft, um die Feiertagsfrage vor den Reichsrat zu bringen. Keudell beschuldigte deswegen Badt des Vertrauensbruchs. Vgl. EGK, 1927, S. 127 u. 129.

¹⁰ Der Schulgesetzentwurf des Reichsinnenministers Keudell (DNVP) begünstigte die Konfessionsschulen. Wirth stand an der Spitze einer Zentrumsminderheit, die den Gesetzentwurf bekämpfte und dafür am 9. September bei einer Tagung des Parteivorstands und der Reichstagsfraktion des Zentrums in Dortmund scharf getadelt wurde. EGK, 1927, S. 149f. – Vgl. G. Grünthal, Reichsschulgesetz und Zentrumsparlei in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1968.

ten Dr. Held anlässlich des Besuches des letzteren in der Pfalz stattgehabt haben sollte. Hierüber habe ich folgendes in Erfahrung gebracht. Eine solche Unterredung hat stattgefunden, aber nicht in der Pfalz, sondern hier in München. Herr Tirard hat im August incognito Bayern und Tirol bereist, wie man annimmt, um die Anschlussfrage zu studieren. Hier in München hat er sich durch den Französischen Gesandten Grafen D'Ormesson bei Dr. Held einführen lassen und hat demselben „als Tourist“ am 22. August einen einstündigen Besuch abgestattet, bei dem natürlich auch über Außenpolitik gesprochen wurde. Auf die Frage Tirards nach der Stellung Bayerns zu dem Gedanken einer deutsch-französischen Verständigung habe Dr. Held erwidert, man sei in Bayern durchaus verständigungsbereit; das beste Mittel aber, solche Pläne zu fördern, sei die völlige Räumung des besetzten Gebietes durch die Entente.

Die Unterredung, die auf die Initiative Tirards zurückzuführen ist, sollte auf dessen Bitte geheim gehalten werden und die hiesigen Zeitungen erfuhren auch nichts davon. Dagegen wurde sie durch Indiskretionen der französischen Presse bekannt, die ihre Befriedigung über den Verlauf des Besuches aussprach, wie denn auch Herr Tirard mit dem Ergebnis des Besuches zufrieden gewesen sein soll. Nun griffen die deutschen Blätter die Angelegenheit auf und verlegten die Zusammenkunft in die Zeit der Pfalzreise des Ministerpräsidenten, was die Bayerische Regierung zu einem vorsichtigen Dementi des Inhalts veranlaßte, daß eine Zusammenkunft in der Pfalz nicht stattgefunden habe.

Das Auswärtige Amt hat sich für das Gespräch natürlich interessiert und, wie ich höre, verschiedene Rückfragen hierher gerichtet, scheint aber von deren Beantwortung befriedigt zu sein, da weiteres nicht erfolgte.

21. September 1927 (Nr. 228)

[. . .]

175

Noch ehe das Plenum des Landtags zusammentritt, will nun der Ausschuß zur Untersuchung des Hitlerputsches vom November 1923, dessen Dasein man ganz vergessen hatte, seine Tätigkeit wieder aufnehmen, nachdem die erstatteten Berichte nun vorliegen sollen. Es wäre zu hoffen, daß es den Vertretern der Regierungsparteien in diesem Ausschuß gelänge, eine weitere Tätigkeit desselben zu hintertreiben. Im großen Publikum ist jedenfalls gar kein Interesse mehr an diesen 4 Jahre zurückliegenden Vorgängen, die durch gerichtliche Aburteilung und Strafverbüßung gesüht sind, und es ist nur zu befürchten, daß, wenn der Ausschuß seine Tätigkeit wieder aufnimmt, durch die Sensationsberichte der Zeitungen die Gemüter von neuem verwirrt werden.

[. . .]

17. November 1927 (Nr. 298)

176

Bei dem Empfang, der gestern zu Ehren des Herrn Reichskanzlers¹¹ beim Ministerpräsidenten stattfand, sagte mir Minister Stützel, der Herr Reichskanzler sei von dem

¹¹ Marx und Stresemann waren am 14. und 15. November zu einem Staatsbesuch in Wien gewesen. Marx machte auf der Rückreise Station in München. Bei dem Empfang betonte er, daß die Reichsregierung nicht beabsichtige, durch finanzielle Maßnahmen die staatliche Selbständigkeit der Länder zu untergraben. EGK, 1927, S. 180 u. 212.

Besuch in Wien im höchsten Maße befriedigt, nicht nur über den warmen Ton der Aufnahme, sondern auch [über] die Offenheit, mit der politische Fragen besprochen worden seien. Man habe zuerst nur von der Angleichung der Strafgesetzgebung gesprochen, aber Bundeskanzler Seipel habe ganz von selbst vom Anschluß gesprochen, und zwar in präziserer Weise als bisher. Man sei überein gekommen, daß das Deutsche Reich ebenso wie Österreich beim Völkerbund keinen Schritt von irgendwie größerer Bedeutung tun solle, ohne sich vorher miteinander darüber verständigt zu haben.

[. . .]

15. Januar 1928 (Nr. 16)

177

In den Münchner Neuesten Nachrichten ist gestern ein Aufruf mit dem Titel „Der Kampf um Bayern“ erschienen, der eine ganze Reihe von Unterschriften zum Teil sehr angesehener Persönlichkeiten trägt¹. [. . .] Ich habe die Gelegenheit eines von der Arbeitsgemeinschaft der Bayerischen Presse gestern nachmittag veranstalteten Empfangs, zu dem ich auch geladen war, benützt, um über die Bedeutung dieses Aufrufes etwas in Erfahrung zu bringen. Demnach geht derselbe in erster Linie von dem sogenannten „Bayernbund“ aus, der hier schon seit einer Reihe von Jahren besteht. Die Unterzeichner gehören aber durchaus nicht alle diesem Bunde an. Der Zweck des Aufrufes soll wohl der sein, in dem Augenblick, da der Ministerpräsident zu der Länderkonferenz nach Berlin fährt², die Stimmung der hiesigen Bevölkerung zu zeigen. Eine Gegenaktion gegen den „Bund zur Erneuerung des Reiches“ soll der Aufruf nicht darstellen, derselbe soll vielmehr bereits beschlossen gewesen sein, als der Aufruf dieses Bundes noch gar nicht bekannt war³.

Über den Besuch Dr. Luthers in München [am 10. Januar] habe ich gestern aus guter Quelle auch noch einiges gehört. Dr. Luther hätte demnach dem Dr. Held versprochen gehabt, ihn von seiner Aktion vorher in Kenntnis zu setzen. Statt dessen habe er ihn mit dem Manifest des „Bundes zur Erneuerung des Reiches“ vollständig überrumpelt. Als daher Luther hierhergekommen sei, habe sich Ministerpräsident Dr. Held geweigert, ihn zu empfangen. Luther habe dann gebeten, Dr. Held möchte doch noch mit ihm vor seiner Abreise zu einem Glas Bier zusammenkommen und da es ihm vorher gelungen sei, Dr. Held zu überzeugen, daß es sich um ein Mißverständnis handle, sei dieser darauf eingegangen und habe eine Zusammenkunft mit Luther gehabt, bei welcher derselbe vollends alle Verärgerung zu zerstreuen vermocht habe. [. . .] Der frühere Minister des Innern, Schweyer, sagte mir gestern, daß er sich entschlossen habe, dem Bunde auch beizutreten. Er verspreche sich ja nicht viel davon, aber es sei wichtig mitzumachen, daß einem die Bewegung nicht aus den Händen gleite. Er scheint sich gewissermaßen als Horchposten oder Verbindungsmann der Bayerischen Regierung diesem Bund gegenüber zu betrachten.

10. Februar 1928 (Nr. 44)

178

Der Beschluß des Haushaltsausschusses des Reichstags, die Vertretung der Reichsregierung in München als „künftig wegfallend“ zu bezeichnen, hat hier in Regie-

¹ MNN, Nr. 13 v. 14. 1. 1928. Der Aufruf wandte sich in ziemlich scharfer Form gegen die „weitere Entrechtung und Bevormundung Bayerns“.

² Vom 16.–18. Januar fand unter dem Vorsitz des Reichskanzlers die erste Sitzung der Länderkonferenz zur Beratung der Verfassungs- und Verwaltungsreform statt.

³ Der „Bund zur Erneuerung des Reiches“ war am 6. Januar 1928 in Berlin gegründet worden. Den Gründungsauftrag (veröffentlicht in MNN, Nr. 8 v. 9. 1. 1928) unterzeichneten außer Reichskanzler a.D. Luther, der den Vorsitz übernahm, zahlreiche Politiker und Industrielle. Wichtigstes Reformziel war die Stärkung der Reichsgewalt. Im Oktober 1928 veröffentlichte der Bund zur Erneuerung des Reiches den an bereits vorliegende Pläne anknüpfenden Vorschlag, aus Preußen und den norddeutschen Kleinstaaten „Reichsländer“ mit Selbstverwaltungsrechten zu bilden.

rungskreisen keine wesentliche Aufregung hervorgerufen. Nach dem, was ich im Ministerium des Äußern darüber gehört habe, scheint man zuversichtlich zu erwarten, daß dieser Beschluß vom Plenum nicht angenommen wird. Man will gehört haben, daß sich die im Ausschuß zutage getretene Einstellung gegen die hiesige Reichsvertretung hauptsächlich gegen die Person Herrn von Haniel richte, der nicht aktiv genug sei und sich nicht bemühe, mit allen Kreisen der Bevölkerung Fühlung zu nehmen. Wenn man aber eine Änderung in der Besetzung anstrebe, so sei der gefaßte Beschluß das ungeeignetste Mittel dazu, denn damit bewirke man nur, daß Herr von Haniel möglichst lange auf seinem Posten belassen werde, weil nur dadurch der Posten selbst erhalten werden könne, wenn er einmal als künftig wegfallend erklärt worden sei.

Wie ich bereits in früheren Berichten erwähnt habe, erfreut sich Herr von Haniel hier in weiten Kreisen, besonders der Regierung, großer Beliebtheit, weil er seine Aufgabe wesentlich anders auffaßt als sein Vorgänger Graf Zech. Zum Verständnis hiervon muß man sich der Entstehungsgeschichte der hiesigen Vertretung der Reichsregierung erinnern, dann wird man auch einsehen, welche Begriffsverwirrung bei der Beurteilung der Bedeutung des Postens im Reichstagsausschuß geherrscht haben. Die Vertretung der Reichsregierung darf nicht in eine Linie mit den einzelstaatlichen Gesandtschaften gebracht werden, wie dies bei den Ausschlußberatungen geschehen zu sein scheint, wo sogar Verwechslungen mit der hiesigen Preußischen Gesandtschaft vorgekommen sein müssen, wenn man nicht annehmen will, daß dies nur nach den Zeitungsberichten den Anschein hat. Ebenso falsch ist es, eine Aufhebung der hiesigen Reichsvertretung als eine Unfreundlichkeit gegenüber Bayern zu bezeichnen, wie dies von hiesigen Zeitungen geschieht. Die Reichsregierung wollte ursprünglich Kommissare in Gestalt von dem Reichsministerium des Innern unterstellten Beamten an die einzelnen Länder entsenden, wogegen diese sich verwarnten. [. . .] Bezüglich Bayerns blieb die Reichsregierung auf ihrer Absicht bestehen, und es gelang der Bayerischen Regierung, dieselbe in der Richtung abzubiegen, daß ein Beamter des auswärtigen Dienstes als Vertreter der Reichsregierung in München fungieren solle, bei dessen Auswahl vorher die Zustimmung der Bayerischen Regierung eingeholt werden sollte.

Den Überwachungszweck hat der erste Inhaber des Postens noch sehr streng im Auge behalten. Graf Zech hat sich dazu auch weniger feiner Mittel bedient und sehr stark Hintertreppenpolitik getrieben, wobei ich bloß an sein Verhalten im Fall Leoprechting und gegenüber dem Preußischen Bevollmächtigten Schellen zu erinnern brauche. Dadurch hat er sich hier unmöglich gemacht, und es hat dies zu seiner Entfernung vom hiesigen Posten geführt. Herr von Haniel sieht seine Aufgabe in erster Linie darin, etwaige Differenzen zwischen der Reichsregierung und der Bayerischen Regierung möglichst auszugleichen, die Reichsregierung über die in Wirklichkeit hier herrschenden Zustände und Stimmungen wahrheitsgetreu zu informieren, wobei ihm daran gelegen ist, die von linker Seite in Haß gegen das „reaktionäre“ Bayern in die Welt gesetzten und der Reichsregierung zugeleiteten Gerüchte richtigzustellen. Dadurch hat er sich das Vertrauen der hiesigen Kreise erworben, die nun Wert auf die Vertretung der Reichsregierung legen, während sie in früherer Zeit über deren Aufhebung durchaus nicht unglücklich gewesen wären. [. . .]

17. März 1928 (Nr. 96)

179

Der Ausschuß des Bayerischen Landtags, der gebildet worden war zur Untersuchung der Vorgänge vom Mai und vom November 1923, hat nunmehr seine Tätigkeit beendet. Nachdem seit der Sitzung vom 19. Dezember eine Pause eingetreten war, versammelte sich der Ausschuß am Dienstag den 13. März wieder zu einer Sitzung, in welcher die Berichterstatter ihre Referate ergänzten. Daran knüpfte sich eine Debatte, die dann auch in der nächsten Sitzung, die heute stattfand, fortgesetzt wurde. Die Berichterstatter formulierten sodann ihre Anträge, von denen diejenigen des sozialdemokratischen Mitberichterstatters Hoegner, und zwar ebenso seine weiteren Beweisangebote wie seine Feststellungsangebote, abgelehnt wurden. Dagegen wurden die Feststellungsangebote des der Bayerischen Volkspartei angehörigen Berichterstatters Graf Pestalozza mit wenigen redaktionellen Abänderungen angenommen.

Diese lauten in der neuen Fassung folgendermaßen:

1. Die Frage, ob durch Schaffung einer eigenen Währung die Geldverhältnisse stabilisiert werden könnten, wurde im Generalstaatskommissariat erwogen, aber als dem Reichsgedanken abträglich und undurchführbar anerkannt.
2. Die Aufstellung von Truppen in Nordbayern bezweckte nach den Absichten der bayerischen Behörden lediglich, den polizeilichen Grenzschutz gegenüber dem zu erwartenden Übergreifen von Aufständen in Thüringen.
3. Daß im Oktober 1923 ein Bruch mit dem Reiche beabsichtigt war, läßt sich nicht feststellen.
4. Ein Beweis dafür, daß seitens bayerischer Behörden ein militärischer Marsch nach Berlin geplant war, hat sich nicht ergeben.
5. Bezüglich einer Beteiligung der Herren Kahr, Lossow und Seißer an den hochverräterischen Plänen Hitlers liegen gerichtliche bezw. staatsanwaltschaftliche Feststellungen vor. Der Untersuchungsausschuß glaubt, zu deren Nachprüfung nicht berufen zu sein. Er stellt aber auf Grund einer Erklärung, die das Justizministerium als Antwort auf eine Anfrage des Ausschusses abgegeben hat, folgendes fest:

Nach Aussage des früher beim Oberreichsanwalt tätig gewesenen ersten Staatsanwaltes Vetter wurde seinerzeit eine Anzeige gegen Kahr, Lossow und Seißer wegen Hochverrats erstattet. Der Oberreichsanwalt hat die Akten des Volksgerichts über diese Sache geprüft und auf Grund dieser Prüfung dem bei ihm eingebrachten Antrag auf Erhebung der öffentlichen Klage keine Folge gegeben.

6. Wie bereits durch den Gerichtsvorsitzenden festgestellt wurde, stand Kronprinz Rupprecht zu den hochverräterischen Vorgängen am 8. und 9. November in keinerlei Beziehung.

[. . .]

Damit hatte der Ausschuß seine Arbeit beendet. Der Vorsitzende konstatierte zum Schluß, daß mit vieler Gründlichkeit gearbeitet worden sei. Der Untersuchungsausschuß habe sich nicht auf eine reiche Praxis in der Vergangenheit stützen können. Er wünsche, daß die zukünftige Entwicklung nicht dazu beitrage, diese Praxis reicher zu gestalten und daß Bayern vor ähnlichen Vorkommnissen wie jenen des Jahres 1923 bewahrt bleiben möge.

23. März 1928 (Nr. 103)

Nachdem Großadmiral von Tirpitz, der bisherige deutsch-nationale Vertreter des Wahlkreises Oberbayern-Schwaben im Reichstag, bei den nächsten Reichstagswahlen nicht mehr zu kandidieren erklärt hatte, mußte sich die Partei nach einem anderen zugkräftigen Kandidaten umsehen, den sie auch in der Person des Generals von Lettow-Vorbeck fand. Eine Versammlung der Ortsgruppen-Vorsitzenden und der Vertrauensleute der Deutsch-Nationalen Volkspartei in Bayern nahm den Vorschlag des Parteivorsitzenden Dr. Hilpert, als Nachfolger für Tirpitz den General von Lettow-Vorbeck in Aussicht zu nehmen, mit stürmischer Begeisterung einstimmig an. [. . .]⁴

180

8. Juni 1928 (Nr. 192)

Am Dienstag den 5. [Juni] hat der Landeswahlausschuß die Verteilung der auf die Reststimmen entfallenden Landesmandate⁵ vorgenommen und die Zahl der auf die einzelnen Wahlvorschläge entfallenden Landtagsmandate endgültig festgesetzt. Demnach setzt sich der neue bayerische Landtag wie folgt zusammen:

Die Bayerische Volkspartei kehrt in der alten Stärke von 46 Mandaten wieder, hat aber insofern einen gewissen Verlust erlitten, als infolge der Abmachung mit dem Zentrum die beiden bisherigen Zentrumsmandate ihr zwei weitere Mandate hätten bringen müssen. Die Sozialdemokraten haben 34 Sitze im Landtag errungen gegenüber 24 im alten Landtag. Die drittstärkste Fraktion wird jetzt der Bauernbund sein, der 17 Mandate erhalten hat, während er bisher nur 12 innehatte. Ihm folgen die Deutsch-Nationalen mit 13 Mandaten. Da sie bisher nur 12 hatten, könnte man fast annehmen, daß der Rückgang der deutsch-nationalen Stimmen, der im ganzen übrigen Deutschland zu verzeichnen ist, in Bayern nicht eingetreten ist. Man muß aber bedenken, daß die Deutsch-Nationalen aus den Landtagswahlen von 1924 sehr geschwächt hervorgegangen waren infolge des Auftretens der Völkischen. Nachdem diese nun gänzlich aufgerieben sind, hätte den Deutsch-Nationalen eigentlich eine größere Anzahl von Stimmen zufallen müssen, während sie tatsächlich nur einen Sitz gewonnen haben. Infolge der gänzlichen Vernichtung des Völkischen Blocks konnten die Nationalsozialisten die Zahl ihrer Mandate von 6 auf 9 erhöhen. Die Kommunisten dagegen haben zwei Mandate verloren und treten nur mit 5 Mann in den neuen Landtag. Die Deutsche Volkspartei endlich hat nunmehr anstatt zwei Sitzen, wie bisher, deren 4 inne.

181

Ganz leer ausgegangen sind von den alten Parteien der Völkische Block und die Demokraten. Kein Mandat ist ferner auch auf die folgenden Wahlvorschläge entfallen: Reichspartei des deutschen Mittelstandes, Volksrechtspartei, Christlicher Volksdienst, Bauernbund Oberfranken, Volksblock der Inflationsgeschädigten, Bayernpartei,

⁴ Moser berichtete weiter über eine Pressefehde, die wegen der Kandidatur entstanden war. Die Münchener Post hatte geschrieben, Lettow-Vorbeck habe sich zur Kandidatur nur gegen eine jährliche Aufwandsentschädigung von 30 000 Mark bereit gefunden. Die DNVP habe den Preis auf 20 000 Mark herabdrücken können. Hilpert bezeichnete namens der DNVP in der München-Augsburger Abendzeitung diese Angaben als vollkommen frei erfunden. Münchener Post, Nr. 66 v. 20. 3. 1928 („Ein teurer Kandidat“).

⁵ Am 20. Mai hatten außer den Reichstagswahlen auch Wahlen zu den Landtagen in Preußen, Bayern, Württemberg, Oldenburg und Anhalt stattgefunden.

Hausbesitzerpartei, Fränkisches Landvolk, Aufwertungspartei, alte kommunistische Partei und Unabhängige.

Mit der amtlichen Feststellung des Wahlergebnisses, also mit dem 5. Juni, beginnt nach der Verfassung eine Frist von 17 Tagen, vor deren Ablauf der Landtag zusammengetreten sein muß. Es heißt, daß derselbe auf den 19. Juni einberufen wird, an welchem Tage er dann sein Direktorium wählen wird. Die zweite Sitzung soll erst eine Woche später stattfinden, innerhalb welcher die Verhandlungen über die Neubildung der Regierung erfolgen sollen.

Wie diese sich gestalten soll, darüber hört man noch nichts Näheres, d. h. man nimmt allgemein an, daß die alte Koalition unter Führung Dr. Helds wiederkehren wird. An sich hätte diese Koalition ja jetzt eine größere Mehrheit als im alten Landtag, selbst wenn die Deutsche Volkspartei diesmal nicht mit den Deutsch-Nationalen zusammenginge. [. . .] Bezüglich des Sozialministeriums glauben einige Leute, daß die Tatsache der Nichtwiederwahl Oswalds auf eine Aufhebung des Ministeriums hinweise, während andere wohl richtiger annehmen, daß gerade die Tatsache, daß man ihm kein Mandat verschafft hat, mit Sicherheit zeige, daß man ihn als Minister belassen wolle. Übrigens ist für denselben schon länger eine Oberregierungsratsstelle vorbehalten, um ihm eine Existenz zu sichern, wenn er weder Minister noch Abgeordneter mehr wäre, da es in Bayern Pensionen für Minister, die nicht Beamte sind, nicht gibt.

Außer der Entscheidung dieser Fragen wird es noch manche Verhandlungen zwischen den Parteien geben müssen, ehe dieselben eine neue Koalition bilden, insbesondere wird die Bayerische Volkspartei dem Bauernbund gegenüber allerhand Sicherheiten verlangen müssen, nachdem er sich in der alten Koalition als unsicherer Partner erwiesen hat und die Gefahr, daß er dies Spiel fortsetzt, durch die Zuwahl radikalerer Elemente verstärkt ist.

Völlige Unklarheit herrscht auch noch über das Verhältnis der Deutsch-Nationalen zu der Deutschen Volkspartei. Die Differenzen zwischen diesen beiden Parteien sind zur Zeit so stark, daß man sogar von Pistolenforderungen sprechen hört. Wie ich gehört habe, soll Stresemann mit seiner allerhöchsten Ungnade gedroht haben, wenn die Deutsche Volkspartei in Bayern sich wieder den Deutsch-Nationalen anschließe. Trotzdem hofft man noch auf eine Beilegung des Streites im Sinne des alten Zusammenarbeitens.

Die Möglichkeit einer Koalition zwischen Bayerischer Volkspartei und Sozialdemokratie, die auch eine Mehrheit von 80 Mandaten ergeben würde, wird vollständig von der Hand gewiesen, jedenfalls würde Dr. Held niemals an die Spitze einer solchen treten. Ich habe schon sagen hören, daß in solchem Falle nicht, wie es früher hieß, der Abgeordnete Schlittenbauer, sondern der Oberbürgermeister Scharnagl das Erbe Helds antreten würde. Aber wie gesagt, man rechnet nicht damit, und ich halte es für ausgeschlossen.

[. . .]

27. Juni 1928 (Nr. 222)

182

Der Wunsch, die Anschauungen des Ministerpräsidenten Dr. Held über die Aussichten für die Regierungsbildung in Bayern kennenzulernen, veranlaßte mich, bei ihm um einen Empfang nachzusuchen, den er mir heute morgen gewährte.

[. . .]

Als ich ihm sagte, die Erörterung der Möglichkeit einer Koalition mit den Sozialdemokraten in den Blättern der Bayerischen Volkspartei habe ja viel Aufsehen erregt, ich könnte aber für meine Person noch nicht daran glauben, lachte Dr. Held und gab mir in meiner Annahme, daß dadurch nur ein Druck auf den Bauernbund ausgeübt werden solle, durchaus recht. Eine Koalition mit den Sozialdemokraten komme unter keinen Umständen in Frage, er selbst würde niemals eine solche eingehen, aber auch ohne ihn könnte es seine Partei nicht tun, ohne ihre bisherigen Grundsätze zu verleugnen und sich selbst aufzugeben. Wenn sich Parteien zu einer Koalition zusammenschließen, so brauchten sie deswegen noch nicht in ihren politischen Anschauungen sich zu einigen, das werde oft geglaubt, es treffe aber durchaus nicht zu. Man könne auch ohne dieselben Grundanschauungen gedeihliche Arbeit zusammen leisten, aber für die Sozialdemokratie treffe das nicht zu. Mit ihr wäre ein Zusammenarbeiten in Bayern ausgeschlossen, sie wolle es selbst auch gar nicht, denn es sei ihr in der Opposition viel wohler. Sie sei schon dem Ministerium Kahr freiwillig ferngeblieben, obgleich dieser ihr den Eintritt angeboten habe, und seither bleibe sie in der Opposition. Besonders gefährlich wäre eine Koalition mit den Sozialdemokraten in Bayern gerade in dem Augenblick, wo im Reich eine Regierung unter Führung der Sozialdemokratie zustandekomme. Wie wollte man dann hier bayerische Politik treiben, wenn man sicher sein könne, daß alles, was hier im Kabinett beraten oder beschlossen werde, in wenigen Stunden der Reichsregierung in Berlin bekannt sei. Er stehe auf dem Standpunkt, daß es gar nicht wünschenswert sei, wenn im Reich und in den Ländern die gleichen Koalitionsverhältnisse bestehen, deswegen habe er das Verlangen der Deutschen Volkspartei, daß die Bildung einer Regierung der großen Koalition in Preußen Vorbedingung für ihren Eintritt in die Reichsregierung sein müsse, für gefährlich angesehen wegen etwaiger Konsequenzen und Rückwirkung auf die anderen Länder, und er wisse dem Preußischen Ministerpräsidenten Braun Dank, daß er es abgelehnt habe, wenn es auch aus ganz anderen Motiven geschehen sei.

Dr. Held erzählte mir dann, daß er gestern die Verhandlungen über die Regierungsbildung eröffnet habe, indem er an die Deutsch-Nationalen herangetreten sei. Von dieser Besprechung habe er den allerbesten Eindruck gewonnen, und es sei vollständige Übereinstimmung betreffs der dem Bauernbund gegenüber einzunehmenden Haltung erzielt worden. Ich machte dann den Ministerpräsidenten auf eine im Bayerischen Vaterland und in der Münchener Post⁶ erschienene Mitteilung über Verhandlungen zwischen Deutsch-Nationalen und National-Sozialisten wegen einer Arbeitsgemeinschaft aufmerksam, worauf er meinte, er wisse noch nicht recht, was eigentlich dahinter stecke, aber Hilpert habe ihm durchaus loyale Erklärungen gegeben. Er selbst würde ja am liebsten eine Regierung bilden, in der außer den Deutsch-Nationalen und dem Bauernbund auch noch die National-Sozialisten vertreten wären, aber das sei bei den Verhältnissen, die bei den National-Sozialisten herrschten, ausgeschlossen. Der Fraktionsführer Buttman sei ja ein absolut anständiger Mann, mit dem ganz gut arbeiten wäre, aber er sei von maßloser Eitelkeit und unersättlichem Ehrgeiz, und dann stehe eben immer hinter der Partei Hitler mit der

⁶ Münchener Post, Nr. 145 v. 26. 6. 1928 („Mit dem Pfeil, dem Bogen . . . Die kommende ‚nationale‘ Arbeitsgemeinschaft“).

Reitpeitsche. Solange die Partei unter seinem Einfluß stehe, könne man sie nicht zu positiver Arbeit heranziehen.

Ein Mitglied der Deutsch-Nationalen Partei sagte mir, die Zeitungsmittelung sei unzutreffend oder mindestens viel zu weitgehend. Hinter dem Rücken der Bayerischen Volkspartei, mit der sie doch wieder eine Koalition bilden wolle, werde die Deutsch-Nationale Partei nie ein Abkommen mit den National-Sozialisten treffen; um ein solches würde sie sich nur bemühen, wenn man die National-Sozialisten auch in der Regierung haben wolle. Wenn man dann Aussicht hätte, durch ein, wenn auch loses, Zusammengehen mit den National-Sozialisten diese etwas zu sich herüberzuziehen, so würde sich ein Versuch lohnen; diese Aussicht bestehe aber nicht, solange Hitler noch seinen Einfluß auf die Partei ausübe und solange ihr Leute wie Esser und Streicher angehören, mit denen man einfach nicht verkehren könne.

[. . .]

Ich brachte dann den Ministerpräsidenten noch auf die Regierungsbildung im Reich⁷ zu sprechen, wobei er sich darüber lustig machte, daß erst die Große Koalition gescheitert sei und jetzt doch noch ein Kabinett aus den Exponenten der Parteien der Großen Koalition zusammenkomme. Vielleicht entstehe dann doch mit der Zeit eine Koalition daraus. Er sei sich noch nicht recht im klaren darüber, ob die Bayerische Volkspartei den Minister Schätzel in dieser Kombination belassen solle. Neuerdings gebe es ja wieder Schwierigkeiten durch Wirth, aber das geschehe den Leuten ganz recht, es sei doch unbegreiflich, daß man Wirth wieder hineinnehmen wolle, nachdem er in seinem Heimatland und in Berlin ganz abgelehnt worden sei, und man ihm nur noch mit Mühe ein Mandat verschafft habe⁸. Überhaupt verstehe er das Zentrum in dieser Regierungsbildung nicht recht, wie z. B. ein Mann von 64 Jahren wie Guérard absolut noch Minister werden wolle, ferner daß Brauns auf seinem Posten bleibe. Gerade alle Posten, die mit sozialen Fragen belastet seien, hätte man den Sozialdemokraten überlassen müssen, daran hätte man sie sich die Zähne ausbeißen lassen sollen, dann würden sie bald an Anhang in der Wählerschaft verlieren.

⁷ Nachdem die Bemühungen Hermann Müllers um ein Kabinett der Großen Koalition im ersten Anlauf gescheitert waren, bemühte er sich um eine Weimarer Koalition, zu der bei Zentrum und DDP wenig Neigung bestand und die wegen der Weigerung Stresemanns, als Fachminister teilzunehmen, nicht zustande kam. Am 28. Juni wurde eine Regierung gebildet, an der Zentrum und DVP nur durch „Verbindungsmänner“ beteiligt waren. Dem Kabinett gehörten vier Sozialdemokraten, je zwei Minister der DVP und DDP, und je ein Vertreter des Zentrums, der BVP und ein Parteiloser an.

⁸ Aus Opposition gegen die „Bürgerblockregierungen“ unter Marx hatte Wirth im Juli 1926 die „Republikanische Union“ gegründet. Unter Beteiligung des sozialrepublikanischen Flügels des Zentrums und einzelner Mitglieder der DDP und der SPD und in Anlehnung an das Reichsbanner Schwarz Rot Gold bekämpfte Wirth die Zusammenarbeit des Zentrums mit der DNVP. 1927 war es mehrmals zu Konflikten zwischen Wirth und dem Zentrumsvorsitzenden Marx gekommen. Auch das badische Zentrum, in dem Wirths Karriere begonnen hatte, mißbilligte seine Haltung. Bei der Tagung des Reichsparteiausschusses des Zentrums am 12. April 1928 wurden die Differenzen beigelegt. Wirth erhielt mit Rücksicht auf die katholischen Arbeiter den 2. Platz auf der Reichsliste für die bevorstehenden Wahlen. Vgl. J. Becker, Joseph Wirth und die Krise des Zentrums während des IV. Kabinetts Marx (1927–1928), in: ZGO 109 (1961), S. 361–482.

7. November 1928 (Nr. 371)

Gestern hatte ich Gelegenheit, einen meist sehr wohl unterrichteten Herrn der Bayerischen Volkspartei zu sprechen. Derselbe äußerte sich ziemlich pessimistisch über die Verhältnisse innerhalb der Partei. Die Verstimmungen, die durch die Verhandlungen zum Zweck der Bildung der neuen Regierungskoalition entstanden seien, könnten noch durchaus nicht als beigelegt angesehen werden⁹. In den bauerlichen Kreisen habe man sich vielleicht eher etwas beruhigt, aber in den Arbeiterkreisen herrsche noch eine große Empörung, die sehr schwer niederzuhalten sei. Es sei entschieden ein Fehler gewesen, den Dr. Held gemacht habe, als er, um eine Vereinfachung zustande zu bringen, die *capitis deminutio* Oswalds vorgenommen habe, dadurch habe er die große Unzufriedenheit in den Kreisen der christlichen Arbeiter hervorgerufen und doch eigentlich gar nichts erreicht. Von einer Vereinfachung, wie sie durch die Zusammenlegung des Handelsministeriums mit dem Staatsministerium des Äußern tatsächlich erzielt worden sei, könne bei der sogenannten Zusammenlegung von Sozialministerium und Landwirtschaftsministerium mit dem besten Willen nicht gesprochen werden. Es sei bei diesen beiden Ministerien eigentlich noch alles beim alten, abgesehen davon, daß das Sozialministerium nicht mehr den Namen eines selbständigen Ministeriums führe und daß Minister Oswald zum Staatssekretär degradiert worden sei, also keine Stimme mehr im Ministerrat habe. Ein positiver Erfolg auf dem Wege der Vereinfachung sei also nicht zu verzeichnen, wohl aber eine starke Unzufriedenheit und Verärgerung der christlichen Arbeiter.

Es gäre auch sonst in der Partei, wozu nicht zuletzt die Haltung des Reichspostministers Schätzel zu den Richtlinien der Reichsregierung für die Länderkonferenz beigetragen habe¹⁰.

Dazu komme noch das Verhalten des Bauernbundes als Koalitionspartner. Man könne das Verhältnis zu diesem nur als ein „schmutziges“ bezeichnen. Minister Fehr und der Fraktionsvorsitzende Staedele gebärdeten sich hier als Biedermänner, während die Partei im Lande draußen die schamloseste Hetze treibe, eine Hetze, gegen die die Propaganda der Sozialdemokratie ein Kinderspiel sei. Herabsetzung aller Beamtengehälter auf 4000 Mark, Aufhebung aller Pensionen, Aufteilung des Großgrundbesitzes u. a. werde von den Bauernbündlern im Lande gepredigt. Tatsächlich sei in weiten Kreisen der Bayerischen Volkspartei allmählich die Stimmung so, daß man eine Koalition mit den Sozialdemokraten vorzöge. Daß man an dem Bauernbund bei der wichtigen Aktion der Staatsvereinfachung keine Unterstützung finden werde,

⁹ Die Koalitionsverhandlungen waren aus verschiedenen Gründen mühselig gewesen. Der BBd. hatte die Forderung der BVP, Fehr nicht mehr als Ministerkandidat aufzustellen, abgelehnt. Die Ministerienvereinfachung war nicht zuletzt deshalb erfolgt, um den Anspruch des BBd. auf zwei Ministersessel abzuwehren. Mit der DNVP hatte es Schwierigkeiten gegeben, weil sie auf den Staatssekretär im Handelsministerium (das mit dem Min. d. Äußern vereinigt worden war) ungern verzichtete. Die Ministerliste, die Held am 30. Juli dem Landtag vorlegte, wies gegenüber der alten Regierung keine Veränderung auf.

¹⁰ Im Anschluß an die zweite Tagung des Ausschusses für Verfassungs- und Verwaltungsreform der Länderkonferenz hatte die Reichsregierung am 25. Oktober eine einstimmig angenommene EntschlieÙung bekanntgegeben, in der ihre Erwartungen von der Reichsreform zusammengefaßt waren. Die bayerische Regierung lehnte vor allem den geplanten Ausbau der Auftragsverwaltung (Ausführung von Angelegenheiten der Reichsverwaltung durch die Länder und deren Verantwortung vor dem Reichstag) ab. EGK, 1928, S. 174 ff.

das zeige sich jetzt schon, wo sogar Fehr sich dahin ausgesprochen habe, daß die kleineren Städte auf dem Lande durch dieselbe nicht beeinträchtigt werden dürften.

Unter solchen Umständen werde es auf dem Parteitag der Bayerischen Volkspartei sehr heftig zugehen, und Ministerpräsident Held werde einen sehr schweren Stand haben. Man spreche schon viel von seinem Nachfolger. Mein Gewährsmann glaubt trotzdem bestimmt, daß eine Änderung nicht eintreten, sondern daß es Dr. Held bei seiner großen Gewandtheit im Verhandeln gelingen wird, die Dinge wieder einzurenken. Tatsächlich kann man da und dort Mutmaßungen aussprechen hören, wer an Stelle Dr. Helds zu treten haben werde, neben Oberbürgermeister Scharnagl und dem früheren Reichsjustizminister Emminger wird neuerdings namentlich auch der frühere Reichspostminister Stingl als aussichtsreicher Nachfolger Helds genannt. Ich selbst möchte mich trotzdem der Ansicht meines Gewährsmannes anschließen. Die Klärung der Frage wird wohl auf der Landesversammlung der Partei erfolgen, die auf 1. und 2. Dezember anberaumt ist.

[. . .]

16. November 1928 (Nr. 390)

184

Als ich mit Ministerialrat Sommer vom Staatsministerium des Äußern über die letzte Ausschußsitzung der Länderkonferenz in Berlin sprach, an der er teilgenommen hat, erwähnte er die Referate, welche der Bayerische Herr Ministerpräsident und der Württembergische Herr Staatspräsident übernommen haben¹¹. Er meinte, wenn diese Referate auch zwei verschiedene Punkte berührten, einerseits die Abgrenzung der Zuständigkeiten, andererseits die Organisation der Länder, so bestehe doch zwischen diesen beiden Punkten ein innerer Zusammenhang. Es wäre nur seines Erachtens von großer Wichtigkeit, daß aus diesen beiden zu erstattenden Berichten in keiner Weise irgend ein Widerspruch herausgelesen werden könne. Man werde in Berlin von gewisser Seite eifrigst bedacht sein, Gelegenheit zur Konstruktion eines solchen Widerspruches zwischen den beiden Referaten zu finden. Es sei aber bei aller Übereinstimmung in den Grundanschauungen, wie sie namentlich bei den letzten Besprechungen in so erfreulicher Weise erzielt worden sei, immerhin möglich, daß durch irgend eine Wendung in der Abfassung des einen oder des anderen Referates eine Divergenz herausgedeutelt werden könnte. Er möchte daher anregen, daß die beiden Referate ganz unbeschadet ihrer durchaus selbständigen Abfassung recht-

¹¹ Der im Januar bei der Plenartagung der Länderkonferenz gebildete Ausschuß für die Verfassungs- und Verwaltungsreform hatte bei seiner ersten Sitzung im Mai 1928 als zunächst zu behandelnde Probleme festgelegt 1. die Frage des Verhältnisses von Reich und Ländern, 2. die Frage der kleineren und leistungsschwachen Länder und der territorialen Flurbereinigung, 3. allgemeine Fragen der Verwaltungsreform. Zu Punkt 1 hatten der bayerische Ministerpräsident, zu Punkt 2 der württembergische Staatspräsident Referate übernommen, die bei der zweiten Sitzung des Ausschusses (22.–24. Oktober) erstattet werden sollten. Held legte Anfang Oktober eine Denkschrift vor (Material zur Verfassungsreform, I. Teil: Die Mängel des deutschen Verfassungslebens, II. Teil: Vorschläge zur Änderung der Reichsverfassung), die die Gedankengänge der Denkschriften der bayerischen Regierung von 1924 und 1926 fortführte. Das Referat des württembergischen Staatspräsidenten über das Verhältnis zwischen Reich und Ländern wurde dem Reichskanzler bereits am 9. Juli 1928 übersandt. GStA, MA 103 293–103 302.

zeitig miteinander verglichen werden könnten, damit jede Möglichkeit, die etwa verschiedene Redaktion zur Konstruktion eines Widerspruches zwischen denselben zu benützen, ausgeschlossen werde. Wenn der Württembergische Herr Staatspräsident damit einverstanden wäre, könnte er sich ja seinerzeit mit dem Württembergischen Referenten deswegen ins Benehmen setzen.

[. . .]

6. Dezember 1928 (Nr. 427)*

Es ist nicht leicht, über die wahre Bedeutung der neuen Heimatschutzbewegung Escherichs¹² ein klares Bild zu gewinnen. Die Urteile darüber sind zu widerspruchsvoll.

Immerhin glaube ich, den Gedanken von der Hand weisen zu sollen, daß die Regierung selbst den Anstoß zu dieser Bewegung gegeben hat, dazu lauten die Äußerungen, die ich von Persönlichkeiten der Regierung gehört habe, zu skeptisch. Man sieht wohl einen gewissen Vorteil darin, wenn sich die Bewegung wirklich in den Dienst der Regierung stellen will, aber man hat doch Bedenken, daß sie den Führern aus der Hand gleiten könnte und daß sich Persönlichkeiten extremer Richtung derselben bemächtigen könnten.

[. . .]

Auch die Behauptung, daß hinter der Bewegung Kronprinz Rupprecht stecke, erscheint wenig plausibel, wenn auch zugegeben werden muß, daß er, wenn er noch an die Wiederbesteigung des Thrones denken will, ein Interesse an der Erhaltung der Eigenstaatlichkeit des Landes haben muß. Man kann sich denken, daß er solche Gedanken Escherich gegenüber, mit dem er gut steht, zum Ausdruck gebracht haben könnte, aber die Behauptung, daß er die treibende Kraft gewesen sein soll, ist schon deswegen unglauhaft, weil sie im Zusammenhang mit der anderen Behauptung aufgestellt wird, die Bewegung werde von der Großindustrie finanziert, und zwar nicht nur von der bayerischen, also ausgerechnet von den Kreisen, die als die eifrigsten Befürworter des Unitarismus gelten.

Auch über die Persönlichkeit Escherichs hört man die verschiedensten Urteile. Während die einen sagen, gerade seine Persönlichkeit gebe die unbedingte Gewähr, daß die Bewegung in den richtigen Bahnen gehalten werde, hört man von anderer Seite gerade wegen der führenden Teilnahme Escherichs Bedenken äußern. Die Lauterkeit seines Charakters und seine Gesinnung seien nicht anzuzweifeln, auch habe er ein gewisses organisatorisches Talent, allein wenn er seine Finger in die Politik stecke, dann gehe es schief.

Mir scheint am wahrscheinlichsten, daß der Anstoß zu der Bewegung von Escherich selbst ausgeht und nur als eine Auswirkung seines Betätigungstriebes anzusehen ist. Seit seine Tätigkeit für die Einwohnerwehr und die Orgesch aufgehört hat, scheint er sich viel mit der Organisation der österreichischen Heimwehren beschäftigt und

* Ein Bericht über eine Tagung des bayerischen Städtebunds vom gleichen Tag hat versehentlich ebenfalls die Tagebuchnummer 427.

¹² Anlässlich des „Isengau-Heimattages“ am 2. Dezember wurde der Zusammenschluß der Vaterländischen Verbände zum „Bayerischen Heimatschutz“ proklamiert. Die Neugründung propagierte den „Kampf Bayerns um seine Selbständigkeit“ und lehnte das „verdorbene und korrupte System des Parlamentarismus“ ab. Vgl. MNN, Nr. 330 v. 3. 12. 1928.

diese studiert zu haben, namentlich diejenige in Tirol, wohin er Beziehungen haben soll. Eine solche Organisation soll ihm bei seiner jetzigen Neugründung vorgeschwehrt haben. Fördernd kam ihm dabei zustatten, daß die Vaterländischen Verbände sich in einer gewissen Krise befinden und an Zugkraft eingebüßt haben, wie sich ja bei der ganz verunglückten Demonstration zum 10jährigen Jahrestag der Republik gezeigt hat¹³. Auch die Absage des Kriegerbundes war ein schwerer Schlag für dieselben. Veranlaßt war dieselbe durch die politische Einstellung der Vaterländischen Verbände und es scheint, daß dieselben in ein Fahrwasser gekommen sind, das für ihren Zusammenschluß zu einem Heimatschutz für diesen gerade keine sehr guten Auspizien eröffnet. Wie ich höre, haben die Verbände in der letzten Zeit sogar Hitler zu einem Vortrag gewonnen. Seit General Epp der national-sozialistischen Partei beigetreten ist, werden Versuche gemacht, dieselbe ins weiß-blaue Lager herüberzuziehen. Damit dürfte der erwähnte Vortrag im Zusammenhang stehen. Es ist aber außerdem versucht worden, wie ich aus guter Quelle weiß, Hitler mit dem Kronprinzen zusammenzubringen. Tatsächlich hat Kronprinz Rupprecht, was fast unglaublich klingt, sich zu einer Unterredung mit Hitler bereit erklärt, und zwar wollte er zu diesem Zweck nach München kommen und ihn in seinem hiesigen Palais empfangen. Darauf erhielt er von Hitler einen Brief, in dem dieser sich ebenfalls zu der Unterredung bereit erklärte, aber bat, dieselbe möge an dritten Ort stattfinden, als welchen er die Wohnung des Generals Epp vorschlug. (Ich muß hier beifügen, daß derselbe beim Grafen Törring, dem Schwager des Kronprinzen, als Untermieter wohnt.) In das Palais des Kronprinzen könne er nicht kommen, dadurch würde er sich zu sehr kompromittieren. Kronprinz Rupprecht sei darüber sehr verärgert gewesen, und so sei die Zusammenkunft glücklicherweise unterblieben.

Daß man unter solchen Umständen die Befürchtung hegt, die neue Bewegung, die als Stütze für die Regierung gedacht ist, könnte auch einmal eine schwere Belastung für dieselbe werden, ist begreiflich. Wenn die Bevölkerung im Kampf für die Eigenstaatlichkeit Bayerns „aufgerüttelt und aufgeklärt“ wird, was wohl auch nicht immer durch geschickte und taktvolle Persönlichkeiten erfolgen dürfte, so will sie auch Erfolge sehen. Man ist sich aber bewußt, daß die Verhandlungen des Ministerpräsidenten und der Regierung auf der Länderkonferenz im besten Falle doch nur zu Teilerfolgen führen können und daß es fraglich ist, ob überhaupt etwas erreicht wird. Dann wird aber die Bevölkerung, der man vorgehalten hat, was alles erreicht werden müsse, enttäuscht sein und der Regierung ihren Mißerfolg vorwerfen, ja ihre Beseitigung verlangen. Das wird dann der Augenblick sein, wo die gemäßigten Führer ihre Position nur schwer wahren werden können. Dann werden sich die extremen Elemente der Führung der Bewegung zu bemächtigen suchen, und man kann wieder der Gefahr einer Nebenregierung ausgesetzt sein. Der Herr, der diesen Gedankengang mir gegenüber entwickelte, fügte allerdings bei, ihm sei es wahrscheinlicher, daß die Bewegung mit der Zeit im Sande verlaufe, wie dies ja schon mit so vielen Neugründungen der Fall gewesen sei. Nach den Erfahrungen, die ich in den letzten 10 Jahren hier gemacht habe, möchte ich allerdings dieser Anschauung beipflichten. Gewiß darf man die Gefahr, die in dieser Neugründung liegt, nicht verkennen, und man wird gut tun, die Augen offen zu halten, allein wenn man schon so viele der-

¹³ Am 4. November hatten die Vaterländischen Verbände eine schwach besuchte Kundgebung zum zehnten Jahrestag der Revolution veranstaltet. Vgl. MNN, Nr. 302 v. 5. 11. 1928.

artige Neugründungen erlebt hat, wie die Königspartei, den Heimat- und Königsbund, den Bayernbund etc., von denen man jetzt kaum mehr spricht, steht man denselben gleichmütiger gegenüber.

[. . .]

11. Dezember 1928 (Nr. 431)

Es wird hier da und dort als auffallend bemerkt, daß in der letzten Zeit so besonders zahlreiche Berührungen zwischen Bayern und Österreich stattgefunden haben. Die große Feier in Innsbruck mit der Doktorpromotion des Ministerpräsidenten Held, die Anwesenheit Matajas bei der Landesversammlung der Bayerischen Volkspartei, die Teilnahme des Ministers Slama bei der Enthüllung der Büste Schuberts in der Wallhalla und neuerdings die Teilnahme Dr. Helds am Parteitag der christlich-sozialen Partei in Wien [9. Dezember] bilden eine Reihe solcher Berührungen. [. . .]

[. . .]

Ministerpräsident Dr. Held ist gestern morgen von Wien zurückgekehrt und hat am Abend im Akademisch-Politischen Club hier einen Vortrag über das Thema: „Föderativ- oder Einheitsstaat“ gehalten. Ich habe diesen Vortrag mit angehört und hatte nachher Gelegenheit, den Ministerpräsidenten zu sprechen. Er sagte, er sei in Wien von Journalisten belagert gewesen, die alle die wichtigsten politischen Mitteilungen von ihm erwartet und gemeint hätten, er sei mindestens zur Gründung einer Donaukonföderation hergekommen. Daß sein Besuch lediglich der befreundeten christlich-sozialen Partei gelte, das hätten sie nicht glauben wollen. Es habe daher auch enttäuscht, als er bei seiner Rede auf dem Parteitag von Anschlußfragen überhaupt nicht gesprochen habe.

Der erwähnte Vortrag des Ministerpräsidenten war übrigens sehr interessant und geistreich und berührte dadurch sehr angenehm, daß er die Frage durchaus vom theoretischen und geschichtlichen Standpunkt aus behandelte und die hier sonst üblichen Ausfälle gegen Reich und Preußen geflissentlich vermied.

Man wird gut tun, sich in der Beurteilung der Beziehungen Bayerns zu Österreich von ungerechtfertigtem Mißtrauen freizuhalten. Daß die Stammesverwandtschaft eine gewisse Annäherung fördert, ist nicht zu verwundern. Es gibt aber auch hier Leute genug, die in der Frage, ob der Anschluß Österreichs an das Reich vom Standpunkt des letzteren aus wünschenswert wäre, reichlich skeptisch sind. Immerhin glaube ich, daß man hier die Anschlußfrage gern zu dem Zweck benützt, um eine Unitarisierung zu verhindern, indem man einen Anschluß Österreichs an ein unitarisches Deutschland als eine Unmöglichkeit darstellt.

11. Dezember 1928 (Nr. 432)

Die große Kundgebung für Bayerns Selbständigkeit im Zirkus Krone am Sonntag vormittag [9. Dezember] hat einen durchaus würdigen Verlauf genommen und war stark besucht. Ich kann dies gegenüber den hämischen Bemerkungen der Münchener Post und der Frankfurter Zeitung auf Grund der Erzählung von Teilnehmern feststellen, die der Sache durchaus unparteiisch gegenüberstanden¹⁴. [. . .]

¹⁴ Auf Einladung des „Landesbürgerrats in München“ hatte am 9. Dezember eine Protestkundgebung gegen die Zentralisation und für die Eigenstaatlichkeit Bayerns stattgefunden.

In der Versammlung wurden Reden gehalten von einem Präsidialmitglied des Bürgerrats, einem Mitglied der Industrie- und Handelskammer, dem Sekretär des unterfränkischen christlichen Bauernvereins und dem Direktor der Akademie der Tonkunst. Trotz des äußerst aggressiven Wortlauts der Einladung zu der Versammlung waren die Reden durchweg recht maßvoll und wirkten, wie mir versichert wird, und wie auch aus den Zeitungsberichten hervorgeht, nicht aufreizend oder ausfällig. Eine weniger erfreuliche Note brachte in die Versammlung das etwas geräuschvolle Auftreten der National-Sozialisten unter General von Epp. Während der eigentlichen Feier beschränkten sich dieselben übrigens auf einige unangebrachte Zwischenrufe und als zum Schluß der National-Sozialist Göring die Rednertribüne betrat, befand sich die Versammlung bereits in der Auflösung.

Die Escherichsche Bewegung bezeichnete der Ministerpräsident mir gegenüber lediglich als eine Sanierungsaktion für die Vaterländischen Verbände, die sich in einer schweren Krisis befunden hätten, an der sie selbst schuld gewesen und die durch den dadurch bedingten Austritt des Kriegerbundes noch verschärft worden sei. Die Gefahr, daß die Bewegung in ein national-sozialistisches Fahrwasser komme, sei ausgeschlossen, dafür bürge die Persönlichkeit Escherichs.

Daß die Escherichsche Bewegung eine Gegenwirkung auslösen werde, war zu erwarten, und es prangen an den Plakatsäulen auch bereits große Anschläge, die zu einer großen Demonstration des Reichsbanners unter Auer gegen die „bayerischen Unruhestifter“ auffordern.

17. Dezember 1928 (Nr. 440)

188

Kürzlich hatte ich Gelegenheit zu einer längeren Unterredung mit Justizminister Gürtner. Derselbe sprach zuerst von dem Vortrag des Ministerpräsidenten im akademisch-politischen Club und rühmte daran, daß er verschiedene neue Gedanken über die Frage Föderativ- oder Einheitsstaat gebracht habe und namentlich auch mehr die ideelle Seite in den Vordergrund gestellt habe. Er habe doch den Eindruck, daß die Gegnerschaft gegen den Unitarismus sich verstärke und man allmählich auch in weiteren Kreisen merke, daß es sich um eine bloße Machtfrage handle. Ganz auffallend sei für einen Demokraten die Stellung, welche der frühere Reichswehrminister Gessler bei einem Vortrag in Hamburg eingenommen habe. Er habe eben als Süddeutscher das Gefühl für die Imponderabilien des Föderalismus, das ihn über die sonstige Einstellung der Demokraten hinaushebe.

Dabei wurde folgende Resolution verabschiedet: „Die am 9. Dezember 1928 im Zirkus Krone in München versammelten Volksmassen erklären ihren Abscheu gegen die Herabwürdigung und Verhöhnung des bayerischen Volkes und des bayerischen Staates. Sie erklären, daß sie die jahrelange, gegen die Selbständigkeit der Bundesstaaten gerichtete Aushöhlpolitik des Reiches, die planmäßige Entrechtung der Bundesstaaten nicht mehr dulden. Sie geben als ihren unerschütterlichen Willen kund, daß sie sich hinter die Vorkämpfer für Wahrheit und Recht mit ihrem ganzen Lebenswillen stellen und mannhaft in den Kampf eintreten für die volle Selbständigkeit der Bundesstaaten, im Bewußtsein, daß die weitaus überwiegende Mehrheit des bayerischen Volkes sich geschlossen und entschieden für dieses Ziel einsetzt. Diese Volksbewegung wird nicht eher zur Ruhe kommen, bis das Ziel erreicht ist: Ein selbständiges freies Bayern und ein großes, auf selbständigen Bundesstaaten aufgebautes Deutsches Reich, in dem auch für das deutsche Österreich ein Platz ist!“ MNN, Nr. 337 v. 10. 12. 1928; Münchener Post, Nr. 286 v. 10. 12. 1928 („Die Hochverräter im Zirkus. Eine bayerische Groteske“).

Herr Gürtner ging dann auf die innerbayerischen Angelegenheiten über und beklagte vor allem die wenig einheitliche Haltung der Bayerischen Volkspartei, die auch auf die Verhältnisse innerhalb der Koalition so hemmend wirke. Als ich in diesem Zusammenhang den Artikel der Donauzeitung¹⁵ erwähnte, sagte er, derselbe habe nicht viel zu bedeuten. Die Eingeweihten wüßten, daß hinter demselben der Dr. Heim stecke, der sich auf dem Parteitag eine kolossale Abfuhr geholt und nun seinem Ärger darüber Luft gemacht habe. Heim sei senil und könne eigentlich nicht mehr ganz ernst genommen werden, auch bestehe sein Anhang nur noch aus einigen Leuten, die so gewissermaßen seine Schüler seien, die Mehrzahl der christlichen Bauern stehe nicht mehr hinter ihm, das habe sich eben auf dem Parteitag gezeigt, wo Heim mit wenigen Getreuen vereinzelt dagestanden sei und dann unter großem Krach das Lokal verlassen habe. Heim habe nur eine blinde Wut gegen den Bauernbund und Minister Fehr, und zwar sei dies lediglich Konkurrenzneid. Die Heimschen Genossenschaften¹⁶ hätten zu einer Zeit, als sie Geld gehabt hätten, in etwas unvorsichtiger Weise mit Darlehen gearbeitet, seien in der Inflation in eine schwierige Lage gekommen und hätten dann stark abbauen müssen. Der Bauernbund, der geschickter operiert habe, habe diese Gelegenheit ausgenützt, um Gebiete für sich zu erobern, die Heim bisher ausschließlich als seine Domäne betrachtet habe. Wolle Dr. Heim demnach eine Koalition mit dem Bauernbund um jeden Preis vermieden wissen, so könne er doch keine positiven Vorschläge darüber machen, welche Partei statt dessen für die Koalitionsbildung in Betracht komme, er verwerfe ebensowohl eine solche mit den Sozialdemokraten wie mit den Nationalsozialisten. Aus diesen Gründen sei der Angriff der Donauzeitung gegen den Ministerpräsidenten nicht zu tragisch zu nehmen, er habe sogar eher ein Gutes gehabt und die Stellung Dr. Helds gestärkt, der im allgemeinen unter den christlichen Bauern eine weit größere Anhängerschaft habe als Dr. Heim.

Noch weniger gefährdet sei die Stellung Dr. Helds von Seiten der christlichen Arbeiter. Die Verärgerung wegen des Sozialministeriums habe sich gelegt und die Aussprache darüber auf dem Parteitag sei nur noch ein formelles Rückzugsgefecht gewesen. Von Seiten des Abgeordneten Funke, des Leiters dieser Bewegung, habe Dr. Held nichts zu befürchten. Gerade die christlichen Arbeiterführer hätten an einer Koalition mit der Sozialdemokratie wenig Freude, weil sie dann ihre Leute schwer bei der Stange halten könnten. Wenn die Sozialdemokratie Regierungspartei sei, dann würden sich die Arbeiter fragen, warum sie nicht ebenso gut bei der Sozialdemokratie sein könnten, die ihnen noch mehr verspreche.

Eine wirkliche Gefahr für die Stellung Dr. Helds und damit für die Regierungskoalition drohe also von diesen beiden Seiten nicht. Es bestünden vielmehr kleine aber umso rührigere Kreise in der Bayerischen Volkspartei aus Intelligenzen und Ideologen, die ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie anstrebten und die dem

¹⁵ Die Passauer „Donauzeitung“ hatte einen aufsehenerregenden Artikel gebracht, in dem die Politik Helds scharf angegriffen wurde. Held wurde u. a. vorgeworfen, er lasse Hitler frei im Lande herumreisen und agitieren, im Kampf gegen Berlin habe der Ministerpräsident nichts ausrichten können und durch die BVP gehe ein tiefer Riß infolge der Meinung Helds, nur nach rechts regieren zu können. Moser hatte über diesen Artikel, sein Echo und die Vermutungen über den unbekanntem Verfasser am 12. 12. 1928 (Nr. 433) ausführlich berichtet.

¹⁶ Die 1900 von Heim gegründete Zentralgenossenschaft des Bayerischen Christlichen Bauernvereins hatte zwischen 1924 und 1928 mehrmals vor dem Ruin gestanden.

Ministerpräsidenten das Leben sauer machten. Das Sprachrohr dieser Kreise sei der Bayerische Kurier. Wie derselbe schon seit längerer Zeit gegen ihn [Gürtner] vorgehe, sei ja bekannt. Beschwerde er sich dann bei der Parteileitung, so heiße es, der Bayerische Kurier sei ein vollständig unabhängiges Blatt, auf das die Parteileitung keinen Einfluß habe und das durchaus nicht die Ansichten der leitenden Kreise der Partei wiedergebe. [. . .]

[. . .]

Während ich bei Minister Gürtner weilte, wurde derselbe von Dr. Buttmann, dem Fraktionsführer der Nationalsozialisten angerufen, der um eine Unterredung bat. Der Minister sagte, die Nationalsozialisten würden unter der Einwirkung des Generals von Epp zu gesinnungstüchtigen Föderalisten. Sogar Hitler habe sich neulich in einer Versammlung eifrigst in diesem Sinne ausgesprochen. Das habe ihm von Seiten der anderen Parteien den Vorwurf des Umfalls zugezogen, sie sollten sich doch eher freuen, wenn sich wieder jemand bekehrt habe.

Herr Gürtner kam dann noch auf die verschiedenen Parteikrisen zu sprechen beim Zentrum¹⁷ und bei den Deutsch-Nationalen¹⁸. Dieselben kämen eben davon, daß in diesen großen Parteien die verschiedensten Wirtschaftselemente vertreten seien, Bauern, Arbeiter, Beamte und Industrielle sowie Mittelstand. Die materiellen Interessen dieser Gruppen kämen dann in Konflikt untereinander, und dadurch gerate die Wahrung der ideellen Parteiziele in Gefahr. Die Wahl des Prälaten Kaas ebenso wie die Hugenberg's zu Parteivorsitzenden zeige, daß man Männer gesucht habe, die die Parteiziele unbekümmert um die materiellen Forderungen der einzelnen in der Partei vertretenen Wirtschaftskreise verfolgen. Die Unstimmigkeit, die hier in der Deutsch-Nationalen Partei Bayerns aufgetreten, aber bereits wieder beigelegt sei, habe damit gar nichts zu tun, es habe sich lediglich um persönliche Reibereien gehandelt.

Zum Schluß beklagte sich der Minister noch darüber, daß im parlamentarischen System jede Kontinuität fehle und damit auch das Verantwortungsgefühl notleide. Jede Regierung denke, bis die Folgen einer ihrer Handlungen sich auswirkten, sei doch wieder eine neue Regierung da, die sie dann ausbaden könne. Das habe man ja bereits bei den verschiedenen Finanzministern deutlich gesehen. Wenn nur einmal eine Regierung, gleichviel welcher Zusammensetzung, eine längere Reihe von Jahren bleiben würde, dann könnte man Politik auf weite Sicht machen, das gelte für die auswärtige Politik ebenso wie für die innere. Wie man aber jetzt die Dinge auffasse, das habe er neulich erleben müssen. Es mache ihm schon lange Sorge, wie man der

¹⁷ Die Richtungskämpfe im Zentrum („Fall Wirth“), die seit Anfang 1928 schwebende Führungskrise und die starken Einbußen bei der Reichstagswahl im Mai hatten die inneren Spannungen im Laufe des Jahres 1928 verstärkt. Nach dem Rücktritt Marx' vom Parteivorsitz im Oktober wurde Prälat Kaas auf dem Parteitag am 8./9. Dezember in einer Kampfabstimmung gegen den linken Flügel (Christliche Gewerkschaften) zum neuen Parteivorsitzenden gewählt.

¹⁸ Nach den Verlusten in den Reichstagswahlen im Mai war es innerhalb der DNVP zu starken Differenzen gekommen. Der christlich-soziale Flügel machte der Parteiführung die bisherige antisoziale Politik zum Vorwurf, der völkisch-nationale Flügel propagierte dagegen unter Führung Hugenberg's den verschärften Kampf gegen die Weimarer Republik, gegen SPD und Zentrum. Auf dem Parteitag am 20. Oktober wurde Hugenberg mit knapper Mehrheit zum Parteivorsitzenden gewählt. Damit begann die Zersplitterung der DNVP.

Gefahr vorbeugen könnte, die für den Geldmarkt drohe, wenn im Jahr 1932 die Hypotheken kündbar würden. In Berlin habe er dafür keinerlei Verständnis gefunden, man habe mit einem geradezu sträflichen Optimismus sich auf den Standpunkt gestellt, es werde schon gehen, darum brauche man sich jetzt noch nicht zu kümmern, bis dahin sei ja dann wieder eine andere Regierung da.

22. Dezember 1928 (Nr. 449)

Ministerpräsident Dr. Held, der mich gestern empfing, sagte mir, er habe die Absicht gehabt, über Weihnachten etwas wegzugehen, er sehe aber bereits, daß es nicht möglich sein werde. Neben aller Arbeit, die er hier habe, solle er nun auf Wunsch des Herrn Reichspräsidenten zwischen Weihnachten und Neujahr nach Berlin kommen. Was er von ihm wolle, wisse er nicht, er vermute nur, daß es wegen des Heimatschutzes sei. Darüber scheine man sich in Berlin wieder unnötiger Weise aufzuregen, denn in Wirklichkeit stecke gar nichts dahinter. Es sei eine persönliche Mache Escherichs, die veranlaßt sei durch den Zerfall der Vaterländischen Verbände, die wieder Streitereien mit ihren Führern hätten. [. . .] Escherich habe geglaubt, hier sanierend eingreifen zu müssen, und habe zugleich die Zeit gekommen gesehen, um seinen Lieblingsplan, die Heimwehren, wie sie in Österreich bestehen, auch bei uns einzuführen, zu verwirklichen. Dazu sei aber hier wirklich kein Bedürfnis, die österreichischen Sozialdemokraten dürften nicht mit den deutschen verwechselt werden. In Österreich, wo keine Trennung der Sozialdemokraten von den Kommunisten bestehe, müsse man gegen die Umsturzgefahr gerüstet sein, hier sei es nicht nötig und man reize nur die anderen. Er habe sehr ernst mit Escherich darüber gesprochen, jedenfalls könne man darüber beruhigt sein, daß eine Gefahr, die Bewegung könne in die Hand der Nationalsozialisten übergehen, nicht bestehe. [. . .]

[. . .]

Über die internen Verhältnisse der Bayerischen Volkspartei sprach sich Dr. Held ganz in demselben Sinne aus, wie ich bereits darüber berichtet habe. Er nimmt den Angriff der Donauzeitung keineswegs schwer und machte sich über den Dr. Heim und seinen Eigensinn lustig. Auf dem Parteitag sei er ganz isoliert dagestanden und seither bekomme er noch immer weitere Absagen. Er verhalte sich eben nur negativ in seiner Kritik, ohne praktische Vorschläge zu machen. Er sei nicht einmal gegen die Koalition mit dem Bauernbund an sich, sondern nur dagegen, daß Fehr ein Ministerium habe. [. . .] Mit den christlichen Arbeitern herrsche wieder Frieden. Die Treibereien des Bayerischen Kurier berührten ihn wenig, der Schriftleiter sei ein Querkopf, der ganz seine eigenen Wege gehe und so gut wie niemand hinter sich habe. Er habe offen auf dem Parteitag erklärt, daß er nicht an seiner Stellung klebe, sondern sie jederzeit zur Verfügung stelle, er habe aber auf dem Parteitag sowohl wie nachher so viele Vertrauensbeweise erhalten, daß er nicht daran denken könne, seinen Posten zu verlassen. Trotzdem sei es mißlich, wenn man in der eigenen Partei Unzufriedene habe, während man doch die Unterstützung aller gerade jetzt so nötig brauche, wo man die schwierigen Verhandlungen mit der Reichsregierung wegen des Verhältnisses der Länder zum Reich zu führen habe. Auch die Stellung zu den anderen Koalitionsparteien werde einem erschwert, wenn dieselben von den Blättern der eigenen Partei angepöbeln würden.

[. . .]

16. Januar 1929 (Nr. 16)

Gestern traf ich Ministerialrat Sommer vom Staatsministerium des Äußern, der mir erzählte, daß der Reichsminister des Innern Abschriften eines an ihn gerichteten Schreibens des Reichsjustizministers hierher übersandt habe, in welchem Herr Koch-Weser zu wissen wünsche, wann das Referat des Bayerischen Ministerpräsidenten für die Länderkonferenz fertig sein werde, weil er es kennen zu lernen wünsche, ehe er selbst sich über die Frage der Auftragsverwaltung äußere¹. Er habe bis jetzt erst flüchtig dem Ministerpräsidenten davon Mitteilung machen können, wobei dieser gemeint habe, da könnte er ja ebenso gut warten, bis ihm das Referat des Herrn Koch vorliege. [. . .]

Dem Ansinnen, daß das Referat nur ganz kurz gefaßt sein und nur aus Sätzen bestehen solle, über die mit Ja oder Nein abgestimmt werden könne, werde nicht entprochen werden. Die Ausführungen würden keine langen sein, aber Begründungen würden, wenn auch in ganz prägnanter Fassung, doch beigegeben werden. Auch dem von Berlin ausgesprochenen Wunsch, daß das Referat dort gedruckt werden solle, widersetze man sich und beharre auf dem Standpunkt, daß die Drucklegung hier erfolgen müsse. Man sehe gar nicht ein, warum man von diesem Referat schon vorher in Berlin Kenntnis geben solle, ehe es erstattet werde.

21. Januar 1929 (Nr. 27)

[. . .]

Die Vaterländischen Verbände veranstalteten gestern im Zirkus Krone eine stark besuchte Reichsgründungsfeier, bei welcher der bekannte Oberst von Xylander nach längerer Zeit des Schweigens einmal wieder vor die Öffentlichkeit trat und die eigentliche Festrede hielt. Er bezeichnete das Reich als ein Gebilde ohne Souveränität und ohne Wehrwillen und führte am Schlusse seiner Rede aus, einst werde der Wille zum Deutschen Reich stark genug sein, um das undeutsche Staatsgebilde verschwinden zu lassen und den Ruf nach einem Diktator erstehen zu lassen. Manch anderes Volk sei vor uns auf diesen Weg gewiesen worden, aber die große deutsche Sehnsucht sei in einer Diktatur nicht erfüllt. Für sie sei der *gegebene*, nur Gott und seinem Gewissen verantwortliche Führer ein angestammter Herrscher. Dabei werde jeder wahrhaft verantwortlich Fühlende Bayern nicht ins Reich hineingezwungen sehen wollen, nicht aufgesogen und aufgezehrt wissen wollen, sondern Freiwilligkeit und freie Staatspersönlichkeit werde Bayern zu einem segenbringenden Glied des Reiches machen unter der Führung eines starken Willens.

Zur gleichen Zeit fand in Regensburg eine große Versammlung der Escherich-Bewegung statt. Escherich wandte sich in einer längeren Ansprache gegen die drohende Weltrevolution und gegen die unitaristische Strömung und führte u. a. aus,

¹ Held hatte für den 2. Unterausschuß des Verfassungsausschusses der Länderkonferenz ein Referat über die „Abgrenzung der Zuständigkeit zwischen Reich und Ländern“ übernommen, es wurde Mitte Mai fertiggestellt und veröffentlicht.

daß man gerade die Länder zur Bekämpfung des Bolschewismus brauche. Bei den staatsrechtlichen Konstruktionen dürfe man nicht vergessen, daß das Volk auch eine Seele habe und daß in der Liebe zur Heimat eine ungeheure Kraftquelle liege, die zu zerbrechen ein staatsmännisches Verbrechen wäre.

2. Februar 1929 (Nr. 40)

Die Pressebesprechung im Staatsministerium des Äußern, auf die sich mein gestriger Bericht Nr. 39 bezog², sollte streng vertraulichen Charakter haben und die dabei gegebenen Mitteilungen waren nicht zur Veröffentlichung bestimmt, es handelte sich vielmehr nur um Informationen, die als Richtlinien für die Presse dienen sollten, auch sollte gar nicht erwähnt werden, daß eine solche Besprechung stattgefunden habe. Während die übrigen Zeitungen ihre Hauptschriftleiter entsandt hatten, erschien von der Telegramm-Zeitung – einer im gleichen Verlag wie die Münchner Neuesten Nachrichten erscheinenden, aber von diesen unabhängigen Zeitung – ein junger Mann, wie ich gehört habe, ein Wiener Jude. Dieser hatte nichts Eiligeres zu tun, als am gleichen Abend einen ausführlichen Bericht über die Pressebesprechung zu veröffentlichen, in welchem die Mitteilungen der Minister unter Namensangabe und mit allen scharfen Ausdrücken, die gefallen waren, wiedergegeben waren. Danach hat Ministerpräsident Dr. Held erklärt, daß das Verhältnis zwischen dem Reich und den Ländern durch die letzten Berliner Verhandlungen eine Zuspitzung erfahren habe, die den inneren Bestand des Reiches bedrohe. Schuld daran sei nicht etwa das Reich, sondern Preußen, das Bayern in seinen finanziellen Forderungen an das Reich die allergrößten Schwierigkeiten mache. Dasselbe Preußen, das den Staatsverträgen von 1920 im Reichsrat zugestimmt habe, sabotiere nun ihre Erfüllung dadurch, daß es Entschädigungsforderungen an das Reich in Höhe von 3 ½ Milliarden für die verloren gegangenen Vermögenswerte des Staates in den nach dem Friedensvertrag abgetretenen Gebieten stelle. Bei den Berliner Besprechungen sei der Preußische Ministerpräsident Wortführer gewesen gegen die anderen Länder und habe gewissermaßen den Diktator und Vormund des Reiches gespielt. Rechtsempfinden habe man in Berlin überhaupt nicht mehr für diese Dinge. Treu und Glauben, die die Verträge zur Voraussetzung haben, seien verschwunden und die allgemeine Moral, die auch bei den Rechtsverhältnissen zwischen Reich und Ländern eine Rolle spielen sollte, von der spüre man kaum noch einen Hauch. Der Gegner sei Preußen, dieses lege alles darauf an, um zwei Fliegen mit einem Schlag zu treffen, einmal sich selbst in der Finanzwirtschaft des Reiches möglichst breit zu machen, und auf der anderen Seite zu erreichen, was man mit andern Mitteln als mit einer solchen Aushöhlungs-politik nicht erreichen könne, die Vernichtung der Länder. Finanzminister Dr. Schmelzle habe die Haltung Preußens als eine Schamlosigkeit bezeichnet, wie sie im Staatsleben noch nie dagewesen sei. Preußen betreibe eine Politik, die auf nichts anderes hinauslaufe, als durch das Reich Bayern auf die Knie zu zwingen und das Reich zu einem Großpreußen zu machen. Justizminister Gürtner habe gesagt, wenn der Preußische Ministerpräsident im Hinblick auf die Länderklagen beim Staats-

192

² Bei einer Besprechung der Reichsregierung mit Ländervertretern waren am 25. Januar Entschädigungsansprüche der Länder gegen das Reich (u. a. für die Übertragung der Eisenbahn und der Post im Jahre 1920) behandelt worden. Held hatte im Anschluß daran eine Pressekonferenz abgehalten, die einen Skandal auslöste. Vgl. EGK, 1929, S. 15 f. und 19–24.

gerichtshof erklärt habe, gegen das Reich gebe es keinen Exekutor, so sei dieses Wort so unerhört, daß man sich vergebens frage, wie es unter ernsthaften Staatsmännern überhaupt habe gesprochen werden können.

Mit Rücksicht auf diese Indiskretion der Telegramm-Zeitung, von der man noch nicht weiß, ob sie nur der Wichtigtuerei und Taktlosigkeit des Berichterstatters oder einer politischen Absicht entsprungen ist, haben die anderen Blätter die Pressebesprechung nicht mehr totsichweigen können, sondern haben sachliche Berichte darüber gebracht. [. . .]

Natürlich sind die Mitteilungen der Telegramm-Zeitung als erste in die Welt hinausgegangen und haben begreifliches Aufsehen erregt, namentlich in Berlin. Der Preußische Gesandte hat gleich den Auftrag erhalten, zur Berichterstattung nach Berlin zu kommen. Er ist gestern abgereist und hatte vorher noch eine Besprechung mit Dr. Held. Nach seiner Auffassung besteht Hoffnung, die Angelegenheit beizulegen. Wie ich von anderer Seite gehört habe, soll auch Ministerpräsident Braun bereits zu einer ruhigeren Auffassung gekommen sein und gesagt haben, er begreife Dr. Held nicht, der als alter Journalist doch selbst wissen müsse, daß bei der Presse nichts geheim bleibe.

Leider ist aber durch den Vorfall eine Krise in der Bayerischen Regierung entstanden, indem Finanzminister Dr. Schmelzle gestern die Absicht geäußert hat, zurückzutreten. Er gehe davon aus, daß die Bayerische Regierung durch seine durch die Indiskretion bekannt gewordenen scharfen Äußerungen für die Fortsetzung der Verhandlungen zu sehr belastet sei. Die Minister Gürtner und Fehr, die ich beide noch gestern abend darüber sprach, äußerten einstimmig die Hoffnung, daß es doch gelingen werde, Dr. Schmelzle von diesem übereilten Schritt zurückzuhalten. Dem Gerücht über eine Ministerkrise tritt ein amtlich inspiriertes Dementi entgegen, das aber an der Tatsache nichts ändert.

8. Februar 1929 (Nr. 48)

Gestern hatte ich Gelegenheit, den Preußischen Gesandten Dr. Denk, der von Berlin zurückgekehrt ist, zu sprechen. Er sagte mir, man mache sich hier gar keinen Begriff davon, wie sehr man in Berlin über das Verhalten der Bayerischen Regierung aufgebracht gewesen sei, vor allem natürlich Ministerpräsident Braun. Er habe aber dieselbe Stimmung auch in den sämtlichen Kreisen der Preußischen Regierung nicht nur, sondern auch der Reichsregierung, und zwar bei allen Parteien, gefunden. Ministerpräsident Braun mache dem Dr. Held vor allem den Vorwurf des Vertrauensbruches. Die Besprechungen, die sie zusammen geführt hätten, sollten durchaus vertraulich behandelt werden und nun habe Dr. Held der Presse davon Mitteilung gemacht. Wenn auch eine Veröffentlichung nicht beabsichtigt gewesen sei, so habe doch Held die Presse darüber informiert und ihr Richtlinien gegeben, wie sie gegen Preußen schreiben solle. In diesem Falle sei es einmal aufgekommen, wie die Bayerische Regierung vorzugehen pflege, sie informiere die Presse, um sie gegen Preußen aufzuhetzen und lehne dann für sich jede Verantwortung ab. Braun habe die Vertraulichkeit der Besprechungen so gewahrt, daß er nicht einmal seinen Ministerkollegen Mitteilung davon gemacht habe, und nun sei es ihm gerade diesen gegenüber besonders peinlich, daß von der Gegenseite diese Abmachung nicht gehalten worden sei und der Inhalt der Besprechungen durch die Presse bekannt werde. Er

könne das Verhalten des Bayerischen Ministerpräsidenten nur als hinterhältig bezeichnen. Hätte er offen vor dem Landtag die Vorwürfe gegen die Preußische Regierung in noch so scharfen Worten erhoben, so hätte man ihm in der gleichen Weise öffentlich erwidern können, aber so habe er sich feig hinter der Presse versteckt und diese aufgeputscht.

Nachdem durch die Indiskretion die beleidigenden Äußerungen bekannt geworden seien, hätte es die Anstandspflicht erfordert, daß sofort durch den Bayerischen Gesandten in Berlin das Bedauern ausgesprochen worden wäre. Darauf habe man aber ziemlich lange warten müssen. Nachdem ein solcher Schritt dann endlich erfolgt sei, hätten die Äußerungen der hiesigen Blätter dessen Wirkung dann wieder abgeschwächt. Es sei ein Fehler gewesen, daß nicht gleichzeitige und gleichlautende amtliche Mitteilungen in Berlin und in München darüber erfolgt seien.

Dr. Denk sagte, wenn er jetzt wieder zurückkehren habe können, so sei dies nur der durch Herrn von Preger übermittelten Entschuldigung zu danken, die eine wirkliche Abbitte gewesen sei und nicht nur, wie es hier dargestellt werde, die Übermittlung der Erklärung des Ministerpräsidenten, wie er sie an die Presse mitgeteilt habe³.
[. . .]

3. März 1929 (Nr. 78)

[. . .]

Daß Herr von Preger sich hier in der Bayerischen Volkspartei keiner Beliebtheit erfreut, ist mir schon lange bekannt. Preger ist Protestant und der typische Vertreter des aus der Vorkriegszeit bekannten bayerischen liberalen Beamtentums. Es wurde schon immer davon gesprochen, daß er die Bayerischen Belange in Berlin nicht mit der nötigen Überzeugung vertrete, wobei man vergaß, in welcher schwierigen Lage sich Preger bei den Verfassungsverhandlungen in Weimar befand, als er, ohne eine feste Regierung hinter sich zu haben, für den Föderalismus eintrat, so daß das, was für Bayern noch gerettet werden konnte, ihm zu verdanken ist⁴.

Ich habe gestern meinen zuverlässigen Gewährsmann aus der Bayerischen Volkspartei gesprochen, der mir sagte, die unbestreitbaren Verdienste Pregers sollten nicht abgeleugnet werden, aber es habe sich doch mit der Zeit gezeigt, daß er nicht der richtige Mann sei, den man in Berlin brauche. Es fehle ihm nicht etwa an Energie in der Vertretung bayerischer Forderungen, allein er habe keine glückliche Hand darin. Mit der Ausführung ihm erteilter Aufträge in etwas polternder Form sei es eben nicht getan. Er müßte auch sonst mehr in diesem Sinne arbeiten und mehr Beziehungen zu den Parteien pflegen, besonders zur Bayerischen Volkspartei. Statt dessen fühle er sich geschmeichelt, wenn er mit den ausländischen Diplomaten verkehren könne, aber das sei doch nicht die Hauptaufgabe des Bayerischen Gesandten in Berlin. Berlin habe eben schon stark auf ihn abgefährt. [. . .]

[. . .]

³ Die Bayerische Staatszeitung und die BVP-Korrespondenz hatten zunächst den Schritt Pregers herunterzuspielen versucht und anschließend Preger beschuldigt, über seinen Auftrag hinausgegangen zu sein. EGK, 1929, S. 24.

⁴ Die Annahme, daß Preger 1919 im Alleingang in Weimar und Berlin die bayerische Sache vertreten habe, ist irrig, aber immer noch weit verbreitet. Der bayerische Gesandte handelte meist auf Weisung der Münchner Regierung. Vgl. Benz, Süddeutschland, S. 119.

12. März 1929 (Nr. 94)

195

Der Stahlhelm hatte bis jetzt innerhalb Bayerns nur eine geringe Bedeutung, da die meisten Kreise, die sonst für diese Organisation in Betracht gekommen wären, den Vereinigten Vaterländischen Verbänden angehörten. Aber auch die kleine Anzahl der hiesigen Stahlhelmer wollte sich innerhalb der Gesamtorganisation eine eigene Stellung wahren. Ein eifriger Vorkämpfer für diesen Gedanken war der im Laufe des Winters verstorbene Führer des Stahlhelms in Bayern, Major Wäninger. Die Lücke, die durch seinen Tod entstanden ist, macht sich im gegenwärtigen Augenblick besonders fühlbar, wo die Vorbereitungen für den großen deutschen Stahlhelmtag zu treffen sind, der in diesem Sommer, und zwar Anfang Juni, hier in München stattfinden soll. Daß hierbei schon allerhand Unstimmigkeiten aufgetreten sind, die teils der bayerischen Eigenbrötelei, teils der Eifersucht unter den Führern zuzuschreiben wären, darüber habe ich schon verschiedene Gerüchte gehört, ohne daß ich in der Lage wäre, etwas Bestimmtes darüber mitzuteilen. Wichtig erschien dabei auch die Stellung der Vaterländischen Verbände zum Stahlhelm, die bisher durchaus unklar war. Hierin scheint neuerdings eine Klärung herbeigeführt worden zu sein. Es wurden nämlich in der letzten Sitzung der Vereinigten Vaterländischen Verbände auf Vorschlag des Präsidenten Bauer mehrere politische Leitsätze beschlossen, die in ihrem wesentlichen Teil besagen, daß sich die Dachorganisation der Vereinigten Vaterländischen Verbände in die Organisation des Stahlhelms unter Wahrung des föderativen Prinzips einfüge. Wie diese organisatorische Eingliederung im Einzelnen gedacht ist, welche föderativen Rechte den Gliedorganisationen bleiben und ob auch die Sonderorganisationen, die in den Vereinigten Vaterländischen Verbänden zusammengefaßt sind, in der organisatorischen Einheit des Stahlhelms aufgehen, darüber verlautet zunächst nichts. Sicher scheint nur zu sein, daß die Vereinigten Vaterländischen Verbände mit dem Stahlhelm eine Fusion eingehen. [. . .]

14. März 1929 (Nr. 97)

196

Die Vereinigten Vaterländischen Verbände wenden sich gegen die hauptsächlich von Seiten der Bayerischen Volkspartei ausgesprochene Auffassung, daß es sich um eine Fusion mit dem Stahlhelm handle, und geben über das Wesen der getroffenen Beschlüsse folgende authentische Aufklärung. Die in der „Bayerischen Wehrgemeinschaft“ zusammengefaßten bayerischen Wehrverbände „Bayern und Reich“ und „Verband der Vaterländischen Bezirksvereine Münchens“ (die frühere Einwohnerwehr) seien als geschlossene Verbände dem „Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten“ beigetreten und bildeten nunmehr zusammen mit der „Reichsflagge“ und der bisher schon in Bayern bestehenden Stahlhelmorganisation den „Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, Landesverband Bayern“. Der „Stahlhelm“ erhalte einen Sitz im Präsidium der Vereinigten Vaterländischen Verbände.

Ob dies eine Fusion bedeutet oder nicht, ist eigentlich ein Spiel mit Worten. Die Presse der Bayerischen Volkspartei regt sich etwas darüber auf, aber im übrigen wird dieser Zusammenschluß sehr kühl aufgefaßt und man hört meist das Urteil, daß aus dieser Sache auch wieder nichts Rechtes wird.

Der Auffassung, daß durch diesen Zusammenschluß die Vaterländischen Verbände in einer bestimmten Parteirichtung politisiert würden, treten die Vereinigten Vater-

ländischen Verbände mit der Erklärung entgegen, daß auch in Bayern die wehrpolitischen Kräfte, wie bisher, eng mit den in den Vereinigten Vaterländischen Verbänden Bayerns zusammengefaßten überparteilichen Organisationen den Kampf um die Neugestaltung des staatlichen Lebens in Deutschland führen werden.
[. . .]

28. März 1929 (Nr. 104)

Da Ministerialrat Sommer einige Zeit krank gewesen war, fand ich erst heute Gelegenheit, mit ihm über den Bericht des zweiten Unterausschusses des Verfassungsausschusses der Länderkonferenz zu sprechen. [. . .]⁵

Man lehne hier nach wie vor die Beseitigung des Dualismus zwischen Reich und Preußen ab, weil man darin nur einen Schritt auf dem Wege zum Unitarismus zu erblicken vermöge. Von Bayerischer Seite werde man daher immer dagegen Stellung nehmen, dringe man damit aber nicht durch, so handle es sich darum, den aus den preußischen Provinzen zu bildenden Ländern ein möglichst großes Maß von Selbständigkeit zu geben. Diese Frage hänge wieder mit der Zuständigkeit der Länder überhaupt zusammen und berühre daher auch das Referat des Herrn Ministerpräsidenten Dr. Held. Man erwäge zur Zeit hier die Abfassung einer Gegenäußerung auf das Gemeinschaftsreferat, in der man den Württembergischen Herrn Staatspräsidenten in den von ihm vertretenen, hier ja genügend bekannten Anschauungen tunlichst unterstützen werde. [. . .]⁶

4. Mai 1929 (Nr. 146)

Kürzlich hatte ich Gelegenheit, den Geheimrat von Stengel zu sprechen, der den Ministerpräsidenten Dr. Held auf seiner Reise nach Rom⁷ begleitet hat. Er sprach sich in hohem Maße befriedigt aus von der Aufnahme, welche der Ministerpräsident von Seiten des Vatikan nicht nur, sondern auch von Seiten der Italienischen Regierung erfahren habe. Durch die Vorkehrungen des hiesigen Italienischen Generalkonsuls habe man an der Grenze trotz des unverhältnismäßigen Gepäcks – der Altar wurde in mehrere Kisten verpackt als Passagiergut mitgenommen – keinerlei Schwierigkeiten gehabt. Bei der Ankunft in Rom sei für Dr. Held der Fürstensalon des Bahnhofs geöffnet gewesen und die Bahnbeamten hätten ihn in Uniform empfangen.

⁵ Am 11. März hatte der württembergische Staatspräsident das Gemeinschaftsreferat (Brecht-Preußen, Poetzsch-Heffter-Sachsen, Bolz-Württemberg und Petersen-Hamburg) „Die Organisation der Länder und der Einfluß der Länder auf das Reich“ für den 2. Unterausschuß der Länderkonferenz der Presse übergeben. Das Gutachten empfahl u. a. die Erweiterung des Länderbegriffs auf die preußischen Provinzen („Länder alter und Länder neuer Ordnung“).

⁶ Zwischen Bolz und den drei Mitherberichterstatern des Gemeinschaftsreferats gab es zwar unterschiedliche Auffassungen (vor allem glaubte Bolz nicht an die Zwangsläufigkeit der Entwicklung zum Einheitsstaat), die Übereinstimmung zwischen Württemberg und Bayern, auf die Sommer anspielte, bestand jedoch nicht. Vgl. W. Besson, Württemberg und die deutsche Staatskrise 1928–1933, Stuttgart 1959, S. 105 ff.

⁷ Held war Mitte April nach Rom gereist, um Papst Pius XI. zum Goldenen Priesterjubiläum und zum Abschluß der Lateranverträge zu gratulieren. Als Geschenk hatte er eine Kopie eines Seitenaltars der Blütenburger Schloßkirche überreicht.

Während des ganzen Aufenthaltes seien ihnen drei Geheimsaszisten beigegeben gewesen, die sie überallhin in der diskretesten Weise begleitet hätten und die zu jedem Dienst bereit gewesen seien.

Die Audienz beim Papst [am 15. April] sei besonders feierlich verlaufen und habe ungefähr zwei Stunden gedauert. Der Papst habe deutsch gesprochen und sei von der größten Liebenswürdigkeit gewesen. Das Geschenk habe lebhaftes Interesse erregt und anscheinend große Anerkennung gefunden. [. . .]

[. . .]

Ministerpräsident Dr. Held stattete auch einen inoffiziellen Besuch [am 19. April] bei Mussolini ab, wobei er von Botschafter Freiherrn von Neurath begleitet war. Dr. Held habe nicht genug rühmen können, wie aufmerksam Mussolini ihm gegenüber gewesen sei. Er habe ebenfalls nur deutsch mit ihm gesprochen und habe ihn zur feierlichen Eröffnung des Parlaments für den folgenden Tag eingeladen, welcher Dr. Held dann auch in einer neben der Diplomatenloge gelegenen Loge angewohnt habe.

[. . .]

7. Mai 1929 (Nr. 151)

199

Am Sonntag vor acht Tagen [28. April] veranstaltete der Bayerische Heimat- und Königsbund⁸ in Straubing eine Kundgebung, bei welcher Graf Anton Arco eine Rede hielt. Dieser Mann, den als Befreier Bayerns von der Herrschaft Eisners ein gewisser Nimbus umgibt, sucht sich, seit er aus der Festungshaft entlassen ist⁹, politisch in ganz extrem weiß-blauer Richtung zu betätigen. Er leitete eine Zeit lang die aus den Zeiten des berühmten Dr. Sigl her schon als streng partikularistisch und preußenfeindlich bekannte Zeitung „Das Bayerische Vaterland“¹⁰. Nachdem es dort Differenzen gegeben hatte, wurde Graf Arco in der Lufthansa angestellt, aber er hat es trotzdem nicht aufgegeben, die erwähnte politische Richtung eifrigst weiter zu verfolgen. Wer ihn auf diesem Gebiete kannte, konnte daher über seine Straubinger Rede nicht so sehr erstaunt sein, wenn man auch anerkennen muß, daß sie so ziemlich das Stärkste bietet, was man an Partikularismus zu hören bekommen kann.

Graf Arco erklärte, die Bayerische Volkspartei habe bis jetzt für Bayern gerettet, was zu retten gewesen sei. Es sei zwar Pflicht, sie in diesem Kampfe zu unterstützen, man müsse sie aber auch überwachen. Sie ist ihm also nicht zuverlässig genug in der föderalistischen Einstellung. Dann äußerte er sich sehr ablehnend gegen die preußische Organisation des Stahlhelm, der mit einer Diktatur liebäugle. Dies sei zwar angesichts des Versagens des Parlamentarismus verständlich, aber für Bayern müsse

⁸ Der Heimat- und Königsbund, der 1921 aus der „Königspartei“ hervorgegangen war, entwickelte ab 1924/25 als einer der wichtigsten Rechtsverbände in Bayern größere Aktivität. Maßgeblichen Einfluß hatte Freiherr von Aretin, der zusammen mit seinem Vetter, Graf Soden, der wichtigste politische Berater des Kronprinzen war. Vgl. Fenske, Konservativismus, S. 126 u. 250 ff.

⁹ Die Strafvollstreckung gegen Arco war am 13. April 1924 „mit Aussicht auf spätere Bewilligung einer Bewährungsfrist“ durch Beschluß des Ministerrats unterbrochen worden. Vgl. MINN, Nr. 102 v. 17. 4. 1924.

¹⁰ „Das Bayerische Vaterland“, 1869 als Kampfblatt der katholischen Volkspartei gegründet, wurde bis 1902 von J. B. Sigl herausgegeben und erlangte als das extremste partikularistische Blatt der bayerischen Pressegeschichte Berühmtheit, es erschien bis 1936.

eine solche Diktatur des Stahlhelm durchaus abgelehnt werden, weil sie hier keinen Boden hätte und noch rascher als die jetzige zentralistische Innenpolitik zu einer Zertrümmerung Deutschlands führen würde. Glücklicherweise habe Kronprinz Rupprecht das ihm angebotene Protektorat über den Stahlhelmtag [im Juni] endgültig abgelehnt. Endlich verstieg sich Graf Arco zu der Behauptung, daß die immerwährende Betonung der Reichsfreudigkeit ein Unding sei, denn bei unbedingter Reichstreue und Reichsfreudigkeit Bayerns werde Berlin immer tun, was es wolle. Eine bayerische Politik der unbedingten Reichstreue sei überhaupt keine Politik, denn um Politik zu machen, brauche man vollständig freie Hand nach jeder Richtung hin. Bayern müßte sich alle Möglichkeiten politischer Gruppierungen innerhalb der deutschen Nation, wie es ja auch Österreich tue, offen halten. Man solle den bisherigen fruchtlosen Kampf um die Selbständigkeit Bayerns von der schmalen Basis nutzloser Verhandlungen zwischen München und Berlin auf eine breitere Plattform durch anderweitige Verhandlungen in anderer Richtung bringen.

[. . .]

Man muß sich hüten, der Rede allzugroße Bedeutung beizumessen, muß sie aber doch auf das Tiefste bedauern. Sie wird dem Zutrauen zu Bayern im Reich Abtrag tun bei Leuten, die die wahren Verhältnisse nicht kennen, und sie wird solchen, die geneigt sind, Bayern wegen mangelnder Reichstreue zu verdächtigen und anzuschwärzen, einen neuen willkommenen Anlaß dazu bieten. [. . .]

Daß die Rede Graf Arcos im Heimat- und Königbund selbst nicht ganz gefallen hat, kann man daraus entnehmen, daß die Münchner Neuesten Nachrichten gestern die Meldung gebracht haben, Graf Arco sei freiwillig aus dem Bund ausgetreten, da die Bundesleitung die von ihm in Straubing gehaltene Rede als ihren Richtlinien widersprechend bezeichnet habe¹¹. Die Freiwilligkeit erscheint danach sehr verdächtig. Mag es hier auch immer Leute geben, bei denen solche partikularistischen Tiraden verfangen, so durfte doch von den maßgebenden Persönlichkeiten auch im Heimat- und Königbund vorausgesetzt werden, daß sie solche unerhörten Äußerungen entschieden ablehnen.

10. Mai 1929 (Nr. 154)

Ministerpräsident Dr. Held, den ich seit seiner Romreise noch nicht wieder gesehen hatte, empfing mich vorgestern. Er äußerte sich über dieselbe in gleicher Weise wie Baron Stengel, wobei er besonders die zuvorkommende Art der Aufnahme durch Mussolini hervorhob. Er sei höchlichst überrascht gewesen, als ihn bei der Ankunft in Rom der Polizeipräsident und ein Ministerialbeamter im Auftrage Mussolinis begrüßt und in den Königssalon geleitet hätten. [. . .]

[. . .]

Auf die jüngsten Vorkommnisse in Berlin übergehend sagte Dr. Held, Herr von Keudell stehe jetzt mit seinem Verbot der Rotfront glänzend gerechtfertigt da¹². Hätte man

¹¹ MNN, Nr. 123 v. 6. 5. 1929.

¹² Reichsinnenminister Keudell hatte im April 1928 die Länder ersucht, den (1924 als Gegen gründung gegen Reichsbanner und Stahlhelm entstandenen) kommunistischen „Roten Frontkämpferbund“ zu verbieten. Die Länder weigerten sich und erhoben (mit Ausnahme Bayerns und Württembergs) Klage vor dem Staatsgerichtshof. Erst aufgrund der blutigen

dasselbe damals durchgeführt, so wären einem die blutigen Kämpfe der ersten Maitage erspart geblieben. Die Bayerische Regierung hätte die Rotfront verboten, auch wenn dies in Preußen nicht geschehen und wenn es nicht vom Reich empfohlen worden wäre. Man beabsichtige noch weiter zu gehen und auch die Versammlungen in geschlossenen Räumen und die kommunistische Zeitung zu verbieten. Es sei unglaublich, daß die Frankfurter Zeitung jetzt über die Berliner Polizei herfalle, die doch nur unter den schwierigsten Bedingungen ihre Pflicht erfüllt habe, das sei nur bei einem Judenblatt möglich; die Vossische Zeitung, die doch auch demokratisch sei, habe es nicht getan.

Ich brachte den Ministerpräsidenten dann auf den bevorstehenden Stahlhelmtag zu sprechen und frug, ob man demselben ohne Besorgnis entgegensehe. Dies bejahte derselbe und meinte, es würden alle Maßnahmen getroffen, die einen ungestörten Verlauf sicherstellen könnten. Der Kronprinz habe glücklicherweise das Protektorat nun endgültig abgelehnt, nachdem die verschiedenen Organisationen ihn je nach ihrer Richtung zu beeinflussen gesucht hätten. Es sei eben tief bedauerlich, daß unter den vaterländischen Verbänden und Organisationen in Bayern so wenig Zusammenhalt und Einigkeit bestehe. Solche sei ja im Stahlhelm vorhanden, aber der Stahlhelm passe nicht für Bayern, er sei eine durchaus preußische Einrichtung. Komme es einmal zu Unruhen, die irgendwie auch mit dem Verhältnis zwischen Bayern und Reich im Zusammenhang stünden, so hätte man am Stahlhelm keine Stütze wegen seiner absolut preußischen Orientierung. [. . .]

Man hat in den letzten Wochen hier viel über die Frage der Abberufung des Gesandten von Preger sprechen hören¹³, wobei behauptet wurde, Preger stelle sich auf den Standpunkt, daß er nicht abberufen und auf Wartegeld gesetzt werden könne. Als „nichtpolitischer“ Beamter könne er nur auf einen mindestens gleichwertigen Posten versetzt werden, als welcher wohl derjenige eines Regierungspräsidenten in Betracht käme. Es wurde sogar behauptet, man habe Herrn von Preger eine Geldentschädigung angeboten, wenn er von seinem Berliner Posten zurücktrete, er habe dies aber abgelehnt. Diese Gerüchte gaben mir Anlaß, den Ministerpräsidenten zu fragen, ob wohl eine Abberufung Pregers demnächst beabsichtigt sei. Er verneinte dies und sagte mir, er habe mit Herrn von Preger eine gründliche Auseinandersetzung gehabt, die die Verhältnisse geklärt habe. Man sei der Ansicht, daß es unter den gegenwärtigen Verhältnissen unangebracht wäre und zu falschen Deutungen Anlaß geben könnte, wenn man in der Besetzung der Berliner Gesandtschaft jetzt einen Wechsel eintreten ließe. Herr von Preger habe ja gewiß seine großen Verdienste, die er gewiß nicht bestreiten wolle. Er habe bei der Beratung der Reichsverfassung für Bayern gearbeitet, ohne in München eine Regierung zu haben, an der er einen Rückhalt hätte haben können. Er habe aber persönliche Eigenschaften, die schon von seiner hiesigen Tätigkeit bekannt gewesen seien und die auch seine Stellung in Berlin erschwerten. Er trete schroff und anmaßend auf und das empfinde man auch im Reichsrat, wo er es nament-

Zusammenstöße zwischen kommunistischen Demonstranten und der Polizei in Berlin am 1. Mai 1929 wurde der Rote Frontkämpferbund am 6. Mai in Preußen und nach einer Konferenz der Innenminister am 10. Mai in allen übrigen Ländern verboten. Vgl. Jasper, Schutz der Republik, S. 162ff.

¹³ Anfang März hatte die Münchener Zeitung sogar berichtet, es liege ein fester Ministerratsbeschuß vor, daß Preger in absehbarer Zeit abberufen werde. Vgl. EGK, 1929, S. 46.

lich gar nicht verstanden habe, sich mit den preußischen Provinzialvertretern gut zu stellen, mit denen zusammenzuarbeiten doch gerade von besonderem Wert wäre¹⁴. Der Württembergische Gesandte Bosler verstehe das viel besser.

[. . .]

29. Mai 1929 (Nr. 167)

Am letzten Samstag und Sonntag [25./26. Mai] wurde hier vom Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold ein großer Südbayerischer Republikanischer Tag veranstaltet, der ohne jede Störung verlief. Man wird wohl nicht fehlgehen, wenn man darin eine Gegendemonstration gegen den am nächsten Sonntag hier stattfindenden großen Stahlhelmtag erblickt. Zu der Tagung hatten sich zahlreiche Ortsgruppen aus Bayern, sowie auch aus Württemberg eingefunden, norddeutsche Reichsbannerverbände und der Österreichische Republikanische Schutzbund¹⁵ waren durch Abordnungen vertreten. Am Samstag fanden in verschiedenen großen Sälen Versammlungen statt, bei welchen der Bundespräsident Hörsing und der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Dr. Hoegner sprachen. An dem großen Festzug am Sonntag vormittag, an den sich eine Kundgebung unter freiem Himmel anschloß, sollen sich ungefähr 10 000 Personen beteiligt haben. Bei dieser Kundgebung sprachen auch der Bauernbundführer Kübler und der Führer der österreichischen Abordnung, Wagner, aus Innsbruck. An den sozialdemokratischen Parteitag in Magdeburg wurde ein Begrüßungstelegramm abgesandt.

201

4. Juni 1929 (Nr. 174)

Der Reichsfrontsoldatentag [am 1./2. Juni] hat hier einen imposanten Verlauf genommen, und es ist dabei zu irgendwelchen Störungen der öffentlichen Ordnung nicht gekommen. Man schätzt die Zahl der Teilnehmer auf über 100 000 Mann, und diese Besuche aus allen Teilen des Reiches beherrschten das hiesige Straßenbild vollkommen. Die Aufnahme von Seiten des Publikums war eine durchaus sympathische, stellenweise sogar begeisterte. Eine auffallend warme Begrüßung wurde den Teilnehmern aus Groß-Berlin im Festzug zuteil. Die Beflaggung war in den einzelnen Straßen verschieden, man sah meist schwarz-weiß-rote Fahnen. Viele Lücken entstanden dadurch, daß die staatlichen und städtischen Gebäude nicht beflaggt waren. Dies war selbstverständlich, allein es fiel auf, daß z. B. auch die großen Banken keine Fahnen zeigten.

Ministerpräsident Dr. Held empfing die beiden Bundesführer des Stahlhelm Seldte und Duesterberg, sowie den Führer des bayerischen Stahlhelm, Oberst von Lenz. Nach Zeitungsmittelungen hatten diese Stahlhelmführer dabei Gelegenheit, dem

202

¹⁴ Nach Artikel 63 RV wurde die Hälfte der Preußen zustehenden Stimmen im Reichsrat von der preußischen Regierung, die andere Hälfte von den einzelnen Provinzialvertretern abgegeben. Vor allem die Vertreter der östlichen preußischen Provinzen stimmten öfters zusammen mit Bayern gegen die preußische Regierung.

¹⁵ Der im April 1923 gegründete Republikanische Schutzbund war aus den 1919 entstandenen Arbeiterwehren hervorgegangen und diente dem Reichsbanner Schwarz Rot Gold in Deutschland als Vorbild. Die Zusammenarbeit zwischen Reichsbanner und Schutzbund war sehr eng.

Ministerpräsidenten in einer längeren Unterredung die Ziele des Stahlhelm und dessen politische, nationale und föderalistische Einstellung eingehend klarzulegen und bisher in Bayern darüber bestehende Unklarheiten richtigzustellen. Der Ministerpräsident verließ darauf München, um an den Gebirgsmanövern der Reichswehr teilzunehmen, die in der Gegend von Garmisch stattfanden, so daß er während der eigentlichen Stahlhelmtage nicht hier weilte. Die Ausführungen der Stahlhelmführer scheinen nicht sehr überzeugend auf den Ministerpräsidenten gewirkt zu haben, sonst würde man nicht in einem Leitartikel seines „Regensburger Anzeigers“ den Satz finden: „Man streiche die spezifisch militärische Aufmachung, man verzichte auf alles, was wir ohne jeglichen herabsetzenden Nebenton als Soldatenspielerei bezeichnen wollen, und der Stahlhelm wäre erledigt.“ Die München-Augsburger Abendzeitung bemerkt dazu: „Man streiche in der Bayerischen Volkspartei die spezifisch bayerische Aufmachung, man verzichte auf alles, was wir ohne jeglichen herabsetzenden Nebenton als monarchische Spielerei bezeichnen wollen, und die Bayerische Volkspartei wäre erledigt.“

[. . .]

Leider ist der Stahlhelm auch hier wieder in den Fehler verfallen, sich in politische Fragen einzumischen, indem die Forderung aufgestellt wurde, das deutsche Volk solle der Reichsregierung die Zustimmung zu den in Paris vorbereiteten Tributzahlungen¹⁶ verweigern. Die Bewegung der deutschen Frontsoldaten, die seit 10 Jahren Träger des Kampfes gegen den inneren und äußern Bolschewismus sei, habe die Pflicht, Deutschland und die Welt in letzter Stunde zu warnen. Wirtschaftlich führe der Young-Plan unbedingt zur Verelendung der deutschen Massen, seelisch vernichte er die Grundlagen der christlichen Gesittung und Staatsgesinnung, weil er das deutsche Volk vor sich selbst und der Welt unehrlich mache. So müsse Deutschland zum Bolschewismus treiben, u.s.w.

[. . .]

Das bedeutungsvollste Ergebnis des hiesigen Stahlhelmtages scheint mir das zu sein, daß die Bayern einmal gesehen haben, daß nicht sie allein den Patriotismus gepachtet haben, während das ganze übrige Deutschland rot sei, sondern daß gerade in den Teilen des Reichs, die unter einer sozialdemokratischen Mehrheit stehen, der vaterländische Gedanke besonders eifrig gepflegt wird. Außerdem mußte den Bayern die geschlossene Einheit des Stahlhelms bei der eigenen jämmerlichen Zerrissenheit in der vaterländischen Bewegung doch wohl einiges zu denken geben.

14. Juni 1929 (Nr. 189)

203

Die Landesleitung Bayern des Stahlhelm gibt bekannt, daß die gewaltigen Eindrücke des Stahlhelmaufmarsches in München dem Stahlhelm einen großen Zustrom neuer Mitglieder in München und ganz Bayern gebracht haben, daß insbesondere auch drei Angehörige des Königlichen Hauses, die Prinzen Ludwig-Ferdinand, Alfons und Adalbert, dem Stahlhelm beigetreten seien und zu Ehrenmitgliedern ernannt worden

¹⁶ Die Pariser Konferenz zur Revision des Dawes-Abkommens stand unmittelbar vor dem Abschluß. Am 7. Juni wurde der Young-Plan unterzeichnet, der Deutschland die wirtschaftliche und finanzielle Souveränität (durch den Fortfall des Kontrollsystems und der Reparationskommission) zurückgab. Die gegenüber dem Dawes-Plan herabgesetzten deutschen Zahlungsverpflichtungen sollten bis 1988 abgetragen werden.

seien. Die ihnen angebotene Ehrenmitgliedschaft hätten auch Großadmiral Tirpitz, Generaloberst Graf Bothmer und die Generale Freiherr von Gëbsattel und von Hurt angenommen.

Der Eintritt der Prinzen in den Stahlhelm muß nach der Stellungnahme, die bisher der Kronprinz dem Stahlhelm gegenüber eingenommen hat, einigermaßen wundernehmen. Dem Stahlhelm ging hier der Ruf voraus, antiföderalistisch zu sein. Diese Bedenken scheint die Bundesleitung teilweise zu zerstreuen vermocht zu haben, indem sie für die hiesige Tagung die Parole ausgab, die föderalistische Einstellung des Stahlhelm hervorzuheben. In einem Rundschreiben an die Gauleitungen soll sie allerdings mitgeteilt haben, daß dies nicht so ernst gemeint sei.

[. . .]

Die Stahlhelmtagung hat hier entschieden einen tiefen Eindruck hinterlassen, und es erscheint die Mitteilung von dem dadurch bewirkten starken Mitgliederzuwachs sehr begreiflich. Derselbe wäre noch größer, wenn jede Einmischung in die Politik unterblieben wäre. Man sagt sich hier namentlich, daß die von dem Stahlhelm geforderte Vermehrung der Macht des Reichspräsidenten sehr zweischneidig sei und man sie zwar einem Hindenburg gerne gönnen würde, daß aber dieselbe in den Händen eines linksgerichteten Nachfolgers gerade einer Bewegung wie dem Stahlhelm unheilvoll werden könnte.

20. September 1929 (Nr. 276)

Wie ich Äußerungen entnehme, die ich im Staatsministerium des Äußern gehört habe, ist man hier etwas nervös über die Entwicklung, welche die österreichischen Heimwehren¹⁷ in letzter Zeit genommen haben, besonders im Zusammenhang mit den diesbezüglichen Äußerungen Hörsings für das Reichsbanner und Duesterbergs für den Stahlhelm. Man fürchtet, daß Bayern, als einziges deutsches Land, das an Österreich grenzt, in eine schwierige Lage kommen könnte, wenn es in Österreich zwischen Heimwehren und Schutzbund zu ernsteren Zusammenstößen käme und die erwähnten deutschen Organisationen Neigung zum Eingreifen zeigen sollten. Das Vertrauen, daß die Reichsregierung scharfe Maßnahmen ergreifen würde, um die Grenze für Reichsbannerleute zu sperren, die dem Schutzbund zu Hilfe kommen wollten, ist nicht sehr groß, und die Gefahr, daß dann vaterländische Verbände Bayerns das Reichsbanner am Überschreiten der Grenze von sich aus zu verhindern suchen könnten, stimmt hier recht bedenklich.

204

¹⁷ Die österreichische Heimwehr hatte ihren Ursprung in der Heimatschutzbewegung und verfolgte zunächst ähnliche Ziele wie die Einwohnerwehr in Deutschland. Zwischen Bayern und Österreich gab es zahlreiche Verbindungen (Orgesch und Organisation Kanzler). Nach dem Brand des Wiener Justizpalastes im Juli 1927 verstärkte sich die Frontstellung gegen die österreichische Sozialdemokratie, die Heimwehrebewegung radikalisierte sich mit der Zielsetzung eines ständisch-autoritären Staates anstelle der parlamentarischen Demokratie. Auf dem Münchner Reichsbannertag hatte Hörsing erklärt: „Sollten aber die Heimwehrleute zu frech werden, dann solle der Schutzbund nicht vergessen, daß es in Deutschland Hunderttausende von Reichsbannermitgliedern gebe, die die Faust nicht nur in der Tasche ballen, sondern sie auch zu gebrauchen wissen.“ (MNN, Nr. 142 v. 27. 5. 1929). Auf einer Stahlhelmkundgebung in Lüneburg hatte Duesterberg mit entsprechenden Drohungen gegen das Reichsbanner geantwortet. Vgl. Rohe, Reichsbanner, S. 207.

3. November 1929 (Nr. 314)

205

Die im Verlag der Münchner Neuesten Nachrichten erscheinende Telegrammzeitung hat in ihrer Nummer vom 1. [November] einen Artikel über Hitler und Kronprinz Rupprecht gebracht, den ich in der Wiedergabe des Hauptblattes anbei vorzulegen mich beehre¹⁸. Wie aus der auf dem gleichen Ausschnitt befindlichen Mitteilung hervorgeht, bestreitet Hitler die in diesem Artikel wiedergegebenen Vorgänge.

Der Kabinettschef des Kronprinzen, Graf Soden, den ich darüber sprach, hat mir gesagt, daß die Darstellung der Vorgänge in dem Artikel der Telegrammzeitung in allem Wesentlichen richtig sei. Nicht glücklich gewählt sei die Überschrift des Artikels gewesen, die von einer Bedrohung des Kronprinzen durch Hitler gesprochen habe. Er könne mich versichern, daß der Artikel nicht von ihm stamme. Ich erwiderte ihm, daß ich allerdings nie auf den Gedanken gekommen wäre. Es befindet sich aber im Redaktionsstab der Münchner Neuesten Nachrichten ein Vetter des Grafen Soden, Freiherr von Aretin, und der Gedanke liegt nahe, daß das Blatt auf diesem Wege von dem Vorfall Kenntnis erhalten hat.

Graf Soden erzählte mir, der Kronprinz habe nie aus seiner Gegnerschaft gegen das Volksbegehren¹⁹ in der vorliegenden Fassung ein Hehl gemacht und hätte auch nichts dagegen gehabt, wenn dies in weiteren Kreisen bekannt geworden wäre. Es habe ihm aber ferngelegen, dies verkünden zu lassen und seinen Namen zu einer Propaganda gegen das Volksbegehren herzugeben. Es sei daher die Art, wie der Abgeordnete Loibl seine Kenntnis von der Stellung des Kronprinzen zum Volksbegehren verwertet habe, nicht geschickt und nicht in dessen Sinn gewesen.

Graf Soden bedauerte aufs tiefste, daß Hitler und seine Bewegung durch das Verhalten der Deutschnationalen wieder einen solchen Auftrieb bekämen. Hitler selbst sei doch nur pathologisch zu nehmen. Die Vorgänge am Telefon bei der Stellung des Ultimatums hätten sich sehr dramatisch abgespielt. Er habe schließlich das Gespräch mit heftigen Worten abgebrochen und den Ausdruck Unverschämtheit gebraucht. [. . .]

[. . .]

28. November 1929 (Nr. 337)

206

In den Kreisen der Bayerischen Volkspartei herrscht über den Verlauf des Parteitags große Befriedigung, wie ich aus den Äußerungen verschiedener Persönlichkeiten entnehmen konnte, besonders des Vorsitzenden der Partei Dr. Schäffer. Der Regieplan,

¹⁸ MNN, Nr. 298 v. 2. 11. 1929 („Ultimatum an Kronprinz Rupprecht“). Hitler hatte versucht, von Kronprinz Rupprecht ein Dementi einer Erklärung des BVP-Abgeordneten Loibl, wonach Rupprecht das Volksbegehren gegen den Young-Plan ablehne, zu erhalten. Der Beauftragte Hitlers, der deswegen mit dem Kabinettschef Soden telefonierte, hatte angeblich gedroht, Hitler werde aus einer Weigerung „die Konsequenzen ziehen, den Kronprinzen und die monarchische Idee in der Öffentlichkeit aufs schärfste zu bekämpfen“, falls der Kronprinz nicht eine von Hitler formulierte Erklärung zugunsten des Volksbegehrens der Presse übergebe.

¹⁹ Das von der „nationalen Einheitsfront“ (NSDAP und DNVP) angestrebte Volksbegehren gegen den Young-Plan und die Anerkennung der Kriegsschuld („Freiheitsgesetz“) erreichte mit 4,1 Millionen Eintragungen (16.–29. Oktober) zwar gerade das erforderliche Minimum, der darauf folgende Volksentscheid am 22. Dezember blieb mit 5,9 Millionen Stimmen (13,8 %) jedoch erfolglos.

den sich der Letztere ausgedacht hatte, wonach die hiesigen Teilnehmer sich in den Fragen des Föderalismus etwas zurückhalten und nur den österreichischen Herren gewissermaßen den Ball zuwerfen sollten, so daß diese dann sich ausführlicher darüber äußern müßten, erfuhr durch das Auftreten des preußischen Abgeordneten Heß eine Änderung, die hier nur auf das freudigste überraschte²⁰. Sein Eintreten für den Föderalismus wird hier sehr hoch gewertet, da er, wenn auch nicht Fraktionsvorsitzender, so doch die führende Persönlichkeit im Zentrum des Preußischen Landtags sei, während der alte Porsch daneben eigentlich keine Rolle mehr spiele. Daß dieses Eintreten des Abgeordneten Heß für den Föderalismus gerade auf Münchner Boden erfolgt sei, verleihe demselben eine noch erhöhte Bedeutung.

Der Leiter der Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz, mit dem ich darüber sprach, sagte, wer auf Grund dieses Auftretens des Abgeordneten Heß mit einer baldigen Wiedervereinigung von Zentrum und Bayerischer Volkspartei rechnen wollte, könnte sich enttäuscht sehen. So weit sei es noch nicht, aber durch den Vorstoß des Abgeordneten Heß müßten nun die Fragen in der Zentrumsparlei geklärt werden, die die Vorbedingung für den vollen Zusammenschluß bildeten. Daß Heß dabei keinen leichten Stand haben werde, zeigten schon verschiedene Äußerungen aus der Zentrumspresse, besonders der Kölnischen Volkszeitung. Trotzdem müsse man den Äußerungen des Abgeordneten Heß den größten Wert beimessen und die Bayerische Regierung könne daraus neuen Mut schöpfen in ihrem Kampf um die Erhaltung der Selbständigkeit der Länder.

Ich sprach dann mit Herrn Schwend über die angebliche Gefährdung der bayerischen Regierungskoalition durch das Volksbegehren und seine Begleiterscheinungen, wobei er meinte, eine latente Krise bestehe und werde solange bestehen, als die deutsch-nationale Volkspartei in Bayern Herrn Hugenberg Gefolgschaft leiste. Es gehe nicht an, daß eine Regierungspartei mit einer ausgesprochenen Oppositionspartei zusammengehe und dieselbe dadurch, wenn auch vielleicht ohne es zu wollen und sogar zu ihrem eigenen Schaden, stärke. Gerade die Schwächung, die die deutsch-nationale Partei dadurch erleide, daß sie mit den Nationalsozialisten paktiere, müsse die Bayerische Volkspartei bedenklich stimmen, und sie könne im Interesse der Koalition nur wünschen, daß die Partei möglichst stark bleibe und nicht zu viele ihrer Wähler an die Nationalsozialisten verliere. Diese Gefahr sei leider sehr groß und darin liege der Gefährpunkt für das Weiterbestehen der Koalition. Die gegenseitigen Anrempelungen in der Presse sei man ja schon gewohnt, [. . .] aber zu einer Wiederkehr der Zustände von 1923 werde es die Bayerische Volkspartei unter keinen Umständen kommen lassen. Das sei der ausschlaggebende Gedanke. In den führenden Kreisen der Bayerischen Volkspartei wünsche man keine Lösung der Koalition, man sei aber auch fest entschlossen, dieselbe nicht zu einem *noli me tangere* werden zu lassen und auf ein Zusammenarbeiten mit den Deutsch-Nationalen zu verzichten, wenn durch ihre Haltung die nationalsozialistische Bewegung wieder in einer Weise anschwellen, daß eine neue Gefährdung der öffentlichen Ordnung durch dieselbe zu befürchten sei. Deswegen brauche man sich noch nicht gleich in die Arme der Sozialdemokraten zu

²⁰ Der BVP-Parteitag hatte am 23. und 24. November unter zahlreicher Beteiligung österreichischer Christlich-Sozialer stattgefunden. Schuschnigg hatte sich sehr engagiert für den Anschluß ausgesprochen. Der Zentrumsabgeordnete Heß betonte vor allem, daß der Vertreter Preußens in der Länderkonferenz, Brecht, nicht die Mehrheit der preußischen Landtagsabgeordneten hinter sich habe.

werfen. In weiten Kreisen der Bayerischen Volkspartei bestehe allerdings eine Stimmung, die einem Zusammengehen mit den Sozialdemokraten nicht ganz abgeneigt sei, nicht aus Hinneigung zu denselben, sondern aus einer gewissen Resignation über das Versagen der Deutsch-Nationalen. Die Ansicht sei in der Partei weit verbreitet, daß man mit den Sozialdemokraten in mancher Hinsicht leichter regieren könnte. Es gebe sogar Leute, die meinten, daß man im Kampf um den Föderalismus sich mit den Sozialdemokraten zusammen leichter tun werde, als bisher. [. . .]

6. Dezember* 1929 (Nr. 350)

207

[. . .]

[. . .] Die National-Sozialisten sind wieder sehr tätig und veranstalten zahlreiche Umzüge und Versammlungen. Vorgestern hatten sie in verschiedenen Sälen der Stadt zu gleicher Zeit 20 Versammlungen einberufen. Die Berichte in den Organen der Partei sprechen von einer ungeheuren Anzahl von Teilnehmern, die bis zu 35 000 betragen habe. Der Polizeipräsident, den ich gestern sprach, sagte mir, er habe die Teilnehmer durch seine Beamten zählen lassen, und es seien in sämtlichen Versammlungen zusammen nicht mehr als 7000 gewesen. Um das Fiasko zu verschleiern, habe man mit Lastwagen die Teilnehmer aus einer Versammlung in die andere geführt. [. . .]

* In der Ausfertigung und im Entwurf falsch datiert („6. November 1929“).

25. Januar 1930 (Nr. 43)

Der starke Aufschwung, den die nationalsozialistische Bewegung in der letzten Zeit wieder genommen hat, macht sich besonders auch an den Hochschulen bemerkbar. Schon bei der Akademischen Feier der Technischen Hochschule Anfang Dezember war mir aufgefallen, daß eine Bank mit Studenten in nationalsozialistischer Uniform, einer Khaki-Bluse mit Hakenkreuzarmbinde, besetzt war. Bei der Reichsgründungsfeier der Universität [am 18. Januar] hatte eine Abteilung in dieser Uniform am Eingang in die große Aula Aufstellung genommen, nicht im Zusammenhang mit den chargierenden Abordnungen der Korporationen, aber sich an dieselben anschließend. Als ich mit den Ehrengästen den Saal verließ, hörte ich von dieser Abteilung das Kommando „Stillgestanden“ und es hieß, das beziehe sich auf den vor mir gehenden Herrn von Kahr. Nach dem Völkischen Beobachter¹ war das Kommando „Stillgestanden“ beim Ausmarsch der Gäste erfolgt, und als Herr von Kahr vorbeikam, wurde ihm durch das Kommando „Rührt Euch“ das Mißfallen bezeugt, während gleich nach seinem Vorübergehen wieder „Stillgestanden“ kommandiert wurde, was ich eben gehört hatte. Diese Zeitung erwähnt auch, daß die Abteilung die „historische Marsfeldstandarte“ mit sich geführt habe. Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz schreibt dazu, über das flegelhafte Benehmen gegen einen Ehrengast der Hochschule sei kein Wort zu verlieren, im übrigen zeige der Vorfall aber, wieweit es an der Münchner Universität bereits gekommen sei und welche Perspektiven sich für die Zukunft eröffnen, wenn dem Bestreben der Nationalsozialisten, die Universität zum Exerzierplatz ihrer parteipolitischen Übungen zu machen, nicht bald ein Riegel vorgeschoben werde. Das Ansehen der Universität stehe auf dem Spiel. Wie ich von einem Mitglied des Lehrkörpers der Universität gehört habe, wird die Angelegenheit vom Rektorat weiter verfolgt, und es sollen Maßnahmen getroffen werden, die eine Wiederholung solcher Ungehörigkeiten ausschließen.

Auch im Stadtrat machen die Nationalsozialisten sich im Bewußtsein der Stärke ihrer Vertretung sehr bemerkbar, indem sie Antrag über Antrag einbringen. Meist werden dieselben jedoch abgelehnt. [. .]

In den letzten Tagen ist Hitler selbst auch wieder dadurch in den Vordergrund des Interesses getreten, daß die Privatklage gegen die Telegramm-Zeitung, die er in der Angelegenheit der Stellungnahmen des Kronprinzen zum Volksbegehren angestrengt hatte, zur Verhandlung gekommen und daß gestern das Urteil verkündet worden ist. Hitler fühlte sich getroffen durch den Vorwurf, daß er den Kronprinzen habe terrorisieren wollen, und der beklagte Schriftleiter der Telegramm-Zeitung hat Widerklage erhoben, weil Hitler seine Zeitung als ein Mistblatt bezeichnet hatte. Es sind nun der Beklagte und der Widerbeklagte je zu einer Geldstrafe von 400 Mark verurteilt worden, die aber bei Hitler im Uneinbringlichkeitsfall in 8 Tage Haft, bei dem Schriftleiter in 8 Tage Gefängnis umgewandelt werden kann, außerdem hat Hitler nur ein Viertel, der Schriftleiter der Telegramm-Zeitung drei Viertel der Kosten zu tragen. [. .]

¹ VB, Nr. 17 v. 22. 1. 1930 („Unsere Standarten in der Münchener Universität. Wie der nationalsozialistische Studentenbund Herrn von Kahr begrüßte“).

Der Hauptvorwurf, den man dem Grafen Soden sowie den anderen Herren der Umgebung des Kronprinzen machen muß, ist der, daß sie überhaupt sich mit Hitler und seinen Leuten eingelassen haben. Wes Geistes dieselben sind, mußten sie doch wissen, nachdem in der berüchtigten Novembernacht im Jahre 1923 Hitler den Kabinettschef des Kronprinzen als Geisel hatte in Haft nehmen lassen. Aber die angeblich nationale Haltung Hitlers hatte immer wieder etwas Anziehendes und man glaubte, ihn doch noch ins weiß-blaue Fahrwasser herüberzuziehen, wozu hauptsächlich auch der Eintritt des Generals von Epp in die nationalsozialistische Partei dienen sollte². Auch dem Kronprinzen selbst kann man Vorwürfe in dieser Richtung nicht ersparen. Wie konnte er seinerzeit überhaupt nur den Plan einer Unterredung mit Hitler hegen, aus der ja allerdings nichts wurde? Es ist derselbe Fehler, den Kahr einst als Ministerpräsident und später als Staatskommissar begangen hat, daß er zu jedem Zutrauen hatte und ihn mit offenen Armen aufnahm, von dem er gehört hatte, daß er rechtsgerichtet sei, während sich darunter doch so viele zweifelhafte Persönlichkeiten und Abenteurer befanden. Daß Hitler nicht monarchistisch, jedenfalls nicht bayerisch-monarchistisch gesinnt ist und es nie war, darüber besteht kein Zweifel, sollte er eine Zeitlang sich so gebärdet haben, als sei er für die Wiedererrichtung der Monarchie in Bayern, so gewiß nur aus dem Grunde, weil er glaubte, auf diese Weise hier mehr Anhänger zu bekommen, worin er sich nicht getäuscht hat. Aber auch wenn man Hitler selbst in der Umgebung des Kronprinzen nicht recht erkannt hat, so mußte man doch schon aus Reinlichkeitsgründen sich von ihm und seiner höchst zweifelhaften Gefolgschaft absolut fernhalten.

14. Februar 1930 (Nr. 78)

209 Bei einem geselligen Beisammensein erzählte Ministerpräsident Dr. Held in engerem Kreise, die Reichsregierung habe vor einiger Zeit bei der Bayerischen Regierung angefragt, wie sie sich zur Zulassung einer Wirtschaftsstelle der sowjet-russischen Handelsvertretung in Berlin für München stellen würde. Die Bayerische Regierung habe sich dagegen ablehnend verhalten. Nach kurzer Zeit habe man aber festgestellt, daß die betreffende in Aussicht genommene Persönlichkeit sich doch hier niedergelassen habe und mit Sprengstoffen Handel treibe. Zur Rede gestellt, habe dieser Mann angegeben, Bevollmächtigter der Berliner russischen Handelsvertretung zu sein. Man habe daher in Berlin angefragt, ob er die Exterritorialität genieße, und als dies verneint worden sei, habe man ihn ausgewiesen. Darüber sei man in Berlin im Auswärtigen Amt sehr entsetzt, weil sich daraus diplomatische Schwierigkeiten mit Rußland ergeben würden.

Weiter erzählte der Ministerpräsident bei derselben Gelegenheit, man habe in gewissen Zeitungen Bayern den Vorwurf gemacht, daß es mit seiner Stellungnahme zum Youngplan im Reichsrat die Absicht verfolgt habe, bei der Steuerreform Vorteile für sich herauszuschlagen³. Das heiße doch „Haltet den Dieb!“ Denn wer in

² Epp war für die Reichstagswahlen im Mai 1928 als Spitzenkandidat der NSDAP für die drei rechtsrheinischen bayerischen Wahlkreise aufgestellt worden. Er war kurz vorher der NSDAP beigetreten, nachdem er schon lange mit Hitler sympathisiert und 1920 den Erwerb des VB finanzieren geholfen hatte. Vgl. VB, Nr. 101 v. 1. 5. 1928.

³ Held hatte am 5. Februar im Reichsrat die bayerische Zustimmung zum Young-Plan von der gleichzeitigen Sanierung der deutschen Finanzen durch eine Finanzreform abhängig

Wirklichkeit die Youngplan-Abstimmung im Reichsrat benützt habe, um für sich Vorteile, und zwar sehr bedeutende, herauszuschlagen, das sei die Preußische Regierung gewesen. Er habe am Morgen vor der Sitzung gehört, daß Preußen auch gegen den Youngplan stimmen werde und daß Staatssekretär Weismann zur Zeit noch mit dem Reichskanzler wegen Forderungen Preußens verhandle. In der Sitzung habe nun Preußen wider Erwarten vorbehaltlos dem Youngplan zugestimmt und, wie er erfahren habe, habe Weismann diese Zustimmung davon abhängig gemacht gehabt, daß der Preußischen Regierung Vorteile im Zusammenhang mit dem Polenvertrag zugesichert würden. Dies sei geschehen, und zwar handle es sich um Milliardenwerte. Davon werde natürlich nicht geredet.

20. Februar 1930 (Nr. 88)

Während die Deutsch-Nationale Partei in Bayern Absplitterungen, wie sie die Partei im Reiche infolge der Hugenberg-Krise zu verzeichnen hatte, nicht erlitten hat, erfolgt nun auf einmal, allerdings aus anderen Gründen, eine Loslösung eines wichtigen Bestandteiles der Partei, nämlich des National-Liberalen Landesverbandes in Bayern, der sich seit dem Herbst 1927 mit der Deutsch-Nationalen Partei auf Grund eines Bündnisvertrages verschmolzen hatte.

Die liberale Partei im alten Bayerischen Landtag hatte ja die verschiedensten Richtungen umfaßt, man kann fast sagen, alles, was nicht zum Zentrum einerseits oder zu den Sozialdemokraten andererseits gehörte, denn die übrigen Parteien spielten keine wesentliche Rolle. Die Bestandteile dieser Partei sind nun nach dem Umsturz die verschiedensten Wege gegangen. Ein Teil wandte sich der demokratischen, ja sogar der sozialdemokratischen Partei zu, ein anderer ging in der Deutsch-Nationalen Partei auf, die gerade in Bayern auf eine Durchsetzung mit liberalen Elementen einen gewissen Wert legte. Was übrig blieb, bildete die Deutsche Volkspartei, die eben dadurch zu geringer Bedeutung verurteilt schien. Ihr rechter Flügel spaltete sich zudem ab und trat als National-Liberaler Landesverband in einen Dauerbündnisvertrag mit den Deutsch-Nationalen.

In diesem Verhältnis ist nun ein Bruch eingetreten, der dadurch zur Kenntnis der Öffentlichkeit gelangt ist, daß die Münchener Post in der Lage war, einen Brief zu veröffentlichen, den der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Dr. Sachs unter dem 8. [Februar] an die Hauptgeschäftsstelle der Deutsch-Nationalen Partei in Bayern gerichtet hat⁴. In diesem Briefe teilt er mit, daß der Landesvorstand der National-Liberalen Partei in seiner Sitzung vom 25. [Januar] folgendes beschlossen habe: Nachdem der Bündnisvertrag vom Jahre 1927 durch das Verhalten des Vorsitzenden der Deutsch-Nationalen Partei zerrissen worden sei, habe der National-Liberale Landesverband seine volle politische und organisatorische Handlungsfreiheit wieder gewonnen, davon werde er bei etwaigen Neuwahlen Gebrauch machen; die Zahlungen an die Partei würden sofort eingestellt; die vertragsmäßig in den Parteivorstand abgeordneten Vertreter würden zurückgezogen; an solchen Stellen, wo im vaterländischen Interesse eine ständige Fühlungnahme zwischen Deutsch-Nationalen und Na-

gemacht und die Vertagung der Annahme des Young-Plans gefordert. Die Anträge wurden abgelehnt, Bayern übte deshalb bei der Abstimmung Enthaltung. Vgl. EGK, 1930, S. 15 ff.

⁴ Münchener Post, Nr. 40 v. 18. 2. 1930 („Weg mit Dr. Hilpert!“).

tional-Liberalen Vertretern unerlässlich sei, würden die Letzteren künftig größtmögliche Zurückhaltung üben und sich auf das notwendige Maß praktischer Zusammenarbeit beschränken; neue vertragsmäßige Bindungen mit der Deutsch-Nationalen Partei seien nur denkbar, wenn dieselbe sich eine staatspolitisch weitblickende und organisationstechnisch weitherzige Führung schaffe.

Die äußere Ursache des Bruches ist, wie auch aus dem Schreiben selbst hervorgeht, eine Benachteiligung der National-Liberalen bei den Nürnberger Gemeindewahlen, wo der Führer der Deutsch-Nationalen, Dr. Hilpert, die mühselig zustandegekommene schwarz-weiß-rote Einigung zerschlagen und die Einreichung einer gesonderten Deutsch-Nationalen Liste durchgesetzt habe. Der tiefere Grund liegt aber wohl in der Unzufriedenheit mit der Führerschaft, die ja schon länger bei verschiedenen Gruppen besteht und auf das wenig konziliante Verhalten Dr. Hilperts zurückzuführen ist. Gegen ihn und gegen den ehemaligen Landesvorsitzenden der National-Liberalen, Professor Dr. Lent, unter dessen Führung der Zusammenschluß mit den Deutsch-Nationalen erfolgte und der dann ganz in das Lager Hilperts übergegangen war, richten sich denn auch die Hauptvorwürfe, während dem Verhalten des Justizministers Gürtner volle Anerkennung gezollt wird.

[. . .]

Wenn dieser Bruch nicht doch in letzter Stunde rückgängig gemacht wird, so wird die Folge ein engerer Anschluß der National-Liberalen an die Deutsche Volkspartei sein, deren Bedeutung dadurch wieder etwas gehoben würde. Bezüglich etwaiger Rückwirkungen auf die Verhältnisse in der Regierungskoalition ist man wenig besorgt. Der Vorgang dürfte wohl die schon länger bestehende Führerkrise in der Deutsch-Nationalen Partei aus dem latenten in das akute Stadium führen, wobei der sehr geschwächte Gesundheitszustand Dr. Hilperts auch mitsprechen wird.

14. März 1930 (Nr. 118)

211

Ministerpräsident Dr. Held ist gestern morgen von Berlin wieder hierher zurückgekehrt⁵, hat am Morgen einer Ministerratssitzung angewohnt und hat am Nachmittag in einer Fraktionssitzung der Bayerischen Volkspartei über das Ergebnis seiner Reise berichtet. Am Abend leistete er einer Einladung zu einem Essen bei mir Folge und erzählte dabei u. a., sein Erscheinen in Berlin habe gewissermaßen Aufsehen erregt, namentlich in den Kreisen, die es nicht gern sehen, wenn er nach Berlin komme. Er sei mehrfach mit der erstaunten Frage begrüßt worden: „Ja, was tun denn Sie hier?“ Man habe hinter seinem persönlichen Erscheinen Differenzen mit dem Führer der Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei suchen zu müssen geglaubt, namentlich Blätter wie die Vossische Zeitung, das Berliner Tageblatt und die Frankfurter Zeitung hätten seine Reise nach Berlin mit entsprechenden Kommentaren begleitet. Als er im Reichstag auf der Reichsratstribüne gestanden sei, habe man ihm aus den Reihen der Sozialdemokraten zugerufen: „Der arme Leicht!“ Das sei nun alles Unsinn und freie Erfindung, er habe sich immer in voller Übereinstimmung mit Prälat Leicht befunden. Er sehe nicht ein, warum er nicht auch, wenn wichtige Fragen zur Entscheidung stünden, persönlich nach Berlin kommen solle,

⁵ Held hatte sich vom 10.–13. März in Berlin aufgehalten, um die 3. Lesung und Verabschiedung der Youngplan-Gesetze zu verfolgen.

wie das andere leitende Länderminister, die dem Reichstag angehören, doch ohne weiteres täten. Sein Auftreten in Berlin werde aber eben meist als unbequem empfunden. Als er seinerzeit im Reichsrat erschienen sei, weil eine Konferenz der Ministerpräsidenten nicht zusammengerufen worden sei, habe Ministerialdirektor Brecht ausgerufen: „Jetzt kommt der auch noch hierher!“

[. . .]

Am Abend vor seiner Abreise sei er noch beim Reichspräsidenten gewesen, den er in erfreulicher Frische gefunden habe, trotz der Aufregung der letzten Tage. Derselbe habe sich ihm gegenüber beklagt über die Unzahl von Briefen, die ihm von Leuten zgingen, die keine Ahnung von Politik hätten und ihn in der aufdringlichsten Weise über das, was er zu tun hätte, zu belehren suchten. Am meisten schmerze es ihn, daß so viele alte Waffengefährten darunter seien, die seine derzeitige Stellung durchaus mißverstünden und sich leider in ihren, wenn auch von ihrem Standpunkt aus gut gemeinten, Ratschlägen zu Wendungen hinreißen ließen, die für ihn oft beinahe beleidigend seien. Was solle man vollends dazu sagen, wenn ein bayerischer General, den er sehr hoch schätze, seinen Brief an ihn in der Zeitung veröffentlicht habe⁶.

20. März 1930 (Nr. 127)

Das Zentralkomitee der Münchner Katholiken hat am Montag [17. März] eine große Protestkundgebung gegen die religionsfeindlichen Maßnahmen der Moskauer Regierung einberufen, zu der ich auch eine Einladung erhalten hatte, der ich jedoch nicht Folge leisten konnte, da ich bereits eine Einladung beim Präsidenten des Reichsfinanzhofes für den Abend angenommen hatte. Die Kundgebung soll außerordentlich eindrucksvoll gewesen sein und war sehr stark besucht, u. a. von Kardinal Faulhaber, dem Päpstlichen Nuntius und dem Ministerpräsidenten. Der Redner des Abends habe sich als besonders guter Kenner der russischen Verhältnisse erwiesen. [. . .]

Wie mir der Ministerpräsident erzählte, sind zu der gestern im Vatikan veranstalteten Kundgebung gegen Moskau Einladungen an das Diplomatische Corps nicht ergangen, weil man die Vertreter der verschiedenen Nationen, die zu Rußland Beziehungen unterhalten, nicht in Verlegenheit bringen wollte. Dagegen habe man die Mitglieder des Diplomatischen Corps wissen lassen, daß, wenn sie an der Veranstaltung teilzunehmen wünschten, Plätze für sie bereitgestellt seien. Wie er heute bereits einem Bericht des Bayerischen Gesandten entnommen habe, hätten zahlreiche Mitglieder des Diplomatischen Corps hiervon Gebrauch gemacht und der Veranstaltung angewohnt. Aufgefallen sei es, daß Herr von Bergen auf Weisung der Regierung in Berlin ferngeblieben sei. Baron Ritter habe dagegen teilgenommen, und er habe keine Bedenken gehabt, ihm diese Teilnahme zu gestatten, nachdem er selbst an der hiesigen Kundgebung teilgenommen habe.

212

⁶ General Krafft von Dellmensingen hatte in einem offenen Brief, datiert vom 22. Januar, von Hindenburg verlangt, entweder die Unterschrift unter den Young-Plan zu verweigern, oder als Reichspräsident zurückzutreten; veröffentlicht in: Deutschlands Erneuerung 14 (1930), S. 107–108. Vgl. auch Münchener Post, Nr. 38 v. 15./16. 2. 1930.

27. März 1930 (Nr. 135)

213

Die starke Vertretung, welche die Nationalsozialisten seit den letzten Gemeindevahlen im Stadtrat München erlangt haben, hat sich bisher fast nur in der Einbringung von unnötigen und unmöglichen Anträgen betätigt. In der letzten Sitzung des Stadtrats haben die Nationalsozialisten nunmehr ihr wahres Gesicht und ihre geringe Achtung für parlamentarischen Anstand gezeigt. Durch das Verhalten derselben entstand eine regelrechte Keilerei, die der Würde der Versammlung stark Abtrag tat. Die Wiederwahl dreier berufsmäßiger Stadträte, von denen zwei der sozialdemokratischen Partei angehören, gab den Nationalsozialisten Anlaß zur Unzufriedenheit mit der Bayerischen Volkspartei, der sie Zusammengehen mit den Sozialdemokraten vorwarfen. Nachdem sie bei der Wiederwahl Scharnagls zum Oberbürgermeister Hilfe geleistet hatten, meinten sie, nun von der Bayerischen Volkspartei die Wahl eines Nationalsozialisten zum Rechtsrat verlangen zu können. Bei der Beratung über die Änderung der Verdingungsordnung machte sich der Ärger über die Bayerische Volkspartei Luft, als ein Vertreter derselben die Nationalsozialisten als U.S.P.-Ersatz bezeichnete. Es erhob sich ein ungeheurer Skandal, der in Tätlichkeiten auszuarten drohte, dem aber der Oberbürgermeister, wenn auch mit größter Mühe, ein Ende bereiten konnte. Die wiederhergestellte Ruhe dauerte nicht lange, ein Kommunist erklärte, die Nationalsozialisten seien organisierte Arbeitermörder. Dies war das Zeichen zu einem tätlichen Angriff der Nationalsozialisten gegen die Kommunisten und schließlich auch gegen die Sozialdemokraten, die diesen zu Hilfe kamen. Der Kampf, der im Saale mit Stühlen, Tintenfassern und Aschenbechern ausgefochten wurde, griff auch auf die Zuschauertribünen über. Die Erklärung des Oberbürgermeisters, daß die Sitzung geschlossen sei und die Tribünen zu räumen seien, verhallte im allgemeinen Lärm. Aber die Saaldiener machten sich doch an die Ausführung, die Tribünen wurden geräumt und im Saal erloschen die Lichter. Endlich ebten die Wogen der Erregung ab, so daß die Sitzung wieder aufgenommen werden konnte. Dieselbe zeitigte noch ein merkwürdiges Ergebnis, indem die Nationalsozialisten sich bei einer Abstimmung den von ihnen bekämpften Sozialdemokraten und Kommunisten anschlossen, so daß ein sozialdemokratischer Antrag mit diesen Stimmen gegen diejenigen der Bayerischen Volkspartei und der übrigen bürgerlichen Parteien angenommen wurde.

28. März 1930 (Nr. 137)

214

Die Beteiligung des Ministerpräsidenten Dr. Held an der von dem Zentralkomitee der Katholiken Münchens veranstalteten Protestkundgebung gegen die Religionsverfolgungen in Rußland hat der Sowjet-Regierung Anlaß zu einer Beschwerde bei der Reichsregierung gegeben, die nach Zeitungsberichten an die Bayerische Regierung weitergeleitet worden ist. Dies ist aber nicht etwa in schriftlicher Form erfolgt, sondern es hat der Stellvertreter des hiesigen Vertreters der Reichsregierung über die Angelegenheit mit dem Ministerialdirektor der Politischen Abteilung des Staatsministeriums des Äußern eine mündliche Aussprache gehabt. Dabei hat er auf Anregung des Auswärtigen Amts dem Ministerpräsidenten nahelegen lassen, zu erklären, daß er an der Kundgebung nicht in seiner Eigenschaft als Ministerpräsident teilgenommen habe. Dr. Held ist auf diese Anregung nicht eingegangen, und die Antwort, die er hat erteilen lassen, hat den folgenden Wortlaut:

„Die Veranstaltung war eine Veranstaltung des Volksvereins für das katholische Deutschland, zu der alle Katholiken und Christen Münchens eingeladen waren. Sie hatte den Zweck, gegen die Verfolgung der Christen in Rußland Verwahrung einzulegen. Der Herr Ministerpräsident Dr. Held hat an dieser Veranstaltung auf Einladung hin teilgenommen. Er ist überzeugt, daß er damit der Auffassung des weitaus überwiegenden Teils der bayerischen Bevölkerung gerecht geworden ist.“

Die hiesigen Blätter wenden sich sehr scharf gegen die Anmaßung, welche aus dem Schritt der Russischen Regierung spricht, und gegen die Auslassungen in sowjetischen Zeitungen. Im Grunde richtet sich aber die Verärgerung mehr gegen die Reichsregierung und speziell gegen das Auswärtige Amt, dessen Nachgiebigkeit den russischen Ansprüchen gegenüber hier gar kein Verständnis findet. Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz schreibt, es müsse der für die Außenpolitik des Reichs verantwortlichen Reichsregierung vorbehalten bleiben, das Maß der Rücksichten zu bestimmen, die sie auf die sowjetischen Empfindsamkeiten nehmen zu müssen glaube. Eine andere Frage sei es, wie lange das deutsche Volk Verständnis für solche diplomatischen Rücksichten haben werde. Die Beteiligung des Ministerpräsidenten an der Münchner Protestkundgebung sei eine rein interne deutsche Angelegenheit, die die Moskauer Regierung gar nichts angehe. Die Reichsregierung habe gar keine Möglichkeiten und Kompetenzen, dem Ministerpräsidenten eines deutschen Landes vorzuschreiben, ob er an solchen Veranstaltungen teilnehmen solle oder nicht.

31. März 1930 (Nr. 144)

In der Besetzung des hiesigen Italienischen Generalkonsulats ist Ende Januar ein Wechsel erfolgt. Generalkonsul Summonte, der schon länger von seinem Posten ferngeblieben war, ist abberufen worden. Derselbe hatte sich hier durch Börsenspekulationen unmöglich gemacht, wobei ein hiesiges Bankhaus durch ihn große Verluste erlitt, die allerdings, wie es heißt, durch Eingreifen der Italienischen Regierung wieder ersetzt worden seien. Sein Nachfolger ist Graf Capasso di Torre Caprara. Wie ich gehört habe, ist derselbe aus der Journalistenlaufbahn hervorgegangen und war Pressechef bei Mussolini, durch dessen Vermittlung er in den Grafenstand erhoben worden sei. [. .]

Gestern vormittag fand nun in einem hiesigen Kino eine geschlossene Aufführung des Films über die Hochzeitsfeierlichkeiten des Italienischen Kronprinzenpaares in Rom statt, zu welcher der Italienische Generalkonsul die Einladungen hatte ergehen lassen. Das Bayerische Kronprinzenpaar und die übrigen Mitglieder der ehemaligen Königlichen Familie waren der Einladung gefolgt und nahmen die Ehrenplätze ein, ferner waren erschienen Mitglieder der Regierung, die sämtlichen hiesigen Gesandten und Konsuln, an ihrer Spitze der Päpstliche Nuntius, sowie zahlreiche Herren und Damen der hiesigen Gesellschaft. Der Film war eine große Apotheose für die Monarchie und das Militär, während der Faschismus klugerweise etwas im Hintergrund gehalten war. Mussolini war nur einmal zu sehen im Gespräch mit dem König.

Während die geladenen Gäste sich auf der Galerie befanden, war das Parterre des Theaters mit den Angehörigen der hiesigen Italienischen Kolonie besetzt, unter denen eine regelrechte Claque organisiert war. Sobald sich das Königspaar oder das Brautpaar zeigte, brach ein ungeheurer Applaus los, und es wurden faschistische Heilrufe ausgebracht. Es war nun interessant zu beobachten, wie der Chef der Claque, als der

Applaus übertrieben wurde, einen Wink zur Mäßigung ergehen ließ, der auch alsbald befolgt wurde.

Zu Beginn der Vorstellung spielte die Musik das Deutschlandlied, zum Schluß die *Marcia reale*, die beide stehend angehört wurden.

5. Juli 1930 (Nr. 247)

216

Im Mathäserbräu fand am Donnerstag abend [3. Juli] eine Kundgebung des Bayerischen Heimatschutzes, der von Forstrat Escherich neu aufgezogenen Organisation, statt. Der Zweck war, einen Gau München ins Leben zu rufen und damit die Bewegung, die bisher nur auf dem Land gewissermaßen als Fortsetzung der alten Einwohnerwehr in manchen Gegenden noch bestanden hatte, in breitere Bahnen zu leiten. Der Aufruf lautete: „Der Bayerische Heimatschutz ist eine Volksbewegung, herausgeboren aus dem Gedanken des Kampfes um die Erhaltung der Eigenstaatlichkeit der Länder. Starke Länder sind die Grundpfeiler für das Reich! Der Bayerische Heimatschutz ist Selbsthilfe; er bedeutet unter Überbrückung der Partei- und Klassengegensätze den Zusammenschluß aller, die sich nicht vergewaltigen lassen wollen und denen noch die Begriffe Heimat und Vaterland heilig sind.“ Ähnlich drückten auch die Redner des Abends sich über das Ziel des Heimatschutzes aus, es hieß, Staat und Reich sollen im Heimatschutz einen Rückhalt haben, und eine festgefügte Macht soll gebildet werden gegen Bolschewismus und Kommunismus. Der Hauptredner in der Versammlung führte aus, der Heimatschutz stelle eine Volksbewegung, ein Stück unabhängiger nationaler Selbsthilfe dar, eine solche sei für das ganze deutsche Volk eine zwingende und dringende Notwendigkeit. Dem Heimatschutz erwache die Aufgabe, als treue Bayern zu streiten für die Erhaltung des Bayernlandes als starken Eckpfeiler des alten Bismarckschen Reiches, das erhalten bleiben solle. Außerdem müsse alles darangesetzt werden, damit der innere Feind, der, von Moskau unterstützt, unser Vaterland zum Trümmerfeld bolschewistischer Abenteurer machen wolle, an den nationalen Kräften zuschanden werde.

- Bei Bekanntgabe der Gründung des Gaus München im Bayerischen Heimatschutz wurde auch ein zustimmendes Schreiben des Vorsitzenden der Vaterländischen Verbände verlesen, die in den letzten Tagen einhellig die Schaffung einer nationalen Arbeitsgemeinschaft beschlossen hätten.

Wie die München-Augsburger Abendzeitung mitteilt⁷, haben Verhandlungen des bayerischen Stahlhelms mit Vertretern des Heimatschutzes zu keinem Ergebnis geführt. Die Stahlhelmleitung habe vorgeschlagen, es solle jedem Deutschgesinnten möglich sein, gleichzeitig beiden Verbänden anzugehören, dieser Vorschlag sei aber vom Heimatschutz abgelehnt worden. Das genannte Blatt schreibt weiter, diese neue Gründung müsse bedauert werden, weil sie ganz klar gegen den Stahlhelm gerichtet sei und man dessen Ausbreitung mit Neid betrachte. Warum könne man in Bayern auf vaterländischer Seite keine deutsche Organisation ertragen, sondern müsse sofort wieder eine bayerische danebenstellen? Das sei ein Jammer! Die Sozialdemokraten arbeiteten geschlossener im deutschen Vaterland als ihre vaterländischen Gegner und daher auch ihr Erfolg!

[. . .]

⁷ München-Augsburger Abendzeitung, Nr. 177 v. 4. 7. 1930 („Vaterländische Zersplitterung“). Der Heimatschutz wurde dort als Konkurrenzgründung gegen den Stahlhelm abgelehnt.

17. Juli 1930 (Nr. 258)

Bei einem Tee, den der Preußische Gesandte gestern anlässlich einer Ausstellung von Erzeugnissen der Berliner Porzellan-Manufaktur in der Schackgalerie gab, traf ich den Staatssekretär Funke, der mir erzählte, daß der Bauernbund soeben seinen Austritt aus der Regierungskoalition erklärt habe. [. . .]

Die durch diesen Schritt des Bauernbundes für die Regierung geschaffene Lage gab mir Anlaß, heute morgen den Ministerpräsidenten aufzusuchen, der mich auch bereitwilligst empfing. Ich fand Dr. Held in der gewohnten guten Stimmung und von einem unverwüstlichen Optimismus beseelt. Er sagte mir, der Bauernbund habe schon länger darauf hingearbeitet, einen Anlaß für sein Ausscheiden aus der Regierung zu finden, die Schlachtsteuer sei ihm an und für sich ganz gleichgültig gewesen, sie habe nur als Vorwand herhalten müssen, und er hätte es mit jeder anderen Steuer ebenso gemacht. Für seinen Austritt aus der Regierung habe der Bauernbund zwei Gründe gehabt, erstens habe er sich von der Verantwortung losmachen wollen, um sich schon längere Zeit vor den Neuwahlen eine größere Agitationsfreiheit und eine zugkräftige Wahlparole zu schaffen, zweitens aber habe er sich der Person des Herrn Fehr entledigen wollen. Die Politik des Landwirtschaftsministers habe den radikaleren Elementen in der Partei schon längst nicht mehr gefallen, weil er immer noch einiges politisches Pflichtbewußtsein und gesunden Menschenverstand aufgebracht habe, ferner habe Fehr dieselben aber auch in ihrer gewissenlosen Beamtenhetze dadurch gestört, weil man ihnen mit Recht habe entgegenhalten können, daß ja gerade ihr Mitglied Fehr als Landwirtschaftsminister im Zusammenhang mit seinen sonstigen Bezügen der höchstbezahlte Beamte im Bayerischen Staat sei. Dr. Fehr sei auch von diesem Schritt seiner Partei vollständig überrascht worden und habe einen geradezu vernichteten Eindruck gemacht. [. . .]

Die Lage, in welche der Bauernbund die beiden anderen die Regierung bildenden Parteien versetzt habe, sei keine leichte. Die Regierung habe jetzt nicht mehr die Mehrheit und müsse sehen, wie sie sich von Fall zu Fall weiterhelfe. Andererseits bilde die Befreiung vom Bauernbund für dieselbe auch eine gewisse Erleichterung und die Möglichkeit, nun mit festem Willen mutig ein bestimmtes Ziel zu verfolgen. Die Regierung sei fest entschlossen, nicht zurückzutreten, sondern als Minderheitsregierung zu bleiben. [. . .]

27. August 1930 (Nr. 322)

Gestern wurde ich auf meine Bitte von Ministerpräsident Dr. Held empfangen, der seinen gewohnten Gleichmut zur Schau trug und die durch seinen Rücktritt geschaffene Lage mit Ruhe, wenn auch nicht gerade mit Optimismus betrachtete⁸. Er erwähnte, daß zur selben Stunde die Fraktion der Sozialdemokraten tage, um sich über die Frage der Annahme oder Ablehnung des Auftrages zur Regierungsbildung

⁸ Nach einer Abstimmungsniederlage über die Schlachtsteuer-Notverordnung im Landtag war am 20. August zunächst Finanzminister Schmelzle zurückgetreten, im Anschluß daran demissionierte die gesamte Regierung. Held hatte mit der Abstimmung die Vertrauensfrage verbunden, weil der Ausgleich des Etats nach Ansicht der Regierung ohne die Schlachtsteuer, die von SPD, BBd. und NSDAP bekämpft wurde, nicht möglich war. Das Kabinett Held blieb als geschäftsführende Regierung im Amt, da eine Neubildung der Regierung auf parlamentarischem Weg nicht möglich war.

schlüssig zu machen. Er sei sehr begierig, was dabei herauskomme. (Inzwischen haben die Zeitungen berichtet, daß der Auftrag angenommen worden ist.) Die Sozialdemokraten wüßten nur zu gut, daß sie mit anderen Parteien als mit der Bayerischen Volkspartei eine Regierung nicht bilden könnten. Sie hätten auch den Gedanken erwogen, allein die Regierung zu bilden und alle Ministerien mit ihren Leuten zu besetzen unter stillschweigender Duldung durch die Bayerische Volkspartei. Zu diesem Zweck hätten sie schon vor ein paar Tagen versucht, mit den Abgeordneten Schäffer und Wohlmuth ins Benehmen zu treten, diese hätten ihnen aber die kalte Schulter gezeigt.

Wie die Dinge sich weiter entwickeln werden, sei unter diesen Umständen schwer zu sagen, jedenfalls müsse man einmal abwarten, wie die Reichstagswahlen ausfielen, das könne auch für die Weiterentwicklung in Bayern von ausschlaggebender Bedeutung sein, weil man dann sehen könne, wie man den Ausfall etwaiger Neuwahlen zum Landtag einzuschätzen habe.

[. . .]

Bezüglich der Nationalsozialisten meinte Dr. Held, sie würden nicht die große Stimmenzahl erreichen, die sie sich erhofften, in Bayern hätten sie bereits wieder den Zenit überschritten. Namentlich auf dem Land habe man von ihren Phrasen genug.

[. . .]

Es sei unglaublich, wie die Nationalsozialisten immer wieder Geld bekämen. Dasselbe stamme in der Hauptsache von der rheinisch-westfälischen Industrie und gehe ihnen auf dem Umweg über die Schweiz zu, wo die Industriellen ihr Geld untergebracht hätten. Eine Hauptrolle spiele dabei der Name Kirdorf. Es sei ganz unbegreiflich, daß diese Leute bei den Nationalsozialisten immer nur auf den ersten Teil des Namens sehen und daher eine wirklich nationale Haltung von ihnen erwarteten, anstatt auch den zweiten Teil des Namens zu berücksichtigen. Übrigens würde, selbst wenn es den Nationalsozialisten gelingen sollte, im Reich eine Diktatur zu errichten, diese nur von kurzer Dauer sein. Nach höchstens vier Wochen würde sie gestürzt und eine Linksdiktatur würde an die Stelle treten. Daß die Sozialdemokraten sich bereits mit den Plänen für eine solche befaßten, sei sicher, er habe darüber authentische Nachrichten erhalten. Löbe solle Reichspräsident, Breitscheid Kanzler und Braun Innenminister werden. Sie würden dann gleich vom Artikel 48 der Reichsverfassung ausgiebigen Gebrauch machen und ohne Reichstag regieren. Eine solche Diktatur müßte natürlich den Kommunisten starke Konzessionen machen, und man könne sich denken, wohin man dabei käme. Wenn es Brüning nicht gelinge, bei den jetzt bevorstehenden Wahlen eine Mehrheit zu erlangen, so werde er bei neuen Wahlen im Falle einer nochmaligen Auflösung des Reichstages kaum bessere Aussichten haben. Glücklicherweise scheine doch im Volk einigcs Verständnis zu erwachen und es gäre stark zugunsten einer starken Regierung der Mitte, aber die vielen Bestrebungen in dieser Richtung seien wiederum zu vielseitig, so daß die Gefahr einer Zersplitterung groß sei.

[. . .]

16. September 1930 (Nr. 349)

219

Bei meiner letzten Unterredung mit Ministerpräsident Dr. Held hatte derselbe die Erwartung ausgesprochen, daß die Nationalsozialisten in Bayern nicht den Erfolg

erringen würden, den sie sich erhofften, und daß der Bauernbund eine wesentliche Einbuße erleiden werde. Das Ergebnis der Reichstagswahlen [am 14. September] hat ihm in dieser Hinsicht recht gegeben, wenn auch seine optimistische Auffassung, daß sich eine starke Bewegung zugunsten der Regierung Brüning geltend mache, sich nicht verwirklicht hat.

Die Nationalsozialisten haben in Bayern zwar auch wieder einen bedeutenden Aufschwung erfahren, derselbe stellt sich aber hier längst nicht als so durchschlagend dar wie im übrigen Reich. In den vier bayerischen Wahlkreisen konnten die Nationalsozialisten bei den Reichstagswahlen von 1928 insgesamt 215930 Stimmen aufbringen, bei den jetzigen Wahlen haben sie es auf 677507 gebracht, sie haben sich also in Bayern ungefähr verdreifacht, während sie sich im übrigen Reich fast verzehnfacht haben. In München selbst, der Hochburg Hitlers, haben die Nationalsozialisten 86000 Stimmen erhalten, während sie im Jahre 1924 schon einmal 105000 Stimmen errungen hatten.

Der Bauernbund hat in Oberbayern-Schwaben 30000, in Niederbayern über 20000 Stimmen und in ganz Bayern 83000 Stimmen verloren.

Eine sehr schwere Niederlage hat in Bayern die Deutsch-Nationale Volkspartei erlitten, sie ist von 338585 Stimmen auf 75033 in ganz Bayern zurückgegangen, sie hat also mehr als $\frac{3}{4}$ ihres Bestandes eingebüßt. Der Landbund war für diese Partei, die sonst ja in Bayern nicht so recht bodenständig ist, eine Stütze, die jetzt weggefallen ist.

Für die Sozialdemokraten ergibt sich in Bayern ein ähnliches Bild wie im übrigen Reich. Gegenüber 826295 Stimmen im Jahr 1928 haben dieselben diesmal nur 727833 Stimmen erlangt, ein Rückgang, der sich noch empfindlicher darstellt, wenn man die höhere Wahlbeteiligung und die natürliche Wählermehrung berücksichtigt. Derselbe ist wohl in erster Linie der Abwanderung zu den Kommunisten zuzuschreiben, die einen Gewinn von 93000 Stimmen buchen können und von 128945 im Jahr 1928 jetzt auf 223646 Stimmen angewachsen sind.

Staatspartei, Deutsche Volkspartei und Volkskonservative Partei sowie die Splitterparteien haben in Bayern sehr schlecht abgeschnitten und werden keine Vertreter im neuen Reichstag haben. Die Deutsche Volkspartei ist von 129294 auf 71734 Stimmen, die Staatspartei von 101235 auf 70093 Stimmen zurückgegangen, während die Volkskonservativen nur 57950 Stimmen zu erlangen vermochten.

Sehr zufrieden mit ihrem Erfolg ist die Bayerische Volkspartei, die von 945530 Stimmen auf 1174471 Stimmen angewachsen ist (wobei allerdings die Stimmen des Pfälzischen Zentrums mit inbegriffen sind) und nun statt bisher 16 Mandaten deren 18 erhalten wird.

Daß die Bayerische Volkspartei noch eine solche Anziehungskraft ausübt, trotzdem sie so lange in Bayern die Verantwortung getragen hat und oft zu Maßnahmen greifen mußte, die nicht immer geeignet waren, ihre Beliebtheit zu erhöhen, und daß sie solchen Erfolg erringen konnte, ist für die Weiterentwicklung der innerbayerischen Politik von großer Bedeutung. Jedenfalls bleibt sie eine Partei, ohne die in Bayern eine Regierung nicht gebildet werden kann. Ob die Erwartung des Ministerpräsidenten sich erfüllen wird, daß der Bauernbund, wenn er bei den Reichstagswahlen eine Niederlage erlitten haben werde, geneigt sein werde, wieder in die bisherige Koalition zurückzukehren, scheint mir doch noch recht fraglich, dazu ist die Niederlage doch wohl nicht tiefgreifend genug. Daß er bei einer Regierungsbildung

nach Neuwahlen zum Landtag wieder in einer von der Bayerischen Volkspartei gebildeten Regierung wird vertreten sein wollen, das wird man eher annehmen dürfen. Dagegen ist zu fürchten, daß die bisherige dritte Koalitionspartei, die Deutsch-Nationalen, aus Landtagswahlen ebenso geschwächt hervorgehen wird wie aus den Reichstagswahlen und dann vermöge ihrer geringen Stärke nicht mehr koalitionsfähig sein wird. Es besteht daher nach wie vor die Gefahr, daß der Bayerischen Volkspartei bei einer Neubildung der Regierung nach Neuwahlen nichts übrig bleiben wird, als mit den Sozialdemokraten zusammenzugehen, da sie keine anderen geeigneten Koalitionspartner finden wird. Allerdings darf man dann auch hoffen, daß dank dem Auftrieb, welchen die Partei wieder bewiesen hat, sie in dieser Regierung ein derartiges Übergewicht haben wird, daß eine solche Koalition weniger gefährlich erscheint. Vorläufig denkt die Bayerische Volkspartei jedenfalls nicht an ein Bündnis mit den Sozialdemokraten, wie diese es gern möchten, und man hört immer mehr die Vermutung äußern, daß die alte Koalition doch wieder eingerenkt werden könnte.

29. Oktober 1930 (Nr. 383)*

220

Die Bekanntgabe der Milderung des Uniformverbotes⁹ bei den bevorstehenden Totenehrungen ist zeitlich zusammengefallen mit der Mitteilung von einem Empfang der Stahlhelmführer beim Ministerpräsidenten. Man konnte dadurch auf die Vermutung kommen, daß die Maßnahme auf das Eingreifen des Ministerpräsidenten zurückzuführen sei, der sich dazu durch die Stahlhelmabordnung habe bewegen lassen.

Dies hat die Frankfurter Zeitung benutzt¹⁰, um einen Gegensatz zwischen dem Minister Stützel und dem Ministerpräsidenten zu konstruieren. Die Entscheidung sei der Autorität des Ersteren nicht gerade förderlich. Dr. Held sei in seinem Drang, ja recht gut Freund mit rechts zu bleiben, vor dem Toben der nationalistischen Organisationen zurückgewichen. Über das Ansinnen des Polizeipräsidenten, sich an den Minister des Innern zu wenden, hätten sich die Herren vom Stahlhelm erhaben gefühlt, statt dessen hätten sie nun mit dem Ministerpräsidenten selbst über den Minister des Innern hinweg verhandelt, und es wäre interessant zu wissen, ob sie um diese Audienz nachgesucht hätten oder ob der Ministerpräsident von sich aus den Wunsch gehabt habe, mit ihnen Frieden zu schließen.

Nun ist aber der Erlaß des Ministeriums des Innern, der gewisse Milderungen für bestimmte Fälle unpolitischer Art vorsieht, bereits einige Tage vor der Publizierung und vor dem Empfang der Stahlhelmdeputation durch den Ministerpräsidenten den Bezirksbehörden zugegangen und steht in keinem Zusammenhang mit dem Verlauf und dem Ergebnis der erwähnten Audienz. Die Milderung des Uniformverbotes wird vom Stahlhelm als durchaus ungenügend und als eine unwürdige Abspeisung mit einem kleinen Beruhigungsbrocken angesehen.

[. . .]

* In der Ausfertigung falsch numeriert („283“), im Entwurf korrigiert.

⁹ Eine Verordnung des bayerischen Innenministeriums vom 5. Juni verbot das Tragen von Uniformen bei Kundgebungen und Aufzügen unter freiem Himmel. Für die Totenehrungen an Allerseelen und am Volkstrauertag (2. bzw. 9. November) waren die Polizeibehörden ermächtigt worden, politischen Verbänden die Beteiligung in Uniform zu gestatten.

¹⁰ Frankfurter Zeitung, Nr. 798/800 v. 26. 10. 1930 („Das Uniformverbot in Bayern“).

12. November 1930 (Nr. 397)

Das politische Interesse konzentriert sich zur Zeit so vollständig auf die Vorgänge in Berlin¹¹, daß die innerpolitische Lage in Bayern, seitdem die Abgleichung des Haushalts gelungen ist¹², etwas in Vergessenheit gerät. Man gewöhnt sich allmählich an den Zustand, daß die zurückgetretene Regierung Held als geschäftsführende Regierung auch weiterhin die Geschicke Bayerns leitet. Wenn auch anerkannt wird, daß dieser Zustand auf die Dauer unhaltbar ist, so hat man doch gesehen, daß eine Änderung desselben ohne Neuwahlen nicht möglich ist. Die Sozialdemokraten haben es nicht vermocht, eine Regierung zu bilden, und die Bayerische Volkspartei zeigt keine Neigung, ehe nicht Neuwahlen ein Bild von dem tatsächlichen Kräfteverhältnis gegeben haben, eine neue Koalition einzugehen, für die fast nur die Sozialdemokraten in Betracht kommen könnten, die ja durch ihre Mitwirkung bei der Etatsabgleichung sich stark dafür empfohlen haben.

Wie ich schon früher hervorhob, befindet sich die Bayerische Volkspartei in dieser Situation ganz wohl und es eilt ihr mit Neuwahlen gar nicht, da sie hofft, daß, wenn dieselben möglichst hinausgezögert werden, sich inzwischen wieder eine andere politische Situation ergibt, daß namentlich bis dahin die Nationalsozialisten abgewirtschaftet haben werden, indem viele enttäuschte Wähler von ihnen abrücken werden. [. . .]

9. Dezember 1930 (Nr. 439)

Der Wirtschaftsbeirat der Bayerischen Volkspartei hielt am 6. [Dezember] hier seine Generalversammlung ab, in welcher zugleich die Feier des 10jährigen Bestehens begangen wurde. [. . .]

[. . .]

Am Sonntag morgen [7. Dezember] wurde in der Tonhalle die öffentliche Mitgliederversammlung abgehalten, für die der ehemalige Reichsbankpräsident Dr. Schacht als Redner gewonnen war. Der Andrang war ein außerordentlich großer, und der geräumige Saal war von über 1000 Personen gefüllt. Die Rede Dr. Schachts war von lebhaftem Beifall begleitet und machte entschieden einen großen Eindruck. [. . .] In den Regierungskreisen nahm man die Ausführungen Dr. Schachts etwas kritischer auf, man konnte ihm seine bisherige zentralistische Einstellung nicht vergessen und wollte ihm daher seine Warnung vor dem Zentralismus nicht recht glauben. Außerdem bezeichnete man das von ihm vorgebrachte Zahlenmaterial als nicht ganz einwandfrei. In dem Schluß seiner Rede wollte man eine Empfehlung seiner Person

¹¹ Am 4. November hatte Brüning dem Reichsrat die Sanierungsgesetze vorgelegt, mit denen durch rigorose Sparmaßnahmen den Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Reichshaushalt begegnet werden sollte. Der Reichsrat nahm die Sanierungsgesetze und den Etat für 1931 am 20. November an, am 1. Dezember wurde die Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom Reichspräsidenten unterzeichnet.

¹² Am 31. Oktober hatte der Landtag das Sanierungsgesetz zum Staatshaushalt 1930 angenommen. Das Defizit von 18 Millionen Mark wurde zu je einem Drittel durch Etatkürzungen, Mehreinnahmen aus der Schlachtsteuer und durch Zinszahlungen des Reiches für die Postabfindung gedeckt. Über die Zinsen aus der Abfindung für den Übergang der bayerischen Post an das Reich (1920) war es zu einer Einigung zwischen München und Berlin erst am 30. Oktober gekommen.

für den Posten eines Finanzministers in einer Rechtsregierung erblicken, was bei seiner bisherigen demokratischen Einstellung als ein Zeichen von Opportunismus anzusehen sei. Trotz seiner Verwahrung, sich bei der Bayerischen Volkspartei „anschustern“ zu wollen, konnte man sich doch nicht des Eindrucks erwehren, daß der Redner sich etwas auf sein Auditorium eingestellt hatte.

[. . .]

10. Februar 1931 (Nr. 50)

Heute morgen empfing mich Ministerpräsident Dr. Held [. . .]

Der Ministerpräsident kam gleich auf die Frage des Fortbestandes meines hiesigen Postens zu sprechen, worüber ihm anscheinend Dr. Tischer berichtet hatte¹. Er sagte, er habe gerade auch mit Rücksicht darauf bei der Beratung seines Etats im Ausschuß ausführlicher über die innerstaatlichen Gesandtschaften gesprochen und werde das auch im Plenum tun. Er hoffe, darüber auch noch mit dem Herrn Staatspräsidenten sprechen zu können, mit dem er sich demnächst treffen werde. Er erwarte sicher, daß die Gesandtschaft sich doch noch erhalten lasse, und würde eine Aufhebung aufs tiefste bedauern, weil er sie besonders im jetzigen Zeitpunkt, wo ein möglichst enges Zusammengehen der süddeutschen Länder so wichtig sei, als einen großen Fehler ansehen würde. Die Kosten, die erspart würden, seien doch zu geringfügig, als daß man sich deswegen einer solchen Einrichtung berauben sollte. Außerdem würden die bei Wegfall der Gesandtschaft notwendig werdenden Reisen von Ministerialbeamten auch ziemlich erhebliche Kosten verursachen. Solche Reisen würden aber eine Gesandtschaft in keiner Weise ersetzen, es seien eben dann doch immer nur Verhandlungen von Ressort zu Ressort und nicht von Regierung zu Regierung. Dazu komme, daß ein hierher entsandter Ministerialbeamter niemals überall freien Zutritt und Entgegenkommen finden werde, wie dies bei einem hier beglaubigten Gesandten der Fall sei; darin bestehe eben der Vorteil der Gesandtschaft als solcher, und deswegen könne man diese Einrichtung nicht entbehren, wenn auch manche Leute an der Bezeichnung „Gesandtschaft“ Anstoß nehmen und sich etwas ganz anderes darunter vorstellten, indem sie an die Missionen im Ausland denken. Die innerstaatlichen Gesandtschaften seien aber auch noch ein Zeichen der eigenen Staatspersönlichkeit, und deswegen laufe besonders die Deutsche Volkspartei dagegen Sturm in ihren blinden Unitarisierungsbestrebungen. [. . .]

Dr. Held sagte ferner, er würde nicht nur die Aufhebung der Württembergischen Gesandtschaft sehr bedauern, sondern auch diejenige der Preußischen Gesandtschaft, und er glaube auch nicht, daß es dazu kommen werde. Ministerpräsident Braun habe ihm seinerzeit gesagt, er solle die Nichtwiederaufnahme dieser Position in den Etat nicht zu schwer nehmen, es sei ein Schritt, den er aus bestimmten Gründen habe tun müssen, aber er selbst lege Wert auf die Erhaltung der Gesandtschaft, und dieselbe werde auch wieder genehmigt werden. Er werde selbst dafür Sorge tragen, daß dies aus der Mitte des Landtags gefordert werde. Wie er inzwischen gehört habe, habe das Zentrum ein in diesem Sinne an dasselbe gestelltes Ansinnen abgelehnt mit der Begründung, daß es nicht seine Aufgabe sei, dem Herrn Braun zur Erhaltung der Gesandtschaft zu verhelfen, wenn er selbst nicht dazu den Mut habe. Die Partei sei aber gern bereit, weil sie großen Wert auf die Erhaltung der Gesandtschaft lege, einen von anderer Seite ausgehenden diesbezüglichen Antrag wärmstens zu unter-

¹ Bei den Etatberatungen des württembergischen Landtags im Frühjahr 1931 stand wieder einmal das Schicksal der Münchner Gesandtschaft zur Debatte.

stützen. Daraufhin werde nun ein solcher Antrag von den Deutsch-Nationalen im Preußischen Landtag gestellt werden, und er habe alle Aussicht auf Erfolg². Ministerpräsident Dr. Held sagte dann, er habe sich in letzter Zeit eine Sache durch den Kopf gehen lassen, die er demnächst auch mit dem Württembergischen Herrn Ministerpräsidenten besprechen wolle. Den Anstoß habe dazu gegeben, daß der Hessische Finanzminister wegen Kassenschwierigkeiten auf den 1. Januar in Berlin gewesen sei, dort fünf Tage bei Ministerialbeamten habe antichambrieren müssen, von denen er nur die Bemerkung zu hören bekommen habe, daß Hessen besser täte, sich mit Preußen zu vereinigen, denn als Einzelstaat ein kümmerliches Dasein zu fristen. Dabei habe es sich um den geringfügigen Betrag von 1,6 Millionen gehandelt, die Mitte Januar schon wieder hätten zurückbezahlt werden können. Das habe ihn auf den Gedanken gebracht, ob sich nicht die vier süddeutschen Staaten in solchen Fällen unter sich aushelfen könnten. Sie könnten sich gegenseitig Konten eröffnen, z. B. hier bei der Staatsbank, und dann gegen Schatzanweisungen auf die Domänen im Notfall Kredit in Anspruch nehmen. Dies würde umso weniger Schwierigkeiten begegnen, als solche Kassenschwierigkeiten doch nicht bei allen vier Ländern zugleich auftreten würden. Er habe die Staatsbank zur Prüfung dieses Gedankens aufgefordert und werde denselben dann weiter verfolgen. Es wäre doch ein großer Vorteil, wenn man sich für solche Fälle von Berlin emanzipieren könnte und sich nicht einer schlechten Behandlung, wie sie der Hessische Finanzminister erfahren habe, auszusetzen brauchte.

[. . .]

Eine ganz unglückliche Politik trieben die Deutsch-Nationalen wie im Reich so auch in Bayern. Justizminister Gürtner sei untröstlich darüber, aber er könne nichts machen. Ein Krebschaden sei die ganz extrem Hugenbergische München-Augsburger Abendzeitung, die fortwährend nur das Verhältnis zu allen anderen Parteien vergifte, zum Teil mit den offensichtlichsten Lügen. Eine neue Regierung könnte einmal wieder auf die Mitwirkung der Deutsch-Nationalen, selbst wenn sie arg zusammengeschmolzen wären, zurückgreifen wollen, zumal in Verbindung mit anderen Splitterparteien, aber wenn die Vergiftung durch das Blatt in dieser Weise fortgesetzt werde, so werde sich das als unmöglich erweisen.

Dr. Held sprach sich dann weiterhin sehr erfreut über die Erfolge der Regierung Brüning aus. Die Vernunft setze sich doch anscheinend immer mehr durch, so daß man hoffen könne, den Etat auch auf dem normalen parlamentarischen Wege durchzubringen. Wer nicht ganz verbohrt sei, müsse doch diese Regierung unterstützen. Er habe gestern den Besuch eines Herrn aus der Umgebung des Kronprinzen gehabt, der ihm erzählt habe, der Kronprinz sehe in der von der Regierung Brüning betriebenen Politik die gegenwärtig einzig mögliche, die man durch dick und dünn unterstützen müsse. Die Haltung der Deutsch-Nationalen im Reichstag hält Dr. Held deswegen für so sehr bedauerlich, weil Reichskanzler Brüning seine Politik doch lieber

² Nachdem im preußischen Landtag ein entsprechender Antrag ausblieb, wurde die Gesandtschaft in München aufgehoben. Der Gesandte Denk überreichte am 30. Mai sein Abberufungsschreiben. Weil die preußische Regierung damit auch grundsätzlich vom innerdeutschen Gesandtschaftswesen Abschied nehmen wollte, wurde Preger als bayerischer Gesandter bei Preußen am 27. Juni 1931 abberufen; seine Funktionen als Vertreter Bayerns bei der Reichsregierung und als stellvertretender Bevollmächtigter zum Reichsrat wurden davon nicht berührt. Vgl. Schreckenbach, Innerdeutsche Gesandtschaften, S. 410f.

mit der Rechten gemacht hätte. Nachdem diese sich ihm aber versagt habe, müsse er eben auch die Unterstützung der Sozialdemokraten annehmen, wenn sie sich ihm anbiete, und es sei unerhört von den Deutsch-Nationalen, dem Reichskanzler deswegen Hinneigen zu den Sozialdemokraten vorzuwerfen.

Eine schwierige Frage in der auswärtigen Politik sei die Entscheidung darüber, ob man mit den Russen Fühlung nehmen oder die Verständigung mit Frankreich suchen, d. h. ob man sich östlich oder westlich orientieren solle. [. . .] Eine östliche Orientierung unserer Politik hielte er für sehr gefährlich, weil sie uns mindestens den Wirtschafts bolschewismus bringen würde, wenn nicht gar den politischen. Militärisch nütze uns Rußland nichts, denn Frankreich sei so stark gerüstet, daß wir von ihm überrannt wären, ehe Rußland und etwa Italien und selbst England, wenn sie mit uns gingen, etwas machen könnten.

Das derzeitige Regime in Rußland sei aber auch zu unsicher, und wenn es gestürzt werde, so würden wir uns erst recht zwischen zwei Stühle setzen, da die Nachfolger der Bolschewiken sich von uns ab- und den Westmächten zuwenden würden, wenn wir mit den Bolschewiken angebandelt haben. Gerade jetzt, wo man in England durch das russische Dumping auf dem Holzmarkt anfangs, sich ernstlich gegen die Sowjetrepublik und ihre Politik zu wenden, wäre ein engerer Anschluß unsererseits an diese ein großer Fehler.

Leider werde die Politik in Europa nicht von großen wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus gemacht, sondern es seien immer wieder kleinliche Einzelinteressen, die den Sieg davontragen, man brauche nur an die Haltung Franklin-Bouillons zu der Frage der finanziellen Hilfe für Deutschland zu erinnern³. Die Wendung müßte aus Amerika kommen, aber selbst dort wolle man noch immer nicht den großen Zusammenhang erkennen und stelle Einzelinteressen in den Vordergrund. Amerika wolle, daß Deutschland Abnehmer für amerikanische Waren sei, denke aber nicht daran, daß es dazu erst durch Befruchtung seiner Wirtschaft in den Stand gesetzt werden müßte, wozu gerade Amerika in der Lage wäre durch Nachlaß seiner Forderungen an die Entente. [. . .]

24. April 1931 (Nr. 127)

Heute hatte ich einmal wieder Gelegenheit zu einer längeren Unterredung mit Ministerpräsident Dr. Held. Nachdem derselbe zuerst über die Elektrifizierung der Strecke München—Stuttgart und die Finanzierung derselben sowie über die Verteilung der dabei anfallenden Aufträge gesprochen hatte, kam er auf das Steuervereinheitlichungsgesetz zu sprechen⁴. Es hätten nun schon manche Besprechungen darüber stattgefunden und Reichsgerichtspräsident Bumke habe schon genügend Gelegenheit gehabt, sich über die Angelegenheit zu informieren. Dabei habe er sich bis jetzt in keiner Weise ausgesprochen und die Informationen lediglich zur Kenntnis genommen. Nach

³ Held spielte vermutlich auf die Kammerrede Franklin-Bouillons vom 6. November 1930 an, in der er Briands Außenpolitik angegriffen und erklärt hatte, Deutschland betreibe einmütig die Zerstörung des Young-Plans, ein Moratorium für die Reparationszahlungen müsse von Frankreich abgelehnt werden. Vgl. MNN, Nr. 303 v. 7. 11. 1930.

⁴ Am 30. Januar hatte die bayerische Regierung eine Klage gegen das Steuervereinheitlichungsgesetz, das von der Reichsregierung durch Notverordnung aufgrund Artikel 48 RV erlassen worden war, beim Staatsgerichtshof eingereicht. Vgl. EGK, 1931, S. 23 f.

seinem Verhalten habe man aber immerhin einige Schlüsse auf seine Auffassung ziehen können. Er selbst habe den Eindruck gewonnen, daß Bumke einsehe, daß man vom rechtlichen Standpunkt der Beschwerde Bayerns zustimmen müßte, daß er dies aber aus politischen Gründen vermeiden möchte. Man wolle eben wegen anderweitiger Konsequenzen die rechtliche Anwendbarkeit des Art. 48 der Reichsverfassung für diesen Fall nicht näher erörtern. Bumke werde gewiß versuchen, ein Urteil zu umgehen und eine Vereinbarung zustande zu bringen. Das habe man aber schon früher auch versucht, und die Bayerische Regierung wäre nicht abgeneigt; nur sei die Voraussetzung dazu, daß aus dem Gesetz das herausgenommen werde, was die Steuerhoheit der Länder lahmlege, die Richtlinien könnten schon bestehen bleiben. Der Reichskanzler sei eben doch ziemlich stark unitaristisch eingestellt, und er habe sich zu der Aufnahme des Steuervereinheitlichungsgesetzes in die Notverordnung durch die Deutsche Volkspartei nicht so ganz ungerne drängen lassen.

Bei diesen Neigungen Dr. Brünings sei die Gefahr der Wiederaufrollung der Frage der Reichsreform nicht von der Hand zu weisen. In dieser Richtung seien Dr. Luther und Graf Rödern die treibenden Elemente, und es bestehe in diesen Kreisen das Bestreben, die Pläne des Bundes zur Erneuerung Deutschlands auf dem Wege der Notverordnung zu verwirklichen. Das würde er für sehr gefährlich halten. Gearbeitet werde aber überall dafür. So bestehe in Frankfurt am Main ein eigenes Büro, das die Pläne für die Bildung eines rheinisch-mainischen Landes ausarbeite. Er habe sogar schon gehört, wolle es aber bis auf weiteres nicht glauben, daß dasselbe sogar Unterstützung aus Reichsmitteln erhalte. Es solle ein neues Land mit Frankfurt als Hauptstadt entstehen, zu dem die Bayerische Pfalz, Nordbaden und vom rechtsrheinischen Bayern Aschaffenburg und Umgegend kommen solle. Auch Bestrebungen zur Bildung eines Großschwabens und Großfrankens bewegten sich in dieser Richtung. Sogar ein anerkannter Unitarier wie der Bürgermeister Luppe von Nürnberg habe sich gegen solche Pläne ausgesprochen, wobei man allerdings nicht klar sehe, ob es sich wirklich um ein Umschwenken oder nur um ein taktisches Vorgehen handle. Diese neuzubildenden Länder neuer Ordnung wären eine große Gefahr für die Länder alter Ordnung, denn die Tendenz gehe zweifellos dahin, die letzteren auf das Niveau der ersteren herabzudrücken.

Dr. Held bezeichnete auch die Aufhebung der Vertretung der Reichsregierung in München als einen von großer Kurzsichtigkeit zeugenden Fehler der Reichsregierung⁵. Es werde dadurch eine Mehrbelastung der beiderseitigen Beamten entstehen, indem Reisen notwendig würden in Angelegenheiten, die man bisher leicht habe mit dem hiesigen Vertreter der Reichsregierung erledigen können. Außerdem sei aber auch nicht bedacht worden, daß hier noch eine Französische Gesandtschaft und Generalkonsulate aller Großmächte seien, die mit Diplomaten besetzt seien. Wenn nun Bayern wirklich so schlimm wäre, wie man dies gern in Berlin hinstelle, so könnte es nun ganz froh sein, mit diesen auswärtigen Vertretern auf eigene Faust ohne Überwachung durch die Reichsregierung unterhandeln zu können.

[. . .]

Das Ergebnis des Volksbegehrens in Preußen⁶ habe den Rechtskreisen, wenn sie auch

⁵ Die Vertretung der Reichsregierung in München war am 31. März 1931 aus Ersparnisgründen aufgehoben worden.

⁶ Der Stahlhelm hatte im Februar ein Volksbegehren auf Auflösung des preußischen Land-

über Sieg jubeln, doch einen starken Dämpfer aufgesetzt. Er sei aber trotzdem froh, daß das Volksbegehren überhaupt durchgegangen sei, weil sonst die Sozialdemokraten in Preußen wie im Reich noch anmaßender geworden wären.

Beim Auseinandergehen sprachen wir noch über die Ereignisse in Spanien⁷, die Dr. Held sowohl vom monarchischen Standpunkt aus, als besonders aus dem Grunde bedauerte, weil Spanien dadurch in nähere Beziehungen zu Frankreich komme, worauf die Freimaurer, die ja in Spanien eine besonders große Rolle spielten, schon längst hingearbeitet hätten. Der derzeitige Zustand dort sei aber noch längst kein definitiver und man werde noch alles mögliche erleben können. An Stelle der früheren Rechtsdiktatur könne leicht eine solche von links treten, wodurch, wenn sie abgewirtschaftet habe, von neuem der Boden für die Monarchie bereitet werden könnte. Das Schlimme sei nur, und das sei ein Grund für seine Unpopularität, daß König Alfons dem Lande keinen gesunden Thronfolger habe geben können.

25. Juni 1931 (Nr. 199)

Die Münchener Post hat Enthüllungen über Vorgänge im nationalsozialistischen Lager gebracht, die allgemeines Aufsehen hervorrufen. Ich beehre mich, die beiden Artikel dieses Blattes vorzulegen⁸, in welchen dem sogenannten Stabschef Röhm der Vorwurf homosexueller Betätigung gemacht wird und die durch Veröffentlichung eines Briefes auch die sonstigen moralischen Zustände im Hitlerlager ziemlich grell beleuchten. Die Münchener Post setzt ihre diesbezüglichen Enthüllungen noch weiter fort.

Wie ich gehört habe, sind diese Vorgänge, insbesondere die homosexuellen Neigungen Röhm's, den amtlichen Stellen schon seit längerer Zeit bekannt. Man erhofft in Regierungskreisen von diesen Publikationen des sozialdemokratischen Blattes eine starke Abwendung von der nationalsozialistischen Partei.

225

9. September 1931 (Nr. 265)

Als ich heute von Ministerpräsident Dr. Held zum ersten Mal nach meiner Rückkehr aus [dem] Urlaub wieder empfangen wurde, verließ ihn eben der deutschnationale Fraktionsführer Dr. Hilpert, mit dem er eine lange Unterredung gehabt hatte, was ihn veranlaßte, sich mir gegenüber heftig über die Borniertheit und Kurzsichtigkeit der Deutschnationalen zu beklagen. Dieselben stünden hier ganz unter dem Banne Hugenbergs, der selbst wieder, ohne es zu wissen, nur in der Abhängigkeit von Hitler stehe. Er habe dem Dr. Hilpert gesagt, die Deutschnationalen seien ja doch nur noch ein Schwanzstück der Nationalsozialisten. Dieser habe selbst zugegeben, daß seine Partei immer mehr abbröckele, sei aber weit entfernt, daraus die Konsequenzen zu ziehen. Hilpert habe an ihn die Zumutung gestellt, jetzt eine Regierung unter Her-

226

tags angestrengt. Obwohl die erforderliche Mindeststimmzahl im April überschritten wurde, scheiterte der von der KPD unterstützte Volksentscheid am 9. August.

⁷ König Alfons XIII. hatte am 14. April auf den Thron verzichtet, nachdem die republikanischen Parteien bei den Kommunalwahlen in ganz Spanien am 12. April einen Sieg errungen hatten, dem die Bedeutung eines Plebiszits beigemessen wurde. Vgl. EGK, 1931, S. 309 ff.

⁸ Münchener Post, Nr. 140 v. 22. 6. 1931 („Warme Brüderschaft im Braunen Haus“), Nr. 141 v. 23. 6. 1931 („Hitlers Attentats-Ängste“) und Nr. 142 v. 24. 6. 1931 („Das Braune Haus der Homosexuellen“).

einnahme der Nationalsozialisten zu bilden. Das sei doch für ihn ganz ausgeschlossen. Hilpert denke aber auch nach etwaigen Neuwahlen an die Bildung einer Regierung aus der Bayerischen Volkspartei, den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen, wobei er gegen eine Beteiligung des Bauernbundes keinen Einwand erheben würde. Da müsse man doch vor allem das Ergebnis der Wahlen abwarten, aber man müßte sich klar sein, daß man einer solchen Koalition gegenüber mit einer sehr heftigen Opposition der Sozialdemokraten und der Kommunisten zu rechnen hätte, die sich dadurch gegenseitig nähergebracht würden und dann einen erheblichen Stimmenzuwachs erwarten könnten. Er selbst werde in einer solchen Koalition nicht mitmachen, er überlege es sich aber überhaupt, ob er nicht auch unter den jetzigen Verhältnissen schon sich von seinem Amte zurückziehen solle, dies würde er jedenfalls tun, wenn der Landtag beschließen sollte, Neuwahlen noch in diesem Herbst vorzunehmen. Er sehe die Vornahme der Wahlen in der nächsten Zeit für äußerst gefährlich an und fürchte, daß nicht nur Unruhen entstünden, sondern daß direkt ein revolutionärer Umsturz von Seiten der Kommunisten nicht nur, sondern auch von Seiten der Nationalsozialisten versucht würde. Er habe bestimmte Anzeichen, die darauf schließen ließen. Wenn aber auch solche Umsturzversuche in Bayern unterdrückt werden könnten, so seien sie doch nur dazu bestimmt, das Signal für größere Aktionen im übrigen Reich zu bilden, die im Ruhrgebiet ihren Anfang nehmen würden. Es dürfe nicht heißen, daß auch diesmal wieder der Umsturz von Bayern ausgegangen sei. Dafür sei die Regierung verantwortlich, und wenn der Landtag in seiner Mehrheit auf den Wahlen im Herbst beharren sollte, müßte die Regierung die Verantwortung ablehnen und die Führung der Geschäfte niederlegen. Er hoffe daher sehr, daß ein Auflösungsbeschluß vom Landtag jetzt nicht gefaßt werde. Wirklich gewünscht würden die Neuwahlen ja doch nur von den Kommunisten und den Nationalsozialisten, denen sich die Deutschnationalen anschließen; die anderen Parteien möchten sie vermieden sehen, nicht zuletzt die Sozialdemokraten. [. . .]

Dr. Held sprach dann von der morgigen Zusammenkunft der leitenden Minister der süddeutschen Länder in Stuttgart und gab seiner Freude Ausdruck, daß auch die Minister von Sachsen und Thüringen daran teilnahmen⁹. Das Reich sorge nur für sich selbst, und das geschehe meist auf Kosten der Länder, die ihrer Existenzmöglichkeit immer mehr beraubt würden. Auf diese Weise werde die Frage der Reichsreform auf trockenem Wege gelöst, und das dürften sich die Länder nicht gefallen lassen. Darüber müßten die Leiter derselben, die sich morgen zusammenfänden, Beschluß fassen. Preußen komme da nicht in Betracht, da es immer seine eigenen Wege gehe und mit der Reichsregierung Hand in Hand arbeite.

[. . .]

20. September 1931 (Nr. 270)

227

Wenn man sich der Zeiten erinnert, da der Münchner Bismarckturm auf der Höhe über dem Starnbergersee errichtet wurde [1899] und im bayerischen Zentrum und

⁹ Bei der Stuttgarter Konferenz der Länderregierungen von Bayern, Württemberg, Baden, Hessen und Sachsen (Thüringen war nicht vertreten) am 10. September wurden Sparmaßnahmen (u. a. Besoldungskürzungen) erörtert, die aufgrund der Notverordnung der Reichsregierung in allen beteiligten Ländern möglichst gleichmäßig durchgeführt werden sollten. Der badische Vertreter hatte auch ein Uniformverbot durch des Reich angeregt.

den ihm nahestehenden Kreisen ein Sturm der Entrüstung tobte, so könnte man leicht geneigt sein, den derzeitigen Skandal um das neuerrichtete Bismarckdenkmal falsch zu deuten. Die Zeiten haben sich aber sehr geändert. Dieselben Kreise, denen Bismarck wegen des Kulturkampfes seinerzeit der verhaßteste Mann war, verehren jetzt in ihm den Wahrer der bayerischen Sonderrechte und des Föderalismus überhaupt. Man wird also das Verhalten der maßgebenden staatlichen und städtischen Persönlichkeiten der Aufstellung des Bismarckdenkmals gegenüber gewiß nicht aus einer Abneigung gegen eine Ehrung Bismarcks erklären dürfen. Die unerfreulichen Vorgänge sind vielmehr lediglich auf die Rechnung des Künstlers zu setzen, der das Bismarckdenkmal geschaffen hat.

Einer der eifrigsten Förderer des Deutschen Museums, unser Landsmann Geheimer Kommerzienrat Reusch, wollte für das Museum ein Bismarckdenkmal stiften und beauftragte mit der Anfertigung desselben den namhaften hier lebenden Bildhauer Professor Behn. Oscar von Miller lehnte aber die Aufstellung eines Bismarckdenkmals im Deutschen Museum ab, da bei aller Anerkennung der Verdienste des großen Staatsmannes er doch in keinen Zusammenhang mit den Werken der Technik und Naturwissenschaften gebracht werden könne. Diese ablehnende Haltung Millers wurde ihm in weiten Kreisen sehr verübelt, namentlich in denjenigen, die ihm schon lange den Vorwurf einer wenig nationalen Gesinnung und einer stark demokratischen, wenn nicht sozialistischen, Einstellung machen. Miller, der so viele Wohltaten von Seiten des Königshauses genossen habe, soll nach der Revolution sehr schnell Fühlungnahme mit Eisner gesucht haben. Böse Zungen behaupten außerdem, daß an den Platz, der für das Bismarckdenkmal in Aussicht genommen war, im Hofe des Bibliothekbaues, Miller dereinst sein eigenes Denkmal gestellt wissen wolle. Die Berechtigung dieser Vorwürfe mag dahingestellt bleiben, formell war er jedenfalls mit seiner Ablehnung im Recht, und daß es sich nicht um eine Ablehnung Bismarcks überhaupt handelte, zeigt sich darin, daß man den Ausweg wählte, das Denkmal vor dem Eingang zum Deutschen Museum an der Ludwigsbrücke etwas seitlich aufzustellen.

Diese Aufstellung ging nun in den letzten Tagen vor sich und die Enthüllung hat ohne irgendwelche Beteiligung von staatlicher oder städtischer Seite [am 11. September] stattgefunden. Die Frauen, welche mit ihren Obst- und Gemüsekarren an diesem Platze sich aufzustellen pflegten, ließen sich durch die Erstellung des Denkmals nicht vertreiben, und dasselbe erhielt dadurch eine wenig würdige Umgebung. Professor Behn legte daher am Denkmal einen Kranz nieder mit schwarzer Schleife und dem Aufdruck: „In Trauer“ „In Scham!“ Dieser Kranz wurde von der Polizei entfernt, es wurde aber auch den Händlerkarren ein anderer Platz angewiesen.

Die rechtsgerichteten Blätter benützten diese Gelegenheit zu heftigen Vorwürfen gegen die Behörden wegen ihrer ganzen Haltung in der Angelegenheit und die Nationalsozialisten brachten im städtischen Hauptausschuß einen Antrag auf eine würdige Ausgestaltung des Platzes und eine nachträgliche Enthüllung des Denkmals ein. In der Sitzung des Hauptausschusses legten die beiden Bürgermeister den ganzen Sachverhalt klar. Dr. Scharnagl bezeichnete es als eine Unhöflichkeit gegen sich und den Stadtrat, daß Professor Behn sich an die Erledigung seiner Aufgabe gemacht habe, ohne sich um die Stadt zu kümmern, und daß er das Denkmal ohne Benehmen mit irgend jemand so mir nichts dir nichts auf die Straße hingestellt habe. Die Vorwürfe gegen die Stadt wies er energisch zurück. Es liege darin ein vollständiges Verkennen der Zuständigkeiten und Aufgaben der Stadt, für die keinerlei Verpflichtung bestan-

den habe, da es sich um einen Platz und die Stiftung des Deutschen Museums gehandelt habe. Für die Stadt habe kein Anlaß vorgelegen, ohne daß ein Ersuchen oder eine Einladung an sie ergangen wäre, sich einzumischen. Bürgermeister Kufner rechnete noch schärfer mit Professor Behn ab und warf ihm vor, er habe einen Skandal provozieren wollen, um Rache an der Stadt zu nehmen für eine andere Sache. Professor Behn will nämlich einen von ihm geschaffenen Brunnen am Sendlingertorplatz aufstellen, was eine vollständige Umgestaltung des Platzes zur Folge haben müßte, wofür die Stadt zur Zeit kein Geld ausgeben will. Der städtische Ausschuß gab den beiden Bürgermeistern recht und lehnte einstimmig die nationalsozialistischen Forderungen ab. Professor Behn ist zwar als talentierter Künstler, aber auch als temperamentvoller, brutaler Mann bekannt, der schon mehrfach unliebsam hat von sich reden machen.

21. September 1931 (Nr. 271)

228 In meinem Bericht vom 11. [September] 266 hatte ich die Betrauung des Ministerpräsidenten Dr. Held mit der Leitung des Finanzministeriums als ein Provisorium bezeichnet¹⁰, bis es sich entschieden habe, ob die Verhandlungen behufs Schaffung einer neuen parlamentarischen Unterlage für das Kabinett zum Ziele führten oder nicht. Die gleich darauf erfolgte Ernennung des Abgeordneten Schäffer zum Staatsrat im Finanzministerium und die Übertragung der Leitung des Finanzministeriums an diesen, nachdem der Ministerpräsident sie nur wenige Tage innegehabt hatte, zeigen, daß diese Vermutung unrichtig war. Es sind vielmehr verfassungsrechtliche Gründe für dieses Interim ausschlaggebend gewesen. Zur Ernennung des Staatsrats in einem Ministerium, die im Einverständnis mit dem Ministerrat erfolgen muß, bedarf es des Vorhandenseins eines Ministers des betreffenden Ressorts. Staatsrat von Deybeck konnte nicht selbst das Erforderliche wegen seiner Nachfolge veranlassen. Aus diesen Gründen übernahm der Ministerpräsident vorübergehend die Leitung des Finanzministeriums. Zugleich mit der Übertragung der Leitung an ihn wurde Staatsrat von Deybeck davon enthoben, und wenige Tage später erfolgte dessen Zuruhesetzung und die Ernennung des Abgeordneten Schäffer zu seinem Nachfolger. Ministerpräsident Dr. Held hatte als Finanzminister das Ernennungsdekret vollzogen und führte den neuen Staatsrat in sein Amt ein. Dann übertrug der Ministerrat diesem die Leitung des Ministeriums und enthob den Ministerpräsidenten wieder davon. Sollte es jedoch noch gelingen, das Kabinett wieder auf eine parlamentarische Basis zu stellen, so würde natürlich Schäffer Minister werden. Seine Ernennung zum Staatsrat hat aber für ihn den Vorteil, daß er, wenn er später Minister wird, vorher eine Staatsratsstelle innegehabt hat und daß sich dadurch bei seinem Rücktritt seine Pension höher berechnet, als wenn er vor der Ernennung zum Minister nur Oberregierungsrat gewesen wäre. Übrigens bezieht er während der Beförderungssperre vorerst noch sein Gehalt als Oberregierungsrat und nicht als Staatsrat. Ob er den Vorsitz der Bayerischen Volkspartei beibehalten wird oder nicht und wer eventuell als sein Nachfolger in diesem Vorsitz in Betracht käme, darüber verlautet noch nichts.

¹⁰ Nach dem Rücktritt Schmelzles im August 1930 war Staatsrat Deybeck mit der Leitung des Finanzministeriums beauftragt worden. Am 16. September 1931 wurde Schäffer in das Amt eingeführt.

Wie ich höre, kann man noch nicht etwa die Verhandlungen wegen einer parlamentarischen Unterlage für die Regierung als gescheitert bezeichnen, wenn mir auch wenig Aussicht zu bestehen scheint, daß sie noch zu einem Ergebnis führen. Unter diesen Umständen ist es nicht ganz glücklich, daß der Bayerische Kurier jede Gelegenheit benützt, um sich an den Deutschnationalen zu reiben und sie als eine Oppositionspartei hinzustellen, deren Benehmen umso unanständiger sei, als sie gleichzeitig ihren Minister in der Regierung beließen. Neuerdings glaubt der Bayerische Kurier von einem großen Krach zwischen dem Justizminister und seiner Partei berichten zu können¹¹. Daß dieses Verhältnis große Schwierigkeiten aufweist, wird man sich wohl denken können, denn, wer Dr. Gürtner kennt, wird nicht annehmen können, daß er sich mit der Richtung, die Dr. Hilpert unter Hugenbergs Einfluß in der Partei eingeschlagen hat, einverstanden erklären kann. Ich halte ihn auch für viel zu anständig, um sich seinen Ministerposten nur für sich erhalten zu wollen. Ich glaube vielmehr, daß er in der Partei laviert, um nicht durch sein Ausscheiden aus derselben der Regierung eine weitere Stütze zu entziehen und ihr damit noch weitere Schwierigkeiten zu bereiten. [. . .] Dr. Gürtner ist in der letzten Zeit merkwürdig schweigsam geworden und tritt sehr wenig in Erscheinung, auch ist er auffallend viel in Urlaub abwesend. Zu dem vom Bayerischen Kurier behaupteten Krach mit seiner Partei wird er es meines Erachtens nicht kommen lassen, dazu ist er viel zu klug und besonnen. Übrigens wird mir versichert, daß auch sonst nicht jedermann in der Partei mit der von Hilpert eingeschlagenen Richtung einverstanden ist.

14. November 1931 (Nr. 351)

Die Münchener Zeitung hatte berichtet, daß der durch den Heimwehrputsch berüchtigte Dr. Pfrimer hier in München weile¹² und diesen Aufenthalt dazu benütze, um mit hier lebenden Österreichern über neue Putschpläne zu konferieren und sich Hilfe aus Bayern für eine neugeplante Aktion zu sichern. [. . .]

Wie ich von einem Herrn des Staatsministeriums des Äußern erfahren habe, haben hier sich aufhaltende, der Polizei verdächtige Österreicher sich an Dr. Pfrimer herangemacht und sind dafür ausgewiesen worden. Pfrimer selbst habe erklärt, nur solange hier bleiben zu wollen, bis er das Visum zur Rückreise nach Jugoslawien habe. Seine im Polizeibericht mitgeteilte bereits erfolgte Abreise sei ebenfalls auf eine durch die Polizei verfügte Ausweisung zurückzuführen. Dies wird jetzt auch bekanntgegeben. Pfrimer habe das ihm in Bayern gewährte Asylrecht zwar nicht zu Konspirationen mißbraucht und habe sich regelmäßig und pünktlich auf der Polizei gemeldet. Trotzdem und obgleich die Gerüchte über Putschabsichten sich als völlig haltlos herausgestellt hätten, hätten die verantwortlichen Stellen nicht zusehen können, wie durch eine Diskussion über Pfrimer Unruhe und Nervosität in die Öffentlichkeit getragen wurde.

¹¹ Bayerischer Kurier, Nr. 263 v. 20. 9. 1931 („Krach in der bayerischen Deutschnationalen Partei“).

¹² Pfrimer hatte als Führer des steirischen Heimatschutzes und zeitweiliger Bundesführer der österreichischen Heimwehr in der Nacht vom 12. zum 13. September 1931 versucht, durch einen Putsch von der Steiermark aus die Macht in Österreich zu ergreifen. Nach dem Scheitern der Aktion floh er nach Jugoslawien. Bei seinem Aufenthalt in München im November hatte er u. a. Kontakte mit der NSDAP. Vgl. J. Hofmann, Der Pfrimer-Putsch, Wien-Graz 1965, S. 83f. und 102.

Der Österreichische Konsul sagte mir, man habe von Seiten des Generalkonsulats dem Besuche Pfrimers in München keinerlei Bedeutung zugemessen und sich nicht darüber aufgeregt, während es der hiesigen Polizei doch etwas ungemütlich gewesen sei. Pfrimer sei aber ein vollständig erledigter Mann, der gar keinen Anhang mehr habe und der froh sein müsse, wenn man ihn in Ruhe lasse.

16. Januar 1932 (Nr. 12)

Es darf nicht verkannt werden, daß die weiß-blau-monarchistische Bewegung in Bayern in letzter Zeit wieder wesentlich tätiger geworden ist. Der Heimat- und Königsbund hält an den verschiedensten Plätzen zahlreiche Versammlungen ab, in denen die Verdienste der bayerischen Herrscher in besonders günstigem Lichte dargestellt werden, die Ergebenheit für das Wittelsbacherhaus betont und die Wiedereinführung der Monarchie für Bayern ziemlich unverblümt als das erstrebenswerte Ziel bezeichnet wird. Da die unitaristisch-konfessionslose nationalsozialistische Bewegung für die partikularistisch-katholischen Kreise keine Zugkraft hat, andererseits aber auch bei diesen Kreisen das Gefühl vorherrscht: „So kann es nicht weitergehen, irgendwie muß es anders werden!“, so ist nicht zu verwundern, daß die Vorspiegelungen, als könnten durch Wiedereinrichtung der Monarchie wieder bessere Zeiten heraufgeführt werden, ein dankbares Publikum finden, das urteilslos genug ist, um an deren Verwirklichung zu glauben. Auch der bayerische Stahlhelm, der ja im Gegensatz zum Stahlhelm im übrigen Reich in erster Linie weiß-blau eingestellt ist, tritt für die bayerisch-monarchische Bewegung ein.

[. . .]

Nun darf man aber entfernt nicht denken, daß alle monarchisch gesinnten Bayern sich dieser Bewegung anschließen. Glücklicherweise ist die große Mehrheit wenigstens der urteilsfähigen Leute der Ansicht, daß diese Pläne ebenso utopisch als gefährlich sind, nicht zuletzt im Interesse des monarchischen Gedankens selbst. Sie sind sich bewußt, daß ein König ohne eigenes Militär, eigene Finanzen etc. eben doch eigentlich kein richtiger König wäre, und daß ein Versuch der Wiedererrichtung der Monarchie in Bayern im voraus zum Scheitern verurteilt sein müßte, was dem monarchischen Gedanken selbst am abträglichsten wäre, weil er dann für immer abgetan sein müßte.

Ich glaube daher, daß die Gefahr dieser Bewegung nicht überschätzt werden darf, wenn man sie andererseits auch nicht aus dem Auge verlieren darf, weil sie, je nachdem im Reich die Dinge eine Wendung nehmen, unter Umständen einmal von ausschlaggebender Bedeutung werden könnte.

Die Stellung des Kronprinzen Rupprecht ist jedenfalls eine überaus heikle. Ich glaube niemals, daß er selbst diese Bewegung fördert, aber er kann die zahlreichen Ergebenheitskundgebungen schwer ablehnen, und ich fürchte, daß er einmal sich vor eine schwierige Alternative gestellt sehen könnte, entweder seine Anhänger zu enttäuschen oder sich von ihnen zu Handlungen treiben zu lassen, deren Folgen er aus Vernunftgründen ablehnen müßte.

[. . .]

22. Januar 1932 (Nr. 20)

Der Nationalsozialist Dr. Frick, der vor seiner Wahl zum thüringischen Minister im bayerischen Staatsdienst gestanden hatte, ist auf seine Bitte vom 1. Februar [1932]

an wieder in denselben aufgenommen und zum Regierungsrat I. Klasse bei der Regierung von Oberbayern als Mitglied des Oberversicherungsamtes ernannt worden.¹

[. . .]

19. April 1932 (Nr. 78)

232

[. . .]

Die Nationalsozialisten betreiben eine zügellose Propaganda, wobei ihnen die Auflösung ihrer S.A., die hauptsächlich von der Bayerischen Regierung gefordert worden sei, sehr gelegen kommt². Trotzdem strecken sie ihre Fühler nach einer Koalition aus und der bekannte Nationalsozialist Esser hat bei einer Rede im Zirkus Krone [am 13. April], wobei er in unerhörter Weise gegen den Staat loszog, ausdrücklich im Namen der Parteileitung behauptet, die Nationalsozialisten seien im neuen Landtag bereit mitzuarbeiten und eine Koalition mit den bürgerlichen Parteien und Gruppen zu bilden, allerdings nur unter der Bedingung, daß die Entwicklung der deutschen Freiheitsbewegung künftig nicht unterbunden werde.

Die Bayerische Volkspartei scheint wenig geneigt, auf ein solches Koalitionsangebot einzugehen, wenn auch ihre Korrespondenz erklärt, es sei unrichtig, daß der Führer der Bayerischen Volkspartei gesagt habe, daß seine Partei niemals mit den Nationalsozialisten eine gemeinsame Regierung bilden werde. In einem Wahlaufuf sagt Staatsrat Schäffer, daß Bayern die Bayerische Volkspartei noch nie so notwendig gebraucht habe als in dieser Stunde, weder die politischen Kräfte, die links von derselben, noch die, die rechts von ihr stünden, böten irgendwie eine Gewähr für eine bewußte bayerische Staatspolitik, von der Kulturpolitik ganz zu schweigen. Bayern sei bis zur Stunde das stärkste und wichtigste Gegengewicht gegen den unitarischen Einheitswahn geblieben. In einem anderen Aufruf der Bayerischen Volkspartei heißt es, die Bestrebungen der Partei seien immer darauf gerichtet gewesen, Bayern freizuhalten von Parteiherrschaft und von Auswüchsen parlamentarischer Regierungsweise. Die Bayerische Volkspartei sei und bleibe die Schützerin eines intakten Berufsbeamtentums. Man kenne in Bayern keine Parteibuchbeamten und keine Ministerpensionen. Die Bayerische Volkspartei vertrete den Gedanken des christlichen Staates und stehe in schärfstem Kampf gegen jede Art von Gottlosenbewegung.

Die Sozialdemokraten schonen in ihrer Wahlpropaganda die Bayerische Volkspartei natürlich nicht, besonders mit Rücksicht auf ihre bisherige Koalition mit den Deutschenationalen, aber sie gehen doch vorsichtig vor und vermeiden es, eine etwaige künftige Koalitionsbildung mit der Bayerischen Volkspartei zu verbauen. So richtet sich ihr Wahlaufuf in erster Linie gegen die radikalen Parteien. [. . .]

[. . .]

¹ Gegen die Wiederanstellung Fricks („Hochverratsgehilfe des Hitlerputsches“) nahm die Münchener Post (Nr. 15 v. 20. 1. 1932) Stellung, wobei sie Held heftig angriff, der seinerseits erklärte, „daß ihm weder von der Entlassung noch von der Wiederanstellung Dr. Fricks persönlich etwas anderes bekannt geworden sei, als was jedermann aus den Zeitungen habe entnehmen können“.

² Zur Vorgeschichte des SA-Verbots vom 13. April, das auf süddeutsche Initiative durch eine Verordnung des Reichspräsidenten erlassen worden war, vgl. T. Vogelsang, Reichswehr, Staat und NSDAP, Stuttgart 1962, S. 165 ff.

23. April 1932 (Nr. 88)

Während die Wahlversammlungen hier im allgemeinen ohne wesentliche Störungen verlaufen sind, kam es am gestrigen Abend noch zu bedeutenden Ausschreitungen. Die Ankündigung, daß der Berliner Polizeipräsident Grzesinsky auf Einladung der Eisernen Front³ zum Wahlkampf sprechen werde, wirkte auf die Nationalsozialisten wie die Kommunisten als besonderer Anreiz zu Gegendemonstrationen. Grzesinsky sprach in drei Versammlungen hintereinander. Die erste Versammlung im großen Saal des Wagnerbräus, die wegen starken Andranges polizeilich gesperrt werden mußte, verlief ohne Zwischenfälle. Im Hackerbräu kam es darauf schon zu Störungen, die nicht ohne Schlägereien und dadurch hervorgerufene Verletzungen abliefen, aber doch bald von der Polizei unterdrückt werden konnten, so daß bei Eintreffen Grzesinskys die Ruhe bereits wieder hergestellt war. Im Löwenbräukeller, wohin sich der Redner zuletzt begab, hatten sich 200 bis 300 Nationalsozialisten unter die Zuhörer gemengt. Schon beim Erscheinen des Redners wurde von außen her eine Fensterscheibe eingeworfen, was verschiedene Verletzungen verursachte. Nach einem Rededuell in Gestalt gegenseitiger Zwischenrufe kam es zu einem Handgemenge zwischen Reichsbannerleuten, Nationalsozialisten und Kommunisten. Es wurde mit Maßkrügen, Stühlen und Stahlruten zugeschlagen, Tränengas- und Stinkbomben wurden geworfen. Herbeigerufene Polizeitruppen trennten die Gegner mit Mühe und mußten auch den Platz vor dem Gebäude sowie den Garten, wo sich immer wieder Nationalsozialisten sammelten, mit Gewalt räumen. Für die beabsichtigte Störung durch die Nationalsozialisten spricht die Tatsache, daß mehrere mit Steinen für Kleinsteinpflasterung ausgerüstete Nationalsozialisten versuchten, in die Versammlung einzudringen. 35 mehr oder minder schwer verletzte Personen mußten durch Sanitäts- und Privatautos in Krankenhäuser überführt werden, bei einem der Verletzten besteht Lebensgefahr. Grzesinsky kehrte noch am gleichen Abend mit dem Nachtschnellzug nach Berlin zurück. Da der Bahnhof durch starke Polizeikräfte gesichert war, verlief die Abreise ohne Störung.

233

26. April 1932 (Nr. 90)

Die Wahlen zum bayerischen Landtag⁴ sind am letzten Sonntag überall ohne Störungen verlaufen. Die Beteiligung war durchweg geringer, als bei der Reichspräsidentenwahl [am 10. April]. Das hervorstechendste Merkmal des Ergebnisses ist die unverhältnismäßig große Zunahme der nationalsozialistischen Stimmen, die bei den Landtagswahlen von 1928 nur 203 115 betragen und nun auf 1 270 602 gestiegen sind, wobei allerdings gegenüber der Wahl vom 10. [April] eine Abnahme von rund 100 000 Stimmen zu verzeichnen ist. Trotz dieses Riesenerfolges haben es die Nationalsozialisten nicht vermocht, die Bayerische Volkspartei zu überflügeln, die, wenn sie auch ein Mandat verloren hat, doch mit 45 Mandaten wieder als stärkste Partei in den Landtag einzieht, während die Nationalsozialisten mit 43 Mandaten nun an zweite Stelle treten. Mit Ausnahme der Kommunisten, die an Stelle von bisher 5 Man-

234

³ Die Eisernen Front war am 16. Dezember 1931 als Zusammenschluß des Reichsbanners mit Gewerkschaften und Arbeitersportverbänden gegründet worden.

⁴ Am 24. April wurden außer in Bayern auch in Preußen, Württemberg, Hamburg und Anhalt neue Landtage gewählt.

daten deren 8 zu erringen vermochten, haben alle anderen Parteien schwere Einbußen erlitten. Am auffälligsten ist dies bei den Sozialdemokraten, deren Mandatszahl von 34 auf 20 zurückgegangen ist. Der Bauernbund, der früher 17 Sitze im Landtag innehatte, wird nun nur noch 9 einnehmen. Die Deutschnationalen sind, wie zu erwarten war, zur Splitterpartei herabgesunken, indem sie von ihren bisherigen 13 Sitzen nur noch 3 zu behaupten vermochten. Leer ausgegangen sind die Sozialistische Arbeiterpartei, der Christliche Volksdienst und die mit der Wirtschaftspartei verbündete Deutsche Volkspartei.

[. . .]

Die Bayerische Volkspartei wird nun wieder den Landtagspräsidenten zu stellen haben, wobei allerdings in Betracht zu ziehen ist, daß die Deutschnationalen, die nicht mehr Fraktionsstärke haben, sich an die Nationalsozialisten anschließen könnten, die damit die stärkste Fraktion würden und dann den Präsidenten zu stellen hätten. Ferner wird die Aufgabe der Regierungsbildung wieder der Bayerischen Volkspartei zufallen. Wie dieselbe allerdings eine Mehrheit zusammenbringen soll, wenn sie weder mit den Nationalsozialisten noch mit den Sozialdemokraten eine Koalition bilden will, scheint rätselhaft. Sie braucht mindestens 65 Stimmen und würde bei einer Wiederherstellung der alten Koalition mit Bauernbund und Deutschnationalen deren nur 57 haben. Mit den Sozialdemokraten allein würde genau die Zahl 65, also eine Stimme Mehrheit, erreicht, während bei einem Zusammengehen mit den Nationalsozialisten sich eine tragfähige Mehrheit ergeben würde.

[. . .]

28. April 1932 (Nr. 91)

[. . .]

235

Die Frage, ob Dr. Held auch weiterhin Ministerpräsident bleiben wird, dürfte im wesentlichen davon abhängen, mit welchen anderen Parteien die neue Regierung gebildet werden soll. Würde es sich um ein Zusammengehen der Bayerischen Volkspartei mit den Sozialdemokraten handeln, so darf nach den seitherigen Äußerungen Dr. Helds angenommen werden, daß er sich dann zu einer Weiterführung der Regierungsgeschäfte nicht bereit finden würde. Man geht ziemlich allgemein davon aus, daß dann Staatsrat Schäffer an seine Stelle treten wird [. . .]. Ob etwa der Ehrgeiz Dr. Schäffers, das Amt des Ministerpräsidenten zu erlangen, einen Einfluß auf die Geneigtheit zu einem Zusammenarbeiten mit den Sozialdemokraten innerhalb der Partei ausüben könnte, mag vorerst dahingestellt bleiben. Bei seiner Ernennung zum Leiter des Finanzministeriums hat man ziemlich allgemein die Vermutung aussprechen hören können, daß Dr. Held sich damit einen gefährlichen Konkurrenten geschaffen habe.

[. . .]

31. Mai 1932 (Nr. 106)

236

Der Rücktritt des Kabinetts Brüning wurde hier gestern nachmittag durch Anschläge der Zeitungen an den Straßenecken bekannt, um die sich bald größere Menschenmengen ansammelten. Man konnte darin da und dort namentlich von jüngeren Leuten Ausbrüche höchster Befriedigung vernehmen.

Ich begab mich heute vormittag ins Staatsministerium des Äußern, wo ich aber nur Staatsrat Bleyer sprechen konnte, da der Ministerpräsident an der Eröffnung des Landtags teilnahm, die heute morgen stattfand. Staatsrat Bleyer gab seinem tiefsten Bedauern über diese Wendung der Dinge und seinen lebhaftesten Befürchtungen für die weitere Entwicklung derselben Ausdruck. Er sehe keine Möglichkeit, wie ein Kabinett gebildet werden könnte, das eine zuverlässigere Mehrheit erhalte, als sie Dr. Brüning gehabt habe. Die Nationalsozialisten wollten jetzt aufs Ganze gehen und sie würden jede Lösung nur als Zwischenlösung ansehen, der eine baldige Auflösung des Reichstags folgen müsse, bei der sie in den Neuwahlen einen endgültigen Erfolg davonzutragen hofften. Für unsere außenpolitischen Verhandlungen werde der Sturz Brünnings von katastrophaler Wirkung sein. Dr. Bleyer führte den Entschluß des Reichspräsidenten auf den Widerstand der ostpreußischen Großgrundbesitzer gegen die Siedlungspolitik zurück. Ebenso auch auf die vom Reichswehrministerium ausgehenden Intrigen, die zuerst enthüllt zu haben ein Verdienst der hiesigen Presse sei. Diese habe ihren Aufsehen erregenden Vorstoß nur auf Grund ganz zuverlässiger Informationen gemacht, die sich leider nur zu sehr als zutreffend erwiesen hätten⁵.

[. . .]

1. Juni 1932 (Nr. 108)

Die Eröffnung des Bayerischen Landtags, welche gestern stattfand, hat, nachdem anfängliche Störungsversuche durch die Kommunisten mit Sprechchören unterdrückt waren, einen durchweg ruhigen Verlauf genommen. Insbesondere scheinen die Nationalsozialisten darauf bedacht gewesen zu sein, einen guten Eindruck hervorzurufen. Wie mir gesagt wurde, haben sich dieselben an den vorhergehenden Gottesdiensten beider Konfessionen demonstrativ beteiligt und sind so früh in den Kirchen erschienen, daß sie die vordersten Reihen besetzt hatten, ehe die anderen Abgeordneten eintrafen. [. . .]

[. . .]

2. Juni 1932 (Nr. 111)

Ministerpräsident Dr. Held empfing mich heute morgen und sprach natürlich gleich vom Sturze des Reichskanzlers Dr. Brüning. Er war ebenso erschüttert über dieses Ereignis, wie es die meisten Leute sind, die ich bis jetzt hier gesprochen habe. Er meinte, der Reichspräsident habe mit diesem Schritt alle die 19 Millionen Deutsche, die ihn wiedergewählt hätten, vor den Kopf gestoßen und an ihm irre gemacht. Er betrachte es als das allergrößte Unglück, das uns passieren konnte. Brüning durch einen anderen Kanzler zu ersetzen, hätte doch nur einen Sinn gehabt, wenn man entweder einen vollständigen Wechsel des Kurses hätte herbeiführen wollen oder wenn man im Hintergrund ein durchaus geeignetes Kabinett fix und fertig gehabt hätte. Dieses sogenannte Konzentrationskabinett verdiene jeden anderen Namen, nur

⁵ Anfang Mai hatte zuerst die Münchner Telegramm-Zeitung über Gerüchte geschrieben, nach denen Groener als Reichswehrminister entfernt und Schleicher Reichskanzler werden sollte. Als Urheber dieser Intrigen waren die Generale Schleicher und Hammerstein und Staatssekretär Meißner genannt worden. Vgl. MNN, Nr. 119 v. 2. 5. 1932 („Gerüchte“).

nicht diesen; von Konzentration sei keine Rede, keine einzige Partei werde wirklich damit zufrieden sein, nur die Nationalsozialisten hätten das Versprechen der Reichstagsauflösung erreicht, ohne irgendwie Verantwortung zu übernehmen.

[. . .]

Die Entlassung Brünings sei in erster Linie auf die Intrigen des Generals Schleicher zurückzuführen, der auch die Entfernung Groeners vom Reichswehrministerium auf dem Gewissen habe. Daß Schleicher die Hand im Spiele gehabt habe, zeige sich deutlich darin, daß er Papen, mit dem er eng befreundet sei, schon längst als Kanzler bereit gehalten habe, wie auch die Ernennung Hammersteins seinerzeit auf sein Betreiben erfolgt sei. Schleicher und Papen seien von der Militärzeit her gut bekannt, und die beiden seien auch in den letzten Jahren immer zusammengesteckt. Papen habe sogar an den Manövern teilgenommen. So habe er selbst bei den Manövern in Nordfranken, zu denen der Reichspräsident nach Bayern gekommen sei, Herrn von Papen auch getroffen und kennengelernt. Bei drei verschiedenen gemeinsamen Essen habe er Gelegenheit gehabt, sich länger mit Schleicher und Papen zu unterhalten. In Schleicher habe er einen unzufriedenen, über alles absprechend urteilenden Mann kennengelernt, Papen habe über alles mit ebenso geringer Sachkenntnis als unglaublicher Frivolität gesprochen. [. . .]

Abgesehen von allem anderen, sagte der Ministerpräsident weiter, halte er die Änderung in der Reichsregierung in zwei Richtungen für gefährlich. Man spreche bereits von einer Devaluation der Mark und von der Schaffung einer Binnenwährung, was beides letzten Endes auf eine Inflation hinauslaufen würde. Noch schlimmer seien die Rückwirkungen auf unsere Beziehungen zum Ausland. Das große Vertrauen und Ansehen, das Brüning demselben gegenüber genossen habe, habe man leichtsinnig vergeudet. Niemand werde sich mehr darüber freuen als die Franzosen. Sie werden sich dazu beglückwünschen, die Lausanner Konferenz⁶ hinausgeschoben zu haben, würden wohl auch jetzt wieder eine neue Vertagung verlangen mit der Begründung, daß das neue Kabinett nur provisorischen Charakter habe und daher nicht genügend legitimiert sei, um internationale Verträge zu schließen. Wenn dann nach den Neuwahlen die Nationalsozialisten eine führende Rolle spielen würden, so würde das den Franzosen ein willkommenes Anlaß sein, jegliches Entgegenkommen zu verweigern. Die Situation sei doch so gewesen, daß bei einem Mißlingen der Lausanner Konferenz unter Brüning Frankreich vor der ganzen Welt als Störenfried angesehen worden wäre, während man jetzt namentlich von Seiten Englands und Amerikas Deutschland die Schuld zuschieben werde. In richtiger Erkenntnis dieser Sachlage und der Unbeliebtheit Papens bei England und ganz besonders bei den Vereinigten Staaten, habe Botschafter Neurath es abgelehnt, das Ministerium des Äußern zu übernehmen. (Diese Äußerung wurde sehr bald durch die Meldung von der Annahme Neuraths überholt.)

⁶ Nachdem wegen der Weltwirtschaftskrise im Juli 1931 alle internationalen Zahlungsverpflichtungen auf ein Jahr („Hoover-Freijahr“) ausgesetzt worden waren, sollten die deutschen Reparationsverpflichtungen auf der ursprünglich für 25. Januar anberaumten Konferenz in Lausanne abschließend geregelt werden. Weil die Einigung zwischen England und Frankreich erst im April zustande kam, wurde die Konferenz verschoben. Sie begann am 16. Juni und wurde am 9. Juli mit einem Abkommen beendet, durch das das Reparationsproblem mit einer einmaligen Abfindungssumme von 3 Milliarden Reichsmark abgeschlossen wurde. Vgl. EGK, 1932, S. 399–416.

Dr. Held sagte dann weiter, Minister Gürtner habe bei ihm angefragt, ob er das ihm angebotene Reichsjustizministerium übernehmen solle. Er habe ihm erwidert, daß er ihm da einen Rat nicht erteilen könne. Der Rücktritt in den bayerischen Staatsdienst würde ihm natürlich vorbehalten, und zwar käme für ihn ein Posten in Betracht, wie sonst für einen abgehenden bayerischen Minister. Ob er natürlich wieder bayerischer Justizminister werden könne, darüber könne er nichts sagen, da die Verhältnisse bis dahin sich geändert haben würden, so daß er selbst nicht wisse, ob er dann noch Ministerpräsident sein werde. Vorerst rechne er zwar mit einer Fortdauer des geschäftsführenden Ministeriums noch auf mindestens zwei Monate. Die Nationalsozialisten würden sich auf Verhandlungen über Regierungsbildung in den Ländern nicht einlassen wollen, ehe nicht die Reichstagswahlen stattgefunden hätten. Da die neue Reichsregierung gleich ein Mißtrauensvotum erhalten werde, käme die Auflösung des Reichstages schon für die allernächste Zeit in Frage, und die Neuwahlen würden schon Ende Juli stattfinden. [. . .]

Nach verschiedenen Äußerungen, die ich gehört habe, haben die Vorgänge in Berlin die Reichstreue in Bayern wieder stark erschüttert, und die neue Regierung ist nicht geeignet, hier Vertrauen zu erwecken. Man fragt sich, was denn Ostpreußen eigentlich die Bayern angehe, wegen dessen man erst die Marneschlacht verloren habe und jetzt die hier so sehr angesehene Regierung Brüning verliere, nur damit die bankrotten ostpreußischen Großgrundbesitzer erhalten bleiben. Man spricht jetzt viel davon, daß die monarchistische Bewegung intensiver betrieben werden müsse, weil sie allein in Bayern geeignet sei, ein Gegengewicht gegen die Nationalsozialisten zu bilden.

28. Juni 1932 (Nr. 136)

Das Vorgehen der Reichsregierung den Ländern gegenüber in der Frage der Demonstrations- und Uniformverbote wird als unberechtigter Eingriff in die Polizeihochheit der Länder hier sehr stark empfunden⁷. Die Situation gestaltet sich ganz ähnlich wie im Jahr 1923, nur daß die Rollen vertauscht sind und die Angriffe gegen Bayern jetzt von den Kreisen ausgehen, die damals dem Widerstand Bayerns gegen zentralistische Übergriffe von Seiten des Reiches nicht genug Beifall zollen konnten. Man stößt daher auch hier wieder auf ganz dieselben Gedankengänge, wie man sie im Jahr 1923 hören konnte. Bayern müsse für Ruhe und Ordnung im eigenen Hause selbst sorgen und könne unter Umständen berufen sein, innerhalb des Reichs die Ordnungszelle zu bilden, von der die Wiedergesundung desselben ausgehen müsse. Diese Gedanken werden nun sehr stark mit den monarchischen Bestrebungen in Verbindung gebracht.

⁷ Im Zuge der Papenschen Vorleistungen für Hitler hatte die Reichsregierung am 16. Juni – trotz vorheriger Proteste der süddeutschen Regierungen beim Reichspräsidenten – durch Notverordnung das Verbot der SA und das Uniformverbot aufgehoben sowie das Versammlungsrecht gemildert. Die bayerische Regierung hielt das landesrechtliche Demonstrationsverbot aufrecht und erließ am 17. Juni ein eigenes Uniformverbot. Nachdem eine vom amtierenden preußischen Ministerpräsidenten am 27. Juni einberufene Länderkonferenz Übereinstimmung der Länderregierungen im Gegensatz zur Reichsregierung ergeben hatte, antwortete diese am 28. Juni mit neuen Verordnungen, die für das ganze Reichsgebiet die Aufhebung des SA-Verbots und die generelle Zulassung von Uniformen und Demonstrationen zum Inhalt hatten. Vgl. EGK, 1932, S. 110, 113 ff., s. a. Vogelsang, Reichswehr, S. 213 ff. und K. D. Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, Villingen 1964, S. 545 ff.

Diese Bestrebungen, über die ich bereits früher berichtet habe, noch weiter zu fördern, ist die gegenwärtige Zeit besonders geeignet. Der Bayerische Heimat- und Königsbund ist eifrig am Werke mit seiner Propaganda, die auf die urteilslose Masse besonders gefährlich wirkt, weil sie sich über die Voraussetzungen, unter welchen allein die Wiedererrichtung einer Monarchie überhaupt erfolgen könnte, gar keine Rechenschaft gibt. [. . .]

[. . .]

2. Juli 1932 (Nr. 139)

[. . .]

240

Der morgige Tag kann hier unter Umständen kritisch werden. Die Nationalsozialisten wollen ihren Gautag hier in München abhalten, und es ist zu diesem Zweck ein großes Zelt errichtet worden, das 30 000 Personen fassen soll, vor denen Hitler sprechen will. Man erwartet einen großen Zustrom von auswärts, und es sollen verschiedene Sonderzüge mit Nationalsozialisten hier eintreffen. Die Teilnehmer begeben sich in einem großen Demonstrationszug, der durch viele Straßen der Stadt, wenn auch nicht gerade des Zentrums, führen wird, zu dem Versammlungspunkt. Man erwartet, daß die Nationalsozialisten alles tun werden, um diesen Umzug recht großartig zu gestalten und daß sie durch gutes Benehmen suchen werden, Stimmung für sich zu machen und zu zeigen, daß die gegen sie ergriffenen, nunmehr aufgehobenen Maßnahmen durchaus unnötig seien. Nun hat aber für den gleichen Tag die Eiserne Front zu einer Massendemonstration aufgerufen, und hierdurch entsteht natürlich die Gefahr von Zusammenstößen. [. . .]

[. . .]

5. Juli 1932 (Nr. 140)

241

Die Demonstrationen der Nationalsozialisten und der Eisernen Front am letzten Sonntag [3. Juli] sind ohne wesentliche Störung verlaufen, kleinere Einzelzusammenstöße am Abend kamen kaum in Betracht. Es fiel allgemein auf, mit welcher Disziplin und welchem Ernst seitens der Nationalsozialisten die Demonstration durchgeführt wurde, besonders welche tadellose Ordnung im Zuge herrschte, dessen Teilnehmer sich durch die oft recht stürmischen und taktlosen Zurufe des Publikums nicht aus der Haltung bringen ließen. Man schätzt die Teilnehmer an dem Zuge auf ungefähr 11 000, das Zelt, in welchem Hitler seine Rede hielt, soll nicht ganz gefüllt gewesen sein, doch fehlen darüber zuverlässige Angaben. Hitler hatte, wie ich höre, befohlen, daß sich abends nach 9 Uhr niemand mehr in Uniform auf der Straße zeigen dürfe. Viel besprochen wurde die glänzende Ausstattung der im Zuge Marschierenden, die fast alle ganz neue Uniformen trugen und neue Fahnen mit sich führten, wobei man vielfach die Frage hören konnte, woher das Geld hierzu gekommen sein könne. Auch die Rede Hitlers im Zelt scheint sich großer Mäßigung befleißigt zu haben, und die Münchener Post meint, die Zuhörer würden enttäuscht gewesen sein, daß er ihnen statt Paprika-Gulasch eine Gemüseplatte vorgesetzt habe⁸.

[. . .]

⁸ Münchener Post, Nr. 152 v. 4. 7. 1932 („Hitlers Privatarmee in München“).

2. August 1932 (Nr. 160)

Das Ergebnis der Reichstagswahlen [am 31. Juli] in Bayern muß auch in seiner Rückwirkung auf die innerbayerischen Verhältnisse gewürdigt werden, denn rein äußerlich betrachtet zeigt dasselbe eine nicht unwesentliche Verschiebung der Wähler innerhalb der Parteien seit den Landtagswahlen vom 24. April [1932]. Vor allem fällt es auf, daß die Nationalsozialisten sich nunmehr als die stärkste Partei erwiesen haben, während sie bei den Landtagswahlen noch hinter der Bayerischen Volkspartei zurückstanden. Die Nationalsozialisten haben 1 346 131 Stimmen erreicht, die Bayerische Volkspartei 1 323 370 gegenüber 1 270 792 und 1 272 005 Stimmen bei den Landtagswahlen. Man darf sich aber durch dieses scheinbare Überflügeltwerden der Bayerischen Volkspartei durch die Nationalsozialisten nicht täuschen lassen. Es ist wohl größtenteils darauf zurückzuführen, daß eine große Anzahl von Norddeutschen, die teils in bayerischen Sommerfrischen geweiht haben, teils von österreichischen Sommerfrischen über die bayerische Grenze gekommen sind, in Bayern ihrer Wahlpflicht genügt hat und daß die große Mehrheit derselben ihre Stimme für die Nationalsozialisten abgegeben hat. Es ist nachgewiesen, daß in mehreren bayerischen Orten, die größeren Fremdenverkehr aufweisen, einige Tausend Stimmen mehr abgegeben wurden, als die Zahl der dort lebenden Stimmberechtigten beträgt. [. . .]

Überträgt man das Ergebnis der Reichstagswahlen auf die Zusammensetzung des Landtags, so würden Bayerische Volkspartei und Nationalsozialisten je 44 Sitze bekommen, während erstere jetzt 45, die letzteren jetzt 43 Mandate haben. Die Sozialdemokraten bekämen statt 20 Sitzen deren 23, die Kommunisten statt 8 nunmehr 9, die Deutschnationalen würden sich mit 3 Sitzen halten, der Bauernbund würde von 9 Sitzen auf 5 zurückgehen.

Man sieht daraus, daß auch in einem so zusammengesetzten Landtag die Bildung einer Regierungskoalition oder überhaupt das Zustandekommen einer Regierung nicht erleichtert würde. Daraus schöpft man die Hoffnung, daß etwaigen Wünschen nach einer Landtagsauflösung, wie sie bereits lautgeworden sind, nunmehr ein Riegel vorgeschoben ist. Solche Wünsche wären natürlich von den Nationalsozialisten ausgegangen und, nachdem diese nun gesehen haben, daß sie kaum noch auf weiteren Zuwachs zu rechnen haben, glaubt man, daß sie kein Verlangen nach Neuwahlen mehr haben. Gerade in der Tatsache, daß durch die Reichstagswahlen ziemlich deutlich vor Augen geführt wurde, wo die Grenzen des Anwachsens der nationalsozialistischen Bewegung sind, d. h. daß ihnen weder eine Erschütterung des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei, noch ein Einbruch in die marxistischen Parteien gelungen ist, glaubt man hier die Hauptbedeutung der jüngsten Reichstagswahlen erblicken zu dürfen.

5. August 1932 (Nr. 164)

Gestern empfang mich auf meine Bitte Ministerpräsident Dr. Held. Er sprach zuerst von den Terrorakten, die sich in der Nacht vorher nun auch hier ereignet haben, wobei mehrere Brandstiftungen mit Explosivkörpern an verschiedenen Stellen der Stadt, z. B. an Warenhäusern und an einem sozialdemokratischen Jugendheim, vorgekommen waren. Der Minister des Innern habe ihm gesagt, daß es sich zweifellos um Taten der Nationalsozialisten dabei gehandelt habe. Diese Terrorakte seien nur Teile eines ganz bestimmten Systems der Nationalsozialisten. Sie seien bereits in der Nacht nach der Wahl geplant gewesen, aber unterblieben, weil man gemerkt habe,

welch starker polizeilicher Schutz vorbereitet gewesen sei. Sie hätten den Zweck, im Zusammenhang mit all den Aktionen im ganzen Reich Zwangsmaßnahmen gegen die Kommunisten zu erzwingen und stellten die Vorbereitung für einen Putsch oder für die Errichtung einer Diktatur dar, die die Nationalsozialisten selbst zu übernehmen hofften. Er habe gehört, daß Schleicher und Bracht entschlossen seien, wenn diese Unruhen fortgesetzt würden, den Ausnahmezustand für Preußen, wenn nötig für das ganze Reich zu verfügen. Schleichers Pläne seien noch immer ganz undurchsichtig. Den einen gelte er als Freund und Förderer der Nationalsozialisten, den andern als der gefährlichste Gegner derselben. Bedenklich sei es jedenfalls, daß er sich durch ein Abkommen mit den Nationalsozialisten gebunden habe, und zwar sei dies, wie er bestimmt wisse, schon vor der Entlassung Brüning's der Fall gewesen. Jetzt komme es darauf an, ob er gewandt genug sei, um sich aus dieser Schlinge zu lösen. Man würde in der Verhängung des Ausnahmezustandes den erhofften Schlag gegen Hitler sehen.

Dr. Held erzählte mir dann, daß er soeben den Besuch des früheren Reichsinnenministers Herrn von Keudell gehabt habe. Nach dessen Äußerungen rechne man in Berlin nicht mehr mit dem Verbleib des Herrn von Papen auf seinem Posten als Reichskanzler. Er und Herr von Gayl müßten aus dem Kabinett verschwinden, wenn die Nationalsozialisten ihre Forderungen anmeldeten, denn besonders Herr von Gayl sei bei ihnen sehr verhaßt. Als sein Nachfolger gelte bestimmt der Nationalsozialist Dr. Frick, während den Posten des Reichskanzlers eine den Nationalsozialisten genehme Persönlichkeit einnehmen solle. [. . .] Keudell habe ihm gesagt, daß Gayl dazu ausersehen sei, als Reichsvertreter nach München gesandt zu werden. Er habe darauf erwidert, Herr von Papen habe ihm bereits neulich gesagt, er möchte ihm gern seinen Freund Lersner als „seinen Gesandten“ nach München schicken, worauf Keudell erwidert habe, das sei bereits überholt. Papen selbst werde als Botschafter nach Paris und Hösch nach London kommen.

Ministerpräsident Dr. Held äußerte sich dann noch eingehend über die Persönlichkeit Papens, erzählte mir noch länger von der Konferenz in Stuttgart⁹ und erwähnte auch den Vorfall der Lichtbildaufnahme, die Anlaß zu dem Wahlplakat gegeben hat¹⁰. Er meinte, diese Aufnahme von ihm, Arm in Arm mit Herrn von Papen, sei von diesem absichtlich veranlaßt worden. Er habe gehört, daß man in Kreisen des Herrenclubs in Berlin bereits am Tage zuvor davon gesprochen habe, daß dies gemacht werden solle. Dies sei doch ein unwürdiger Trick. Papen mache ihm eben immer den Eindruck des Dilettanten, der den Ernst der Lage nicht erfasse und meine, die Politik so aus dem Handgelenk machen zu können. In Lausanne habe er doch großes Unheil angerichtet. Nachdem Brüning erklärt habe, wir könnten nichts mehr zahlen, habe er auf einmal erklärt, drei Milliarden seien doch noch möglich. Was müsse das für

⁹ Am 23. Juli, drei Tage nachdem Papen die preußische Regierung durch einen Staatsstreich ausgeschaltet und Preußen der kommissarischen Gewalt des Reichskanzlers untergeordnet hatte, fand in Stuttgart eine Konferenz der Reichsregierung mit den Ministerpräsidenten der Länder statt. Vor allem die süddeutschen Länderchefs übten in Stuttgart starke Kritik am Vorgehen Papens. Vgl. W. Benz, Papens „Preußenschlag“ und die Länder, in: VjZG 18 (1970), S. 320–338.

¹⁰ Während einer Pause bei der Stuttgarter Konferenz am 23. Juni war ein Gruppenfoto der Länderchefs gemacht worden, das Papen und Held Arm in Arm zeigte. Der Reichskanzler hatte den bayerischen Ministerpräsidenten in diese Pose gedrängt. Das Foto erschien wenige Tage später auf Plakaten der NSDAP und sollte beweisen, daß der Gegensatz zwischen Held und Papen gar nicht existierte. Ebenda, S. 329.

einen Eindruck auf das Ausland machen; da sei es kein Wunder, wenn uns nur Mißtrauen entgegengebracht werde. Im Anfang sei alles ganz gut gegangen, solange Papen im Hintergrund geblieben sei und Neurath allein verhandelt habe. Da habe Papen mit einemmal eingegriffen und alles verdorben. Dadurch sei auch die Differenz mit Neurath entstanden, die diesen veranlaßt habe, eine Zeitlang wegzugehen und nach Genf zu fahren.

Herr von Keudell habe ihm dann noch gesagt, – und zwar in einer Weise, die erkennen ließ, daß es nicht von ihm selbst ausging, sondern daß er gewissermaßen einen Auftrag ausführte – für die süddeutschen Länder sei die gegenwärtige Lage eine sehr günstige, sie sollten die Gelegenheit benützen, sich an den Reichspräsidenten wenden und mit ihm ein Abkommen abschließen, in welchem ihre Selbständigkeit garantiert werde und die Grenzen der Kompetenzen zwischen Reich und Ländern haarscharf festgelegt würden. Es käme die Rückgabe der Finanzhoheit, die Scheidung der Steuerquellen, die Rückgabe der Verwaltung der Wasserstraßen etc. und eine selbständigere Gestaltung der Verwaltung überhaupt in Frage. Außerdem müsse vereinbart werden, daß eine Reichsreform nicht durchgehen dürfe, wenn die Stimme auch nur eines Landes dagegen sei. Dr. Held meinte, dies scheine ihm zu verlockend, aber es werde wohl darauf ankommen, was für Gegenleistungen dann von den Ländern verlangt würden, und da werde wohl der Pferdefuß dieses Vorschlages stecken.

Auf meine Frage, was für Rückwirkungen auf die Regierungsbildung in Bayern der Ausfall der Reichstagswahlen haben werde, erwiderte der Ministerpräsident, jedenfalls würde zuerst die Bildung der Reichsregierung und der Preußischen Regierung abgewartet. Er selbst werde keinesfalls irgend einen Schritt tun. Er halte es für durchaus möglich, daß die geschäftsführende Regierung bleibe, weil keine andere zustandekomme, und das würde er gewiß nicht für ein Unglück halten. Auch Herr von Papen habe ja erklärt, die Tatsache, daß in einem Lande eine geschäftsführende Regierung bestehe, könne für das Reich keinen Anlaß zum Eingreifen bedeuten. Außerdem sei die Reichsregierung auch nichts anderes als eine geschäftsführende Regierung, bisher habe sie jedenfalls nicht nur keine Mehrheit, sondern so gut wie Niemanden hinter sich gehabt, während die Länderregierungen doch wenigstens noch sich auf starke Minderheiten stützen könnten.

Dr. Held sprach sich bezüglich der weiteren Entwicklung der Dinge sehr pessimistisch aus. Er könne sich des Eindrucks nicht erwehren, daß wir auf eine Revolution zuzusteuern, die viel schlimmer werde als diejenige von 1918. Man dürfe sich doch darüber nicht täuschen, daß die Nationalsozialisten nicht nur als Patrioten anzusehen seien, wie so viele glaubten. Solche gebe es gewiß manche darunter, aber mindestens 50 Prozent davon seien nichts anderes als Revolutionäre, und das sei, besonders wenn man das starke Anwachsen der Kommunisten in Betracht ziehe, eine riesige Gefahr. Aber nicht nur innenpolitisch sehe er die Dinge schwarz, sondern auch außenpolitisch. Welchen Eindruck müßten die Zustände in Deutschland auf das Ausland machen, wenn die Persönlichkeiten in der Regierung so schnell wechselten und ein latenter Bürgerkrieg herrsche. Über die Forderungen aus dem Lausanner Abkommen dürfe man sich ebenfalls nicht täuschen, die Rechnung würde uns unter allen Umständen präsentiert werden, dafür würden die Franzosen schon sorgen.

Dr. Held fährt zur Beisetzung Dr. Seipels nach Wien¹¹.

¹¹ Der ehemalige österreichische Bundeskanzler war am 2. August nach langer Krankheit gestorben.

20. September 1932 (Nr. 180)

244

Am letzten Sonntag [18. September] fand in Tuntenhausen die übliche Bauern-Herbst-Parade, d. h. die Tagung des Bayerisch-Patriotischen Bauernvereins statt, bei welcher der Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei, Staatsrat Schäffer, eine längere Rede über die politische Lage und die Aufgaben seiner Partei hielt. Auch Dr. Heim war erschienen und hielt eine Rede, während Ministerpräsident Dr. Held ferngeblieben war. Bei dieser Tagung trat zum ersten Mal auch die Bayernwacht in Erscheinung, die uniformierte Organisation der Bayerischen Volkspartei, die, wie es heißt, sehr starken Zulauf gefunden hat und von der erzählt wurde, daß in den letzten Tagen eine Reihe nationalsozialistischer S.A.-Leute, unzufrieden mit der Politik ihrer Partei, zu derselben übergegangen seien.

[. . .]

13. Oktober 1932 (Nr. 201)

245

Reichskanzler von Papen ist gestern abend um 9 Uhr wieder von hier abgereist, nachdem sein Besuch hier durchaus programmgemäß verlaufen war. Der Eindruck, den er hier gemacht hat, sowohl wie derjenige, den er von hier mitnehmen durfte, dürfte im Allgemeinen als ein günstiger zu bezeichnen sein, wenigstens hat mir dies Geheimrat von Stengel, der dem Kanzler während seines hiesigen Aufenthaltes beigegeben war, aufs bestimmteste versichert. Der persönliche Verkehr zwischen Herrn von Papen und Ministerpräsident Dr. Held sei durchweg zwanglos und liebenswürdig gewesen. Die beiden Herren waren sehr viel zusammen und hatten vor allem auf einer Autofahrt am Dienstag nachmittag [11. Oktober], die über Kloster Andechs nach dem Starnberger See führte, Gelegenheit zu ungestörter Aussprache. Diesem ungezwungenen Benehmen Dr. Helds gegenüber stach dasjenige Staatsrat Schäffers auffallend ab, der sein Mißvergnügen namentlich bei dem Abendempfang beim Ministerpräsidenten ziemlich offen zur Schau trug. Auch Dr. Pfeiffer, den ich gestern abend noch sprach, ließ das tiefe Mißtrauen, das in der Bayerischen Volkspartei gegen Herrn von Papen herrscht, ziemlich deutlich erkennen.

Im Gegensatz zu dieser Haltung von Parteigrößen hörte ich eben von Personen, die sonst unbedingt auf die Bayerische Volkspartei geschworen haben, sehr günstige Äußerungen über Herrn von Papen. Es wird vor allem anerkannt, daß noch nie ein Reichskanzler sich so offen zum Föderalismus bekannt habe. Ein Herr, der der Bayerischen Volkspartei sehr nahe steht, erzählte mir, daß ihm einer der Herren der Begleitung des Reichskanzlers versichert habe, diese föderalistische Einstellung des Herrn von Papen sei demselben durchaus ernst und entspreche ganz seiner tiefsten Überzeugung, es sei nur bedauerlich, daß immer wieder Reden des Herrn Schäffer den unitaristischen Strömungen, die Herr von Papen zu bekämpfen habe, neue Nahrung zuführten.

[. . .]

Die wärmste Aufnahme fand der Kanzler beim Industriellen-Verband, wo sein Vortrag nicht nur vielfach beifällige Unterbrechung erfuhr, sondern wo er auch beim Erscheinen und nach Schluß des Vortrags den stürmischsten Applaus ernten durfte¹².

¹² Papen hielt vor den bayerischen Industriellen eine große Programmrede, in der er seine wirtschafts- und verfassungspolitischen Ziele entwickelte. Er kündigte einen Verfassungsentwurf an, der eine Reichsreform unter antiparlamentarischen Vorzeichen und die Be-

Auch bei dem Bierabend, dem der Reichskanzler, ehe er zur Bahn fuhr, noch kurz anwohnte, waren Begrüßung und Abschied sehr warm und geradezu begeistert.

[. . .]

Das Straßenpublikum nahm an dem Besuch des Kanzlers lebhaften Anteil und drängte sich sehr interessiert überall, wo sich die Möglichkeit bot, ihn zu sehen. Die vielfachen Beifallskundgebungen wurden allerdings durch „Heil Hitler“-Rufe von Seiten der Nationalsozialisten und von den Rufen „Nieder mit dem Hungerkanzler“ der Kommunisten manchmal übertönt. Diese Elemente drängten sich vielfach so vor, daß z. B. der Platz vor dem Phöbus-Palast-Theater eine Zeitlang durch die Polizei geräumt werden mußte. Etwas kritisch war der Besuch des Kanzlers beim Nuntius, dessen Palais gerade gegenüber vom Braunen Hause gelegen ist. Die Nationalsozialisten verhielten sich aber hier ruhig und versuchten nur durch ostentatives Abzählen der aufgebotenen Polizeimannschaften vom Balkon aus die Sache ins Lächerliche zu ziehen.

[. . .]

8. November 1932 (Nr. 211)

Die Wahlen am letzten Sonntag¹³ sind in Bayern ruhig verlaufen, wenn man von einem Vorkommnis absieht, das sich in der Nacht vorher in Pasing ereignet hat, wo uniformierte S.A.-Männer vergeblich in eine Polizeiwache einzudringen versuchten, um einen verhafteten Parteigenossen zu befreien.

Die Wahlmüdigkeit hat sich in Bayern etwas stärker bemerkbar gemacht, die Beteiligung blieb wesentlich hinter dem Reichsdurchschnitt zurück. Es wurden in Bayern rund 269700 Stimmen weniger abgegeben als bei der Reichstagswahl vom 31. Juli [1932]. Beim Vergleich der Ergebnisse dieser beiden Wahlen ist auch zu berücksichtigen, daß sich im Juli viele Fremde in Bayern aufhielten und mit Stimmscheinen wählten, ganz besonders in den bekannten Sommerfrischeplätzen. Durch sie erhielten damals die Nationalsozialisten sowohl wie die Deutschnationalen erheblichen Zuzug. Dies hatte einerseits dazu beigetragen, daß die Nationalsozialisten die Bayerische Volkspartei überflügeln konnten – ein Verhältnis, das nunmehr wieder zugunsten der Bayerischen Volkspartei korrigiert worden ist –, andererseits können die Fortschritte der Deutschnationalen noch höher gewertet werden, weil sie trotz des Wegfallens dieses Zuzugs aus Norddeutschland erreicht worden sind.

Den größten Gewinn haben leider auch hier die Kommunisten erzielt, indem sie sich um 56000 Stimmen vermehrt und damit eine Stimmenzahl von 395462 erreicht haben. Von den beiden Parteien, aus denen die Kommunisten diesen Gewinn hauptsächlich gezogen haben können, verloren die Sozialdemokraten 76500, die Nationalsozialisten 183500 Stimmen. Der größte Teil dieser Stimmverluste muß aber auf das

246

seitig des Dualismus zwischen Reich und Preußen erwarten ließ. Papen beklagte auch, daß es wegen Hitlers Totalitätsanspruch nicht gelungen sei, „die große und verdienstvolle Bewegung des Nationalsozialismus in die verantwortungsvolle Mitarbeit im Reiche einzugliedern“. Die Rede ist teilweise abgedruckt in: MNN, Nr. 279 v. 13. 10. 1932; s. a. EGK, 1932, S. 176 ff.

¹³ Am 6. November waren die zweiten Reichstagswahlen des Jahres 1932 abgehalten worden. Der am 31. Juli gewählte Reichstag war am 12. September wieder aufgelöst worden, weil er die Aufhebung der Papenschen Notverordnung gegen das Tarifrecht (Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit) verlangt hatte.

Konto der schwächeren Wahlbeteiligung gesetzt werden, denn Deutschnationale, Bayerischer Bauernbund und Christlich-sozialer Volksdienst haben zusammen nur etwas über 63 000 Stimmen gewonnen, von denen wieder namentlich bei den Deutschnationalen ein größerer Teil von der Abwanderung aus der Bayerischen Volkspartei kommen dürfte. Die Verluste der Bayerischen Volkspartei einschließlich des Zentrums in der Pfalz betragen rund 114 600 Stimmen. Diese hat also nunmehr 1 209 334 Stimmen erhalten, die Nationalsozialisten 1 162 210, während die Sozialdemokraten sich nun mit 623 546 Stimmen begnügen müssen. Die Deutschnationalen sind von 124 802 im Juli auf 172 678 angewachsen, der Bayerische Bauernbund von 134 508 auf 142 554, der christliche Volksdienst von 27 679 auf 30 100, die Deutsche Volkspartei hat einen Zuwachs von nur 100 Stimmen erhalten und im Ganzen jetzt 37 555 Stimmen erlangt. Verluste haben neben den schon oben genannten größeren Parteien auch aufzuweisen die Staatspartei und die Wirtschaftspartei, von denen erstere etwas über 4 000, letztere nicht ganz 5 000 Stimmen verloren hat.

Besonders stark ist die Zunahme der deutschnationalen Stimmen in München und Nürnberg, auch in Regensburg ist fast eine Verdoppelung ihrer Stimmen zu verzeichnen. Während man nun annehmen kann, daß eine ziemliche Abwanderung von der Bayerischen Volkspartei zu den Deutschnationalen stattgefunden hat, ist dies in Regensburg gewiß nicht der Fall, denn dort hat die Bayerische Volkspartei sogar einen Gewinn von rund 300 Stimmen für sich zu buchen. Es wird sich also bei dem Anwachsen der Deutschnationalen hier vor allem um frühere Nationalsozialisten handeln.

[. . .]

22. November 1932 (Nr. 220)

[. . .]

247 Bei einem Vortrag des Reichsfinanzministers Grafen Schwerin von Krosigk im Akademisch-Politischen Club sprach ich gestern abend kurz Ministerpräsident Dr. Held. Derselbe hielt sich darüber auf, daß der Reichspräsident mit der Beauftragung Hitlers nun doch wieder den Weg des Präsidialkabinetts verlassen habe und zum parlamentarischen System zurückgekehrt sei, indem er den Führer der stärksten Partei des Reichstags beauftragt habe. Auch sei es zu bedauern, daß er die am 13. August Hitler gegenüber eingenommene Haltung wieder aufgegeben habe¹⁴.

[. . .]

26. November 1932 (Nr. 226)

248 Als ich gestern nachmittag Ministerpräsident Dr. Held aufsuchte, wurde er eben von Staatsrat Schäffer aus Berlin angerufen, der ihm das Scheitern der Verhandlungsversuche des Prälaten Kaas mitteilte¹⁵. Dr. Held sagte, daran trage einzig und allein

¹⁴ Nach dem Rücktritt Papens am 17. November hatte Hindenburg Hitler beauftragt, festzustellen, ob eine Reichsregierung unter Führung der NSDAP eine arbeitsfähige Mehrheit finden würde (bei den Verhandlungen mit Hitler im August war die Forderung nach dem Reichskanzlerposten noch abgelehnt worden). Vgl. Bracher, Auflösung der Weimarer Republik, S. 662 ff.

¹⁵ Nach dem Scheitern der Verhandlungen mit Hitler war der Vorsitzende des Zentrums,

wieder Hugenberg die Schuld, ebenso wie an dem Mißlingen der Versuche, ein Kabinett mit den Nationalsozialisten zu bilden. Er wolle eben um jeden Preis die Bildung eines sich auf den Reichstag stützenden Kabinetts verhindern und möchte ein Präsidialkabinett, das ganz aus Deutschnationalen bestehe. Dabei sehe er nicht ein, daß er mit einem solchen Versuch und einer derartigen Belastung mit Verantwortung seiner Partei dieselbe ganz zugrunde richten würde. Dr. Held ließ sich dann noch des weiteren über die unheilvolle Politik Hugengebgs, auch in der Vergangenheit, aus und bedauerte, daß für die Wahl desselben zum Vorsitzenden der Partei eigentlich die bayerischen Stimmen ausschlaggebend gewesen seien. Daran sei nicht nur der jetzt aus Gesundheitsrücksichten zurückgetretene Parteivorsitzende Dr. Hilpert, sondern auch Minister Gürtner schuld. Früher sei in Bayern mit den Deutschnationalen ganz gut arbeiten gewesen, und Hilpert sei an und für sich ein Mann, mit dem sich wohl habe reden lassen. Seitdem er sich aber Hugenberg mit Haut und Haar verschrieben habe, sei alles aus gewesen. Er habe das sehr bedauert, denn für die Bayerische Volkspartei wäre doch eine Koalition mit Deutschnationalen und Bauernbund das Naturgemäße gewesen.

Man stehe nun wieder vor der Frage, wie eine neue Reichsregierung gebildet werden solle, und da sei es wahrscheinlich, daß das alte Kabinett wiederkomme, allerdings nicht mit Papen, denn der sei jetzt auch beim Reichspräsidenten unten durch. Die Wirtschaft habe Papen die neuerliche Auflösung des Reichstages sehr übel genommen und habe dem Reichspräsidenten dargelegt, welche schlimmen Folgen für sie entstanden seien durch die Unruhe, die dadurch verursacht worden sei. Dies gehe so weit, daß die ersten Anzeichen einer leichten Besserung wieder zu schwinden begännen und daß sogar unsere Währung im Ausland nicht mehr ganz fest sei. Dr. Held meinte, das hätte alles vermieden werden können. Wenn Papen klug gehandelt hätte, so hätte er durch Verhandeln mit den Parteien die Annahme eines kommunistischen Mißtrauensvotums verhindern können, indem er Stimmenthaltungen erreicht hätte. Papen selbst treffe in diesen Fragen nicht so viel Schuld, als vielmehr seine Mitarbeiter Marcks und Planck, die ihm durch Schleicher beigegeben worden seien, wie ja Schleicher in alle Ministerien von Bedeutung seine Vertrauensleute hineingeschmuggelt habe, die ihm über das, was darin vorgehe, berichten und die Minister im Sinne Schleichers in ihren Handlungen beeinflussen müßten. Mit Schleicher gehe jetzt auch Staatssekretär Meißner zusammen, dem es auf seinem Posten nicht mehr ganz wohl sei und der für sich sorgen möchte für den Fall, daß er unter einem neuen Reichspräsidenten denselben nicht mehr bekleiden könne. Die Hand Schleichers sei auch in dem letzten Brief an Hitler deutlich zu merken gewesen¹⁶.

Dr. Held meinte ferner, aus dem Schreiben Hitlers sei unschwer zu erkennen gewesen, daß in seiner Partei eine große Uneinigkeit herrsche, ein Eindruck, der durch die jüngste Erklärung der Mitarbeiter Hitlers nicht aus der Welt zu schaffen sei. Strasser suche Fühlung mit den Gewerkschaften und damit zu den Sozialdemokraten,

Prälat Kaas, am 24. November beauftragt worden, die Möglichkeiten einer Mehrheitsregierung (Zentrum, NSDAP, DNVP, DVP, BVP) zu sondieren. Wegen der Ablehnung von NSDAP und DNVP wurden die Verhandlungen am 25. November ohne Ergebnis beendet.

¹⁶ Der Briefwechsel zwischen Hitler und Meißner über die Verhandlungen zur Regierungsbildung vom 21.–24. November ist abgedruckt bei: C. Horkenbach, Das Deutsche Reich von 1918 bis heute [Ausgabe 1932], Berlin 1933, S. 384–392.

was natürlich Hitler und seinem Offiziersanhang nicht passe. Auf meine Frage, ob denn Strasser die Fähigkeiten habe, ein Ministeramt zu bekleiden, erwiderte der Ministerpräsident lachend, Strasser habe das Gymnasium nicht absolvieren können und sei deshalb Apotheker geworden¹⁷. In dem kleinen niederbayerischen Ort, wo er als Provisor hingekommen sei, habe er allgemein als der „Depp“ gegolten und sei der Schreck des Wirtshauses gewesen, wo er sein Mittagessen eingenommen habe, weil er die Gäste belästigt habe. Die Wirtin habe ihm jeden Tag ein Glas Bier gratis verabreicht, unter der Bedingung, daß er die anderen Gäste in Ruhe lasse. Die Nationalsozialisten hätten überhaupt keine Persönlichkeiten, die ernstlich für Ministerposten in Betracht kommen könnten, auch in Bayern nicht, der einzige sei da allenfalls der Bürgermeister von Lindau [Siebert], der nur aus Ehrgeiz und Eitelkeit in die Bewegung hineingekommen sei. Von der Neubildung einer Regierung in Bayern könne zur Zeit gar nicht gesprochen werden; ehe man überhaupt daran denke, müsse man abwarten, wie sich die Dinge in Berlin gestalten.

[. . .]

¹⁷ Nach der Absolvierung des humanistischen Gymnasiums hatte Gregor Strasser in München und Erlangen Pharmazie studiert. Vgl. die Charakterisierung Strassers bei A. Krebs, *Tendenzen und Gestalten der NSDAP*, Stuttgart 1959, S. 182ff., die von der Beurteilung durch Held ganz erheblich abweicht.

7. Februar 1933 (Nr. 299)*

Der Landesausschuß der Bayerischen Volkspartei hat am letzten Samstag [4. Februar] hier getagt und zu den verschiedenen Fragen der Reichs- und der innerbayerischen Politik Stellung genommen. [. . .] Von diesen Entschlüssen hat der Fraktionsführer der Bayerischen Volkspartei diejenige, welche sich auf die innerbayerische Politik bezieht, mit einem Schreiben den Landtagsfraktionen der Nationalsozialisten, der Sozialdemokraten, des Bauernbundes und der Deutschnationalen mitgeteilt, und zwar zur vorläufigen Kenntnis. Es heißt in diesem Schreiben weiter, der Beschluß enthalte die Grundlinien für ein politisches Arbeitsprogramm in Bayern, das nach seiner Fertigstellung übersandt werden solle. Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz schreibt dazu, man dürfe in diesem Brief den ersten Schritt zu Verhandlungen sehen, die ungeachtet des Reichstagswahlkampfes das Ziel verfolgen, eine Mehrheitsregierung in Bayern zu bilden. Die Vorarbeiten zur Formulierung der Vorschläge für eine Reform der Bayerischen Verfassung durch die Landtagsfraktion der Bayerischen Volkspartei seien in vollem Gange.

[. . .]

Wie ich höre, ist gestern Freiherr von Lersner¹ hier wieder aufgetaucht, der seit dem Rücktritt Herrn von Papens vom Reichskanzleramt nicht mehr hier war. Ministerpräsident Dr. Held, der ihn empfangt, hat ihm erklärt, daß er die Mitteilungen, die er ihm zu machen habe, nur als rein private ansehen könne, da Herr von Papen als Vizekanzler ihm keine amtlichen Mitteilungen von sich aus machen könne.

18. Februar 1933 (Nr. 312)

Die Gefahr, daß es in Bayern zu einer vorzeitigen Wiedererrichtung der Monarchie kommen könnte, habe ich trotz der vielen Gerüchte und dem Gerede darüber bisher nicht ernst genommen². Ich kann aber nicht leugnen, daß in der letzten Zeit sich die Momente sehr verstärkt haben, die ein solches Ereignis mehr in den Bereich der Möglichkeit gerückt erscheinen lassen. Hierzu trägt die Entwicklung der Dinge in Berlin sehr wesentlich bei. Sollten dort Versuche zur Wiedereinsetzung einer Monarchie unternommen werden, so würde mindestens gleichzeitig Kronprinz Rupprecht

* *Wegen der bevorstehenden Aufhebung der Gesandtschaft zum 1. April 1933 wurden die Berichte im Anschluß an das Jahr 1932 fortlaufend weiter nummeriert.*

¹ Im Anschluß an die Stuttgarter Ministerpräsidentenkonferenz am 20. Juli 1932 hatte Papen seinen Freund Lersner zum Vertreter der Reichsregierung bei den süddeutschen Regierungen und Sachsen bestellt. Lersner war am 9. September 1932 ernannt worden. Seine Funktion beschrieb er später so: „Der Reichskanzler hat mich hinuntergeschickt nach München und hat mir gesagt, die wichtigste Aufgabe meines Lebens wäre es, zu sorgen, daß man dort Ruhe behalte und nicht irgendwelche Extratouren oder weitergehende Sachen mache.“ Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München, Zeugenschrifttum 1697.

² Am 14. Januar 1933 (Nr. 268) hatte Moser sehr ausführlich über den Tod und die Beisetzung des Prinzen Alfons von Bayern berichtet und in diesem Zusammenhang auf die Wiederbelebung des monarchischen Gedankens hingewiesen.

in Bayern zum König ausgerufen werden. Andererseits könnte aber auch der Versuch, einen Reichskommissar nach Bayern zu entsenden, mit einem solchen Schritt beantwortet werden, wie man überhaupt die Folgen, die ein solcher Eingriff in Bayerns Eigenstaatlichkeit und Selbständigkeit für den Bestand des Reichs haben könnte, sich gar nicht ernst genug ausmalen darf.

Wie sehr sich in den Nöten der Zeit und unter dem Eindruck der Unsicherheit, den die Zustände in der Reichsregierung hier hervorrufen, die Augen der Bevölkerung auf Kronprinz Rupprecht richten, kann man aus einem kleinen Vorgang ersehen, der sich gestern Abend hier ereignet hat. Im Nationaltheater wird anlässlich des Faschings die alte Operette „Der Vogelhändler“ gegeben. Dieselbe ist neu bearbeitet, der Schauplatz nach Bayern in kurfürstlicher Zeit verlegt. Als sich nun am Schluß des II. Aktes die Fahnen der bayerischen Regimenter vor dem Kurfürsten senkten und die Musik „Gott mit Dir, Du Land der Bayern“ intonierte, erhob sich zu Ehren des zufällig anwesenden Kronprinzen ein stürmischer minutenlang anhaltender Jubel. Die Zuhörer sprangen von den Sitzen auf und grüßten mit dem Zuruf „Hoch Rupprecht“ den Kronprinzen, der sich dankend verneigte. Es heißt zwar, diese Ovation sei nicht ganz spontan gewesen, sondern von gewissen Kreisen provoziert worden, aber das kann angesichts dessen, wie das Publikum darauf einging, ihrer Bedeutung keinen zu großen Abtrag tun.

Auf den 15. März hat der Vorsitzende der hiesigen Gruppe des Nationalverbandes Deutscher Offiziere, General a. D. von Wallade, zu einem großen Gesellschaftsabend eingeladen, dem die Absicht einer monarchischen Kundgebung zugrunde liegt. Außer den Mitgliedern des Verbandes hat er die sämtlichen Offiziersvereinigungen der alten Regimenter, die Mitglieder der Adelsgenossenschaft und des Herrn-Clubs (der übrigens mit dem Club gleichen Namens in Berlin gar nichts zu tun hat) aufgefordert. Natürlich wird auch auf die Teilnahme des „Hofes“ gerechnet. Man hegt in weiten Kreisen Besorgnisse wegen dieser Veranstaltung, und es sollen auch bereits einige der Regimentsvereinigungen abgesagt haben.

Ich höre nun von zuverlässiger Quelle, daß der Kronprinz mit dem Übereifer, den gewisse Leute an den Tag legen, gar nicht einverstanden sein soll und das Bedenkliche, das in dieser Bewegung liegt, nicht verkennen soll, aber er winkt doch nicht deutlich genug ab und zeigt sich gern bei jeder Gelegenheit, wobei er etwaigen Ovationen nicht ausweicht.

[. . .]

Bei dem heutigen Pontifikal-Requiem für den verstorbenen Kardinal Frühwirth, der ja mehrere Jahre hier Nuntius war, nahm der Ministerpräsident mit den übrigen Mitgliedern der Regierung und den geladenen Persönlichkeiten, zu denen ich auch gehörte, in den Kirchenstühlen auf der Epistelseite des Presbyteriums Platz, während Kardinal Faulhaber am Portal auf den Kronprinzen wartete, ihm das Weihwasser reichte und ihn an seinen Platz geleitete, einen gesonderten Betstuhl an seiner Seite. Das sind vielleicht Äußerlichkeiten, denen kein zu großer Wert beizumessen ist, sie zeigen aber doch, welche Rolle der Kronprinz hier spielt und wie das Volk sich immer mehr daran gewöhnt, ihn an erster Stelle zu sehen.

Das Gefährliche an einer vorzeitigen Wiedereinführung der Monarchie scheint mir, abgesehen von einem bei den derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnissen mit Sicherheit zu erwartenden Rückschlag, den man gerade im Interesse der Monarchie befürchten müßte, die Rückwirkung, die ein solcher Schritt auf die Einheit des Deutschen Rei-

ches haben könnte. Käme eine Monarchie in Bayern mit der Reichsregierung in Konflikt, so würde sich der Versucher in Gestalt Frankreichs bald einfinden und mit pekuniärer und militärischer Hilfe sich erbieten, Bayerns Selbständigkeit zu schützen um den Preis des Verzichts auf weitere Zugehörigkeit zum Reich. Daß in dieser Hinsicht der sonst so liebenswürdige und sich loyal gebärdende Französische Gesandte Marquis d'Ormesson sehr feine Ohren hat, darf man überzeugt sein.

Daß eine solche Lösung nicht in der Absicht der Leute liegt, die als Königsmacher auftreten möchten, darf aus Äußerungen entnommen werden, welche der Landesleiter des Bayerischen Heimat- und Königsbundes, Freiherr von Guttenberg, einem amerikanischen Berichterstatter gegenüber gemacht hat. [. . .] Es fragt sich aber, ob die Macht der Verhältnisse nicht stärker ist und über die löblichen Absichten hinwegschreitet.

28. Februar 1933 (Nr. 317)

Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz bringt einen Artikel mit der Überschrift „Separatismus“, in welchem gegen die Gerüchte von einer Gefährdung des Reichsgedankens durch separatistische Bestrebungen in Bayern Stellung genommen wird³. [. . .]

251

Tatsächlich scheint in dieser Hinsicht in Berlin eine gewisse Nervosität zu bestehen. Wie mir Generaloberst Graf Bothmer erzählte, hat Reichsminister General von Blomberg, der ihm anlässlich seines hiesigen Aufenthaltes [vom 22.—24. Februar] einen Besuch abstattete, ihn gebeten, ihm über den wirklichen Zustand der Dinge hier offen Aufschluß zu geben, er habe die Reise nach Süddeutschland besonders deswegen gemacht, weil er sich über die dortigen Verhältnisse und politischen Stimmungen aus eigener Anschauung habe überzeugen und sehen wollen, was an den in Berlin umlaufenden Gerüchten Wahres sei. Graf Bothmer konnte den Minister mit gutem Gewissen sehr wesentlich beruhigen.

Es besteht eine merkwürdige Ähnlichkeit zwischen der derzeitigen Situation und derjenigen vom Jahr 1923, nur mit dem Unterschied, daß die Rollen vertauscht sind. Damals hat die mehr links gerichtete Regierung in Berlin Bayern mißtraut, weil es zu sehr rechts orientiert war, während jetzt die Rechtsregierung in Berlin Bayern zu wenig rechts orientiert findet.

Übrigens herrscht Nervosität nicht nur in Berlin, sondern auch hier. So war in der vorigen Woche hier das Gerücht verbreitet, Ministerpräsident Dr. Held (!) werde in der Nacht von Dienstag zum Mittwoch [21./22. Februar] den Kronprinzen Rupprecht zum König ausrufen, so daß am Mittwoch morgen in vielen Kreisen Enttäuschung herrschte, da nichts dergleichen erfolgt war. Ich habe übrigens aus ziemlich zuverlässiger Quelle gehört, daß auf Veranlassung des Kronprinzen das übertrieben geschäftige Treiben der Monarchisten stark abgeblasen worden sei.

2. März 1933 (Nr. 320)

[. . .] Wie ich gestern im Staatsministerium des Äußern gehört habe, hat sich Dr. Held telephonisch nicht unbefriedigt über seine Unterredung mit dem Kanzler aus-

252

³ Bayerischer Kurier Nr. 59 v. 28. 2. 1933.

gesprochen, bei der von beiden Seiten die Ansichten sehr offen dargelegt worden seien⁴.

[. . .]

8. März 1933 (Nr. 324)⁵

Bei einer Betrachtung der Ergebnisse der Reichstagswahlen vom 5. März in Bayern muß besonders die unverhältnismäßige Zunahme der nationalsozialistischen Stimmen in Altbayern auffallen, also in den Gebieten, die seither die Hauptdomäne der Bayerischen Volkspartei waren. Daß diese trotzdem im ganzen keine wesentliche Einbuße erlitten hat, muß wohl darauf zurückgeführt werden, daß es der Propaganda der Nationalsozialisten gelungen ist, einen großen Teil der bisherigen Nichtwähler mobil zu machen und zu ihren Gunsten an die Wahlurne zu führen. Dieses Ergebnis darf in seiner Auswirkung auf die Neugestaltung der bayerischen Regierung nicht übersehen werden, und es schreibt die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz in einem Artikel über das Wahlergebnis u. a. : „Auch in Bayern hat die nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei bei den Reichstagswahlen weitaus die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Wenn es sich auch um eine Reichstagswahl gehandelt hat, deren Ergebnis unter gar keinen Umständen als eine Volksabstimmung über die bayerische Politik anerkannt werden kann, so ist es doch ganz selbstverständlich, daß der 5. März 1933 nicht ohne Einfluß auf die von der Bayerischen Volkspartei vor einigen Tagen eingeleiteten Verhandlungen bleiben wird, die die Herbeiführung einer Mehrheitsregierung in Bayern zum Ziele haben.“⁶

Wenn man die Ergebnisse der Reichstagswahl als grundlegend für die Zusammensetzung des Bayerischen Landtags ansehen würde, und zwar unter Berücksichtigung der Änderungsfaktoren, die sich aus den Besonderheiten des bayerischen Landeswahlrechts ergeben, so würden die Nationalsozialisten 58 Mandate errungen haben, die Bayerische Volkspartei 40, die Sozialdemokraten 18, die Deutschnationalen 5, die Kommunisten 5 und der Bauernbund 2 Mandate. Es hätten also die die Reichsregierung bildenden Parteien, wenn sich ihnen der Bauernbund anschließen würde, woran kaum zu zweifeln ist, 65 Mandate, also eines mehr als die Hälfte, sie könnten daher ohne die Hilfe einer anderen Partei eine Regierung bilden und die völlige Ausschließung der Bayerischen Volkspartei von der Regierung, die bisher als undenkbar erschienen war, wäre in den Bereich der Möglichkeit gerückt. Es macht sich des-

⁴ Bei der Unterredung, zu der Hitler den bayerischen Ministerpräsidenten am 1. März nach Berlin zitiert hatte, befand sich Held vollkommen in der Defensive. Er mußte sich zunächst wegen einer Rede in Speyer verteidigen, in der er sich skeptisch über Papen und Hitler ausgelassen hatte. Dann stellte Hitler Held auch wegen der monarchistischen Bestrebungen in Bayern zur Rede. Held betonte dem Reichskanzler gegenüber die Loyalität der bayerischen Regierung. Vgl. Schwend, Bayern zwischen Monarchie und Diktatur, S. 524 ff., s. a. Niederschrift über das Gespräch, GStA, MA 105247.

⁵ Mit diesem Bericht fand die politische Berichterstattung des württembergischen Gesandten in München das Ende (Randbemerkung vom 15. 3. 1933: „Der Umlauf konnte nicht mehr erledigt werden“). Die weitere Korrespondenz Mosers mit dem Stuttgarter Staatsministerium hatte nur noch die Abwicklung der Geschäfte der Gesandtschaft zum Gegenstand. Am 8. März wurde in Stuttgart die Regierung Bolz aus dem Amt gedrängt, am 10. März bildete der nationalsozialistische Gaulceiter Murr eine neue Regierung (NSDAP/DNVP).

⁶ Bayerischer Kurier Nr. 66 v. 7. 3. 1933.

halb auch in weiten Kreisen dieser Partei die Neigung bemerkbar, sich von der Regierungsverantwortung ganz zurückzuziehen und der neuen Mehrheit Gelegenheit zu geben, zu zeigen, was sie [kann]. Die Landesleitung der Bayerischen Volkspartei vertritt aber vorerst die Ansicht, daß noch der Versuch gemacht werden soll, auf dem bereits beschrittenen Wege zur Bildung einer Regierung zu gelangen. Der Ministerpräsident hat im Namen des Gesamtministeriums auf Grund eines Beschlusses des Ministerrats an den Landtagspräsidenten ein Schreiben gerichtet, in welchem gebeten wird, die bereits eingeleiteten Schritte zur Neubildung der Staatsregierung in Bayern beschleunigt durchzuführen.

Auf das Schreiben, welches die Landtagsfraktion der Bayerischen Volkspartei an die übrigen Landtagsfraktionen mit Ausnahme der Kommunisten gerichtet hat, ist bis jetzt erst von den Nationalsozialisten eine Antwort eingegangen, die die Namen von zwei Unterhändlern für die Verhandlungen zur Regierungsbildung benannt haben. Es soll in der Bayerischen Volkspartei die feste Absicht bestehen, mit diesen Verhandlungen nicht zu lange Zeit zu verlieren, sondern, wenn dieselben nicht bald zum Ziele führen, sie abzubrechen und die Auflösung des Landtags zu beantragen. Merkwürdigerweise soll man in nationalsozialistischen Kreisen keine zu große Neigung für Landtagswahlen zeigen. Man darf wohl annehmen, daß die Verhandlungen im Laufe der nächsten Woche beginnen werden.

Die Gerüchte über einen Versuch, den Kronprinzen Rupprecht zum König auszurufen, der in der Nacht vom 21. zum 22. Februar gemacht worden sein soll, wollen nicht verstummen. Es scheint eben doch irgend etwas Wahres daran gewesen zu sein⁷. Leider ist es mir noch nicht gelungen, festzustellen, um was es sich in Wirklichkeit gehandelt hat. Man hört zu viel Verschiedenes und Unwahrscheinliches darüber. Sicher ist, daß der Kronprinz deutlich abgelehnt hat, aber ob dies erst erfolgt ist, nachdem der Versuch gescheitert war, oder ob der Versuch daran gescheitert ist, habe ich nicht herausbringen können. Der Kommandeur der Reichswehr soll sondiert worden sein und erklärt haben, daß er seine Befehle nur von Berlin empfangen, und die Polizeiwehr soll daraufhin erklärt haben, daß sie nicht gegen die Reichswehr vorgehe. Nach der Stellung des Kronprinzen dürften weitere Versuche für absehbare Zeit ausgeschlossen erscheinen.

⁷ Es war tatsächlich geplant, den Kronprinzen Rupprecht zunächst zum Generalstaatskommissar zu machen. Zu den Vorbereitungen hatte auch die Operettenaufführung am 17. Februar gehört. Am 20. Februar fand eine Besprechung mit Held statt, der nach anfänglicher Zustimmung jedoch verfassungsrechtliche Bedenken hatte. Trotzdem reisten zwei Vertrauensleute des Kronprinzen in der Nacht vom 21. zum 22. Februar nach Berlin, um die Stimmung in der Umgebung Hindenburgs zu erkunden. Vgl. E. von Aretin, Krone und Ketten, München 1955, S. 142f.

QUELLENNACHWEIS

Bestand E 130 II (Staatsministerium)

- Büschel 98 (Württ. Gesandtschaften, 1908–1921):
15.
- Büschel 99 (Gesandtschaftsberichte der Württ. Gesandtschaft in München, 1909–1923):
9, 11, 14, 16, 71–76, 80–83, 87, 89, 90, 92, 93, 98, 100, 102, 104, 105, 107–110, 113–121, 126, 127.
- Büschel 99 a (desgl., 1924–1926):
128–130, 133, 135, 137–139, 141–143, 145–152, 154–156, 159, 160, 162, 165.
- Büschel 100 (desgl., 1927–1928):
167–189.
- Büschel 101 (desgl., 1929–1930):
191–222.
- Büschel 102 (desgl., 1931–1933):
223–253.
- Büschel 348 (Gesetz zum Schutz der Republik, 1922–1929):
78, 79, 84–86, 88, 103.
- Büschel 380 (Angelegenheiten von Bayern, 1883–1921):
2–8, 10, 12, 13, 17, 48, 50–58.
- Büschel 381 (desgl., 1921–1924):
59–70, 91, 94, 97, 101, 106, 111, 112, 122–125, 131, 132, 134, 136, 144.
- Büschel 385 (Länderkonferenz, Bd. 2, 1928):
190.
- Büschel 430 (Wiedergutmachungen, 1921–1924):
49.
- Büschel 535 (Nationalsozialisten und Rechtsradikale, 1922–1933):
95, 96, 99, 163.

Bestand E 130 IV (Staatsministerium)

- Büschel 847 (Reichspräsident, Allgemeines, Wahlen, Persönliches, 1919–[1943]):
77, 155.
- Büschel 927 (Bayern – Allgemeines, 1924–1945):
140, 161.

Bestand E 75 (Württ. Gesandtschaft München)

- Büschel 156 (Polit. Berichte, 1913–1919):
1.
- Büschel 159 (Polit. Berichte, 1924–1926):
157, 158, 164, 166.

SACHREGISTER

- Adelsgenossenschaft 270
 Akademisch-Politischer Club 209, 210, 266
 Alldeutscher Verband 108, 172
 Anhalt 201, 255
 Antisemitismus 23, 43, 53, 58, 59, 83, 86, 95, 114, 145
 Arbeitersportverbände 255
 Arbeitsausschuß Deutschnationaler Industrieller in Bayern 191
 Auergarde 128, 133
 Aufwertungspartei 202
- Baden 14, 16, 22, 28, 29, 35, 46, 61, 92, 97, 102, 107, 176, 188, 192, 195, 204, 248
 Bauernbund Oberfranken 201
 Bayerische Königspartei 43, 58, 85, 92–94, 209, 220
 Bayerische Mittelpartei 27, 57, 61, 80, 86, 89, 93, 95, 102, 103, 105–109, 113, 122, 123, 129, 134, 141, 144, 157, 158
 Bayerische Wehrgemeinschaft 218
 Bayerischer Bauernbund 27, 33–35, 51, 56, 57, 105, 107, 113, 158, 161, 185, 201–203, 205, 211, 213, 223, 237, 239, 248, 256, 261, 266, 267, 269, 272
 Bayerischer Bürgerblock 58
 Bayerischer Christlicher Bauernverein 51, 210, 211, 264
 Bayerischer Heimat- und Königsbund 92–94, 108, 180, 209, 220, 221, 253, 260, 271
 Bayerischer Heimatschutz 207, 208, 210, 213, 214, 236
 Bayerischer Industriellenverband 190, 264
 Bayerischer Kriegerbund 208
 Bayerischer Ordnungsblock 58, 63, 108
 Bayernbund für Deutschlands Neubau 21, 50–52, 198, 209
 Bayernpartei 201
 Bayernwacht 264
 Belgien 16, 66, 119, 141
 Blücherbund 142
 „Bolschewismus“ 9, 31, 33, 37, 45, 54, 57–60, 62–65, 69, 72–74, 77, 80, 81, 83, 88, 129, 166, 215, 224, 236, 245
- Braunschweig 165
 Bremen 165
 Bürgerrat München 58, 209, 210
 Bürgerwehr 37
 Bund Bayern und Reich 108, 160, 180, 218
 Bund der Bayerntreuen 179–181
 Bund zur Erneuerung des Reiches 198, 246
 Bund Oberland 114, 115, 124, 131, 136, 163, 169, 170, 174
 Bund Wiking 142
 BVP 12, 13, 21, 27, 33, 34, 40, 43, 50–52, 56, 57, 60–62, 67, 72, 78–80, 82, 86, 89, 93–95, 102, 105, 107, 108, 110, 113, 122–124, 128–130, 132, 134, 137, 141, 143, 148, 156, 158–161, 164, 168, 171, 172, 175–177, 180, 185, 188, 191–193, 195, 200–206, 209, 211–213, 217, 218, 220, 224, 226–229, 231, 234, 235, 238–242, 248, 250, 254–256, 261, 264–267, 269, 271–273
- Christlich-Soziale Partei 43
 Christlich-soziale Partei (Österreich) 209, 227
 Christlich-Sozialer Volksdienst 201, 256, 266
- Dawes-Plan 162, 163, 224
 DDP 19, 27, 34, 38, 40, 45, 50–52, 55–57, 59, 61, 63, 64, 71, 80, 86, 93, 103, 105, 112, 118, 122, 146, 149, 158, 165, 167, 171, 175, 177, 189, 201, 204, 210, 231
- Deutsche Arbeiterpartei 127
 Deutsche Staatspartei 239, 266
 Deutscher Bauernbund 52
 Deutscher Kampfbund 136
 Deutscher Offiziersbund 108
 Deutsch-völkische Arbeitsgemeinschaft 108
 Deutschvölkische Freiheitspartei 183
 Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund 108

- DNVP 19, 21, 50, 57, 61, 63, 80, 94, 99, 105, 106, 109, 112, 116, 141, 143, 155, 158, 161, 162, 166, 172, 175, 179, 180, 185, 187, 189, 192, 193, 195, 201–205, 212, 226–228, 231, 239, 240, 244, 245, 247, 248, 251, 254, 256, 261, 265–267, 269, 272
- DVP 27, 52, 57, 61, 80, 105, 106, 112, 118, 156, 175, 201–204, 231, 239, 243, 246, 256, 266, 267
- Einwohnerwehr 9, 20, 23, 31, 37–39, 55, 56, 59, 60, 63, 67–84, 88, 108, 123, 124, 207, 218, 225
- Eiserne Front 255, 260
- Entente 42, 46, 52, 57, 68, 71–80, 109, 160, 174, 194, 245
- Fememorde 10, 95, 102, 185
- Föderalismus 10, 11, 14, 15, 58, 60, 61, 67, 92, 100, 117, 137, 141, 149, 151, 152, 165, 171, 180, 186–188, 209, 210, 212, 217, 218, 220, 224, 225, 227, 228, 249, 264
- Fränkisches Landvolk 202
- Frankreich 27, 42, 43, 65–69, 71, 74, 75, 79, 81, 85, 92, 115, 117, 119, 128, 141, 147, 150, 172, 195, 196, 245–247, 258, 263, 271
- Frontbann 163, 167
- Frontjugend 163
- Frontkriegerbund 163
- Frontring 163
- Generalstaatskommissar 13, 21, 131–134, 136, 138, 140, 142, 143, 146, 148–150, 152, 154, 184, 200, 230, 273
- Gewerkschaften 30, 31, 40, 54, 65, 98, 126, 191, 212, 255, 267
- Grenzschutz Ost 30
- Griechenland 16
- Großbritannien 68, 69, 74, 75, 79, 81, 85, 121, 128, 141, 165, 166, 245, 258
- Großdeutsche Volksgemeinschaft 161, 166
- Hamburg 76, 219, 255
- Hausbesitzerpartei 202
- Heimatschutz Ost 30
- Heimwehr (Österreich) 207, 213, 225, 251
- Herrn-Club 270
- Hessen 24, 28, 97, 107, 147, 165, 177, 186, 244, 248
- Hitlerprozeß 144, 146, 148–157, 163, 170
- Hitlerputsch 13, 142, 144–146, 148, 149, 153, 161–163, 167, 168, 170, 176, 179, 180, 196, 200, 230, 254
- Interessengemeinschaft Deutscher Heeres- und Marine-Angehöriger 108
- Italien 16, 42, 66, 68, 111, 189, 219, 220, 235, 245
- Jugoslawien 251
- Kapp-Lüttwitz-Putsch 9, 54, 56, 57, 59, 65, 92, 95, 102, 115, 117, 136, 152
- Konkordat 42, 157, 172, 176
- KPD 19, 30–34, 36, 49, 64, 73, 75, 76, 85, 91, 101, 112–114, 120, 125–127, 129, 140, 141, 152, 158, 161, 162, 168, 174, 175, 177, 185, 191, 201, 234, 258, 239, 247, 248, 255, 257, 261–263, 265, 267, 272, 273
- Küstriner Putsch 145
- Länderkonferenz 14, 198, 205, 206, 208, 214, 219, 227
- Landbund 239
- Marinebrigade Ehrhardt 102, 115
- Monarchie 9, 11, 18, 23, 43, 54, 61–63, 86, 88–92, 94, 97, 101, 116, 128–130, 140, 148, 166, 167, 180, 181, 207, 224, 226, 230, 235, 247, 253, 259, 260, 269, 270–273
- Münchener Künstlergenossenschaft 194
- Nationalliberaler Landesverband Bayern 27, 231
- Nationalsozialer Volksbund 183
- Nationalsozialistische Freiheitspartei 162, 166, 170, 183
- Nationalverband deutscher Offiziere 108, 270
- Neue Münchener Künstler-Genossenschaft 194
- Niederlande 16
- NSDAP 61, 75, 83–87, 108, 110–117, 119–121, 124–128, 130, 131, 133, 134, 136, 139, 140, 142, 151, 152, 157, 161–163, 166–168, 170, 171,

- 173, 174, 179, 183, 188, 191–193, 201, 203, 204, 208, 210–213, 226–230, 234, 237–239, 241, 247–251, 253–269, 272, 273
- Österreich 16, 46, 50, 63, 73, 86, 88, 90, 115, 163, 164, 189, 196, 197, 207, 209, 210, 213, 221, 223, 225, 227, 251, 252
- Oldenburg 201
- Organisation Consul (O. C.) 102
- Organisation Escherich (Orgesch) 73, 207, 225
- Organisation Kanzler (Orka) 225
- Partikularismus 10, 41, 56, 61, 181, 220, 221, 253
- Persien 16
- Polen 73, 81, 85, 86, 95, 231
- Preußen 11, 14, 16, 17, 20, 21, 23, 35, 36, 41, 42, 45, 46, 51, 56, 57, 60, 67, 69, 71, 73, 75, 77, 81, 84, 92, 95, 101, 136, 143, 147, 150, 165, 166, 171, 172, 177, 185–187, 195, 198, 199, 201, 203, 209, 215–217, 219, 222, 223, 227, 231, 243, 244, 246–248, 255, 259, 262, 263, 265
- Räte 27, 30, 31, 32, 43, 45
- Räterepublik 9, 19, 24, 32–37, 55, 87, 88, 125, 135, 159, 169
- Reichsbanner Schwarz Rot Gold 167, 168, 174, 180, 187, 188, 191–193, 204, 210, 221, 223, 225, 255
- Reichsbund der Kriegsteilnehmer
Deutscher Hochschulen 108
- Reichsflagge 108, 124, 131, 133, 136, 180, 218
- Reichskriegsflagge 136, 163
- Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) 201, 256, 266
- Reichsreform 12–14, 149, 186, 198, 205, 246, 248, 263, 264
- Reichsverfassung 10, 12, 14–16, 27, 28, 39, 42, 47, 50, 60, 61, 65, 67, 99, 103, 104, 129, 137, 149, 177, 186, 195, 206, 217, 222, 245, 246
- Reichszentrale für Heimatdienst 52
- Republikanische Schutztruppe 35
- Republikanische Union 204
- Republikanischer Reichsbund 186
- Republikanischer Schutzbund (Österreich) 225, 225
- Republikenschutzgesetze 97–107, 118, 124, 125, 133, 146, 152, 163
- Revolution 1918 9, 11, 18, 23, 27, 28, 30–33, 40, 42, 44–46, 70, 89–91, 111, 117, 123, 125, 142, 190, 208, 249
- Roter Frontkämpferbund 221, 222
- Sachsen 16, 21, 29, 35, 46, 59, 60, 72, 76, 78, 112, 125, 139, 140, 141, 146, 186, 219, 248
- Schweden 16
- Schweiz 16, 42, 176, 179, 238
- Separatismus 9, 45, 46, 50, 53, 57–59, 62–64, 66, 92, 100, 104, 108, 111, 116, 129, 131, 141, 147, 150, 178, 181, 200, 221, 259, 271
- Sozialistische Arbeiterpartei 256
- Spanien 16
- SPD 19, 27, 30–35, 37, 38, 40, 43–45, 50, 51, 53, 55, 57, 59, 61, 70, 71, 76, 80, 82, 83, 89, 91, 98, 101, 108, 112–114, 120–122, 126–129, 132, 133, 135, 139–141, 144, 146, 147, 158, 161, 165–168, 171, 172, 175, 177, 185, 187, 189, 190, 193, 200–205, 211–213, 223, 224, 227, 228, 231, 234, 236–241, 245, 247, 248, 254, 256, 261, 265–267, 269, 272
- Staatsgerichtshof 14, 97, 98, 100, 101, 103, 106, 107, 118, 124, 133, 144, 145, 151, 152, 163, 188, 215, 216, 221, 245
- Stahlhelm 122, 156, 170, 191, 193, 218, 220–225, 236, 240, 246, 253
- Thüringen 141, 146, 185, 200, 248, 253
- Thule-Gesellschaft 114
- Tschechoslowakei 27, 29, 81, 115, 177, 178
- UdSSR 73, 85, 96, 101, 166, 176, 189, 230, 233–235, 245
- Ungarn 88–90
- Unitarismus 10–12, 14, 15, 21, 45, 46, 61, 62, 100, 166, 186, 207, 209, 210, 219, 243, 246, 254, 264
- USA 69, 70, 80, 81, 176, 192, 245, 258
- USPD 19, 27, 31–35, 38, 40, 44, 49, 59, 75, 76, 82, 83, 91, 98, 101, 202, 234

- Vaterländische Verbände 23, 108, 111, 117, 119, 122, 124–127, 130–132, 135, 136, 139, 140, 146, 147, 159, 188, 192, 193, 207, 208, 210, 213, 214, 218, 219, 222, 225, 236
- Vatikan 42, 53, 89, 172, 219, 220, 233
- Verband der Bayerischen Offiziers-Regimentsvereine 108
- Verband nationalgesinnter Soldaten 108
- Vereinigte Nationale Rechte 57, 158
- Versailler Vertrag 19, 50, 52, 67, 71, 74, 75, 77, 78, 97, 119, 159, 189
- Völkerbund 160, 176, 189, 197
- Völkische Bewegung 23, 61, 134, 155, 157, 158, 164, 166–170, 174, 201
- Völkischer Beobachter 53, 59, 83, 114, 124, 127, 133, 134, 138, 170, 179, 183, 229, 230
- Völkischer Block in Bayern 158, 161, 162, 166, 168–170, 173, 178, 179, 183, 184, 201
- Volkblock der Inflationsgeschädigten 201
- Volksgerichte 39, 48, 103, 144, 148, 149, 151, 153, 177, 200
- Volkskonservative Partei 239
- Volksrechtspartei 201
- Volksverein für das katholische Deutschland 235
- Württemberg 16–22, 24, 27, 28, 35–37, 46, 52, 56, 61, 64, 71, 78, 79, 97, 107, 110, 111, 136, 149, 150, 165, 167, 176, 181, 188, 192, 201, 206, 207, 219, 221, 223, 243, 244, 248, 255, 272
- Young-Plan 224, 226, 230, 231, 233, 245
- Zentralismus 12–14, 97, 166, 209, 221, 241, 259
- Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter 108
- Zentralverein Münchner Katholiken 178, 233, 234
- Zentrum 12, 19, 29, 34, 45, 50–52, 71, 146, 165, 167, 171, 172, 175, 177, 186–188, 195, 201, 204, 212, 227, 231, 239, 243, 248, 261, 267

PERSONENREGISTER

- Ackermann, Friedrich (geb. 1876) SPD-Politiker, bay. MdL, zweiter Bürgermeister von Augsburg 43
- Adalbert, Prinz von Bayern (1886–1970) Schriftsteller, 1952–1956 deutscher Botschafter in Madrid 224
- Adenauer, Konrad (1876–1967) 1917 bis 1933 Oberbürgermeister von Köln, 1920–1933 Präsident des preuß. Staatsrats, 1949–1963 Bundeskanzler 147
- Aenderl, Franz (geb. 1883) bay. MdL (KPD, dann SPD) 113
- Alfons, Prinz von Bayern (1862–1933) 224, 269
- Alfons XIII. (1886–1941) König von Spanien 247
- Arco-Valley, Anton Graf von (1897 bis 1945) Leutnant 23, 24, 32, 33, 43, 48, 53, 220, 221
- Arelin, Erwein Freiherr von (1887 bis 1952) Journalist, 1924–1928 Landesleiter des Bay. Heimat- und Königsbundes 10, 180, 220, 226
- Auer, Erhard (1874–1945) SPD-Politiker, 1907–1933 MdL, 1918/19 bay. Innenminister 27–29, 32, 33, 44, 45, 70, 86, 187, 210
- Badt, Hermann (geb. 1887) Ministerialdirektor im preuß. Innenministerium und Bevollmächtigter zum Reichsrat 195
- Baldwin, Stanley (1867–1947) brit. Politiker 166
- Bauer, Gustav (1870–1944) 1919–1920 Reichskanzler (SPD) 45, 46
- Bauer, Hermann (geb. 1884) Studienprofessor, Präsident der Vereinigten Vaterländischen Vereine Bayerns, MdL (DNVP) 124, 180, 218
- Bauer, Max (1864–1929) preuß. Oberst, Vertrauensmann Ludendorffs, 1920 Teilnehmer am Kapp-Lüttwitz-Putsch 124
- Baumgartner, Eugen (1879–1944) Gymnasiallehrer, badischer Zentrumspolitiker, MdL, 1923–1930 Landtagspräsident, 1931–1933 Kultusminister 188
- Bazille, Wilhelm (1874–1934) 1924 bis 1928 württ. Staatspräsident, MdR (DNVP) 19, 188
- Behn, Fritz (1878–1970) Bildhauer 194, 249, 250
- Benedikt XV. (1854–1922) seit 1914 Papst 42
- Bergen, Diego von (1872–1944) 1919/20 preußischer Gesandter, 1920–1943 deutscher Botschafter beim Vatikan 42, 233
- Bernstorff, Johann-Heinrich Graf von (1862–1939) MdR (DDP) 86
- Beyerle, Konrad (1885–1933) Rechtshistoriker an der Universität München, 1919–1924 MdR (BVP) 39, 67, 141, 148
- Bismarck, Otto Fürst von (1815–1898) 10, 14, 59, 249
- Bleyer, Joseph (1878–1935) Staatsrat im bay. Ministerium des Äußern 194, 195, 257
- Blomberg, Werner von (1878–1946) General, 1933–1938 Reichswehrminister 271
- Blos, Wilhelm (1849–1927) SPD-Politiker, 1877–1918 MdR, Nov. 1918 bis 1920 Ministerpräsident bzw. Staatspräsident von Württemberg 19, 27
- Bolz, Eugen (1881–1945) württ. Zentrumspolitiker, 1912–1933 MdR und MdL, 1919 Justiz-, 1923 Innenminister, 1928–1933 Staatspräsident 19, 22, 192, 206, 219, 243, 272
- Bosler, Otto (1872–1950) 1924–1933 württ. Gesandter in Berlin 223
- Bothmer, Felix Graf von (1852–1937) bay. Generaloberst a. D. 225, 271
- Bracht, Franz (1877–1933) 1923–1924 Staatssekretär der Reichskanzlei, 1932 bis 1933 von Papen beauftragter preuß. Innenminister, Dez. 1932/Jan. 1933 Reichsinnenminister 151, 262
- Brand, Freiherr von, württ. General 36
- Braun, Otto (1872–1955) preuß. SPD-Politiker, 1919–1921 Landwirtschaftsminister, 1921–1932 (mit kurzen Un-

- terbrechungen) Ministerpräsident 185, 203, 215, 216, 238, 243
- Brauns, Heinrich (1868–1939) 1920 bis 1928 Reichsarbeitsminister (Zentrum) 204
- Brecht, Arnold (geb. 1884) 1921–1927 Ministerialdirektor im Reichsministerium des Innern, dann im preuß. Innenministerium und Bevollmächtigter zum Reichsrat 219, 227, 233
- Breitscheid, Rudolf (1874–1944) SPD-Politiker, 1918/19 preuß. Innenminister, 1920–1933 MdR 122, 238
- Briand, Aristide (1862–1932) französischer Politiker 245
- Brückner, Wilhelm (1884–1954) Oberleutnant a. D., Teilnehmer am Hitlerputsch, 1930–1940 SA-Adjutant Hitlers 157
- Brüning, Heinrich (1885–1970) 1930 bis 1932 Reichskanzler (Zentrum) 238, 239, 241, 244, 246, 256–259, 262
- Buchrucker, Bruno Ernst (geb. 1878) preuß. Major 145
- Buck, Johann Wilhelm (1869–1945) MdR (SPD), 1920–1923 sächsischer Ministerpräsident 59
- Bumke, Erwin (1874–1945) Präsident des Reichsgerichts 245, 246
- Buttmann, Rudolf (1885–1947) Bibliothekar, bay. MdL (Völk. Block/NSDAP) 161, 166, 170, 173, 179, 203, 212
- Capasso Torre di Caprara, Giovanni Graf, ital. Generalkonsul in München 235
- Clemenceau, Georges (1841–1929) franz. Politiker 69
- Cramer-Klett, Theodor Freiherr von (1874–1938) 89
- Cuno, Wilhelm (1876–1933) Generaldirektor der HAPAG, Nov. 1922 bis August 1923 Reichskanzler 115, 119, 121, 122, 128, 129
- D'Abernon, Edgar Vincent Viscount (1857–1941) 1920–1926 brit. Botschafter in Berlin 71
- Dard, Emile (1871–1947) 1920–1924 französischer Gesandter in München 65, 66, 68, 71, 74, 79, 81, 104
- David, Eduard (1863–1930) MdR (SPD) 1919 Reichsinnenminister, 1921–1927 Reichsvertreter in Darmstadt 24
- Denk, Hanns (geb. 1886) 1922–1931 preuß. Bevollmächtigter bzw. Gesandter in München 100, 101, 111, 112, 216, 217, 237, 244
- Deybeck, Karl (1866–1944) Ministerialdirektor und Staatsrat im bay. Finanzministerium 250
- Dinter, Arthur (1876–1948) antisemitischer Schriftsteller 170
- Doeberl, Michael (1861–1928) Historiker an der Universität München 10
- Dörfler, Theodor (geb. 1869) Oberlandesgerichtsrat, bay. MdL (Völk. Block) 158, 179
- D'Ormesson – s. Lefèvre d'Ormesson
- Dorten, Hans Adam (geb. 1880) Rheinischer Separatist 141
- Drexler, Anton (1884–1942) Eisenbahnschlosser, Gründer der DAP bzw. NSDAP 179, 183
- Duesterberg, Theodor (1875–1950) Oberstleutnant a. D., zweiter Bundesführer des Stahlhelm 223, 225
- Dziembowski, Maximilian von (geb. 1884) 1919–1923 sächsischer Geschäftsträger in München 21, 29, 59, 101, 111, 121
- Ebert, Friedrich (1871–1925) 1919–1925 Reichspräsident 11, 41, 96, 103–107, 151, 168, 171
- Eckart, Dietrich (1868–1923) nationalsozialistischer Schriftsteller 124
- Ehard, Hans (geb. 1887) Staatsanwalt, Anklagevertreter im Hitlerprozeß, 1946–1954 und 1960–1962 bay. Ministerpräsident 154
- Ehrhardt, Hermann (geb. 1881) Korvettenkapitän, 1919 Führer des Freikorps „Brigade Ehrhardt“, Teilnehmer am Kapp-Lüttwitz-Putsch 102, 110, 115, 117, 142, 145, 147, 152
- Eisenberger, Georg (1863–1945) Landwirt, bay. MdL und MdR (BbD.) 33
- Eisner, Kurt (1867–1919) Journalist, 1918/19 bay. Ministerpräsident (USPD) 9, 12, 27–29, 31–33, 44, 45, 48, 61, 70, 220, 249
- Emminger, Erich (1880–1951) MdR

- (Zentrum bzw. BVP), 1923–1924 Reichsminister der Justiz 148, 206
- Epp, Franz Xaver Ritter von (1868–1947) Generalleutnant, MdR (NSDAP), 1933 Reichskommissar und Reichsstatthalter von Bayern 22, 135, 136, 139, 145, 146, 159, 208, 210, 212, 230
- Erzberger, Matthias (1875–1921) Zentrumspolitiker, MdR, 1919 Reichsfinanzminister 12, 14, 28, 51, 82, 86, 92, 102
- Escherich, Georg (1870–1941) Forstmeister, Landeshauptmann der bay. Einwohnerwehr 67, 69, 73, 111, 207, 208, 210, 213, 214, 215, 236
- Esser, Hermann (geb. 1900) Redakteur beim VB, bay. MdL (NSDAP) 124, 127, 161, 162, 166, 170, 178, 183, 193, 254
- Etzel, Oberst beim 20. (Bay.) Infanterieregiment in Regensburg, Zeuge im Hitlerprozeß 155
- Faulhaber, Michael von (1869–1952) Erzbischof von München und Freising 39, 88, 89, 123, 145, 178, 233, 270
- Feder, Gottfried (1883–1941) Dipl.Ing., Mitglied der DAP, Wirtschaftstheoretiker der NSDAP 170
- Fehr, Anton (1881–1954) Prof. für Milchwirtschaft, 1924–1930 bay. Landwirtschaftsminister (BBd.) MdR, 1922 Reichsernährungsminister 205, 206, 211, 213, 216, 237
- Fehrenbach, Constantin (1852–1926) Zentrumspolitiker, MdR, 1920–1921 Reichskanzler 72, 80, 81
- Fichtner, Johann (geb. 1891) Landwirt, bay. MdL (BBd.) 179
- Frankenstein, Moritz Freiherr von und zu (1869–1931) Fideikommißbesitzer, 1905–1914 bay. MdL, MdR (Zentrum) 158, 180
- Franklin-Bouillon, Henry (1870–1937) franz. Parlamentarier 245
- Frantz, Constantin (1817–1891) politischer Schriftsteller 10
- Frauendorfer, Heinrich Ritter von (1855 bis 1921) bay. Verkehrsminister 29, 33, 44, 56
- Frick, Wilhelm (1877–1946) Oberamtmann bei der Polizeidirektion München, MdR (NSFP bzw. NSDAP), 1933–1943 Reichsinnenminister 15, 157, 170, 253, 254, 262
- Frühauf, Ludwig (geb. 1888) Geschäftsführer, bay. MdL (Völk. Block) 179, 183
- Frühwirth, Andreas (1845–1933) Apostolischer Nuntius in München von 1907 bis 1916 270
- Funke, Linus (1877–1961) bay. MdL (BVP), 1930–1933 Staatssekretär für Arbeit 211, 237
- Gandorfer, Karl (1875–1932) Landwirt, bay. MdL und MdR (BBd.) 33, 184
- Gareis, Karl (1889–1921) Gymnasialassistent, bay. MdL (USPD) 82–84, 185
- Gayl, Wilhelm Freiherr von (1879–1950) 1932 Reichsminister des Innern 262
- Gebtsattel, Freiherr von, General 225
- Gemmingen-Guttenberg, Karl Moritz Friedrich Freiherr von (1861–1953) Staatsrat im württ. Ministerium des Auswärtigen 27
- Gerlich, Fritz (1883–1934) Chefredakteur der MNN 64
- Gessler, Otto (1875–1955) 1914–1919 Oberbürgermeister von Nürnberg, 1919 Reichsminister für Wiederaufbau, 1920–Jan. 1928 Reichswehrminister 50, 51, 59, 133, 138, 150, 175, 189, 210
- Glaser, Alexander (geb. 1884) bay. MdL (Völk. Block) 179
- Göring, Hermann (1893–1946) Fliegerhauptmann, seit 1922 Mitglied der NSDAP 210
- Gradnauer, Georg (1866–1946) SPD-Politiker, 1919–1920 sächs. Ministerpräsident, 1921 Reichsinnenminister, MdR 30, 59
- Graefe, Albrecht von (1868–1933) Rittergutsbesitzer, MdR (DNVP bzw. NSFP) 162, 170, 183
- Grassmann, Josef von (1864–1928) Ministerialdirektor im bay. Verkehrsministerium 29
- Groener, Wilhelm (1867–1939) General, 1920–1923 Reichsverkehrsminister, 1928–1932 Reichswehrminister, 1931

- bis 1932 auch Reichsinnenminister 64, 257
- Grzesinsky, Albert (1879–1947) 1925 bis 1926 und 1930–1932 Polizeipräsident von Berlin, 1926–1930 preuß. Innenminister 255
- Guerard, Karl Theodor von (1863–1943) Zentrumsolitiker, MdR, 1928/29 und 1930/31 Reichsverkehrsminister, 1929 bis 1930 Reichsjustizminister 204
- Gürtner, Franz (1881–1941) 1922–1932 bay. Justizminister (DNVP), 1932 bis 1941 Reichsjustizminister 93, 94, 103, 106, 107, 109, 113, 116–118, 141, 143, 158, 167, 168, 173, 174, 185, 192, 210–212, 215, 216, 244, 251, 259, 267
- Guttenberg, Georg Enoch Freiherr von (1893–1940) 1931–1933 Landesleiter des Bay. Heimat- und Königsbundes 271
- Haas, Ludwig (1876–1930) MdR (DDP), 1918/19 bad. Innenminister 191
- Hamm, Eduard (1879–1944) 1919–1922 bay. Handelsminister, dann Staatssekretär der Reichskanzlei, 1923–1925 Reichswirtschaftsminister, bay. MdL und MdR (DDP) 50–52, 93, 105
- Hammerstein-Equord, Kurt Freiherr von (1878–1943) Chef der Heeresleitung 257, 258
- Haniel-Haimhausen, Edgar Karl Alfons von (1870–1935) Staatssekretär im AA, 1923–1931 Vertreter der Reichsregierung in München 21, 120, 132, 138, 144, 145, 150, 180, 181, 199
- Harding, Warren G. (1865–1923) 1921 bis 1923 Präsident der USA 80
- Heim, Georg (1865–1938) Reallehrer, bay. MdL und MdR (BVP), Gründer der Landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft des Christl. Bauernvereins 27, 34, 43, 50–52, 56, 64, 67, 92, 94, 102, 109, 176, 180, 211, 213, 264
- Heinz, Franz Josef (1884–1924) Landwirt, pfälz. Separatistenführer 150
- Heinze, Rudolf (1865–1928) 1920–1921 Reichsjustizminister und Vizekanzler, 1923 Reichskommissar in Sachsen 77
- Heiß, Adolf (geb. 1882) Hauptmann a. D., Führer der „Reichsflagge“ 133, 136, 180
- Held, Heinrich (1868–1938) 1924–1933 bay. Ministerpräsident 13, 15, 22, 97, 123, 124, 128, 130, 134, 137, 158, 161–167, 171–173, 175–179, 181, 184–189, 192, 196, 198, 202–206, 209–211, 213–217, 219–224, 230, 232–235, 237, 238, 240, 241, 243 bis 248, 250, 254, 256–259, 261–264, 266–269, 271–273
- Helfferrich, Karl (1872–1924) 1915 Staatssekretär des Reichsschatzamt, 1916 bis 1917 Staatssekretär des Innern und stellv. Reichskanzler, 1920–1924 MdR (DNVP) 155
- Hermes, Andreas (1878–1964) 1920 bis 1922 Reichsernährungsminister, dann Reichsfinanzminister, preuß. MdL und MdR (Zentrum) 128
- Herold, Eduard (geb. 1885) Studienprofessor in Hof 159
- Herriot, Edouard (1872–1957) französischer Ministerpräsident 166
- Heß, Joseph (1878–1932) preuß. MdL (Zentrum) 227
- Hieber, Johannes von (1862–1951) 1920 bis 1924 württ. Staatspräsident (DDP) 19, 20
- Hilferding, Rudolf (1877–1941) 1923 und 1928–1929 Reichsfinanzminister, MdR (SPD) 128
- Hilpert, Hans (geb. 1878) Oberstudienrat, bay. MdL (DNVP) 57, 94, 201, 203, 231, 232, 247, 248, 251, 267
- Hindenburg, Paul von (1847–1934) Generalfeldmarschall, 1925–1934 Reichspräsident 108, 124, 175, 176, 179, 188, 225, 233, 257, 266, 267, 273
- Hirschmann, Georg, Mitglied der NSDAP 191
- Hitler, Adolf (1889–1945) 10, 13, 15, 76, 84–87, 108, 111, 113, 115, 119, 120, 124, 126, 127, 131, 134–136, 138–140, 142–146, 149, 153–157, 161, 163, 164, 166, 167, 169–174, 178–180, 183, 200, 203, 204, 208, 211, 212, 226, 229, 230, 239, 247, 259, 260, 262, 265–268, 272
- Hoegner, Wilhelm (geb. 1887) bay. MdL und MdR (SPD), 1945–1946 und

- 1954–1957 bay. Ministerpräsident, 1961 MdB 200, 223
- Hörsing, Otto Friedrich (1874–1937) preuß. MdL und MdR (SPD) 191, 223, 225
- Hoesch, Leopold (1881–1936) deutscher Botschafter in Paris bzw. London 262
- Hoffmann, Johannes (1867–1930) 1919 bis 1920 bay. Ministerpräsident, MdL und MdR (SPD) 9, 33–35, 38, 42, 44–47, 50, 54–57, 61, 101, 135, 147, 159
- Hohmann, Georg (1880–1970) Arzt, Prof. f. Orthopädie, stellv. Vorsitzender der bay. DDP 40, 51
- Holzwarth, Wilhelm (geb. 1875) Verwalter, bay. MdL (Völk. Block) 179
- Hugenberg, Alfred (1865–1951) Großindustrieller, MdR und Vorsitzender der DNVP 212, 227, 231, 244, 247, 251, 267
- Hupperz, Rainer, Herausgeber der völk. Zeitschrift „Vaterland“ 178
- Hurt, General 225
- Jaffé, Edgar (1866–1921) 1918/19 bay. Finanzminister 27, 28, 33
- Jahreiß, Paul Ritter von (1878–1919) Major 32, 33, 44
- Jarres, Karl (1874–1951) 1923–1925 Reichsminister des Innern 175
- Johnsen, Helmuth (geb. 1891) Pfarrer, bay. MdL (Völk. Block) 179
- Kaas, Ludwig (1881–1952) Prälat, Zentrums-Politiker, MdR, 1929–1933 Parteivorsitzender 212, 266, 267
- Kahr, Gustav Ritter von (1862–1934) ab 1917 Regierungspräsident von Oberbayern, 1920–1921 bay. Ministerpräsident, 1923/24 Generalstaatskommissar, 1924–1930 Präsident des Bay. Verwaltungsgerichtshofs 9, 12, 13, 20, 21, 24, 55–60, 64–69, 71, 72, 74–82, 85–89, 96, 97, 100, 103, 108–110, 113, 117, 119, 120, 122, 123, 130 bis 134, 136–138, 140–150, 152–155, 157, 159, 161, 164, 165, 178, 200, 203, 229, 230
- Karl, Prinz von Bayern (1874–1927) 191
- Karl I. (1887–1922) Kaiser von Österreich, als Karl IV. König von Ungarn 90
- Karpf, Eugen, Adjutant des Oberkommandierenden der Roten Armee der Münchner Räterepublik, zu 12 Jahren Festung verurteilt 169
- Keudell, Walter von (geb. 1884) Rittergutsbesitzer, 1927–1928 Reichsinnenminister (DNVP) 190, 195, 221, 262, 263
- Kirdorf, Emil (1847–1938) Großindustrieller 238
- Knilling, Eugen von (1865–1927) 1912 bis 1918 bay. Kultusminister, 1922–1924 Ministerpräsident (BVP) 13, 20, 21, 110, 112–114, 117, 119–124, 127, 129–132, 135, 136, 138–142, 144 bis 151, 154–159, 165, 173
- Knözinger, Ludwig von (1862–1943) Staatsrat, 1919–1924 Präsident des Bay. Verwaltungsgerichtshofs, 1924 bis 1933 Regierungspräsident von Oberbayern 164
- Koch-Weser, Erich (1875–1944) DDP-Politiker, 1919–1921 Reichsinnenminister, 1928–1929 Reichsjustizminister 47, 214
- Köhler, Heinrich (1878–1949) Zentrums-Politiker, 1920–1927 bad. Finanzminister, 1923/24 und 1926/27 bad. Staatspräsident, 1927/1928 Reichsfinanzminister, 1946–1949 Wirtschafts- und Finanzminister von Württemberg-Baden 188
- Königbauer, Heinrich (1876–1929) bay. MdL (BVP), Landtagspräsident 158
- Kofler, Karl Gustav (1866–1924) Januar bis März 1920 bay. Finanzminister 56
- Kohl, Justizrat, Verteidiger im Hitlerprozeß 154
- Korfanty, Woiciech (1873–1939) polnischer Politiker, 1903–1918 Vertreter der poln. Minderheit im Reichstag 81
- Krafft von Dellmensingen, Konrad (1862 bis 1953) bay. General 233
- Krausneck, Wilhelm (1875–1927) 1920 bis 1927 bay. Finanzminister (BVP) 142, 188, 192, 194
- Kreß von Kressenstein, Friedrich Freiherr von (1870–1948) General, Befehlshaber im Wehrkreis VII und bay. Landeskommendant 139, 180, 181

- Kriebel, Hermann (1876–1941) Oberstleutnant a.D., Stabsleiter der bay. Einwohnerwehr, 1923 militär. Führer des „Kampfbundes“, MdR (NSDAP) 124, 157, 169
- Kühler, Bauernbundführer 223
- Küfner, Hans (1871–1935) zweiter Bürgermeister von München 67, 250
- Kühner, Max, Fabrikbesitzer, Stadthauptmann der Münchner Einwohnerwehr 67
- Külz, Wilhelm (1875–1948) DDP-Politiker, 1926 Reichsinnenminister 189
- Landauer, Gustav (1870–1919) Schriftsteller, Volksbeauftragter für Volksaufklärung in der Münchner Räterepublik 32
- Laurent, Charles (1856–1939) französischer Botschafter in Berlin 65
- Lefèvre d'Ormesson, André Graf 1924 bis 1933 französischer Geschäftsträger in München 196, 271
- Leicht, Johann (1868–1940) Prälat, Vorsitzender der BVP-Reichstagsfraktion 232
- Lenin, Wladimir Iljitsch (1870–1924) 109
- Lent, Friedrich (1882–1960) Professor d. Rechtswissenschaft, bay. MdL und MdR (DNVP, ursprünglich DDP bzw. nationalliberale Landespartei) 40, 232
- Lenz, Hermann Ritter von (1872–1959) bay. Stahlhelmführer 223
- Leopold, Prinz von Bayern (1846–1930) 88
- Leoprechting, Hubert Freiherr von (1897 bis 1940) Journalist 104, 199
- Lerchenfeld-Koefering, Hugo Graf von (1843–1925) 1880–1918 bay. Gesandter in Berlin 18
- Lerchenfeld-Koefering, Hugo Graf von (1871–1944) 1921–1922 bay. Ministerpräsident (BVP), später deutscher Gesandter in Wien bzw. Brüssel 13, 21, 86, 90, 93–112
- Lersner, Kurt Freiherr von (1883–1954) Legationsrat, 1932 Vertreter der Reichsregierung in München 156, 262, 269
- Lettow-Vorbeck, Paul von (1870–1964) Generalmajor a.D., MdR (DNVP) 201
- Levi, Paul (1883–1930) MdR (KPD bzw. SPD) 186
- Levien, Max (1885–1930) Mitgründer des Spartakusbundes bzw. der KPD in München, Mitglied des Zentralrats und Vollzugsrats der Münchner Räterepublik 30, 32, 35, 36
- Leviné, Eugen (1883–1919) Vorsitzender des Vollzugsrats der Münchner Räterepublik 35
- Liebknecht, Karl (1871–1919) Gründer des Spartakusbundes 69
- Lindner, Alois (1887–1919) Metzger und Kellner im Münchner Hauptbahnhof, Attentäter im bay. Landtag am 21. Februar 1919 33, 44, 48, 49
- Lipinski, Richard (1867–1933) 1918/19 sächsischer Ministerpräsident, MdR (SPD bzw. USPD) 29
- Lloyd George, David (1863–1945) 1916 bis 1922 brit. Premierminister 75
- Löbe, Paul (1875–1967) SPD-Politiker, Reichstagspräsident, 1949–1953 MdB 238
- Loenartz, Friedrich (geb. 1887) Landrat von Bitburg, preuß. MdL (Zentrum) 172
- Loessl, Sigmund von (1856–1938) 1906 bis 1918 Staatsrat im bay. Ministerium des Äußern 28
- Löw, Emil (geb. 1892) Kaufmann, bay. MdL (Völk. Block) 179
- Loibl, Martin (1869–1933) BVP-Politiker, MdR 226
- Lossow, Otto Hermann von (1868–1938) Generalleutnant, 1911–1914 in türkischem Militärdienst, 1922–1924 Befehlshaber im Wehrkreis VII und bay. Landeskommandant 13, 120, 132, 133, 135–139, 141, 143, 145, 150–155, 157, 165, 200
- Lotter, Conrad (1889–1919) Obermatrose 45
- Ludendorff, Erich (1865–1937) General a.D. 74, 99, 111, 117, 119, 120, 123, 124, 129, 130, 140–143, 146, 148, 149, 153–155, 157, 162, 163, 166, 167, 170, 179, 187
- Ludwig II. (1845–1886) König von Bayern 116
- Ludwig III. (1845–1921) König von Bayern 88–91

- Ludwig-Ferdinand, Prinz von Bayern (1859–1949) Arzt 224
- Luppe, Hermann (1874–1945) Oberbürgermeister von Nürnberg (DDP) 168, 246
- Luther, Hans (1879–1962) 1922 Reichsernährungsminister, 1923 Reichsfinanzminister, 1925–1926 Reichskanzler (parteilos) 189, 198, 246
- Lutz, Adolf Freiherr von (1868–1952) Ministerialdirektor im bay. Ministerium des Äußern 65, 66, 89
- MacDonald, J. Ramsay (1866–1937) 1924 und 1931–1935 brit. Premierminister 166
- Malcolm, Sir Neill (1869–1953) General, Leiter der brit. Militärmission in Berlin 71, 72
- Marcks, Erich (1891–1944) Major, Presseferent im Reichswehrministerium, August 1932–Januar 1933 Pressechef der Reichsregierung 267
- Marie Therese (1849–1919) Königin von Bayern 89
- Marx, Wilhelm (1863–1946) Zentrums- politiker, 1923–1925 und 1926–1928 Reichskanzler 146, 148, 150–152, 154, 163, 171, 175, 176, 185, 188, 189, 196, 204, 212
- Mataja, Heinrich (1877–1936) österr. Politiker (christl.-sozial) 1918/19 Innenminister, 1924–1926 Minister des Äußern 209
- Matt, Franz (1860–1929) 1920–1926 bay. Kultusminister 56, 72, 73, 102, 119, 142, 151–154
- Mayer, Wilhelm (1874–1923) MdR (Zentrum bzw. BVP), 1919–1920 Reichsschatzminister, dann Botschafter in Paris 71, 75
- Mayer-Koy, Josef bay. Monarchist 43
- Meinel, Wilhelm Ritter von (1865–1927) bay. Handelsminister (1922–1927) 28, 62, 78, 79, 119, 142, 181, 182
- Meißner, Otto (1880–1953) Ministerialdirektor bzw. Staatssekretär im Büro des Reichspräsidenten 257, 267
- Meyer, Karl (1862–1937) 1919–1923 Ministerialdirektor (Staatsrat) im bay. Justizministerium 102, 106, 108, 109, 113
- Miller, Oscar von (1855–1934) Gründer des Deutschen Museums in München 249
- Möhl, Arnold Ritter von (1867–1944) General, 1919–1922 Befehlshaber im Wehrkreis VII und bay. Landeskommandant 54, 55, 158, 159, 180
- Moser von Filseck, Carl (1869–1949) württ. Gesandter in München 17–25
- Moser von Filseck, Rudolf Friedrich Karl (1840–1909) württ. Gesandter in Berlin 18
- Muckle, Friedrich (geb. 1883) November/Dezember 1918 bay. Gesandter in Berlin 28
- Mühsam, Erich (1878–1934) Schriftsteller, wegen Beteiligung an der Münchner Räterepublik zu 15 Jahren Festung verurteilt 30, 32, 169
- Müller, Hermann (1876–1931) SPD-Politiker, 1919–1920 Reichsaußenminister, 1920 und 1928–1930 Reichskanzler 47, 204
- Müller, Karl Alexander von (1882–1964) Historiker an der Universität München 10, 76
- Müller-Meinigen, Ernst (1866–1944) 1919–1920 bay. Justizminister (DDP) 56
- Murr, Wilhelm (1888–1945) NSDAP-Gauleiter und Reichsstatthalter in Württemberg 22, 272
- Mussolini, Benito (1883–1945) 111, 220, 221, 235
- Neithardt, Georg, Landgerichtsdirektor 153
- Neurath, Konstantin Freiherr von (1873 bis 1956) Botschafter in Rom und London, 1932–1938 Reichsaußenminister 220, 258, 263
- Niekisch, Ernst (1889–1967) Lehrer, Vorsitzender des Zentralrats im Februar 1919, bay. MdL (USPD bzw. SPD) 35
- Nollet, Charles (1865–1941) französischer General, Vorsitzender der Interalliierten Kontrollkommission in Deutschland 71, 72
- Nortz, Eduard (1868–1939) 1921–1923 Polizeipräsident in München 120, 121, 125

- Noske, Gustav (1868–1946) SPD-Politiker, 1919–1920 Reichswehrminister 35, 39, 41
- Olschewski, Wilhelm, Delegierter der Augsburger Räte im April 1919 169
- Osel, Heinrich (1863–1919) Mitgründer der BVP, bay. MdL 32, 33, 44
- Osterkorn, Schriftführer des Bayernbundes 51
- Oswald, Heinrich (1866–1929) 1920 bis 1928 bay. Minister für soziale Fürsorge (BVP) 56, 142, 181, 190, 191, 202, 205
- Otto, Walter (1878–1941) Althistoriker an der Universität München 61
- Oven, Ernst von (geb. 1861) Generalleutnant, Befehlshaber der zur Niederwerfung der Räterepublik vor München eingesetzten Truppen 37
- Pacelli, Eugenio (1876–1958) Nuntius in München (1917–1925) und Berlin (1920–1929), 1939 Papst Pius XII. 42, 53, 157, 178
- Papen, Franz von (1879–1969) preuß. MdL (Zentrum), 1932 Reichskanzler, 1933–1934 Vizekanzler, später Botschafter in Wien und Ankara 14, 15, 172, 258, 259, 262–267, 269, 272
- Pechmann, Wilhelm Freiherr von (1859 bis 1948) Direktor der Bay. Handelsbank, Präsident des deutschen evang. Kirchentags 180
- Pernet, Heinz (geb. 1896) Stiefsohn Ludendorffs, preuß. Oberleutnant, Teilnehmer am Hitlerputsch 157
- Pestalozza, Joseph Graf von (1868–1930) Rechtsanwalt, bay. MdL (BVP) 200
- Peters, Wilhelm (geb. 1876) Reichsentwaffnungskommissar 69, 77
- Pfaffenzeller, Wilhelm (geb. 1888) Brandversicherungskommissar, bay. MdL (Völk. Block) 179
- Pfeiffer, Anton (1888–1957) Oberstudienrat, 1928–1933 Generalsekretär der BVP, 1946 bay. Minister für Sonderaufgaben, 1950–1954 Botschafter in Brüssel 264
- Pfleger, Joseph (1872–1964) BVP-Politiker, MdR 158
- Pfrimer, Walter (geb. 1881) Rechtsanwalt, Führer des steirischen Heimatschutzes und zeitweilig Bundesführer der österr. Heimwehr 251, 252
- Pichler, Franz Seraph von (1852–1927) Dompropst in Passau, 1893–1912 MdR (Zentrum) 51
- Pittinger, Otto (1878–1926) Sanitätsrat, Vorsitzender des Bundes „Bayern und Reich“ 111, 160, 180
- Pius XI. (1857–1939) seit 1922 Papst 219, 220
- Planck, Erwin (1893–1945) 1932–1933 Staatssekretär der Reichskanzlei 267
- Podewils-Dürnitz, Clemens Graf von (1850–1922) 1903–1912 bay. Ministerpräsident 62
- Pöhner, Ernst (1870–1925) 1919–1921 Münchner Polizeipräsident 59, 64, 70, 83, 87, 88, 109, 134, 146, 148, 157, 161
- Poetzsch-Heffter, Fritz (1881–1935) 1919 bis 1932 sächs. Bevollmächtigter zum Reichsrat 219
- Poincaré, Raymond (1860–1934) französischer Ministerpräsident 117, 141, 194
- Popitz, Johannes (1884–1945) Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, 1932–1944 kommissar. preuß. Finanzminister 188
- Porsch, Felix (1853–1930) preuß. Zentrumspolitiker, MdL 227
- Potthoff, Heinz (geb. 1875) Sozialpolitiker, 1903–1912 MdR (Freisinn. Vereinigung) 28, 38
- Preger, Konrad Ritter von (1867–1933) 1919–1932 bay. Gesandter in Berlin 28, 29, 46, 65, 98, 102, 149, 217, 222, 244
- Preuß, Hugo (1860–1925) Professor für Staatsrecht in Berlin, Februar–Juni 1919 Reichsinnenminister 11
- Prieger, Karl Ferdinand (geb. 1864) Gutsbesitzer, bay. MdL (DNVP) 158
- Quidde, Ludwig (1858–1941) Historiker an der Universität München, Vorsitzender der Deutschen Friedensgesellschaft, MdR (DDP) 27

- Rambacher, Christian (geb. 1870) Landwirt, bay. MdL (Völk. Block) 179
- Rathenau, Walther (1867–1922) 1922 Reichsaußenminister 97, 99, 101, 102, 104
- Reinhold, Peter (1887–1955) 1920–1924 sächs. Finanzminister, 1926–1927 Reichsfinanzminister (DDP) 188, 189
- Remmele, Adam (1877–1951) bad. SPD-Politiker, 1919–1929 Innenminister, 1922/23 und 1927/28 bad. Staatspräsident 195
- Renaudel, Pierre, franz. Politiker 31
- Reusch, Paul (1868–1956) Generaldirektor der Gute-Hoffnungs-Hütte 249
- Reventlow, Ernst Graf zu (1869–1943) Kapitänleutnant a. D., MdR (NSDAP) 183
- Ritter zu Grünstein, Otto Freiherr von (ab 1921: Groenesteyn) (1864–1940) bay. Gesandter beim Vatikan 42, 233
- Roedern, Siegfried Graf von (1870–1954) Staatssekretär und preuß. Staatsminister a. D. 246
- Röhm, Ernst (1887–1934) Hauptmann, Stabschef der SA 120, 124, 125, 136, 157, 163, 247
- Römer, Joseph Nikolaus (Beppo) (1892 bis 1944) Freikorpsführer, Leiter des Bundes Oberland 115
- Roßhaupter, Albert (1878–1949) bay. MdL (SPD), 1918/19 bay. Minister für militär. Angelegenheiten, 1945–1947 Arbeits- und Sozialminister 30, 31
- Roth, Christian (1873–1934) 1920–1921 bay. Justizminister, MdR (NSDAP) 106, 107, 113, 134, 161, 179
- Ruith, Adolf Ritter von, Generalmajor, Infanterieführer der 7. (Bay.) Division 139
- Rupprecht, Kronprinz von Bayern (1869 bis 1955) 15, 52, 69, 80, 88, 89, 91, 97, 123, 128, 130, 140, 148, 159, 160, 166, 167, 181, 200, 207, 208, 221, 222, 226, 229, 230, 244, 253, 269–271, 273
- Sachs, Hans (1874–1947) MdR (DNVP) 231
- Saenger, Alwin (1881–1929) bay. SPD-Politiker, 1919–1920 Staatssekretär im Kultusministerium, MdL und MdR 55, 83, 185
- Sauber, Fritz (geb. 1884) im Februar 1919 Mitglied des Zentralrats in München 169
- Sauerbruch, Ferdinand (1875–1951) Chirurg, 1918–1927 Professor in München 44, 49
- Schacht, Hjalmar (1877–1970) 1923 bis 1930 und 1933–Januar 1939 Reichsbankpräsident, 1934–1937 Reichswirtschaftsminister 241, 242
- Schäffer, Fritz (1888–1967) 1929–1933 Vorsitzender der BVP, 1931 Staatsrat und Leiter des bay. Finanzministeriums, 1949 Bundesfinanzminister, 1957 Bundesjustizminister 15, 156, 226, 238, 250, 254, 256, 264, 266
- Schätzel, Georg (1874–1934) 1927–1932 Reichspostminister (BVP) 204, 205
- Scharnagl, Karl (1881–1963) 1925–1933 und 1945–1948 Oberbürgermeister von München, bay. MdL (BVP) 202, 206, 234, 249
- Scheidemann, Philipp (1865–1939) SPD-Politiker, 1919 Reichsministerpräsident 28, 102, 187, 189
- Schellen, Carl (geb. 1885) 1921 preuß. Bevollmächtigter in München 21, 89, 90, 199
- Schleicher, Kurt von (1882–1934) 1932 Reichswehrminister, 1932/33 Reichskanzler 257, 258, 262, 267
- Schlittenbauer, Sebastian (1874–1936) Oberstudienrat, BVP-Politiker 202
- Schmelzle, Hans (1874–1955) 1921–1927 Staatsrat im bay. Ministerium des Äußern, 1927–1930 Finanzminister 98, 107, 108, 135, 137, 138, 151, 153, 160, 163, 164, 181, 194, 215, 216, 237, 250
- Schmid, Eduard (1861–1933) 1919–1924 Münchner Bürgermeister (SPD) 76, 89
- Schmidt, Johann Georg, (1877–1927) 1925–1927 sächsischer Gesandter in München 186
- Schmitt, Joseph (1874–1939) bad. Zentrumspolitiker, 1927–1931 Finanz-, 1931–1933 Justizminister, 1928–1930 und 1931–1933 Staatspräsident 195

- Schneppenhorst, Ernst (1881–1945) bay. SPD-Politiker, 1919 Minister für militär. Angelegenheiten 39
- Schofer, Josef (1866–1930) bad. Zentrumsolitiker, Partei- und Fraktionsvorsitzender 188
- Schuschnigg, Kurt (geb. 1897) österr. Politiker, 1934–1938 Bundeskanzler 227
- Schwend, Karl (1890–1968) 1920–1933 Chefredakteur der Bay. Volkspartei-Korrespondenz, 1949–1954 Leiter der bay. Staatskanzlei 10, 124, 128, 129, 227
- Schwerin-Krosigk, Lutz Graf von (geb. 1887) 1932–1945 Reichsfinanzminister 266
- Schweyer, Franz (1868–1935) 1921–1924 bay. Innenminister (BVP) 70, 76, 102, 106, 108, 114, 119–121, 126–128, 130, 144, 165, 198
- Seeckt, Hans von (1866–1936) General, 1920–1926 Chef der Heeresleitung 62, 133, 135, 138, 146, 150, 189
- Seeds, brit. Generalkonsul in München 74
- Segitz, Martin (1851–1927) bay. SPD-Politiker, März 1919 Ministerpräsident 32, 35
- Seipel, Ignaz (1876–1932) österreichischer Politiker (christl.-sozial) 164, 197, 263
- Seißer, Hans (geb. 1875) Polizeioberst, Chef des bay. Landespolizeiamtes 13, 153, 155, 157, 165, 200
- Seldte, Franz (1882–1947) Gründer und Bundesführer des Stahlhelm 223
- Sesselmann, Marc (geb. 1898) Schriftsteller, bay. MdL (Völk. Block) 179
- Severing, Carl (1875–1952) SPD-Politiker, 1920–1926 (mit Unterbrechung) und 1930–1932 preuß. Innenminister, 1928–1930 Reichsinnenminister 186, 187
- Seyboldtsdorff, Ludwig Graf von (1870 bis 1957) Gutsbesitzer, bay. MdL (Völk. Block) 179
- Siebert, Ludwig (1874–1942) bay. MdL (NSDAP), 1933–1942 Ministerpräsident 268
- Siebringhaus, Major, militärischer Führer des Freikorps Oberland in Oberschlesien 115
- Sigl, Johann Baptist (1839–1902) Herausgeber des „Bayerischen Vaterlands“ 220
- Simons, Walter (1861–1937) 1920–1921 Reichsaußenminister, 1922–1929 Reichsgerichtspräsident 65, 77
- Slama, Franz (geb. 1885) österr. Politiker (großdeutsch) 209
- Soden, Oskar Freiherr von (1831–1906) 1868–1806 württ. Gesandter in München 18
- Soden-Fraunhofen, Joseph Maria Graf von (geb. 1883) Kabinettschef des Kronprinzen Rupprecht 143, 220, 226, 230
- Soden-Fraunhofen, Maximilian Freiherr von (1844–1922) 1912–1916 bay. Innenminister 110
- Solf, Wilhelm Heinrich (1862–1936) Staatssekretär im AA, 1920–1928 Botschafter in Tokio 28
- Sommer, Karl, Ministerialrat im bay. Ministerium des Äußern 206, 214, 219
- Spahn, Peter (1846–1925) Zentrumsolitiker, preuß. MdL und MdR 160
- Speck, Karl Friedrich (1862–1942) BVP-Politiker, 1918–1929 Landesvorsitzender, 1919–1920 bay. Finanzminister 52
- Staedele, Anton (geb. 1873) Redakteur, bay. MdL (BBd.) 205
- Stegerwald, Adam (1874–1945) Zentrums-Politiker, 1929–1930 Reichsverkehrsminister, 1930 und 1931 bis 1932 Reichsarbeitsminister 89, 171
- Steiner, Rudolf (1861–1925) Begründer der Anthroposophie 96
- Stelzner, Edgar (geb. 1892) bay. MdL (Völk. Block) 179
- Stengel, Paul von (1877–1943) Ministerialrat im bay. Min. d. Äußern 219, 221, 264
- Stenglein, Ludwig, Staatsanwalt im Hitlerprozeß 154
- Stieglitz, Robert von (1865–1933) 1914 bis 1918 sächsischer Gesandter in München 29
- Stingl, Karl (1864–1936) BVP-Politiker, 1922–1923 und 1925–1927 Reichspostminister 206

- Strasser, Gregor (1892–1934) bay. MdL (NSFP) und MdR (NSDAP), Reichsorganisationsleiter der NSDAP 162, 166, 170, 267, 268
- Streicher, Julius (1885–1946) NSDAP-Gauleiter in Nürnberg 161, 166, 170, 179, 204
- Stresemann, Gustav (1878–1929) 1923 Reichskanzler, 1923–1929 Reichsaußenminister (DVP) 128–130, 132 bis 135, 137, 139–141, 146, 153, 156, 175, 189, 195, 196, 202, 204
- Stützel, Karl (1872–1935) 1924–1933 bay. Innenminister (BVP) 164, 192, 196, 240, 261
- Süßheim, Max (geb. 1876) Rechtsanwalt, bay. MdL (SPD) 33
- Summonte, ital. Generalkonsul in München 235
- Thälmann, Ernst (1886–1944) 1925 bis 1933 Vorsitzender der KPD, MdR 175
- Timm, Johannes (1866–1945) bay. SPD-Politiker, 1918–1919 Justizminister, 1920 Geschäftsführer der Reichszentrale für Heimatdienst in Bayern 53
- Tirard, Paul (1879–1945) 1919–1925 Präsident der Interalliierten Rheinlandkommission 195, 196
- Tirpitz, Alfred von (1849–1930) Großadmiral a. D., 1924–1928 MdR (DNVP) 158, 201, 225
- Tischer, Emil (geb. 1873) 1922–1933 bay. Gesandter in Stuttgart 165, 243
- Toerring-Jettenbach, Hans Veit Graf von (1862–1929) 158, 208
- Toller, Ernst (1893–1939) Schriftsteller, 1919 Vorsitzender des prov. Zentralrats der (1.) Räterepublik 35
- Traub, Gottfried (1869–1956) Pfarrer, MdR (DNVP) 172
- Trotzki, Leo (1879–1940) 109
- Trunk, Gustav (1871–1936) bad. Zentrums-Politiker, 1919–1929 Justizminister, 1920/21, 1925/26 und 1927 bad. Staatspräsident 92, 102, 192
- Unterleitner, Hans (geb. 1890) 1918 bis 1919 bay. Min. für soziale Fürsorge, MdR (USPD bzw. SPD) 27, 33, 55, 121
- Vetter, Staatsanwalt 200
- Vollmar, Georg von (1850–1922) bay. SPD-Politiker, bis 1918 Landesvorsitzender, MdL und MdR 44
- Wäninger, Carl (1881–1929) Major a. D., Landesführer des Stahlhelm in Bayern 218
- Wagner, Adolf (1890–1944) bay. MdL, NSDAP-Gauleiter von München-Oberbayern, 1933–1944 bay. Innenminister 179
- Wagner, Robert (1895–1946) Teilnehmer am Hitlerputsch, später NSDAP-Gauleiter in Baden 157
- Wallade, von General a. D. 270
- Wallraff, Regierungsrat im Reichsinnenministerium 190
- Weber, Friedrich (1892–1955) Tierarzt, Führer des Bundes Oberland, Teilnehmer am Hitlerputsch 157, 169
- Weger, Martin, Herausgeber des Miesbacher Anzeiger 124
- Weismann, Robert (1869–1942) 1920 preuß. Staatskommissar für öffentliche Ordnung, 1923–1933 Staatssekretär im Innen- bzw. Staatsministerium 92, 94, 95, 231
- Weiss, Artur, Professor an der Handelshochschule München, 1918/19 Vertreter Bayerns in Prag 27
- Westarp, Kuno Graf von (1864–1945) DNVP-Politiker 187
- Wiesenbacher, Georg (geb. 1892) Mechaniker, bay. MdL (Völk. Block) 161
- Wilhelm II. (1848–1921) König von Württemberg 19
- Wilson, Thomas Woodrow (1856–1924) 1913–1921 Präsident der USA 42
- Wirth, Joseph (1879–1956) Zentrums-Politiker, 1920–1921 Reichsfinanzminister, 1921–1922 Reichskanzler, 1930–1931 Reichsinnenminister 9, 24, 82, 95–97, 115, 150, 191, 195, 204, 212
- Wohlmuth, Georg (1865–1952) Prälat, BVP-Politiker 238
- Wutzelhofer, Johann (1871–1939) 1920 bis 1923 bay. Landwirtschaftsminister (BBd.) 56, 144

- Xylander, Rudolf Ritter von (1872–1946) Oberst a.D. 84, 180, 181, 214
ber 1923 sächs. Ministerpräsident (SPD), 1946 Oberbürgermeister von Leipzig 140
- Zech-Burkersroda, Julius Graf von (1885 bis 1945) 1918–1922 preuß. Gesandter bzw. Vertreter der Reichsregierung in München, dann deutscher Gesandter in Helsingfors bzw. in Den Haag 20, 21, 41, 52, 64, 67, 69–72, 75, 77, 84, 104, 120, 199
- Zeller, Alfred, Kaufmann, Führer der „Vaterländischen Vereine“ Münchens 119
- Zipfel, Georg, Schlosser, bay. MdL (Völk. Block) 179
- Zeigner, Erich (1886–1949) März–Okto-
ber 1923 sächs. Ministerpräsident (SPD), 1946 Oberbürgermeister von Leipzig 140
- Zitzlsperger, Andreas (geb. 1891) Zollsekretär, bay. MdL (Völk. Block) 179